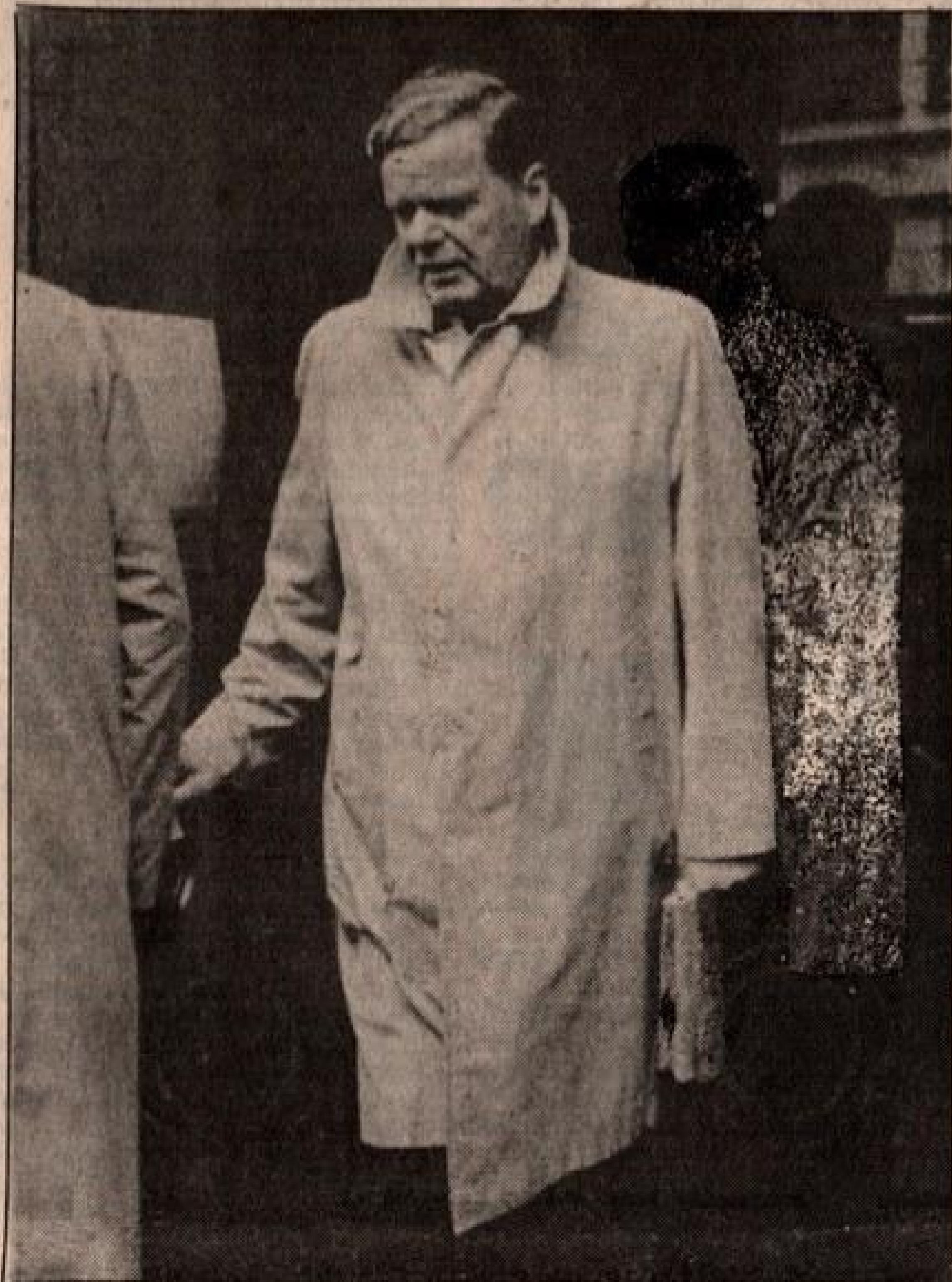


Israel will keinen Frieden mit der PLO S.31

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 264, 18. 11. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



Wer ist die graue Mauss hinter von Brauchitsch?

BND - Skandal:

Geheimdienstsumpf parlamentarisch gedeckt

Was sind schon 400.000 DM im Flick-Skandal? Eine Lappalie. Dennoch wirbelte die ordnungsgemäße Auskunft des ehemaligen Flick-Bevollmächtigten Eberhard von Brauchitsch vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Vertuschung der Flick-Schmiergeldaffäre, die Wirtschaft habe 1979/80 zwecks „*vorübergehender Überbrückung eines Etatpostens*" dem Bundesnachrichtendienst (BND) eine Spende zukommen lassen, einigen Staub auf.

Skandal riefen Parlamentarier aller Parteien: hier werde von der Wirtschaft in originäre Staatsaufgaben eingegriffen; rückhaltlose Aufklärung der dahinterstehenden Praktiken sei vonnöten. Doch nichts wird bekanntlich so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Als ruchbar wurde, welche Brisanz hinter dieser Transaktion zur Bekämpfung des Terrorismus stehen könnte, war es vorbei mit der Aufregung. Wenige Tage später bereits reduzierte sich der Skandal auf einerseits die Verletzung der „Grundsätze staatlicher Haushaltsführung", andererseits die Sorge, der Bürger könne dem BND sein Vertrauen entziehen (BILD: „*Es ist schon eine höchst windige Sache, wenn der Staat mit dem Klingelbeutel herumläuft, um die Sicherheit der Bürger zu finanzieren*"). Und nur acht Tage später erhielt der Skandal sein Begräbnis erster Klasse. Eine große Koalition der staatstragenden Parteien — ohne die Grünen — sah zwar alles als ordnungsgemäß an, allein: „*gerade im Sicherheitsbereich muß der Staat seine Aufgabe ausschließlich mit eigenen Mitteln finanzieren*", wurde im Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission Kritisches zur Spende der Wirtschaft vermerkt. Die übergroße Mehrheit der gewählten Bundestagsparlamentarier stimmte dem zu.

Und das, obwohl nichts, absolut nichts aufgeklärt war von dieser nach wie vor geheimgehaltenen „abgeschirmten Operation", die der BND mit Geldern der Wirtschaft durch die private Detektei Mauss unternehmen ließ. Nur so viel ist bekannt geworden:

Fortsetzung nächste Seite

Aus dem Inhalt

Grüne auf Koalitionskurs

Vor dem Offenburger Parteitag der Grünen vom 13.-15. Dezember kündigt sich eine weitreichende Kräfteverschiebung in der Partei an. Die sogenannten Realpolitiker in der Partei gewinnen zunehmend an Gewicht und bestimmen die Politik der Partei. Nach dem hessischen Koalitionsbeschluß und der Landesversammlung im mitgliederstärksten Verband NRW befinden sie sich in der innerparteilichen Offensive, und es ist nicht so sehr die Frage, ob sie die Mehrheit in Offenburg haben werden, sondern ob sie den Durchmarsch organisieren wollen und sich darauf einigen können.

In Offenburg wird mit Sicherheit die Diskussion zwischen den Realos und den Fundis um die Frage der Regierungsbeteiligung eine Neuauflage erleben. Entsprechende Anträge sind gestellt und werden nachstehend vorgestellt. Vieles spricht dafür, daß diese Debatte ihre Fortsetzung in der fälligen Nachwahl zum Bundesvorstand findet. Für Spannung ist u.s. durch Abwahlanträge gegen die derzeitigen Vorstandssprecher Rainer Trampert und Jutta Ditfurth vom linken bzw. fundamentalistischen Parteiflügel gesorgt.

Demgegenüber ist die Situation der linken Grünen weiterhin desolat. Ihre Parteistrategen setzen offensichtlich einerseits darauf, daß das Lager der Realos sich in Offenburg noch nicht völlig gesammelt hat und mögliche Mehrheiten durch unterschiedliches Vorgehen blockieren könnte (s. z.B. die unterschiedlichen Anträge „Perspektive '87" und „Die Dynamik wiedergewinnen" aus Baden-Württemberg). Andererseits hoffen sie auf eine Verzögerungstaktik der Nichtbefassung solcher Anträge unter Verweis auf die auf dem Hagener Parteitag eingesetzten Bundeskommissionen, deren Arbeit noch nicht abgeschlossen und dem Parteitag nicht zur Abstimmung vorliegt. Fraktionierungen der Realo-Opposition künden sich in Bayern an, wo mehr als 20 Mitglieder der Grünen in einer (von uns dokumentierten) Stellungnahme ankündigen, der Partei die Wahlkampfunterstützung zu versagen, wenn sie weiter den Weg einer „staatstragenden Partei" geht. Von Bremen ausgehend haben Mitglieder aus dem linken Flügel der Friedensbewegung einen „Offenen Brief an die Grünen" initiiert, in dem aufgerufen wird, die grüne Partei vor dem Weg der „Mehrheitsbeschafferin für die SPD" durch klare Absagen an die Koalition und dem „Festhalten an den wichtigsten Forderungen, die grundlegende Gesellschaftsveränderung beinhalten", zu bewahren. In Hessen haben die Radikalökologen um Manfred Zieran zum wiederholten Male die innerparteiliche Opposition ausgerufen.

Derweil verkünden die Oberealos Fischer, Schily und Heinz Suhr ungehemmt in den Medien die grüne Koalitionsbereitschaft. Vor elf Monaten kommentierten wir den Hamburger grünen Parteitag als „Erfolgreiches Unentschieden der Realpolitiker". Vor fünf Monaten schrieben wir nach Hagen: „Grüne Realpolitik im Wachsen". Und nach Offenburg?

Das war der Zwischenstand am Ende des Hagener Parteitages im Juni 1985: Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß zu grünen Bündnisperspektiven lehnt „eine freiwillige Selbstbeschränkung auf Opposition" ab und erklärt erstmals auch direkte grüne Regierungsbeteiligung für zulässig und sinnvoll. „Für die Grünen gehört die gesamte Bandbreite parlamentarischer Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung zu den selbstverständlichen Handlungsmöglichkeiten unserer parlamentarischen Arbeit."

Fortsetzung auf Seite 13

Trotzkisten diskutieren Entrismus bei den Grünen

Die KPD hat auf ihrem Sonderparteitag Anfang November gerade den bisherigen Weg der Vereinigung mit der GIM gebilligt, da wird die staunende Linke von einem neuen Ereignis überrascht. Eine neugebildete Fraktion in der GIM diskutiert — spät zwar — Entrismus in die grüne Partei und Mitarbeit im, sowie Stärkung des ökosozialistischen Flügels. Der Fusionsversuch mit der KPD erfährt in den Augen der Fraktionäre eine ganz neue Bewertung. Er entspringe „dem subjektiven Zustand der Schwäche und Erschöpfung, in dem sich beide Organisationen befinden". Die Gefahr bestehe, daß bei einer Fusion in solcher Situation, sich beide — GIM und KPD — „in blinder Panik ... nicht helfen, sondern nur gemeinsam untergehen" können.

Damit erfährt der Vereinigungsprozeß eine neue Komponente. Entwickelt sich bei der GIM das grüne Gegenstück zu der — mittlerweile aus der KPD ausgeschiedenen — Fraktion der knallharten MLer? Zuwachs für die geschwächten Grünen? Wir drucken — eine kleine Weltpremiere — zentrale Auszüge aus dem Strategie-Papier der GIM-Grünen ab.

Und wir behandeln in diesem AK ausführlich den Parteitag der KPD. Wir dokumentieren das denkwürdige Ereignis: Die Köpfe im „Roten Morgen" sind gefallen, ein Zeichen dafür, „daß die Zeit in der sich unsere Partei auf ein formalisiertes, katechismusartiges Marxismus-Verständnis berief, vorbei ist", wie es in einer Selbsteinschätzung heißt. Seiten 42-44

IGM-Aufruf
Verteidigt das Streikrecht

Eine überraschende Kursänderung hat der Vorstand der IG Metall vorgenommen. In einem dramatischen Appell zur Verteidigung des Streikrechts hat er eine Mobilisierungskampagne gegen die geplante gesetzliche Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz und die damit verbundene Einschränkung gewerkschaftlicher Streikmöglichkeiten begonnen.

Eine massenhafte Aufklärungsaktion der Gewerkschaft ist angelaufen, wobei insbesondere das nebenstehende Foto des IGM-Flugblatts der Bundesregierung als willkommene Gelegenheit erscheint, vom eigentlichen Inhalt ihrer Vorhaben abzulenken und die IGM der Diffamierung von CDU-Arbeitnehmern zu bezichtigen. Das Verhältnis Regierung/Gewerkschaften gerade erst zwischen „sozialem Trialog" und Aktionswoche ausbalanciert, verschlechtert sich rapide.

Seite 3



PRIVATDETEKTIV
EIGENER FLUGZEUGEINSATZ IN GANZ EUROPA

WERNER MAUSS

Die Visitenkarte der Detektei



Claude, alias Werner Mauss, gezeichnet nach Beschreibungen seines „Opfers" Rene Düe.

Aus: „BILD", 13.11.85

Fortsetzung von vorheriger Seite

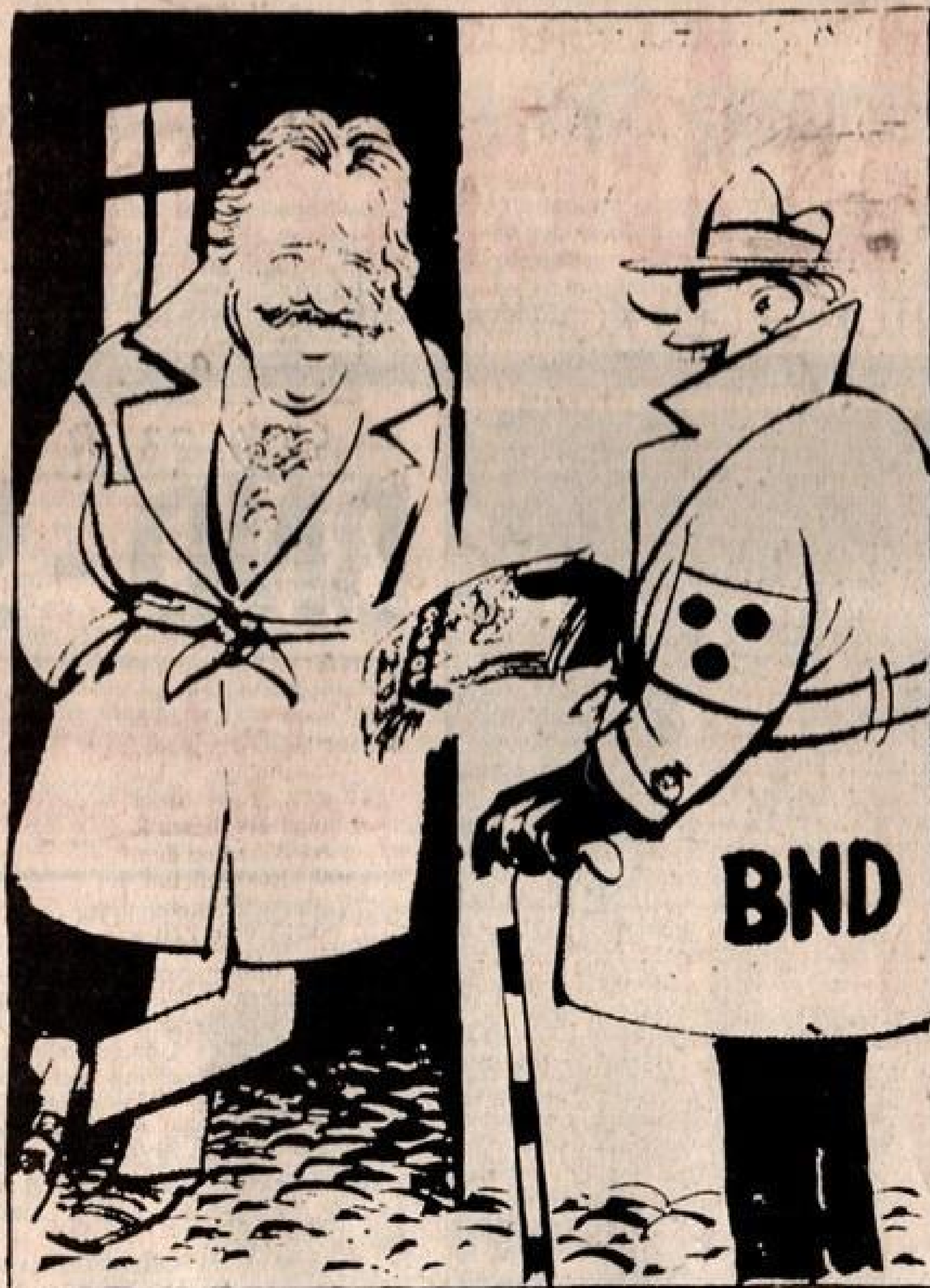
Im Jahre 1979 sollen Vertreter der Kapitalisten in Sorge um ihre Sicherheit an den BND herangetreten sein, die Fahndung nach führenden RAF-Mitgliedern im Ausland zu intensivieren, um insbesondere die als Kopf der damaligen RAF geltende Brigitte Mohnhaupt aufzuspüren. Zu diesem Zweck sollte die Detektei Mauss (deren Name in diesem Zusammenhang offiziell weder bestätigt noch dementiert wird) einen entsprechenden Auftrag erhalten. Der BND schloß am 21.8.79 mit Mauss einen „Mitarbeiter"-Vertrag ab, der für ein Jahr gelten sollte und für den 650.000 DM veranschlagt waren. 400.000 DM davon habe die Wirtschaft in fünf Raten an den BND gezahlt (laut BILD: der HUK-Verband 200.000 DM in zwei Raten, gezahlt im Dezember 79 und Februar 80; die VEBA 50.000 DM im März 80; Flick 100.000 DM im Juli 80; die Dresdener Bank 50.000 DM im September 80). Die restlichen 250.000 DM seien aus Haushaltsmitteln des BND gekommen. Nach acht Tagen wurde von den parlamentarischen Untersuchern noch eine Summe von 195.000 DM nachgeschoben, die für eine dreimonatige Verlängerung des Auftrags an Mauss gezahlt worden sei, ohne daß die Herkunft dieser Gelder geklärt ist.

Wer will da was vertuschen?

Es ist schon erstaunlich, wie leicht fast 500 gewählte BRD-Parmenrier mit nichts an Kenntnissen bewegt werden können, einen solchen Vorgang als korrekt zu bewerten, über den nur nebulöse Kenntnisse vorliegen und sogar zu akzeptieren, daß mit der Spende der Wirtschaft *„neben dem Interesse an der eigenen Sicherheit auch ein hohes Stück Gemeinsinn zum Ausdruck kommt"* (Schäuble). Die Frage, was denn nun genau der Zweck eines solchen dubiosen Auftrags war, wird nicht gestellt. Zwar haben die parlamentarischen Kontrolleure festgestellt, es habe keinen „finanziellen Engpaß" beim BND gegeben, dennoch wird nicht gefragt, warum trotzdem ein solcher Auftrag von der Wirtschaft kam. Was liegt da näher als die Vermutung, daß die staatstragenden Parlamentarier von ihren eigenen Kontolleuren darauf getrimmt worden sind, nicht weiter zu bohren, da alles weitere an Veröffentlichungen peinliche Geheimdienstpraktiken enthüllen könnte. Neu ist es in unserem Staate ja nicht, daß bei der Bekämpfung des Terrorismus jedes auch noch so illegale Mittel als recht gilt. Also stellen wir angesichts staatlich verordneten Stillschweigens

jedes auch noch so illegale Mittel als recht gilt. Also stellen wir angesichts staatlich verordneten Stillschweigens ein paar Fragen und spekulieren ein wenig, welche Motive den Ausschlag dafür geben könnten, daß die Aufklärung der Staatsräson geopfert wird.

Von Brauchitsch dürfte bei dem Vorstoß der Kapitalisten eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Von ihm dürfte auch der Anstoß gekommen sein, Mauss zu engagieren. Unterstützt wurde dieser Vorschlag vom damaligen BKA-Präden Herold. Die Detektei Mauss gilt in staatlichen Geheimdienstkreisen und in der Wirtschaft (Mauss ist ständiger Vertragspartner der Versicherungswirtschaft) als Adresse für Aufklärungspraktiken, die außerhalb der Legalität liegen. Er unterhält zudem beste Verbindungen zum Bundes- und den Landeskriminalämtern, hat Zugang zu nahezu allen Erkenntnissen und kann seine Operationen in der Grauzone der Legalität offiziell gedeckt absichern. Umgekehrt hat ein solches Verfahren den Vorteil, daß — wenn was schief geht — offizielle Stellen ihre Hände in Unschuld waschen können. Von Brauchitsch hatte Mauss' Dienste bereits im Jahr 1977 während der Entführung des damaligen BdA-Präsidenten Schleyer in Anspruch genommen. Er diente ihm als Kurier für die privaten Initiativen, die Brauchitsch, damals BdA-Vorstandsmitglied und Vertrauter Schleyers, im Auftrag eines „Freundeskreis Hanns-Martin Schleyer" zu dessen Freilassung unternahm. Mauss soll zudem bereits 1976 den gesuchten Rolf Pohle in Athen aufgespürt haben. Wer waren damals seine Auftraggeber? Auf jeden Fall: Das Engagement von Mauss basierte auf dem Vertrauen von Kapital und staatlichen Geheimdiensten in die Methoden und die Diskretion, mit der diese ausgeführt werden. Aufträge an Mauss und Institute ähnlichen Kalibers kalkulieren ungewöhnliche Ziele und Ergebnisse.



Karikatur aus: „Hamburger Abendblatt", 12.11.85

Ungewöhnliche Ziele erfordern ungewöhnliche Partner

Man darf daher vermuten, daß auch dieser Auftrag ungewöhnliche Ziele verfolgte. Man muß nicht unbedingt das Besondere darin sehen, daß die Initiative in diesem bekanntgewordenen Fall von der Wirtschaft ausging. Für illegale Praktiken sind die BRD-Geheimdienste auch ohne solche direkte Auftragsvergabe jederzeit gut. Eher liegt nahe, daß sie eine Art „Wiedergutmachung" oder „Rache" für Schleyer war, und daß Vertreter der Kapitalisten nach dem Tod eigener führender Vertreter (Dresdener Bank-Chef Ponto und Schleyer) ihr Sicherheitsbedürfnis beruhigen wollten. Das Kapital als Exekutive in eigener Sache. Man darf daher auch vermuten, daß der Auftrag eben nicht nur lautete, RAF-Mitglieder im Ausland aufzuspüren — was die Geheimdienste mit Sicherheit schon selber versuchten — sondern mehr: Verschleppung oder gar Liquidation.

Spekulation, zugegeben, die in dem Maße genährt wird, wie die konkreten Vorgänge vernebelt werden. Es waren „demokratische" Politiker, wie Strauß, der im „heißen Herbst" 1977 die standrechtliche Erschießung von RAF-Gefangenen zu überlegen gab oder Golo Mann, der feststellte: *„Wir befinden uns im Krieg, wir stehen zum Töten entschlossenen Feinden gegenüber."* Daher könnte auch der *„der Rahmen überkommenen Rechts"* gebrochen werden.

Damit muß aber auch wieder die Frage nach den seltsamen „Selbstmor-
brochen werden.

Damit muß aber auch wieder die Frage nach den seltsamen „Selbstmorden" in Stammheim gestellt worden. Dem Verdacht auf Mord wurde mit der angeblichen Unmöglichkeit geantwortet, daß staatliche Stellen so etwas durchgeführt haben könnten, ohne daß dies publik geworden wäre. Auftragsvergaben des Geheimdienstes wie die an Mauss, die nicht nur üblich scheinen, sondern auch gutgeheißen werden, die sich zudem jeder Kontrolle entziehen, zeigen, wie so etwas möglich sein könnte.

Was lehrt der BND-Skandal?

— Zum wiederholten Male, daß das Kapital Einfluß auf die Politik nimmt.
— Daß der Staat sich über seine Geheimdienste eine Grauzone illegalen Handelns aufgebaut hat.
— Daß in Fragen der inneren Sicherheit die große Koalition der staatstragenden Parteien nach wie vor intakt ist.
— Daß demokratisch gewählte Parlamentarier massenhaft politische Selbstkastration betreiben, wenn es um die „Staatsräson" geht.

hr.



Die BND-Spende als Rache für Schleyer?

A... er wurde überstanden. Wir haben eine demokratische Armee.

Die Bundeswehr steht im westlichen Bündnis. **Sie ist eine Friedenswehr. Auch Waffen können den Frieden sichern.**

wehr. Auch Waffen können den Frieden sichern.

Damit werten wir nicht die aufrichtigen Friedensdemonstranten ab. Sie sollen umgekehrt auch die Bundeswehr nicht mehr abwerten.

h.k.

Kleine Spende für den Staat gefällig?

Es ist schon eine höchst windige Sache, wenn der Staat mit dem Klingelbeutel rumläuft, um die Sicherheit einiger Bürger zu finanzieren (s. diese Seite).

Die frühere SPD/FDP-Regierung hatte Geld für alles mögliche – Polenkredite, Massenreisen von Politikern zu zahlreichen Olympischen Spielen, Aufblähung des Beamtenapparates: Aber ausgerechnet für die Terroristenjagd soll es nicht gereicht haben?

Oder brauchte man einen Privatdetektiv, weil der BND von Willy Brandts früherem Kanzleramtsminister Ehmke durcheinandergewirbelt worden war?

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Im Wortlaut: „Frankfurter Rundschau", 15.11.85

Im Wortlaut: „Frankfurter Rundschau", 15.11.85

Jeden Anschein vermeiden...

Der als offizielle Bundestagsdrucksache veröffentlichte Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) über die Spenden der Privatwirtschaft an den Bundesnachrichtendienst (BND) hat folgenden Wortlaut:

Private Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist im Verlauf von drei mehrstündigen Sitzungen am 11. und am 13. November 1985 und aufgrund der ihr von dem Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste gemäß §4 Abs. 9 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 gegebenen Informationen hinsichtlich der privaten Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst in den Jahren 1979/1980 zu folgenden Feststellungen und Bewertungen gelangt:

1. Dem Bundesnachrichtendienst sind im Jahre 1980 von mehreren Unternehmen insgesamt 400 000 DM zugewendet worden. Der Bundesnachrichtendienst hat diesen Betrag zur teilweisen Finanzierung eines mit 842 000 DM honorierten Werkvertrages mit einem Detektivbüro verwendet, das sich aufgrund dieses Vertrages in der Zeit vom 1. September 1979 bis zum 30. November 1980 im Ausland um die Aufklärung des Aufenthalts von mutmaßlichen Terroristen bemüht hat.

2. Die Parlamentarische Kontrollkommission hält die Entgegennahme privater Zuwendungen für die Erledigung dienstlicher Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes nicht für angängig. Dies gilt um so mehr, als die notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt des Bundesnachrichtendienstes ausreichend zur Verfügung standen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß private Zuwendungen künftig in jedem Falle unterbleiben.

Auch wenn die Annahme solcher Zuwendungen noch den Feststellungen des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste formell nicht zu beanstanden ist, muß der Staat gerade im Sicherheitsbereich seine Aufgaben ausschließlich mit eigenen Mitteln erfüllen.

Es muß jeder Anschein vermieden werden, daß sich Sicherheitsorgane in Abhängigkeit von finanzkräftigen Geldgebern begeben und im Interesse finanzkräftiger Geldgeber eine stärkere Aktivität entfalten als in anderen Fällen.

Im konkreten Fall haben sich für solche Auswirkungen keine Anhaltspunkte ergeben.

Es ist nicht Aufgabe der Parlamentarischen Kontrollkommission, die Zuwendungen, bei denen hinsichtlich eines Teilbetrages nicht völlig geklärt werden kann, ob sie von einem Unternehmen unmittelbar oder auf dem Wege über eine Vereinigung an den Bundesnachrichtendienst geflossen sind, steuerrechtlich zu würdigen.

3. Nach den Feststellungen der Parlamentarischen Kontrollkommission hat der seinerzeitige Präsident des Bundesnachrichtendienstes auf Entscheidungen der Staatsanwaltschaft keinen Einfluß genommen.

4. Die Parlamentarische Kontrollkommission bedauert, daß sie von der Annahme von privaten Zuwendungen durch den Bundesnachrichtendienst seinerzeit nicht unterrichtet worden ist. Da es sich dabei um einen Vorgang von besonderer Bedeutung handelt, wäre dies gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBL 1978, S. 453) Pflicht der Bundesregierung gewesen.

5. Bei der Beurteilung des Sachverhalts und insbesondere bei der Beurteilung der Frage, ob ein Fehlverhalten der damals Beteiligten vorliegt, muß die Gesamtsituation der Jahre 1978 bis 1980 gewürdigt werden. Sie war auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung und der Terrorismusaufklärung von der noch andauernden Erregung über die vorangegangenen Morde, dem Gefühl der besonderen Gefährdung bestimmter Personenkreise und einem starken Erfolgsdruck für die zuständigen Behörden gekennzeichnet. Bedeutsam erscheint auch, daß der Bundesnachrichtendienst von anderen Sicherheitsbehörden mehrfach aufgefordert worden ist, sich des in Rede stehenden Detektivbüros zu bedienen.

§116 Arbeitsförderungsgesetz

IG Metall: Verteidigt das Streikrecht!

Eine überraschende Kursänderung hat der Vorstand der IG Metall vorgenommen. Kurzfristig hat er eine Mobilisierungskampagne gegen die Pläne der Regierungsparteien auf gesetzliche Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz und die damit verbundene Einschränkung des Streikrechts beschlossen. Ad hoc wurden die Gewerkschaftsfunktionäre zusammengetrommelt, seit dem 14. November ist eine massenhafte Flugblattaktion angelaufen, betriebliche und außerbetriebliche Aktionen sind für diese Woche geplant.

Noch wenige Tage vorher hatte der IGM-Vorsitzende Mayr auf der Frauenkonferenz seiner Gewerkschaft — abweichend von der bisherigen IGM-Position — die Bereitschaft zu Gesprächen mit der Bundesregierung über dieses Thema erklärt und sich damit entsprechenden Äußerungen von Ernst Breit und Hermann Rappe angeschlossen. Auch Mayrs Kollege Hans Janßen hatte jüngst in einem Interview eine gütliche Klärung für möglich angesehen und hoffte — mit Blick auf die CDU-Sozialausschüsse — daß es gelingen möge, „*mit der Mehrheit der Gewerkschafter im Bundestag eine solche Gesetzgebung zu verhindern*" (taz, 1.11.85). Allerdings hatte Janßen auch „*jede Art von Widerstand für gerechtfertigt*" angesehen, um Angriffe auf die Demokratie abzuwehren.

Mit dieser Entwicklung dürfte sich das Verhältnis Regierung/Gewerkschaften — gerade erst zwischen „sozialem Trialog" und DGB-Aktionswoche ausbalanciert — rapide verschlechtern. Besondere Empörung herrscht bei der Bundesregierung über ein Bild auf Seite eins des zentralen IGM-Flugblatts, das groß die Parole herausstellt: „*Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten*".

Ende des „sozialen Trialogs"?

„*Rache für den Streikerfolg*" in der 35-Stundenwochen-Auseinandersetzung nennt die IGM das geplante Vorhaben, durch gesetzliche Änderung des § 116 im Falle „kalter" Aussperrungen kein Arbeitslosengeld durch die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) mehr auszahlen zu lassen, ein Gesetzesvorhaben, das die IGM nicht zu Unrecht als „Lex IG Metall" betrachtet. Tatsächlich steht die Bundesregierung in der Pflicht ihrer kapitalistischen Klientel. Der Koalitionsstreit der letzten Wochen hierum mochte vielleicht manchesmal den Eindruck tiefgreifender Differenzen erwecken, doch bestand Einigkeit im Vorhaben, Streit gab es

Der Koalitionsstreit der letzten Wochen hierum mochte vielleicht manchesmal den Eindruck tiefgreifender Differenzen erwecken, doch bestand Einigkeit im Vorhaben, Streit gab es

um den zu gehenden Weg. Während die direkte Unternehmerlobby in CDU/CSU/FDP den schnellsten Weg zum Ziel in der einfachen Anwendung der konservativ-liberalen Mehrheit im Bundestag sucht und das Gesetz schnellstmöglich vor der nächsten Tarifauseinandersetzung verabschiedet haben möchte, bemühten sich insbesondere Kohl und Blüm um einen Weg zum gleichen Ziel, ohne die Gewerkschaften frontal anzugehen. Entsprechend orientierten sie auf eine einvernehmliche Regelung der Tarifpartner und auf Gespräche mit ihnen, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Dies wäre aber nur um den Preis einer freiwilligen Unterwerfung der Gewerkschaften möglich gewesen, denn niemand in der Bundesregierung, von den Kapitalistenverbänden ganz zu schweigen, hatte jemals erwogen, den Gewerkschaften eine andere Regelung vorzuschlagen, als die, die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit im Fall von Arbeitskämpfen zu sperren.

DGB-Führer wie Hermann Rappe waren offensichtlich zu einer solchen Regelung bereit, etwa im Sinne einer freiwilligen Verzichtserklärung der Tarifpartner, um eine gesetzliche Regelung zu verhindern. Möglicherweise haben solche Tendenzen im DGB zu der jetzigen Mobilisierungskampagne der IGM ebenso beigetragen, wie die berechtigte Einschätzung, daß im Falle einer Nichteinigung eine Bundestagsmehrheit der Regierungsparteien für ein neues Gesetz nicht mehr zu verhindern sein dürfte. Damit dürfte Kohls Plan, seinen Arbeiter-Adjudanten Blüm in Vorgesprächen eine solche freiwillige Vereinbarung vorbereiten zu lassen, um sie dann auf dem anvisierten nächsten Spitzengespräch mit den „Sozialpartnern" im Dezember vorzulegen, kaum noch Aussicht auf Erfolg haben. Der Spekulation, die Gewerkschaften bei Ablehnung als Schuldige für die dann notwendig werdende gesetzliche Änderung des § 116 hinzustellen, scheint die IGM jetzt mit einer eigenen Mobilisierungs-Offensive begegnen zu wollen. Dies könnte auch neue Konflikte mit den großen Koalitionären im DGB geben.

Um was geht's beim § 116

Der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes regelt, daß unmittelbar von einem Arbeitskampf Betroffene im Falle der Aussperrung kein Arbeitslosengeld erhalten. Für mittelbar Betroffene, die infolge eines Arbeitskampfes in einem anderen Tarifgebiet oder in einer anderen Branche „kalt" ausgesperrt werden, schreibt der bislang geltende § 116 vor, daß diese Arbeitslosengeld erhalten, wenn kein unmittelbarer Zusammenhang des Betriebes zum Streik und seinen Zielsetzungen gegeben ist. Die Entscheidung hierüber liegt zum einen bei den Gremien der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), sie wird zum anderen durch die Rechtssprechung geregelt.

Da die BfA-Entscheidungen immer auch politische Entscheidungen sind

(BfA), sie wird zum anderen durch die Rechtssprechung geregelt.

Da die BfA-Entscheidungen immer auch politische Entscheidungen sind

(und politisch hat die derzeitige Regierung in den Gremien eine Mehrheit), kommt es zu solchen Situationen wie im Jahr 1984 während des Streiks um die 35-Stunden-Woche: Die BfA erließ an alle Arbeitsämter die Anweisung, „kalt" ausgesperrten Metallarbeitern kein Arbeitslosengeld auszuzahlen (der sogenannte „Franke-Erlaß"). Begründung: die IG Metall streike zwar nur in zwei Tarifgebieten — Baden-Württemberg und Hessen — sie habe aber bundesweit die Forderung nach der 35-Stundenwoche aufgestellt, so daß mit Auszahlung des Arbeitslosengeldes der Arbeitskampf beeinflußt werde. Das aber verstoße gegen die „Neutralitätspflicht" der BfA. Diese Entscheidung focht die IGM in einer einstweiligen Anordnung erfolgreich vor dem Arbeitsgericht Frankfurt und in zweiter Instanz vor dem hessischen Landessozialgericht an. Die Gerichte anerkannten, daß die regionalen Forderungen der IGM in Art und Umfang durchaus als unterschiedlich anzusehen waren (u.a. waren die Gewerkschaftsforderungen nach Arbeitszeitverkürzung mit unterschiedlichen Lohnforderungen verknüpft). Eine abschließende Entscheidung über diesen Rechtsstreit zwischen der IGM und dem Unternehmerverband Gesamtmetall vor dem Bundessozialgericht steht aus und wird auch noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Unternehmerverbände, Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung der CDU sowie die FDP wollen diese Gerichtsentscheidung nicht abwarten, sondern die derzeitige Regierungsmehrheit nutzen, gar keine Unsicherheiten aufkommen zu lassen. Eine gesetzliche Neuregelung des § 116 soll zukünftig ausschließen, daß mittelbar von Arbeitskämpfen Betroffene Arbeitslosengeld erhalten. So weit, so (un)klar.

Die Gewerkschaften vom Streik abhalten ...

Was aber hat das Ganze mit dem Streikrecht und der Einschränkung von Gewerkschaftsrechten zu tun? Die Kapitalisten behaupten, die BfA verkomme zur Streikkasse der Gewerkschaften und verletze damit die ihr auferlegte „Neutralitätspflicht". Sie wollten daher keine Rechte einschränken, sondern die arbeitsrechtlich gebotene „Waffengleichheit" im Arbeitskampf gesichert sehen. In Wirklichkeit verhält es sich aber genau umgekehrt. Eine solche gesetzliche Regelung würde für die Gewerkschaften das finanzielle Risiko im Streik erheblich erhöhen, damit erhöht sich auch die Schwelle, ab der überhaupt gestreikt wird, es verringert sich die Fähigkeit einer Gewerkschaft, einen Streik durchzustehen, da ihre Kassen schnell leer sind. Im Sinne der „Sozialpartnerschaft" ist genau dies natürlich gewünscht. Der Arbeitsrechtler Professor Müller, der der Bundesregierung ein Gutachten zum Arbeitskampfrecht gefertigt hat (siehe nebenstehenden Artikel) hat die „*größtmögliche Abschaffung des Arbeitskampfes aufgrund tarifvertraglich vereinbarter Regelungen*" als das „Traumziel" be-

kampfrecht gefertigt hat (siehe nebenstehenden Artikel) hat die „*größtmögliche Abschaffung des Arbeitskampfes aufgrund tarifvertraglich vereinbarter Regelungen*" als das „Traumziel" be-

zeichnet. Gelingt diese nicht über solche Regelungen, muß eben der Gesetzgeber ran.



Dieses Titelbild des zentralen IGM-Flugblattes erregte die Bundesregierung

... oder Streiks mit Aussperrungen zerschlagen

Die Bedeutung einer solchen Gesetzesänderung wurde im Kampf um die 35-Stundenwoche offensichtlich. Insgesamt 57.500 Metallarbeiter hatte die IGM zum Streik aufgerufen. 155.000 Metaller wurden von den Unternehmern im Gegenzug in den Streikgebieten Baden-Württemberg und Hessen ausgesperrt. Für Streikende und Ausgesperrte zahlte die Gewerkschaft Streikgeld. Die finanzielle Problematik ist leicht zu errechnen: fast dreimal so viele Ausgesperrte wie Streikende belasten die Gewerkschaftskasse erheblich. Zusätzlich sperrten die Metallunternehmen im gesamten Bundesgebiet von Hamburg bis Bayern 195.000 Beschäftigte aus. Begründet wurde diese „kalte" Aussperrung mit streikbedingtem Arbeitsmangel. Die IGM konnte allerdings nachweisen, daß diese Gründe vielfach vorgeschoben waren, daß die Ausweitung der Aussperrungen vielmehr politisch bedingt war. In einigen Fällen erreichte sie gerichtliche Verfügungen dagegen. Die BfA verweigerte nun diesen „mittelbar vom Streik Betroffenen" die Auszahlung von Arbeitslosengeld. Die IGM weigerte sich daraufhin, auch gegen den Druck aus der eigenen Gewerkschafts-

weigerte nun diesen „mittelbar vom Streik Betroffenen" die Auszahlung von Arbeitslosengeld. Die IGM weigerte sich daraufhin, auch gegen den Druck aus der eigenen Gewerkschafts-

basis, Streikgeld zu zahlen und zog stattdessen — mit Erfolg — vor die Gerichte.

57.500 Metaller hatte die IGM zum Streik aufgerufen, durch Aussperrung stand am Ende die siebenfache Zahl im Arbeitskampf — 407.500 Beschäftigte. Dies verdeutlicht die Problematik einmal der Aussperrungspraxis in der BRD (die das „Müller-Gutachten" durch Legalisierung der „Angriffsaussperrung" noch verfeinern will), zum anderen auch einer gesetzlichen Änderung des § 116: Zukünftig läge es in der Hand der Unternehmerverbände, über Umfang von Streiks zu bestimmen und sie durch Ausweiten und finanzielles Ausbluten der Gewerkschaften zu beenden. Das aber hätte erhebliche Auswirkungen auf Gewerkschaften, deren Durchsetzungsfähigkeit in unserer Gesellschaft bestimmt ist von den gesetzlichen Rechten und tarifvertraglichen Regelungen für Arbeitskämpfe. Sie wären nahezu zur Ohnmacht verdammt, es sei denn, sie entwickelten ein ganz neues Selbstverständnis und neue Kampfformen. Diese Veränderung meinen IGM- und DGB-Führer, wenn sie davor warnen, die derzeitige Bundesregierung würde die Demokratie gefährden.

(Anmerkung: Eine ausführliche Darstellung dieser Problematik haben wir in AK 247 vom 4.6.84, S. 4, „Aussperrung, Arbeitsgericht und Polizei - Verrechtlichung und Verstaatli-

(Anmerkung: Eine ausführliche Darstellung dieser Problematik haben wir in AK 247 vom 4.6.84, S. 4, „Aussperrung, Arbeitsgericht und Polizei - Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes" vorgenommen.)

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

Vom 25. 2. 1969

§ 116

[Unparteilichkeit bei Arbeitskämpfen]

(1) Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.

(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.

(3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt oder

2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde.

Die Bundesanstalt kann Näheres durch Anordnung bestimmen; sie hat dabei innerhalb des Rahmens des Satzes 1 die unterschiedlichen Interessen der von den Auswirkungen der Gewährung oder Nichtgewährung Betroffenen gegeneinander abzuwägen.

(4) Ist bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Absatz 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt, so kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bestimmen, daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewähren ist. Erstrecken sich die Auswirkungen eines Arbeitskampfes über den Bezirk eines Landesarbeitsamtes hinaus, so entscheidet der Verwaltungsrat. Dieser kann auch in Fällen des Satzes 1 die Entscheidung an sich ziehen.

Das Müller-Gutachten zum Arbeitskampfrecht

Einige Pflöcke eingeschlagen

Besondere Brisanz erhielt das Spitzengespräch Bundesregierung, DGB und Arbeitgeber am 5. September durch das wenige Tage zuvor veröffentlichte Gutachten des Arbeitsrechtlers Prof. Rudolf Müller zum Arbeitskampfrecht. Müller, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichts (BAG), hatte dieses Gutachten im Auftrage von Arbeitsminister Blüm erstellt. Sein Kurzfazit: Im Arbeitskampfrecht müßten „gesetzliche Richtungspflöcke eingeschlagen" werden, u.a. bei der Zahlung von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar vom Arbeitskampf Betroffene (Ausgesperrte), beim Verbot von Warnstreiks, die „Erzwingungsstreiks" seien sowie bei der Legalisierung von Aussperrungen.

Der Arbeitskampf als Ordnungsmittel

Als Einstieg soll hier kurz vorgestellt werden, was Müller grundsätzlich zu Tarifautonomie, Koalitionsfreiheit und Streikrecht zu sagen hat.

Zunächst einmal spricht er davon, daß der Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes eine umfassende Freiheit der Koalitionsmittel garantiere. Doch „*bereits der Koalitionszweck, die Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, führt ... schon zu einer Begrenzung. Vor allem zieht die allgemeine Rechtsordnung eine Schranke. Art. 9 Abs. 3 GG ist selbst Bestandteil der allgemeinen Rechtsordnung. Ihr Verfassungsrang und die sich hieraus ergebenden Folgerungen können nicht dahin interpretiert werden, es herrsche absolute, nicht eingeschränkte und nicht einschränkbare Koalitionsmittelfreiheit. Sonst würde ... das Grundrecht die Möglichkeit einer Aushebelung weiter Teile der Rechtsordnung gewähren und damit von Rechts wegen die Herbeiführung des Chaos ganz oder teilweise legitimieren*" (S. 11/12). Nach Müller ist die Tarifautonomie abhängig von der gesellschaftlichen Akzeptanz und diese ist wiederum nur „*dann gewährleistet, wenn die Tarifverträge sowie die Art und Begleitumstände ihres Zustandekommens nicht auf starken Widerstand der Gesellschaft stoßen ... Die staatliche Gesetzgebung ist deswegen innerlich legitimiert, Regelungen vorzusehen, die die gesellschaftliche Akzeptanz der Tarifvertragsparteien absichern*" (S. 49).

Die Notwendigkeit der Tarifautonomie ergibt sich für Müller jedoch nicht nur aus dem Grundgesetz, sondern hat auch eine politisch-praktische Berechtigung: „*Mit der Tätigkeit der Sachnahen* (gemeint sind die Tarifparteien, Amn. d. Verf.) *erfolgt in erheblichem Ausmaß eine Staatsentlastung*". Hätte der Staat die Verpflichtung, im Arbeitsleben stärker regelnd einzugreifen, so wäre er überfordert. „*Die Tätigkeit des Treuhänders der Arbeit in der nationalsozialistischen Zeit hat hinlänglich gezeigt, daß der Staat damit überfordert ist, und das Beispiel jedenfalls der zentralistischen Verwaltungswirtschaft zeigt dies noch heute*" (S. 50).

„*Um seine öffentliche Aufgabe sicherzustellen, muß sich das Koalitionswesen durch eigenes Handeln und Verhalten immer wieder selbst fundamentieren. Das gilt nicht zuletzt in für die Vereinigungen schwierigen Zeiten wie etwa bei langanhaltenden Wirtschaftsdepressionen, mit der Gefahr des Mitgliederschwundes nicht zuletzt für die Arbeitnehmervereinigungen*" (S. 55).

Für Müller ist der Arbeitskampf „*unbeschadet der mit ihm gegebenen Schadensfolgen und Schadensgefahren ... ein Ordnungsmittel ...*". Und „*ein Ordnungsmittel, das von Rechts wegen ausufern könnte, ist kein Ordnungsmittel mehr*" (S. 67).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Sommer 1984 zeigt für Müller zweierlei. Zum einen war für ihn ,,*beispielhaft für die Fähigkeit und den Willen zur Einsicht auf beiden Seiten, selbst in einer extremen Situation ...*'' (die) ,,*besondere Schlichtung im Bereich der Metallwirtschaft*'' (S. 53). Aber: ,,*Im Blick auf einen nach den Erfahrungen des Sommers 1984 möglichen Ablauf von Tarifarbeitskämpfen erscheinen gesetzliche Vorkehrungen gegenüber einer Ausuferung des Instituts* (gemeint ist die Tarifautonomie, Anm. d. Verf.) *mit ihren nachteiligen Wirkungen nicht zuletzt auf es selbst notwendig*'' (S. 54).

Soweit seine grundsätzlichen Überlegungen. Nun zu den konkreten Punkten, wo er größtenteils auch rechtspolitischen Handlungsbedarf sieht.

,,Fließende Grenzen'' zwischen Warn- und Erzwingungsstreiks (Müller)

Kritisch sieht Müller das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 12. September 1984, welches, wie schon ein BAG-Urteil aus dem Jahre 1976, von der Gewerkschaft getragene kurze Warnstreiks für zulässig erklärt, da durch den Warnstreik ein ,,leichter Druck'' ausgeübt werden könne, der die Verhandlungen unter Umständen sogar fördern und einen großen Arbeitskampf möglicherweise gar verhindern könne. Müller reibt sich an dem neuen BAG-Urteil unter anderem deswegen, weil es aussagt, daß es kein ,,*druckfreies Verhandeln*'' gibt. Das BAG — so Müller — sieht den Arbeitskampf ,,*möglicherweise nicht mehr als ein, wenn auch äußerstes Ordnungsmittel*''. Der Tarifvertrag wäre so ,,*nichts anderes als ein Waffenstillstandsvertrag auf Zeit. Im Ergebnis wäre dies das alte Klassenkampfdenken*'' (S. 88). Da das BAG-Urteil in bezug auf das ,,Ultima-ratio-Prinzip'' (Streik nur als letztes Mittel) ,,*rechtliche Unsicherheit*'' geschaffen hat, schlägt Müller vor, dieses Prinzip rechtlich zu normieren. In seinem Gesetzesvorschlag heißt es u.a.: ,,*Haben die Tarifvertragsparteien Schlichtungsvereinbarungen abgeschlossen, nach denen ein Arbeitskampf erst nach dem erfolglosen Versuch einer Schlichtung durchgeführt werden darf, ist ein vorher eröffneter Arbeitskampf rechtswidrig*'' (S. 300).

Doch das reicht Müller noch nicht. Seiner Meinung nach sind die Warnstreiks von 1976 andere gewesen als die von 1984, die unter dem Motto ,,Neue Beweglichkeit'' standen. Diese Art Warnstreiks übersteigen seiner Meinung nach den ,,milden Druck''. Die Grenzen zwischen Warn- und Erzwingungsstreik seien ,,fließend'' geworden, so Müller. Somit seien diese Art Warnstreiks, was den allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als auch, was das ,,Ultima-ratio-Prinzip'' angeht. ,,*rechts- und verfassungswidrig*'',

was das ,,Ultima-ratio-Prinzip'' angeht, ,,*rechts- und verfassungswidrig*''

(S. 347).

Falls das Bundesverfassungsgericht (bei dem noch eine Klage der Arbeitgeber gegen das letzte Warnstreikurteil des BAG anhängig ist) sich seinen Überlegungen nicht anschließt, plädiert Müller auch in diesem Fall für eine gesetzliche Normierung. In seinem Gesetzesvorschlag hierzu heißt es u.a.: ,,*Kurzfristige Arbeitsniederlegungen und kurzfristige Aussperrungen, die lediglich eine Beschleunigung der ins Stocken geratenen oder zögernd geführten Tarifverhandlungen verfolgen, sind zulässig ... Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen der hier in Rede stehenden Art liegen nicht vor, wenn sie nach ihrer Gesamterscheinung den Charakter eines Erzwingungskampfes tragen*'' (S. 356).

Neufassung des § 116 gegen Arbeitskämpfe mit ,,Modell- oder Signalcharakter''

Bei der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat es bekanntlich auch eine große Zahl von 'kalt ausgesperrten' Kollegen/innen gegeben. D. h. Arbeiter/innen der Metallindustrie, die aufgrund arbeitskampfbedingter Produktionseinstellung zu Kurzarbeit gezwungen waren. Für die entgangenen Löhne gab es außerhalb der umkämpften Tarifgebiete keine Leistungen der IG Metall. Die Betroffenen waren auf Ersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) in Nürnberg angewiesen (nach § 116 Arbeitsförderungsgesetz). Diese verweigerte zunächst die Zahlung von Kurzarbeitergeld. Erst gegen Ende des Streiks, nachdem Entscheidungen der Landessozialgerichte in Darmstadt und Bremen vorlagen, wurde die Zahlung von Kurzarbeitergeld ,,unter Vorbehalt'' aus Nürnberg angekündigt. Eine endgültige Entscheidung des Bundesozialgerichts liegt bislang noch nicht vor.

Nach Abschluß des ,,Jahrhundertkampfes'' ging das propagandistische Trommelfeuer gegen den bestehenden § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) erst richtig los. 130 Abgeordnete der CDU/CSU unterzeichneten einen Novellierungsvorschlag für den § 116, der den Anspruch von 'kalt Ausgesperrten' auf Arbeitslosengeld ,,*nicht nur im regionalen Bereich des unkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus innerhalb des gesamten fachlichen Geltungsbereiches während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung*'' ausschließt. Dieser Gesetzesvorschlag wurde jedoch sofort nach Vorlage des Müller-Gutachtens zurückgezogen. Nach Meinung Müllers verletzten Zahlungen der BfA an 'kalt Ausgesperrte' die Kampfparität und führen zu einer Stärkung der Gewerkschaften, die die BfA als ,,Streikkasse'' mißbrauchen. Er schlägt deshalb eine genauere Fassung des § 116 vor. In dieser Fassung heißt es u. a., daß ,,*durch die Gewährung von Arbeitslosengeld ... nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden*'' darf. Dies ,,*gilt insbesondere auch für solche Arbeitskämpfe, deren Ergebnis nach den von den Tarifparteien für wesentlich erachteten Kampfzielen Modell- oder Signalcharakter haben*''. In seinem Gutachten heißt es: ,,*Von einem Tarifvertrag mit Signalwirkung kann man sprechen, wenn der Abschluß eines in Verhandlung stehenden oder umkämpften Tarifvertrages hinsichtlich einzelner seiner Regelungen und erst recht seiner sämtlichen Bestimmungen zu entsprechenden Ergebnissen in anderen Tarifgebieten derselben Branche oder in anderen Branchen führen soll*'' (S. 225). Sozusagen als Belohnung für alle Splittergewerkschaften (CGB etc.) will Müller alle ,,*Arbeitnehmer, die Mitglieder einer Arbeitnehmervereinigung sind, die ihrerseits die in Rede stehende Grundregelung nicht verfolgt oder sie sogar ablehnt*'', von der Nichtzahlung von Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld ausnehmen (S. 231/32).

Der Gesetzesvorschlag der 130 CDU/CSU-Abgeordneten ist Müller zu ,,grobflächig''. Er kritisiert den Vorschlag wie folgt: ,,*Der Vorschlag spricht nur von dem gesamten fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages, innerhalb dessen die Ansprüche gegen die Bundesanstalt ruhen sollen ... Der persönliche Geltungsbereich ist aber ebenfalls bedeutsam. Ob eine Signalwirkung vorliegt, hängt auch von ihm ab ... Es sind ohne weiteres Tarifverträge denkbar, deren Signalwirkung sich außer auf den fachlichen Bereich gleichzeitig nur auf einen bestimmten persönlichen Bereich erstreckt*'' (S. 251).

Ein Kuriosum des Gutachtens soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Müller lehnt den Beamteneinsatz während eines Arbeitskampfes (als Streikbrecher) ab. ,,*Man kann ... hier nicht für Neutralität* (des Staates, Anm. d. Verf.) *sein, und sie auf der anderen Seite mit dem Einsatz von Beamten beim Arbeitskampf im Felde des öffentlichen Dienstes aufgeben*'' (S. 270). Das klingt ganz sympathisch, doch vielleicht hat Müller auch einfach nur gewußt, daß demnächst ein Urteil des BAG ansteht, das die Rechtmäßigkeit des Beamteneinsatzes während eines Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst bestätigt, und dieser Teil seines Gutachtens damit ''überholt'' ist.

Zwangsschlichtung und Angriffsaussperrung müssen legal sein (Müller)

Anhand der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche stellt Müller verschiedene Überlegungen an, wie man es erreicht, daß zukünftige Arbeitskämpfe, was ihre Dauer und ökonomischen Auswirkungen betrifft, einem ,,Verhältnismäßigkeitsgrundsatz'' entsprechen. Gesetzliche Regelungen wie die zeitliche Begrenzung von Arbeitskämpfen auf drei Monate oder eine Suspendierung des Arbeitskampfes auf Zeit verwirft er, da ,,*ein entschiedener Widerstand der Gewerkschaften, wohl aber auch der Arbeitgeberseite ... vorhersehbar*'' sei. ,,*Die gesetzliche Verwirklichung dürfte in diesem Fall das soziale Klima erheblich belasten und das auf lange Zeit*'' (S. 308). Als ,,*noch am ehesten politisch durchzusetzen*'' sieht Müller die tarifvertraglich festgelegte Einrichtung von Schlichtungsausschüssen an, die von einer Tarifpartei oder der Bundesegierung angerufen werden können, wenn ein Streik ,,unverhältnismäßig'' wird. Da eine gesetzliche Regelung solcherart Schlichtungsvereinbarungen ebenfalls auf ,,*erhebliche Schwierigkeiten stoßen*'' wird, sieht Müller ,,*die größten Chancen für eine Einigung*'' in diesem Punkt ,,*unmittelbar zwischen den Tarifparteien*'' (S. 314). Für ,,*nicht behebbare Konfliktsituationen*'' empfiehlt Müller schließlich die Zwangsschlichtung. ,,*Eine genaue Umschreibung der Fälle, in denen eine Zwangsschlichtung unerläßlich ist, läßt sich*'', so Müller, ,,*nicht vornehmen*'' (S. 76). Einen rechtspolitischen Handlungsbedarf des Gesetzgebers sieht er in diesem Punkt zur Zeit nicht.

Konkretere Angaben macht Müller in bezug auf Angriffsaussperrungen. Diese hält er in zwei Fällen für angebracht. ,,*Angriffsaussperrungen können vorkommen in Wirtschaftsbereichen, deren Unternehmen in betonter Weise auf die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer angewiesen sind, wie z. B. im Dienstleistungsgewerbe*''. Zum zweiten sieht Müller Angriffsaussperrungen dann als angebracht an, wenn ,,*in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depression die Arbeitgeberseite in allen möglichen Branchen und Regionen vor der Notwendigkeit steht, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern, während die Arbeitnehmervereinigungen unter allen Umständen bei den bisherigen Regelungen verbleiben wollen ... Bei einem solchen Interessensgegensatz wären Tarifverhandlungen ohne die Befugnis zur Aussperrung nicht mehr als ... 'kollektives Betteln'* '' (S. 113). Obwohl Müller zur Zeit keine Möglichkeit sieht, die Angriffsaussperrung rechtlich zu normieren, stellt er an das Ende seiner Überlegungen einen konkreten Gesetzesvorschlag. Dort heißt es schlicht: ,,*Der Arbeitskampf kann mit einer Aussperrung eröffnet werden*'' (S. 135).

(Die Seitenangaben beziehen sich auf das vom Bundesarbeitsministerium nachgedruckte Gutachten)

B&G-Kommission

Widerstand gegen »geschlossene Abteilung«

Am 4. Oktober traten sechs Gefangene des Freiburger Knastes gegen die im August eingerichtete ,,geschlossene Abteilung'' und für die Verbesserung ihrer Haftsituation in den Hungerstreik. Ihr Protest hat breite Unterstützung innerhalb und außerhalb der Mauern gefunden. Zur selben Zeit wehrten sich in einer Eingabe an das Justizministerium 179 Gefangene der JVA Bruchsal gegen die Totalisolation an einem ihrer Mitgefangenen, der ebenfalls in einer geschlossenen Abteilung festgehalten wird.

Neben Bruchsal und Freiburg wurde auch in Mannheim eine solche Sonderabteilung eingerichtet. Daß auch für andere Knäste ebensolche vorgesehen sind, steht außer Frage. In die ,,geschlossene Abteilung'' werden Gefangene gelegt, für die ,,besondere Sicherungsmaßnahmen'' angeordent wurden. Etwa wenn ,,in erhöhtem Maße Fluchtgefahr'' oder ,,die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen'' besteht. Worum es tatsächlich geht, sagt der Freiburger Knastkommandant Rösch recht ungeniert: Der Isotrakt eröffne der Anstaltsleitung ''Disziplinierungsmöglichkeiten, die wir bisher bei bestimmten Disziplinarverstößen nicht hatten'' — etwa bei ,,ständiger Arbeitsverweigerung''.

In einer Erklärung zum Hungerstreik schildern die Gefangenen die Zustände in der ,,geschlossenen Abteilung'': ,,*Für durchschnittlich zehn (derzeit sieben) Insassen dieser Abteilung wurde eine ganze Station der VZA(Vollzugsanstalt, Anm. AK) freigemacht, wodurch sich die Überbelegungssituation für die übrigen Gefangenen noch verstärkt (die Station umfaßt normalerweise ca. 60 Haftplätze). Die Insassen der ,geschlossenen Abteilung' sind von den übrigen Gefangenen des Gefängnisses völlig, untereinander weitestgehend isoliert, bis auf zwei Ausnahmen befinden sie sich in Einzelhaft.*''

Zu dieser Isolierung kommt die Verschärfung der sonstigen Haftbedingungen durch zahlreiche Schikanen der Anstaltsleitung hinzu: ,,*Die isolierten Gefangenen sind — mit Ausnahme von wöchentlich zweimaligem Duschen — für täglich 23 Stunden in ihre engen Zellen eingeschlossen. Sie haben täglich eine Stunde Hofgang, der allerdings bei regnerischem Wetter ... ausfällt. Der Hofgang findet in einem kleinen, eigens durch mit Stacheldraht bewehrte Zäune in einem von der übrigen Anstalt abgegrenzten Areal statt, das während der Hofgangzeit (7.30 — 8.30 Uhr) zudem im Schatten ... liegt*'' — zumal es um diese Zeit im Winter noch dämmerig ist. ''*Jene isolierten Gefangenen, deren Zellen nach Norden liegen, sehen also niemals die Sonne.*'' ,,*Die Teilnahme am sonst üblichen wöchentlichen Sporthof ist den isolierten Gefangenen verwehrt. Ebenso sind sie vom gesetzlich vorgesehenen Fernsehempfang und von allen Veranstaltungen mit Freizeit und/oder Informationscharakter ausgeschlossen; auch an Weiterbildungsmaßnahmen können sie nicht teilnehmen. Telefongespräche nach außerhalb der Anstalt dürfen sie nicht am Münzfernsprecher führen, sondern an einem Dienstapparat und im Beisein (Mithören) eines oder mehrerer Beamter. Zudem müssen sie einen Aufschlag von 7 Pf. pro Einheit zahlen.*''

Die Folgen dieser Haftbedingungen sind dieselben, wie sie aus den Iso-Trakten für politische Gefangene bekannt sind. Die Anstaltsleitung nimmt Selbstverstümmelungen und Selbstmordversuche von Gefangenen, die diese Haftbedingungen nicht mehr aushalten, mit unverhohlenem Zynismus zur Kenntnis: als ein isolierter Gefangener versuchte, sich das Leben zu nehmen, sah sie darin lediglich ,,eine demonstrative Selbstverletzung am Arm''.

,,*Die ,geschlossene Abteilung'*'', schreiben die Gefangenen weiter, ,,*erfüllt ... alle Kriterien der Isolationshaft in sog. Hochsicherheitstrakten, die ja schon von der Verfolgung der Angehörigen der Roten Armee Fraktion her hinreichend bekannt ist. Die seit langem gehegte Befürchtung, daß die besonderen Vollzugsmaßnahmen gegen die Angehörigen der RAF zum allgemeinen, auch nicht-politische Gefangene (bzw. sozialpolitische Gefangene) betreffenden Standard erhoben werden könnten, scheint sich angesichts steigender Kriminalität infolge wachsender wirtschaftlicher Rezession und rapidem Sozialabbau zu erfüllen.*''

In Buchsal sitzt ein Gefangener (wegen angeblicher Fluchtgefahr) bereits seit 18 Monaten in strenger Isolationshaft, eine Stunde am Tag hat er Einzelhofgang, die restlichen 23 Stunden ist er in seine Zelle eingeschlossen, ohne jede Möglichkeit zu einem Gespräch oder Kontakt zu anderen Knackis. 179 seiner Mitgefangenen solidarisierten sich und unterschrieben jetzt eine Eingabe an das Justizministerium. Ein anderer Gegenstand der Proteste in Bruchsal ist die Einführung einer besonderen Perfidie: eines venezianischen Spiegels im Besuchsraum — dahinter sitzen Vollzugsbeamte, Anstaltsleiter, politische Polizei oder wer auch immer, und überwachen die Besuche, ohne selbst gesehen zu werden.

Nach dem Bekanntwerden des Hungerstreiks im Freiburger Knast besetzten etwa 25 Menschen das Dach des gegenüberliegenden Finanzamtes. Über Lautsprecher wurde eine Erklärung verlesen, die an die etwa zweihundert Gefangenen gerichtet war, die gerade Hofgang hatten. Als die Polizei brutal an die Räumung des Daches ging, protestierten die Gefangenen mit Sprechchören gegen die Polizeiaktion. Über hundert Gefangene blieben auf dem Hof und weigerten sich, wieder in ihre Zellen zu gehen. Sie wurden von draußen mit Decken, Pullovern, Getränken, Tabak und anderen Dingen, die über die Mauer geworfen wurden, unterstützt. Auch aus den Fenstern des Zellenflügels wurden Decken geworfen und Thermoskannen mit Kaffee ,abgeseilt'. Die Gefangenen forderten die Auflösung des Iso-Traktes und ein Ende der Zwangsarbeit im Knast. Während die Anstaltsleitung sich zunächst bereit zeigte, über die Verlegung der isolierten Gefangenen zurück in den ,,Normalvollzug'' zu verhandeln, intervenierte das Stuttgarter Justizministerium und untersagte alle Zugeständnisse. Erst nach 22 Uhr gingen die Gefangenen in ihre Zellen zurück.

Die harte Linie zur Zerschlagung jeden Widerstands in den Knästen setzte sich in den folgenden Tagen fort: Die Anstaltsleitung kündigte die Verfolgung der auf dem Hof gebliebenen Gefangenen wegen ,,Gefangenenmeuterei'' an; entsprechende Ermittlungsverfahren wurden inzwischen eingeleitet. Eine dem Justizministerium unterstehende Sondereinheit mit sieben ,,speziell ausgebildeten Vollzugsbeamten'' wurde aus Bruchsal nach Freiburg beordert. Schon zuvor waren zwei der Gefangenen in das Vollzugskrankenhaus Hohenasperg verlegt worden. Nicht etwa aus Gesundheitsgründen, sondern — wie Knastkommandant Rösch offen den Anwälten gegenüber erklärte — um den Hungerstreik zu brechen. Falls er den Streik nach einer Rückverlegung nach Freiburg wieder aufnehme, würde der Inhaftierte eben ,,ein bißchen hin und her gefahren''.

Eine Ungeheuerlichkeit sondersgleichen ist es, daß die Hungerstreikenden dort in der psychiatrischen Abteilung untergebracht wurden. Einer von ihnen wurde vier Tage zusammen mit vier psychisch schwer kranken Männern in einer Beobachtungszelle eingesperrt. ,,Ein Arzt erklärte dazu'', berichtet die Badische Zeitung, ,,bei Hungerstreikenden werde zunächst einmal von einer geistigen Gestörtheit ausgegangen.''

Die Polizei hat deutlich gemacht, daß sie gewillt ist, die Solidarität von draußen zu verhindern. Die Dachbesetzer wurden festgenommen, verprügelt und über Nacht in Schubzellen des Knastes eingesperrt. Vier von ihnen, die bis auf den Dachfirst geklettert waren, holte am nächsten Morgen ein eigens aus Göppingen herangekarrtes SEK-Kommando herunter. Die 24 während der Dachbesetzung Festgenommenen wurden mit Strafanzeigen wegen ,,Anstiftung zur Gefangenenmeuterei'' bedroht. Eine Kundgebung am nächsten Tag am Knast war von einem völlig willkürlichen Polizeieinsatz und weiteren Festnahmen begleitet.

Am 18.10. demonstrierten über 500 Menschen gegen den Isolationstrakt — aufgerufen hatte praktisch die gesamte Freiburger Linke. Die Demo war Anlaß für ein gewaltiges Polizeiaufgebot, das den Zug am Knast einkesselte und eine Kundgebung am Finanzamt verhinderte. Dennoch war es eine der kämpferischsten Demonstrationen der letzten Zeit in Freiburg. Eine nachfolgende Veranstaltung der Anlaufstelle für Strafentlassene sowie des Arbeitskreises Kritischer Juristen, der Humanistischen Union, der Strafverteidigervereinigung BaWü, der Vereinigung Demokratischer Juristen, des Forums Recht, der Grünen und der Friedensliste half, die Forderung nach Auflösung der ,,geschlossenen Abteilung'' weit über den Kreis der Linken hinauszutragen.

Auch wenn der Freiburger Hungerstreik infolge der Verlegung der Hungerstreikenden, zum einen zurück in den ,,Normalvollzug'', zum anderen in verschiedene andere Knäste, schließlich aufgegeben werden mußte: Die Aktionen haben erreicht, daß in einer relativ breiten Öffentlichkeit über Sonderhaftbedingungen und Isolation diskutiert wurde. Es wird nun darauf ankommen, diese Ansätze einer öffentlichen Kritik an unmenschlichen Haftbedinungen weiterzuentwickeln und eine Kriminalisierung der protestierenden Gefangenen zu verhindern. Mindestens 13 der angeblichen ,,Rädelsführer'' des ,,verlängerten Hofganges'', darunter 7 Ausländer, wurden inzwischen in andere Knäste verschubt und übers ganze Land verteilt. Dort unterliegen sie zumindest teilweise ,,besonderen Sicherungsmaßnahmen'', d.h. sie werden von anderen Gefangenen isoliert, keine Teilnahme an Freizeit- und Gemeinschaftsveranstaltungen und Terror und Schikanen in den verschiedensten Formen: Von der Verweigerung von Schreibpapier für Briefe an einen Anwalt bis zum Kaputtschlagen ihrer Zelleneinrichung und persönlichen Dinge bei Zellendurchsuchungen, von Schlägen bis zu stundenlangen Fesselungen an Händen und Füßen.

In dieser Situation, wo hinter den Mauern Exempel statuiert werden, ist Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit von draußen notwendiger als je zuvor. Es darf nicht geschehen, daß diejenigen, die gemeinsam Widerstand gegen den Vollzugsterror geleistet haben, jetzt einzeln und im Verborgenen fertiggemacht werden.

KB/Freiburg

(Zitate aus der Hungerstreikerklärung der Gefangenen, der Erklärung der Anwälte vom 10.10.85 und der Badischen Zeitung vom 11.- 19.10)

Nach dem Tod von Günter Sare

Zurück zur Tagesordnung?

Eineinhalb Monate nach dem Tod Günter Sares, der am 28. September bei einer Anti-NPD-Demo von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt wurde, ist die Diskussion darüber in Frankfurt noch keineswegs verstummt. Bis heute werden Demonstrationen mit einem Verbot bedroht, wenn sie die Vorgänge um Günter Sare thematisieren. Bis heute hat die ermittelnde Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit nicht informiert, ob und gegen wen sie Anklagen erheben will. Bis heute ist keines der Besatzungsmitglieder des Todeswasserwerfers IV/1, der heute unter dem Kennzeichen II/4 wieder eingesetzt wird, vom Dienst suspendiert und das, obwohl die Indizien für eine Vorsatztat sich erhärtet haben. In verschiedenen Parlamentsgremien wurde mittlerweile über den Tod von Günter Sare diskutiert, Polizeigewerkschaftler haben mehrfach Strafanzeigen gegen prominente Grüne erstattet, die laut einen Mordvorwurf ausgesprochen hatten. Und doch ist die Diskussion in der sog. demokratischen Öffentlichkeit und auch in der beteiligten Linken wenig vorwärtsgekommen.



Platzwunden der Kopfhaut.
Brüche der Schädelknochen.
Zerreißen von Blutgefäßen im Schädelinnern.

Die Folgen:
- Blutergüsse der Kopfhaut
- Gehirnerschütterung und Gehirnquetschung mit Kopfschmerz und Schwindel
- Blutungen in die Hirnhäute und in das Gehirn
- Drucksteigerung im Schädelinneren mit Bewußtseinsstörungen, Seh- und Hörstörungen
- Lähmungen von Gliedmaßen
- Schädigung der lebenswichtigen Zentren für Atmung und Kreislauf mit direkter Lebensbedrohung.

Nach dem Tod des von einem Wasserwerfer der Polizei überrollten Günther Sare kam es in Frankfurt an mehreren Tagen zu Demonstrationen.

Die Bilanz der an diesen Tagen durch Anwendung von Schlagstöcken verursachten Verletzungen:
- Fall 1: 1.10.85. Junger Mann. Platz- und Rißwunde der Schädelschwarte. Blutung zwischen den Hirnhäuten, epilepsieähnlicher Anfall, liegt noch auf unabsehbare Zeit in neurologischer Fachklinik.
- Fall 2: 5.10.85. Sanitätshelfer, wurde während Erster-Hilfe-Leistung zusammengeschlagen. Lähmungen der rechten Körperhälfte. Verdacht auf Blutgerinsel im Gehirn.
- Bei zahlreichen Festnahmen: Nasenbeinbrüche, Riß- und Platzwunden auf der Schädelschwarte, Gehirnerschütterungen, Armbrüche, Prellungen.

Protest gegen Polizeimethoden: Plakatwand in Frankfurt

In einer Pressekonferenz gab die Rechtsanwältin der Familie von Günter Sare, Waltraud Verleih, bekannt, daß sie der Staatsanwaltschaft Frankfurt eine Liste mit 35 direkten Zeugen für den tödlichen Vorfall überreicht hat. Die Staatsanwaltschaft hat mit ihrer Vernehmung begonnen. Bereits zuvor hatte sie jedoch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten wie auch die polizeiliche Einsatzleitung abgelehnt. Frau Verleih bekommt bis heute keine Einsicht in die Ermittlungsunterlagen mit Ausnahme einiger Lichtbilder unbd eines vorläufigen Obduktionsberichtes.

Sehr still geworden ist es mittlerweile um die anfangs von Polizei und Staatsanwaltschaft gestreute Steinwurf-Theorie, nach der Günter Sare von einem Stein getroffen zu Fall gekommen und dadurch unter den Wasserwerfer geraten sei. Auch andere Informationen, die man lanciert hatte, der Tote habe einen Blutalkoholgehalt von 1,49 Promille gehabt, der Wasserwerfer sei ,,nur'' mit einer Geschwindigkeit von 23 km/h ohne Beschleunigung oder Abbremsen über Günter Sare gefahren und last not least, der Getötete habe den Wasserwerfer mit einem Stock (!) bedroht, haben nach kurzfristigen öffentlichkeitswirksamen Pluspunkten für die ,,bedrohte'' Wasserwerfermannschaft offenbart, daß sich das Geschehen einfach nicht erklären läßt, ohne einen irgendwie gearteten Vorsatz oder eine Absicht bei den beteiligten Polizisten zu unterstellen.

Demonstrationsverbote

Öffentlicher Protest gegen den Tod von Günter Sare und den anhaltenden Polizeiterror danach sollte auch weiterhin verboten bleiben. Für den 3.11. erließ der Frankfurter Oberbürgermeister ein Demonstrationsverbot gegen einen Fackelzug in die berühmt-berüchtigt gewordene Frankfurter Rohrbachstraße. Am 3. November 1981 hatte dort eine Polzeihundertschaft, die nur aus bundesweit zusammengezogenen Mitgliedern von sog. Sondereinsatzkommandos (SEK) bestand, ein Schlachtfest unter den eingekesselten Teilnehmern einer Demonstration von etwa 800 Startbahngegner/inne/n veranstaltet. Und wie es so ,,zufällig'' ist, ging dem Polizeiüberfall eine antifaschistische Aktion voraus; einige Teilnehmer der nächtlichen Demo hatten seinerzeit in dem Nazibuchladen ,,Volk und Kosmos'' die Möbel geradegerückt. Kurz nach diesem Vorfall veranstaltete das SEK den Überfall, der von allen Beteiligten als ihr schlimmstes Erlebnis mit der Polizei bezeichnet wird. Ein Novum ist, daß der seinerzeitige Einsatzleiter, ein Polizeioberrat Phillippi, für diesen Einsatz derzeit als Angeklagter wegen ,,Körperverletzung im Amt'' vor Gericht steht. Seit 1981 wird nun jährlich eine ,,Erinnerungsdemonstration'' an den Ort des Geschehens veranstaltet — dieses Jahr sollte das verboten sein. Die angerufenen Verwaltungsgerichte bestätigten Wallmanns Verbot und begründeten, ,,... *daß sich die zu erwartenden Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ornung bei der gegebenen Sachlage auch nicht durch Auflagen vermeiden lassen. Insofern fällt ins Gewicht, daß die geplante Veranstaltung hinsichtlich ihrer Thematik, ihrer zeitlichen Verknüpfung mit einer Veranstaltung zur Räumung des Hüttendorfes, des Prozesses im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Rohrbachstrasse und dem Tod von Günter Sare insbesondere den Personenkreis anspricht, der für die gewalttätigen Ausschreitungen an der Startbahn-West und die Vorfälle in der Zeit vom 28.9. bis 1.10. in Frankfurt verantwortlich ist. Hinzu kommt, daß sowohl die Aufrufe zur Teilnahme an der Demonstration als auch die Demonstrationsroute geeignet ist, die Emotionen der Veranstaltungsteilnehmer zu schüren, und dadurch die Gefahr von Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung begründet wird.*'' (Beschluß des Verwaltungsgerichtes Frankfurt am Main IV/1 — H 2468/85)

Damit zensieren Wallmanns Ordnungsbehörde und die angerufenen Verwaltungsgerichte die Inhalte der angemeldeten Demonstration und erklären Proteste gegen den Tod von Günter Sare, gegen Polizeiterror und gegen die Startbahn-West für verboten. Die Demonstration fand trotzdem statt. Zwar hatte die Polizei sowohl am Treffpunkt als auch an der gesamten geplanten Wegstrecke massive Kräfte postiert, verhinderte jedoch zunächst nicht das Sammeln und den Abmarsch von am Ende fast 2000 Demonstranten, die das Verbot ignorierten. Nachdem der Demonstrationszug den engeren Innenstadtbereich verlassen hatte, sperrten die Polizisten den Weitermarsch und zerstreuten den Demozug, so daß schließlich nur ein Viertel der ursprünglichen Teilnehmerzahl am Endpunkt in der Rohrbachstrasse ankam. Dort wurden mutmaßliche Teilnehmer einer improvisierten Kundgebung eingekesselt und ihre Personalien festgestellt. Andernorts kam es zu Festnahmen, so daß insgesamt gegen mehr als 50 Menschen Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet worden sind. Das sollten auch die bedenken, die das natürlich erfreuliche Stattfinden der Demonstration trotz Verbots etwas zu vollmundig als Ausdruck der Schwäche der Polizei, als Sieg über Wallmann etc. feiern. Festzuhalten bleibt, daß der Frankfurter OB das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in ein Demonstrationsverbot mit Erlaubnisvorbehalt umgewandelt hat, so daß die Frankfurter Presse gegenwärtig Demonstrationen so ankündigt, daß noch offen sei, ob Wallmann den Aufzug genehmige. Um einer Situation zu entgehen, in der ähnlich wie in Südafrika, wohin Wallmann besonders intime Beziehungen pflegt, nur noch zu Beerdigungen legal demonstriert werden kann, organisierte der Trägerkreis der Aktionen der letzten Wochen eine Demonstration zur Wiederherstellung des Demonstratonsrechtes. Zwar gelang es, den Aufruferkreis um einiges Demonstration zur Wiederherstellung des Demonstratonsrechtes. Zwar gelang es, den Aufruferkreis um einiges zu erweitern, sodaß das Spektrum nun von Jungsozialisten über Stadtjugendring, DKP, Grüne, Graue Panther, Tierschützer und KB bis zu Starbahninitiative und Autonomen reichte, doch war die Mobilisierungs- und Diskussionszeit für eine wirkliche Verbreiterung der Teilnehmerzahl zu kurz, so daß am 9.11. wiederum nur etwa 2000 Teilnehmer unter dem Motto **,,Wann demonstriert wird, bestimmen wir!''** in die Rohrbachstrasse zogen. Es muß daraus gelernt werden, daß für den Erfolg einer politischen Demonstration mehr Gesichtspunkte entscheidend sind als ihre technisch-organisatorisch effiziente Vorbereitung, die heute knapp 2000 Menschen in Frankfurt befähigt, die Demonstration durchzuführen, auch wenn die Polizei mit nicht allzu brutalem Vorgehen ein Verbot durchsetzen will.

Als gar nicht angenehm empfanden wir die zuweilen aufkommenden Stimmen, die die ,,Ungleichbehandlung'' jüdischer Demonstranten durch die Stadt anläßlich ihrer Aktion gegen die Faßbinderaufführung (,,Der Müll, die Stadt und der Tod'') monierten, um eine ,,Privilegierung'' der jüdischen Gemeinde nahezulegen und deren Protest dadurch abzuwerten. Allerdings wurden derartige Losungen nur hinter vorgehaltener Hand verbraten, so daß eine öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Stoßrichtung nicht stattfand.

Im Frankfurter Stadtparlament verwehrte der Stadtverordnetenvorsteher Labonte vier Zuschauern den Zutritt zur Zuschauertribüne, weil diese Flugblätter verteilt hatten, die die Polizei beschuldigten, Günter Sare ermordet zu haben. Derartige Zensurpraktiken, die von der CDU-Fraktion gebilligt wurden, waren aber noch gar nichts im Vergleich mit der Veröffentlichung im ,,Gallus-Echo'', einer Stadtteilzeitung der CDU für den Bezirk, in dem Günter Sare getötet wurde. Ein früherer CDU-Stadtverordneter namens Eisenkrätzer wetterte hier gegen ,,rot-grüne Faschisten'', gegen ,,Bürgerkriegsapostel'', ,,Plünderer, Brandstifter und Zerstörer''. Die Polizei könne ,, *es sich im Einsatz nicht leisten, ihre Handlungen politisch abzuwägen oder gar die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge auf den Rhythmus von Bürgerkriegsspielern einzustellen*''. Fazit des rechtsradikalen Schmierfinken: ,,*Die totale Demokratie taugt nicht für viele Deutsche. Sie führt zur Anarchie*''.

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat des Gallus-Viertels kann sich glücklich schätzen, daß ihr für diesen Artikel auf der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats nur einige Eier um die Ohren flogen. Bezeichnend ist, daß sich der Fraktionsvorsitzende der Römer-CDU, Gerhard Wenderoth, voll hinter diese Ausfälle gestellt hat.

Der Landtag hat mittlerweile mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die grünen Antragsteller die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes zum Tod von Günter Sare abgelehnt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Welteke führte aus, von einem Untersuchungsausschuß seien ,,*keine neuen und zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten*'' und verwies auf die seiner Meinung nach ausreichende Berufung eines ,,unabhängigen Untersuchungsbeauftragten'' durch Innenminister Winterstein. Abgesehen davon, daß dieser Beauftragte im Gegensatz zu einem Untersuchungsausschuß keine rechtlich abgesicherten Kompetenzen zur Zeugenvernahme etc. hat, ist auch die nominierte Person durchaus suspekt. Erkel war 1977 Mitglied des Schleyer-Krisenstabes, dessen dubiose Praktiken durch die jüngsten Enthüllungen über Geldzuwendungen an den BND durch die Industrie einmal mehr ins Zwielicht geraten sind.

Den Grünen im Landtag ist vorzuwerfen, daß der Antrag auf Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes viel zu spät kommt und erst durch einen Basisbeschluß auf der Landesversammlung erzwungen werden mußte. Entsprechend dünn war dann auch die Antragsbegründung durch das Nachrückertalent Jochen Vielhauer: Die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß sei keine Mißtrauenserklärung gegenüber der Landesregierung. Nicht das Staatliche Gewaltmonopol, sondern dessen Ausübung stünden auf dem Prüfstand (nach TAZ v. 13.11.85). So lag der CDU-Innenpolitiker Nassauer in der Landtagsdebatte nicht einmal total daneben, wenn er die Grünen verhöhnte, ,,*sie könnten einen Untersuchungsausschuß ernstlich nicht wollen. Denn wenn der Untersuchungsausschuß herausfände, daß der Polizei kein Vorwurf zu machen sei, müßten die Grünen ja einräumen, daß ihre Verdächtigungen haltlos gewesen seien. Und wenn der Ausschuß wider jegliche Wahrscheinlichkeit, Verfehlungen der Polizei aufdecken würde, ... hätten die Grünen sicherlich die größten Schwierigkeiten, vor ihrer 'Basis' die Wiesbadener Koalition mit Vertretern eines Staates zu rechtfertigen, dem nachgesagt werde, er habe einen Menschen umgebracht.*''(FAZ 13.11.85) Unerwähnt blieb die Zustimmung der grünen Parlamentarier zu der Anschaffung dieser neuen Wasserwerfer im Polizeietat 1983. Die Grünen haben also durchaus selber ein schlechtes Gewissen. Die Grünen werden, wie schon bisher praktiziert, mit Schweigen über diesen Vorwurf hinweggehen und hoffen, daß das lästige Thema, das die SPD und auch sie selber nur in Schwierigkeiten bringt, möglichst bald vom Tisch kommt; sodaß man sich dann nur noch mit ,,strukturellen'' Polizeireformen zu beschäftigen braucht. Wir erinnern daran, daß weitsichtige Kritiker der Landtagsgruppe bereits auf der Landesversammlung in Lollar Anfang 1983 in einem ironischen Antrag Vorschläge der Grünen für ein ,,alternatives Landeskriminalamt'' mit ,,alternativen Verhörtechniken'' und ,,alternativem Schußwaffengebrauch'' als Verhandlungsauftrag forderten ...

Politsche Aufarbeitung notwendig

Mit ca. 500 Teilnehmern war eine Veranstaltung der ,,Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.'' und der ,,Liste demokratischer Ärzte'' gut besucht. In einer aufsehenerregenden Plakataktion hatten sie zuvor mit Motiven, die wir nebenstehend abgebildet haben, zu der Veranstaltung mobilisiert. Auch die ,,Hessenschau'' des ersten Fernsehprogramms berichtete über die gelungenen Bilder über die ,,Arbeit der Polizei''. Auf der Veranstaltung stellten Sebastian Cobler und zwei Ärzte juristisch und medizinisch das polizeiliche Gewaltvorgehen gegen Demonstranten in anschaulicher Weise dar.

Diese Informationsveranstaltung war aber immer noch nicht die dringend notwendige Auseinandersetzung um die politischen Fragen, die in der Frankfurter Linken endlich einmal nach dem Tode Günther Sares diskutiert werden müssen: Warum geht die Polizei besonders bei antifaschistischen Demonstrationen mit unvergleichlicher und lebensgefährlicher Härte vor. Welche Strategie steckt in dem von Staat und Polizei geförderten Entsolidarisierungsprozeß zwischen militanten Linken und den Befürwortern des ,,staatlichen Gewaltmonopols''? Welche Chancen hat eine Reformstrategie überhaupt noch angesichts der Tötung von Antifaschisten.

KB/Gruppe Frankfurt

WWG-Prozeß eingestellt

WWG-Prozeß eingestellt
Falschaussage der Polizei

Nur zwei Stunden dauerte am 8.11. 1985 vor dem Bonner Amtsgericht der zweite Prozeß gegen einen Teilnehmer der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 4. Mai 1985. Die Anklage gegen Peter R. aus Hamburg lautete auf ,,Widerstand'' und ,,versuchte gefährliche Körperverletzung'' gegen Vollstreckungsbeamte. Auf intensives Nachfragen des Hamburger Anwalts Maeffert allerdings stellte sich der Zusatz ,,gefährlich'' als ein ,,Kanzleifehler'' heraus. Da mußte sich wohl jemand vertippt haben.

Genauso wie von der ,,gefährlichen'' Körperverletzung blieb im Laufe des Prozesses von der ,,Körperverletzung'' überhaupt nicht viel übrig. Der Bulle, den Peter angeblich getreten haben soll, hatte dies weder zu Protokoll gegeben, noch war er im Nachhinein auffindbar.

Peter, der sich während des Demozuges in der Nähe des Lautsprecherwagens befunden hatte, fand sich urplötzlich in einer Menge knüppelschwingender SEKler wieder. Der zum Verhör geladene Zeuge, der Polizeibeamte des SEK aus Bielefeld, konnte ihn in einer Menge von Vermummten ausmachen, wie er sich wiederholt gegen Festnahmen wehrte. Mehrfach habe er um sich geschlagen, aber dabei niemanden getroffen. Nein, vermummt sei der Angeklagte nicht gewesen. Obwohl er angeblich kein Foto von Peter R. gesehen habe, konnte der SEK-Beamte sich sehr wohl und genauestens an die Kleidung erinnern, die er im Prozeß ausführlich beschrieb. Auf die Nachfrage des Anwalts, wie er sich so genau an die Kleidung erinnern könne, antwortete der Polizeizeuge, er habe sich Aufzeichnungen gemacht, die er aber in Bonn habe er dann irgendwann ein Festnahmeprotokoll zugeschickt bekommen, daß er sich aber nicht weiter angesehen habe. Auf den Hinweis, seine Aussagen seien wörtlich im Vernehmungsprotokoll nachzulesen, wußte der Zeuge nichts mehr zu sagen.

Angeblich habe er den ,,Angeklagten'' auch allein festgenommen, ob er am Boden gelegen habe, daran könne er sich nicht mehr erinnnern. Peter habe sich heftig gegen die Festnahme gewehrt, um sich geschlagen usw. aber er, der ihn schließlich stolz im ,,Halswürgegriff'' abführen konnte, sei nicht getroffen worden.

Obwohl Peters Anwalt die Aussagen des SEK-Zeugen als unsicher, nachgelesen oder sogar falsch nachweisen konnte, gab es in diesem Prozeß nur eine ,,Einstellung'', die sofort vom Staatsanwalt vorgeschlagen wurde, nachdem von der Verteidigung einige Fotos präsentiert wurden, die sehr eindeutig Peters Festnahme dokumentierten: Peter, am Boden liegend, von drei SEK-Bullen umringt.

Der Zeugen-Bulle aus Bielefeld war der festen Ansicht gewesen, er habe Peter ganz allein festgenommen. Das hatte er sogar beeidet.

Festzuhalten bleibt, daß ein Freispruch, wie er in einem solchen Prozeß eigentlich richtig gewesen wäre, nicht drin war. Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen einen der Tausenden von Demoteilnehmern völlig willkürlich und kann es sich natürlich nicht leisten, zuzugeben, daß die SEK-Beamten willkürlich und brutal einzelne Personen, denen Gewalttaten nicht nachzuweisen waren, festnahmen.

Ermittlungsausschuß Bonn

DIE LUST AM TABU

,,Ein besonderes hintersinniges Argument ist: ,Man darf ja gegen Juden heute nichts sagen'.

Es wird sozusagen gerade aus dem öffentlichen Tabu über den Antisemitismus ein Argument für den Antisemitismus: Wenn man nichts gegen die Juden sagen darf, dann — so läuft die assoziative Logig weiter — sei an dem, was man gegen sie sagen könnte, auch schon was dran.

Wirksam ist hier ein Projektionsmechnismus: daß die, welche die Verfolger waren und es potentiell heute noch sind, sich aufspielen, als wären sie die Verfolgten.''

Adorno (1962)

Verworren und verschlungen kann die öffentliche Debatte rund um die Nicht-Aufführung des Fassbinder-Melodrams in Frankfurt erscheinen. Viel zitiert werden die ,,kuriosen Koalitionen''. An der Seite der jüdischen Protestierer: Oberbürgermeister Wallmann, Marion Gräfin Dönhoff von der ,,Zeit'', Joachim Fest von der FAZ, Schneider, hessischer SPD-Kultusminister, der Frankfurter Ehrenbürger Josef Abs, der Frankfurter Stadtrat und Witiko-Bund-Freund Mihm, der Vorstand der AG verfolgter Sozialdemokraten Hessen-Süd, Dany Diner, Micha Brumlik, katholische und evangelische Kirche Ffm., Ignatz Bubis, u.v.a.m. Bei den Befürwortern finden sich: Theo Sommer von der ,,Zeit'', Thomas Hartmann von der ,,taz'', Peter Iden von der ,,FR'', die UZ, Intendant Rühle, ebenfalls CDU und ehemaliger Chef des FAZ-Feuilletons, Fritz Güde von der ,,Kommune'', Reich-Ranicki, die Deutsche Akademie der Künste, Daniel Cohn-Bendit, der Vorstand der dramaturgischen Gesellschaft, Peter Zadek, Iring Fetscher, SPD und Grüne im Römer (Realos und Fundis ausnahmsweise mal vereint) u.v.a.m. Die Namenslisten besitzen einen nur relativen Wahrheitsfindungswert. Einerseits kann die Tatsache, daß ein Wallmann oder ein Fest das Stück für antisemitisch befinden, nicht als Beweis für das Gegenteil dienen. Andererseits kann die Tatsache, daß sich jemand als links begreift, wie auch beispielsweise Fassbinder es tat, keine dogmatische Gütegarantie bedeuten. Schließlich gibt es zwischen Gegnern und Befürwortern der Aufführung durchaus auch Überschneidungen, beispielsweise in der Auffassung, das Stück für antisemitisch zu halten, oder in der Behauptung, eine Absetzung bedeute Zensur.

Ein a priori gibt es also nicht, und was bleibt, ist: Eins teilt sich in zwei. Wahr ist, daß Dregger-Freund Wallmann (verbal) vor Antisemitismus warnt; wahr ist aber auch, daß Wallmann Ernst Jünger den Goethe-Preis verlieh, der so treffend zitiert werden kann: ,,... *Die Erkenntnis und Ver-*

mann Ernst Jünger den Goethe-Preis verlieh, der so treffend zitiert werden kann: ,,... *Die Erkenntnis und Ver-*

wirklichung der eigentümlichen deutschen Gestalt scheidet die Gestalt des Juden ebenso sichtbar und deutlich von sich ab wie das klare und unbewegte Wasser das Öl ... Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbar werden ...'' (Ernst Jünger).

Wahr ist, daß Witiko-Bund Mitglied Mihm in vorderster Reihe an einem Schweigezug von katholischer und evangelischer Kirche zum Frankfurter Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus teilnahm; wahr ist aber auch, daß Stadtschulrat Mihm der VVN an allen Frankfurter Schulen Hausverbot erteilt hat. Wahr ist, daß Joachim Fest das ,,Spiel mit der Angst'' seines ehemaligen Kollegen Rühle äußerst rüde monierte; wahr ist aber auch, daß Fest, pünktlich zu Führers-Geburtstag, Jünger dabei befürwortend zitierend, darüber philosophierte, ob Stalingrad nicht die Niederlage der freien Welt gewesen sei (FAZ, 20.4., nachzulesen in AK 258). Ganz abgesehen davon, daß Fest die Laudatio bei der Preisverleihung für Jünger hielt ...

Ein Blick zurück

Vor knapp sieben Monaten, zur Unterstützung der Bitburger-Rehabilitierungssymbolik, warnte die FAZ vor denjenigen, die *,,die Verfolgung bis ins siebte Glied''* pflegen würden und die für jeden Anlaß dankbar seien, *,,das Zerrbild des häßlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden wieder aufzureißen''* (29.4. z.n. AK 258).

Die FAZ drohte: *,,Gewisse jüdische Kreise müßten von einsichtigen Leuten davor gewarnt werden, gewisse Gedanken überzustrapazieren''* (15.4.).

Heute ernennen sich gewisse CDU-Kreise zu ,,Beschützern der jüdischen Mitbürger''. Eine Heuchelei? Diese Charakterisierung wäre zu milde. Solche Beschützer wirken unheimlich. Ein Widerspruch? Nein.

,,Vierzig Jahre sollte Israel in der Wüste bleiben, bevor der neue Abschnitt mit dem Einzug ins verheißene Land begann. Vierzig Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vätergeneration'' erklärte Weizsäcker anläßlich seines Israel-Besuches im Oktober (taz, 30.10.). Diese Aussage ist nur eine Variante des gröberen Boenisch-Satzes: *,,Es ist doch das Allerletzte, daß man 40 Jahre danach, immer noch durch KZs rumlaufen muß''* (Spiegel, 20.4.). Die Kohl-Variante lautet hierauf: *,,Hüten wir uns davor, den ersten Stein zu werfen, hüten wir uns davor, Ankläger oder Richter unserer Vorfahren zu sein''.* So der Kanzler vor dem Historiker-Treffen des Leo-Baek-Institutes (taz 30.10). Die Jenninger-Variante: *,,Die Deutschen machten*



tutes (taz 30.10). Die Jenninger-Variante: *,,Die Deutschen machten*

nicht bei dem mit, was eine verbrecherische Gewaltherrschaft inszenierte'' (anläßlich des 47. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9.11.38, FR, 11.11.). Die Dregger-Variante: *,,Ohne Hitler ... hätte es die Verbrechen der Vertreibung und des Judenmordes nicht gegeben''* (FR, 8.5.).

Vierzig Jahre danach soll das Kapitel abgeschlossen werden — gelitten wurde viel. Von beiden Seiten. Spätestens seit Bitburg weiß man, daß es bei der SS solche und solche gab, und daß Vertreibung gleich Judenmord ist, wie es auch im Auschwitzgesetz festgelegt wurde. Vierzig Jahre danach will man ein ganz normaler deutscher Reaktionär sein können. Es ist logisch, daß eine solche Normalität nur auf dem Rücken der Opfer ausgetragen werden kann. Und, so paradox es erscheint, braucht man sie auch dafür. Man braucht sie, um der Welt ein ,,geläutertes Wesen'' vorspiegeln zu können.

Gegenüber den ,,ewig Ängstlichen'' bietet man als Partei mit dem höchsten Prozentsatz an alten und neuen Nazis seinen rechtsstaatlichen Schutz an. So wirft man sich einerseits in die Pose des geschichtlich Unbeteiligten, andererseits suggeriert man ein gemeinsames Leiden. Man äußert Verständnis für die — allerdings ,,irrationalen'' — ,,Ängste'' der ,,jüdischen Mitbürger'', erinnert diese aber gleichzeitig an ihre Minderheitsposition. *,,Die Sache''* (gemeint ist die Bühnenbesetzung) *,,war unrechtmäßige Gewalt ... Sie kann nicht geduldet werden, möge sie verübt werden von Lastwagenfahrern am Brenner, von Walter Jens vor den Toren der Pershing-Basis Mutlangen, von gewalttätigen Demonstranten gegen eine genehmigte NPD-Versammlung ... Das alles ist Gewalt, unter welchem*

ne genehmigte NPD-Versammlung ... Das alles ist Gewalt, unter welchem

Vorwand, aus welchem Anlaß auch immer ... Der beste Schutz der Juden, der einzige Schutz für jeden Bürger und für jede Minderheit ist das Festhalten am Recht'' (FAZ, 2.11.) Ganz ähnlich äußerte sich immer wieder Wallmann).

Wenn sie auch in den praktischen Schlußfolgerungen unterschiedlich agieren, so unversöhnlich gegeneinander stehen sich Wallmannsche und Rühlsche Kernideen nicht: *,,Man müsse zu einer Normalität finden''* sagte Rühle (FAZ, 2.11.) *,,in der auch jüdische Bürger so gezeigt werden dürfen wie andere Bürger dieses Landes''.* Denn: *,,Nach vierzig Jahren Wiedergutmachung, nach einer Politik der Versöhnung, einer Politik, die ich voll unterstütze, **ist die Schonzeit vorbei**''* (Hervorhebung AK, taz, 2.11.). Rühle änderte bekanntlich seine Meinung. Befand der FAZ-Feuilletonist noch im Juli 84 (z.d.Z. noch bei der FAZ), das Fassbinder-Stück sei *,,ein grobes Gebilde, wir setzen seinen Kunstwert nicht hoch an, aber es macht Rumor''* und habe *,,den guten Geschmack und die Ängste der jüdischen Gemeinde gegen sich''*, meint der heutige Intendant, es sei Fassbinders ,,poetischstes und visionärstes'' Werk ...

Auch während der letzten Wochen und Monate wechselte er des öfteren seine Meinung, was überhaupt Thema des Stückes sei. Mal war es ein Liebesdrama, mal war es die Problematik der entmenschlichenden Stadt, mal sei der ,,Reiche Jude'' eine völlige Randfigur, mal sei der ,,Reiche Jude'' die einzige sympathische Figur überhaupt, mal gibt es in dem Stück keinen Antisemitismus, mal würde allerdings der ,,Reiche Jude'' doch *,,von den anderen mit antisemitischen Klischees charakterisiert werden''*, aber *,,nicht vom Autor''* (FAZ, 25.9.), mal geht es um Heute, mal geht es um Gestern, und schließlich sollte anhand der Aufführung das diskutiert werden, *,,was sonst nur an Biertischen geäußert wird''* (ebda.).

Regisseur Hilfsdorf erläuterte: *,,Fassbinder bricht ein Tabu, für ihn ist auch jüdisches Verhalten kritisierbar, die Kontroverse ist die mit dem **,Schuldbonus'** ''* (Hervorhebung AK), *,,den die nicht-jüdische Gesellschaft den Juden eingeräumt hat, um so die eigene Schuld nicht reflektieren zu müssen''* (FR, 31.10.).

Und im Programm des Schauspiels Frankfurt ist folgende Vorrede an die Zuschauer zu lesen: *,,Fassbinders jüdischer Bauherr und Häusermakler ist die **erste** Darstellung eines Juden auf der deutschen Bühne der Nachkriegszeit, die **den Juden** nicht mehr unter dem **Auschwitz-Aspekt** des Verfolgten darstellt''.* (FR, 29.10.).

Fassbinder habe die *,,selbstauferlegte Tabuisierung (verletzt), die **den Juden nur** als Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen darstellbar machte''* (ebda.).

Einerseits soll der Vorgang als völlig normal bewertet werden. *,,Weil* (das

Einerseits soll der Vorgang als völlig normal bewertet werden. *,,Weil* (das

Stück) *aus Erlebnissen und Beobachtungen in dieser Stadt vor zehn Jahren hervorgegangen ist'' (...) ,,Weil es in diese Stadt hineingeschrieben worden und ihr durch Bestimmung ihres Autors ,aufgetragen' ist''. ,,Weil wir das Stück anders lesen und uns also den Vorwürfen, es sei antisemitisch, nicht anschließen können''* (Zitate von Rühle, s.o.)

Sozusagen eine Art Kunstprodukt des ,,kapitalistischen Realismus''. Andererseits aber wird es im Sensationsstil als historisch bahnbrechend beschrieben. Wo bitte schön ist aber das Tabu? Jeder, der das Stück gelesen hat, kann schlecht abstreiten, daß der Autor, in welchen pädagogischen Absichten auch immer, mit einer Fülle antisemitischer Klischees arbeitet: vom Reichtum, der Zerstörungslust aus Rachegier, über die Potenz und Geilheit, über die Ermordung der arischen Frau bis zur mächtigen Lobby im Hintergrund.

Ein Klischee ist eine verbreitete Meinung. Ein Tabu ist eine verbotene Meinung. Keineswegs ging es Fassbinder selber nur um die schlichte Problematik des Frankfurter Häuserkampfes. In einem ,,Zeit''interview (9.4.76) erklärte er selber: *,,Ich meine, daß die ständige Tabuisierung von Juden, die es seit 1945 in Deutschland gibt, gerade bei jungen Leuten, die keine direkten Erfahrungen mit Juden haben, zu einer Gegnerschaft gegen Juden führen kann. Mir ist als Kind, wenn ich Juden begegnet bin, hinter vorgehaltener Hand immer gesagt worden: das ist ein Jude, benimm dich artig, sei freundlich. Und das hat sich in gewissen Varianten fortgesetzt bis ich 28 wurde und das Stück geschrieben habe. Ich konnte mir nie denken, daß das eine richtige Haltung ist''.*

Weiterhin beabsichtigte er das Aufzeigen von Entstehungsbedingungen des Antisemitismus. Vor 40 Jahren war die Darstellung von ,,bösen'' Juden alles andere als ,,tabuisiert''. Nur makaber und keineswegs Humor: das heutige Argument von wegen ,,gesellschaftlicher Realismus'' wäre, relativ gesehen, relevanter gewesen. Nur — und darauf kommt es vorrangig mit an: Emigration, Deportation und Mord haben nicht allein Schriftsteller und Künstler getroffen, Einsteins und Feuchtwangers. Getroffen war j e d e r Jude, unabhängig davon ob ,,gut'', ,,böse'', ,,reich'' oder ,,arm''. Worin besteht für einen deutschen Linken — denn der Ruf nach ,,Enttabuisierung'' ist maßgeblich unter Linken verbreitet — der Sensationswert einer offiziell genehmigten Darstellung eines ***jüdischen*** Spekulanten? Wovon befreit man sich dabei? Mehr oder weniger reduziert sich die Antwort auf ein Stereotyp: ,,Ich will mal sagen, wie es heute ist.'' Und Warum? ,,Wegen gestern''. ,,Weil man seit Auschwitz nicht mehr sagen darf, daß es auch'' (oder ist ,,tatsächlich'' gemeint?) ,,den bösen Juden gibt''.

Die zweite Begründung — ,,wie entsteht Antisemitismus?'' — was bedeutet sie? Der jüdische Spekulant: verantwortlich für den deutschen Antisemitismus? Handelt es sich hier nicht eher um eine angeblich verbotene (,,tabuisierte'') aber doch verbreitete (,,klischeehafte'') Meinung? So gesehen macht das laute Geschrei um Meinungsfreiheit einen Sinn.

,,Keinen Sonderstatus'' will Zwerenz, in letzter Zeit, bis in die BILD hinein, vorwiegend damit beschäftigt, seine Urheberschaft zu signalisieren, ,,dem jüdischen Bürger'' geben. Das wäre Rassismus. Staatsmännlich läßt der ,,linke Humanitätsdussel'' (Zwerenz über Zwerenz) verlauten: *,,Ich war stets der Meinung, daß jeder Jude, der er es nur will, in Deutschland Deutscher sein kann''.*

Aha. So'n Geschenk will natürlich gewürdigt werden: *,,Allerdings darf er für sich dann auch kein Ausnahmerecht und keine Ausnahmemoral in Anspruch nehmen''* (taz, 26.10.). Die Zeiten der Ausnahmeregelung sind ja nun vorbei, nicht?

Der entdeckte Antikapitalismus ...

Selten trifft man in der sonst doch an diesem Punkt recht enttabuisierten Linken — die SPDler haben da bekanntlich schon lange keine Denkblockade mehr — auf soviel antikapitalistische Wachsamkeit, wie jetzt, anläßlich von ,,jüdischer Spekulation''.

Hier sei nochmals Zwerenz zitiert: *,,Es tut mir leid, ich kann nicht, weil der Nazismus Millionen Menschen mordete, nun auch gleich noch alle gesellschaftskritischen Philosphien vergessen, die Dialektik von Herr und Knecht ungeschehen machen, die Klassenfrage für gegenstandslos erklären und dem Kapital wie jeder Kapitalansammlung einen Persilschein ausstellen''* (ebda.).

sammlung einen Persilschein ausstellen'' (ebda.).

Fritz Güde in der Kommune (11/85) bleibt sich (und wahrscheinlich auch Bahro?) auch ganz treu. Das Fassbinderstück handelt seiner Meinung nach von *,,einem reichen Juden, der sonst keinen Namen hat, (der) in Grund und Boden spekuliert, Häuser rafft (sic), wo er sie kriegen kann.''*

Der ,,reiche Jude'' trägt deshalb keinen Namen, weil, so Güde, das ***,,raffende''*** Kapital scheu wie ein Rehlein ist.

Daß die Antisemitismus-Diskussion reiner Vorwand sei, um vom Übel des Kapitalismus abzulenken, dafür bringt Güde zwei hausgemachte Beobachtungen ein. Erstens ist ihm dergleichen (Antisemitismus) während des Häuserkampfes nicht aufgefallen. Zweitens würde ,,Fassbinders Jude'', ,,wie eine Puppe'', am Draht ,,zappeln''. Während *,,bei dem echten Antisemiten''* (sic) *,,der Jude der aktive Vampir, der Sauger auf eigene Rechnung''* sei.

Die UZ hat ähnliches herausgespürt, nämlich *,,daß sich diese Kampagne gegen die öffentliche Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirklichkeit in unseren Städten richtet und zugleich notwendige antifaschistische Aufklärungs- und Widerstandsbereitschaft gegen den Neo-Nazismus behindern soll''.* Ein großangelegter Coup von *,,führenden Funktionären der Frankfurter jüdischen Gemeinde mit dem bekannten kapitalistischen Spekulanten Bubis an der Spitze''* (UZ, 8.11.).

Dennoch gibt die UZ kurioserweise — wo es doch ,,nur'' um Antikapitalismus und Antifaschismus in dem Stück gehen soll — den Tip, man hätte zur Entlarvung des kapitalistischen Spekulantentums *,,vielleicht doch lieber auf die Einbeziehung des komplexen Antisemitismus-Problems verzichten sollen''.*

Im Gegensatz zu Güde bestand für Heinz Hauser (taz, 23.9.) ,,das Besondere'' an den damaligen Frankfurter Vorgängen darin, daß *,,an erster Stelle*

Heute — tolerant sein?

[illegible]

Deshalb — keine Aufführung!

JSJH

JÜDISCHER JUGEND- und STUDENTENVERBAND HESSEN

Sitz Frankfurt a.M.

jüdische Geschäftsleute beteiligt waren''.

Zwar stellt er in einigen Zeilen weiter fest, die „*großen deutschen Namen*'' (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Helaba, BfG etc.) wären damals nicht erwähnt worden. Vielleicht aber deswegen, weil damals alles in jüdischer Hand war, denn noch ein paar Zeilen weiter heißt es: „*Inzwischen* (habe sich) *die Großgrundbesitzerzunft durch Leute mit anderen Glaubensbekenntnissen erweitert*''? Auch die Grünen scheinen in Fassbinders Stück ein wesentliches Moment von „Vergangenheitsbewältigung'' zu sehen. Einerseits. Andererseits sei der „*Gesamtkontext des Stückes gegen das kapitalistische Wirtschaften in der BRD gerichtet*'' (FAZ, 28.9.).

Werner Holzer, FR, schreibt: „*Es ist schließlich kein Geheimnis, daß unter den Nutznießern der rüden Bodenspekulation in dieser Stadt neben vielen Christen auch Juden waren*'' (2.11.). Soweit man hört und liest, vor allem auch viele SPDler...

Das tangiert Holger Fuß im Vorwärts nicht weiter, der unter der Überschrift „Sind Juden niemals böse?'' sogleich eine Antwort liefert: „*Weiterhin ist Tatsache, daß das immobile Spekulantengewerbe, Wohnraum zu zerstören, in Frankfurt größtenteils in jüdischen Händen sich befindet*'' (28.9.).

Soweit bekannt, ist der größte Grund- und Bodenbesitzer der Stadt Ffm die Deutsche Bank, aber nun ... (vielleicht gibts da einen jüdischen Kassierer?).

Die deutsche Akademie der Darstellenden Künste schaltete sich ebenfalls und unerwartet ein: „*Aus der Verheimlichung dieser Wahrheit*'' („*daß die Klassenschranken zwischen denen, die besitzen, und denen, die nicht besitzen, quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und Glaubensgemeinschaften verliefen*'') „*haben vor 50 Jahren einige wenige Leute große Vorteile gezogen — zu Lasten vor allem des deutschen Judentums*'' (FAZ, 7.10.). Wohl auch fortschrittlich gemeint — wenngleich auch nebulös: Sind die Besitzenden in allen Klassen, pardon in allen Schichten vertreten, oder sind es umgekehrt die Besitzlosen, oder wie verhält es sich mit den Schranken? Doch etwas durchlässig? Wohl sollte gemeint werden, daß auch in der „jüdischen Glaubensgemeinschaft'' Besitzlose anzutreffen waren. War *das* die große Nazi-Lüge?

... und der wiederentdeckte Antifaschismus

Selten hat man auch mit so viel antifaschistischem Engagement zu tun. So klagt denn auch Werner Köpke in der FR, die gerade kurz zuvor eine von Elisabeth Abendroth mitinitiierte Todesanzeige zu Günter Saré abgelehnt hatte: „*Mehr oder weniger wurde jedem Deutschen nach Auschwitz das Recht abgesprochen, einen Juden zu kritisieren. Dabei übersieht die Gemeinde, daß sie es zusehends mit einer jüngeren Generation zu tun hat, die bereitwillig gegen die NPD demonstriert, alles tut, um ein neues Auschwitz zu verhindern, sich aber gleichzeitig nicht mehr schuldig fühlt an Vorgängen, die lange vor ihrer Geburt geschehen sind*'' (2.11.).

Gut, daß man sie hat, diese antifaschistischen Demonstranten. So kann man dann auch würdevoll in der ARD (7.11. „Nicht nur Theater'') erklären: „*Die jüdischen Demonstranten wollen ihren Stolz bestätigen auf Kosten von unserem Stolz auf unsere Freiheit*''. Aber, Achtung: „*Wir haben auch einen Stolz*'', so Peter Iden, Feuilletonist bei der FR. Penetrant ist der jüdische Protest als heuchlerisch dargestellt worden — zumindestens bestellt, von oben angeordnet. Und selten ist der Kleidung der Demonstranten soviel Aufmerksamkeit geschenkt worden. Immer wieder wurde gefragt: „*Warum nicht bei Bitburg? Warum nicht bei Jünger? Warum nichts bei Saré?*'' Nun, in Bitburg war zum Beispiel Herr Friedmann, Kulturdezernent der jüdischen Gemeinde (und CDU-Stadtverordneter) dabei. Bekanntlich waren dort außer Juden so gut wie keine weiteren Gegendemonstranten. Im „Pflasterstrand'' wurde ein Ernstnehmen der Bitburger Verhöhnung als „Sprung in der Optik'' bezeichnet. Zumindestens bis zum heutigen Tage hält sich dies ohne bekanntgewordenen Widerspruch einzelner Redaktionsmitglieder. Das verdient an dieser Stelle schon Erwähnung, wo doch PS-Herausgeber Cohn-Bendit einer der lautesten Frager ist. Genauso verhält es sich bei der Preisverleihung für Jünger. Speziell die Spontiszene, und an ganz exponierter Stelle Joschka Fischer, engagierte sich seinerzeit hierfür. Das ist also auch so eine Art Tabubrechung. (Bei den meisten in dieser Szene gebrochenen Tabus begrenzt sich anscheinend ohnehin deren Sensationswert auf die Anpassung an Meinungen und Sitten der Mehrheit).

Schließlich gilt in breiten Kreisen der Frankfurter Szene, daß wer gegen die NPD demonstriert, sowieso selber ein Depp sei. Man will ja schließlich schon lange nichts mehr mit diesem „larmoyanten'', „verordneten'' Antifaschismus zu tun haben.

Übergangslos wird dann aus Marcel Reich-Raniki „*einer der letzten Repräsentanten liberalen Judentums, dem die deutsche demokratische Bewegung und das deutsche Geistesleben so viel verdanken*'' (Köpke, FR, 2.11.). Der Grund ist denkbar schlicht: Er ist für Aufführung gewesen...

Und als „Argument unter der Gürtellinie'' empfindet dann ein Klaus Hartung (taz, 2.11.), wenn *ein Jude* sich Kompetenzen in Sachen Antisemitismus erdreistet. Vorwurfsvoll wird erst zitiert und dann angeprangert: „*Ich war in Auschwitz, Maidanek, Bergen-Belsen. Wenn Göring einst sagte, wer Jude ist, bestimme ich; so sage ich jetzt, was Antisemitismus ist, bestimmen wir*''.

Zunächst rätselhaft wirkte ein von Jutta Ditfurth getragenes Schild: „*Antisemitismus in Frankfurt: Spekulanten protegieren, (Nazi)Jünger ehren, Meuterstück verhindern, Meinungsfreiheit zerstören*''. Also, wenn Juden ein antisemitisches Stück verhindern, wecken sie Antisemitismus; wenn sie mit einem jüdischen Kapitalisten gegen Antisemitismus demonstrieren, weckt *das* Antisemitismus. Man könnte es so verstehen: „Paßt bloß auf, Juden, sonst werden wir gezwungen, antisemitisch zu sein''. Wenig hilfreich zur Klärung ist ein weiteres Fundi-Transparent am Abend der geplatzten Premiere gewesen: „*Gegen Spekulanten, Wohnraumzerstörung, Bücherverbrennung. Die Grünen*''. Wieso nicht „gegen Antisemitismus''? Lenkt ab, was?

Und was hat der jüdische Protest mit der Nazi-Bücherverbrennung zu tun? Und wenn man's schon vergleicht, angenommen es sei ernst gemeint, was folgt daraus? Ohje, ohje ... Mein Gott, Manfred! „*Die Juden*'', so Moderator Manfred Buchwald bei genannter ARD-Sendung (7.11.) „*hätten nur so mutig demonstriert, weil sie sicher gewesen seien, daß niemand die Polizei holen würde*''.

Aparte Verteidiger der „Freiheit der Kunst''!

Freiheit nur noch im Theater. Überhaupt spielen diese 8 zugegebenermaßen hübschen Buchstaben ansonsten hier nie eine sehr bedeutende Rolle. Es sei denn im Zusammenhang mit dem Wort Markt oder mit dem Wort DDR...

Großes Mißtrauen also gegen die Protestierenden. Ob am Ende nicht doch hinter jedem Juden die famose Lobby steht? Peter Iden sagt's ganz ungeniert: „*Andererseits sind manche der Formen, welche die jüdischen Demonstranten in Frankfurt ihrem Protest gegeben haben, nicht frei von Heuchelei. Die Verhinderung von Aufführungen in dem städtischen Theater ist auch Ausdruck eines Machtanspruchs bestimmter herrschender Kreise der Stadt, die wie der korrupte Polizeipräsident in dem umkämpften Stück, aus leicht identifizierbaren Interessen nicht zulassen wollen, daß öffentlich verhandelt wird, was für Fassbinder allerdings ein Thema ist: Die Zugehörigkeit einiger Vertreter des jüdischen Kapitals zu einem rechten Power-Kartell, das während der 60er und 70er Jahre breite Felder der städtischen Politik bestimmt hat, zumal der Stadtplanungs- und Baupolitik*'' (5.11.).

Korruption, Heuchelei, Gerissenheit, Außendruck, Power-Kartell, Machtanspruch, jüdisches Kapital und, und und — Idens Artikel wimmelt davon, von diesen wieder hübsch beisammenliegenden Vokabeln.

Das Stück selber ist längst unerheblich geworden, diesmal hat die Realität längst die Fiktion eingeholt.

Über Häuserkampfbewegung — immerhin ein Anliegen des Autors — wird nicht geredet, sondern über die Bedeutung, 40 Jahre danach, einen „bösen'' Juden darzustellen.

Die Normalisierer und die Enttabuisierer stehen in einer gemeinsamen Front: 40 Jahre danach kann man doch wohl alle Komplexe abschütteln. Und doch kann auch dies nur mit der Vergangenheit begründet werden. Es gibt kein Entrinnen.

Enttabuisierung oder **Normalisierung** — beides kann nur auf dem Rücken der Opfer betrieben werden. Von daher kann es nur antisemitisch sein.

Im übrigen gibt es im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus eine Fülle an — diesmal — tatsächlichen Tabus.

Wer will, kann sich bei mir eine Liste bestellen.

E.

Das Theater, kein Ort, nirgends

GENS: Nu, paßt dir der Ort?
SRULIK: Der Ort schon, aber nicht die Zeit. Jetzt ist nicht die Zeit, Theater zu spielen.
GENS: Die richtige Zeit, Theater zu spielen, die falsche Zeit, Theater zu spielen, Ihr Intellektuellen!
J. Sobol, „Ghetto''

Rainer Werner Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod'' wird nun doch nicht in Frankfurt uraufgeführt — so der Stand der Debatte über das Stück, die Inszenierung und den Antisemitismus. Zu sehen aber, und das muß nach den Abläufen, Kommentaren und Vorgängen um die Inszenierung schon kritisiert werden, war das Stück. Schon vor der Premiere hatte der ehemalige Feuilleton-Chef der FAZ und heutige Frankfurter Schauspiel-Intendant Günther Rühle einige wenige Theaterkritiker - „meine Freunde'', wie er sagt — eingeladen, die Inszenierung zu begutachten. Wenige Tage nach der durch die Demonstration verhinderten Uraufführung des umstrittenen Werkes wiederholte sich der Vorgang. Nun waren es nicht mehr allein Rühles Freunde, jetzt wurde gleich die ganze Zunft, telefonisch am Sonntag, vom Theater verständigt und für den Montag, 14.30 Uhr in die Cafeteria bestellt. Dort kam es zu ersten Auseinandersetzungen: nicht um Semitismus oder Antisemitismus ging es, sondern um eingeladen oder nicht. Der HR-Zeitfunk, ein Reuter-Korrespondent und andere Journalisten kamen nicht ins Schauspielhaus hinein: „Wir haben nur Theaterkritiker, keine politischen Journalisten eingeladen'', beschied Chefdramaturg Waszerka die verärgerten Presseleute und hakte weiter ab: 127 waren insgesamt gekommen. Nachdem diese die erste Station passiert hatten — ein Fotograf der „Abendpost/Nachtausgabe'', der die scharfe Einlaßkontrolle fotografierte, wurde von Kritikern beschimpft, er wäre wohl Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes — folgte eine zweite Namensabgleichung in der Cafeteria, verbunden mit einer Kartenausgabe. Durch die verschlungenen Wege über Bühnen, durch Garderobengänge führte der Weg zur offiziell als „Wiederholungsprobe'' getarnten Geheimaufführung zu einem Gitter, vor dem drei Wachmänner erneut Zugangsberechtigungen kontrollierten. Um auf Nummer sicher zu gehen, waren außer den Kritikern ein paar Vertretern der Theaterprominenz (Bernhard Minetti, Ulrich Wildgruber) auch Polizeibeamte in Zivil im Zuschauerraum verteilt worden.

Zensur von wem?

Ein paar Takte Musik, die Türen zum Zuschauerraum des Kammerspiels gehen auf: ein par Huren, aufgedonnert und lasziv, wie Huren auf der Bühne nun mal sind, sitzen auf offener Bühne, schummeriges Licht. Der Theaterraum selbst ist stark stilisiert, verglaste und verspiegelte Wände, der Weg nach außen führt durch einen öffentlichen Waschraum, von hinten schimmern bunte Lichter aus der Finsternis: die Stadt.

Johannes Leinackers Bühne verpaßt der Inszenierung von Dietrich Hilsdorf den schicken Rahmen, den sie braucht. Kunst soll stattfinden, die Bühne signalisiert Bedeutung. Funktionalität ist genausowenig gefragt wie Nüchternheit, statt scharfe Auseinandersetzungen und Reibungen zu provozieren strahlt Leinackers Raum nur Kälte aus, die Starrheit einer Kunstlandschaft, kein Stück Deutschland.

Auch die Figuren wirken nicht wie aus einem realen Land, einander aufgrund realer Widersprüche verfeindet oder verfallen. Daß die Prostituierte Roma B. bei Hilsdorf zu Beginn eine ungelenke, hilflose Frau, aussichtslos bemüht, es ihrem Zuhälter rechtzumachen, Franz B. liebt, — wir wissen es aus dem Text. Das Ausmaß der Tragödie der Figuren, ihre von Faßbinder vorausgesetzte völlige Verzweiflung in dieser Stadt, die so unbewohnbar wie der Mond sein soll, wird dadurch verwischt. Aus dem schroffen Stück Wut über die Verhältnisse im sozialdemokratisch regierten Frankfurt Anfang/Mitte der 70er Jahre wird eine ästhetisierte Auseinandersetzung über Leben, Wohnen und Leiden in der Stadt an sich. Fatal wird dieser Drang der Hilsdorfschen Inszenierung zum Bedeutungsschweren, Kunstvollen an den Konfliktpunkten des wegen seines angeblichen Antisemitismus von einer überwiegenden Mehrheit von jüdischen Deutschen abgelehnten Textes.

„Ich bin am Ort das größte Schwein...''

Roma B. steht mit einem Pappschild um den Hals auf der Bühne. Aufschrift: „Ich bin am Ort das größte Schwein, ich laß mich nur mit Juden ein''. Ein Regieeinfall, keine Faßbindersche Szenenanweisung. Die Funktion des Einfalls ist klar: Auf die faschistische Vergangenheit, auf die Rassegesetzgebung und die von der deutschen Öffentlichkeit überwiegend ohne Protest zur Kenntnis genommene alltägliche Praxis soll verwiesen werden. Nur: beim Anblick der so zur Schau gestellten Roma B. bleibt die Gänsehaut aus — das Schild erklärt sich aus dem Kontext der Szene nicht, die beiden Nazis in der Hilsdorfschen Inszenierung hätten andere Möglichkeiten, ihren keineswegs wahnhaften Antisemitismus zur Schau zu stellen. Das Tableau dient der Entschuldigung des Fassbinderstückes und seiner Inszenierung. Wir — so wird bedeutet — sind keine Antisemiten. Nicht anders auch eine Szene, in der dem reichen Juden von seinem Hofnarren, dem Zwerg, ein Judenstern auf die Brust gedrückt wird: Der Schauspieler erstarrt entsetzt, nach sekundenlangem Verharren in dieser Position erst wird der Stern weggenommen, die Szene wieder weitergespielt. Das Bild an sich ist eindrucksvoll — mit „Der Müll, die Stadt und der Tod'' hat es ebensowenig zu tun, wie die immer wieder zwischen die Szenen gesetzten, kommentierenden musikalischen Versatzstücke aus „Traviata'' von Catarina Valente, Peter Kraus oder aus dem „Schatz deutscher Volkslieder'' wie das unsägliche „Es stand ein Soldat am Wolgastrand ...''.

Fälschung

Hilsdorf hat „das Stück, ohne den Wortlaut zu verändern durch Regietricks umgestrickt ... Antisemitisch ist der Text, nicht die Aufführung. Sie ist ein kleines Meisterwerk inszenatorischer Fälschung'', schrieb Georg Hensel am 6. November in der FAZ. Wo er recht hat, hat er recht. Bedenkenswert sind die Konsequenzen dieses theatralischen Kujauisierens. Die Kritiken lassen es erahnen: Das Fassbindersche Stück, das sehr wohl eine antisemitische Lesart zuläßt, wird vor breiter Öffentlichkeit durch eine Inszenierung wie die in Frankfurt in Schutz genommen. Die Aufführung selber wird zu einer Auseinandersetzung um die Freiheit der Kunst hochstilisiert; die Juden, die sich gegen die Aufführung wehren, werden zu Zensoren erklärt. Selbst die taz, die sich zwar kontinuierlich für die Aufführung des Stückes, aber auch für den jüdischen Protest dagegen ausgesprochen hat, schreibt: „Es sind schlimme Sätze gefallen an diesem Abend (gemeint ist der Abend der verhinderten Premiere), so wie dieser: Was Antisemitismus ist bestimmen wir.'' Was uns die taz verschweigt: wer, wenn nicht Juden, soll darüber in Deutschland wohl befinden können?

Doch zurück zu den Kritikern und der Frankfurter Inszenierung, die mittlerweile ans Ulmer Theater eingeladen worden ist.

Am engagiertesten hat sich Peter Iden, Chefkritiker der Frankfurter Rundschau, bewährter Kämpfer gegen die Mitbestimmung im künstlerischen Bereich und Hoffmann-Intimus, für die Aufführung ausgesprochen. „Trotz starken Außendrucks ist Hilsdorf und dem Ensemble eine Theaterarbeit gelungen, die zu den besten im gegenwärtigen deutschen Theater zu zählen ist.'' Soweit wagt sich sonst niemand vor, der Idensche Schritt, die Inszenierung zu einer besten des deutschen Theaters zu zählen, ist denn auch nur noch aus politischen, nicht mehr aus theatralischen Gründen zu erklären. Aber nicht nur die Inszenierung ist für Iden ein Kunstgenuß, das Fassbinder-Stück selbst, sonst recht einhellig als eher weniger gelungenes Werk gesehen, wird ihm zu einem „der großen Stadt-Stücke der Literatur''. (FR 5.11.85), gleichberechtigt neben Brechts „Im Dickicht der Städte'' oder Louis Aragons „Le Paysan de Paris''. Kein Wunder, daß Iden bei soviel Hochachtung vor Stück und Inszenierung als „bitterste Erfahrung'' bezeichnet: „das abgründige Mißtrauen der jüdischen Seite: Man will dort nicht glauben, daß auch andere im Interesse der Juden zu denken imstande und bereit sind.'' Wir deutschen Arier haben diesbezüglich schließlich unsere Verdienste ...

Iden kritisiert schon zu Beginn seiner Theaterkritik „den jüdischen Druck'', der das Theater „in die schwierigste Lage seiner Nachkriegszeit gebracht habe''. Er spekuliert in seiner Kritik, daß es die Verbindungslinien zwischen Stadt, Polizei und Spekulanten seien, die in dem Stück nachgewiesen würden und es für viele suspekt machten. Nun ist aber gerade Iden selbst in diesem Klüngel als designierter Direktor des Museums für Moderne Kunst, als einer der Hauptbetreiber der Abschaffung der Mitbestimmung und des Wegdrückens „linker Schaumschlägerei'' aus dem Theater, berühmt-berüchtigt.

Derlei Verwicklungen kann mensch dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt nicht nachsagen. Ganz christliche Wochenzeitung versucht diese auch den den Weg aus dem Dilemma zu weisen: „Juden müssen sich nicht dem Schmerz dieses Theaterstückes aussetzen.'' Nichtjuden allerdings haben ein Recht darauf, auch „den reichen Juden'' auf der Bühne zu verurteilen. Das Stück also soll auf dem Spielplan bleiben, niemand aber gezwungen werden es anzuschauen. Großzügig ...

Der alltägliche Faschismus

Bemerkenswert, weil auch von anderen Kritikern ähnlich gesehen, ist die Sichtweise des DAS auf die beiden Faschisten im Stück: „Sie sind nicht (zum) Zerrbild karikiert, sondern stellen den alltäglichen Faschismus vor.'' Der sähe dann so aus: Ein brutaler Klotz (Hans von Gluck), sauer, daß er beim Spekulieren wenig Glück hat, schimpft vor einer Nutte, die er bezahlen muß, damit sie sich seinen Stuß anhört: „Er saugt uns aus der Jud. Trinkt unser Blut und setzt uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen ... Sie haben vergessen, ihn zu vergasen.'' Ein Widerling von einem Mann, dumm zudem. Der andere Faschist, Herr Müller, ist ein Transvestit, eine klägliche Figur, die die Tochter schlägt, die im Rollstuhl sitzende Frau (aus unerfindlichen Gründen behauptet die FR, die Frau sei eine Marxistin) beleidigt — Faschisten aus dem Bilderbuch des skurrilen Alltags, keine ernsthafte Bedrohung für den überlegenen, weisen, noblen und melancholischen Juden wie ihn Edgar Bohlke in dieser Inszenierung gibt.

Benjamin Henrichs in der ZEIT lieferte zwar eine falsche Einschätzung als er prophezeite : „Die Aufführung wird aufgeführt werden''; er sagte aber einige der klügeren Sätze zu Fassbinders Stück selbst: „(Er) ist kein Autor der Vernunft, der Versöhnung, sondern des Affronts, der Aggression, auch gegen sich selber. Fassbinder hat im Frankfurt-Stück das wüste Innere nach außen gestülpt.'' Ob aber gerade diese Emotionalität des Stückes, sein aggressiver Stoß gegen den reichen Juden auf einer deutschen Bühne am richtigen Platz ist, muß bezweifelt werden. Zumal das Theater in der BRD ohnehin schon einer der wichtigeren öffentlichen Betreiber einer „Enttabuisierung'' geworden ist, zuletzt und vehement im „Bruder Eichmann'' von Heinar Kipphardt, in dem Analogien zwischen Juden in Israel und Faschisten in Deutschland gezogen wurden. Das „Bruder Eichmann''-Stück seinerzeit wurde eines der meistgespielten Repertoire-Stücke, das „Der Müll, die Stadt und der Tod''-Stück hat gute Chancen die Nachfolge anzutreten: Der Verlag der Autoren überlegt sich mittlerweile, ob der mündlichen Verfügung Fassbinders, das Stück solle in Frankfurt (oder Paris, oder New York) uraufgeführt werden, bevor es andernorts nachgespielt wird, mit der „Wiederholungsprobe'' nicht Genüge getan worden ist.

Die Warteliste von Bühnen, die dann das Stück ins Repertoire aufnehmen wollen, ist lang. „Die jüdischen Demonstranten bestätigen mit der Verhinderung der Aufführung ihren Stolz auf Kosten der von unserem Stolz auf unsere Freiheit'', sprach Peter Iden in der Sendung „Brennpunkt'' in der ARD Anfang November. Das werden ihnen die Theater schon austreiben, die sind mittlerweile, zwar immer noch kritisch-kritisch, aus Hitlers Schatten getreten. Auf den Brettern, die die Welt bedeuten, steht uns noch einiges bevor — an Kunstfreiheit. Wie sagte Günther Rühle auf der 1. Pressekonferenz nach der verhinderten Uraufführung: „Wenn jemand auf einer Bühne etwas sehen will, hat er das Recht dazu, egal worum es geht. Wir Theater dürfen und müssen zeigen, was die Leute sehen wollen. Und wenn es jemand nicht sehen will, kann er wegbleiben.'' Das ist ein Weg, der, vor lauter Liberalität, in die Ramboisierung des Kunstbetriebs führt.

Fassanbass

Aktionen + Proteste gegen Bundeswehrfeier

,,Gemeinsam sind wir angetreten, das Erbe unserer Väter zu schützen''; diese Passage aus seinem Redemanuskript ließ Wörner bei seiner zentralen Rede aus Anlaß des 30. Jahrestages in Bergen-Hohne schließlich weg. Es gab zwar einen neuen Traditionserlaß der Bundeswehr, wonach man schon 50 Jahrfeiern hätte abhalten können, ansonsten wurden in der Regel die moderaten Töne bevorzugt, daß die Bundeswehr ganz unbedingt eine Armee für den Frieden sei, integriert und anerkannt in dieser Gesellschaft. Nur am Rande wurde über mangelnde Opferbereitschaft ,,des freien Westens'' und Unzufriedenheit mit dieser Armee geklagt.

In diesem Artikel geben wir einen Überblick über Aktionen gegen die Bundeswehrfeierlichkeiten, soweit wir ihn bis Redaktionsschluß erhalten konnten. Dabei fällt auf: Wir sind nicht nur zeitlich weit entfernt von den 25-Jahresfeiern der Bundeswehr im Jahre 1980 sondern auch vom Höhepunkt damaliger linksradikaler Aktionen gegen die Bundeswehr im Rahmen der dann später großwerdenden Friedensbewegung . Aber auch die Bundeswehr hat bei 470 Veranstaltungen und bei zahlreichen öffentlichen Gelöbnissen es strikt vermieden, noch einmal Anlässe des Protestes in ähnlicher Weise zu bieten, wie damals bei ihren Veranstaltungen in Bremen oder Bonn.

Bergen-Hohne/Bitburg

Gegen das Übungsschießen in Bergen-Hohne (nahe Bergen-Belsen) protestierten am Rande der zentralen Bundeswehrfeierlichkeit mit versammelter Ministermannschaft, die per Hubschrauber eingeflogen war und von einem Polizeikordon umgeben wurde, rund 200 Menschen, darunter viele Angehörige der Verfolgten des Naziregimes. Mobilisiert hatte die VVN, die eine Mahnwache ,,gegen das Militärspektakel in der Nähe des faschistischen Grauens'' durchführte. (nach taz, 14.11.85)

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung protestierte gegen das Schießen und die ,,*Gewaltverherrlichung*'', Kohl stelle ,,*mit dieser Verhöhnung die Bundeswehr in die Tradition unheilvoller deutscher Vergangenheit*''. (taz, s.o.)

,,*Unverständnis und Betroffenheit*'' äußerte der Bonner KA zur Weizsäcker-Rede zum Bundeswehr-Jahrestag. Er habe für eine ,,Sicherheitspolitik'' geworben, ,,*die die Bereitschaft zur Selbstvernichtung verlange und die sei ,zutiefst unmoralisch'.*'' Eine ,,*Selbstmordstrategie*'' sei ,,*niemals mehrheitsfähig*''. (nach FAZ, 14.11.85)

Ohne Zwischenfälle, konnte in Bergen-Hohne die Aufführung von Brechts ,,Legende vom toten Soldaten'' durchgeführt werden. Das vom ,,Redaktionskollektiv der Kämpfenden Jugend'' (Arbeiterbund, München) entwickelte Programm sah die symbolische Ausgrabung des Soldaten des 1. Weltkrieges in Verdun (am 9.11.85) und des 2. Weltkrieges in Bitburg (10.11.85) vor, um den im Brecht-Gedicht dann von den Kriegsärzten für kriegsverwendungsfähig erklärten exhumierten Soldaten in Bergen-Hohne am Bundeswehrjubiläum teilnehmen zu lassen. Sowohl in Verdun — nach Protesten von Veteranenverbänden, als auch in Bitburg war die Aufführung verboten worden. Im Unterschied zu dem Versöhnungshandschlag von Reagan und Kohl über SS-Gräbern wurde diese Aufführung von der Bitburger Stadt und allen Gerichtsinstanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht als ,,Herabwürdigung des Andenkens der Toten'' qualifiziert.(nach taz, 14.11. und FR, 12.11.85)

Bonn

Zum Höhepunkt ihrer Jubiläumsfeiern organisierte die Bundeswehr am 12.11. in Bonn ein umfangreiches Programm: Ehrung von ,,verdienten Bürgern'' in der Ermelkeilkaserne, dem historischen Geburtsort der Bundeswehr, Ausstellung im Bundestag, großer Zapfenstreich im Ministerium auf der Hardthöhe mit Ansprache von Weizsäckers.

Die Friedensbewegung hatte nur mäßig auf all das reagiert: ein Bündnis von Bonner Friedensgruppen und der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen rief zu Aktionen auf, konnte aber über den ganzen Tag verteilt höchsten 400 Menschen mobilisieren. Zu keinem Zeitpunkt waren es mehr als 250 auf einmal. Dafür gab es aber tausende von Polizisten. So war es dann auch sofort klar, daß Aktionen im von Polizei und Gericht vorgegebenen Rahmen bleiben würden. Es gab recht gute Reden, u.a. von Ernst Buschmann und einem Vertreter der Initiatve Kirche von unten. Viel Energie war in die Vorbereitung von Sketchen und Straßentheater gesteckt worden. Auch ein ,,Geburtstagsständchen'' mit Trillerpfeifen, Posaunen, Nebelhörnern u.ä. trug ein wenig dazu bei, die frustrierenden Teilnehmerzahlen und Aktionsbedingungen (weit weg vom Ort des Geschehens) zu ertragen.

Einen besonderen Beitrag zur Demobilisierung im Vorfeld leistete die SPD. In einer Pressemitteilung hatten die Veranstalter erklärt: ,,Richard von Weizsäcker entlarvt sich mit der zu erwartenden Lobrede als Spießgeselle einer offensiv planenden Militärclique ...'' SPD und Jusos traten aus dem mitveranstaltenden Bonner Friedensplenum aus, distanzierten sich heftigst von diesem Satz und der gesamten Aktion und polemisierten überall gegen jedwede Art der Beteiligung. Die Sprechergruppe des Friedensplenums nahm den Satz ,,mit Bedauern zurück''. Der Trägerkreis verabschiedete ihn in leicht abgewandelter Form zwar erneut, aber die Dynamik einer möglichen öffentlichen Debatte war gebrochen. Dieses Hickhack legte die praktische Aktionsvorbereitung fast eine Woche lang lahm. Ironischerweise bezog sich Weizsäcker in seiner Rede genau auf die zurückgenommene Passage. Das zeigt, daß die öffentliche Debatte durchaus im Bereich des möglichen gelegen hätte.

Der Versuch, Konflikte zu glätten und unter den Teppich zu kehren, statt die offene politische Konfrontation mit der Bundeswehr und ihren Befürwortern zu suchen, kennzeichnete das gesamte Bündnis. So war keine klare Aussage für die Abschaffung der Bundeswehr möglich, was zum frühzeitigen Ausscheiden der Bonner Autonomen geführt hatte.

Ob die recht gute Medienresonanz (mehrmals Fernsehen, ständig Radio, die meisten Tageszeitungen berichteten überwiegend freundlich) dieses inhaltliche Manko ausgleicht, bleibt mehr als fraglich. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß angesichts der völligen ,,Besetzung'' der betreffenden Stadtteile durch die Polizei ein ähnlicher Effekt wie beim öffentlichen Gelöbnis in Bonn vor genau fünf Jahren kaum möglich gewesen wäre. Der neuen Taktik, die Öffentlichkeit für die Bundeswehr über die Medien und nicht mehr direkt herzustellen, ist vorerst nur schwer beizukommen. Bleibt zu hoffen, daß die weit verbreitete Stimmung, da wäre mit anderen Konzepten doch etwas mehr zu machen gewesen, sich in konkretere Überlegungen umsetzt.

WR



Erfahrungen aus Bremen und Bonn

,,Die Veranstalter wissen es zu würdigen, daß beide Veranstaltungen ,live' vom Deutschen Fernsehen übertragen

doch etwas mehr zu machen gewesen, sich in konkretere Überlegungen umsetzt.
WR
Erfahrungen aus Bremen und Bonn
,,Die Veranstalter wissen es zu würdigen, daß beide Veranstaltungen ,live' vom Deutschen Fernsehen übertragen

werden: der Große Zapfenstreich am Dienstagabend vom ZDF; Gefechtsschießen und Feldparade am folgenden Vormittag (...) von der ARD. (...) Daß die zentralen Veranstaltungen ,mediengerecht aufbereitet' sind, hat einen besonderen Grund: Die Kameras des Fernsehens erweitern mit ihrer Direktübertragung nicht etwa die Öffentlichkeit dieser Veranstaltungen, sondern sie stellen sie eigentlich erst her, denn sowohl der Termin auf der Hardthöhe als auch der in Bergen-Hohne sind nur für geladene Gäste zugänglich. Das ist, ohne daß darüber öffentlich gesprochen wurde, die Konsequenz aus den Erfahrungen, die die Bundesrepublik vor fünf Jahren in Bremen und Bonn sammeln mußte. Damals wurden die 25-Jahr-Feiern der Bundeswehr in beiden Städten zu Protestveranstaltungen. In Anwesenheit des Bundespräsidenten gerieten die Feiern für die teilnehmenden Soldaten zu einem Spießrutenlaufen durch die Menge der Demonstranten, deren Haß- und Protestgeschrei weniger der Bundeswehr als dem Staat galt und ihn demütigen mußte. Wer damals dabei war, als rasende Demonstranten den Bundespräsidenten, den Kanzler und seinen Ministern ihr skandiertes Gebrüll entgegen schleuderten, wer sich an die Hilflosigkeit der Polizei, der Bundeswehr und der versammelten Staatsführung angesichts dieser Schmährituale erinnert, aber auch die Indifferenz der ,schweigenden Mehrheit', wird die Entscheidung, diesmal nur mit geladenen Gästen zu feiern, als unvermeidlich akzeptieren. Vor einem neuen Versuch, etwa auf dem Bonner Münsterplatz einen Großen Zapfenstreich in Anwesenheit der Staatsführung abzuhalten, müßte eine geistig-moralische Wende stattgefunden haben, will man nicht die Wiederholung der Szenen aus dem Jahre 1980 riskieren.'' (Karl Feldmeyer, in FAZ, 4.11.85)

DGB: Fehrenbach bei Gelöbnisfeier

,,Bei einer öffentlichen Gelöbnisfeier der Bundeswehr spricht der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach. Die Rekruten-Vereidigung findet am 8. November im Jahnstadion im nordwestfälischen Rheine statt. Es ist die erste Veranstaltung dieser Art, bei der ein Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes redet. Auf Gelöbnisfeiern hatten in der Vergangenheit schon DGB-Landesbezirksvorsitzende gesprochen.
(Aus: ,Welt der Arbeit'' 31.10.85)

Ellwangen

Zu lautstarken Auseinandersetzungen kam es in Ellwangen. Auf dem Marktplatz sollte eine öffentliche Vereidigung stattfinden, die von über 50 Demonstranten ,begleitet' wurde. Nach ersten Zwischenrufen hatten Zuschauer — um die 1.000 waren gekommen — nichts anderes zu tun, als die Jugendlichen mit ,Vergasungssprüchen' zu attackieren. Die Polizei nahm eine Demonstrantin fest. (Aus taz, 14.11.85)

Freiburg

Die Bundeswehr hatte zu einer Feierstunde im Kreise handverlesener Gäste eingeladen und diese leider auf einen Dienstagvormittag terminiert, so daß gesichert war, daß sie unter sich blieben. Gerade 20 Gegendemonstranten hatten sich eingefunden. Angesichts der aufgefahrenen Polizei blieb es dann bei Pfiffen und Johlen, als die örtlichen militärischen Würdenträger den Veranstaltungssaal betraten.

Am Abend sah die Szene anders aus: In einer ,,Jubelparade'' zogen etwa 200-300 Menschen durch die Innenstadt — angeführt von einem Wagen, von dem bekannte Politiker verunsicherten Bürgern zuwinkten, unter Fähnchenschwenken und Blasmusik, Konfetti-Werfen und lauten Parolen (,,Schneller als der Russenbär — ist die deutsche Bundeswehr'' oder auch einfach ,,Ju-bel Ju-bel'). Zwischendurch gab es politische Ansprachen an die ,,ganze wehrwillige Jugend'' oder markige Worte eines Generals, begleitet von Begeistungsstürmen. Salbungsvolle Worte des Militärbischofs und eine öffentliche Vereidigung von Rekruten unter Fackelschein rundeten die Feierlichkeiten ab.

Mit dem Gegenstand des Jubels hatte sich am Vorabend schon eine Veranstaltung zum Thema ,,30 Jahre Bundeswehr — 30 Jahre Remilitarisierung'' befaßt. Es ging so-

gab es politische Ansprachen an die ,,ganze wehrwillige Jugend'' oder markige Worte eines Generals, begleitet von Begeistungsstürmen. Salbungsvolle Worte des Militärbischofs und eine öffentliche Vereidigung von Rekruten unter Fackelschein rundeten die Feierlichkeiten ab.
Mit dem Gegenstand des Jubels hatte sich am Vorabend schon eine Veranstaltung zum Thema ,,30 Jahre Bundeswehr — 30 Jahre Remilitarisierung'' befaßt. Es ging so-

wohl um historische Fakten als auch um die Grundausrichtung der Bundeswehr als Angriffsheer. Gekommen waren etwa 70 Interessierte. Die Diskussion konzentrierte sich bemerkenswerterweise auf die Durchsetzung der Remilitarisierung gegen breiten Widerstand und auf die Rolle, die die SPD in diesem Zusammenhang spielte.

Träger sowohl der Veranstaltung als auch der Aktionen waren die Gewaltfreie Aktion, die ,,Volksfront'' und der KB (sowie viele nichtorganisierte Mitarbeiter der ,,Theatergruppe''). DKP und Autonome übten völlige Abstinenz. Ein Vertreter der Grünen war auf dem ersten AE-Treffen erschienen, um anschließend zu verbreiten, die Bundeswehrfeier würde in Freiburg gar nicht stattfinden.

Jo, 13.11.85

Kiel

An einer ,,alternative Führung'' in der Bundeswehr-Ausstellung zum ,,20. Juli 1944'' beteiligten sich am 14.10. 40 Menschen, 20 Uniformierte aus Polizei und Bundeswehr folgten.
(nach: Politische Berichte, Lokalbeilage Kiel/Holstein)

Korschenbroich: Gelöbnis mit Gewalt durchgesetzt

Willi Wimmer (CDU), MdB Neuss, hatte sie eingeladen, ,,damit die Bürger Korschenbroichs einmal direkten Kontakt mit den Soldaten der Bundeswehr bekommen können''. Und so wurden Soldaten und Waffen aus Westfalen herangekarrt, um Korschenbroich das ersehnte ,Heerlager' erleben zu lassen.

Ein breites Spektrum lokaler Friedensinitiativen hatte dagegen zur Demonstration aufgerufen, welches die Polizei wiederum zum Anlaß nahm, mit über 2.000 Mann die kleine Stadt zur Festung auszubauen, damit Wimmers ,Gäste' ihre Gelöbnis-Show öffentlich abziehen konnten.

Etwa 2.000 Demonstranten beteiligten sich am 26.10. an der friedlichen Demonstration gegen die Zurschaustellung der Waffen. Sie wurden aber daran gehindert, den Sportplatz selbst zu betreten, um dort inmitten des Jubelpublikums auch ihre Meinung kundzutun. ,,Frei nach Schnauze'' sortierten Polizei und Feldjäger die ,,Gäste'' nach gut und böse, Claqueuren und ,,Randalierern'' aus. Wer es dennoch schaffte und auf den Platz kam und dort auch nur einen Mucks wagte, wurde sofort ergriffen und mit brutaler Staatsgewalt hinausgeworfen. Beifall beim Publikum. Vor dem Stadion knüppelten Polizisten auf Demonstranten ein und nahmen fünfzehn von ihnen vorübergehend fest. Auch ein LOTT JONN-Redakteur landete im ,,Gefangenenlager'' (O-Ton Polizei).

Korschenbroichs Bürgermeister, Graf Spree, stolzierte derweil mit Wimmer auf dem Platz vor den Rekruten einher. In seinem Redebeitrag sprach er von ,,von außen bezahlten Berufsdemonstranten'' und drückte seine Hoffnung darüber aus, daß die ,,Randalierer und Störer'' wohl hoffentlich nicht aus Korschenbroich stammten. ,,Seine''Korschenbroicher machten unterdessen Winke-Winke zu den Jungs auf dem Platz.
(...)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

AUFRUF

Bürger Korschenbroichs!
Wehrt euch gegen die terrorisierenden Chaotenhorden. Bildet eine Bürgerwehr. Schützt euer Heim. Vertraut nicht auf die Polizei. Laßt euch nicht von ,,seriösen'' Gruppierungen blenden. SPD, Grüne, DKP, Friedensinitiativen usw. stecken unter einer Decke. Verhindert die Anreise der Berufsdemonstranten.
Schlagt die Linken, wo ihr sie trefft.

Treffpunkt: 13.30 Uhr St. Andreas Kirche

Dieser Aufruf fand sich am Tage vor der Demonstration an verschiedenen Stellen in Korschenbroich befestigt!

aus: LOTT JONN, Stadtzeitung für Mönchen-Gladbach

Lübeck

Ursprünglich hatten nur die örtlichen Autonomen eine kleinere Aktion gegen das öffentliche Gelöbnis geplant. Nach den ablehnenden öffentlichen Äußerungen von Engholm, einem örtlichen Streit zwischen CDU und SPD in der Öffentlichkeit, waren dann flugs die Jusos und DKP noch auf den Aktionszug gesprungen. Etwa 550 Leute haben sich dann am Abend zu einem ,,fröhlichen Umzug'' getroffen.
(Bericht aus Kiel)

München

,,*Dagegen gibt es in München keinen Grund zu so viel Vorsicht. Dort bittet Minsterpräsident Strauß zum Zapfenstreich und festlichen Empfang in die Residenz (...) Überhaupt stellt die bayrische Landesregierung mit ihrer Beteiligung an den 30-Jahr-Feiern alle anderen in den Schatten.*'' (Karl Feldmeyer, zit. n. FAZ, s.o.)

,,*26 Demonstranten wurden am Rande des Großen Zapfenstreichs auf das Polizeipräsidium geschleppt und erst in der Nacht wieder freigelassen. Gegen drei wurde Anzeige wegen Widerstand gegen die Polizei, Beleidigung und Körperverletzung erstattet.*'' (taz, 14.11.85)

Neumünster

In Schleswig-Holstein fand die zentrale Bundeswehrfeierlichkeit mit Ministerpräsident Barschel in der Holstenhalle in Neumünster am 12.11.85 statt. Sechs Wochen vorher ging vom AK gegen den Krieg und dem KB in Kiel die Initiative zwecks Gegenaktivitäten aus. Vier Wochen später, nach einer landesweiten Konferenz begann die Mobilisierung. Getragen wurde die Aktion engagiert nur in Neumünster und Kiel von Initiativen, (den noch auffindbaren) Linksgrünen und SDAJ/DKP.

präsident Barschel in der Holstenhalle in Neumünster am 12.11.85 statt. Sechs Wochen vorher ging vom AK gegen den Krieg und dem KB in Kiel die Initiative zwecks Gegenaktivitäten aus. Vier Wochen später, nach einer landesweiten Konferenz begann die Mobilisierung. Getragen wurde die Aktion engagiert nur in Neumünster und Kiel von Initiativen, (den noch auffindbaren) Linksgrünen und SDAJ/DKP.

Außen vor blieben die Revolutionssozialisten (der BWK meldete sich immerhin mit speziellen Aufrufanregungen) und die Autonomen (Kreis um die inzwischen monatlich stattfindende ,,Landesautonomenkonferenz''), denen die Sache als zu ,,luschig, grün- und KB-dominiert'' erschien.

300 Teilnehmer hatte dann die Demo am 12.11. in Neumünster, die mit einer Kundgebung begann. Das große auf aggressiv getrimmte Polizeiaufgebot ließ die Furcht vor einem größeren Knall aufkommen. Allerdings blieb dann sogar der vermummte Blockteil der Demo unbehelligt.
(nach einem Bericht aus Kiel)

Neustadt

,,*Wenige Stunden nach einer Feierstunde zum dreißigjährigen Bestehen der Bundeswehr auf Schloß Hambach ist in der Nacht zum Dienstag (...) im gleichnamigen Stadtteil von Neustadt an der Weinstraße eine Bombe explodiert. Es entstand Schaden von etwa 50.000 Mark. Menschen wurden nicht verletzt. Der Sprengstoff war in einem Feuerlöscher verborgen gewesen. (...) In der Bundeswehrdienststelle, wo die Explosion ein Loch in die Mauer gerissen hat, (...) befindet sich neben Büros, die für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften der Bündnispartner zuständig sind, auch eine Fernmeldeleitstelle.*'' (FAZ, 13.11.85)

Nürnberg

Am Vorabend der ,,Reichskristallnacht'' fand auf dem Fußballplatz ein Gelöbnis vor geladenen Gästen statt. Der Vereinspräsident mochte sich öffentlich nicht dazu äußern, ob und wieviel die Bundeswehr dafür bezahlt hat. Zum anschließenden Umtrunk im Rathaus mobilisierte zwar ein breites Bündnis (Grüne, DFG-VK, DKP, SOdZDL, GIM, Grüne, Frauen gegen Militarismus, Anti-Nato-Initiative und der KB), erschienen waren mit 100 Personen aber nur engste Mitglieder. Diese konnten unbehelligt nach einer genehmigten Kundgebung vor dem Rathaus, anschließend spontan auch noch einen Umzug um das Rathaus und die Belagerung von einem der Eingänge durchführen.

ein ,Offener Brief'

Die Militärseelsorger beider Konfessionen sollen allen öffentlichen Bundeswehrjubiläumsfeierlichkeiten fernbleiben, forderten kirchliche Gruppierungen in einem ,,Offenen Brief''. Unterzeichner sind die Bistumsstellen Aachen, Berlin, Köln, Limburg, Pax Christi, Initiative Kirche von unten, der ESG, der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Christen für Abrüstung, Internationaler kirchlicher Friedensdienst, dem Laurentius-Konvent, Ohne Rüstung leben, Solidarische Kirche im Rheinland, Religiöse Sozialisten, und dem Internationalen Versöhnungsbund (in der BRD). Es heißt darin (u.a.):,,*30 Jahre Bundeswehr sollten für niemanden ein Grund zur Freude sein. Dieser Jahrestag erinnert uns Deutsche vielmehr daran, daß unser Land 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in höchster Gefahr steht, erneut Ausgangspunkt und Schlachtfeld eines Krieges zu werden. (...)*

Dieser Jahrestag erinnert (...) daran, daß die Remilitarisierung Deutschlands gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt wurde, daß sie die entdgültige Teilung Deutschlands besiegelt und die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden in Europa vereitelt hat.

Die beabsichtigten Waffenschauen und öffentlichen Gelöbnisse stellen eine Provokation für alle Menschen dar, die dem Geist des Militarismus abgeschworen haben und den Frieden ernsthaft suchen.''

Es folgt der Aufruf zur Ablehnung der Teilnahme an Bundeswehrfeierlichkeiten, um deutlich zu machen, ,,*daß wir Christen an Gottes Verheißung festhalten und darauf vertrauen, daß der Tag kommen wird, an dem die Schwerte zu Pflugscharen umgeschmiedet werden und nach Gottes Wille kein Volk mehr für den Krieg üben wird.*''(nach FR, 25.10.85)

Regensburg

Rund 50 Leute von den Punks und der Anti-Nato-Gruppe kamen aus Anlaß der Bundeswehrveranstaltung zusammen. Ein Schweinskopf wurde feierlich vereidigt.

Regensburg

Rund 50 Leute von den Punks und der Anti-Nato-Gruppe kamen aus Anlaß der Bundeswehrveranstaltung zusammen. Ein Schweinskopf wurde feierlich vereidigt.

Stuttgart

In Stuttgart wurde die für den 30.10.85 angesetzte zentrale Bundeswehrfeierlichkeit des Wehrbereichs V schon über eine Woche vorher aus angeblichen Witterungsgründen in eine Saalveranstaltung im Neuen Schloß umgewandelt. Das Unwetter drohte offenbar von der angesagten Gegendemonstration.

Rund 600 Leute führten einen parodistischen Zug durch. Mit von der Partie ,,Kohl'' und ,,Strauß'' mit dem Schild: ,,Vom deutschen Boden soll nie wieder ein verlorener Krieg ausgehen'', oder ein Panzer-fahrender Kohl mit dem Transparent: ,,Ich fahre Leopard, weil die Straßen in der DDR so schlecht sind''. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus Falken, DKP-Spektrum, DFG-VK, AWo, Gewaltfreie, Anti-Nato-Initiative und KB.

Nach der Abschlußkundgebung lärmten zahlreiche Demonstranten an den Absperrungen des Schlosses, das durch mehrere Hundertschaften der Polizei abgeriegelt worden war.

Verheerend

,,Wir sind stolz auf unsere Soldaten'', das war fortwährend bei den Bundeswehrfeierlichkeiten zu hören. Doch die Rekruten sind überhaupt nicht stolz auf die Bundeswehr, das ergab eine Fragebogenaktion für eine Studie des ,Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr'. Der ,Spiegel' (vom 11.11.85) berichtete über die verheerenden Ergebnisse dieser und anderer Studien, dessen Veröffentlichung die Bundeswehr strikt verbot:

,,*Über 70 Prozent der Wehrpflichtigen betrachten den Dienst in der Bundeswehr als ,verlorene Zeit'; sie ärgern sich über Langeweile und Nichtstun, empören sich über das ,ständige Herumkommandieren' und fühlen sich ,wie kleine Kinder' behandelt.*

Nur jeder fünfte Wehrpflichtige hat Vertrauen zu Vorgesetzten, über die Hälfte kritisiert den ,autoritären Führungsstil' (...)

,Die Zeit ist um, der Kopf ist leer, beim Bund sieht uns nun keiner mehr', schreiben die Reservisten auf ihre Hut- und Brustbänder, wenn sie nach 15 Monaten die Kasernen verlassen dürfen. (...)

Mehr als die Hälfte des täglichen Dienstes wird, wie Untersuchungen ergaben, Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten gewidmet: ,Bastelstunde für Opas Automuseum', sagen die Wehrpflichtigen (...) Der bestehe aus ,organisiertem Leerlauf'.

Der permanente Wechsel zwischen Unterforderung in der Kaserne und plötzlicher Überforderung bei Übungen und Manövern führt oft zu Alkoholgelagen. ,Wir waren mal wieder dudeldick', sagen die jungen Soldaten. (...) Mehr als die Hälfte aller Straftaten, meist sind es tätliche Angriffe gegen Vorgesetzte oder Untergebene, geschehen im Rausch.

13.710 Bundeswehrsoldaten wurden 1980 (...) durch Strafgerichte verurteilt, davon 2.862 wegen Vergehen nach dem Wehrstrafgesetzbuch: eigenmächtige Abwesenheit, Fahnenflucht oder Prügeleien. Im selben Jahr verhängte die Bundeswehr über 45.000 Disziplinarmaßnahmen wegen Dienstvergehen. ,Dienstentziehung' ist das häufigste Delikt, danach ,Nichtbefolgen von Befehlen' und ,Ungehorsam'.''

Wehrstrafgerichte und Tradition

Wehrstrafgerichte einzurichten, forderte der Richterbund pünktlich zum Jubiläum der Bundeswehr. Da diese sowieso im ,,Verteidigungsfall'' in aller Eile vom ,,Notgesetzgeber'' eingerichtet würden, sei es besser das schon jetzt zu machen, meint der Richterbund (FR, 28.10.85)

Ebenso pünktlich zum ,,Fest'' gab es neue Traditionsrichtlinien der Bundeswehr — einige Einheiten hatten sowieso schon ihren 50. Geburtstag gefeiert. Gretchenfrage dieser ,,schweren Geburt'' (IAP-Pressedienst): ,,*Wie hälst Du's mit der Wehrmacht?*'' ,,*Keine vorbehaltlose*'', aber doch eine ganz bestimmte Anknüpfung an die ,,Helden'' des 2. Weltkriegs ist nun erwünscht: ,,*Haltung und Leistung aller Soldaten und Verbände aus jener Zeit, die ehrenhaft gekämpft haben, sind für die Bundeswehr überlieferungswürdig.*'' Jetzt gibt es nur noch einen ,,*Mißbrauch der deutschen Soldaten und tragische Verstrickung*'' bei den Nazis, ihre ,,*schuldhafte Verstrickung*'' in die Ereignisse, noch im letzten Apel-Erlaß von 1982 enthalten, ist nun weggefallen. (FR,28.10.85)

die ehrenhaft gekämpft haben, sind für die Bundeswehr überlieferungswürdig.'' Jetzt gibt es nur noch einen ,,Mißbrauch der deutschen Soldaten und tragische Verstrickung'' bei den Nazis, ihre ,,schuldhafte Verstrickung'' in die Ereignisse, noch im letzten Apel-Erlaß von 1982 enthalten, ist nun weggefallen. (FR,28.10.85)

General a.D. v. Senger und Etterlin sieht das mit der Tradition — in ,,Soldat und Technik'' (10/85) unter dem Titel ,,50 Jahre Panzerwaffe'' — nun so: ,,*Das Geheimnis der Erfolge der ersten beiden Kriegsjahre lag neben der Zusammenführung in großen operativen Verbänden im reibungslosen, fast automatisch vor sich gehenden Zusammenwirken der Waffengattungen (...) Strenggenommen endet mit dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte der Panzerwaffe als einer Streitmacht, die sich vermöge besonderer Eigenschaften von der Masse des Heeres abhebt.* ***Das gesamte Heer der Bundeswehr kann sich als Erbe jener gesonderten Streitmacht ansehen.***'' (zitiert nach IAP-Dienst, 12.11.85)

SDI: Koalitionsstreit um Aufrüstungsdiplomatie

Je näher das Jahresende rückt, desto stärker füllt der Streit um den Abschluß eines offiziellen Rahmenabkommens für die Zusammenarbeit beim US-amerikanischen SDI-Programm die Pressespalten. Dem Publikum wird ein Schaukampf nach bewährtem Muster in der Außenpolitik geliefert: Strauß und Dregger agieren rechtsaußen, Kohl gibt sich verbal zurückhaltender und Genscher stellt sich dar als Außenminister, der einmal mehr sozialliberale Kontinuität verkörpert. Bis Weihnachten soll das Problem aber vom Tisch sein.

Das Rahmenabkommen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und der BRD soll dazu beitragen, die Bedingungen, unter denen westdeutsche Firmen Aufträge zur Mitarbeit an SDI erhalten, zum Teil durch ein zwischenstaatliches Übereinkommen bzw. einen Notenaustausch zwischen den Regierungen — ohne das Parlament einzuschalten — zu regeln. Nach Auffassung des forschungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Lenzer, sollte ein Rahmenabkommen
— den Geheimschutz,
— ,,die Art der Auftragsvergabe und die Preisgestaltung'',
— den Technologietransfer,
— ,,die Eigentums- und Verwaltungsrechte, Patente und Lizenzen''
behandeln und verbindlich regeln. Strauß will die BRD mittels eines solchen Abkommens zum gleichberechtigten Partner bei der SDI-Forschung machen. Die Federführung der westeuropäischen Staaten bei einer Europäischen Verteidigungsinitiative (EVI), einem Abwehrsystem gegen Kurzstreckenraketen, Marschflugkörper und Flugzeuge des Warschauer Paktes, solle in einem solchen Abkommen genauso festgelegt werden, wie die US-amerikanische Führung bei SDI. Die vielfachen Zweifel von Wissenschaftlern und Politikern beiderseits des Atlantiks sind in dieser Zeitung verschiedentlich behandelt worden, und auch Franz Josef Strauß scheint nicht ganz überzeugt, ,,ob der militärische Zweck mit SDI erfüllt werden könne'', aber — so Strauß — ,,die wissenschaftlich-technische Welt (werde) im Falle der Durchführung des Programms anders aussehen''.

Daran ist tatsächlich überhaupt nicht zu zweifeln. Aufgabe der westdeutschen Delegation von Politikern, Industriellen und Wissenschaftlern unter Leitung von Kohl-Berater Teltschik war es denn auch, bei den Unterhandlungen mit Regierungsvertretern der USA, mit Militärs und Managern zu sondieren, auf welche Weise die BRD-Konzerne am günstigsten an dem Forschungsprogramm teilhaben könnten. Die Delegationsmitglieder kamen übereinstimmend zu der Auffassung, daß BRD-Firmen ,sich an SDI beteiligen sollten. Das politische Fazit von Teltschik ist ebenfalls eindeutig: ,,*Ohne Abkommen seien die Eigentumsrechte deutscher Firmen nicht geschützt, faire Wettbewerbsbedingungen nicht garantiert, Manipulationen der Amerikaner bei Geheimschutz und Preisprüfungsverfahren möglich*''.

Die Zweifel, Widersprüche und Kritiken, die von Genscher und der FDP an einem Regierungsabkommen zu SDI formuliert werden, sind nun keineswegs grundsätzlicher Natur. Vielmehr wird im Außenministerium die Einschätzung von Teltschik für konkret falsch gehalten, so daß ein Rahmenabkommen westdeutsche Interessen nicht besser sichere:
— ,,*Eine 'Gewährleistung fairer Partnerschaft und freier Austausch der Erkenntnisse' seien nicht zu erwarten;*
— *ein 'abgeschlossenes Forschungsgebiet' ... würden die USA den Deutschen keinesfalls überlassen;*
—*höchst fraglich sei, ob die USA eine adäquate Gegenleistung für deutsche Forschungsbeiträge bieten — das wäre dann 'eine technologische Einbahnstraße';*
— *mit dem gewünschten 'Einfluß auf das Gesamtprojet' sei nicht zu rechnen.*''

— ein 'abgeschlossenes Forschungsgebiet' ... würden die USA den Deutschen keinesfalls überlassen;
—höchst fraglich sei, ob die USA eine adäquate Gegenleistung für deutsche Forschungsbeiträge bieten — das wäre dann 'eine technologische Einbahnstraße';
— mit dem gewünschten 'Einfluß auf das Gesamtprojet' sei nicht zu rechnen.''

Diese Bewertung scheint durchaus realistisch und wird vom weder US- noch industriefeindlichen Handelsblatt-Kommentator Nahrendorf geteilt (6.11.85). Bei solch geringem Wert des Abkommens fällt es der FDP natürlich leicht, sich als Hüterin der ,,Entspannungspolitik'' aufzuführen, zumal sie sich damit im Kreise der Regierungen Kanadas, Dänemarks, Norwegens, Griechenlands und Frankreichs befindet, die staatliche Übereinkommen bereits abgelehnt haben. Erste bittere Erfahrungen Großbritanniens, das trotz Rahmenabkommens keinen festen Anteil am SDI-Programm erhalten wird, tragen zur Skepsis noch bei. Die FDP will es einzelnen Firmen selbstverständlich freistellen, SDI-Aufträge anzunehmen.

Obgleich sich materiell mit oder ohne Rahmenabkommen keine großen Unterschiede ergeben, liegen dem Streit insoweit unterschiedliche Konzepte der Koalitionspartner zugrunde, als die FDP weiterhin eine Politik betreiben will, die bei fortgesetzter Aufrüstung den Spielraum in der Ostpolitik wahren möchte. Die CDU/CSU hingegen meint offenbar, mit aggressiver Propaganda (z.B. zu den Westgrenzen Polens) und demonstrativer Bündnistreue ließen sich in Politik und Handel die meisten Zugeständnisse der RGW-Staaten erzwingen. Die FDP gedenkt die gleichen Ergebnisse mit Aufrüstung und der Betonung der ,,kleinen Unterschiede'' (zu den USA) zu erreichen. Die militärische Gewaltandrohung gehört zum Instrumentarium beider politische Spielarten.

Quellen: ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'', ,,Süddeutsche Zeitung'' und ,,Handelsblatt'' von Oktober und November; ,,Der Spiegel'', 4.11.85.

fo.

„Tiefer hängen!"

Unter diesem Titel läßt sich in der Ausgabe des ,,Handelsblattes'' vom 6.11.85 Rainer Nahrendorf über den Koalitionsstreit um das SDI-Rahmenabkommen aus. Viel industriepolitisches und juristisches Terrain würde die Bundesregierung auch mit dem Abschluß einer Vereinbarung nicht erobern. Nahrendorf schreibt u.a.:

,, *(...)*
2. Die Erwartungen, die an ein Rahmenabkommen geknüpft wurden, waren viel zu hoch gespannt. Der britische Verteidigungsminister Heseltine, der ein garantiertes Auftragsvolumen für die britische Industrie in der Höhe von 1,5 Mrd. Dollar erwartete, ist trotz eines Vorvertrages mit den USA ohne eine solche Zusage heimgekehrt. Es ist eine blanke Illusion zu glauben, die US-Administration würde Milliardenaufträge an europäische Unternehmen vergeben. (...) Die Amerikaner werden nur dort gezielte Zukäufe tätigen, wo die Europäer Entwicklungsvorsprünge aufweisen. Sie werden anderen jedoch nicht die interessante Entwicklung ganzer Teilsysteme überlassen. Nur politische Geisterfahrer können an eine wirklich stark befahrene technologische Zweibahnstraße glauben. (...)
3. Ein Rahmenabkommen würde deutschen Unternehmen, die sich an den SDI-Forschungsarbeiten beteiligen, größere Sicherheit geben, aber MBB, Dornier und andere werden auch ohne ein solches

Entwicklung ganzer Teilsysteme überlassen. Nur politische Geisterfahrer können an eine wirklich stark befahrene technologische Zweibahnstraße glauben. (...)
3. Ein Rahmenabkommen würde deutschen Unternehmen, die sich an den SDI-Forschungsarbeiten beteiligen, größere Sicherheit geben, aber MBB, Dornier und andere werden auch ohne ein solches

Abkommen mit den USA ins Geschäft kommen und nur zumutbare Auflagen akzeptieren. Fragen des Geheimschutzes könnten bei den ohnehin anstehenden Verhandlungen über das geltende Geheimschutzabkommen geklärt werden. Käme ein Abkommen nicht zustande, bedeute dies keineswegs eine technologiepolitische Katastrophe oder ein Abhängen der Bundesrepublik im High-Tech-Bereich.

Die Kernfrage, die Kohl und Genscher gemeinsam beantworten müssen, lautet, ob die Vorteile eines SDI-Rahmenabkommens die erkennbaren außenpolitischen Kosten aufwiegen.''

Frankreich/Rassismus:

Die Rechte will mit Le Pen gleichziehen

In knapp vier Monaten finden in Frankreich die Parlamentswahlen statt. Angesichts ihrer drohenden Wahlniederlage hat die PS schon vor geraumer Zeit die öffentliche Diskussion um die „Cohabitation" — im Klartext: große Koalition — initiiert.

Anfang November fand hinter geschlossenen Türen (mit einer Ausnahme: bei den Reden von Le Pen), vor 1000 Delegierten der 7. Parteikongreß der „Front National" statt. Unüberraschenderweise beschloß man dort, die Ausländerfrage zum Hauptthema der Wahlkampagne zu machen. „Die Gefahr ist die Anwesenheit von bestimmten Elementen in Frankreich, deren Loyalität gegenüber Frankreich a priori in Frage gestellt werden muß. Falls es zu einem Konflikt zwischen Frankreich und Algerien käme, wie könnte man da sicher sein, daß sich die Algerier nicht für das Land, das sie als ihr eigenes betrachten, entscheiden würden und auch dafür kämpfen würden?"

Le Pen gab seinen Anhängern die Empfehlung: „Sprecht dieses Thema ohne Scheu während des Wahlkampfes an ... Man kann Patriot sein, ohne zugleich ein Ausländerfeind sein zu müssen" (LM, 3.11.85).

Kurz zuvor war in der Wochenbeilage des rechten „Figaro", „Le Figaro-Magazine", ein, nach eigener Einschätzung, „explosives Dossier" veröffentlicht worden (26.10.85), unter der bangen Frage: „Wie wird Frankreich in 30 Jahren aussehen?" bzw.: „Werden wir noch in 30 Jahren Franzosen sein?" Laut Herausgeber Louis Pauwels (einer der maßgeblichen Chefs der sogenannten „neuen" Rechten) naht die Apokalypse: Im Jahre 2015 werden in Frankreich „südafrikanische Zustände" herrschen, und das Symbol der Republik, die Marianne, wird den Tschador tragen. 46.200.00 Franzosen werden sich 12.780.000 „Nicht-Europäern" gegenüber stehen. „Die Zahl der Nicht-Europäer hat die Toleranzschwelle überschritten ... Fremde Pflanzen können nicht auf unserem nationalen Boden wachsen, sie verhindern das Atmen der existierenden Vegetation und entwickeln sich zu Parasiten." Schließlich werde die „nationale Gemeinschaft devitalisiert" sein.

Drei Tage später, anläßlich eines sogenannten Fernsehduells mit Premierminister Fabius, bekräftigte Chirac, Führer der RPR: „Zunächst müssen



Le Pen

die Grenzen geschlossen werden, und zwar ganz energisch, dann müssen sämtliche Netze der illegalen Einwanderung mit drakonischer Härte verfolgt werden. Ich sage es schon seit langem. Es gibt Ausländer, die arbeiten, jene haben die gleichen Rechte, die gleichen Pflichten wie wir. Darüber braucht man nicht zu reden. Es gibt aber auch jene, die leider ihren Arbeitsplatz verloren haben: ihnen gegenüber muß eine menschliche, aber entschlossene Rückkehrpolitik entwickelt werden. Es gibt die sehr zahlreichen Illegalen: die müssen ausgewiesen werden ... Und was bedeutet das, Ausweisungen? Das bedeutet zunächst, daß man die Illegalen ausfindig machen muß. Sie haben skandalöserweise die Identitätskontrollen abgeschafft, Monsieur Fabius. Sie müssen natürlich wieder eingeführt werden. Sie haben die fälschungssicheren Ausweise abgelehnt. Sie müssen eingeführt werden. Schließlich gibt es die Straftäter: sie sind leider zahlreich! Wissen Sie, und erlauben Sie dem Pariser Bürgermeister, es einmal zu sagen: ich erhalte tagtäglich dutzende besorgte Briefe von Menschen, die nicht immer von Ausländern in Paris angegriffen worden sind, aber 42% der in Paris gefaßten Straftäter sind Ausländer. Genauso sind ein Drittel aller Gefangenen in Frankreich Ausländer. Genauso sind 75% der verhafteten Drogeschmuggler Ausländer. Diese Ausländer müssen sofort ausgewiesen und der Polizei ihrer Länder übergeben werden" (LM, 29.10.85).

Zum wiederholten Male diskutieren die Parteien den Rechten die Frage der Wahlallianzen mit der „FN". Wie üblich heißt es, zumindestens an der Spitze werde es keine Wahlabsprachen geben, das schließt bekanntlich örtliche Bündnisse nicht aus.

Labbé, Fraktionsvorsitzender der RPR-Abgeordneten in der Nationalversammlung, erklärte allerdings: „Die Exzesse von Le Pen dürfen nicht den Lügen von Fabius zugute kommen ... Gewisse Exzesse können nicht als Begründung für eine strikte Ablehnung der wütenden Opposition herhalten" (LM, 24.10.85)

Sein Kollege von der UDF (Giscard), Gaudin, bekundet Verständnis: Wenn man aus Richtung Aix-en-Provence nach Marseille reinkommt, habe man „das Gefühl in die Casba zu kommen. Die Franzosen fühlen sich nicht mehr wie zuhause" (ebd.). 60 bis 80 Abgeordnete will die „FN" in der nächsten Nationalversammlung haben und frohlockt, ohne die FN könne die Opposition die 50%-Schwelle nicht überwinden.

Allerdings hat auch die „FN" derzeit einige interne Schwierigkeiten: zwei Abspaltungen, einmal der „Front Francais" und auch der „Rassemblement national de Salut Public", haben die Aufstellung dissidenter Listen angekündigt. Die einen begründen ihre Abspaltung mit der Ablehnung des FN-Generalsekretärs Stirbois, die anderen mit der Ablehnung von Le Pen selber.

Le Pen, der Anfang des Jahres der Folterung während des Algerienkrieges angeklagt wurde, hat jetzt eine zweite Affaire am Hals: Der „Anwalt der kleinen Leute" soll sich 1976 das Erbe des Zementmillionärs Lambert erschlichen haben: immerhin 26 Mio. Francs plus einer feudalen Villa im vornehmen Vorort Saint-Cloud. Le Pen hatte den alkohlsüchtigen 46jährigen Lambert zum Militärberater der FN ernannt und ihm auch den Posten eines Innenministers im Falle eines geglückten Putsches in Aussicht gestellt.

Verdacht erwecken nicht nur die Art und Weise, wie Le Pen als Erbe eingesetzt wurden, sondern auch die Art und Weise, wie Lambert gestorben ist. Eine Sondersendung zu diesem Thema im französischen Fernsehen erbrachte Einschaltrekorde: 31,2% Einschaltquote, d.h. 17 Mio. Zuschauer, gegenüber 25,9% für den bisherigen Fernsehstar Fabius. Laut einer Blitzumfrage fanden 40% der Zuschauer Le Pen überzeugend, 43% stimmten seinen ausländerfeindlichen Hetzreden zu.

Kein Wunder, daß die rassistischen Aggressionen im Lande nicht abnehmen. Neu hinzugekommen sind Fußballfans des Pariser Club Saint-Germain (PSG), die im August gleich drei Mal und im Oktober in Metz wüteten: „Wir haben den Prinzipien Hitlers und der SS Gehorsam und Treue geschworen. Wir sind bereit zu töten für unsere nationalistischen Ideen. Tod den Ausländern. Gott mit uns!" (das letzte auf Deutsch, LM, 26.10.85).

Neben den Ausländern hat sich Le Pen eines neuen Themas angenommen: die „marxististisch-jüdische Presse". Aufgrund der namentlichen Diffamierung vier etablierter Journalisten jüdischer Herkunft beschlossen die Sender „Europe 1" und „Radio Télé Luxembourg" Le Pen keine Sendezeit mehr zu gestatten — solange er sich nicht entschuldigt habe.

Ein Le Monde-Journalist, Autor eines Buches über die französische Faschisten-Szene, Alain Rollat, wurde gleich zum Thema eines Artikels in der FN-Zeitung „National-Hebdo". Er sei „ein widerlicher kommunistischer Agent, mit Händen rot vor Blut von Nationalen, die aufgrund seiner Haßkampagne von Arabern und Linksradikalen ermordet worden sind ...". (LM, 24.10.85)

Am 7. Dezember wird in Paris eine Großdemonstration von SOS-Racisme und voraussichtlich auch der autonomen anti-rassistischen Bewegung stattfinden. Bekanntlich waren die ersten Märsche gegen Ausländerfeindlichkeit, 1983 und 1984, von den jungen „Beurs" (Semi-Anagramm von „Arabe") initiiert worden. Später wurde, mit großzügiger Subventionierung von der Regierung und den entsprechenden Medien, SOS-Racisme aus der Taufe gehoben.

Frankreich-Kommission

öffentlicht worden (26.10.85), unter der bangen Frage: „Wie wird Frankreich in 30 Jahren aussehen?" bzw.: „Werden wir noch in 30 Jahren Franzosen sein?" Laut Herausgeber Louis Pauwels (einer der maßgeblichen Chefs der sogenannten „neuen" Rechten) naht die Apokalypse: Im Jahre 2015 werden in Frankreich „südafrikanische Zustände" herrschen, und das Symbol der Republik, die Marianne, wird den Tschador tragen. 46.200.00 Franzosen werden sich 12.780.000 „Nicht-Europäern" gegenüber stehen. „Die Zahl der Nicht-Europäer hat die Toleranzschwelle überschritten ...
sämtliche Netze der illegalen Einwanderung mit drakonischer Härte verfolgt werden. Ich sage es schon seit langem. Es gibt Ausländer, die arbeiten, jene haben die gleichen Rechte, die gleichen Pflichten wie wir. Darüber braucht man nicht zu reden. Es gibt aber auch jene, die leider ihren Arbeitsplatz verloren haben: ihnen gegenüber muß eine menschliche, aber entschlossene Rückkehrpolitik entwickelt werden. Es gibt die sehr zahlreichen Illegalen: die müssen ausgewiesen werden ... Und was bedeutet das, Ausweisungen? Das bedeutet zunächst, daß man die Illegalen ausfindig machen
nung der wütenden Opposition herhalten" (LM, 24.10.85)
Sein Kollege von der UDF (Giscard), Gaudin, bekundet Verständnis: Wenn man aus Richtung Aix-en-Provence nach Marseille reinkommt, habe man „das Gefühl in die Casba zu kommen. Die Franzosen fühlen sich nicht mehr wie zuhause" (ebd.). 60 bis 80 Abgeordnete will die „FN" in der nächsten Nationalversammlung haben und frohlockt, ohne die FN könne die Opposition die 50%-Schwelle nicht überwinden.
Allerdings hat auch die „FN" derzeit einige interne Schwierigkeiten:

Frankreich:
Greenpeaceaffaire abgeschlossen?
Vom Mord an dem marokkanischen Oppositionellen Mehdi Ben Bark vor 20 Jahren unter General de Gaulle bis zum Anschlag auf die Rainbow Warrior unter Mitterrand: Die Tradition der politischen Vertuschung geht ihren
(Communiqué des Informationsdienstes der Armeen, 2.11.85).
Ähnlich würdig drückte sich Ehemann Prieur aus: „Meine Frau ist Offizier der französischen Armee, Opfer, auch das höchste Opfer, müssen in

Frankreich:

Greenpeaceaffaire abgeschlossen?

Vom Mord an dem marokkanischen Oppositionellen Mehdi Ben Bark vor 20 Jahren unter General de Gaulle bis zum Anschlag auf die Rainbow Warrior unter Mitterrand: Die Tradition der politischen Vertuschung geht ihren Weg. Zwar bekannte die Regierung ausdrücklich die längst bekannte Tatsache, daß der französische Geheimdienst DSGE den Anschlag durchgeführt hat. Nur: weder die einen, noch die anderen, sondern eine dritte, selbstredend total unbekannte Gruppe ist es gewesen.

Seit dem 23. Juli sitzen die zwei DSGE-Offiziere Prieur und Maffart in neuseeländischer Haft. Von vornherein stellte ihr Verteidiger klar, es handle sich hier um einen „Prozeß gegen die französische Armee, also gegen Frankreich" (Le Monde, 7.9.85). Diskrete Verhandlungen, so Quilès, Nachfolger von Hernu im Verteidigungsministerium, haben offensichtlich dazu geführt, daß die Anklage von „murder" (also Mord) in „ man's laughter" (also fahrlässige Tötung) umgewandetlt wurde. Der Unterschied in der Praxis: Für Mord hätten die Agenten lebenslänglich riskiert, für fahrlässige Tötung erwarten sie höchstens vierzehn Jahre Knast.

Quilès persönlich hat die beiden Gefangenen seiner Anteilnahme versichert: „Beide sollen wissen, wie sehr die französische Regierung um die Wahrnehmung ihrer Interessen bemüht ist. Der Minister hat ihren exemplarischen Mut sowie ihre Haltung, die den besten Traditionen der französischen Armee Ehre macht, gewürdigt" (Communiqué des Informationsdienstes der Armeen, 2.11.85).

Ähnlich würdig drückte sich Ehemann Prieur aus: „Meine Frau ist Offizier der französischen Armee, Opfer, auch das höchste Opfer, müssen in Kauf genommen werden, wenn man die Offizierskarriere einschlägt. Sie ist sich dessen bewußt. Sie hat nur ihre Pflicht getan" (LM, 5.11.85).

Gerüchte gehen um, bei den „diskreten Verhandlungen" habe es sich auch um finanzielle Erörterungen gehandelt. Während der ersten Monate des Jahres 85 hat Neuseeland für 1.333 Mio. Francs französische Produkte importiert und Waren im Wert von 378 Mio. Francs nach Frankreich exportiert. Hauptexportprodukte Neuseelands sind Wolle (70%), Lammfleisch (15%) und Felle (10%).

Was bleibt? Die Atomversuche auf dem Muroroa-Atoll finden selbstverständlich weiter statt. Und wie gehabt werden Greenpeace-Schiffe in den „territorialen Gewässern" gekapert. Denn: „Wenn wir eine unabhängige atomare Abschreckung wollen", so Premier Fabius, „dann müssen auch Versuche stattfinden." Zumal „unsere Versuche die Umwelt nicht schädigen" (LM, 25.10.85).

Was bleibt, ist also eine „bedauernswerte Affaire, wobei zwei französische Offiziere in ein den verfolgten Zielen völlig unangemessenes Unternehmen verwickelt wurden", so Verteidigungsminister Quilès.

Frankreich-Kommission



„Wissen Sie, wir haben nur die Streichhölzer geliefert!" (Karikatur von Plantu)

Zehn EUREKA-Projekte beschlossen

Militärische Nutzung nicht unerwünscht

Am 5. und 6. November fand in Hannover die zweite EUREKA-Konferenz der Außen- und Forschungsminister von 18 Nationen und der EG-Kommission statt. Neben den 12 EG-Staaten (Spanien und Portugal ab 1.1.86) beteiligten sich Österreich, die Schweiz, Norwegen, Finnland, Schweden und erstmals die Türkei. Spektakuläre Entscheidungen wurden in Hannover nicht gefällt, aber die Verabschiedung von zehn Projekten im EUREKA-Rahmen unterstreicht, daß die westeuropäischen Staaten gewillt sind, die Zusammenarbeit in der Hochtechnologie-Forschung und -Anwendung voranzutreiben.

Die Zentralsekretäre der SED und der KPdSU, Honecker und Gorbatschow, hatten in der Vergangenheit ihr Interesse an einer EUREKA-Mitarbeit angemeldet. Solchen „blockübergreifenden" Kooperationsangeboten erteilte Kanzler Kohl in seiner Eröffnungsrede eine klare Absage, denn EUREKA sei auch ein „Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit" und solle „bei aller Offenheit für sonstige Kooperationsformen ein europäisches Unterfangen bleiben, ... in dem Länder zusammenarbeiten, die sich einer gemeinsamen Wertordnung verpflichtet fühlen".

Weniger verpflichten wollte sich die Bundesregierung hinsichtlich der finanziellen Zusagen zum EUREKA-Programm. Während Frankreich für das nächste Jahr 330 Mio. Mark zur Unterstützung von EUREKA-Projekten bereitgestellt hat und grundsätzlich eine Linie des ausgeprägten kapitalistischen Staatsdirigismus durch politische Leitlinien und öffentliche Mittel vertritt, will die Bundesregierung im Verein mit westdeutschen Bankiers und Industriellen und der britischen Regierung durchsetzen, daß die staatliche Einflußnahme auf das EUREKA-Programm begrenzt bleibt. Die beteiligten Konzerne sollen einen möglichst großen Finanzierungsanteil selbst übernehmen.

Der Verlauf der Konferenz und die beschlossene Grundsatzerklärung machten erneut deutlich, daß EUREKA nur ein Teil des breiter angelegten Versuchs ist, die Stellung der EG und mit ihr verknüpfter westeuropäischer Staaten in der Welt zu verbessern. *„Die Schaffung eines großen homogenen, dynamischen und nach außen offenen europäischen Wirtschaftsraums ist für den Erfolg von EUREKA (ebenso) von entscheidender Bedeutung"* wie die Integration der EG-Außenpolitik und die Einbeziehung der Militärpolitik. Über Letzteres findet sich in den Presseverlautbarungen kein Wort, doch gerade das auf westdeutschen Vorschlag hin in Angriff genommene Projekt eines Euro-Lasers enthält die militärische Kompente: *„Gebündelte kinetische Energie kann der Metallverarbeitung dienen, aber auch zum Abschuß von Panzern oder Flugzeugen. Die Utopie ist hier der Wirklichkeit nur mehr wenig voraus. (...) Laserkanonen befinden sich bereits im Versuchsstadium"*. Und es ist die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Zusammenarbeit mit der Industrie, die bei der Entwicklung von Lasern als Waffe über kurze Reichweiten eine führende Stellung einnimmt.

Über das Verhältnis von EUREKA zu SDI sind sich die Regierungen Frankreichs und der BRD einiger, als es oftmals dargestellt wird. Obgleich es zwischen der BRD und den USA zu einer zweiseitigen Willenserklärung (Memorandum of Understanding) über zu den übereinstimmenden Interessen und der Art der Zusammenarbeit bei SDI kommen soll, wird die BRD ebenso wie der französische Staat die Beteiligung von Konzernen an SDI nicht direkt subventionieren, während dies bei EUREKA-Projekten der Fall sein wird. Die Erweiterung der militärischen Möglichkeiten im All wird von beiden Staaten angestrebt. Wegen der „unkontrollierten Ausdehnung destabilisierender Waffensysteme im All" werden nach den Worten von Frankreichs Kriegsminister Quiles weitere Mittel für die eigene Weltraumbewaffnung bereitgestellt.

Die militärische Nutzung des Weltraums, die für den Ausbau der westeuropäischen Technologie- und Industriepolitik eine maßgebende Rolle gespielt hat, trat im Rahmen der Hannoveraner EUREKA-Konferenz etwas in den Hintergrund. Anläßlich der ersten westdeutschen Raumfahrtmission „D 1" veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" aber einen Beitrag vom Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Karl Kaiser, Mitglied der SPD, der die militärpolitische Bedeutung der westeuropäischen Weltraumaktivitäten in dankenswerter Offenheit hervorhebt. Kaiser weist eingangs darauf hin, daß für die „konventionelle Kriegsführung" die „satellitengestützte Kommunikation (zunehmend) bedeutender wird". Die BRD solle folglich beim Ausbau dieser Bereiche ebenso engagiert mitwirken wie bei der Entwicklung eines westeuropäischen Aufklärungssystems und den Prüfungen über die Durchführung einer Europäischen Verteidigungsinitiative (EVI) gegen sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen. Mit der Westeuropäischen Union (WEU) stehe die notwendige Organisationsform für diese militärischen Pläne bereits zur Verfügung. So gradlinig wie Kaiser und andere Propagandisten der „dritten Kraft der Weltraumpolitik neben den beiden Weltmächten" sich es wünschen, geht die Zusammenarbeit unter westdeutsch-französicher Führung jedoch nicht voran, denn bei den 46. Konsultationen machte die Bundesregierung keine neuen Finanzierungszusagen für den geplanten Raumgleiter „Hermes" und sagte die Beteiligung an einem Beobachtungs-Satellitensystem sogar vorläufig ab. Da in den kommenden Jahren die militärische Kooperation durch gemeinsame Manöver unter Einbeziehung der französichen schnellen Eingreiftruppe (FAR) intensiviert werden soll, bleiben auch in der Weltraumpolitik weitere gemeinsame Rüstungsmaßnahmen wahrscheinlich.

Quellen:
„Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Handelsblatt" vom 30.10. - 9.11.85; „Frankfurter Rundschau", 18.9.85

fo.



Niederlande: 3.743.455 mal Nein und dennoch ein Stationierungsbeschluß



Das von über 3,7 Millionen Niederländer/inne/n, also von mehr als 25% der Gesamtbevölkerung unterzeichnete Gesuch, die Raketenstationierung abzulehnen, wurde am 26. Oktober öffentlich Premierminister Lubbers überreicht, unter dessen Führung die niederländische Regierung am 1. November nunmehr endgültig beschloß, der im NATO-„Doppel"beschluß vorgesehenen Stationierung von 48 Cruise Missiles in Woensdrecht zuzustimmen.

Wir berichten über die Volkspetition, den Regierungsbeschluß und über die Aktivitäten der Friedensbewegung um den Regierungsbeschluß herum.

Die Möglichkeit einer Volkspetition wurde im KKN („Komitee Kruiseahetten Nee") erstmalig im Frühjahr 1983 diskutiert. Damals liefen auch im internationalen Rahmen Bemühungen, in den fünf Stationierungsländern der Pershing II und Cruise Missiles Volksabstimmungen durchzuführen.

Ein Volksentscheid wurde in den Niederlanden jedoch nur von Einzelnen erwogen und vom KKN — vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV) und sozialdemokratischer Partei PvdA) dominiert — als „unrealistisch" zurückgewiesen, da Volksentscheide in der niederländischen Verfassung im Gegensatz zu Volkspetitionen nicht vorgesehen sind (bei einer Volkspetition richtet das Volk mittels einer Unterschriftensammlung eine dringende Bitte an Regierung und Parlament).

„Polarisierung verhindern!"

Bei der vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen KKN-internen Diskussion im Frühjahr 1983 waren die Meinungen über Zeitpunkt, Form und Ziele der Volkspetition sehr geteilt. Während die einen — vor allem die Vertreter des IKV und des Komitees Stoppt die Neutronenbombe — die Volkspetition explizit als Mittel sahen, um eine „Polarisierung" in der Gesellschaft"



Premier Lubbers zur Übergabe der Petition: „Was werde ich verwöhnt."
(Karikatur von Peter van Straten, aus Vrij Nederland, 26.10.85)

und radikalere Aktionen zu verhindern, wollten andere mit der Volkspetition gerade die Basis für eine breitere Radikalisierung des Widerstands schaffen und Aktionen zivilen Ungehorsams legitimieren.

Erst nach dem bedingten Ja der Regierung zur Stationierung im Juni 1984 (1) wurde der Einsatz einer Volkspetition erneut debattiert. Am 8. Dezember 1984 sprach der Kampagnenrat des IKV sich für die Durchführung aus. Fünf Tage später beschloß das KKN „in den Monaten September, Oktober 1985 eine Volkspetition gegen die Stationierung von Cruise Missiles (zu) organisieren". Nach den beiden Massendemonstrationen vom 21. November 1981 (Amsterdam) und 29. Oktober 1983 (Den Haag) sei dies, so hieß es in dem Beschluß, „das beste Mittel (...), um Menschen zu mobilisieren und zu aktivieren". Der Zeitpunkt — September, Oktober — war im Hinblick auf die von der Regierung angekündigte endgültige Entscheidung der Stationierungsfrage am 1. November gewählt worden.

Im April organisierte das KKN regionale Treffen zur praktischen Vorbereitung, und im Mai eine nationale Konferenz.

Bereits vor den regionalen Treffen war im KKN der Text der Petition zwischen „den ‚realistischeren' (...) und den „radikaleren' Organisationen" (2) ausgehandelt worden: „Ich wende mich gegen die atomare Rüstung. Sie werden um den 1. November herum einen Beschluß über die Stationierung von Cruise Missiles auf niederländischem Territorium fassen. Ich ersuche Sie dann, zur Stationierung Nein zu sagen."

Nach Bekanntgabe des Petitions-Textes wurde ein nationales Empfehlungskomitee gebildet, das aus Politikern, Militärs, Juristen, Wissenschaftlern, Kirchenfürsten, Gewerkschaftsfunktionären, Journalisten, Schrifstellern, Schauspielern, Musikern und anderen „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" bestand. Das Komitee sollte „die Breite der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung der Petition" (3) zum Ausdruck bringen und natürlich werbend für die Unterschriftensammlung wirken. Auch auf lokaler Ebene wurden Empfehlungskomitees gebildet.

Wieviele Unterschriften überzeugen die Regierung?

Während das KKN offiziell keine Prognosen abgab, erklärte Mient Jan Faber, Sekretär des IKV und des KKN, bereits Mitte August gegenüber der „Volkskrant", bei einem Endergebnis von einer Million Unterschriften wäre die Volkspetition ein Mißerfolg. Für einen erfolgreichen Abschluß seien mindestesn zwei bis drei Millionen Unterschriften erforderlich.

In Teilen der Basis der Friedensbewegung gab es starken Zweifel über den Sinn der von den KKN-Abgeordneten beschlossenen Volkspetition. Viele fragten sich, was die viel Zeit, Geld und Energie kostende Aktion dem bisherigen Protest hinzufügen könne und ob nicht mittlerweile radikalere Aktionsformen angesagt seien. Schließlich hätte es bereits zwei riesige Demonstrationen mit 400.000 bzw. 550.000 Teilnehmern gegeben. Diverse Meinungsumfragen hatten gezeigt, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung gegen die Stationierung ist. Und auch eine große Unterschriftensammlung war bereits von der Friedensbewegung durchgeführt worden (1977 hatten 1,2 Millionen Niederländer eine Petition gegen die Neutronenbombe unterschrieben).

In einem Bericht über eine Sitzung des IKV-Kampagnenrats vom 27.10.1984 heißt es: „Viele zweifeln daran, ob selbst drei Millionen Unterschriften die Regierung von ihrem Stationierungsvorhaben abbringen würden." (4)

Die KKN-Führung demonstrierte jedoch Zuversicht. Sienie Strikwerda, die KKN-Vorsitzende, äußerte der „Volkskrant" gegenüber, es sei „unumgänglich", daß die Regierung sich die Petition zu Herzen nehmen würde. Mient Jan Faber schrieb, unter Verweis auf das niederländische Grundgesetz, die Volkspetition sei „mehr als irgendein weiteres Kampfmittel" und „weit mehr als nur eine Unterschriftenaktion". Sie weise nach, daß in der niederländischen Gesellschaft „keine Tragfläche" für die Stationierung vorhanden sei und bilde den „finishing touch" des langjährigen Kampfes gegen die Raketenstationierung: „Wir leben in einem zivilisierten Land. Wenn Millionen von Unterschriften unter eine Volkspetition gesammelt werden, dann ... werden in den Niederlanden keine Cruise Missiles stationiert." (5) Spitzen-Illusionist Faber auf der Höhe seiner Kunst.

Hoffnungsträger Sozialdemokratie

Im Vorschlag des IKV-Vorstands zur Durchführung einer Volkspetition vom Dezember 1984 hatte es entsprechend und zur Distanzierung von der damals gerade entstandenen Intitative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kööperation (BONK) geheißen, daß alle Aktivitäten des IKV „auf die Beschlußfassung von Regierung und Parlament gerichtet" seien und „nicht im Zeichen einer Eskalation" stünden. Im KKN einigte man sich darauf, als KKN nicht zu Aktionen zivilen Ungehorsams aufzurufen, auch wenn die Regierung trotz Volkspetition die Raketenstationierung beschließen sollte.

Daß die Volkspetition unter den gegebenen Bedingungen auch als Propaganda für die sozialdemokratische Partei wirken würde (im Mai 1986 stehen Parlamentswahlen an) war der KKN-Führung von Anbeginn bewußt. Mient Jan Faber auf einer Sitzung des IKV-Kampagnenrats im Oktober 84: „Wenn nichts die Regierung von ihrem Stationierungsvorhaben abbringen kann, sind die Wahlen unsere letzte Hoffnung. Wenn wir davon ausgehen, bedeutet die Volkspetition eine gigantische Werbeaktion der Friedensbewegung für die kleinen linken Parteien und die PvdA." Es zeigen sich hier sowohl der Widerspruch zwischen Propaganda nach außen — Millionen von Unterschriften würden die Stationierung verhindern — und der internen Erwartung — Wahlen, die der Sozialdemokratie erneut zur Regierungsbeteiligung verhelfen seien die letzte Hoffnung — wie die taktische Inkonsequenz der KKN-Führung: *wenn* die letzte Hoffnung auf eine PvdA in der Regierung gesetzt wird, dann müßte doch von vornherein klargestellt werden, daß, wird die Stationierung ungeachtet einer erfolgreichen Unterschriftensammlung unter die Petition durchgesetzt, die Forderung nach Neuwahlen aufgestellt werden muß.

Eine solche Forderung wäre im Sinne der KKN-Erwartungen nicht allein konsequent, sondern wird auch von neueren Meinungsumfragen gestützt, denen zufolge die beiden Regierungsparteien CDA (Christdemokraten) und VVC (Rechtsliberale), wenn jetzt Parlamentswahlen stattfänden, ihre Mehrheit verlieren würden. Die kleinen linken Parteien (PSP, PPR, CPN und EVP) würden ebenfalls Sitze verlieren. Die sozialdemokratische PvdA dagegen würde einen Riesengewinn verbuchen. Die Regierungsteilnahme der PvdA nach den Wahlen im Mai 1986 erscheint als reale Möglichkeit.

Im günstigsten Fall wird es dennoch nur zu einer Ablösung der heutigen „Mitte-Rechts"-Koalition, bestehend aus PvdA und CDA kommen. Der CDA will mit seinem derzeitigen Koalitionspartner VVD unter anderem durch den Abschluß eines Stationierungsvertrags mit den USA vor den Wahlen „vollendete Tatsachen" schaffen und dürfte danach in der Stationierungsfrage nicht mehr verhandlungsbereit sein.

Einige führende PvdAler sagen zwar ihren Wählern, mit ihrer Partei in der Regierung werde die Stationierung auf keinen Fall durchgeführt werden (6). Andere führende Sozialdemokraten aber machen deutlich, daß das — in den letzten drei Jahren der Opposition so eindeutig erscheinende — Nein ihrer Partei gegenüber der Stationierung in den Koalitionsverhandlungen durchaus zur Disposition stehen könne. So sagte der ehemalige sozialdemokratische „Verteidigungs"minister und heutige Parlamentsabgeordnete Bram Stemerdink in einem Interview: „Wenn die Niederlande sich im Rahmen einer totalen NATO-Sicherheitspolitik (...) im Prinzip bereit dazu erklärt, Cruise Missiles zu stationieren, dann läßt sich darüber mit uns reden. Im totalen nuklearen Arsenal sind die Cruise Missiles nämlich nur ein Teilproblem." (7) Fraktionschef Joop den Uyl widersprach der Erklärung des Parteivorsitzenden Max van den Berg, eine Regierung mit der PvdA werde den Stationierungsvertrag mit den USA einseitig aufkündigen. Der ehemalige Premier will nicht mehr versprechen, als daß eine Regierung, an der die PvdA beteiligt ist, mit den USA neue Verhandlungen über eine „Beendigung oder Abänderung" des Stationierungsvertrags aufnehmen werde. (8) Die Rechte — kleine Clubs von NATO-Fans bis hin zur Regierungspartei VVO — machte gegen die Volkspetition mobil. Was auch sonst?!

3.743.455 mal Nein

Die Volkspetition begann offiziell am 31. August im Stationierungsort der Cruise Missiles (Woensdrecht) mit ei-



Eine Demonstrantin am Tag des Stationierungsbeschlusses vor dem Parlament: „Demokratie in den Niederlanden — zum Lachen"

ner Kundgebung und der Übergabe der ersten tausend Unterschriften an die KKN-Vorsitzende Sienie Strikwerda. In der ersten September-Woche wurden die Petitionskarten per Post an die 5,3 Millionen Wohnanschriften der Niederlande geschickt. Die unterschriebenen Karten konnten an das KKN zurückgesandt oder bei lokalen Sammelstellen abgegeben werden. Außerdem wurden sie in vielen Orten Haus für Haus eingesammelt. Nach Angaben des KKN haben sich etwa 80.000 Aktivist/inn/en an diesen Einsammelaktionen beteiligt. Während der ganzen Zeit des Unterschriftensammelns, also in den Monaten September und Oktober, führte das KKN eine sehr intensive Werbekampagne mit Plakaten, Flugblättern, Zeitungsanzeigen und Werbespots in Radio und Fernsehen.

Am 20. September war die millionste Unterschrift gezählt. Acht Tage später waren es zwei Millionen. Und Mitte Oktober war die dritte Million voll. Am 26. Oktober gab Sienie Strikwerda auf einer von 25.000 Menschen besuchten Kundgebung in Den Haag das Endergebnis bekannt: 3.743.455 Menschen hatten die Volkspetition unterschrieben. Das sind mehr als 25 % der niederländischen Gesamtbevölkerung! Nie zuvor in der niederländischen Geschichte haben soviele Menschen ihre Unterschrift unter eine politische Petition gesetzt.

Einer Meinungsumfrage zufolge kam die Hälfte der Unterschriften aus dem Lager der Sozialdemokraten. 70 % der PvdA-Anhänger sollen die Petition unterschrieben haben. Noch stärker mobilisiert wurden nur die Anhänger der - allerdings wesentlich kleineren — Radikalpolitischen Partei (PPR) und Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP). Von den Anhängern der beiden Regierungsparteien CDA und VVD sollen immerhin 18 % bzw. 12 % die Petition unterschrieben haben. (9)

KKN, IKV und PvdA bezeichneten das zahlenmäßige Ergebnis der Volkspetition als großen Erfolg. Sienie Strikwerda appellierte an die Regierung, „das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie" nicht durch einen Stationierungsbeschluß zu zerstören: „Sie können die Menschen in zwei Fluchtwege treiben. Apathie oder etwas, das wir alle verhindern wollen. Nämlich, daß Verzweiflung die Menschen in Extremismus treibt. Es ist Ihre wie unsere Verantwortung, diese Fluchtwege unmöglich zu machen." (10)

Der CDA-Fraktionschef De Vries beteuerte, seine Partei werde „das Signal der Petition berücksichtigen", fügte aber gleich hinzu, die überwältigende Mehrheit der christdemokratischen Parlamentarier würde einen positiven Stationierungsbeschluß der Regierung unterstützen. Der VVD-Sprecher Voorhoeve kommentierte: „Das Ergebnis zeigt vor allem, daß sehr viele Menschen wenig verstanden haben von der Friedens- und Sicherheitspolitik der Regierungskoalition."

Der Auftritt des Premierministers

Stargast der vom KKN organisierten (live in Radio und Fernsehen übertragenen) Abschlußkundgebung in Den Haag, am 26. Oktober, war Premierminister Ruud Lubbers. Er bestieg das Podium nicht nur, um symbolisch die 3,7 Millionen Unterschriften in Empfang zu nehmen und dem KKN zu diesem Ergebnis zu gratulieren. Er bekam von den KKN-Führern auch gleich noch die Gelegenheit, dem Friedensvolk die Regierungspolitik ausführlich zu erläutern und Werbung für die Genfer Verhandlungen sowie für „das Bündnis der freien Länder" zu machen. Der größte Teil der 25.000 in der Halle Versammelten begriff Lubbers Auftritt allerdings als Provokation.

Als der Premierminister sich dem Rednerpult näherte, kehrte die Masse ihm den Rücken zu. Ein alternatives Blasorchester versuchte vergeblich, das von KKN-Ordnern bewachte Podium zu besetzen und machte mit einer musikalischen Einlage dem „Macher" der niederländischen Politik das Reden unmöglich. Aus der Halle heraus ertönte ein ohrenbetäubender Lärm. Sienie Strikwerda bemühte sich verzweifelt: „Es wäre schön, wenn Sie jetzt Herrn Lubbers 'mal zuhören würden... Wenn Sie jetzt nicht aufhören, gehen wir mit dem Premierminister zum Presseraum, denn wir, der KKN-Vorstand, wollen hören, was Herr Lubbers uns zu sagen hat ... Hören Sie auf! Sie schaden unserer eigenen Aktion!"

Nachdem der Proteststurm etwas abgeebbt war, ließ Lubbers wissen, er habe „gehofft und gebetet, daß das Wunder noch geschehen würde, daß die (...) Anzahl der SS-20-Raketen vom 1. Juni letzten Jahres gleich bleibt." Der Kraft seines Gebets kann Lubbers kaum vertraut haben, versicherte er doch zwei Wochen vor dieser Rede dem „Spiegel", „daß wir uns auf das Material (über die SS-20-Anzahl — Anm. AK) verlassen werden, das die Amerikaner uns geben." (11)

Unabhängiger Flügel in der Friedenbewegung?

Die KKN-Führung mußte nicht nur wegstecken, daß ihr Gast beim Friedensvolk so schlecht ankam, schon zuvor war das Scheitern ihres Versuchs offensichtlich, eine Massenmobilisierung (= die gefürchtete Radikalisierung/Polarisierung) zum Abschluß der Volkspetition zu verhindern. Eine Reihe radikalerer Friedensgruppen hatte selbstständig zu einer „Alarm-Demonstration" nach Den Haag zum Ort der Abschlußkundgebung aufgeru-

Fortsetzung nächste Seite

fen, an der ungeachtet des Boykotts der KKN-Führung die Mehrheit der Besucher der KKN-Kundgebung teilnahm. Des weiteren hatten die telefonischen Ermahnungen aus dem IKV-Sekretariat an die örtlichen Friedensgruppen, bloß nicht zu viele Leute nach Den Haag zu bringen, die aktiven Unterschrifensammler nicht minder verärgert als die vom KKN ,,von oben'' geregelte Zuteilung der Eintrittskarten für die Abschlußkundgebung. Das KKN war gezwungen, auf eine Einlaßkontrolle zu verzichten und vor der Halle ein zweites Programm zu organisieren.

Organisiert worden war die ,,Alarm-Demonstration'' von einem Bündnis aus der Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BONK), diversen Jugendorganisationen, lokalen Friedensplattformen, dem Friedensaktionslager Woendrecht, der Vereinigung für Kriegsdienstverweigerer, der antimilitaristischen Gruppe AMOK, der Sozialistischen Arbeiterpartei (IV. Internationale) u.a. Von den Organisatoren wurde die Demonstration explizit als Unterstützung der Volkspetition gesehen, mit der zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Kampf nach dem 26. Oktober weiter gehe und daß die Friedensbewegung die Stationierung nicht hinnehmen werde. In der zu der Demonstration mobilisierenden ,,Alarmzeitung'' wurden — auf für die niederländische Friedensbewegung recht ungewöhnlich hohem Niveau — u.a. der Austritt aus der NATO und die einseitige Abrüstung propagiert.

Auch ein Ziel der Demonstration war es, die von IKV- und KKN-Führung in letzter Zeit zunehmend in Frage gestellte Forderung nach einseitiger Abrüstung wieder verstärkt in die Diskussion zu bringen. Deshalb hatte man auch das aus 1977 stammende IKV-Motto, das in der IKV-Praxis kaum noch eine Rolle spielt, ,,Alle Atomwaffen aus der Welt, zuerst aus der Niederlande!'' zur zentralen Forderung der Demo gemacht. Die zweite Forderung lautete: ,,Bedingungslose Ablehnung der Stationierung von Cruise Missiles!'' Über 15.000 Menschen nahmen an der Demonstration teil.

Diese ,,Alarm-Demonstration'' ist eines der sich in den letzten beiden Jahren häufenden Anzeichen dafür, daß in der Friedensbewegung allmählich ein von IKV/KKN-Führung und Sozialdemokratie unabhängiger Flügel entstehen könnte. In die gleiche Richtung weisen die Blockaden in Woendrecht und andere Aktionen im Juni letzten Jahres, die Gründung von BONK durch 600 Friedensaktivist/inn/en im Januar dieses Jahres (12) sowie Diskussionen zwischen diversen Organisationen und Gruppierungen über die Schaffung eines solchen Flügels der Friedensbewegung.

Niederlande-Kommission

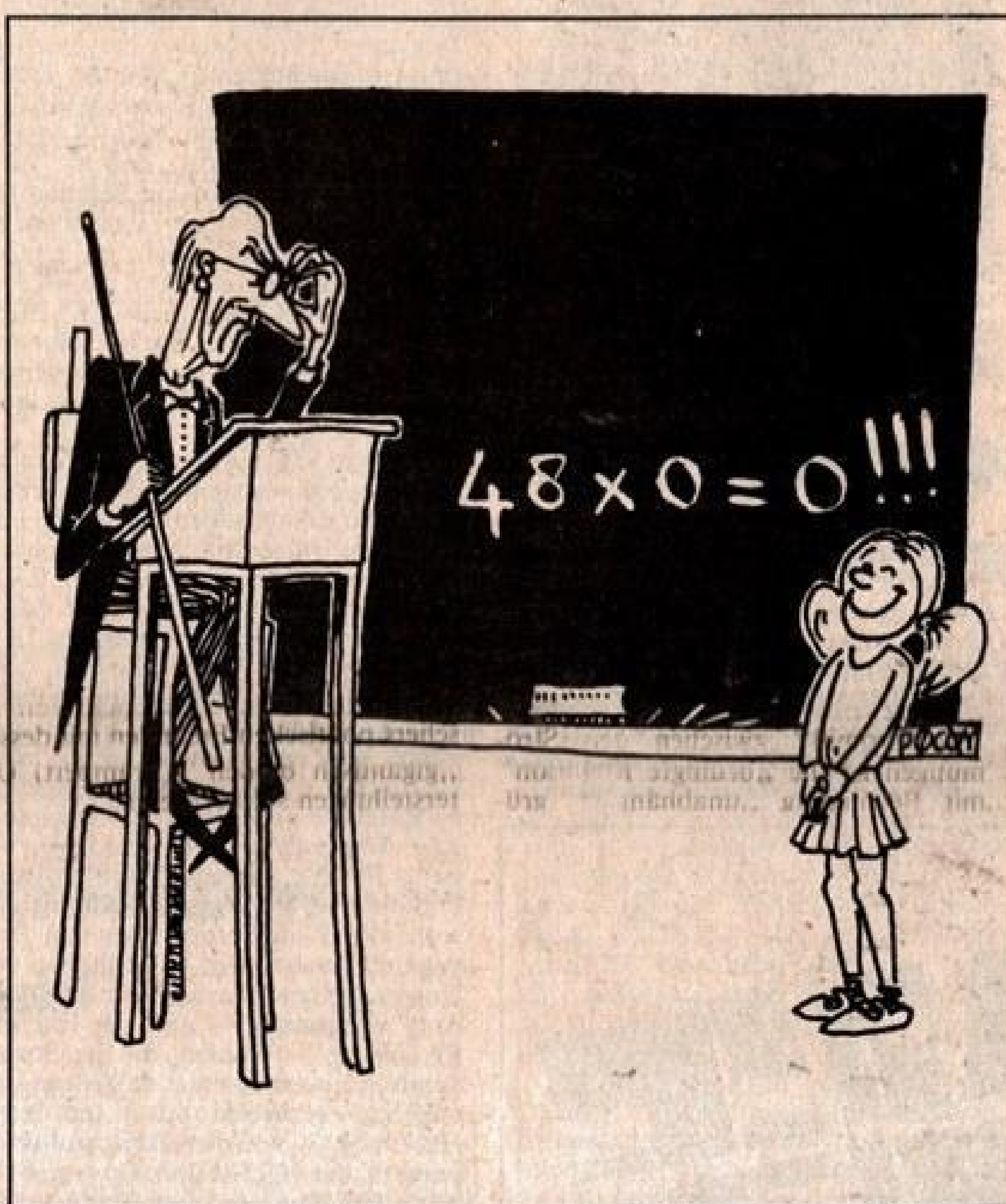
Quellen und Anmerkungen
1) Siehe dazu auch AK 247, S.24
2) Het Volkspetitionnement 1985 — IKV-Minibroschüre Nr.26, S.21
3) Presseerklärung des KKN vom 22.8.1985
4) IKV-Kernblad, November 1984, S.12
5) Artikel von Faber in der Mappe des KKN für die deutschsprachige Presse: Die politische Bedeutung der Volkspetition
6) Siehe zum Beispiel das Interview mit dem Parteivorsitzenden Max von den Berg in „De Volkskrant", 24.8.1985
7) Elseviers Magazine, 3.8.1985
8) Vergl. Het Parool, 2.10.1985
9) Laut Volkskrant, 28.10.1985
10) Zitiert nach De Volkskrant, 26.10.1985
11) „Der Spiegel" 43/1985 (21.10.85)
12) Siehe AK 248, S.16; vergl. auch: „Niederlande: Sechseinhalb Jahre Raketenstationierung — Eine Chronologie, Ak 262, S.25

Rebellion ist gerechtfertigt

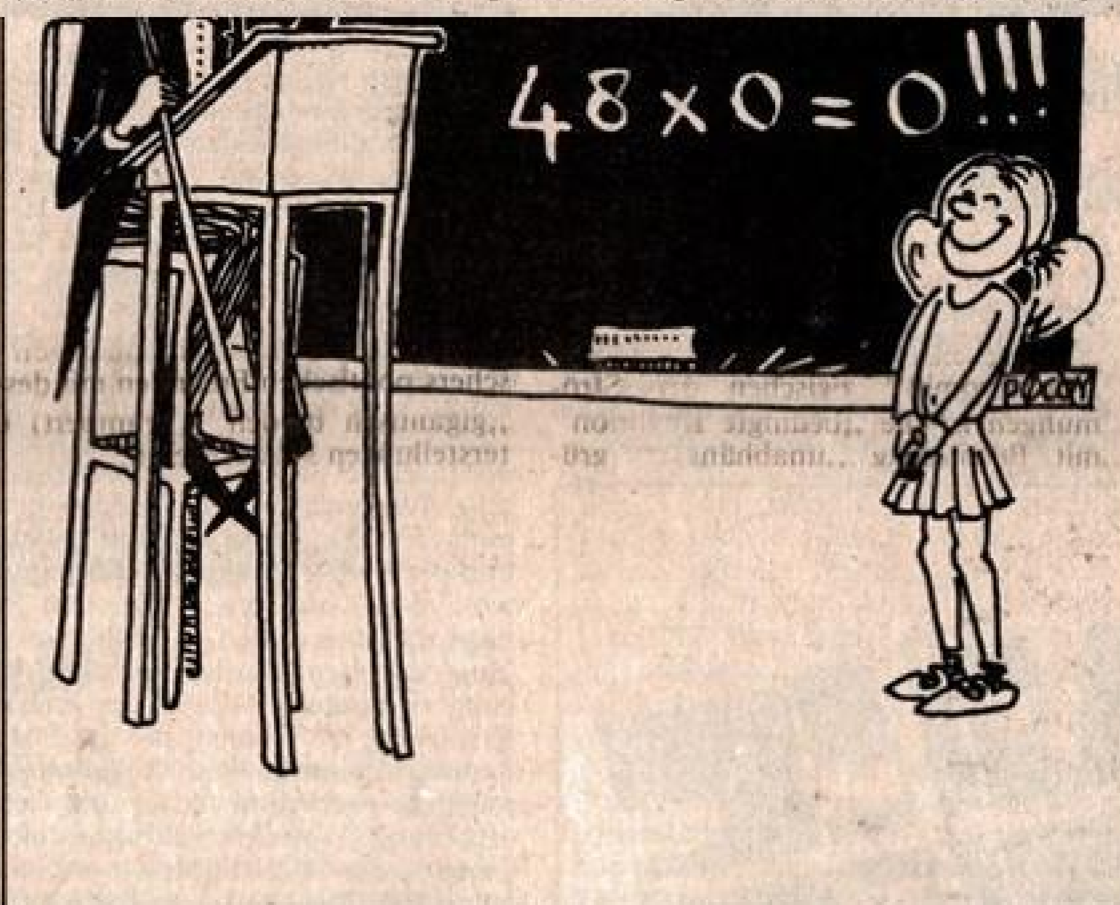
Nach dem Stationierungsbeschluß: Die Spitzen der Friedensbewegung machen in Verbalradikalismus bzw. wollen bessere Zeiten abwarten. Radikale Antimilitaristen äußerten nachdrücklich und feurig ihren Protest.

Die KKN-Vorsitzende Sienie Strikwerda erklärte nach der Bekanntgabe des Stationierungsbeschlusses, sie sei ,,böse und enttäuscht'':,,Wir werden es der Regierung noch schwer machen, unser Widerstand ist nicht gebrochen!'' (1) Allerdings hatte sie bereits eine Woche zuvor im Fernsehen angekündigt, das KKN werde als Organisation nicht aufrufen zu Aktionen zivilen Ungehorsams, da diese eine Gewissensentscheidung eines jeden Einzelnen seien.

IKV-Sekretär Mient Jan Faber distanzierte sich in einem Interview (2) von der Auffassung, radikalere Aktionen wie zum Beispiel Blockaden in Woensdrecht könnten (dazu beitragen)



(Aus „Alarmkrant" Nr. 17, Nov./Dez. 1985 — gemeinsame Ausgabe von AMOK und Vredesäktiekrant)


48 x 0 = 0!!!

(Aus „Alarmkrant" Nr. 17, Nov./Dez. 1985 — gemeinsame Ausgabe von AMOK und Vredesäktiekrant)

die Stationierung doch noch (zu) verhindern, dies seien ,,Verzweiflungstaten''. Er hingegen wolle auch weiterhin mit ,,der Politik'' im Gespräch bleiben. Die Cruise Missiles seien nur ein Teil des Problems, außerdem seien sie noch lange nicht stationiert. Schließlich gäbe es noch eine Debatte im Parlament, Wahlen im Mai 1986, diverse laufende und anstehende juristische Verfahren und last but not least die Verhandlungen in Genf!

Einen Tag zuvor wurde in der Presse gemeldet, im KKN werde der — vom Pax Christi-Vorsitzenden Jan ter Laak eingebrachte — Vorschlag diskutiert, bis nach den Parlamentswahlen in den Winterschlaf zu gehen, keinerlei Aktivitäten mehr zu unternehmen bzw. Kommentare abzugeben. Hintergrund dieses Vorschlags sei erstens Widerwillen bei diversen (nicht näher genannten) KKN-Mitgliedern dagegen, Wahlwerbung für die (mehr oder weniger) linken Parteien zu machen und zweitens Uneinigkeit über den weiteren Kurs. Während die gemäßigteren Organisationen im KKN Angst davor hätten ,,in radikale und lärmvolle Aktionen mitgerissen zu werden'', befürchteten die radikaleren Organisationen, vom KKN zu stark gebremst zu werden. (3)

Schulstreik

Zum Glück gibt es in der niederländischen Friedensbewegung nicht nur Schlafmützen. Zum 1. November hatte eine der rührigsten KKN-Mitgliedsgruppen, die Organisation ,,Jugend gegen Atomwaffen'', aufgerufen zu einem Schülerstreik und zu lokalen Demonstrationen. Bereits im Frühling letzten Jahres hatte es einen solchen ,,Streik'' gegeben, an dem sich 50.000 Schüler beteiligt hatten. Diesmal war die Beteiligung — trotz des vom Minister ausgesprochenen Verbots und vielfachen Drohungen mit erheblichen Repressalien — noch viel größer. In 150 Orten streikten insgesamt etwa 150.000 Schüler! (4)

Die größten Demonstrationen fanden statt in Amsterdam (20.000), Den Haag (8.000), Rotterdam (6.000) und Groningen (6.000). Von der Demonstration in Utrecht (4.000 Teilnehmer) wurde berichtet: ,,Auffallend war der große Unterschied in Alter und Aussehen der Streikenden. Kinder der Grundschule liefen vor Studenten. Sauber frisierte FC-Utrecht-Fans standen dieses eine Mal brüderlich neben Punkern mit Hahnenkämmen.'' (5)

In Zevenaar (250 Demonstranten) wollten die Schüler das Rathaus besetzen, wurden daran aber von den Gesetzeshütern gehindert. In Middelburg stürmten 1.000 Schüler einen Atomschutzbunker in einem Parkhaus. In Tiel (250 streikende Schüler) wurden ein Zivilschutz-Posten besetzt und Alarmsirenen eingeschaltet. In Den Bosch (1.500 Streikende) zogen kleinere Gruppen von Schülern durch die Innenstadt und warfen Scheiben ein. Vor dem Parlamentsgebäude in Den Haag gab es Scharmützel zwischen den demonstrierenden Schülern und der Bullerei.

Notbremse

Die Rundfunkanstalt VPRO sendete von 7.00 Uhr morgens bis 15.30 nachmittags im Radio (Hilversum II) das Geheul einer Sirene, das nur — in regelmäßigen Abständen — von einem kurzen Kommentar unterbrochen wurde, in dem es unter anderem hieß: ,,Wir standen heute vor der Wahl entweder Reportagen über die Aktionen zu senden oder selbst eine Aktion zu unternehmen. Wir haben uns für die zweite Möglichkeit entschieden. Nicht etwa weil wir glauben würden, so noch einen Einfluß ausüben zu können, sondern aus Wut.''

Einem Aufruf der Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BONK) entsprechend, wurden dutzende Eisenbahnzüge durch das Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht. 50 nicht nur Jugendliche wurden festgenommen.

Die dem sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsdachverband FNV angeschlossene Transport-Gewerkschaft unterstützte die Aktion zwar nicht, wie von BONK erbeten, stand ihr aber ausdrücklich sympathisch gegenüber. Das reisende Publikum hatte größtenteils Verständnis für die Aktion und die dadurch entstehenden Verspätungen.

In Nijmegen machten etwa 1.000 Demonstranten die Hauptverkehrsader der Stadt mit Hilfe von brennenden Autoreifen stundenlang dicht. Je länger die Blockaden jedoch dauerten, desto geringer wurde die Teilnahme und umso rigoroser die Polizei-Einsätze. Am frühen Abend waren die Straßen dann wieder freigeknüppelt. In der Stadt blieb es jedoch die ganze Nacht unruhig. In Arnhem verhinderte die Bullerei von Anfang an mit brutalen Knüppel-, Hunde- und Auto-Einsätzen eine effektive Verkehrsblockade durch 1.500 Demonstranten. In beiden Städten streikten außerdem je 3.000 Schüler, die eigene Demonstrationen und Kundgebungen abhielten.

Vereinzelt gab es auch kleinere Sabotage-Aktionen. In Nijmegen wurde eine Eisenbahn-Stromleitung kurzgeschlossen, so daß der Zugverkehr zwei Stunden zum Erliegen kam; die Stromversorgung eines Stadtteils war durch Brandstiftung zeitweilig ausgeschaltet. In Zwolle richtete eine Brandbombe in einem Gebäude der Elektrizitätsgesellschaft einen Sachschaden von 100.000 Gulden an. In der Nacht vom 14. auf den 15.11. wurden von einer ,,Aktionsgruppe gegen den Nuklearkrieg'' drei Militärflughäfen angegriffen, Kabel wurden durchtrennt und Landefeuer zerstört.

Im Stationierungsort Woensdrecht wurden 17 Aktivisten von der Militärpolizei festgenommen, nachdem sie in die Luftwaffenbasis eingedrungen waren. Das ,,Verteidigungs''ministerium gab bekannt, durch die vielen Aktionen gegen die Basis seit Juni 1983 sei ein direkter Schaden von vier Millionen Gulden entstanden. Daneben habe die verstärkte Bewachung der Basis dem Staat bisher nochmal zehn Millionen Gulden gekostet. Einer Meinungsumfrage zufolge ist die Mehrheit der Einwohner von Woensdrecht gegen die Raketenstationierung. Gleichzeitig soll aber auch eine Mehrheit gegen die Aktionen gegen die Luftwaffenbasis sein. (6)

Ziviler Ungehorsam

Während mittlerweile von verschiedener Seite das Fortbestehen des KKN in Frage gestellt wurde, sorgte in der ersten November-Woche ein von über 80 Personen bzw. Organisationen unterschriebener Aufruf zu Aktionen zivilen Ungehorsams für Aufregung bis ins Parlament hinein. Unterzeichnet war der Aufruf nämlich auch von vier Parlamentsabgeordneten (der dreiköpfigen PSP-Fraktion und einem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei). Diese wurden nicht nur von der Regierung, den Christdemokraten, den Rechtsliberalen und den kleinen rechten Parteien heftig angegriffen, da sie zu Straftaten aufrufen und die parlamentarische Demokratie gefährden würden. Sie wurden auch von den Sozialdemokraten und sogar von der radikalpolitischen PPR und der realkom-

Raketenstationierung. Gleichzeitig soll aber auch eine Mehrheit gegen die Aktionen gegen die Luftwaffenbasis sein. (6)

Ziviler Ungehorsam

Während mittlerweile von verschiedener Seite das Fortbestehen des KKN in Frage gestellt wurde, sorgte in der ersten November-Woche ein von über 80 Personen bzw. Organisationen unterschriebener Aufruf zu Aktionen zivilen Ungehorsams für Aufregung bis ins Parlament hinein. Unterzeichnet war der Aufruf nämlich auch von vier Parlamentsabgeordneten (der dreiköpfigen PSP-Fraktion und einem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei). Diese wurden nicht nur von der Regierung, den Christdemokraten, den Rechtsliberalen und den kleinen rechten Parteien heftig angegriffen, da sie zu Straftaten aufrufen und die parlamentarische Demokratie gefährden würden. Sie wurden auch von den Sozialdemokraten und sogar von der radikalpolitischen PPR und der realkom-

munistischen CPN gerügt.

Der Aufruf ist am 5. November in Form einer großformatigen Anzeige in der ,,Volkskrant'' erschienen. Er wurde auch von dem Vorsitzenden des nationalen Empfehlungskomitees für die Volkspetition und ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär Cees Commandeur, von der Amsterdamer Abteilung der FNV-Baugewerkschaft, weiteren Gewerkschaftsfunktionären und sogar von ein paar Militärs unterschrieben.

Als Aktionsmöglichkeiten werden in dem Aufruf genannt: Besetzungen, Steuerverweigerung, Streiks, Demonstrationen und Blockaden. Alle diese Aktionen müßten öffentlich angekündigt und strikt gewaltlos durchgeführt werden. Die Initiatoren (Mitglieder von BONK) teilten am 5. November auf einer Pressekonferenz mit, den Bau der Stationierungsanlage in Woensdrecht als zentrales Objekt des Widerstands zu sehen. Dieser solle durch Arbeitsverweigerung in den betroffenen Betrieben und durch Aktionen von außen (wie Blockaden) so stark wie möglich behindert werden. Auf der gleichen Pressekonferenz wurde auch mitgeteilt, eine Gruppe von 200 Theologen würde aus Protest gegen die 572 neuen NATO-Atomraketen je 572 Gulden vom Betrag der von ihnen zu zahlenden Einkommenssteuer abziehen und stattdessen in einen Friedensfonds einzahlen.

Niederlande-Kommission

Quellen:
1) Zit. n. „De Waarheid", 2.11.1985
2) „Trouw", 2.11.1985
3) Vgl. „De Volkskrant", 1.11.1985
4) Vgl. „Volkskrant", „Trouw" und „De Waarheid", 2.11.1985
5) „Trouw", 2.11.1985
6) Vgl. „Trouw", 2.11.1985

Weitere Quellen: „NRC-Handelsblad", „De Gelderlander", „Nijmeegs Dagblad", diverse Flugblätter und Informationen von „Jugend gegen Atomwaffen" und BONK.

Niederlande wieder im Gleichschritt mit der NATO

Fast sechs Jahre hat es gedauert, bis die niederländische Regierung dem Brüsseler ,,Doppelbeschluß'' und der daraus folgenden Stationierung von 48 Cruise Missiles auf niederländischem Territorium ohne Wenn und Aber zustimmen konnte. Am 1. November war es soweit. Die NATO-Kriegstreiber können sich freuen!

Im Dezember 1979 wurde die Regierung vom Parlament daran gehindert, in der NATO der Stationierung von 48 für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles zuzustimmen. Der Stationierungsbeschluß wurde in den folgenden fünf Jahren immer wieder verschoben. Auf der parlamentarischen Ebene lag dies vor allem an der Minderheitsströmung von halben und gan-

Niederlande wieder im Gleichschritt mit der NATO

Fast sechs Jahre hat es gedauert, bis die niederländische Regierung dem Brüsseler ,,Doppelbeschluß'' und der daraus folgenden Stationierung von 48 Cruise Missiles auf niederländischem Territorium ohne Wenn und Aber zustimmen konnte. Am 1. November war es soweit. Die NATO-Kriegstreiber können sich freuen!

Im Dezember 1979 wurde die Regierung vom Parlament daran gehindert, in der NATO der Stationierung von 48 für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles zuzustimmen. Der Stationierungsbeschluß wurde in den folgenden fünf Jahren immer wieder verschoben. Auf der parlamentarischen Ebene lag dies vor allem an der Minderheitsströmung von halben und gan-

zen Stationierungsgegnern in der christdemokratischen Partei (CDA), die an allen vier Regierungen seit 1977 beteiligt war/ist. Von der NATO hatte die Regierung anscheinend aufgrund des breiten Widerstandes in der niederländischen Gesellschaft einen gewissen Spielraum bekommen, um Zeit zu gewinnen und ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Die Zeit wurde genutzt. Während die von sozialdemokratischen Kräften dominierte Friedensbewegung über das wiederholte Aufzeigen der Breite des Protestes nicht wesentlich hinaus kam, wurde die Opposition in der CDA-Fraktion von der Parteispitze kaltgestellt und die Regierung rückte der Stationierung Schritt für Schritt näher.

Am 1. Juni 1984 war es soweit. Die Regierung sagte Ja zur Stationierung. Um die Provokation der Friedensbewegung nicht auf die Spitze zu treiben und der Sowjetunion den Schwarzen Peter zuzuschieben, wurden allerdings noch ein paar ,,Bedingungen'' eingebaut und die endgültige Entscheidung ein letztes Mal vertagt, auf den 1. November 1985. Im Wesen besagte der wortreich und kompliziert formulierte Regierungsbeschluß vom 1. Juni 1984, für den Außenminister Van den Broek wenige Stunden zuvor die Genehmigung in Washington eingeholt hatte: Falls die Sowjetunion am 1. November 1985 mehr SS-20-Raketen stationiert hat als am 1. Juni 1984 (nach NATO-Zählung: 378 Stück), werden die Niederlande vor Ablauf des Jahres 1988 die 48 Cruise Missiles in Woensdrecht stationieren.

Anfang Oktober 1985 wurde der Ball nicht ungeschickt von der sowjetischen Führung aufgegriffen. In seiner viel zitierten Pariser Rede (1) teilte KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow unter anderem mit, die Anzahl der in der europäischen Zone der Sowjetunion aufgestellten SS-20-Raketen sowie deren Stationierungsanlagen werden bis zum 1. November reduziert auf 243. Die Zahl entspreche damit genau dem Stand vom 1. Juni 1984. Von der niederländischen Regierung erwarte man nun, daß sie ,,keine Schritte unternimmt in Richtung Stationierung der Cruise Missiles''(2).

Obwohl die Legitimierung der Cruise Missiles-Stationierung der niederländischen Öffentlichkeit gegenüber damit angeknackt war, hatte die Regierung ihre negative Antwort auf das sowjetische Angebot sofort parat. Ihr sei es von Anfang an nicht nur um die in der europäischen Zone stationierten SS-20-Raketen gegangen, sondern um die in der gesamten Sowjetunion stationierten. Und deren Anzahl betrage nach Berechnungen der NATO und der USA 441, also 63 mehr als am 1. Juni 1984. (3)

Die Sowjetunion wiedersprach die-

den bis zum 1. November reduziert auf 243. Die Zahl entspreche damit genau dem Stand vom 1. Juni 1984. Von der niederländischen Regierung erwarte man nun, daß sie ,,keine Schritte unternimmt in Richtung Stationierung der Cruise Missiles''(2).

Obwohl die Legitimierung der Cruise Missiles-Stationierung der niederländischen Öffentlichkeit gegenüber damit angeknackt war, hatte die Regierung ihre negative Antwort auf das sowjetische Angebot sofort parat. Ihr sei es von Anfang an nicht nur um die in der europäischen Zone stationierten SS-20-Raketen gegangen, sondern um die in der gesamten Sowjetunion stationierten. Und deren Anzahl betrage nach Berechnungen der NATO und der USA 441, also 63 mehr als am 1. Juni 1984. (3)

Die Sowjetunion wiedersprach die-

ser Berechnung, nannte aber keine anderen Zahlen. Allerdings hätte es auch nicht viel genutzt. Der niederländische Außenminister Van den Broek hatte zuvor nämlich schon klargestellt, bei widersprüchlichen Angaben würde seine Regierung sich auf die amerikanischen Zahlen stützen. (4)

Die Regierung wurde nicht nur von der Friedensbewegung heftig kritisiert, sondern auch von den Sozialdemokraten. Letztere warfen der christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung vor allem vor, unfähig zu sein auf die ,,neu entstandene Situation'' einzugehen und die Chance zu Verhandlungen nicht zu nutzen (5). Premierminister Lubbers versuchte sein Image dadurch zu retten, daß er die (leider unzureichende) sowjetische Verhandlungsbereitschaft als Erfolg des niederländischen Regierungsbeschlußes vom 1. Juni feierte. Deshalb müsse auch standhaft an der eingeschlagenen Linie festgehalten werden. (6)

So beschloß die niederländische Regierung am 1. November also wie vorgesehen endgültig die 48 Cruise Missiles in Woensdrecht zu stationieren. Am 4. November, das heißt noch vor der Debatte über den Beschluß im Parlament, wurde mit den USA ein entsprechender Stationierungsvertrag mit einer Gültigkeit von fünf Jahren geschlossen.

Die NATO kann zufrieden sein. Für die niederländische Friedensbewegung dagegen gibt es viel, sehr viel zu tun!

Niederlande-Kommission

Quellen:
1) S. auch AK 263, S. 19
2) NRC-Handelsblad, 4.10.1985
3) Vgl. NRC-Handelsblad, 4.10.1985
4) Vgl. NRC-Handelsblad, 4.10.1985
5) Vgl. De Volkskrant, 4.10.1985
6) Vgl. De Volkskrant, 5.10.1985

Die GRÜNEN vor dem Offenburger Parteitag:

Kurs auf Realpolitik und Koalition



Trampert, Beckmann, Ditfurth — die Mitte wird's auf jeden Fall Überstehen

Fortsetzung von Seite 1

Damit war für die Realos ein Durchbruch erzielt, auch wenn die von Otto Schily geforderte eindeutige Festlegung auf Koalition und dauerhafte „Juniorpartnerschaft" mit der SPD unter den Parteitagsdelegierten keine Mehrheit gefunden hatte.

Die „einzigen Parlamentarier"

Nach dem Parteitag kehrte, begünstigt durch die Sommerpause, erst einmal Ruhe ein. Während in Hessen die Koalition unter Dach und Fach gebracht wurde, hielten sich die Bonner Realos weitgehend zurück. Die zur Vorbereitung der Fraktionsklausur Ende August von ihnen veröffentlichten Diskussionspapiere verzichteten zunächst auf neue Variationen des Standardthemas, nur an der Seite der Sozialdemokratie hätten die Grünen eine Überlebenschance. Stattdessen wurde die Wende nach rechts über „konstruktive" Vorschläge zur Verbesserung der Parlamentsarbeit und grüner Kampagnenpolitik betrieben.

Wegrücker Wolfgang Ehmke verlangte in seinem Papier vom 22.8. eine „klare politische Schwerpunktsetzung für den Rest der Legislaturperiode" — „Dem Waldsterben kommt ein immenser Symbolcharakter zu, der alle anderen Umweltprobleme überdeckt. Deshalb dürfen wir uns auch bei den Politikfeldern nicht verzetteln, sondern müssen den ureigensten grünen Bereich — die Umweltvorsorge und hier vor allem das Waldsterben und seine Ursachen — zum überragenden Schwerpunkt unserer Wahlargumentation machen! Ich wage sogar die Behauptung, daß wir unsere Existenzberechtigung verlören, wenn wir das nicht machten! Die Grünen müssen grün bleiben!" (Nebenbei bemerkt: Genau diesen Vorschlag — das Waldsterben als „überragender Schwerpunkt" im Wahlkampf — hatte der jüngst in die FDP eingetretene Ernst Hoplitschek schon vor drei Jahren gemacht; dessen Beispiel kann Ehmke ja
jüngst in die FDP eingetretene Ernst Hoplitschek schon vor drei Jahren gemacht; dessen Beispiel kann Ehmke ja
immer noch folgen, falls die Grüne Partei durch „Verzettelung" ihre „Existenzberechtigung" verlieren sollte).

Eine ähnliche Schwerpunktsetzung schwebt MdB Heinz Suhr vor. Er beziffert das „ökologisch ansprechbare Wählerpotential" großzügig auf 15 bis 20%. Das Ausschöpfen dieses Potentials sei nur möglich bei einer Orientierung „ — an wirksamen marktwirtschaftlichen und staatlichen Lösungsansätzen zur Steuerung umweltfreundlichen Produzierens und Konsumierens;
— an der latenten, teilweise apolitischen Unzufriedenheit in der Bevölkerung weit über die bestehenden sozialen Bewegungen hinaus (was will uns der Autor damit sagen? Anm. AK);
— an einer plausiblen Verknüpfung abrüstungspolitischer, ökologischer Konzepte der Grünen, die weder an Deutlichkeit noch an Machbarkeit zu wünschen übrig lassen" („Die Chancen der Grünen zur Bundestagswahl '87", 8.8.85).

Für Fraktionsgeschäftsführer Michael Vesper und Justitiar Uwe Günter sind es weniger die politischen Inhalte als die Form ihrer Darstellung im Parlament, die verändert werden müßten: „Parlamentarische Praxis muß sich der Ursprünge dieser Institution erinnern, diese muß deswegen beinhalten:
— Platz für radikale Eitelkeit,
— das Recht des Abgeordneten zur radikalen Selbstdarstellung,
— die Chance des Abgeordneten zur ‚freien Rede', zur Entwicklung ‚großer Gedanken'.
(...) Das Parlament kann ein Marktplatz der politischen Meinungsbildung der Bundesrepublik Deutschland werden, wenn die Grünen es nur wollen" (zitiert nach „taz" vom 31.8.).

Auch der Abgeordnete Ströbele sieht das grüne Heil auf der Bundestagsbühne: „Nur wenn wir in Bonn die besseren Parlamentarier oder besser die einzigen Parlamentarier sind, die das ernst nehmen, was repräsentative Demokratie sein soll, nur wenn wir die parlamentarischen Spielregeln beherrschen und offensiv, auch aggressiv benutzen, werden wir gehört." Ströbele fordert sogar Anwesenheitspflicht für alle grünen Bundestagsabgeordneten während der Plenumsdebatten: „Wenn wir aber alle als Fraktion präsent sind — schon optisch erkennbar als Keil zwischen den leeren Bänken der anderen — wenn wir mit allen Mitteln, von Anträgen zur Tagesordnung bis zur Anhörung des Bundesverfassungsgerichtes, richtiges Parlament herzustellen versuchen, wird auf uns gehört und finden wir Verbündete" (Hans-Christian Ströbele: „Nur im Parlament kann sich die Fraktion ihr Profil erarbeiten", 1.8.85). Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß auch Grüne, die einer Koalition mit der SPD ablehnend bis reserviert gegenüberstehen, z.B. Antje Vollmer und Christa Nickels, große Hoffnungen in die Institution Parlament setzen; vgl. Rezension des Buches „Von der Machbarkeit des Unmöglichen" in diesem AK.

Im Gespräch gehalten wurde die Koalitionsproblematik durch Annemarie Borgmann, die medienwirksam ihren „Sinneswandel" in dieser Frage verkündete. Als ehemalige „Fundamentalistin" fordere sie nunmehr den „Mut zu einer unvollkommenen, aber gestaltenden Politik", für die Grünen die „Überlebensfrage". Ihr genialer „Kompromiß" zwischen den Strömungen ist die „bedingte Koalition" mit Beteiligung „unabhängiger grünen-naher Minister", die von den Grünen benannt werden. Die Idee stammt übrigens ursprünglich vom niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder, dessen Hintergedanke war, „daß die von den Grünen vorgeschlagenen Personen im öffentlichen Bild dann der SPD zugerechnet werden könnten" („FAZ", 30.1.85)

Fraktionsklausur beschließt Verwaltungsreform

Fraktionsklausur beschließt Verwaltungsreform

Erwartungsgemäß wurde keines der vorgelegten Papiere auf der Klausurtagung der Bundestagsfraktion Ende August beschlossen. Die organisatorischen Veränderungen, auf die die grünen Parlamentarier sich einigten, erweitern — so Fraktionssprecherin Hanegret Hönes — „die Kompetenzen des Vorstandes": „Pressekonferenzen zu wichtigen Themen werden nicht mehr vorbei an uns gemacht" („taz", 31.8.). „taz"-Kommentator und Realo-Freund Max Thomas Mehr nahm die Fraktionsklausur für einen Total-Verriß: „Obwohl seit der Rotation der Parlamentarier schon vier Monate vergangen sind, ist von den Neuen noch kein einziger politischer Impuls ausgegangen." Überall sieht er „tagespolitisches Versagen" und prophezeit, „daß das politische Sommerloch der Grünen noch bis in den Januar 87 hinein andauern wird" („taz", 4.9.).

„Amoklauf" gegen grüne „Gewerkschaftsfeinde"

Wie unberechenbar die Realos in ihren Versuchen sind, über die Presse-Öffentlichkeit für sich Punkte zu machen — und auch, wie haarstäubend dumm sie dabei mitunter zu Werke gehen, zeigt der „Amoklauf" (Rainer Trampert) des Bundestagsnachrückers Udo Tischer (Ulm) gegen den Bundesvorstand. In einem Brief an die „lieben Kolleginnen und Kollegen im grünen Bundesvorstand" (datiert vom 24.10., am 25.10. auf der Titelseite der „Frankfurter Rundschau" auszugsweise zitiert) wirft Tischer namentlich den „Betonköpfen" Jutta Ditfurth und Rainer Trampert „heimtückisches Verhalten zur Aktionswoche des DGB" und „unsolidarische Gehässigkeiten in Form einer Stellungnahme an die hessischen Landtagsgrünen" vor. Hinter Tramperts Kritik an DGB und SPD auf einer Pressekonferenz zur DGB-Aktionswoche meint er die „verrückte Zielvorgabe der gewerkschaftlichen Spaltung" zu erkennen. Statt die Sozialdemokraten „mit dem beabsichtigten Getöse einer Dampfwalze ... zu überfahren", hätte Trampert seine Kritik am Sozialabbau gegen die Regierungskoalition richten müssen. Ein Ansinnen, das Rainer Trampert in seiner Erwiderung zu Recht als „Flankenschutz für die rechten Sozialdemokraten im DGB" bezeichnet. Trampert zum Hintergrund des Tischer-Briefes: „Ich habe den Eindruck, mit Tischers Brief soll der Konflikt der Strömungen in den Grünen geschürt werden, wie so oft kurz vor Bundesversammlungen. Udo Tischer sollte prüfen, ob er nicht als willfähriges Werkzeug benutzt wird." Es scheint hier aber unzureichende Absprachen gegeben zu haben. Öffentlich mochte sich keiner von Tischers politischen Freunden mit dessen „gigantisch blöden" (Trampert) Unterstellungen solidarisieren.

Ein (Alp-)Traum wird wahr: Hessen-Grüne staatstragend

Am 27.10. bestätigte die hessische Landesmitgliederversammlung der Grünen in Neu-Isenburg mit fast Dreiviertel-Mehrheit „die Haushalts- und Koalitionsvereinbarung der Verhandlungskommission von Grünen und SPD vom 16.10.1985, d.h. die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung auf der Grundlage der inhaltlichen Vereinba-
kommission von Grünen und SPD vom 16.10.1985, d.h. die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung auf der Grundlage der inhaltlichen Vereinba-
rungen vom 4.6.1984 und vom 12.6.1985" und schlug „Marita Haibach als Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten, Joschka Fischer als Minister für Umwelt und Energie sowie Karl Kerschgens als Staatssekretär im Umwelt- und Energieministerium" vor. Aus der Sicht der „taz" ein historisches Datum: „Für die einen sind die Grünen am Sonntag ‚Teil des Schweinesystems' geworden, für die anderen haben sie endlich ihren ‚Wählerauftrag' erfüllt." Fundamentalistin und Bundesvorstandssprecherin Jutta Ditfurth, Herausgeberin einer von den hessischen Realos als „störend" empfundenen Dokumentation zum Tode von Günter Sare, hatte schon den Koalitionsbeschluß der Landtagsgruppe als Überlaufen ins andere Lager gewertet: „Nur 18 Tage nach der Ermordung Günter Sares durch den Polizeiapparat beschlossen die Grünen im Landtag, mit der SPD zu koalieren, den Schritt auf die Seite der Herrschenden zu gehen." Gefahren sieht auch „taz"-Kommentator Klaus-Peter Klingelschmitt: „Daß die Gefahr der schleichenden Sozialdemokratisierung der Landtagsgruppe latent ist, haben die Damen und Herren Abgeordneten und ihre Wegrücker im Rahmen der Sare-Diskussion ‚bewiesen'" („taz", 29.10.). Die Kritik am „defensiven" Agieren der Landtagsgrünen ist ebenso weit verbreitet wie die Unzufriedenheit mit den ausgehandelten Koalitionsvereinbarungen. Beides wird auch von vielen Realos geteilt, so auch von Klaus-Peter Klingelschmitt, der dennoch hofft, daß „gerade in der Koalition (...) der Konflikt mit der SPD gesucht werden (wird). (...) Es liegt an Joschka Fischer und Marita Haibach, daß daraus — in der realpolitischen Umsetzung — eine klare politische Linie wird: Radikaldemokratie gegen Sozialdemokratisierung."

Die neuen grünen Amtsträger Kerschgens und Fischer machen allerdings keinen besonders konfliktfreudigen Eindruck. Am bestehenden Beamtenapparat ihres Ministeriums wird nicht gerüttelt (Jo Leinen hat im Saarland immerhin den Personalchef entlassen). Auch wenn ein Teil der Beamten „Politik nach dem sozialdemokratischen oder gar konservativen Sche-
land immerhin den Personalchef entlassen). Auch wenn ein Teil der Beamten „Politik nach dem sozialdemokratischen oder gar konservativen Sche-
ma" gelernt hat, gibt es — Kerschgens ist Theologe und glaubt an das Gute im Menschen — „auch diejenigen, die darauf warten, endlich ihre Schubladen öffnen zu können, um das auf den Tisch zu legen, was bisher von der sozialdemokratischen Führung abgeblockt wurde" (Interview in der „taz", 1.11.85). Und Minister Fischer will sich als „Anwalt der Umwelt ... nicht mit Anordnungen und Weisungen durchsetzen, sondern überzeugen" und „auch mit der Wirtschaft so viel wie möglich im Konsens erreichen" („Der Spiegel", 4.11.). Seine Formel „alles geht nach Recht und Gesetz" findet selbst die „Frankfurter Rundschau" (1.11.) „recht schwammig, staatstragend — um gemein zu werden".

Bundesgremien protestieren

Viel Spott hat sich der parallel zur Neu-Isenburger Landesversammlung tagende Bundeshauptausschuß (BHA) — höchstes beschlußfassendes Gremium zwischen den Parteitagen — mit seiner Empfehlung an die hessischen Parteifreunde eingehandelt, „den Koalitionsvereinbarungen nicht zuzustimmen und dadurch den Weg für Neuwahlen in Hessen einzuleiten". Joschka Fischer zu diesem Beschluß im Interview mit dem „Stern" (7.11.): „Ich kann das nur als grün-spezifischen Vorgriff auf die Kampagne am 11.11. umd 11 Uhr 11 bezeichnen. Warum die BHA-Empfehlung in Hessen keine Chance haben konnte, begründet Fundamentalist Manfred Zieran gegenüber der „taz" (29.10.): „In Hessen haben doch im Moment alle Angst vor Neuwahlen. Deshalb haben sehr viele Grüne, die inhaltlich mit uns übereinstimmen und nur sehr wenig Erfolgschancen im Bündnis mit der SPD sehen, trotzdem für die Koalition gestimmt."

Der Bundesvorstand hatte in seinem Beschluß vom 21.10. (d.h. einige Tage vor der hessischen Landesversammlung) zur Lage der Grünen und zu den Wahlversprechen der SPD auch einige Sätze „zur Situation in Hessen" aufgenommen und einstimmig festgestellt, „daß das hessische Modell kein Modell für die Bundesebene sein kann." Auch
Wahlversprechen der SPD auch einige Sätze „zur Situation in Hessen" aufgenommen und einstimmig festgestellt, „daß das hessische Modell kein Modell für die Bundesebene sein kann." Auch
wenn die autonome Entscheidung der Landesversammlung zu respektieren sei, habe es doch in der Debatte des Bundesvorstandes Befürchtungen gegeben, „daß bei andauerndem Verlust inhaltlicher Forderungen grüne Identität unklar wird und es an anderer Stelle Grünen schwer gemacht wird, der SPD mit eindeutigen Forderungen gegenüberzutreten".

Diese sehr moderate Kritik wertete die „taz" als unverschämte Einmischung, Udo Tischer stellvertretend für so manchen Realo als — siehe oben — „unsolidarische Gehässigkeit". Joschka Fischer äußerte die Hoffnung, daß

Fortsetzung nächste Seite

Wenn die SPD regiert: Grüner Außenminister?

BILD-Interview mit Heinz Suhr, Bundestagsabgeordneter der Grünen

Von RICHARD VOELKEL

BILD: Streben die Grünen für 1987 eine Koalition mit der SPD im Bund an?

Suhr: Ja, aber das hängt davon ab, was wir in einer Koalition mit der SPD verwirklichen können. Die Sozialdemokraten sträuben sich mit allen Gliedmaßen öffentlich gegen eine Koalition mit den Grünen, weil sie Angst haben, daß wir ihnen Wähler wegnehmen. Aber das kann sich 1987, wenn die alte Koalition keine Mehrheit mehr hat, schnell ändern. Denn die SPD wird dann ja wohl den Kanzler stellen wollen.

BILD: An wieviel Minister denken Sie?

Suhr: Ich könnte mir vorstellen, daß die Grünen vier Ministerinnen und Minister haben wollen: Etwa ein Frauenministerium, ein Umweltressort, das Auswärtige Amt. Oder die Ministerien für Verkehr, Innen- und Agrar. Als Gegenstück zum Verteidigungsministerium wollen wir auch ein Amt für Friedenspolitik.

Wettrüsten stoppen

BILD: Welche politischen Bedingungen stellen Sie für eine Koalition mit der SPD?

Suhr: Meiner Meinung nach ist folgendes unverzichtbar:

- Rücknahme des Pershing-II-Beschlusses.
- Kürzung des Rüstungshaushaltes um 10 Prozent.
- Rücknahme der Streckenstill-Legungen bei der Bahn – Ausbau des Schienenverkehrs.
- Stopp des Wettrüstens in Ost und West – Verringerung der Atomwaffen sowie der chemischen und biologischen Waffen.
- Planmäßiger Ausstieg aus der Kernenergie.

Heinz Suhr (55), Grüner Bundestagsabgeordneter, will 1987 in Bonn mit der SPD zusammen regieren

BILD: Was noch?

Suhr: Wer die Umwelt verschmutzt, wird für alle Schäden, die er verursacht hat, zur Kasse gebeten. Außerdem wollen wir eine Grundrente, die allen im Alter ein würdiges Leben ermöglicht. Die Staatsverschuldung wollen wir nicht ausweiten.

Wir sind für sinnvolle Arbeit für alle und haben kein Interesse daran, Unternehmen zu ruinieren, sonst hätten wir ja noch mehr Pleiten als die Kohl-Regierung. Schließlich wollen wir den Chemieeinsatz in der Landwirtschaft reduzieren, damit die Böden nicht weiter vergiftet werden.

Arbeit für alle

Dioxyn-Kippen (Sondermüll) müssen beseitigt werden.

BILD: Werden die Grünen auch den Austritt aus der Nato fordern?

Suhr: Das halte ich 1987 nicht für durchsetzbar. Ein solcher Austritt ist ja keine Sache von heute auf morgen. Das wäre absurd.

aus: „Bild" vom 8.11.85

Fortsetzung von vorheriger Seite

nach dem kommenden Parteitag im Bundesvorstand „die Proportionen stimmen". Obwohl eine Neuwahl der drei Sprecher (Trampert, Ditfurth, Beckmann) nicht vorgesehen ist, „werde es mit ‚Sicherheit eine Diskussion über sie geben', sagte Fischer voraus" („FR", 5.11.).

Auch Rainer Tramperts persönlicher Kommentar (abgedruckt im „grünen basis-dienst" 8/85) kommt ohne größere „Gehässigkeiten" aus. Tramperts schärfster Vorwurf: „Wie andere Parteien auch, gaukeln Grüne den Wählern vor, mit ihren Stimmen passiere etwas. Den Wählern zwischen Grün und SPD wird signalisiert, wie bedeutend die Unterstützung einer SPD-Regierung zu den Bedingungen der SPD sei. So spielen Die Grünen den Kronzeugen für die Genesung der SPD und stützen dadurch die Wahlerfolge der SPD."

Überraschenderweise greift Vorstandskollege Lukas Beckmann zu erheblich stärkeren Worten. Das Verhalten der hessischen Landtagsgrünen zum Tode von Günter Sare sieht er als „nicht zu unterschätzenden, tragischen Einstieg in grünes Duckmäusertum." Er sieht die Gefahr, „daß jedes sicher oft notwendige Aufmucken gegen die SPD mit der Androhung von ‚Scheitern und Neuwahlen' im Keim erstickt werden kann. Umwelt- und Energiepolitik im Konsens mit der Industrie wird die Folge sein" — für Joschka Fischer kein Schrecknis, sondern Wunschvorstellung, wie wir gesehen haben.

Schwammig bleiben allerdings die „Konsequenzen für 1986/87", die Beckmann aus dem hessischen „Experiment" ziehen will. Einerseits warnt er vor „sozialdemokratisierender Selbstzensur" in der Wahlkampfführung. Andererseits spricht er sich nicht prinzipiell gegen eine Koalition aus, verklausuliert aber die Bedingungen für ein wie auch immer geartetes Bündnis mit der Sozialdemokratie: „Die Bereitschaft zu einer verbindlichen Zusammenarbeit mit der SPD auf Bundesebene schließt das Nein unmittelbar ein, wenn für eine neue ökologische, soziale und entmilitarisierende Entwicklungsrichtung unserer Gesellschaft mit der SPD keine hinreichende Chance gegeben ist."

Mit „Entwicklungsrichtungen" ist das so eine Sache. Manche sehen sie auch da, wo es gar keine gibt. Bei entsprechend „gutem Willen" könnten schon die Reduzierung der „Friedensstärke der Bundeswehr" oder ein Tempolimit auf Autobahnen als untrügliche Beweise für eine ganz neue „entmilitarisierende" bzw. „ökologische Entwicklungsrichtung unserer Gesellschaft" verkauft werden.

„Perspektive '87"

Als Eigentor des Monats erwies sich ein werbewirksam als „Perspektive '87" titulierter Antrag an den Bundesparteitag. Unterzeichner sind u.a. die Hessen Marita Maibach, Dirk Treber, Iris Blaul und Jochen Vielhauer, Bundesvorstandsmitglied Brigitte Berthold und die Bundestagsabgeordneten Annemarie Borgmann, Eberhard Bueb, Norbert Mann, Heinz Suhr, Willi Tatge und Udo Tischer. *„Die Grünen sehen die Notwendigkeit, die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP abzulösen"*, heißt es da, aber auch: *„Die Grünen sind zu Bildung einer Koalition auf der Grundlage voller Partnerschaft bereit, wenn nach Koalitionsverhandlungen in allen wichtigen Bereichen der Einstieg in eine ökologische und soziale Entwicklung gewährleistet ist. — Die Grünen sind nur dann zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit, wenn in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, der Umweltpolitik, der Dritte-Welt-Politik, der Frauenpolitik, der Energiepolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Innenpolitik die Grundrichtung der vereinbarten Politik mit den Zielen der Grünen übereinstimmt und in dieser Richtung realitätsverändernde Fortschritte erzielt werden."*

Fraktionssprecher Christian Schmidt, *„verärgert über Eure Initiative, der Bundesdelegiertenkonferenz im Dezember erneut eine Koalitionsdebatte aufzuzwingen"* reagierte sofort nach Veröffentlichung mit einem Brief an die Unterzeichner, in dem er mit ungewöhnlicher Schärfe die Verlogenheit dieses Papiers bloßlegt: *„Daß Ihr für Koalitionen seid, kann ich verschmerzen. Was mich aber empört, ist die Art und Weise, wie Ihr offensichtlich potentielle Grünen-Wähler/-innen für absolut bescheuert haltet. Ihr erzählt ihnen: Erstens machen wir eine Koalition mit der SPD, zweitens machen wir uns ‚keine Illusionen über deren Veränderungswillen', drittens sind wir ‚nur dann zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit', wenn das ‚gemeinsame Regierungsprogramm' in allen wichtigen Bereichen ‚mit den Zielen der Grünen übereinstimmt', und viertens sind wir uns bewußt, daß wir das ‚nur mit Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegung erreichen können'. Für wie dumm müßt Ihr die Wähler/innen halten, daß die glauben könnten, das sei alles zugleich möglich. Ich weiß, in den Wahlaussagen der anderen Parteien wird unerbittlich gelogen; Ihr aber übertrefft sie!"*

Nachdem auch die sonst jedem „realpolitischen Experiment" aufgeschlossene „taz" (31.10.) den Antrag total verrissen hat (Max Thomas Mehr: „an Peinlichkeit kaum zu überbieten"), dürfte es mit der Perspektive '87 spätestens am 15. Dezember 1985 (Parteitag der Grünen in Offenburg) zu Ende sein.

Stichwort Peinlichkeiten: Heinz Suhr, Mitentdecker der zukunftsweisenden „Perspektive", setzte eine Woche später mit seiner Forderung nach vier Bundesministerien für die Grünen noch eins drauf (siehe sein Interview in „Bild", nebenstehendes Faksimilie).



„Die Dynamik wiedergewinnen"

... will eine Reihe baden-württembergischer Grüner mit einem „Antrag zur Wahlkampfstrategie". Dieses Papier geht zurück auf zwei Beiträge von Ex-MdB Willi Hoss (einer davon entstand in Zusammenarbeit mit Landesvorstandsmitglied Jürgen Maier). Ausgangspunkt ist eine Rückschau auf die seit Gründung der Grünen vergangenen fünf Jahre: *„Die zerstörerischen Prozesse der Industriegesellschaft haben sich seit 1980 unverändert fortgesetzt... (...) Die Grünen stellen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes 1986/87:*

— eine ungeschönte, der Realität entsprechende konkrete Bilanz der Entwicklung seit 1980,

— und daraus abgeleitet, realistische Vorschläge zur Umkehr dieser Entwicklung. (...) Die Grünen werden einen Wahlkampf mit ihren fundamentalen Zielen und Inhalten führen und ihren Vorschlägen, auf welchem Wege sie zu erreichen sind. Wir werden keinen Wahlkampf führen für das, was mit der SPD ‚machbar' ist... (...) Die gegenwärtige Bundesregierung (...) steht für die von uns benannten zerstörerischen Prozesse. Wenn wir diese Prozesse stoppen wollen, muß unser Ziel die Ablösung dieser Regierung sein. — Auch die SPD ist bis 1982 als Regierungspartei für die bisherige Entwicklung verantwortlich. (...) Trotzdem wird der Wahlkampf auf die Hauptfrage zulaufen, kann die für Zerstörungsprozesse stehende CDU/CSU/FDP-Regierung abgelöst werden oder soll ihre Politik bis 1991 fortgesetzt werden. Wenn es eine rechnerische Mehrheit der jetzigen Oppositionsparteien gibt, sind wir zur Ablösung der CDU/CSU/FDP-Regierung bereit und entscheiden uns für den Versuch, die ‚Oppositions'-SPD beim Wort zu nehmen und mit ihr eine ökologische, friedenspolitische und soziale Wende anzugehen. Die Grünen sind in diesem Sinne zu einer Koalition mit der SPD bereit." Sollte diese Koalition nicht zustande kommen, *„dann werden die Grünen wieder aus der Oppositionsrolle heraus alle etablierten Parteien unter Druck setzen."*

Diese letzte Zusicherung ist nicht wörtlich zu nehmen, zieht man das ursprüngliche Hoss-Papier als Interpretationshilfe heran. Der Autor legt sich darin keineswegs auf Regierungsbeteiligung fest, auch das Spiel mit wechselnden Mehrheiten hält er *„nicht für ausgeschlossen. Nach der Wahl ist ja alles offen. Nur eines müssen wir versprechen: Wir lösen die Regierung ab. Ob Rau will oder nicht."* (zitiert nach „taz" vom 14.10.).

Trotz dieses Blankoschecks an die SPD sollte der baden-württembergische Antrag ernster genommen werden als die leicht zu durchschauende „Perspektive '87". Die Kombination — in jedem Fall Rau wählen, eine Koalition anstreben, aber einen radikalen Wahlkampf führen — dürfte für die grünen Parteitagsdelegierten, von denen viele erfahrungsgemäß gern „von jedem etwas" beschließen, nicht ohne Attraktivität sein.

NRW-Grüne auf neuem Kurs

Auf dem Landesparteitag der Grünen NRW vom 1. bis 3.11. in Düsseldorf hat sich der Realo-Flügel klar durchgesetzt. Nach der Formulierung eines harten Tolerierungskatalogs vor der Landtagswahl im Mai (dessen Verbindlichkeit dann allerdings noch vor dem Wahltermin stark relativiert wurde) soll jetzt die Ablösung der Kohl-Regierung oberstes Ziel grüner Politik im Vorfeld der Bundestagswahl '87 sein. Schon im Landtagswahlkampf hätte sich die Partei nicht von „Gruppenegoismen" beeinflussen lassen dürfen, sondern wesentlich auf den „Anti-Bonn-Effekt" setzen müssen, heißt es in der 14 Seiten langen Entschließung. Die schmerzlichen Lehren der verlorenen Landtagswahl weisen aber der grünen Partei den Weg in eine bessere Zukunft. Der Antrag stellt in den Mittelpunkt die Notwendigkeit, „die Bonner Kohl-Koalition" abzulösen. Ein Regierungswechsel und ein „ernsthafter politischer Wandel" seien nur mit den Grünen möglich. „Wenn mit der SPD eine solche Politik substantieller Änderungen nicht zu verabreden ist, werden wir eine kritische Oppositionsrolle einnehmen." Über die konkret nicht definierten „Bedingungen, die die Grünen für eine Zusammenarbeit mit der SPD stellen", wird lediglich nebulös und vieldeutig ausgeführt, sie müßten *„mit angebbaren praktischen Handlungsschritten realisierbar sein; ferne Zielperspektiven genügen hier also nicht"*. Sie müßten „mit dem erkennbaren Willen vorgetragen werden, sie zu realisieren". Deshalb dürfe man erstens die SPD nicht „verbal wie einen Hauptfeind behandeln", und müsse zweitens „unterscheiden können zwischen" den eigenen „weitreichenden politischen Zielen" (die realpolitisch zu irrelevanten „Fernzielen" reduziert werden, ganz in der Tradition der Juso-Doppelstrategie) und den „konkreten Bedingungen für eine Zusammenarbeit, die nur Stufen auf dem Weg zu den Zielen sein können". Man bereitet sich offensichtlich, dem Bundestrend folgend, auf das Backen kleiner Brötchen und das Schlucken von Kröten vor. Ein Gegenantrag des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Strathmann und anderer, der eine „Umkehr der Entwicklungslogik" und definierte Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der SPD forderte, erhielt nur ein Drittel der Stimmen, der Leitantrag wurde mit zwei Drittel Zustimmung angenommen. Kennzeichnend für die Entwicklung im größten grünen LV sind auch — wegen Zeitmangel nicht behandelte — Anträge wie die auf Forderung nach Rücktritt von Jutta Ditfurth aus dem Bundesvorstand wegen der Broschüre „Günther Sare ermordet" und eine Unterstützungserklärung für die „hessischen Freunde", die beide voraussichtlich auf dem Bundesparteitag gestellt werden.

Nimmt man mal die vielen wortreichen Beschwörungen des NRW-Leitantrages, keine „faulen Kompromisse" etc. zu wollen, als das, was sie sind — nach innen gerichtete Identitätsbeschwörungen — so bleibt vor allem: „NRW-Grüne sind zur Regierungsbeteiligung bereit".

So wird das auch in der Presse kommentiert. „Der Spiegel" (4.11.) sieht den neuen NRW-Kurs schon auf bundesweitem Triumphzug — nicht ganz zu Unrecht: „in Offenburg stellen die NRW-Grünen 30 Prozent der Delegierten".

Und die linken Grünen?

Wenn Argumente ausschlaggebend wären, hätten die linken Grünen leichtes Spiel. Insbesondere das dürftige Schauspiel, das die hessische grüne Regierungspartei bietet, liefert jede Menge Ansatzpunkte, um innerparteilich in die Offensive zu kommen. Thomas Ebermann in einem Interview mit „was tun?" (12.9.): *„Ich glaube, die sogenannten ‚erfolgreichen Realos' müssen die allermeiste Angst haben vor dem sozialdemokratischen Schachzug der inszenierten Neuwahl oder des Bruchs. Sie sind klassisch unfrei und an den guten Willen der SPD gekettet ..."* Auch für die prinzipielle Ablehnung von Koalitionen haben die Linken weiterhin beste Argumente. Noch einmal Thomas Ebermann: *„Ich denke, daß es bei einer Koalition Implikationen gibt, die weit über das hinausgehen, was oft zu einer sogenannten ‚Formfrage' heruntergewürgt wird. Eine Partei, die in eine Koalition eintritt, wird immer auch gegen die Belange sozialer Bewegungen aus Sicht des Staatswohls oder des verteidigenswerten Gesamthaushalts — gleich welche Mystifikationen das annimmt — vorgehen müssen. Ich denke, daß damit ein extremer Bruch mit der zweifellos kleiner gewordenen Zahl derjenigen eintreten würde, die gegen die hiesigen Verhältnisse rebellieren. Koalition würde auch viel an den Dingen, die man unter dem Begriff ‚politische Kultur' zusammenfaßt, ändern und verschlechtern. Koalition und Rotation passen nicht zusammen und erst recht nicht Koalition und imperatives Mandat, denn für Koalitionen braucht man personelle Kontinuität, die Fähigkeit zur geheimen Absprache, Autonomie der Funktionsträger gegenüber Parteibeschlüssen. Koalition würde einen erheblichen Schritt des Arrangements und der Einverständniserklärung mit dem hier und heute bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen bedeuten."*

Obwohl das alles schwer zu bestreiten ist und Otto Schily sich auch demonstrativ zu diesem Staat bekennt, bröckelt die innergrüne Ablehnungsfront. Der verbliebene Rest ist immer noch zahlreich, aber vereinzelt. In der Organisierung ihrer Anhänger und der Fähigkeit, sich vor Parteitagen auf ein abgestimmtes Vorgehen zu einigen, haben sich die Realos bisher als die besseren „Politiker" erwiesen. Auch bis zum Offenburger Parteitag werden sich die entscheidenden Meinungsmacher unter den Realos vermutlich noch auf einen mehrheitsfähigen Antrag einigen können. Ob die Holzköpfe Suhr und Bueb dabei auch mit von der Partie sind, ist dann nicht so entscheidend.

Anders die Linken. Auf dem Hamburger Parteitag hat Rainer Tramperts unmöglicher Bündnispartner Bahro einiges kaputt gemacht. In Hagen konnten sich die Linken noch nicht einmal auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Thomas Ebermann, der durch sein persönliches Eingreifen schon auf manchem grünen Parteitag für Stimmung (nicht unbedingt für Mehrheiten) gesorgt hat, sieht die links-grüne Zersplitterung (zu der er nicht unmaßgeblich beigetragen hat) auch, scheint aber auch ratlos, wie daran etwas zu ändern sein könnte: *„Ich würde mir wünschen, daß die Linken innerhalb der Grünen stärker miteinander diskutieren würden. (...) Vielleicht kommt das noch?"* Vielleicht auch nicht.

Zusammenstellung: js/Hamburg

Schily beschwichtigt:
Hessen vorn bei der Ausbeutung

Das atemberaubende Tempo des Anpassungskurses der grünen Realpolitiker verschlägt einem manchmal die Spucke. Nachstehend einige Auszüge aus einem Interview mit Otto Schily, das die „Lübecker Nachrichten" am 19.10.85 veröffentlicht haben (die Readaktion versichert an Eides statt, daß die Abschrift keine Erfindung ist).

Auf die Frage nach der Zuverlässigkeit der Grünen als Koalitionspartner:

„Die rot-grüne Zusammenarbeit beginnt nicht erst mit der Koalition in Wiesbaden, sie datiert sehr viel früher und hat schon erstaunliche Früchte in der Gesetzgebung getragen. Man denke nur an das Energie- und das Abfallgesetz, mit dem sich neuerdings sogar die CDU befreundet. Das alles wird das Gerede vom rot-grünen Chaos nicht verstummen lassen. Aber gerade deshalb ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß in Hessen alles andere eingetreten ist, als ein Chaos: Hessen hält im Ländervergleich die Spitzenposition in der Arbeitsproduktivität noch vor Baden-Württemberg, und hat die zweitniedrigste Arbeitslosenquote".

Zu den Differenzen mit der SPD um die Kernenergie:

„Sicher gibt es da noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Allerdings ist es das gemeinsame Ziel, eine Energieversorgung in Hessen sicherzustellen, ohne daß die Kernenergie weiter genutzt wird. Wir sind uns nur über die Fristen nicht einig, da sind die Differenzen in der Tat noch groß."

Auf die Frage, ob ein grüner Innenminister möglich ist:

„Ich glaube nicht, daß für die Grünen ein Innenminister außerhalb des Vorstellungsvermögens liegt."

Auf die Frage nach einem Zweckbündnis mit der CDU:

„Wir sind als Partei nicht sozusagen auf Lebenszeit auf ein Abonnement bei der SPD festgelegt. Es kann durchaus einmal in einem Land eine Situation entstehen, wo wir eine ganz andere Entscheidung zu treffen haben: Etwa in Baden Württemberg, wo die SPD in einem miserablen Zustand ist. Vielleicht kommen wir da mit Lothar Späth eher zu Rande, als mit Ulrich Lang."



Protest gegen Kurs der bayerischen GRÜNEN

Mit einer Protesterklärung gegen den auf der Landesversammlung der bayerischen Grünen am 1. bis 3.11. in Weißenburg beschlossenen staatstragenden Kurs hat sich die unterlegene Minderheit an die Öffentlichkeit gewandt. Unter den mehr als zwanzig Erstunterzeichnern der Resolution stehen neben den Bundeshauptausschußmitgliedern Justus Wertmüller und Werner Saffer und einer Reihe örtlicher Mandatsträger auch die Bundestagsabgeordneten Petra Kelly und Gert Bastian. Das — bislang allerdings nur als Gerücht gehandelte — Vorhaben des bayerischen Landesvorstands, gegen sämtliche Unterzeichner ein Parteiausschlußverfahren zu beantragen, dürfte angesichts der Beteiligung der beiden „Promis" Kelly und Bastian einigen Wirbel verursachen.

Die Resolution im Wortlaut:

Einen PARTEIPROGRAMMATISCHEN KAHLSCHLAG bemängelten über 20 Erstunterzeichner einer Resolution, Delegierte und Funktions- und Mandatsträger der GRÜNEN, nach dem Programmparteitag des bayerischen Landesverbandes. Ein Prozeß wird kritisiert, in dessen Verlauf immer mehr Inhalte grüner Programmatik zurechtgestutzt wird und an dessen Ende die GRÜNE Partei salonfähig im Sinne der Herrschenden geworden sein könnte. Die beobachtete Tendenz wird als der Weg zu bedingungslosen Koalitionen mit staatstragenden Parteien bei gleichzeitiger Aufgabe politischen Ballastes angesehen.

Die Landesversammlung der bayerischen GRÜNEN hat sich in Weißenburg darauf festgelegt
— den NATO-Austritt als langfristige Perspektive GRÜNER Friedenspolitik zu verschweigen,
— ihre Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlich zu orientieren,
— selber eine staatstragende Partei zu werden,
— eine Linie des Antikommunismus zu verfolgen und
— die Interessen betroffener Bevölkerungsgruppen nicht mehr bedingungslos zur Richtschnur ihrer politischen Aktivität zu machen.

FRIEDENSPOLITIK
Der programmatische Kahlschlag begann mit dem Beschluß, das Landesprogramm auf den Umfang von 18 Seiten zu begrenzen. In vielen Bereichen wurden wichtige GRÜNE Inhalte daher mangels landespolitischer Relevanz einfach gekippt. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist etwa die Friedenspolitik.
Ganz im Gegensatz zum Niedersachsen-Programm wurde in Bayern der NATO-Austritt als Fernziel GRÜNER Friedenspolitik unterschlagen. Und auf den ersten Pressekonferenzen hierzu waren Landessprecher bereits dazu in der Lage, sich eine Mitgliedschaft im politischen Teil der NATO, aber auch militärische Zusammenarbeit mit NATO-Staaten wie Griechenland oder Italien, vorstellen zu können.

WIRTSCHAFTSPOLITIK
Auch in der Wirtschaftspolitik setzte sich die Vorstellung durch, mit Interventionen von staatlicher Seite eine andere ökologische Form der Marktwirtschaft etablieren zu können. Daß hier aber nur der alte, kapitalistische Wein in neuen, ökonomischen Schläuchen dargereicht werden sollte, zeigte sich darin, daß systemkritische Perspektiven wie Vergesellschaftung bei neuen Formen des Eigentums bewußt gestrichen wurden, obwohl sie bundespolitischer Konsens der GRÜNEN (Sindelfinger Programm) waren.
Partikularinteressen mittelständischer Betriebe wurden z.B. höher gewertet als wirksame Forderungen zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Rationalisierung.
Eine eindeutige Festlegung auf Forderungen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit konnte durch Hinzufügung zweifelhafter arbeitsmarktpolitischer Forderungen verwässert werden. So sehen Bayerns GRÜNE im Einklang mit Unternehmerverbänden und CDU/CSU auch in der Ausgrenzung alter Menschen durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit eine „Lösung".

DEMOKRATIE UND RECHT
Wie die BASISDEMOKRATIE als weiterer, wichtiger GRÜNER Programmpunkt in Bayern verstanden wird, zeigte die Programmdiskussion zu Staat und Recht. Wurde schon im Wirtschaftsteil des Programms mit zahlreichen Zitaten der Bayerischen Verfassung die Nähe zu Staat und Macht unterstrichen, so verzichtet der Programmteil Demokratie und Recht ganz bewußt auf grundsätzliche Staatskritik.
In der hierzu erfolgenden Debatte definierten Bayerns GRÜNE sich explizit als „staatstragende Partei". Als solche würde sie jedoch trotzdem auf Parteiverbote, auch für militante, neonazistische Gruppen verzichten.
Andererseits wurde ein ursprünglich gefaßter Beschluß zur Aufhebung des KPD-Verbotes wieder rückgängig gemacht. Furcht vor Nähe zum Kommunismus feierte nicht nur hierbei fröhliche Urständ. Nach der Diskusion über höchstmögliche Toleranz ggü. Andersdenkenden wurde die Verlesung eines Grußwortes der DKP abgelehnt.
Wie gefährlich die Sympathie bayerischer GRÜNER zu Staat und Gewalt ist, zeigte die Debatte zur Polizei und zur Ausländerpolitik. Einzelne Stimmen rechtfertigten hierbei die Aufrüstung der Polizei und plädierten für ein restriktives Asylrecht.
Auch wenn die Landesversammlung sich diesen Auffassungen nicht anschloß, zeigte sie bei der Debatte des Strafvollzugs, wie leichtfertig die Utopie wirklicher Gewaltfreiheit sachpolitischen Erwägungen zum Opfer fallen kann. Obwohl „Therapie statt Strafe" und andere präventive Maßnahmen bereits die kriminalpolitische Diskussion der Gegenwart beherrscht, weigerten Bayerns GRÜNE sich, als Fernziel ihrer Politik die Abschaffung des Strafvollzugs festzulegen.
DIE UNTERZEICHNER WENDEN SICH DAGEGEN, MIT EINEM STROMLINIENFÖRMIGEN PROGRAMM DEN WEG DER ETABLIERTEN PARTEIEN ZU GEHEN: Nur die Radikalität eigener Standpunkte kann für ein klares, GRÜNES Profil sorgen. Gesellschaftliche Konfliktlinien sind aufzuzeigen und der GRÜNE Standpunkt muß der der Betroffenen bleiben.
Wenn die Fortsetzung der Landesversammlung am 20. November nicht zu einer ausführlichen Debatte über die angesprochenen Punkte führt, werden die Unterzeichner mit dem bisher vorgelegten Programm keinen Wahlkampf führen.


Es darf weiter regiert werden; Jochen Vielhauer, Mitglied der Grünen-Landtagsfraktion, gratuliert Börner nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum der CDU

CHAOS in HESSEN

Unternehmer drohen mit Kapitalismus SPD und GRÜNE protestieren

Verhandlungen mit den Grünen seien Zeichen eines *„parlamentarischen Notstands"*, denn diese Gruppierung sei *„industriefeindlich und damit auch arbeitnehmerfeindlich"* (1). Die Grünen beabsichtigten *„unsere demokratische Gesellschaftsordnung zu zerschlagen"* (2). *„Grüne gewähren ökologischen Zielen einseitig Priorität. Diese Einseitigkeit gefährdet Arbeitsplätze"* (3). *„Einem möglichen neuen Bündnis mit den Grünen in Hessen dürfen die Arbeitsplätze in Hanau nicht geopfert werden"* (4). *„Wir halten es für ganz unverständlich"*, Herr Börner, *„woher Sie das Zutrauen ableiten, mit einem grünen Umweltminister noch eine unserer Industrie zuträgliche, an den Interessen der in der Chemieproduktion beschäftigten Arbeitnehmer orientierte*
serer Industrie zuträgliche, an den Interessen der in der Chemieproduktion beschäftigten Arbeitnehmer orientierte
Politik betreiben zu können" (5). *„Die weitreichenden Kompetenzen des grünen Umweltministers in Hessen führen zu einer Verunsicherung der Wirtschaft. Wichtige Investitionsentscheidungen für die Zukunft und damit neue Arbeitsplätze werden verhindert"* (6). Und dann die Drohung: *„Wenn den Grünen zugestanden wird, daß sie etwa für Gewerbeaufsicht und Arbeitsschutz zuständig sein sollen, wird die breite Arbeitnehmerschaft empfindlich reagieren. Das sollte man besser nicht provozieren"* (7).

Eine Unverschämtheit sei es, rief Börner im hessischen Landtag aus, parlamentarische Mehrheitsentscheidungen durch Druck von außen korrigieren zu wollen. Sie mache sich zum Spießgesellen von Interessengruppen, warf Steger der Bundesregierung angesichts ihrer Zustimmung zur Kampagne gegen die „rot-grüne" Koalition im Bundestag vor. *„Wer ist hier eigentlich der Souverän, die demokratischen Parlamente oder die Industrielobby?"* fragte der grüne Realo Jo Müller in der gleichen Debatte. Sein hessischer Kollege Roland Kern sah in solchen Äußerungen eine Bestätigung des Weges der hessischen Grünen: *„Wir haben ins Schwarze getroffen"*. Am schärfsten fiel die Reaktion der DKP aus: Sie sah in den Drohungen gegen das „rot-grüne" Bündnis nicht nur *„eine Steigerung an Verfassungsbruch"*, sondern erkannte sogar einen *„staatsstreichähnlichen Charakter"* (UZ, 23.10.85). Unvermeidlich natürlich auch, daß „Weimarer Verhältnisse" beschworen wurden.

Neuauflage der Chaos-Kampagne

Nun gilt es vorab einen kleinen Trick zuzugeben. Alle eingangs aufgeführten Zitate sind n i c h t Bestandteil der BILD-, CDU- und Unternehmerverbände-Kampagne, die nach dem Koalitionsbeschluß vom 17.10. einsetzte und in den Drohungen mit Investitionsverlagerungen in Hessens Nachbarländer ihren Höhepunkt fand. Die Äußerungen stammen samt und sonders von sozialdemokratischen Gewerkschaftern. Fangen wir mit der letzten (7) an. Die Drohung mit den empfindlichen Arbeitnehmern, die man nicht provozieren sollte, hat der als gar nicht mal so rechts geltende hessische DGB-Vorsitzende Jochen Richert ausgesprochen (Interview in der BILD-Zeitung vom 10.6.85). Die anderen Besorgnisse: (1) Rede des SPD-Bundestagsabgeordneten und damaligen IG Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt (zitiert in FAZ, 10.6.85). (2) Anzeige von Betriebsräten der Hanau-
gen IG Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt (zitiert in FAZ, 10.6.85). (2) Anzeige von Betriebsräten der Hanau-
er Nuklearfirmen Nukem, Alkem, RBU und Transnuklear (zitiert in „Welt der Arbeit", 4.4.85). (3) Rede von Hermann Rappe, SPD-Bundestagsabgeordneter und IG Chemie-Vorsitzender auf dem Hamburger Neujahrsempfang der IG Chemie („Umschau" 2/85). (4) Rappe-Rede auf der Betriebsversammlung der Hanauer Nuklearbetriebe (FR, 4.6.85). (5) Brief von Betriebsräten der Hoechst AG an Holger Börner (zitiert in FR, 10.6.85). (6) Hermann Rappe nach der hessischen Koalitionsvereinbarung in einem Interview der BILD-Zeitung vom 19.10.85.

Was ist denn nun dran an den Besorgnissen von Sozialdemokraten und Grünen, diese Republik sei in Gefahr? Erst einmal spielte sich das ab, was politisch den Prozeß „rot-grüner" Zusammenarbeit von Beginn an begleitete: die Warnung vor dem Chaos für Wirtschaft und Arbeitsplätze, eine Warnung, für die nicht unerhebliche Teile der Gewerkschaften immer gern ein offenes Ohr hatten. Mit dem Koalitionsbeschluß steigerte sich diese Warnung der Rechten im Lande zu einer erneuten Propagandakampagne (typisch dafür die BILD-Zeitungs-Schlagzeile vom 21.10.: *„Die gute Nachricht: Arbeitsplätze, Löhne — Hurra, aufwärts! Die schlechte Nachricht: Wegen Rot-Grün: Firmen flüchten aus Hessen"*). Was dabei an konkreten Beispielen für Firmenverlagerungen genannt wurde, erwies sich entweder als Windei, politische Drohung (Hoechst) oder in einem Fall, Schwartz-Schillings Batteriefabrik Sonnenschein in Büdingen, als möglicherweise einziger ernstzunehmender Fall eines Umweltverschmutzers, der kaum noch eine andere Chance als die „Flucht" hat, da die Spuren seines Umweltdrecks beim besten Willen nicht mehr zu vertuschen sind.

Fortsetzung nächste Seite

Offener Brief an die GRÜNEN

Wir sind in Sorge um die Entwicklung der GRÜNEN von einer Partei, die die Forderungen sozialer und oppositioneller Gruppen und Bewegungen in die Parlamente getragen hat, hin zur Mehrheitsbeschafferin für die SPD, hin zu einer Partei, die die Exekutivgewalt in Landesregierungen- und Bundesregierung anstrebt.

Spätestens seit den „Wahlniederlagen" der GRÜNEN im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ist ein Stimmungsumschwung in der Partei zu registrieren, der die GRÜNEN in eine gemeinsame Regierungsverantwortung mit der SPD drängen will. Eine solche Entwicklung lehnen wir ab. Wir fordern Euch auf, schnellstmöglich Klärungsprozesse einzuleiten, die es all den Menschen, die sich in den letzten Jahren engagiert für die Änderung politischer Verhältnisse in der Bundesrepublik eingesetzt und gegen bedrohliche Übergriffe staatlicher Macht und Planung gekämpft haben, möglich macht, klare Bewertungen der Zielsetzung grüner Politik vorzunehmen.
(...)
1.) Wer innerhalb der GRÜNEN für eine Koalitionsaussage — ob bedingt oder nicht — ficht, der verdrängt im allgemeinen die Frage, welche Forderungen der grünen Partei überhaupt mit der SPD zu realisieren wären. Wer Koalitionsverhandlungen hoffnungsfroh als Experiment mit ungewissem Ausgang kennzeichnet, der täuscht sich und andere über den Charakter der SPD und die Erfahrungen mit ihr hinweg. (...) die SPD wird die GRÜNEN unmerklich in ihren sturmfreien Hafen der Systemdisziplin manövrieren und bei Widerständen havarieren oder zum freibeuterischen Entern freigeben.
(...)
Fazit: Weder der Arbeitslosigkeit, noch der Zerstörung der Umwelt, noch der Ausbeutung der dritten Welt, noch der Aufrüstung, wären im Rahmen einer Regierungsbeteiligung der GRÜNEN an einer SPD-Regierung ernsthaft entgegenzutreten. Wer an den notwendigen Forderungen festhalten und dafür in der Bevölkerung für aktive Unterstützung werben will, der kann dies nur in der Opposition und muß dies gerade auch gegen die SPD tun. Grüne Machterwerbspolitik ist keine, die mit Macht Reformen durchsetzen kann. Die Propagierung der Koalition bindet nicht nur die Hände für die Organisierung von Widerstand, sondern bereitet auch den Boden für die Integration des Protest- und Widerstandspotentials in der Bevölkerung.
2.) Wer die Regierung stellt, kann nicht gleichzeitig Opposition gegen sich selbst betreiben. Als Regierungspartei hätten die GRÜNEN heute eine Reihe staatlicher Maßnahmen und Planungen zu vertreten, gegen die sich ihre Politik als Opposition noch gerichtet hat. Auch überzeugte Koalitionsbefürworter gehen nicht davon aus, daß wesentliche Politikziele durch einen Regierungseintritt der GRÜNEN realisierbar wären. Deshalb würden sich die GRÜNEN unter den herrschenden Bedingungen sehr schnell zu einer Partei der Staatsraison wandeln, die, gerade noch zur kosmetischen Pflege gesellschaftlicher Widersprüche fähig, an den prägenden Normen der schlechten gesellschaftlichen Wirklichkeit festhalten müßte.
3.) (...)
Die GRÜNEN sind als Protest- und Widerstands-Partei in die Parlamente gewählt worden. Wir wollen Euch den Mut machen, an dieser demokratischen, oppositionellen Rolle festzuhalten. Ihr habt richtige und gute Argumente dafür, daß nur tiefergreifende gesellschaftliche Veränderungen in den Bereichen Frieden, Umwelt, Sozial- und Außenpolitik der katastrophalen Entwicklung entgegenwirken können. Setzt das nicht aufs Spiel, nur weil der Druck auf Euch verstärkt wird und Ihr in die Systemharmonie gezwungen werden sollt. Wir haben ein Interesse an parlamentarischen Konstellationen, in denen die etablierten Kräfte nicht über unsere Forderungen hinweggehen können; ebenso an Kräfteverhältnissen, die die Umsetzung dieser Forderungen erleichtern. Aber solange das Bewußtsein in der Bevölkerung und die Lage in den Parteien, vor allem der SPD, noch keine wirklichen Veränderungen zulassen, ist es die Aufgabe der sozialen Bewegungen und der GRÜNEN, gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche offenzulegen, sowie Vorstellungen zu entwickeln und zu vertiefen, die reale Veränderungen zum Ziel haben. Wenn kurzatmige Überlegungen über die „Ablösung der Rechtsregierung" im Jahre 1987 diese Erkenntnisse überlagern, degradieren sich die GRÜNEN selbst zum 2. kleineren Übel. Nur wenn die grüne Partei bei entsprechenden parlamentarischen Konstellationen an den wichtigsten Forderungen festhält, offensiv für grundlegendere Veränderungen eintritt und sich weder von einer großen Koalition noch von Neuwahlen schrecken läßt, entgeht sie der Erpreßbarkeit und hat die Möglichkeit, ihre parlamentarische Existenz zu sichern.
(...)
Unsere Forderungen lauten:
— klare Absage an Koalitionen in der aktuellen Situation;
— Festhalten an den wichtigsten Forderungen, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen beinhalten und den katastrophalen Auswirkungen der herrschenden Verhältnisse entgegentreten;
— keine Preisgabe der Forderungen hinter den verschlossenen Türen von Koalitionsverhandlungen;
— parlamentarische Initiativen, die zum Bewußtsein beitragen, daß auch die SPD notwendigen Forderungen entgegentritt, Veränderungen bekämpft;
— Unterstützung sozialer Bewegungen und Mitarbeit grüner Funktionsträger und Parlementsvertreter.

Dieser sehr ausführliche Offene Brief ist auf Initiative von Mitgliedern der Gewaltfreien Aktionsgruppen und der Graswurzelrevolution entstanden. Unterzeichnungen sollen bis zum 25. November erklärt werden, damit der Brief rechtzeitig vor dem grünen Bundesparteitag veröffentlicht werden kann. Näheres bei:
Gabriele Laske, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hoechst-Chef Hilger hatte mit dem lauten Nachdenken über mögliche Investitionsverlagerungen den Anfang gemacht (wie übrigens bereits im Juni sein Vorgänger Sammet). BDI-Chef Langmann äußerte ähnliche ,,Befürchtungen''. Metallarbeitgeberchef Stadler befürchtete einen ,,*Mißbrauch der Vorschriften zur Behinderung der Industrie*''. Parallel dazu kochten CDU-Politiker ihr Süppchen: Wallmann sah eine ,,*Kampfansage an die Arbeitnehmer und die moderne Industriegesellschaft*'', Tandler sah eine ,,*Koalition des Schreckens*'' heraufziehen, Geißler sah bereits für den Bund den ,,*Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft*'' nahen, Spranger bezeichnete die Grünen als ,,*zumindest teilweise ein Sicherheitsrisiko*'', die CDU-Chefs der an Hessen angrenzenden Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern boten ihr Regierungsgebiet wie Sauerbier als den idealen Unternehmensstandort an, usw. Letzteres betreiben in anderer Verpackung und nicht gerade mit Warnung vor dem grünen Chaos auch Leute wie Dohnanyi mit ihrem ,,Unternehmen Hamburg''.

Wettlauf um die wirtschaftliche Kompetenz

Sieht man einmal davon ab, daß hinter dem eilfertigen Anpreisen der eigenen Standorte immer auch die Hoffnung auf Abwerbung steht, ist dies allerdings ein völlig nebensächlicher Aspekt der aktuellen Kampagne. Das Mittel, mit der Sorge um das Wohl der Wirtschaft u n d der Arbeitsplätze Stimmen zu sammeln, hat vielmehr mit einem Vorwahlkampf für 1987 zu tun, der an der Front ausgetragen wird, die voraussichtlich über die neuen Mehrheitsverhältnisse entscheiden wird. Dabei geht es um die Frage, wer in den Augen der Wähler der ,,Mitte'', insbesondere der Arbeiter und der technischen Intelligenz, den Streit um die wirtschaftliche Kompetenz gewinnt. Die CDU, die sich auf die Unterstützung der Unternehmer verlassen kann, hofft mit der Chaos-Propaganda vor allem, daß Druck ausgeübt wird auf den rechten SPD-Flügel und die Gewerkschaften, die — siehe die Eingangszitate — durchaus empfänglich für diese Kampagne sind. Allerdings sollte dabei die konkrete Druckmöglichkeit der Unternehmen auch nicht überschätzt werden. Zwar stimmt, was die ,,FAZ'' schreibt, daß ,,*ohnehin selbstverständlich ist und jedermann weiß: Die Industrie kalkuliert bei ihren Standort- und Investitionsentscheidungen auch Vorteile oder Behinderungen*
weiß: Die Industrie kalkuliert bei allen Standort- und Investitionsentscheidungen auch Vorteile oder Behinderungen
ein, die auf politische Verhältnisse zurückgehen'' (23.10.). Aber, kein Unternehmer wird, wie ein Sprecher bekannte, so mir nichts dir nichts ,,*aufgrund einer aktuellen politischen Situation Standorte verlagern*'' (FR, 22.10.). Nachdem sich der erste Pulverdampf verzogen hatte, plädierte denn auch der hessische Bankenverband für ,,*mehr Gelassenheit ... mehr Sachlichkeit und Distanz*'' bei der Beurteilung der Lage im Hessen-Ländle und verwies darauf, daß auch im Saarland mit Jo Leinen im Amt ,,*sich bisher nichts Grundlegendes geändert hat*''(Hamburger Abendblatt, 23.10.).

So dürfte denn der Zweck der Übung neben dem Vorwahlkampf darin bestehen, der SPD u n d den Grünen unmißverständlich zu verstehen zu geben: Leute ohne uns läuft nichts, ihr glaubt doch wohl nicht im Ernst, gegen die Industrie regieren zu können. Otto Wolff von Amerongen hat dies ganz cool ausgesprochen. Um aus diesem Bundesland abzuwandern, ,,*dafür ist die Struktur in Hessen zu gut*''. Doch könnte sich diese Haltung ändern, wenn sich ,,*aufgrund anzunehmender Hemmnisse die Entfaltungsmöglichkeit der Industrie verringert*'' (FR, 29.10.). Und selbstverständlich hat die SPD diese Lektion begriffen. Hält man sich nicht nur am wortgewaltigen Gedröhne von Börner und Steger auf, so entdeckt man auch die Versicherung, ,,*daß die Landesregierung im Rahmen der geltenden Gesetze handele und auch in Zukunft handeln werde*'' (Börners Regierungserklärung in FR, 23.10.), daß die Sozialdemokraten der Industrie ,,*nicht nur eine Besitzstands-, sondern eine Entwicklungsgarantie*'' geben (Börner laut FR, 31.10.). Hessens Leistungsfähigkeit sei nicht nur überdurchschnittlich gestiegen, sondern das Land biete Unternehmern ,,*auch weiterhin hervorragende Standortvoraussetzungen*'' (FAZ, 31.10.). Wer will da noch klagen? Also alles bestens mit der Ausbeutung im Lande.

Grüne: staatstragend

So sehen das auch die hessischen Grünen, die während dieser Kampagne erstmals ihre Bereitschaft, staatstragend zu wirken, unter Beweis stellen durften. Ihre Bundestagskollegen Heinz Suhr und Hubert Kleinert konterten die Chaos-Kampagne mit dem begeisterten Hinweis auf Hessens wirtschaftliche Leistunsstärke. Otto Schily lobte sogar die Spitzenstellung des Landes bei der Arbeitsproduktivität. Und Joschka Fischer tat das, was ein Minister in diesem unserem Lande unter diesen unseren Verhältnissen tun muß. Er erklärte, ,,*daß Recht und Gesetz im Umweltbereich genauso zur Anwendung kommen, wie in jedem anderen Bereich*'' (taz-Interview, 1.11.85). Eben, eben, das ist es ja. So wird denn dieser ,,Anwalt der Umwelt'' (Fischer über Fischer) vorrangig, wie er sagt, ,,*die sattsam bekannten Vollzugsdefizite bei der Anwendung des Umweltrechts*'' zu schließen versuchen. Damit ist auch schon der Handlungsrahmen fast beschrieben, zählt man noch das Bemühen hinzu, ,,*so weit wie möglich den Konsens mit der Industrie zu suchen*''. Grüne Realpolitik mag damit zu machen sein, aber was soll das ändern? Man muß entweder entschieden naiv sein oder ein sehr sonniges Gemüt haben, um Karl Kerschgens, den Staatssekretär in spe, ernstzunehmen, wenn er im gleichen taz-Interview die Reaktionen auf den bevorstehenden grünen Amtsantritt als so ,,gewaltig'' ansieht, daß die Hoechst AG jetzt schon ,,*Gelder investiert hat, um bestimmte Mißstände abzustellen. Die wissen genau: Da kommen jetzt Leute, die lassen in Umweltfragen keine Fünf gerade sein. Da findet eine Klimaveränderung zugunsten der Umwelt statt*'', derweil sitzt Unternehmerlein zitternd daheim und denkt, was soll erst werden, wenn die mal regieren.

Diese, der Sozialdemagogie entlehnte Verbalphrase, dürfte wohl doch weniger Naivität sein, denn der gleiche Kerschgens will jetzt endlich auch eine grüne, ,,*ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik — im Rahmen einer Marktwirtschaft — im Gegensatz zum Modell der Staatseingriffe*'' (taz, 1.11.). Das ist neben der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ein weiterer Preis für die Koalition. Auf Bundesebene bleibt da nur noch das Verhältnis zur NATO und Bundeswehr zu klären, dann könnte es auch da reichen. Der Trend ist eindeutig. So wird man die Grünen wohl bald vergessen können, schließlich haben wir bereits eine SPD.

hr.

Augen zu und durch!

Hessische GRÜNE beschließen Koalition

Sonntag, den 27.10.85, Landesversammlung der Hessen-Grünen in der überfüllten Hugenottenhalle von Neu-Isenburg. Es geht auf die Entscheidung zu und die Koalo-Realos, allen voran die Crew um das ehemalige Frankfurter Spontimagazin ,,Pflasterstrand'' zeigen Nerven: Mit Wutgeschrei, Schweißausbrüchen und Pöbeleien quittierten sie den Antrag eines Marburger Fundis, die Abstimmung über die Koalitionsentscheidung in der Sache von der Personalentscheidung über Joschka Fischer als künftigen Umweltminister, Karl Kerschgens als seinen Staatssekretär und Marita Haibach als künftige Frauenstaatssekretärin zu trennen.

Auch wenn die Grünen berechenbar geworden sind, haben Basisentscheidungen dieser Partei immer noch ein Quentchen von Unwägbarkeit, von Irrationalität; vergleichbar vielleicht einer Gerichtsentscheidung, über die auch erst nach der Urteilsverkündung wirklich Sicherheit herrschen kann. Drückt dann auch noch das schlechte Gewissen, weil mensch sich in seinem Inneren über die politische Haltlosigkeit und Unmoralität der Entscheidung durchaus im Klaren ist, führen Anträge, die das fast greifbare Ziel doch noch irgendwie gefährden könnten, zu schon grotesken Panikreaktionen, die in gar keinem Verhältnis zu den Chancen des Antrages stehen.

Die Abstimmung lief dann auch glatt durch: Gut zwei Drittel votierten für die Koalition mit Börners SPD, in offener Abstimmung bestätigten die Anwesenden ebenso den Personalvorschlag der Landtagsgruppe. Joschka darf endlich Minister werden.

Für diese Koalition an sich gibt es seit längerem eine solide Mehrheit, erst recht nachdem in Nachverhandlungen mit Börner dessen Koalitionsbedingungen (Verabschiedung der zwei noch offenen Haushalte für diese Legislaturperiode in einem Rutsch, Gewährung nur eines Ministerpostens) optisch ein wenig nachgebessert werden konnten. Das eigentliche Problem der Koalos bestand in einem toten Anti-NPD-Demonstranten, genau vier Wochen zuvor in Frankfurt von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt. Es mußte in Neu-Isenburg soweit minimiert werden, daß trotz Günter Sare einem Eintritt in die Landesregierung zugestimmt werden konnte.

Dazu wurde ,,der Punkt Günter Sare aus der Koalitionsdebatte wegen seiner Bedeutung herausgelöst und vorgezogen'', wie das Präsidium formulierte. Das war erstmal geschickt.

Weniger geschickt war eine Erklärung von Bernd Messinger, grüner MdL, Vizepräsident des hessischen Landtages und früher linker AStA-Vorsitzender der Uni Frankfurt. Er stellte dar, daß der Tod Günter Sares die grüne Landtagsgruppe ,,unsicher und ratlos'' gemacht habe. Gerade zwischen Polizeiminister Winterstein und ihm habe sich ,,eine Beziehung'' ergeben, seit der Minister das Projekt eines Ausländerfestes im Landtag so tatkräftig unterstützt hatte. Aus der Ratlosigkeit heraus sei die Landtagsgruppe erst einmal auf Tauchstation gegangen. Dem Eindruck, alle Koalos stützten diesen windelweichen Kurs, konnte Dany Cohn-Bendit jedoch entgegenwirken. Er kritisierte die ,,defensive Politik'' der Landtagsgrünen, die Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen mit der SPD genommen hatten und forderte einen ,,radikalen bösen Streit'' mit der SPD, wenn deren traditionelle Polizeipolitik ,,Tote auf dem Gewissen'' habe. Gerade zu diesem Zweck sei jedoch der Eintritt in die Koalition durchaus der geeignete Schritt. Das hatte bei ihm wenige Tage zuvor durchaus anders geklungen: in einem TAZ-Interview (16.10.) war Cohn-Bendit noch für Neuwahlen eingetreten. Davon war nun nicht mehr die Rede. Doch sowohl auf diesen wie auch auf folgende linke und fundamentalistische Redebeiträge gab es eine eher schwache Resonanz unter den ca. 1.200 Anwensenden. Die koalitionswillige Mehrheit wollte sich in ihrer Entscheidung weder durch rationale noch durch emotionale Argumentationen beeinflussen lassen: Unbeeindruckt ließ sie der Vorwurf, daß SPD-Minister Winterstein mit der Einsetzung eines ,,unabhängigen Untersuchungsbeauftragten'' offensichtlich Vertuschungsmaßnahmen zu Günter Sares Tod nach französischem Vorbild in Sachen Greenpeace vornehmen wolle. Unbeeindruckt ließ sie, daß die dafür vorgesehene Person namens Erkel vormals Mitglied im Schleyer-Krisenstab gewesen war. Unbeeindruckt ließ sie Wintersteins demonstrativer Persilschein für polizeiliche Übergriffe nach Günter Sares Tod gegen Demonstranten. Und unbeeindruckt ließ sie der daraus resultierende Vorwurf der Komplizenschaft mit einer staatlichen Totschlagspolitik. Ein Genosse versuchte es noch auf andere Weise: ,,*Hier wird mit dem Bauch entschieden, deshalb richte ich meinen Appell an euren Bauch: Euer Bauch ist zu fett. Ihr freßt zu viel Schweinefleisch. Ihr sauft zu viel Bier. Eure Kleider sind zu warm, ob aus Wolle oder Leder. Und ihr schlaft zu gut.*'' Doch auch das half nichts.

Angenommen wurde ,,zum Punkt Günter Sare'' schließlich eine realpolitisch-orientierte Erklärung, die auf eine Demokratisierung der Polizei abzielt; Verbot des Einsatzes von Wasserwerfern, Namensschilder an Polizeiuniformen und ähnliches. Die Erklärung verzichtete nicht auf eine Distanzierung von Gewalttätigkeiten während der Protestdemonstrationen nach Sares Tod und war im Grunde ein Produkt liberaler Ausgewogenheit, was das Gegenteil radikaldemokratischer Einseitigkeit ist. Die Antragsteller mußten erst dazu aufgefordert werden, einen Satz zur Solidarisierung mit den Demonstrationen aufzunehmen. Mit einiger Mühe konnte auch die Forderung nach sofortiger Installierung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Tod von Günter Sare gemeinsam verabschiedet werden.

Mittlerweile hat im hessischen Landtag eine Allparteienkoalition gegen die Grünen den Antrag auf Einrichtung eines solchen Untersuchungsgremiums abgelehnt, und wir warten kaum gespannt darauf, wie die Grünen im Landtag diese Brüskierung mit peinlichem Schweigen übergehen werden.

Immer lustig und vergnügt...

Geschmackvoll kam man vom ,,Punkt Tod von Günter Sare'' direkt zu einer sogenannten satirischen Einlage des ,,Vorläufigen Frankfurter Fronttheaters''. Dem saukomischen Programm der Szene-Spaßmacher (''Jutta Ditfurth ist der alternative Volksgerichtshof'') mußte eine Schweigeminute für Günter Sare geopfert werden. Die nun folgende Koalitionsdebatte verlief ohne weitere Höhepunkte. Sie beschränkte sich mehr oder weniger auf den Austausch mehrfach gehörter prinzipieller Argumente für oder gegen die ,,Machtbeteiligung''.

Auch ein noch in der Nacht zuvor gefaßter Beschluß des grünen Bundeshauptausschusses brachte keine neuen Aspekte ein: ,,*Das vorliegende Ver-*
gefaßter Beschluß des grünen Bundeshauptausschusses brachte keine neuen Aspekte ein: ,,*Das vorliegende Ver-*
handlungsergebnis mit der SPD bringt die Grünen in einer für unsere Existentz als eigenständige ökologische und soziale Partei entscheidenden Situation an den Rand unserer Glaubwürdigkeit...'' Der BHA empfahl deshalb Nichtannahme der Koalitionsvereinbarungen und Neuwahlen.

Künftige grüne „Machtpositionen"

Vom Ergebnis her bleibt dem künftigen Umwelt- und Energieminister der interessanteste Bereich der ,,Machtausübung'' in diesem Sektor unzugänglich. Genehmigung und Aufsicht von Atomanlagen verbleiben auch weiterhin beim SPD-Wirtschaftsminister. Dafür wird Joschka Probleme mit dem hessischen Giftmüll bekommen. Die Basis verpflichtete ihn, den Export von Sondermüll nach Schönberg in der DDR zu unterbinden.

Die an sich u.U. reizvolle Position der ersten Frauenministerin in der BRD konnte ebenfalls nicht durchgesetzt werden. Die Schaffung einer Staatssekretärin für Frauenfragen soll nun der Einstieg in das Frauenministerium für 1987 sein. Vorerst wird Marita Haibach sich um Profil gegen die neue ,,Bevöllmächtigte der Landesregierung für Frauenfragen'', Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger, bemühen müssen, die das Thema den grünen Frauen natürlich nicht einfach überlassen wird.

Der künftige Umweltminister gab als Kostprobe seines Könnens in der Woche nach Neu-Isenburg eine Reihe von Interviews u.a. im ,,Spiegel'', im ,,Stern'', in ,,TAZ'' und ,,Frankfurter Rundschau''. Den Höhepunkt bildete dabei nach übereinstimmender Meinung seiner Fans ein Interview in der ,,Hessenschau'' der ARD, als er dem (wohlwollenden) Moderator schlicht nichts mitteilen konnte oder wollte.



Run-away-Joschka

Kein Grüner ist vom SPIEGEL mit so viel Public Relations und Protektion gefördert worden wie Joschka Fischer. Offensichtlich entspricht er in seinem Werdegang am ehesten den Träumen des zynisch-frustrierten, saturierten aber irgendwie linksintellektuell gebliebenen, durchschnittlichen SPIEGEL-Redakteurs. Auf vierzehn Seiten plus Titelbild mit Fischer in Turnschuhen wird dieser Traum in Worte gefaßt. Wir haben spaßeshalber mal alle Titulierungen in der Reihenfolge wie sie gefallen sind aufgeschrieben. Fischer war und ist für die SPIEGEL-Redakteure:

,,Industrieschreck ... Realo mit dem Clochard-Image ... intellektueller Rowdy ... eine Mischung aus Roadie und Rowdy ... ein fanatischer Dauerdiskutierer ... der aussieht wie die Typen, die dem Ruhrpott-Schläger Schimanski Spitzeldienste leisten ... ein Agitator ... ein Realo-Grüner mit kernigem Proleten-Gehabe ... ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument im Schlabberlook ... Run-away-Joschka ... schwäbischer Rebell ... Kriegshäuptling der Frankfurter Straßenschlachten ... drahtiger Sponti ... Obersponti ... lonesome hero der Großstadt ... bildungshungriger Metzgersohn ... einer der härtesten Streetfighter ... Schlitzohr ... Symbolfigur für linksliberale Intellektuelle ... Joschka mit dem Schnuller ... Politprofi ... Ex-Straßenkämpfer ... alternativer Aufsteiger ... Bürgerschreck ... Spontifex Maximus ... Troubleshooter ... der alte Wilde ... Joschka-Horror-Picture-Show ... Autodidakt ... (politischer) Triebtäter ... der Stratege ... Taxifahrer ... Filmstatist ... Altsponti ... der ehedem schlagstarke Widerstandskämpfer'' (alle Zitate aus SPIEGEL, 4.11.85). Kurz zusammengefaßt: der erste grüne Minister mit einem Duft von Abenteuer und großer weiter Welt.

Nüchterner sieht Börner im gleichen SPIEGEL ihn als Repräsentanten des ,,*kritischen Teils der jungen Generation*'' (wieso jung?), ,,*die sich korrigiert hat und in unserem Staat mitarbeiten will*'', deren ,,*Impuls unsere Demokratie braucht*''. Dem Joschka und all denjenigen, ,,*die sich in diesen Staat integrieren wollen, das parlamentarische System anerkennen und vor allem in der Gewaltfrage eine klare Haltung haben*'' ... ,,*habe ich ein Angebot gemacht*'', erklärt Börner sein Koalitionsangebot.

Und wofür das alles? Nicht für ,,*die beste Möglichkeit soziIdemokratische Politik zu machen*'', denn die ,,*ist natürlich die sozialdemokratische Mehrheit im Parlament*''. Wohl aber für rot-grün in Hessen, die ,,*zweitbeste Lösung*'' sozialdemokratische Politik zu machen, so Börner.

That's it, Joschka. Run away.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dies offenbart zum einen eine besorgniserregende Inkompetentz des künftigen Fachministers, vor allem aber wohl auch seine Angst, noch vor dem Termin der Vereidigung von Börner den Stuhl wieder vor die Tür gestellt zu bekommen, wenn er auch nur ein falsches Wort sagt.

Die Hessen-Grünen haben sich für die sog. ,,Teilhabe an der Macht'' entschieden. Sie begründen dies heute kaum noch mit realen Einflußmöglichkeiten, sondern nur noch mit Sachzwängen und Taktik. Sie treten dabei in eine Regierung ein, die die Mitverantwortung dafür trägt, daß erstmals in der Nachkriegsgeschichte ein Demonstrant auf einer Kundgebung gegen Faschisten getötet wurde. Jeder klügere Reformist vom Schlage eines Ebermann würde schon aus Gründen der Selbsterhaltung und um künftiger Reformaussichten willen einen solchen Schritt nicht vollziehen. In Hessen sind derzeit keine klugen Reformisten am Werk, aber zwei Drittel der aktiveren grünen Basis identifizieren sich mit diesem Weg.

Angesichts dieser Lage steht die innerparteiliche Opposition vor einem Dilemma. Das kläglichste Bild in diesem Dilemma boten die hessischen Anhänger der eingegangenen Zeitung ,,Moderne Zeiten'' (MOZ). Ihr Vordenker Michael Stamm war eigens aus Hamburg angereist, um ihnen wieder einmal einen besonders durchtriebenen Plan anzuschnacken. Mit dem Votum einer Stimmenthaltung würden unsichere Grüne ihre Opposition zur Koalition ohne allzu hohe Hemmschwellen zum Ausdruck bringen können, so sein Rat.

Der Plan war eigentlich genial, bloß irgendwie hatte jeder eine Meinung. Nach mehrfacher Aufforderung von Seiten der ISP-Fans zählte die Versammlungsleitung auch die Enthaltungen aus: sieben...

Die Fundis/Radikalökologen wollen nun eine innerparteiliche Opposition organisieren und fordern zum geschlossenen Auftreten aller, die die hessische Realpolitik ablehnen, auf. Nach ihren Angaben haben sich bei ihnen etwa 150 Interessierte gemeldet. Mit ihnen wollen sie sowohl Aktionen organisieren als auch eine Perspektiven-Utopie-Diskussion grüner Politik jenseits des parlamentarischen Systems.

Die Linken/,,Ökosozialisten'' haben bisher in Hessen keine gemeinsame Perspektive in den Grünen benannt. Aus einzelnen Diskussionsbeiträgen deutet sich aber an, daß sie die grüne Partei nicht mehr als ihr alleiniges politisches Identifikationsfeld sehen und sich aus der Rolle des ,,ideellen Gesamtgrünen'' verabschieden, der nur brav seine ,,konstruktive'' Politik macht, nicht ,,unnötig polarisiert'' etc. Spätestens mit der Entscheidung für die Koalition zu den hessischen Geschäftsbedingungen können die Grünen jedenfalls nicht mehr als der Schwerpunkt linker politischer Betätigung gesehen werden, allenfalls als ein ,,Arbeitsfeld'', das man noch mitnehmen muß.

Von den ,,sozialen Bewegungen'' hat sich diese Partei jedenfalls abgekoppelt und wird dort heute auch nicht mehr ernstgenommen. Es sei denn, als Zielobjekt für Eierwürfe. Neu-Isenburg war das Bad Godesberg der Grünen.

th., FFM



Nach der entscheidenden Versammlung; der Minister in spe und seine beiden Staatssekretäre/in

Die DKP entdeckt die Realos für den Kampf gegen Rechts

Die DKP bezieht nach langer Zeit vorsichtiger Zurückhaltung erstmals klar Stellung zu den Strömungsauseinandersetzungen in den Grünen. Favorit sind eindeutig die Realos. Die Kampagne gegen die ,,rot-grüne'' Koalition war für die Parteizeitung UZ Anlaß für die dramatische Feststellung: *,,Was sich jetzt in und um Hessen abspielt, stellt eine Steigerung an Verfassungsbruch dar, die alarmiert ... Die Drohung mit dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Abzug der Produktionsmittel aus Hessen, sie hat staatsstreichähnlichen Charakter''* (UZ, 23.10.85). Als dann gar im hessischen Landtag das CDU-Mißtrauensvotum gegen Börner mit den Stimmen der Grünen abgelehnt wurde, da stand für die DKP fest: *,,Die Mehrheit links von der CDU ist also in Hessen eine politische Realität ... Und überall haben sich ... die Bedingungen für die Einigung aller demokratischen und linken Kräfte gegen die Politik der Wallmann, Kohl und Dregger verbessert''* (UZ, 25.10.85). Störfaktoren sind dabei offensichtlich nicht nur die Rechtskräfte, sondern auch die Fundamentalo-Opposition innerhalb der Grünen, die, wie die UZ bedauernd vermeldet, ebenfalls gegen die Koalitionsvereinbarungen arbeitet und Unmut darüber äußert, daß ,,angeblich'' (O-Ton UZ) auf zentrale grüne Forderungen verzichtet worden sei (UZ, 19.10.85).

Zusammenführung der Kräfte links von der CDU/CSU

Parteivorsitzender Herbert Mies hat in seiner jüngsten Rede vor dem Parteivorstand der DKP die bündnispolitische Orientierung für die Bundestagswahlen 1987 vorgegeben (abgedruckt in der Beilage der UZ vom 31.10.85). *,,Drei Dinge braucht unser Land''*, heißt es da. Abrüstung, vorrangig die Ablehnung von SDI, Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie Wiederherstellung all der demokratischen Rechte, die unter der derzeitigen Regierung abgebaut wurden. Es gehe zwar um die Durchsetzung einer anderen Politik, notwendig sei aber zunächst die Absetzung der derzeitigen Regierung. Die politischen Positionen der Rechtskräfte seien instabiler geworden, die Gegenpositionen im Lager der SPD, der Grünen und selbstverständlich auch der DKP gestärkt. Mit den Veränderungen in der SPD und dem Einzug der Grünen in den Bundestag ergäben sich *,,neue Möglichkeiten für eine Sammlung der Kräfte links von der CDU/CSU, für die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit links von der CDU/CSU''*. Diese Idee sei ,,eine Aktionsorientierung'' und die DKP begrüße es, *,,daß sich in Hessen eine Koalition aus SPD und Grünen formiert. Das ist ohne Zweifel von beträchtlicher Bedeutung für das politische Leben in der Bundesrepublik, für die Entwicklung neuer Erfahrungen bei der Zusammenführung der Kräfte links von der CDU/CSU''*.

Die *,,führenden Kräfte des Großkapitals haben alles in ihren Kräften stehende getan''*, um die hessische Koalition zu verhindern. Aber sie konnten sich nicht durchsetzen. *,,Einmal mehr ist deutlich geworden: Die Rechtskräfte können nicht schalten und walten, wie sie wollen''....,,Der Beweis ist erbracht, daß die Formierung einer Koalition aus SPD und Grünen in der Bundesrepublik möglich ist''*. Erwartet wird von der hessischen Koalition *,,eine Regierungspolitik, die sich auf die Kraft der demokratischen außerparlamentarischen Bewegungen stützt''*. Nach einiger vorsichtiger Kritik an Rau und gutgemeinten Tips an die SPD geht's dann endlich zur Sache, welche Rolle die DKP dabei zu spielen wünscht.

Ran an die Grünen

Die Polarisierung zur Rechtsregierung werde 1987 *,,eine gewaltige Sogkraft auf das Wählerpotential der Grünen und der Friedensliste ausüben. Darauf baut sich heute schon erkennbar eine Strategie auf, die die Grünen aus den Parlamenten herauskatapultieren und natürlich auch dem politischen Spektrum der Friedensliste eine parlamentarische Vertretung verwehren möchte. Käme diese Strategie zum Tragen, dann würden die Kräfte links von der CDU/CSU ein beträchtliches Stimmenpotential verlieren. Das würde die Wahrscheinlichkeit einer Neuauflage der Kohl/Genscher-Regierung erhöhen''*.

Daraus folgende Konsequenz: das Ringen *,,um neue Formen des politischen und wahlpolitischen Zusammengehens''*. Grüne und die Friedensliste müßten *,,nach einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung suchen ... Guten Willen und politische Phantasie vorausgesetzt, lassen sich ... Lösungen finden, die allen Kräften links von der CDU/CSU die Möglichkeit einer Vertretung im Parlament eröffnen''*. Die Grünen können mit einer Welle von Angeboten der DKP und der Friedensliste rechnen, denn — so Mies — *,,darüber sollten jetzt in den einzelnen Bundesländern Gespräche in Gang gesetzt werden''*.

Das DKP-Gerede von den ,,Linkskräften'' sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie eine Politik einschlägt, die ,,Rechtskräfte'' in der Linken, hier bei den Grünen, zu stärken. Denn mit den Realos läßt sich diese besinnungslose Politik gegen rechts am ehesten verwirklichen, bzw. muß man wohl sagen, daß diese schon längst da angekommen sind, wo die DKP gerne hinmöchte. Es ist schon atemberaubend, wie die DKP regelmäßig mit der Sensibilität eines Elefanten in der Leichenstarre an den zentralen Entwicklungen und Auseinandersetzungen in der Linken vorbeigeht. Denn die Realos wollen und brauchen sie nicht und die mit dem Rücken an der Wand stehenden linken Grünen werden sich mit Sicherheit für diese Hilfe bedanken. Mies, mies.

Hr.

1. Bundesfrauenkongreß der GRÜNEN:
Grüne Frauen im Aufbruch oder Niedergang?



Nach der entscheidenden Versammlung; der Minister in spe und seine beiden Staatssekretäre/in

Langer Marsch ... und linke Karrieren

Fischer hat's geschafft. **Gratulation**. Möglicherweise ist er — früh schon — auf dem Karriere-Zenit. Aber Sieger ist er nicht. Jo Leinen war schneller. **Gratulation**.

Nicht **Josef Martin Fischer**, möglicher hessischer Minister für Umwelt und Energie ab Dezember 1985, nein, **Josef Leinen**, saarländischer Umweltminister seit März 1985 ist der erste grüne Minister in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwei Wege, ein Ziel. Der eine Josef — ein ungekämmter Bürgerschreck, der sich nur einmal in der Woche (montags) rasiert. Der andere Josef — immer gut frisiert, smart, sympathisch schleimend. Der eine beim ,,Revolutionären Kampf'', Straßenkämpfer, Kriegshäuptling des Häuserkampfes, Spontifex Maximus. Der andere, der Container-Jo aus Brokdorf, der Vorsitzende des BBU, der Hintermann der Loccumer Deeskalationsgespräche, der Chef der Friedensbewegung. Der eine Josef vom ,,Wir wollen alles'' zur ,,Politik der kleinen Schritte'', der Straßenkämpfer, der sich zum Realpolitiker gewandelt hat. Der andere Josef vom Juso-Funktionär über den sozialdemokratischen Bewegungsfunktionär zum Minister bei der Verwirklichung der kleinen Schritte.

Beide grün, beide Minister für Umweltschutz. Wer kann einen Unterschied in den Zielen nennen? Wetten, daß keiner kann? Was also ist der Unterschied? Der eine kam immer schon über die SPD zum Ziel, der andere gegen sie zum gleichen. Wie löst sich dieser Widerspruch auf? Im Bündnis.

*****

Und noch eine Karriere. Leiser zwar, aber nicht weniger spektakulär. Schon mal was von **Tilman Fichter** gehört? Das ist der, der 1971 zusammen mit Ute Schmidt im Wagenbach-Verlag das Rotbuch *,,Der erzwungene Kapitalismus''* veröffentlicht hat, in dem scharfe Kritik von linksaußen an der Nachkriegspolitik der SPD geübt wird. Dieser Jugendsünder gehörte dann der Westberliner Gruppe mit dem beziehungsreichen Namen ,,Langer Marsch'' an. Ende 1983 wurde Tilman Fichter als Berater in die neugebildete Programmkommission zur Runderneuerung der SPD berufen, Seit an Seit mit so illustren Sozialdemokraten wie Egon Bahr, Antje Huber, Heinz Kluncker und Philip Rosenthal. Neue Bestimmung seines langen Marsches soll es jetzt — nach dem Wunsch von Peter Glotz — sein, daß er als Leiter und Trainer einer im Aufbau befindlichen Parteischule Funktionäre der SPD ausbildet. **Gratulation**. Wir wünschen ihm Hermann Rappe, Adolf Schmidt und Holger Börner in der ersten Klasse.

*****

Und noch eine Karriere. Aber wir warnen: Finger davon, da wird nichts draus! **Ernst Hoplitschek**, Gründungsmitglied der AL Berlin 1978, der grünen Bundespartei 1980, grünes Bundesvorstandsmitglied 1982, Promotor des rechten grünen Landesverbandes Westberlin 1983, einer der Ziehväter (neben Thomas Schmid) der grünen Strömung der Ökolibertären für Marktwirtschaft und Rechtsstaat, ist im November aus der grünen Partei ausgetreten. **Gratulation an beide**. Das kann ja nicht schaden. Seine neue Heimat findet Hoplitschek jetzt in der Westberliner FDP, der er beigetreten ist. Das wird sicher für beide spaßig.

*****

Weitere Karrieren? Um Otto Schily machen wir uns keine Sorgen. Aber was wird aus Thomas Schmid (auf ewig Lektor und taz-Redakteur?), was aus Daniel Cohn-Bendit (Theater-Intendant?), was aus Thomas Ebermann (Leiter der Spinnstube?)?

1. Bundesfrauenkongreß der GRÜNEN:

Grüne Frauen im Aufbruch oder Niedergang?

Die 1. Bundesfrauenkonferenz der Grünen im Oktober 1985 stand unter dem Druck der allgemeinen Hochkonjunktur, die Frauen gegenwärtig, besonders wegen der anstehenden Wahlen in Stadt und Land, bei allen etablierten Parteien haben. Hinzu kommt die Krise der Grünen Partei, die auch bei den Frauen ihre Auswirkung findet. Die Vorbereitungsgruppe des Frauenkongresses stand nicht zuletzt auch deshalb unter großem Erfolgsdruck.

Das Kongreßmotto: ,,Frauen M a c h t Politik'' ist deshalb auch im doppelten Sinne zu verstehen, ist doch seit dem Bonner Feminat nicht viel neues in der grünen Frauenpolitik passiert. Stattdessen haben die Frauen der etablierten Parteien nachgezogen mit ihren Quotierungsforderungen für mehr Frauen in die Parlamente, mit der neuen Familienministerin Süßmuth, die Sympathie bis hinein in die Frauenbewegung genießt, wie auch die schwesterlich-liebkosende Bezeichnung der EMMA, ,,Lovely Rita'', zeigt. Die Grünen, die noch vor wenigen Monaten den Ruf einer Partei mit besonderer Sensibilität für die Frauenfrage genossen, geraten mehr und mehr ins Abseits auch in der Frauenpolitik. Die Bonner Frauen haben zwar noch wenige Tage vor dem Frauenkongreß ihre Anti-Diskriminierungsgesetz der Öffentlichkeit vorgestellt, aber auch diese Initiative bleibt zunächst eine der Bundesarbeitsgruppe Frauen, denn innerhalb der Grünen ist bislang weder das Gesetz noch die politische Umsetzung diskutiert worden.



Die grünen Frauen haben es in der Öffentlichkeit an Frauenpower nicht fehlen lassen. Während in Hamburg noch vor den Bürgerschaftswahlen mit der Parole geworben wurde ,,Auf unserer Liste kandidieren auch Männer'', wird bundesweit gefordert: ,,Das Patriarchat muß fallen!'', wie Waltraud Schoppe es nannte, oder Christa Nickels: ,,Macht ohne Frauen ist unmenschlich. Weiblichkeit ohne Macht ist Gefühlsduselei. Feminismus ist Weiblichkeit an der Macht und Macht weiblich zu machen''. Das sind große Worte, die aber leider auch von Christa Nickels nicht konkretisiert werden. Die Grüne Partei, ihre Politik und die vier Grundsätze (ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch) per se als feministische Politik hinzustellen, bleibt eher Ausdruck einer hilflosen Wirklichkeit grüner Frauenpolitik. Hinzu kommt der Anspruch der Frauen, die Gremien paritätisch zu besetzen, wenn möglich sogar reine Frauenlisten aufzustellen, Vorstände zu übernehmen und demnächst auch noch die geforderten Frauenministerien zu besetzen. Diese politisch zweifellos hohen Ansprüche stehen gegenwärtig in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit der grünen Frauen. Mehr und mehr geraten sie mit der Einlösung dieser Versprechen unter Zugzwang. Dennoch müssen die grünen Frauen es sich gefallen lassen, an diesen Ansprüchen gemessen zu werden.

Fortsetzung nächste Seite

Programmatische Diskussion? ...aber bitte nur mit Konsens

Von 10.000 Frauen, die in den Grünen organisiert sind, kamen ca. 800 zum Bundesfrauenkongreß. Aus Partei, Bewegung und Parlament waren „*Mütter, Töchter, Omas, Lesben und Heterofrauen, Hausfrauen und Karrierefrauen, Feministinnen und Nichtfeministinnen, Realpolitikerinnen und fundamentale Sozialistinnen, Christinnen und Wertkonservative, Mannweiber und Miezen...*" geladen. Vorwiegend kamen Frauen aus der eigenen Partei; nur wenige autonome Frauen waren anwesend; Frauen aus anderen Organisationen oder Parteien fehlten fast völlig als Beobachterinnen. Allerdings: Einige autonome Frauen waren extra aus Hessen angereist, um ihren Realpolitikerinnen für das geforderte Frauenministerium und die Koalitionsgespräche mit der SPD den Rücken zu stärken. Auffällig waren die vielen neuen Frauen bei den Grünen. Auffällig war, daß wenig sogenannte Wertkonservative Frauen auf dem Kongreß waren. Und auffällig war auch die bestehende Diskrepanz zwischen den Frauen von Stadt und Land. Während in den Städten oft die alten Bewegungsfrauen die grüne Frauenpolitik bestimmen, sind die Frauen vom Lande oftmals nicht über die Frauenpolitik zu den Grünen gekommen. Daraus ergibt sich, daß diese Frauen zunächst und in erster Linie Erfahrungen austauschen wollen, während sich andere Frauen zurückgezerrt fühlen, weil sie sich einer politischen Ausrichtungsdebatte um grüne Frauenpolitik stellen wollen. In den Arbeitsgruppen führte diese Diskrepanz oft zu Spannungen.

Die Vorbereitung des Kongresses konzentrierte sich auf zwei Teile. Die Strategiedebatte bezog sich auf die Forderung nach einem Frauenministerium, die Koalition in Hessen und interne Fragen wie Frauenlisten und Parität. Für die programmatische Diskussion hatte die Vorbereitungsgruppe 12 Arbeitsgruppen vorgesehen. Dazu gab es einen umfassenden Reader, der zu allen wichtigen Fragen wie Familienpolitik, Erwerbsarbeit und Quotierung, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Gen- und Reproduktionstechnologien, Staatsknete für Frauenprojekte und anderes parallel zu den Arbeitsgruppen Pro- und Kontrabeiträge veröffentlicht. Beiträge, die sich mit den etablierten Parteien auseinandersetzen, waren für den Reader nicht erwünscht, weil Frau sich erstmal mit der eigenen Partei beschäftigen sollte. Kritiken gab es dann vor allem von den Müttern und von den Frauen, die sich für Frauenlisten und Vorstände stark machen; sie improvisierten schließlich eigene Arbeitsgruppen.

In den Eröffnungsreden legte Waltraut Schoppe den Schwerpunkt auf die Gewalt gegen Mädchen und Frauen; Sieglinde Fries leistete einen umfangreichen Beitrag zu der katastrophalen ökonomischen Situation der Frauen in der BRD und entwickelte Forderungen nach Existenzsicherung, wobei sie einen gerade gefaßten Beschluß der Bundestagsfraktion der

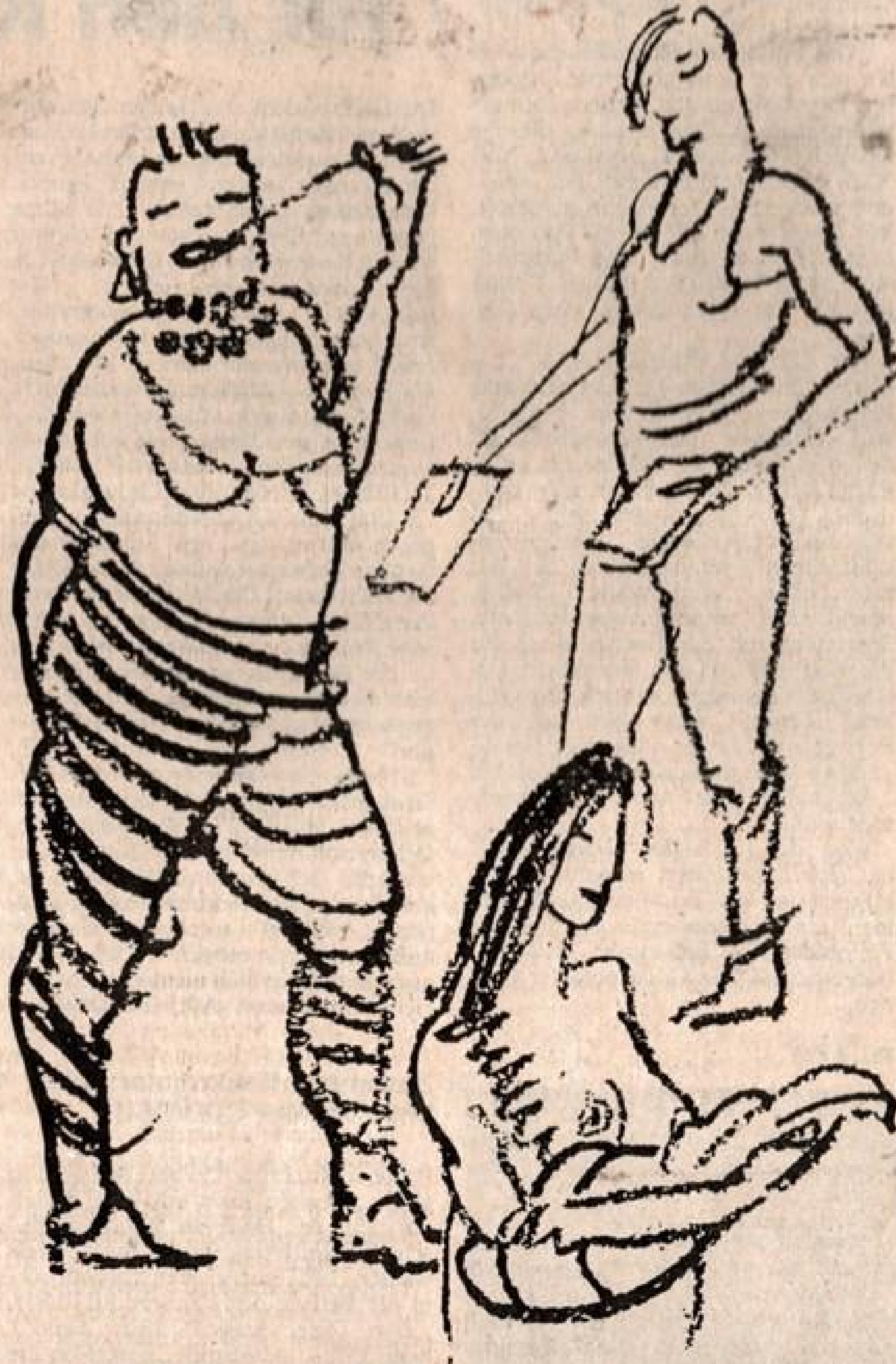
phalen ökonomischen Situation der Frauen in der BRD und entwickelte Forderungen nach Existenzsicherung, wobei sie einen gerade gefaßten Beschluß der Bundestagsfraktion der

Grünen angriff: „Ich muß sagen, ich finde es skandalös, daß gerade Nachrücker/Nachrückerinnen mit dem Einkommen von 1950,--DM netto und und und die Hand für 1000 DM gegen 1200 DM erheben!" Wesentlich weitgehender und politischer setzte sich Tamara Tschikowani in ihrer Rede mit der aktuellen Situation — der Hochkonjunktur, die Frauen im Moment überall haben — auseinander. Die stufenweise einzuführende Quotierung bei CDU und SPD enthüllte sie als Phase etablierter Politik, machte nochmals die Unterschiede zwischen Grünen und ASF deutlich, die wiederum auf ihrem Kongreß nicht die ersatzlose Streichung des § 218 durchsetzten und somit den Frauen immer noch das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Auch die Frauenzeitschrift EMMA und Alice Schwarzer bekamen ihr Fett ab, der liebevolle Umgang mit Frau Süssmuth zum einen und die undifferenzierte Forderung nach einem Frauenministerium zum anderen; dies brachte Tamara den meisten Beifall für eine Rede ein.

Mal abgesehen von einigen Vorpreschern der Realpolitikerin Waltraud Schoppe (dazu noch später), war die Einstimmung für die Programmdiskussion durch die Eröffnungsreden gelungen. Die Programmdiskussion stand aber unter dem Vorzeichen, daß dieser Kongreß eh keine beschlußfassende Kompetenz hatte. Zudem stellten sich die grünen Frauen durch einen Mehrheitsbeschluß noch selbst ein Bein, indem sie nur Berichte mit Konsens-Charakter aus den Arbeitsgruppen zuließen. Mit anderen Worten: Differenzen in den frauenpolitischen Forderungen waren nicht gefragt, und so verlief dann auch die Berichterstattung auf dem Plenum entsprechend langweilig und ausgedehnt. Mit einer programmatischen Diskussion hatte das Ganze nicht mehr viel zu tun. Vorsichtig versuchten einige Frauen, bei der Vorstellung der zu verabschiedenden Resolutionen aus den Arbeitsgruppen Kritik anzumelden, so bei der Forderung der Mütter, die generell ihren Babysitter von der grünen Partei bezahlt sehen wollen, die Prostitution als Beruf anerkennen zu lassen, oder auch der Versuch einiger Gruppen, mit ihrer Thematik die Schwerpunkte der Bundestagswahl vorwegzunehmen. Brisant wurde es am Diskussionspunkt zum § 218. Zunächst hatten die Mütter einen Antrag eingebracht, der am ersten Abend den Abschluß des Kongresses forderte, weil sie ihre Kinder ins Bett bringen müßten. Dadurch wurde die Resolution zum § 218 und somit die Forderung nach ersatzloser Streichung auf den nächsten Tag verschoben. Daß dies eine geplante Verzögerung war, merkte frau am Abend, als leider auch Teile der Organisationsfrauen versuchten, die § 218-Frauen zu bearbeiten, damit sie auf die Einbringung ihrer Resolution verzichteten. In der Arbeitsgruppe zum § 218 hatte es nämlich mit den ökolibertären Frauen wieder einmal harte Auseinandersetzungen um den „Schutz des werdenden Lebens" gegeben. Diese Debatte wollten einige Frauen nicht im Plenum haben, weil, das macht sich eben nicht gut, wenn die Öffentlichkeit davon erfährt. Daß die Frauenversammlung schließlich trotzdem mit großer Mehrheit die ersatzlose Streichung des § 218 forderte, ist der Hartnäckigkeit der § 218-Frauen zu verdanken, die nicht bereit waren, ihre Resolution zurückzuziehen. Das Presseecho war dann ja auch entsprechend positiv.

Überhaupt kann festgestellt werden, daß die Presse es mit den grünen Frauen gut meint: „*Grüne: Hälfte der Jobs für die Frauen*", „*Traumland der Frauen*", „*Grüne Frauen melden sich wieder*" usw...Die Forderung der grünen Frauen nach der „*Quotierung sämtlicher Erwerbsarbeit- und Ausbildungsplätze, d.h. : Frauen werden solange bevorzugt eingestellt, bis sie mindestens 50% aller Erwerbsarbeitsplätze einnehmen*", und die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 standen in den Medien mehr im Lichte als auf dem Kongreß selbst. Ein Blick auf die Abschlußresolution macht deutlich, daß programmatisch nicht viel Neues von den Grünen zur Frauenpolitik kommt. Nicht selten kam daher der Spruch von Frauen: „Wir haben mal wieder die Forderungen der Frauenbewegung nachgebetet". Selbst das hochgepriesene Anti-Diskriminierungsgesetz ging unter, und so ist und bleibt es einfach Fakt, daß die grünen Frauen die Politik machen, die sie für wichtig und richtig halten. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen, dem „Frauenpower" aus den etablierten Reihen, wird es schwer für die grünen Frauen, deutlich zu machen, was sie für die Mehrheit der Frauen in den kommenden Jahren wollen.

wird es schwer für die grünen Frauen, deutlich zu machen, was sie für die Mehrheit der Frauen in den kommenden Jahren wollen.



„Strategiedebatte" bleibt ohne Konsequenzen

Mit großer zeitlicher Verzögerung und wenig Zeit zur Diskussion, begann die „Strategiedebatte" mit vier einleitenden Beiträgen, die ein Spiegelbild der Meinungsvielfalt bei den grünen Frauen bot. Durch die wenige Tage zuvor vereinbarte Koalition zwischen Grünen und SPD in Hessen war der Dampf bereits aus dem Topf, und viele Frauen empfanden es als überflüssig, den zentralen Streitpunkt um die Forderung nach einem Frauenministerium oder auch das Verhandlungsergebnis in Hessen einer Auseinandersetzung zu unterziehen. Dennoch lohnt es, die Redebeiträge und die Stimmung der versammelten Frauen genauer darzustellen.

Waltraud Schoppe hatte in ihrem einleitenden Beitrag bereits für Unruhe unter den Frauen gesorgt: „*Der Hessenversuch ist richtig. Die Hessenfrauen haben für die Rechte der Frauen gekämpft. Das Resultat ist mager. Aber ich will von den Kritikerinnen wissen, wo durch grüne Intervention mehr für die Frauen erreicht wurde: in NRW, wo es auch durch das falsche Verhalten der Frauen zur Niederlage der Grünen kam, oder in Hessen, wo durch den Frauenaktionsplan schon jetzt reale Hilfe für viele Frauen stattfindet*". Waltraud führt alles auf die Krise der Partei zurück, die ausgelöst wird durch „emotionalisiertes und ideologisiertes Linien-Hick-Hack"; darüberhinaus sei die Partei nicht in der Lage, kritische Solidarität mit Waltraud Schoppe und anderen prominenten Realo-Frauen walten zu lassen: „Wer hier denunziert und rechthaberisch auftritt, wird es mit mir zu tun bekommen!".

Daß insbesondere die Frauen aus NRW sich dagegen wehrten, die Schuld an der Niederlage bei den Landtagswahlen zugeschoben zu bekommen, versteht sich von selber; daß aber keine Frau das demagogische Spiel Hessen/NRW von Waltraud Schoppe angriff, ist eher schade.

Marita Haibach, die neue grüne Staatssekretärin für Frauenpolitik in Hessen, ermüdete mit ihrem Beitrag sichtbar die Versammlung. Dennoch zeigt ihre Rede sehr deutlich, auf welchem Hintergrund gegenwärtig in Hessen ein Frauenministerium gefordert wird. „*Meine feministische Grundeinstellung kennt keine Parteigrenzen, sondern eher Sympathiegrenzen. Daß sich das öfter vermischt, ist klar: ich freue mich, wenn eine CDU-Frau im*

wird. „*Meine feministische Grundeinstellung kennt keine Parteigrenzen, sondern eher Sympathiegrenzen. Daß sich das öfter vermischt, ist klar: ich freue mich, wenn eine CDU-Frau im*

Landtag eine Rede hält, mit der ich zwar in vielen Punkten nicht inhaltlich übereinstimme, ich aber das Gefühl habe, jetzt hat sie es den Männern in ihrer Fraktion gezeigt!". Diese und andere Allgemeinplätze wie Solidarität der Frauen „über alle Parteigrenzen" und gegenseitige Unterstützung sollen nach Marita Haibachs Auffassung Frauen in der Politik wieder sichtbar machen. Kein inhaltliches Wort der Differenz zu anderen Frauen aus der CDU oder SPD, auch nicht zur Frauenpolitik. „*Mein politisches Ziel ist daher, den Staat für Fraueninteressen zu nutzen, dafür zu sorgen, daß der Staat in meinem Sinne wirkt*". Dafür fordert sie kompetente Einrichtungen für Frauen auf allen Ebenen. Konkretisieren tut sie dies allerdings nur für die parlamentarische Ebene: Frauenausschüsse und Frauenministerien in Stadt und Land. Was die künftige Staatssekretärin in Zukunft in ihrem Amt machen will, bleibt im Unklaren. Offensichtlich ist sie wesentlich vorsichtiger geworden, hatte sie doch noch voreilig in der „taz" bekanntgegeben, daß es ohne Frauenministerium in Hessen keine Koalition mit der SPD geben dürfe. „Frauen müssen rausfinden, wann es wichtig ist mitzumischen". Zweifellos, das scheint Marita Haibach begriffen zu haben. Auch wenn dieser Beitrag nur wenig Beifall bekam, spiegelt er doch eine Strömung unter den grünen Frauen wider. Die Frauenkoalition quer durch alle Parteien war auch schon von Bonner Frauen zu hören, als Heiner Geißler sich mit seinen familienpolitischen Leitsätzen profilierte und grüne Frauen meinten, sie müßten jetzt den CDU-Frauen noch den feministischen Kick geben. Was bei dieser Politik völlig unverständlich bleibt, ist die Tatsache, daß die etablierten Frauen, ob in Hessen oder Bonn, fleißig die Finger heben, wenn es darum geht, bei den Frauen zu sparen oder auch bestehende Rechte rückgängig zu machen. In keinem bundesdeutschen Parlament gibt es bisher ernstzunehmende Anzeichen, daß Frauen aus den etablierten Parteien sich in Opposition stellen zur Politik ihrer Partei, geschweige denn gegen frauenfeindliche Maßnahmen abstimmen. Wenn wir dann noch die Unterstützung der EMMA für Marita Haibach und die Forderung nach einem Frauenministerium für 1987 betrachten, dann kann frau nur noch feststellen, daß offensichtlich auch die alten Bewegungsfrauen „viel erlebt und nichts begriffen haben". Selbst wenn frau glaubt, das Frauenministerium könne hier und heute eine

nur noch feststellen, daß offensichtlich auch die alten Bewegungsfrauen „viel erlebt und nichts begriffen haben". Selbst wenn frau glaubt, das Frauenministerium könne hier und heute eine

Verbesserung für die Mehrheit der Frauen bringen, wäre ja eigentlich eine Diskussion angesagt, wie so eine Forderung umgesetzt werden soll, und: wem soll sie nützen und welche konkreten Forderungen soll so ein Ministerium beschäftigen. Stattdessen wird uns in der neuesten EMMA die künftige Frauenriege für ein Bonner Kabinett aus CDU, SPD und Grünen vorgestellt, als ginge es wirklich nur noch darum, mitzumischen und Posten zu besetzen. Was die Frauenbewegung gegenwärtig politisch nicht sichtbar machen kann, ist auch durch Institutionen nicht erreichbar. Daran ändert sich auch nichts, wenn Marita Haibach im hessischen Landtag angeblich gelernt hat, „wie endlich wirklich Frauenpolitik gemacht wird". Was in Hessen wirklich durch die grünen Frauen an Verbesserungen für die Frauen durchgesetzt wurde und nicht eh schon im Programm der Sozialdemokraten stand, muß offensichtlich erst noch für die schwerfälligen fundamentalistischen Frauen klar gemacht werden. Da zählen Ergebnisse und Fakten, und nicht das allgemeine Gerede von MACHT und Frauenrepräsentanz. Doch kommen wir wieder zum Bundesfrauenkongreß der Grünen und auf die Antworten, die andere Frauen zur gegenwärtigen Diskussion um die Frauenministerien haben. Verena Krieger, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen, hält es für zweifelhaft, ob die Forderung nach einem Frauenministerium wirkliche Veränderungen für die Frauen bringen. „*Wo es um Elternfreistellung, Erziehungsgeld, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Steuergesetzgebung, Rentenpolitik usw. geht — also die für Frauen ganz entscheidenden Fragen — über diese Felder entscheiden andere Minister. Eine Frauenministerin kann lediglich auf das, was sowieso geschieht und anderswo beschlossen wird, überall als Trostpflaster Gleichstellungsprogramme draufpflastern: Hier ein paar Mark, dort ein paar Infobroschüren. Im Kabinett muß sich die Ministerin dann letztlich sowieso der Mehrheit beugen*". Verena Krieger wendet sich gegen die Illusionsmacherei der Realpolitikerinnen. Stattdessen setzt sie ihr Vertrauen lieber in die außerparlamentarische Bewegung und auf die Selbständigkeit der Frauen. „*Ohne Druck von außen wird auch eine parlamentarische Opposition kraftlos und überflüssig*".

Einen anderen Punkt greift Regina Michalik, Mitglied des Bundesvorstand der Grünen, auf. Sie sagt laut, was viele linke Frauen innerhalb der Grünen längst denken: ob sie noch richtig aufgehoben ist in dieser Partei. „*Feministische Politik? Die seh' ich ehrlich gesagt bei den Grünen nur in Nischen. Allerdings ist für mich zur Zeit die autonome Frauenbewegung auch keine verlockende Alternative. Es gibt nun mal niche e i n e n richtigen Weg, und erst recht keinen für alle Zeiten richtigen. Deshalb würde ich auch keine autonome Feministin mehr überreden wollen, GRÜNE zu werden — auch schon allein aus der Hoffnung heraus, daß es noch eine autonome Frauenbewegung gibt, wenn ich die Grünen mal wieder verlasse, damit ich weiß, wo ich hingehen kann.*" Trotz dieser resignativen Stimmung fordert sie die Frauen zum offensiven Handeln auf. Nicht neue Programme seien notwendig, denn die hätten die Grünen, sondern die Umsetzung sei wichtig. Forderungen, die meist bei den Grünen verpuffen, wie Kampagnen-Politik oder öffentlichkeitswirksame Arbeit zu leisten, standen in ihrem Beitrag an zentraler Stelle. Zweifellos ist dies eines der größten Probleme der Grünen Partei insgesamt. Ob der Appell von Regina Michalik etwas nützen wird, ist zu bezweifeln. Dies zeigte sich besonders auch in der anschließenden Diskussion, wo mehrheitlich Frauen auftraten, um die Realpolitikerinnen aus Hessen zu unterstützen, während sich linke grüne Frauen oder fundamentale Sozialistinnen mit ihren Kritiken zurückhielten.

„Aufbruchstimmung" bei den grünen Frauen?

In der Nachbetrachtung des 1. Bundesfrauenkongreß der Grünen war die Berichterstattung der Medien, wie schon gesagt, eher freundlich. Die gegenüber der grünen Realpolitik sonst so freundliche „taz" fand ein paar kritische Töne, weil die grünen Frauen nicht zu einer einheitlichen Strategie gefunden haben. Allerdings muß gleich wieder einschränkend festgehalten werden, daß die „taz"-Frauen sich vorwiegend über das Chaos bei Anträgen und Abstimmungen aufregten, nicht aber über die Kritiken an Frauenministerium und Hessen-Koalition berichteten.

Die Frauen der Bundesarbeitsgruppe bewerteten den Kongreß als „vollen

stimmungen aufregten, nicht aber über die Kritiken an Frauenministerium und Hessen-Koalition berichteten.

Die Frauen der Bundesarbeitsgruppe bewerteten den Kongreß als „vollen

Erfolg". Weil so viele Frauen gekommen sind, suggerieren sie eine Aufbruchstimmung der grünen Frauen, wie es in einer Erklärung an die Presse heißt. Zur Strategiedebatte halten die Frauen fest: „*Zwar konnte die Konferenz keine Beschlüsse fassen, es wurde jedoch offensichtlich, daß die Position von Waltraud Schoppe, die am Samstag das hessische Koalitionsergebnis befürwortet hatte, von einer großen Mehrheit nicht unterstützt wurde.*" Dem Beifall nach geurteilt dürfte diese Einschätzung richtig sein; ob die grünen Frauen allerdings wirklich einen neuen Aufbruch vor sich haben, muß sich erst noch erweisen. Für Hamburg läßt sich jedenfalls diese Einschätzung nicht bestätigen: Obwohl an die 40 Frauen aus Hamburg den Kongreß besuchten, gibt es keine einzige Frau, die für den neuen Landesvorstand — nur 14 Tage nach dem Frauenkongreß — zur Verfügung stand. Und dies ist kein zufälliges Ereignis. Die Krise der grünen Partei wird konkret sichtbar und läßt sich nicht mehr mit Schlagworten abtun. Was nützen Mehrheitsbeschlüsse für Parität und Autonomie in der Frauenpolitik der Grünen, wenn die Frauen im Zuge der Krise zuerst durch das Sieb fallen? Was nützen die illusionären Forderungen nach Frauenministerien und Posten an der Macht, wenn die Frauenpolitik der Grünen mit Ausnahme der EMMA keine Basis hat, geschweige denn eine unterstützende Bewegung?

Die grünen Frauen haben hoch gepowert und sind auf dem besten Wege, es der etablierten Politik nachzumachen: Große Worte, wenig Taten!

Ulla Jelpke (Mitglied der Grünen und Frauenreferentin)

»Von der Machbarkeit des Unmöglichen«

Gespräche über grüne Perspektiven — Eine Buchvorstellung

Wer nach den diesjährigen grünen Wahlniederlagen ein Buch über „grüne Praxis und grüne Perspektiven', verkaufen will, darf vor allem mit dem Titel nicht zu bescheiden sein. Nach den hochstaplerischen Werken von Joschka Fischer („Von grüner Kraft und Herrlichkeit") und Ebermann/Trampert („Die Zukunft der Grünen") soll uns nun ein weiteres Buch „ Von der Machbarkeit des Unmöglichen" (Herausgeberin Sabine Stamer, Junius-Verlag) überzeugen.

Interviewt bzw. in politische Streitgespräche verwickelt werden Grüne fast aus dem gesamten Spektrum der Partei: Lukas Beckmann, Christa Nickels, Karl Kerschgens, Thomas Ebermann, Petra Kelly, Joschka Fischer, Antje Vollmer, Eckhard Stratmann und Jürgen Trittin; außerdem die „Parteilosen" Matthias Küntzel und Alexander Schubart und der sozialdemokratische Minister Jo Leinen. Interessante Gesprächspartner also, denen Sabine Stamer keineswegs bloß die Stichworte für vorproduzierte Statements liefert. Die Technik der Interviewerin, gegenüber den Befragten „in die Opponentenrolle zu schlüpfen" und dort nachzufragen, „wo es spannend und schwierig wird" (Vorwort), deckt die Schaumschlägerei der grünen Koalitionsbefürworter ebenso auf wie die Ratlosigkeit ihrer innerparteilichen Kritiker.

Umweltminister im Vergleichstest

Ob es Joschka Fischer als erstem grünen Minister gelingt, sich von seinem sozialdemokratischen Kollegen Jo Leinen positiv abzusetzen, wird sich ja in nicht allzu ferner Zukunft zeigen. Sabine Stamers Buch bietet einen interessanten Ministervergleich kurz vor dem Startschuß zum hessisch-saarländischen Reformwettlauf.

Jo Leinen hatte zum Zeitpunkt des Interviews schon die ersten Wochen als saarländischer Umweltminister hinter sich. Mit seinen Beamten im Ministerium kommt er bestens klar: *„Die meisten Beamten haben die beachtliche Fähigkeit, sich auf die jeweiligen politischen Vorgaben einzustellen, Vor einigen Monaten haben sie CDU-Politik vertreten, jetzt vertreten sie SPD-Politik"* (S.45). Ob das vielleicht auch daran liegt, daß sich gar nicht so viel geändert hat? Sabine Stamer fragt Jo Leinen, welche Mittel ihm denn in seiner *„Eigenschaft als Mitregierender zur Verfügung"* stünden. Antwort: *„Tja. Für jedes Projekt können Auflagen und Bedingungen gestellt werden. Verbote und Untersagungen sind als letztes Mittel ebenfalls möglich. Ökonomischen Druck kann die Landesregierung nur minimal ausüben, weil das Land finanziell ruiniert ist. Der juristische Druck hat seine Grenzen dort, wo die Gesetzgebung in die Kompetenz der Bundesregierung fällt."* Da hilft nur der Bundesrat — und die „Bewegung": *„Wir müssen die Dinge über den Bundesrat voranbringen. Außerparlamentarischer Druck und eine lebendige Öffentlichkeit sind dabei die größten Hilfen."* Worauf sich Sabine Stamer stellvertretend für die fassungslosen Leser fragt, *„warum du nicht lieber BBU-Sprecher geblieben bist, um den außerparlamentarischen Druck, der deiner Einschätzung nach anscheinend das wichtigste Element bleibt, weiterzuentwickeln."* Das weiß Jo Leinen auch nicht so recht; er findet es immerhin *„interessant, ob ein Umweltminister aus der Ökologiebewegung kommt oder aus der Industrie"*(S.50).

Joschka Fischer, befragt vor dem Zustandekommen der hessischen Koalition, grenzt zunächst noch einmal seine neu gewonnenen grünen Überzeugungen vom linken Radikalismus seiner jungen Jahre ab: die „soziale Frage" ist von der "Gattungsfrage" verdrängt worden; Utopien sind überflüssig; Gewalt ist schädlich; unter Systemveränderung kann er sich „nichts vorstellen", wohl aber unter „Blocküberwindung", auf daß wir nicht *„aus einer moderaten Satellitenrolle gegenüber Washington plötzlich in eine sehr harte Satellitenrolle gegenüber Moskau geraten"* (S.123).

Innenpolitisch wünscht er sich „eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft", auch der Wirtschaft (S.124). Das soll rein rechtsstaatlich ablaufen, wobei die Grünen durchaus „auch am Bauzaun rütteln" (s.131) dürfen, aber nicht zu heftig: *„Wenn du glaubst, man könne den rechtlichen Rahmen von links sprengen, dann sage ich dir, er wird auch von rechts gesprengt werden. Das ist ein Spiel mit dem Feuer"* (S.130)

An der Verfassung, für Joschka „eine Art Sozialvertrag", und an der Aufgabe, eine 51%-Mehrheit zu erreichen, werde letztlich kein Grüner, „... auch wenn er noch so radikal tönt, (...) rütteln können" (S.131). Die Gewinnung neuer Wähler ist für ihn überhaupt das Bewertungskriterium für grüne Politik. *„Bringt es uns einen Wähler mehr, wenn wir als grüne Partei auf der Position der Anti-AKW-Bewegung beharren?"* entgegnet er ganz entrüstet auf die Frage, ob die hessischen Koalitionsvereinbarungen und das Eingeständnis, die Abschaltung von Biblis A und B sei „rechtlich nicht machbar", nicht die *„Akzeptanz von Atomkraftwerken und atomfreundlichen Gesetzen in der Bevölkerung erhöhen"* würde (S.129).

Von einem grünen Umweltminister erwartet Joschka Fischer keine sensationellen Taten, wohl aber Ehrlichkeit: *„Dann muß er eben reinen Wein einschenken über das, was eigentlich gemacht werden müßte und über das, was er aufgrund der gegebenen juristischen und politischen Situation tun und nicht tun kann."* — *„Die erste Pflicht eines grünen Minister wäre es, die Kluft (zwischen dem Notwendigen und dem Machbaren) zur Mobilisierung zu nutzen"* und auch *„deutlich zu machen, wo die Hauptwiderstände gegen weitere Verbesserungen zu finden sind"* (S.128). Es wäre immerhin schon etwas, wenn Minister Fischer diesen selbstgesetzten Anspruch auch erfüllt.

Bei der Beantwortung der Frage nach den „grünen Perspektiven" zur Bundestagswahl 87 argumentiert Joschka besonders trickreich: „Eine SPD-Grüne-Regierung würde in einem Chaos enden" (S.133) — und zwar wegen der Ansprüche der USA auf bundesdeutsches Territorium. Deshalb wird auch die SPD „keine Koalition wollen". Anbieten müssen die Grünen sie trotzdem, *„weil die Grünen die Option auf die Macht nicht aufgeben dürfen, sonst werden sie auf Dauer nicht über der 5%-Grenze bleiben"* — *„An der Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung hängt in dieser Demokratie die Frage der Hoffnungsträgerschaft, ob mir das paßt oder nicht"* (S.134). Allem Anschein nach paßt es ihm ganz gut; ob sich seine innerparteilichen Kritiker aus dem Lager der „Fundis" und „Ökosozialisten" durch die Zusicherung beruhigen lassen, aus der Koalition werde sowieso nichts werden, bleibt abzuwarten.

Nachzutragen zum Ministerwettstreit bleiben die originellen Ideen, die **Karl Kerschgens**, Wegbereiter der hessischen Koalition und künftig Staatssekretär in Fischers Umweltministerium, zu den Anforderungen an grüne Amtsträger formuliert: *„Ein grüner Umweltminister, der raucht, wäre für mich unglaubwürdig„* (S.55). Auch Auto fahren darf er nicht — was wird Kerschgens' künftiger Chef dazu sagen? Schwere zwischenmenschliche Konflikte scheinen vorprogrammiert. Schließlich ist „so etwas", sagt Kerschgens bezogen auf das hessische Bündnis, „auch eine Beziehungskiste" (S.61).

Sachverständige begutachten „Hessen Rot-Grün"

Aus der Sicht der Anti-AKW-Beweung, in der er seit ihren Anfängen aktiv ist, bewertet **Matthias Küntzel**, jetzt wissenschaftlicher Mitarbeiter der grünen Bundestagfraktion im Bereich Atomenergie, die hessische Koalitionsvereinbarung. Er sieht darin keinen „tatsächlichen Kompromiß". Vielmehr sei hier das „sogenannte kleine Atomprogramm der SPD" festgeschrieben worden, das vorsieht, *„die im Bau und Betrieb befindlichen AKWs auslaufen zu lassen, Neuanträge — an die heute sowieso niemand mehr ernsthaft denkt — abzulehnen und anstelle der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf die direkte Endlagerung zu propagieren. Die direkte Endlagerung als saubere Lösung zu verkaufen, ist ein Betrug, denn nirgendwo auf der Welt ist ein sicheres Endlager für Atommüll in Sicht. Und trotzdem haben sich die Grünen in den Verhandlungen darauf eingelassen, diese Endlagerung als Alternative aufzutischen. Wer die Atomkraftwerke in Biblis erstmal schluckt, kann sich wohl schlecht hinstellen und der Bevölkerung reinen Wein einschenken über das wahre Ausmaß der Atommüllprobleme"* (S.67).

Alexander Schubart, bekanntester Repräsentant der außerparlamentarischen Bewegung in Hessen, den die Grünen früher gern als Aushängeschild auf ihrer Landtagswahlkandidatenliste haben wollten und dann wegen „politischer Unzuverlässigkeit" wieder kippten, erhebt ähnliche Vorwürfe gegen das hessische „Experiment"? Das Startbahnproblem werde von den Grünen „vollständig verdrängt". Ein Konzept zum Abriß der Startbahn „in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren" und zur Wiederaufforstung des Geländes hält Aschu „durchaus (für) ein Stück Realpolitik", das „hätte von den Günen in die Verhandlungen mit der SPD eingebracht werden können" (S.78). Ob gegenüber der SPD mehr durchsetzbar gewesen wäre, hält er für fraglich. Er fordert aber, daß die Grünen mit den getroffenen Vereinbarungen ehrlich umgehen und nicht *„euphorisch verkünden, sie hätten so viel erreicht, daß der Weg für etwas grundsätzlich Neues frei sei"* (S.78).

Koalitionskritiker ohne Konzept

So dürftig die Argumente der Koalitionsbefürworter (nicht nur) in diesem Buch auch sein mögen — ihren grünen Kritikern fällt auch nicht viel ein. Christa Nickels und Antje Vollmer, die noch auf dem Hamburger Parteitag im Dezember 1984 die mit Abstand besten Reden gegen den Rechtstrend gehalten hatten, machen im Interview eine ziemlich resignierten Eindruck.

Christa Nickels gibt ihre Ratlosigkeit auch offen zu: *„Ehrlich gesagt, manchmal bin ich sehr ratlos und niedergeschlagen, insbesondere, wenn ich daran denke, daß sich Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre noch so viele Menschen persönlich empört und engagiert haben. Manchmal denke ich, es gibt nur die Alternative, daß die Grünen zwangsläufig zur grünen FDP werden oder von der Bildfläche verschwinden"* (S. 32). Koalitionen lehnt sie nicht mehr grundsätzlich ab, will dafür aber keine Inhalte opfern. Die Grünen dürften „nicht den Mut zum Risiko verlieren" (S.27), allerdings müßten sie — Stichwort „Kindersex-Skandal" in NRW — zukünftig „heikle Themen mit allergrößter Sorgfalt behandeln" (S.27).

Bemerkenswert ist Christa Nickels' Vertrauen in das Parlament und in die Reformierbarkeit der Verhältnisse auf parlamentarischem Wege: *„Das Parlament ist so gut oder so schlecht wie die Abgeordneten, die dort hocken. Die Fraktionszwänge müßten aufgehoben und die Rechte der einzelnen Abgeordneten gestärkt werden. Jeder einzelne Abgeordnete müßte den Grundsatz der Gewissensfreiheit ernster nehmen. Wenn ich die Hoffnung aufgeben würde, daß sich die Machtstrukturen der Parlamente verändern lassen, dann müßte ich jede Hoffnung auf eine gewaltfreie Veränderung aufgeben"* (S.38).

Ganz ähnlich wie ihre Mitstreiterin aus den Tagen des Bonner „Feminats", Christa Nickels, argumentiert auch **Antje Vollmer.** Die Grünen sollten auf keinen Fall den *„Anspruch stellen, eine Volkspartei zu sein, die alles abdeckt und alle vertritt"*. Das *„nicht-integrierbare grüne Wählerpotential"* ... *„ist unsere Basis, das sind die Menschen, für die wir Politik machen, also die Frauen, die Jugendlichen, die Arbeitslosen und die Menschen aus dem Alternativsektor, aus der sogenannten Szene"* (S.142).

Ähnlich große Hoffnungen wie Christa Nickels setzt Antje Vollmer auch in das Parlament und verweist teils nachdenklich, teils stolz auf den „Beitrag zur Reform des Parlamentarismus", den die Bundestagsgrünen schon geleistet haben: *„Wir haben das Parlament belebt, Interesse dafür geweckt. Noch nie haben so viele Menschen die Parlamentsdebatten im Fernsehen verfolgt. Wir haben damit den Parlamentarismus attraktiver gemacht, und das in einer Zeit, in der seine Bestechlichkeit offensichtlich wurde. In der Flick-Affäre waren wir gleichzeitig Ankläger und Kronzeugen der Reformierbarkeit des Parlamentarismus"* (S.143).

Thomas Ebermann — „ich (gelte) in der Öffentlichkeit auch als kluger politischer Taktiker" (S.97) — scheint sich auf mittlere Sicht mit seiner Minderheitenposition bei den Grünen abgefunden zu haben. Ebermann will nicht „Repräsentant des Wählerwillens" sein, sondern sich „mit dem durchschnittlichen Deutschen anlegen." Die Grünen müßten „immer wieder über die Geringfügigkeit des Unterschieds (zwischen CDU und SPD) aufklären" (S.101). Er sieht auch keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem, was die grüne Regierungspartei in Hessen und die oppositionelle Hamburger GAL gegenüber der SPD durchsetzen konnten: *„Wenn du weißt, daß eine Reihe von Beschlüssen* (des Hamburger Senats; Anm. AK) *auf unsere Initiative zurückzuführen sind, kannst die hessische Erfolgsbilanz durchaus auf Hamburg übertragen: Ohne uns hätten einige Alternativprojekte keine Gelder bekommen, wäre diese oder jene kulturelle Initiative nicht gefördert worden, wären der gigantische Müllberg in Georgswerder und die Norddeutsche Affinerie nicht in der Diskussion., Ich blase diese Dinge einfach auf und verbuche sie dann als Erfolg eines GAL-Senators"* (S.102).



Erschienen im Junius-Verlag, 1985, 201 Seiten, DM 19,80

Thomas Ebermann will auch weiterhin, anders als Christa Nickels und Antje Vollmer, an der strikten Ablehnung von Koalitionen festhalten, weil er *„in der Form der Koalition die Identifizierung mit dieser Gesellschaftsordnung und diesem Staat"* (S.107) sieht. Schilys Versuch, an der Frage des staatlichen Gewaltmonopols einen „Durchbruch" (S.105) zu schaffen, will er sich ebenso entgegenstellen wie dem „besinnungslosen Mittelkrafttrend" (S.108).

Resümee

Aus Platzgründen müssen die restlichen vier Beiträge hier unterschlagen werden. Namentlich die Vielredner Lukas Beckmann und Petra Kelly haben aber auch kaum Neues zu bieten.

Bleibt die Frage nach einem Resümee: was sagt dieses Buch über den gegenwärtigen Zustand der Grünen aus? Sabine Stamer in ihrem Nachwort: *„Von der Einlassung auf die Verhältnisse zur Anpassung an das Bestehende" : „Einen Ausweg aus dem grünen Dilemma hat derzeit niemand anzubieten. Diese Feststellung erscheint mir längst nicht so tragisch wie die Tatsache, daß die Grünen derzeit dabei sind, sich selbst ihren geringen Spielraum immer mehr zu verbauen. Die Diskussion um ihre zukünftige Politik konzentriert sich zunehmend auf ihr Verhältnis zur SPD"* (S.200). Daran wird sich auch in absehbarer Zukunft nichts ändern, wenngleich es an guten Vorsätzen nicht fehlt. Spätestens seit der Wahlniederlage in NRW ist viel von „Kampagnenfähigkeit", „Stärkung der außerparlamentarischen Aktivitäten" und „Programmarbeit" die Rede. Daß die Grünen eine reine Wahl- und Parlamentspartei sind, kommt in den von Sabine Stamer geführten Gesprächen klar zum Ausdruck. Das Vertrauen, das z. B. Antje Vollmer und Christa Nickels, denen man sicherlich nicht Opportunismus unterstellen kann, in den Parlamentarismus setzen, ist aus linker Sicht ziemlich erschreckend.

Die Koalitionsfrage wird auch weiterhin die innerparteiliche Auseinandersetzung beherrschen. Die „realpolitische Genügsamkeit" beschreibt Sabine Stamer so: *„Wo sämtliche Überzeugungskraft dafür aufgewandt wird, schlechte Kompromisse zu rechtfertigen, anstatt ihre Unzulänglichkeit zu kritisieren, da ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Kompromiß zum eigentlichen Ziel erklärt wird. So beschäftigt mit der Verteidigung politischer Genügsamkeit, versäumen die hessischen Realpolitiker sogar, die Möglichkeit des ‚politisch und juristisch Machbaren' wirklich auszuschöpfen"* (S.195).

Eine Konzentrierung auf ganz andere Fragen schlägt Arno Klönne in seinem Beitrag „Überlegungen zur sozialen Basis und und politischen Philosophie der Grünen" vor, der zusammen mit Sabine Stamers eigenem Nachwort den Anhang zu den Interviews bildet. Klönne sieht die Grünen in zwei ganz unterschiedlichen politischen Traditionen: der „antiautoritären" und der „wertkonservativen", deren friedliche Koexistenz auf Dauer nicht möglich sei: *„Eine ‚klassenübergreifende', ‚rechts und links hinter sich lassende' Bewegung mit dem Ziel ‚gesellschaftlicher Natürlichkeit' wäre nur zu fürchten, nicht zu erhoffen."* Die *„Widersprüche in der politischen Philosophie der Grünen"* machen für Klönne den *„eigentlichen Gehalt innerparteilicher Kontroversen"* aus, die *„von den Debatten über ‚fundamentalistische' oder ‚realistische' Politik und Koalitionsbereitschaft oder Koalitionsverweigerung eher verdeckt werden"* (S.178).

js./ Hamburg

Ziele und Schwerpunkte des Anti-NATO-Kongresses

Interview mit Bernd Weidmann (Göttinger AK)

AK: Der Göttinger Arbeitskreis arbeitet im Trägerkreis des Anti-NATO-Kongresses mit. Warum unterstützt ihr, als eine Gruppierung, die ja ursprünglich aus der Anti-AKW-Bewegung gekommen ist, einen Anti-NATO-Kongreß?

Bernd: Der Göttinger Arbeitskreis hat schon seit 1980 die NATO-Mitgliedschaft diskutiert und sich dabei sowohl mit den Widerstandsdiskussionen wie auch mit den inhaltlichen Positionen befaßt. Sowohl anläßlich der großen Bonn-Demonstrationen als auch der Herbstmanöverbehinderungen haben wir versucht, die NATO-Frage in die Diskussion zu bringen. Das jetzige Verhältnis zur Friedensbewegung bzw. zu diesem Kongreß ist eher so, daß man das auf der Basis der Ergebnisse der damaligen Diskussion im Arbeitskreis heute behandelt. Die Schwerpunkte des Arbeitskreises haben sich wieder etwas verschoben, zur Zeit wieder sehr stark in Richtung Wackersdorf, Gorleben. Durch die Berichterstattung im ,,Atom-Express'' bzw. jetzt in der ,,Atom'' wird das Thema NATO aber auch weitergeführt und hat auch eine gewisse Kontinuität, woraus auch jetzt die Beschäftigung mit dem Anti-NATO-Kongreß resultiert.

Der Umfang der Friedensbewegung ist in den letzten beiden Jahren zurückgegangen. Welchen Stellenwert kann vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Friedensbewegung der Anti-NATO-Kongreß haben?

Ich finde es insgesamt eine sehr positive Entwicklung, daß sich gerade innerhalb des BUF-Spektrums ein Diskussionsprozeß vollzogen hat, der es möglich gemacht hat, so eine Sache wie den Anti-NATO-Kongreß als gemeinsames Projekt anzupacken und durchzuführen, und ich finde es eigentlich auch positiv, daß sich Kräfte wie der BBU daran beteiligen. Das wäre sicherlich vor einigen Jahren noch nicht möglich gewesen.

Warum ist deiner Meinung nach eine Beteiligung des BBU mittlerweile möglich geworden?

Es ist natürlich ein gewisses Vakuum da, weil auch die eigene Mitgliedschaft mit den doch mittlerweile schon abgebrannten Themen wie Pershing und — als neue Sache — SDI doch so nicht zu mobilisieren ist. Vielleicht hängt es aber auch damit zusammen, daß das Gewicht des BUF innerhalb der gesamten Friedensbewegung, innerhalb dieses Schrumpfungsprozesses, der in den letzten Jahren zu beobachten war, doch eher zugenommen hat. Und insofern hat es auch an Bedeutung gewonnen, was von diesem Spektrum in die Friedensbewegung eingebracht wird.

Aber noch mal zurück zu der Ausgangsfrage: Welchen Stellenwert kann der Kongreß bekommen?

Aber noch mal zurück zu der Ausgangsfrage: Welchen Stellenwert kann der Kongreß bekommen?

Ich bin mir, ehrlich gesagt, nicht so richtig im Klaren darüber, welche Eigendynamik der Kongreß entwickeln wird. Ich habe da keine sichere Einschätzung. Ich denke aber, daß der Zeitpunkt für diesen Kongreß gut gewählt ist, weil innerhalb der Friedensbewegung doch eine gewisse Bereitschaft vorhanden ist, sich neuen Themen zuzuwenden. Zum anderen glaube ich, daß durch den kommenden Bundestagswahlkampf und die Frage möglicher Koalition oder Tolerierung von Seiten der Grünen in Hinsicht auf eine SPD-Bundesregierung die Frage der NATO-Mitgliedschaft und überhaupt des Bündnissystems eine ganz zentrale Rolle spielen wird.

Der Bonner Koordinationsausschuß und hier besonders die DKP- und SPD-Kreise steuern ja zielstrebig auf einen SDI-Minimalkonsens zu. Wie schätzt du vor diesem Hintergrund die mit dem Anti-NATO-Kongreß verbundene Polarisierung innerhalb der Friedensbewegung ein?

Gerade, um gegen eine politisch doch relativ inhaltsleere Diskussion um SDI ein Gegengewicht zu entwickeln, ist es sehr wichtig, den Kongreß stattfinden zu lassen. Ich seh das auch so, daß die Idee eines Anti-NATO-Kongresses kein Schnellschuß ist, sondern in der Diskussion innerhalb des BUF-Spektrums der letzten Jahre eine ziemlich große Kontinuität hat und gewissermaßen langsam gewachsen ist um die Diskussion über die Behinderung der Herbstmanöver, Airland Battle und allgemeine NATO-Strategie. Da finde ich es richtig, als Bündelung der ganzen militärstrategischen und politischen Fragen, die NATO-Frage an sich zu stellen. Ich denke auch, daß das eine Basis hat.

Du hast vorhin auf den Zeitpunkt des Kongresses im Zusammenhang mit der bundespolitischen Orientierung der Grünen hingewiesen. Erwartest du einen nachhaltigen politischen Einfluß des Kongresses auf die NATO-Position der Grünen?

Ich glaube, die Intention dabei ist, daß für alle Linken und freischwebenden Linken und Leute, die in Bewegungen arbeiten, es auch in den nächsten Jahren noch von extrem großer Bedeutung sein wird, was in diesem Diskussionszusammenhang in der Partei der Grünen läuft und was nicht läuft, so daß wir selbst ein großes Interesse daran haben sollten, entweder Leute, die direkt bei den Grünen arbeiten, in die Diskussion einzubeziehen, als auch Leute, die nur Sympathisanten oder auch erklärte Gegner der Grünen sind. Gerade auch die Linken innerhalb der Grünen sind darauf angewiesen, von den verschiedenen Bewegungen Rückendeckung zu bekommen. Ich denke, daß auf der Ebene der grünen Funktionärsträgerschaft die voraussichtliche Entwicklung relativ klar absehbar ist. Im Jahre '86 wird das Wahlprogramm für die Bundestagswahlen eine ziemlich große Bedeutung haben und da wird die Frage der Verteidigungspolitik bzw. Bündnispolitik eine ganz zentrale Bedeutung haben. Die Frage ist da, ob die Aussagen der Grünen aus ihrem Grundsatzprogramm wie z.B. auch eine grundsätzliche Gegnerschaft zur NATO, nicht im Wahlkampf und möglicherweise in möglichen Verhandlungen um eine Regierungsbeteiligung hinten runterfallen.

Bedeutet dies, daß man den Kongreß als Instrument für die Unterstützung der grünen Basis gegen die Realos unter den Funktionären benutzten sollte?

Ob das nun genau die Trennungslinie ist, vermag ich so nicht zu sagen. Es gibt sicherlich auch innerhalb des grünen Bundesvorstandes bedeutende Kräfte, mit denen man an einem Strang ziehen kann. Und ich denke auch nicht, daß man jetzt Wohl und Wehe der gesamten eigenen Perspektive abhängig machen sollte vom Ergebnis der Diskussion innerhalb der Grünen.

Inwieweit der Kongreß auf die Diskussion bei den Grünen Einfluß nehmen kann, wird ja sicherlich auch von der inhaltlichen Gestaltung des Kongresses abhängen. Dieses Problem ist ja auch

kann, wird ja sicherlich auch von der inhaltlichen Gestaltung des Kongresses abhängen. Dieses Problem ist ja auch

im Vorbereitungskreis des Kongesses ansatzweise an der Frage des Kongreßtitels diskutiert worden, also an der Frage, ob der Kongreß eine scharfe Anti-NATO-Stoßrichtung haben soll oder ob er alle Interessierten ansprechen soll, die so ihre Probleme mit der NATO haben?

Ich denke zunächst, daß die politische Plattform des Trägerkreises für die Intention im großen und ganzen sehr gut ist. Ich finde auch das Herangehen voll unterstützenswert, nicht nur eine Großveranstaltung — was ja wohl noch nicht mal eine Großveranstaltung werden würde — derjenigen zu machen, für die sowieso schon immer klar war, daß man aus der NATO austreten will, sondern daß man unter diesem Titel ,,Frieden mit der NATO?'' — man hätte auch schreiben können: ,,Raus aus der NATO!'' — gewährleistet, daß es auf dem Kongreß zu Auseinandersetzungen kommt, auch zu scharfen Auseinandersetzungen. Ich denke, daß man nun ein Interesse daran haben kann, sich auch mit Meinungen, wie sie beispielsweise der BBU vertritt oder direkt: wie sie bestimmte SPD-Kräfte vertreten, scharf auseinanderzusetzen. Ich denke, daß dies ja gerade das Salz in der Suppe ist. Ich verspreche mir für uns davon, daß unsere Positionen noch einmal in einer politisch kontroversen Diskussion verstärkt begründet werden, womöglich auch in Frage gestellt werden müssen. Dies fände ich sehr viel besser, als einen Kongreß zu veranstalten, wo dann von der Zusammensetzung her auf dem Podium acht grundsätzliche NATO-Gegner sich dann letztlich nur noch über die Innenpolitik der Sowjetunion zu streiten gedenken, weil das dann der einzige Punkt wäre, wo sie sich streiten könnten. Das würde dann den Zweck des Kongresses in Richtung einer breiten Öffentlichkeit verfehlen. Ich sehe momentan auch nicht die Gefahr — worauf man sicher immer achten muß — daß der ganze Kongreß zu einer SPD-Wahlveranstaltung für eine alternative Verteidigungspolitik werden könnte. Das wäre sicherlich etwas anderes, wenn die SPD einen Kongreß veranstaltet hätte, und das BUF-Spektrum als Anhängsel bei einem SPD-dominiertem Kongreß mitmachen würde.

Um noch mal auf das politische Spektrum des Kongresses zurückzukommen: Wie schätzt du die Beteiligung des linksradikalen und autonomen Spektrums, oder auch von Teilen der Anti-AKW-Bewegung an diesem Kongreß ein?

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung werden wohl diejenigen Gruppen und Personen, die sich auch bereits in den letzten Jahren mit anderen Themen oder auch mit der Friedensbewegung befaßt haben, bereit sein, mehr in der Endphase der Vorbereitung und beim Kongreß selber teilzunehmen oder ihn auch nur mit Aufmerksamkeit und Interesse zu beobachten. Das liegt wohl auch daran, daß für viele, die sich noch aktiv an den Vorbereitungen des Weltwirtschaftsgipfels beteiligt haben, die NATO-Frage sehr stark geklärt ist — zumindestens subjektiv. Und es gibt wohl aus dem eher autonomeren Spektrum auch die Einschätzung, daß man sich von einem Anti-NATO-Kongreß inhaltlich nicht sonderlich viel verspricht, weil auch wenig Lust und Bereitschaft da ist, beispielsweise sich mit einem Spektrum in Richtung SPD oder auch in Richtung ,,normaler'' Friedensbewegung zu befassen und mit denen zu diskutieren. Aber ich denke dennoch, daß der Trägerkreis ein Interesse daran haben sollte, alle diejenigen, die sich auch an den Vorbereitungen zum Weltwirtschaftsgipfel beteiligt haben, und damit auch dokumentiert haben, daß sie bereit sind, mit einem relativ breiten Spektrum zusammenzuarbeiten, daß die noch mal offensiv angesprochen werden sollten. Aber ich denke trotzdem, daß das Interesse verhalten bleiben wird. Es liegt auch daran, daß sich bestimmte Gruppen von dem Thema doch nicht so viel in der aktuellen Auseinandersetzung versprechen, aber auch schon in einem gewissen Mißtrauen gegenüber dem BUF. Dies wird auf der einen Seite dadurch verstärkt, daß die Schwerpunkte sich doch sehr stark — besonders in Süddeutschland — auf die Frage der Wiederaufbereitung gelegt haben, und es

verstärkt, daß die Schwerpunkte sich doch sehr stark — besonders in Süddeutschland — auf die Frage der Wiederaufbereitung gelegt haben, und es

auch gerade innerhalb der Autonomen eine ganz starke interne Auseinandersetzung gibt, sei es um die TAZ-Geschichte in Hamburg oder auch um andere Fragen, die eher zu einer gewissen Lähmung momentan führen.

Der Anti-NATO-Kongreß soll ja auch die Rolle der BRD in der NATO in den Mittelpunkt rücken. Dabei wird es auch zu Kontroversen in der Einschätzung der BRD innerhalb der NATO kommen, also konkret: ist die BRD eher ein aggressives Element innerhalb der NATO oder — wie es u.a. von den Sozialdemokraten begründet wird, warum die BRD in der NATO bleiben müsse — bremst die BRD den aggressiv amerikanischen Imperialismus oder hält sie ihn sogar zurück? Also: ist die BRD ,,Biedermann oder Brandstifter'' innerhalb der NATO?

Ich würde sagen, daß ist ein Punkt, wo gerade auch zwischen dem KB und anderen Kräften — wie uns beispielsweise — durchaus inhaltliche Unterschiede bestehen in der Einschätzung der BRD. Ich würde es — ehrlich gesagt — nicht so gut finden, wenn das der alleinige oder überlagernde Schwerpunkt dieses Kongresses wäre, weil ich glaube, daß es für die Diskussion in der BRD nützlicher ist, wenn man das erst mal hintereinander behandelt. Solange innerhalb der Friedensbewegung die Rolle der NATO sehr wenig verinnerlicht ist, sollte man diesen Punkt auch nicht stiefmütterlich behandeln. Ich glaube, daß es eine ganz große Fehleinschätzung wäre, davon auszugehen, die NATO wäre als Bösewicht schon allgemein erkannt, und es wäre der Punkt erreicht, wo man sich nun besonders auf die Rolle der Bundesrepublik konzentrieren könnte.

Aber ist es nicht gerade vor dem Hintergrund des derzeitigen Propagandafeldzuges der Bundeswehr zu ihrem 30. besonders angesagt, die Militärpolitik der BRD intensiver zu thematisieren? Auch und gerade wegen der Schwierigkeit, der BRD bzw. der Bundeswehr — zumindest direkte militärische — Schweinereien nachzuweisen, wie dies gegenüber der US-Army viel leichter fallen würde.

Es ist ja auch in der Tat schwieriger, der BRD solche aggressiven Schritte nachzuweisen. Die ganze innenpolitische Grundlage und das Selbstverständnis der Bundesrepublik — zumindest meiner Einschätzung nach — ist sehr viel weniger offen offensiv ausgelegt als beispielsweise in den USA; auch trotz des relativ ausgeprägten Antikommunismus in der BRD weniger ausgeprägt als in Frankreich oder Großbritannien.

Auch wenn man den sog. Wiedervereinigungsvorbehalt der BRD berücksichtigt?

Ja. Ich würde sagen, wenn man die konkrete Politik der Bundesrepublik, sogar die Politik der Kohl-Regierung betrachtet, ist sie doch immer noch sehr stark geprägt von dem Trauma des Hitler-Faschismus, der beiden verlorenen Weltkriege, das ist doch immer noch eine sehr stark bestimmende Geschichte. Und ich denke sogar, daß die Feierlichkeiten zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr ein Anzeichen dafür sind, daß eine politische Wende auch im Selbstverständnis der politisch Herrschenden, auch der Militärs, hin zu einem offen aggressiven Auftreten gegenüber dem Osten so nicht vollzogen ist.

,,Gut Ding will Weile haben.''

Ja, aber das wird ja schon eine ganze Zeit lang vertreten, ich denke, daß die politischen Verhältnisse in der Bundesrepubik zur Zeit auch nicht viel hergeben, und ich glaube auch nicht, daß sich da in der nächsten Zeit viel ändern wird. Und das ist ja auch der Grund, warum sich die Kohl-Regierung so an die USA ranhängen. Das ist doch ein relativ unkritisches und dümmliches Anhängen an die Interessen und Politikvorgaben der USA, was die NATO-Politik der BRD betrifft. Also was ich damit meine, ist, daß das Anliegen der offiziellen Außen- und Verteidigungspolitik — auch unter der Kohl-Regierung — eher noch ist, sich nicht offen zu aggressiven Zielen zu bekennen, sondern daß versucht wird, alle

politik — auch unter der Kohl-Regierung — eher noch ist, sich nicht offen zu aggressiven Zielen zu bekennen, sondern daß versucht wird, alle

Nachweise, die zum Beispiel von Seiten der Friedensbewegung geführt werden, in Bezug auf aggressive Kriegsführungsstrategien innerhalb der NATO abzustreiten oder herunterzuspielen, während die Politik in den USA ja ganz anders aussieht. Hier in der Bundesrepublik ist ja kein Blumentopf damit zu gewinnen, für einen Krieg gegen die UdSSR zu blasen. Da verlagert man sich lieber auf den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Interventionen.

Nur fallen ja auch bei der Bundeswehr Rethorik und Ideologie einerseits und Strategie und konkrete Planungen andererseits stark auseinander. Gerade wenn man an ,,Vorwärtsverteidigung'', Rogers-Plan, Pershing II, usw. denkt, dann kann man ja nicht unbedingt sagen, daß das kein aggressives Element beinhaltet.

Nein, aber das sind sicher eher Sachen, die hingenommen werden oder halt mitgemacht werden, Strategien, die immer sehr stark von den USA vorgegeben werden.

Aber gerade die sog. Vorneverteidigung war ja das Herzensanliegen der BRD innerhalb der NATO.

Ja, sicherlich. Aber doch aus reinem Selbsterhaltungstrieb: Wenn es mal losgeht, dann aber — bitte schön — nicht auf dem Boden der Bundesrepublik. Wenn man sich real die Wirkungen der NATO-Strategien ansieht, muß man doch feststellen, daß sich da noch ganz wesentliche Punkte auf dem Territorium der BRD abspielen werden oder auch in der DDR, und das ja letztlich auch die Bauchschmerzen sind, die national-geprägten Bauchschmerzen, die sogar in den denkenden Teilen der Bundeswehrführung und selbst bis hin zu Leuten wie Strauß eine Rolle spielen, und auch nach Veränderung drängen. Das ist mit Sicherheit die Intention dieses Teils der Herrschenden in Richtung europäische Atomstreitmacht, um aus dieser Zwangslage herauszukommen, sich immer den amerikanischen Vorgaben unterordnen zu müssen.

Wenn wir jetzt noch mal den Bogen schlagen zu dem Kongreß: Siehst du nicht die Gefahr, daß, wenn man wieder die USA in den Mittelpunkt rückt und an den Pranger stellt, daß dann die BRD eigentlich zu gut wegkommt bzw. im sozialdemokratischen Sinne die BRD in der NATO bleiben muß, um auf die USA bändigend einwirken zu können?

Ich bin der Meinung, man sollte sich doch da an die Intention und den Rahmen des Kongresses halten, auch an den Titel, und der Kongreß steht ja nicht unter dem Vorzeichen ,,Kritik an der NATO'' oder auch nicht ,,Wollen wir die Bundeswehr?'', sondern es ist die Frage der NATO und da auch besonders die Frage der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO. Ich denke, daß wir ein Interesse daran haben sollten, die Frage der Mitgliedschaft in der NATO und die Forderung nach Austritt aus der NATO in den Mittelpunkt zu stellen. Eine Hauptbegründung für diese Forderung ist die NATO-Politik insgesamt, die viel stärker von den USA als von der Bundesrepublik geprägt wird. Sehr viel deutlicher wird die Frage nach den politischen und strategischen Interessen der Bundesrepublik, wenn man die Frage der NATO-Alternative diskutiert.

Vorläufig dürfte die BRD wohl zur Durchsetzung ihrer Interessen auf die NATO angewiesen sein.

Das mag sein, daß das in gewisser Weise stimmt, aber ich würde erst einmal bestreiten, daß es dazu überhaupt keine Alternative gibt. Auch Teile der Herrschenden, zwar wenige, aber es gibt sie, die über diese Frage nachdenken.

Lafontaine?

Sei es Lafontaine oder von Bülow, aber es gibt auch Leute in der Bundeswehrführung, die über die Frage nachdenken, aber letztlich als Konsequenz doch sagen, es gibt keine praktische Alternative zur NATO-Mitgliedschaft! Das ist sicherlich auch eine bestimmte Art von Denkfaulheit.

Dann läge die Forderung ,,BRD - raus aus der NATO!'' auch im Interesse der Herrschenden?

Ich bin nicht in der Situation, daß ich mir die Gedanken der Herrschenden jetzt machen muß. Aber wenn dem nicht so wäre, gäbe es auch sehr wenig Chancen, über diese Forderung überhaupt zu diskutieren, weil man dann ja ganz platt sagen könnte: erst die Revolution und dann können wir über die

Chancen, über diese Forderung überhaupt zu diskutieren, weil man dann ja ganz platt sagen könnte: erst die Revolution und dann können wir über die

NATO-Frage diskutieren, wenn es da überhaupt keinen Spielraum gäbe. Ich denke zwar, daß es da momentan aus allen möglichen Gründen innenpolitisch überhaupt keinen Spielraum gibt, daß die Frage zur Staatsfrage erhoben wird, aber man sicherlich gerade auch an der konkreten Politik anderer NATO-Staaten sehen kann, daß die kapitalistischen oder imperialistischen Interessen dieser Staaten nicht mit der NATO-Mitgliedschaft stehen oder fallen. Ich meine, es muß einem klar sein, daß die NATO-Frage ein ganz elementarer Pfeiler dieses Systems ist, und es muß einem auch klar sein: wenn man da etwas dran rütteln will, muß die inhaltliche Auseinandersetzung im Vordergrund stehen, die inhaltliche Kritik an der NATO, das unerbittliche Festhalten an ganz wesentlichen Positionen, die man selber hat, dafür zu werben und Öffentlichkeit zu suchen und Leute zu überzeugen. Es ist überhaupt nicht der Zeitpunkt, im Moment nach Bündnispartnern zu suchen, mit denen man so einen NATO-Austritt konkret betreiben könnte.

Bernd, wir danken für das Interview!



„Mein Volk versteht mich nicht."

Wer steckt hinter der KONSERVATIVEN AKTION?

Am Abend des 5. Oktober 1980 wurde die Hoffnung vieler CSU/CDUler zunichte gemacht. Strauß fiel bei den Wählern als Bundeskanzlerkandidat durch. Die Ausrichtung der CDU auf bayerische Verhältnisse erlahmte fürs erste.

Im Juni 1981 dann gründeten einige Strauß-Fans die ,,Konservative Aktion" (KA). Erneut wurde — nach mehreren Anläufen in den vorhergehenden Jahren — der Versuch unternommen, die Konservativen innerhalb und außerhalb der CSU/CDU mit Hilfe eines unabhängigen Verbandes zu mobilisieren.

Anläßlich des bundesweiten Kongresses der KA ,,Freiheit für Rudolf Hess" am 30. November 1985 in Hamburg stellen sich die Fragen:

Welche Ziele verfolgt die KA? Wer steht hinter ihr? Welche Bedeutung hat die KA im politischen Kräftespiel der BRD?

Konservative Aktion Hamburg

— Am 17. Oktober 1982 demonstrierte die KA — wie häufig zu beobachten — vor dem sowjetischen Generalkonsulat unter dem Motto ,,Freiheit für Lech Walesa". Mitveranstalter: ,,Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" und ,,Exil-Mitglieder" der polnischen ,,Solidarität". In einem Anschreiben an die ,,Lieben Anwohner des Feenteiches" fand sich der Satz: ,,In Ihrer Nachbarschaft

schreiben an die ,,Lieben Anwohner des Feenteiches" fand sich der Satz: ,,In Ihrer Nachbarschaft

wohnt eine Mörderbande." Fortgesetzt wurde diese Aktion mit einer Mahnwache vor dem sowjetischen Aeroflot-Büro am Ballindamm.

— Zum gleichen Thema ließ die KA den CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn sprechen.

— Auch ,,vor dem Verlagshaus Axel Springer" demonstrierte die KA ,,gegen die Unterdrückung und Entrechtung der Menschen in Polen und im Ostblock allgemein". ,,Für viele unterdrückte Menschen in der Welt" ist ,,Ihr Verlagshaus oft die letzte Hoffnung".

— Anläßlich der Europa-Wahlen am 17. Juni 1984 sprach Pachmann auf einer Veranstaltung (24. Mai) zum Thema: ,,Nationales Selbstbewußtsein — oder Europa der Krämerseelen?" Auf der Einladungskarte bat die KA ihre Anhänger, Erik Blumenfeld (CDU) die Stimme zu geben.

— Im Juli 1984 trat die KA dafür ein, der ,,Verhöhnung unserer Väter und Großväter" entgegenzutreten. Das 1936 eingeweihte Kriegsveteranen-Denkmal am Dammtor (,,Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen") wurde häufiger von Kriegsgegnern durch Blutspritzer (rote Farbe) vervollständigt.

— Am 5.12.84 sprach Professor Werner Maser (Historiker und Völkerrechtler) zum Thema: ,,Deutschland — Traum oder Trauma. Kein Requiem."

— 25.1.85: ,,Braucht die Nato eine neue Strategie?" Referent: General Hans Joachim Mack (Brüssel), Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa.

— Zum 8. Mai 1985 sprachen — zusammen mit der ,,Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." und ,,Western Goals" — auf einer Veranstaltung G. Rohrmoser, Hans Werner Bracht, US-General Singlaub, Generalmajor a.D. Dr. Eberhard Wagemann. Tenor der Veranstaltung: Die Sowjetunion verewige das Schuldgefühl der Deutschen ,,wegen der Hitlerschen Verbrechen" für alle Zeit. Die deutsche Nation solle in den Staub getreten werden.

— Am 14.6.85 forderte die KA den Rücktritt der Kultursenatorin Helga Schuchardt, weil sie ein Anti-Kriegs-Denkmal neben den ,,Alten Kiegern" am Dammtor aufstellen läßt. ,,Frau Schuchardt ist eine wirkliche politische Gefahr für Hamburg."

— Rechte Demonstranten versuchten, das 1936er Denkmal zu säubern. Michael Stange, Bundesvorsitzender der Konservativen Jugend Deutschlands, betätigt sich hauptsächlich in Hamburg.

— Die KA hat eine Hamburger Anschrift als zentrale Kontaktadresse.

Das Firmenschild

Zu den führenden ,,Alten" der Konservativen Aktion gehören der Vorsitzende Ludek Pachmann (Dissident und Schachmeister) (eingestandene Selbstkritik: ,,Ich besitze kein Charisma"), Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin, Aktivist der ,,Deutschland-Stiftung e.V."), sowie die Geldbuhler des Vereins, der (kürzlich verstorbene) Edel-Adelige Bernhard Prinz von Sachsen-Meiningen und dessen Nachfolger gleichen Schlages (im Vettern-Rang) Chlodwig Prinz zu Lippe.

Betteln ist in der Regel nicht das Hauptbetätigungsfeld des Adels. Hätte ,,die Politik" (?) ,,einen anderen Verlauf genommen", Bernhard Prinz von

Betteln ist in der Regel nicht das Hauptbetätigungsfeld des Adels. Hätte ,,die Politik" (?) ,,einen anderen Verlauf genommen", Bernhard Prinz von

Sachsen-Meiningen wäre ,,möglicherweise zum König von Sachsen gekrönt worden". Als Enteignungs,,opfer" der Sowjets, als Rentner und Sozialhilfeempfänger schickte der Prinz statt dessen in seinen alten Tagen eine Flut von Bettelbriefen für den Verein los. Arm und ehrlich im Lebensabend: ein geschickt gewähltes Image.

Mehr im Hintergrund standen andere wie: z.B. Fabrikant und Gründungsmitglied Ludwig Eckes (†) (,,Maria Kron"). Er allerdings wollte Mäzen sein.

Und die ,,Jungen"? Zu nennen ist Joachim Siegerist (38), stellvertretender Vorsitzender, Ex-,,Bild"-Journalist, überzeugter Dregger- und Strauß-Fan; ehemaliger Mitarbeiter von CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht, den er in Wut verließ. Vor seiner Wahl sei dieser ein ,,strammer Konservativer" gewesen, nach der Wahl sei er ,,plötzlich ultra-liberal" geworden. Pfui, falscher Fünfziger. Ein weiterer Junior-Hetzer im Vorstand ist Hans Eschbach, der Schriftführer. Er war 1980 Vorsitzender des ,,Ringes Freiheitlicher Studenten".

Elitäre Schreihälse

,,Billige, politische Hetze nach dem Motto ,Ausländer raus' hilft uns nicht weiter. Solche Parolen kennen wir aus Deutschlands dunkelster Vergangenheit." (KA-Veröffentlichung, 12.9.84) Scheinheilig grenzen sie sich ab von Neo-Nazis und Alt-Faschisten, um dann (unter seriösem Vorzeichen) in die gleiche rassistische, reaktionäre Kerbe zu hauen:

,,Deutschland muß deutsch bleiben"; ,,Deutschland darf nicht türkisch werden"; ,,Nur diejenigen, die einen Untergang der Nation und eine Zerstörung unseres politischen und sozialen Systems wünschen, können mit einer totalen Überfremdung einverstanden sein." (12.9.84) *,,Werden die Deutschen eine völkische Minderheit im eigenen Land?"* Gefordert wird von der Bundesregierung eine humane, anständige und radikale Lösung des unerträglichen ,,Ausländerproblems", schließlich solle ,,Deutschland" eine Kulturnation bleiben. Zuvorkommen müsse man rechtsradikalen Demagogen, die dem deutschen Vaterland und der Völkerverständigung schadeten. Die Freundschaft zur Türkei dürfe nicht gefährdet werden, schließlich bildeten die Türken einen Sperriegel gegen die aggressive Sowjetunion und trügen damit ihren Teil bei zum Bestand deutscher Kultur!

Kultur? Jede Versammlung der Konservativen Aktion endet mit der Nationalhymne der BRD — natürlich dreistrophig: ,,Deutschland, Deutschland, über alles in der Welt", ,,Deutsche Frauen, deutsche Treue...", ,,Von der Maas bis an die Memel..." Südtirol läßt grüßen.

Hunderttausende Platten sollen bereits an Jugendliche verteilt worden sein. Die Idee stammt vom CDU-Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm (Hessen). Wunschvorstellung: Jede Fete endet mit der Nationalhymne.

Jung-Aktivist Michael Stange nahm dann auch das Lob des damaligen Bundestagspräsidenten Rainer Barzel entgegen, der diese Aktion staatsoffiziell begrüßte.

Die Konservative Aktion greift in ihren Hetz-Anzeigen in Zeitungen, in Faltblättern etc. nahezu sämtliche Themen der rechtsradikalen Szene auf:

Schwächliche Politiker kuschten vor mächtigen ,,Gewerkschafts-Bonzen", die sich zu der Verbrecherbande ,,Gewerkschafts-'Mafia' des DGB" zusammengeschlossen hätten. Rote, kommunistische Lehrer hetzten gegen Staat und Wirtschaft, die ihnen zur Erziehung anvertrauten Schüler würden freiwillig der Diktatur Moskaus unterworfen. ,,Es lebe unser deutsches Vaterland!" Völkermord sei bei den Kommunisten übrigens ein ganz normales Mittel zur Disziplinierung der Volksfeinde. Die Sowjets hätten die Friedensbewegung infiltriert: ,,Achten Sie darauf, wer bei dieser Kampagne mitmacht."

Trommeln, marschieren, organisieren

Die Konservative Aktion wirkt als polarisierende Kraft im konservativen Lager. Die markigen Worte schrecken viele ab, binden aber auch junge Kräfte an die KA. Vorstandsmitglied Eschbach beispielsweise ficht im ,,Ring Freiheitlicher Studenten" einen erbitterten Kampf gegen den konkurrierenden RCDS. Dieser sei zu schlapp, zu opportunistisch, mache manchmal fast Juso-Politik. Der RCDS kontert mit ,,Unvereinbarkeitsbeschlüssen" bei Doppelmitgliedschaft. Viele JU-Gruppen spalten sich — erst einmal ideologisch —, wenn es um die Unterstützung von KA-Aktivitäten geht. Die Strategie des ,,klaren Wortes" wird von der KA bewußt angewendet, um jugendlichen Konservativen eine Alternative zum sog. Einheitsgewäsch, zur ,,Volkspartei-Mentalität" der CDU (es allen rechtmachen) zu bieten.

Weitere, größere Pläne liegen in der Schublade:

''Die Schwäche der Konservativen in Deutschland liegt vor allem in ihrer Eigenbrödelei, in ihrer Unfähigkeit, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren..." (Siegerist-Interview, ,,criticon" 72/73, Juli 1982). Die Konservative Aktion setzt sich die Aufgabe, das ,,brachliegende Potential" innerhalb und außerhalb der CSU/CDU zu mobilisieren. Geträumt wird von einem Dachverband, der etwa die ,,Deutschland-Stiftung e.V.", den ,,Ring Freiheitlicher Studenten", die ,,Pan-Europa-Union" (Otto Habsburg), die ,,Ludwig-Frank-Stiftung", die ,,Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" etc. zusammenführt. Siegerist z.B. sieht sein Vorbild in der US-amerikanischen ,,Heritage Foundation", die — und das will er nachmachen — die real vollzogene politische Trendwende in den USA in Kleinarbeit massenwirksam vorbereitet habe.

Neu sind diese Pläne von Pachmann, Löwenthal, Siegerist etc. allerdings nicht. Sie selbst und ihr politisches Umfeld arbeiten schon seit Jahren an, in und mit ,,4. Partei"-ähnlichen Organisationsformen:

— Vor den Bundestagswahlen 1980 arbeiteten sie zusammen mit dem ehemaligen Geschäftsführer der CDU-Mittelstandsvereinigung, Peter Helmes, und dem Lüneburger CDU-Abgeordneten Horst Schröder in der ,,Bürgeraktion Demokraten für Strauß".

— 1979 organisierte Gerhard Löwenthal (zusammen mit dem Würzburger Prof. Lothar Bossle) die ,,Liberal-Konservative Wählerinitiative" und versuchte, die CSU dazu zu bewegen, sich als Rechtsaußenpartei bundesweit zu organisieren.

— Löwenthal arbeitete in dem hauptsächlich in West-Berlin agierenden ,,Bund Freies Deutschland" mit. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus erreichte der BFD nur 3% der Stimmen. Unterstützt wurde der BFD durch die ,,Deutsche Soziale Union", eine der Vorläuferorganisationen der ,,Aktionsgemeinschaft 4. Partei".

Stürmt das Brandenburger Tor

''Aus tiefster Überzeugung wissen wir, daß Deutschland nicht am Brandenburger Tor endet. Berlin und das deutsche Volk lebt — und sein Herzschlag ist der unüberhörbare Ruf nach Freiheit und Einheit." (1983) Zwei Jahre

Aus einem Flugblatt der Konservativen Aktion:

Dramatische Bilder vom 17. Juni 1985

Das deutsche Fernsehen hat sie unterschlagen

Junge Leute haben am 17. Juni 1985 ein Loch in die Berliner Mauer geschlagen. Die erregenden Szenen wurden gefilmt und fotografiert. ZDF und ARD hatten Bilder und Filme. Aber mit keiner Silbe wurde von der einmaligen Kampagne etwas im deutschen Fernsehen erwähnt. Deswegen hat die KONSERVATIVE AKTION nun diesen Sonderdruck erstellt. Nur so kann die deutsche Öffentlichkeit erfahren, wie die linke Medien-Mafia Nachrichten unterschlägt. Nur so kann die deutsche Öffentlichkeit erfahren, wie die wirkliche deutsche Jugend denkt. **(Von diesem Sonderdruck können Sie weitere Exemplare anfordern.)**

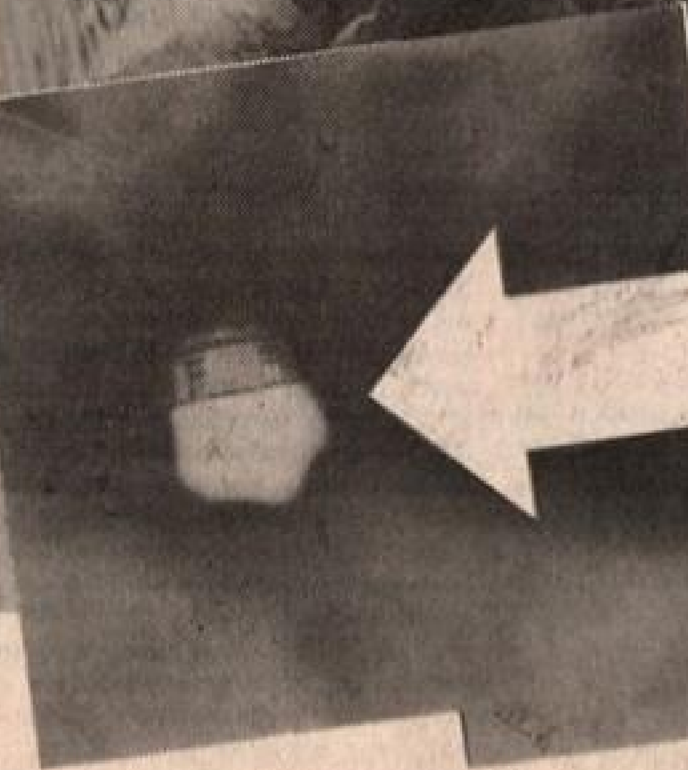




Das letzte Foto vor dem gefährlichen Einsatz

Sieben junge Leute der KONSERVATIVEN JUGEND DEUTSCHLANDS (rechtsaußen der Bundesvorsitzende Michael Stange) stellen sich noch einmal den zahlreich anwesenden Fotografen, die die KONSERVATIVE AKTION aus Sicherheitsgründen zur Bernauer Straße in Berlin bestellt hatte. „Wo Kameras und Fotografen sind, wird nicht so schnell geschossen", dachte sich der Verband. Es ist der 17. Juni 1985, 4 Minuten vor 13 Uhr. Die Jugendlichen wollen ein Loch in die Mauer schlagen. Aber die Mauer steht auf Ost-Berliner Gebiet.





Mit Spitzhacken und Hämmern gegen die Mauer

Genau 13 Uhr. Mit Spitzhacken, Vorschlaghämmern und Meißeln schlagen die jungen Konservativen auf die Mauer ... ein Transparent ...

Geschafft: Ein Loch in der Mauer!

Es ist genau 14 Uhr. Da jubeln die sieben Jugendlichen der KONSERVATIVEN AKTION: „Geschafft, geschafft. Wir sind durch!" Tatsächlich. In der Mauer ist ein faustgroßes Loch. Passanten klatschen laut Beifall, rufen „Bravo". Fotografen stürzen sich mit den Kameras an das Loch und fotografieren von dort in den Osten. Was sie sehen, ist nichts anderes als eine triste Hauswand mit zwei Fenstern.

Inzwischen ist West-Berliner Polizei eingetroffen und fordert die Jugendlichen auf: „Hört auf! Schluß! Kein einziger Hammerschlag mehr."

Die Jugendlichen wollen weitermachen. Empört geben sie zur Antwort: „Kümmert euch um die Hausbesetzer und Krawallbrüder, die Steine und Bomben auf euch schmeißen. Wir sind doch mit der Polizei auf einer Seite. Helft uns lieber ..."

Fortsetzung von vorheriger Seite

später nimmt der jetzt 20jährige Michael Stange — Vorsitzender der KA-Jugendorganisation ,,Konservative Jugend Deutschlands'' — mit einigen Gleichgesinnten die Spitzhacke in die Hand und macht aus Worten Taten. Am 17. Juni 1985 wird ein Loch in die Mauer geschlagen.

Die Opas der KA, vor der Aktion noch zaudernd, erheben anschließend ihr Haupt zum Himmel: ,,*Beten wir alle, daß unser geliebtes Vaterland mit diesen jungen Leuten eine hoffnungsfrohe Zukunft bekommt. Beten wir alle dafür, daß die größte Bestie der Menschheit — der Kommunismus — eines Tages sein Ende finden wird.*'' (Chlodwig Prinz zur Lippe, 75, s.o.)

Zum Gründungskongreß der ,,Konservativen Jugend Deutschlands'' (17.-19. Juni 1983) (,,Tag der Deutschen Einheit''!) in West-Berlin vermerkten die Jung-Konservativen noch bitter, der damalige Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Richard von Weizsäcker, hätte sich von der Versammlung distanziert. Hilfe kam — natürlich — von Heinrich Lummer, der stellte als Innensenator Räume für die Veranstaltung zur Verfügung. Strauß richtete per Video ,,ein paar freundliche Worte'' an die Radikalen.

Mit der Demokratie haperte es auf der Versammlung allerdings ein wenig: einem 14jährigen gefiel es nicht, daß M. Stange den Versammelten als Vorsitzender präsentiert wurde (vgl. ,,criticon''). Aufsteiger müssen halt gezielt aufgebaut werden. Pech für das Fußvolk.

Denn er, Andreas Espenschied und Frank Berlep überbrachten dem persönlichen Referenten von US-Präsident Reagan eine Mappe mit Berichten über die Pro-USA-Kampagne der KA (,,Weiße Rosen für Amerikaner''). KA-Jung-Aktivisten verteilten vor amerikanischen Kasernen weiße Rosen und Tonbänder als Zeichen der Freundschaft zwischen US-Soldaten und ,,Bevölkerung'', aus Dankbarkeit für den Schutz durch US-Atomwaffen. Gedacht war diese Aktion als Provokation und Antwort auf die Kampagnen der Friedensbewegung. US-Außenminister Bush wurde später als begeisterter KA-Fan abgebildet. Weitere Beispiele für die KA-Aktivitäten sind im Hamburg-Kasten zusammengestellt.

Und heute: Freiheit für Hess

,,*Nach langem Überlegen hat sich die Konservative Aktion entschlossen, eine große Kampagne für die Freiheit des alten Mannes zu starten. Auch auf die Gefahr hin, daß wir deswegen als ,ewig Gestrige' oder gar ,Nazis' beschimpft werden.*'' Was mag wohl den Fünften im Bunde des Geschäftsführenden Vorstandes der Konservativen Aktion dazu bewogen haben, so lange nachzudenken? Verfügt er doch über einschlägige Erfahrungen! Sein Name: Dr. Jochen Rothard, 1977 Bürgermeister von Soltau, Kreisvorsitzender der rechten CDU-Abspaltung ,,Freie Union'', Rechtsanwalt und Berater der Frau Herbert Kapplers bei der Aushandlung des Exklusiv-Vertrages mit der Zeitschrift ,,Bunte''. Damals ging es um die Geschichte des aus italienischer Haft 1977 geflüchteten Kriegsverbrechers Kappler.

Antifa-Kommission
KB Hamburg

»Ich bereue nichts!«

Heß will 'Recht' nicht 'Gnade'

Da sitzt ein ,,alter, einsamer Greis'' allein in einem für 600 Gefangene errichteten Knast in Berlin-Spandau unter schwerer Bewachung, der die ,,Hoffnung auf einen gnädigen Tod im Kreis seiner Familie nicht aufgeben wird.'' So umreißt eines der Einladungsschreiben der ,,Konservativen Aktion'' zum ,,Kongreß Freiheit für Rudolf Heß'' am 30. November die Situation. Was die KA — ebenso wie andere Epigonen dieses ,,Freiheitskampfes'' — nicht erwähnt, ist die Geschichte eines Faschisten, der bereits in der Frühzeit der NSDAP in dieser tätig war und bis heute, protegiert von den verschiedensten Kräften, dazu steht.

Ein Faschist der ersten Stunde

Der 1894 in Alexandria/Ägypten geborene Heß hatte sich bereits als Kriegsfreiwilliger 1914 durch ,,fanatischen Nationalismus'' (1) hervorgetan.

1918 ohne besondere Auszeichnung demobilisiert, gelangte Heß an der Uni München schnell unter die Fittiche des imperialistischen ,,Geopolitikers'' Karl Haushofers, über welchen er zahlreiche Kontakte u.a. in die konterrevolutionäre Freikorpsszene sowie zur verschwörerischen ,,Thule-Gesellschaft'', in der sich 1919 die verschiedensten nationalistischen und militant antikommunistischen Vereine sammelten, aufbauen konnte.

Im Kreise der Putschisten, die sich intensivst des Terrors zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienten, avancierte Heß zu einem der eifrigsten Waffenbeschaffer, der nebenbei verantwortlich war für die Rekrutierung von Freiwilligen, der Infiltration linker Organisationen sowie der Organisation von Dokumentenfälschung.

Heß war es, der den Reichswehr-Spitzel Adolf Hitler innerhalb der 1920 aus diesen Kreisen gegründeten NSDAP zum diktatorischen Vorsitzenden hochputschte, ihm die Türen zu Vertretern der Bourgeoisie öffnete und die nötigen politischen Kontakte herstellte. In der Erkenntnis, daß eine faschistische Partei für ihr Fassade eines fähigen und militanten Demagogen bedürfe, war Heß einer der ,,ersten und aktivsten Schöpfer und Verbreiter des Hitler-Mythos und der Führerlegende.'' (2) In den folgenden Jahren wich Heß dem ,,Führer'' nicht mehr von der Seite: Er begleitete ihn auf allen Reisen, er bewohnte freiwillig den Landsberger Knast, um den dort unter höchst angenehmen Bedingungen inhaftierten Hitler bei der Abfassung seiner Machwerks ,,Mein Kampf'' ausgiebig zu unterstützen (3). Wahrlich verdientermaßen lohnten es ihm die Faschisten 1933 mit der Ernennung zum ,,Stellvertreter des Führers'', der ,,in allen Fragen der Parteiführung in meinem (Hitlers, d.V.) Namen zu entscheiden'' (4) bevollmächtigt war, sowie zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich. In dieser Stellung wirkte Heß bis 1941 sowohl als ,,Kettenhund der Partei'', der an verschiedenen Disziplinierungsaktionen beteiligt war (5), als auch als Funktionär, an dem kein Gesetzentwurf vorbei realisiert werden konnte. Heß war maßgeblich an der Inkraftsetzung der Nürnberger Rassegesetze, an der Ausarbeitung von Sanktionen gegen Juden und Polen in den besetzten Gebieten (6) sowie der ,,staatsrechtlichen Verankerung'' der Diktatur beteiligt. Als Multifunktionär war Heß beteiligt an der Organisation der SS und der Waffen-SS, der Kontrolle der Spionageaktionen der ,,Auslandsorganisation'' (7) usw. usf.

Der ,,Friedensflieger''

Diese ,,glänzende Karriere'' fand jedoch 1941 ein jähes Ende: Im Mai flog Heß, in der Tasche ein von ihm verfaßtes Memorandum an die britische Regierung, alleine nach England. Sein Ziel: Ein Separatfrieden zwischen Deutschland und Großbritannien, der die Teilung der Interessensphären — wohlgemerkt: fünf Wochen vor dem Überfall auf die Sowjetunion! — besiegeln sollte (8).

Zwar leugnete Heß lachend im Verhör, auf Anweisung Hitlers unterwegs zu sein; allerdings liegt eine entsprechende Beauftragung nahe:

— So hatten Heß und Hitler schon in ,,Mein Kampf'' grundsätzlich als Ziel herausgestellt, ein derartiges Abkommen zu erreichen (9);

— so war es militärisch nicht unsinnig, das Ende der seit Oktober 1940 eh militärisch stagnierenden und kaum zu verändernden Front England-Deutschland (10) auf dem politischen Verhandlungswege zugunsten eines freien Rückens für den Überfall auf die UdSSR erreichen zu wollen;

— ebenso mutet es schon merkwürdig an, daß Heß nach zwei ähnlichen, gescheiterten Flugversuchen im Januar und im Februar/März 1941 gegen den Willen der NSDAP-Führung mit seiner Maschine die deutschen Abwehrlinien unbehelligt passieren konnte (11);

— und gleichermaßen waren die harmlosen Reaktionen der Führung auf die Bekanntgabe des angeblich eigenverantwortlichen Heß-Unternehmens bemerkenswert gnädig.

Jedoch, England akzeptierte das Angebot nicht, nahm Heß in Haft und präsentierte ihn fünf Jahre später vor dem Interalliierten Militärgerichtshof (IMT) in Nürnberg als einen der 24 angeklagten Hauptkriegsverbrecher.

In diesem Verfahren wurde Heß, gegen das Votum des sowjetischen Tribunalangehörigen, der mit ,,Rücksicht darauf, (...) daß er (Heß, d.V.) eine entscheidende Rolle bei der Begehung der Verbrechen des Naziregimes spielte'' (127, die Todesstrafe forderte, ,,lediglich'' wegen der ,,Planung und Verbreitung eines Angriffskrieges'' und nicht wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu lebenslänglicher Haft im ,,Spandau Allied Prison'' verurteilt). Das war eine ganz offensichtliche Honorierung seiner antisowjetischen ,,Friedensaktion'', zumal Heß in seinem Schlußwort noch einmal resümmierend festhielt, ,,*daß ich meine Pflicht getan habe meinem Volk gegenüber, meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann meines Führers. Ich bereue nichts! Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt.*'' (13)

Ungebrochener Einzelhäftling

Ungeachtet der Strafe, ungeachtet auch der Situation, daß Heß seit dem Jahr 1966, in dem die Naziverbrecher Speer und von Schirach ihre Strafe abgesessen hatten, der ,,Letzte von Spandau'' ist, hält er bis heute daran fest, ,,unrechtmäßig'' in Haft zu sitzen:

— Ein zweifellos schwer zu verdauendes Freilassungsangebot unter der Voraussetzung, daß er sich am Wiederaufbau in der DDR beteilige, schlug Heß Mitte der fünfziger Jahre aus (14);

— Bis 1969 lehnte es Heß als mit seiner Würde nicht vereinbar ab, im Gefängnis Angehörigen-Besuch zu empfangen (15);

— 1971 verstieg er sich in den Gedanken, ein Anrecht auf den Friedensnobelpreis zu haben (was wenige Jahre später tatsächlich von interessierter Seite vorgeschlagen wurde!) (16);

— 1975 wurde mitgeteilt, daß Heß in Gesprächen ausdrücklich vertreten habe, ,,*daß er noch einmal denselben Weg gehen würde und daß es sein größter Wunsch sei, Deutschland wieder zu seiner ehemaligen Größe wie vor dem Ersten Weltkrieg zu führen.*'' (17);

— und die UdSSR lehnte 1979 eine Begnadigung mit dem Hinweis auf eine offensichtliche Rehabilitierung des Naziregimes, ,,für dessen bevollmächtigten Vertreter er (Heß, d.V.) sich auch heute noch hält'' ab. (18)

Tatsächlich ist diese Haltung bis heute durchgängig. So stellt die ,,Konservative Aktion'' in ihrer Einladung für den von ihr geplanten Hamburger ,,Freiheitskongreß'' fest: ***,,(Wolf Rüdiger Heß) hat uns aber auch klar gemacht, daß sein Vater — trotz der schweren Haft — ein Gnadengesuch ablehnt, weil er keine Gnade, sondern Recht verlangt.''***

Eine braune ,,Hilfsgemeinde''

Gerade diese unbeugsame Haltung hat Heß — mehr als seine wenigen noch inhaftierten Gesinnungsgenossen — zum Symbol für sämtliche alt- und neofaschistischen Kreise außerhalb der Knastmauern werden lassen. Heß ist und war in seiner symbolischen Funktion ein allgemeinverbindlicher Konsens dieser und darüber hinaus gehender Kreise.

Seit Jahren, faktisch seit seiner Inhaftierung, läuft die ,,Kampagne Freiheit für Rudolf Heß'' kontinuierlich mit regelmäßigen Höhepunkten z.B. zu seinen Geburtstagen oder auch, wie jetzt, zur 40jährigen Verurteilung.

Die Bandbreite der Aktionen geht von permanenter Agitation und Propaganda (Aufkleber, Flugblätter, Plakate, Medaillen — ein lukratives Geschäft!) über durch ihre Penetranz gekennzeichnete diplomatische und juristische Schritte (mit entsprechend breitem Öffentlichkeitseffekt) bis hin zur Planung terroristischer Befreiungsversuche. Hier eine beileibe nicht vollständige Auswahl:

— Herausgabe von Heß-Briefen und -Biographien durch den Druffel-Verlag seit Beginn der 60er Jahre;
— Aktionen und Kundgebungen Anfang der 70er durch Roeder, Schönborn, Christoffersen;
— Kampagne der verschiedensten Gruppen 1975;
— Planung der Vergiftung der Spandauer Wachmannschaften durch den ANSler Stubbemann 1977;
— Fackelmärsche und Gründung von ,,amnesty national'' durch NPD 1978;
— Engagement auf verschiedenen Ebenen durch HIAG und ,,Stille Hilfe'';
— Vorträge etc. des DKEG 1978;
— Austausch-Versuch von gestohlenen NATO-Papieren gegen Heß durch NSDAP/AO-Mitglieder 1978;
— Befreiunsübungen der WSG Hoffmann;
— Gründung der ,,Kampfgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß'' durch Hannoveraner NSDAPler 1978;
— Vorwurf gegen Kühnen u.a. im Bückeburger Prozeß: Vorbereitung einer Befreiungsaktion 1979;
— Kontinuierliche Berichterstattung durch das neofaschistische Magazin ,,Mut'';
— Kampagne der ANS ,,Rudolf Heß — Märtyrer für den Frieden 1984;
— Vortragsreihe der DVU mit Irving

WOLF RUDIGER HESS

29. September 1985

Lieber Freund der Konservativen Aktion!

Ich habe Ihnen zu danken, daß Sie sich so mutig für die Freilassung [meines] Vaters einsetzen.
Viele Menschen glauben vielleicht daß Ihr Einsatz keinen Erfolg haben wird. Lassen Sie sich dadurch nicht entmutigen. Wenn es uns gemeinsam gelingt, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, die die Verantwortlichen um ihn errichtet, dann hat er noch die Chance in Freiheit zu sterben.
Menschenrechte sind unteilbar. Sie haben auch für meinen Vater zu gelten.
Ihr W.R.H.

»Konservative Aktion« macht mobil

Nationaler »Freiheitskongreß« für die Freilassung von Rudolf Heß geplant

,,*Hereintragen der Fahnen von* **allen** (Hervorhebung im Original) *deutschen Ländern. Dazu das Geläut der Freiheitsglocke und die Melodie der deutschen Nationalhymne*'', so soll der ,,Kongress der Deutschen Konservativen'' beginnen, den die ,,Konservative Aktion'' am 30.11. und 1.12. in Hamburg abhalten will.

Der Kongress soll im Zeichen einer ,,*Deutschen Politik der konservativen Erneuerung*'' stehen. Geplante Themenschwerpunkte sind u.a. ,,*Deutschland muß wieder eins werden*'', ,,*Ausländer und Abtreibung/Untergang der deutschen Nation*'', ,,*Innere Sicherheit*'' — ausgerechnet mit dem ehemaligen VS-Chef Hamburgs, Horchem, der kürzlich in einer ZDF-Expertenrunde zum Thema Terrorismus die Tötung von Terroristen öffentlich propagierte. Offenbar hat Horchem inzwischen in der ,,Konservativen Aktion'' eine neue politische Heimat gefunden. Schließlich ist ZDF-Moderator G. Löwenthal einer der rührigsten Aktivisten dieses Vereins.

Neben dem Fahnenaufmarsch und dem Absingen der Nationalhymne in allen drei Strophen soll der Kongress umrahmt werden von einem nächtlichen Fackelmarsch zur Alster mit ,,Großem Feuerwerk für die unterdrückten Deutschen im kommunistischen Machtbereich'', sowie mehreren ,,Spontan-Aktionen'' der ,,Konservativen Jugend Deutschlands''.

Über all dies hinaus soll der Kongress der Höhepunkt einer internationalen Kampagne zur Freilassung von Rudolf Heß werden, des letzten noch in Spandau/West-Berlin einsitzenden Naziverbrechers. Er wurde 1946 vom Nürnberger Tribunal als einer der Hauptkriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Kampagne soll sich — wie der ganze Kongress — hauptsächlich an Jugendliche wenden. ,,Zu Tausenden müssen wir sie zu unserem Freiheitskongress nach Hamburg bringen'', heißt es in der öffentlich verbreiteten Einladung. ,,Für jedermann muß sichtbar werden, daß gerade die deutsche Jugend für die Freiheit von Rudolf Heß kämpft.''

Wie alle Aktionen der ,,Konservativen Aktion'' in der Vergangenheit ist auch dieser Kongress bewußt provokativ angelegt, um polarisierend von rechtsaußen in den rechten Rand der CDU und CSU hineinzuwirken. Auch wenn die ,,Konservative Aktion'' bei ihren letzten Auftritten, wie z.B. zum 17. Juni 1984 in West-Berlin, nicht besonders erfolgreich war, müssen die Aktivitäten dieses Vereins ernst genommen werden.

Hervorgegangen aus dem Aktionsbündnis zum Tod von Günter Sare Anfang Oktober, zur Verhinderung des Aufmarsches der SS-HIAG Ende Oktober hat sich erneut ein Aktionsbündnis gebildet, das zur Verhinderung des Kongresse aufruft. An dem Bündnis beteiligt sind bisher von Jusos über DKP, VVN, GAL, KB, Volksfront bis hin zu verschiedenen Gruppen der Autonomen das gesamte Spektrum der Hamburger Linken. Nicht beteiligt ist die ,,harte'' Fraktion des Autonomen Plenums, deren Gruppen seit der Auseinandersetzung um den Hamburger ,taz'-Konflikt auf Bündnisverhandlungen nich mehr gesehen wurden.

F.

zum ,,Geheimnis von Rudolf Heß'' 1984;
— Aktionen und Betreuung durch die HNG;
— Solidaritätsaktionen in Chile, Spanien und insbesondere Südafrika; usw.

Ein Kulminations- und Mittelpunkt der ganzen Gewegung ist die 1967 gegründete ,,Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß'' (HRFH). Unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundesjustizministers und bereits Anfang der sechziger Jahre als Verfechter einer Einhaltung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen hervorgetretenen Ewald Bucher sowie des Heß-Sohnes Wolf Rüdiger (der auch die diesjährigen KA-Aktivitäten z.B. durch einen persönlichen Brief an die Geladenen unterstützt), liefen und laufen in diesem Verein einerseits die verschiedenen Aktivitäten zusammen, andererseits gehen von ihm wesentliche Impulse in alle Richtungen aus.

Seien es Veröffentlichungen oder Unterschriftensammlungen, offene Briefe oder juristische Schritte: mit Hartnäckigkeit wird hier grundlegend die politische Kritik an einem ,,Unrechtsurteil'', an einer ,,Unrechtshaft'' formuliert, aber auch, mit schlichten Lügen und Horrorgeschichten über die angeblich ,,inhumane'' Seite der Haft, Anknüpfungspunkte für bürgerliche und liberale Gruppen geschaffen.

,,Humanitäre Stützen''

Mit dem Argument der ,,humanitären Hilfe'' begannen letztgenannte Kreise bereits in den 50er Jahren — im Rahmen einer generellen ,,Integrationspolitik'' (19) — mit diplomatischen Freilassungsbemühungen. So drängte Adenauer z.B. schon Anfang 1954 auf eine Straferleichterung für die Spandauer Häftlinge gegenüber den Westalliierten. (20)

Es verwundert nicht, daß insbesondere durch Mitglieder der CDU/CSU immer wieder die ,,Problematik Heß'' aufs Tapet gebracht wurde. Neben permanenten, oftmals mit pathetischer Erregtheit vorgebrachten Anfragen im Parlament, waren sie sich nicht zu schade, direkt z.B. die Aktivitäten der HFRH zu unterstützen — als etwa 1975 die gesamte Bremer CDU-Fraktion einer Kundgebung der HFRH ihre Grüße zukommen ließ (22) —, bei den Alliierten vorstellig zu werden, wie es Strauß u.a. 1977 tat (21), oder auch, natürlich aus ,,humanitären Gründen'', die Haft als ,,jeder rechtlichen Grundlage entbehrend'' anzugreifen (24).

Weiter ist beachtlich, daß auch SPD und FDP nie Schwierigkeiten mit dem Engagement für Heß hatten: Seit 1973 machte sich z.B. die Bundesregierung

Gründen'', die Haft als ,,jeder rechtlichen Grundlage entbehrend'' anzugreifen (24).

Weiter ist beachtlich, daß auch SPD und FDP nie Schwierigkeiten mit dem Engagement für Heß hatten: Seit 1973 machte sich z.B. die Bundesregierung

für die Freilassung stark (25), bekundete auf entsprechende Anfragen wiederholt, sie würde sich ,,seit vielen Jahren (...) bei den Gewährsmächten dafür ein(setzen), daß Rudolf Heß aus humanitären Gründen begnadigt wird'' (26) und vertrat die Heß-Interessen, etwa durch Helmut Schmidt, sogar auf Gipfeltreffen (27).

Auch der niedersächsische Ministerpräsidentenkandidat der SPD, Gerhard Schröder, wandte sich, die Naziverbrechen Heß' betonend, gegen ,,das weitere Einsperren eines Symbols'' (28).

Mehr als bedauerlich aber ist darüber hinaus, daß sich etliche bekannte bürgerliche-Liberale und Linke für die Freilassung aus humanitären Gründen aussprechen, denen man tatsächlich schwerlich Kungelei mit Neonazis vorwerfen kann. Dazu gehören z.B. Medien wie die taz, die sich 1980 nicht entblöden konnte, ,,Freiheit für Rudolf Heß'' zu fordern (29), ohne die politischen Umstände mit einem Wort zu würdigen.

Wie zynisch gerade mit der ,,humanitären Frage im Fall Heß'' abgrundtief schändliche Erpressungspolitik betrieben werden kann, exerzierte der CSU-Staatsminister Mertes gekonnt vor: **Anstatt** die jährlich von der BRD aufzubringenden 2,36 Mio. DM zur Unterhaltung des Spandauer Knastes einzusetzen, sei es doch — als ob die Berechtigung auf Entschädigung an das Wohlergehen eines für die Notwendigkeit dieser Entschädigung überhaupt Mitverantwortlichen geknüpft sei! — besser, diese Gelder ,,besonders hart getroffenen NS-Opfern in Israel und Polen zugute kommen zu lassen.'' (30)

Nürnberger Unrecht?

Zudem ist die Freilassung des ,,Letzten von Spandau'' aus humanitären Gründen eine — insbesondere von den Rechten — ganz **offensichtlich** vorgeschobene Begründung. Neben der unbestreitbaren Tatsache, daß sich gerade unter den Nazis doch die hemmungslosesten Befürworter der Todesstrafe u.ä.m. befinden, geht selbst die so ,,humanitär'' argumentierende HFRH grundsätzlich von der gnadenlosen Legitimation einer lebenslangen Haft aus, wie sie z.B. durch den zeitweiligen Heß-Anwalt, Roeder-Verteidiger und Mitbegründer der Schönborn'schen ,,Grünen Aktion Deutschland'', Eberhard Engelhardt (31), in ihren eigenen Publikationen verbreiten läßt: ,,Selbstverständlich gibt es Fälle, in denen eine lebenslängliche Strafe auch lebenslänglich vollstreckt werden muß. Sonst wäre es eine Farce, sie im Gesetz überhaupt zu erwähnen.'' (32)

Für wen eine derartige Gnadenlosigkeit u.U. in Betracht käme, verdeutlichten z.B. auf einer HFRH-Kundgebung 1975 in München ausgegebene Parolen; ,,Laßt Heß frei — Brandt und Wehner nach Spandau!'' (33)

Derartige ,,humanitäre'' Positionen ließen sich zuhauf zitieren. Sie verdeutlichen nur, daß es im **Kern** der ganzen Geschichte neben dem Individuum Heß vielmehr um **politische** Ziele geht, die eben auch für bürgerliche Kreise ihre Reize haben. Oder deutlich, wie es die ,,Konservative Aktion'' in ihrem diesjährigen Einladungsschreiben betont: Es geht um ,,die Würde unseres deutschen Vaterlandes'', besser noch: um die **Wiederherstellung** dieser Würde.

Was diese beinhaltet, zeigt sich an den, speziell z.B. von dem seit den Nürnberger Prozessen um seinen Mandanten Heß besorgten Rechtsanwalt und ehemaligen CSU-Innenminister in Bayern, Alfred Seidl, vorgebrachten juristischen und politischen Argumentationen. Mit Hinweis auf die ,,lediglich'' in einem Punkt der Anklage (Planung eines Angriffskrieges) begründeten Verurteilung Heß', zielen diese auf die **Revidierung** der Nürnberger Urteile als ,,Unrecht'', auf die Klassifizierung des IMT als einem ,,illegalen'' und mit ,,Rechtsfehlern behafteten'' Besatzungsgericht (34) hin.

Darüber hinaus liegt die Stoßrichtung aber in der Leugnung der Besonderheit des deutschen Faschismus insgesamt und somit nicht nur seiner Rehabilitierung, sondern auch seiner **Legalisierung**. Wie, so fragen die Heß-Freunde, ist es möglich, daß ein aufrechter Deutscher persönlich für die Anzettelung eines Krieges verurteilt wird, wenn sich seine Richter im Laufe der Zeit doch selber in dieser Hinsicht reichlich mit Blut bekleckert hätten? Der Krieg der Nazis sei eben ein ,,normal'' imperialistischer Krieg gewesen, also: ,,Gleiches Recht für alle am Krieg beteiligten Nationen!'' (35)

Damit wird nichts anderes gefordert als die ,,gleichberechtigte'' Aufnahme

reichlich mit Blut bekleckert hätten? Der Krieg der Nazis sei eben ein ,,normal'' imperialistischer Krieg gewesen, also: ,,Gleiches Recht für alle am Krieg beteiligten Nationen!'' (35)

Damit wird nichts anderes gefordert als die ,,gleichberechtigte'' Aufnahme

der BRD in das westliche Bündnis, die ,,Gleichberechtigung'' eines — vielleicht mit ,,Exzessen'' behafteten, aber: — ,,normal'' imperialistischen Deutschlands und nicht zuletzt — in einer Linie mit Nesselwang, Bitburg und neuem Traditionserlaß — der Schlußstrich unter 40 lange Jahre ,,vergebliche Umerziehung'' einer alliierten ,,Schein- und Rachejustiz'' (36). Es geht hier, wie die ,,Konservative Aktion'' festhält, nicht um ,,Gnade, sondern Recht'', insbesondere dem anvisierten Hauptfeind, der Sowjetunion, gegenüber. Gerade die sei es, die einer Freilassung Heß' im Wege stünde, gerade sie sei es, die unbeugsam die weitere Inhaftierung verlange und damit den ,,Tatbestand eines Verbrechens'' (37) erfülle.

Ein Argument, das eben nicht nur durch die Nazis, sondern auch mit wachsendem Vergnügen von **allen** bürgerlichen und liberalen Freilassungsbefürwortern ohne wenn und aber penetrant ins Feld geführt wird. Und speziell weil diese Schuldzuweisung allgemeiner Konsens ist, satteln die Rechten noch drauf: Heß könne, so z.B. Seidl (38), längst frei sein, wenn die Westalliierten endlich einmal entschieden Druck machen würden, wenn sie Spandau einfach platzen und sich nicht immer wieder dem ,,Njet der Russen'' beugen würden. Der unsägliche und einschlägig bekannte ,,Historiker'' David Irving gar stellte, diese antisowjetische Richtung unterstützend, klar, daß die ,,Mißachtung der Friedensvorschläge Heß' '' überhaupt verantwortlich sei ,,für das Vordringen der Sowjets ins Herz Europas.'' (39)

Menschenrechte? — Her damit!!

Es sei hier nochmals betont, daß es in der Auseinandersetzung um die Freilassung leider nicht um das Individuum Heß gehen **kann**, solange dieser als ,,Ich bereue nichts''-Nazi mit der Funktion eines ,,sieghaften Symbols gegen (...) vergebliche Umerziehung und Rechtlosigkeit'' (40) inhaftiert ist.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein 92jähriger mit all seinen altersbedingten Gebrechen — trotz der im Gegensatz zur Nazipropaganda relativ guten Haftbedingungen — im Grunde haftunfähig ist. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß eine fortschrittliche Politik als Ziel die Auflösung der Knäste zugunsten humaner Maßnahmen im Auge behalten muß, ebenso wie die generelle **Verwirklichung** von Menschenrechten, wenn sie die Möglichkeit dazu hat. Gerade deswegen aber muß zur Kenntnis genommen werden, daß Heß als nach wie vor auf sein ,,Recht'' pochender Nazi, als leibhaftige Verkörperung eines zu seiner Vergangenheit stehenden faschistischen Funktionärs und ,,unrechtmäßig Verfolgten'' eine Symbolfigur nicht für Antifaschisten, sondern vielmehr für Nazis und bürgerlichen Staat ist.

Die Freilassung von Heß ist für diese der Baustein, der im Puzzle allgemeiner und langjähriger Rehabilitations- und Integrationsbestrebungen noch fehlt! Weil der ,,Fall Heß'' genau diesen Baustein darstellt (und auch dar-

für Nazis und bürgerlichen Staat ist.

Die Freilassung von Heß ist für diese der Baustein, der im Puzzle allgemeiner und langjähriger Rehabilitations- und Integrationsbestrebungen noch fehlt! Weil der ,,Fall Heß'' genau diesen Baustein darstellt (und auch dar-

stellen **will**) in einem Land, in dem Nazis gedeckt und ,,integriert'', ihre Verbrechen staatlicherseits angeleiert oder vertuscht, die Vergangenheit ,,normalisiert'' werden soll, in dem Antifaschisten jedoch geknüppelt, über den Haufen gefahren und unter unmenschlichsten Bedingungen eingeknastet werden — eben deshalb wäre die Freilassung von Heß ein **politischer** und kein individuell ,,humaner'' Schritt. Eben deshalb auch muß heute noch gelten, was der Antifaschist Arie Goral 1977 beispielhaft auf den Punkt brachte: *,,Wenn wir in einer intakten politischen, in einer klaren antifaschistischen Umwelt leben würden, wo systematisch erzogen wird und klargemacht wird, was Faschismus ist und wo er anfängt, dann könnte Herr X nach Hause gehen, dann würde man lachen, er würde ein armer Narr sein.''* (41)

Dem allerdings, und wer wollte das ernsthaft bestreiten, ist **bedauerlicherweise** nicht so. Es gibt viel zu tun ...

Pe.

Quellen und Anmerkungen:
1. Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP, Köln 1982, S. 208
2. ebd., S. 276
3. Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Ffm 1984, S. 454
4. Zit. nach: Nikitschenko: Abweichende Meinung des sowjetischen Mitglieds des IMT zum Strafmaß des Angeklagten Rudolf Heß, 1.10.1946. Zit. in: Das Urteil von Nürnberg 1946, München 1977, S. 282
5. z.B. die Liquidierung Röhms 1934 und die folgenden exzessiven Hinrichtungen, die Heß mit den Worten, daß ,,eben bei Meutereien jeder zehnte Mann, ob schuldig oder nicht, erschossen werde'', legigimierte. Vgl. ,,Deutschland-Berichte der SoPaDe'', 1934, Ffm 1980, S. 249
6. vgl. Vespignani: Faschismus, Westberlin 1976, S. 49 u. 160
7. vgl. bei Delarue: Geschichte der Gestapo, Düsseldorf 1979, S. 95
8. Danach sollte Deutschland freie Hand in Europa und Richtung Osten, England in seinen Kolonien und Übersee insgesamt erhalten.
9. vgl. bei Opitz, 1984, S. 111 f.
10. vgl. dazu AK 255, 11.2.85
11. vgl. die Ausführungen des ehemaligen AO-Leiters Bohle, zit. in: Kempner: Das 3. Reich im Kreuzverhör, Düsseldorf 1980, S. 105 ff.
12. so Nikitchenko als abschließende Bemerkung, in: Das Urteil ..., 1977, a.a.O., S. 285
13. zit. in: stern, 5.5.83
14. Nach Angaben des Heß-Sohns in: FAZ, 2.5.84
15. stern, 5.5.83
16. stern, 26.4.84
17. FAZ, 5.1.79
18. dpa, 5.1.79
19. sh. AK 263, 21.10.85 zur HIAG
20. z.B. 1977, sh. HRFH: ,,Spandau-Report'', 1978, 5. Folge, und 1979, sh. ,,Münstersche Zeitung'', 4.4.79
21. ?
22. Antifa-Komm.: NSDAP — Propagandisten unter der Lupe, Hamburg 1977, S. 79
23. FR, 9.8.77
24. so der nds. CDU-Vorsitzende Hasselmann, zit. in: DNZ, 4/79
25. Antifa-Komm., 1977, S. 79
26. Staatsminister v. Dohnanyi, zit. in: ,,Spandau-Report'' 1978
27. z.B. 1979 in Guadeloupe, nach RN, 30.1.79
28. Münstersche Zeitung, 10.1.79
29. taz, 28.10.80
30. FR, 5.4.84
31. konkret 8/82 und AK 69, 11/75
32. ,,Spandau-Report'', a.a.O.
33. AK 69, 11/75
34. vgl. Seidls Brief an Helmut Schmidt, in: DNZ, 12/79
35. wie es z.B. Kühnen prägnant auf den Punkt brachte, in: ,,Bauernschaft'', 2/85. Nebenbei ist dies eine zweifellos berechtigte Frage, die aber doch wohl kaum zugunsten

31. konkret 8/82 und AK 69, 11/75
32. ,,Spandau-Report'', a.a.O.
33. AK 69, 11/75
34. vgl. Seidls Brief an Helmut Schmidt, in: DNZ, 12/79
35. wie es z.B. Kühnen prägnant auf den Punkt brachte, in: ,,Bauernschaft'', 2/85. Nebenbei ist dies eine zweifellos berechtigte Frage, die aber doch wohl kaum zugunsten

der Kriegsverbrecher gelöst werden kann!
36. wie sich z.B. Roeder und Schönborn artikulieren, in: Antifa-Komm., 1977, S. 77
37. Seidl nach: DNZ, 20.6.80
38. in ,,Welt'', 9.5.84
39. auf einer DVU-Veranstaltung 1984, nach: DVZ, 23.3.84
40. so z.B. Roeder, in: Antifa-Komm., 1977, S. 77. Die Liste derartiger Äußerungen ließe sich beliebig fortsetzen.
41. Beitrag während der Podiumsdiskussion ,,Sollen Naziverbrecher begnadigt werden?'', Dokumentation gleichen Titels, Hamburg 1977, S. 31

Hamburg: SS-HIAG-Treffen verhindert

Das für den 26.10. in Hamburg angekündigte Jubiläumstreffen der SS-HIAG zu ihrem 35-jährigen Bestehen (siehe Ak 263, S. 30) hat nicht stattgefunden. Im Anschluß an ihre erfolgreiche Verhinderungskampagne veröffentlichte das ,,Aktionsbündis gegen die SS-HIAG'' dazu folgende Presseerklärung:

,,1) Wir haben verhindert, daß die HIAG in der von ihr angekündigten provokativen Art und Weise ihr Treffen in Hamburg durchführen konnte. Es bleibt offen, ob die HIAG in der Lage war, sich in einem anderen Ort in aller Stille zu treffen. Wir haben heute mit einer Demonstration von 2.000 Menschen die Ablehnung faschistischer Ideen deutlich gemacht. Dies sehen wir insgesamt als Erfolg.

2) Unsere Demonstration konnte das Treffen der Faschisten politisch verhindern, obwohl der Hamburger Senat durch die Person des Staatsrates Rabels hat bekannt geben lassen, daß der Senat grundsätzlich ein Versammlungsrecht für Nazis sieht, und bereit ist, das Treffen unter Polizeischutz stattfinden zu lassen.

3) Wir werden auch weiterhin an unserem Bündnis festhalten, um auch weiterhin Treffen und Aufmärsche von faschistischen Organsisationen und Parteien zu verhindern. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf einen Kongress der ,,Konservativen Aktion'' unter dem Motto ,Freiheit für Rudolf Hess' hin, der am 30.11.85 in Hamburg stattfinden soll. Dieser Kongress darf nach unserem Willen nicht stattfinden.''

Die SS-HIAG ihrerseits äußerte sich ebenfalls zu ihrem ausgefallenen Treffen. Die Prägnanz dieser Selbstdarstellung wollen wir unseren Leserinnen und Lesern ebenfalls nicht vorenthalten:

,,Soldaten"

Betr.: Proteste gegen SS-Treffen! (Ihre Ausgabe vom 23. 10. 85)

,,Soldaten"

Betr.: Proteste gegen SS-Treffen! (Ihre Ausgabe vom 23. 10. 85)

Zuerst möchten wir, der Landesverband der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehem. Waffen-SS (HIAG), Hamburg e. V. feststellen, daß wir weder die SS, SIPO, GESTAPO, oder noch eine andere Untergliederung der SS sind, sondern um mit den Worten des ehem. Bundeskanzler Konrad Adenauer, oder/und des Ersten SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumacher zu sprechen: „Soldaten wie andere auch waren!"

Wir haben mit den von den „Friedensgruppen" und sogenannten „demokratischen Vereinigungen" genannten Bullenhauser Damm und Lidice nicht das geringste zu tun. Wir waren Frontsoldaten, von denen der ehem. Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte, daß er immer ein beruhigendes Gefühl hatte, wenn eine Einheit der Waffen-SS in seiner unmittelbaren Nähe lag.

Wir weisen weiter darauf hin, daß Soldaten der ehem. Waffen-SS in allen Parteien tätig sind und vor allem als SPD-Mitglieder in der zivilen Verwaltung hohe und höchste Ämter bekleiden. Wir glauben kaum, daß das der Fall wäre, wenn wir solche Verbrecher wären, wie die „demokratischen Gruppen" uns hinzustellen versuchen.

Wir wissen weiter, daß die treibende Kraft gegen unsere unpolitische Zusammenkunft aus Anlaß unserer 35-Jahrfeier, die VVN/Bund der Antifaschisten ist. Hier handelt es sich um einen Zusammenschluß, der im Verfassungsschutzbericht des Herrn Minister des Innern, als verfassungsfeindlich und linksextremistisch seit Jahren genannt wird. Das selbe trifft auch für die sogenannten „demokratischen Gruppen" zu. Anders dagegen die Landesverbände der HIAG. – Wir sind weder nazistisch/faschistisch, sondern ein aus der Not der Nachkriegszeit entstandener Verein von Frontsoldaten der ehem. Waffen-SS. Kein Traditionsverband, geschweige eine Nachfolgeorganisation!

HIAG – Landesverband Hamburg e. V.
Erster Landessprecher
Franz Schmitz
Warnstedtstr. 27
2000 Hamburg 54

(aus ,,Marburger Anzeiger'', 31.10.85)

Keine noble Geste für J.M.

Unglaublich, aber wahr: Was hierzulande jedem x-beliebigen SSler gegönnt ist, die ewige Ruh', die Achtung wegen der Opferei fürs Vaterland, die Ehrung, soll ausgerechnet einem Ober-Mißbrauchten, Josef Mengele, versagt bleiben. Keiner will ihn haben. Weder in Brasilien noch in der Heimat, ob in Günzburg oder anderswo.

Haben wir es denn nur noch mit Heuchlern zu tun?!

Zum Beispiel Mengele Junior. In der ,,Bunten'', im Zweiten deutschen Fernsehprogramm hat er doch erzählt, klar, Auschwitz sei grauenhaft, aber Vater bleibe Vater.

Und jetzt? Den eigentlichen Vater nicht begraben wollen, oh ist das eine häßliche Gebärde!

Was für eine Familie!

Zum Beispiel Dregger. Totenehrung sei ein ganz wichtiger Bestandteil unserer abendländischen Kultur, hat der Mann gesagt. Alles nur Phrasen?

Zum Beispiel Kohl. ,,Im Toten ehren wir das Bild des Menschen''.

Sprüche?

Schade, daß Boenisch weg ist. Denn es ist doch das letzte, daß man, vierzig Jahre danach, die eigenen Leute nicht mal ordentlich beerdigen darf. Wie damals, bei Oberst Rudel. Wie soll man daraus klug werden? Verständlich ist Unmut über die Benennung einer Anne Frank-Straße in Bergen. Schließlich will man sich nicht ,,mit einem Kainsmal brandmarken lassen''.

In sich stimmig ist die Ablehnung der *Ab*erkennung der Ehrenbürgerschaft eines Adolf Hitler in Dreggers Fulda. (Übrigens auch einstimmig: Grüne Ausschußmitglieder fanden das genauso überflüssig wie ihre Kollegen.) Doch wieso so pietätlos, wenn es um Mengele geht?

Hat der etwa mehr verbrochen als Hitler? Oder ist seine liebe Seele am Ende doch nicht vorm höchsten Richter erschienen? Immerhin soll das israelische Außenministerium einen Brief besitzen, den Mengele nach 1979, das heißt **nach** seinem Ertrinken, geschrieben habe.

Na dann, dann ist ja alles klar. Wenn die Leute einem nur öfters die Wahrheit sagen würden, könnten quälende Mißverständnisse vermieden werden.

E.

Nachtrag

Die Gerüchte um Mengeles Weiterleben wollen nicht verstummen. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft geht jetzt entsprechenden Hinweisen nach. Eine Sprecherin der Organisation der Überlebenden der Mengele-Experimente (,,CANDLES'') in Auschwitz teilte im übrigen mit, Mitte November würden auf einem in den USA stattfindenden Kongreß Zeugen präsentiert werden, die Mengele noch in diesem Jahr lebend gesehen hätten.

Hingegen besteht bei Alois Brunner, Deportationsspezialist der SS in Wien, Berlin, Saloniki, Frankreich und der damaligen Slowakei, kein Zweifel: er lebt. Brunner, der seit 1958 in Syrien unter dem Namen Georg Fischer bzw. Fescoer, beichtet der ,,Bunten'', er sei bereit Syrien zu verlassen, wenn ihm zugesichert wird, nicht an Israel ausgeliefert zu werden. Bereits 1982 war er in Damaskus von Beate und Serge Klarsfeld demaskiert worden. Brunner, Eichmanns ,,rechte Hand'' (Zitat Eichmann), ist verantwortlich für den Tod von über 100.000 Juden. Allein aus Saloniki ließ er 43.000 Juden nach Auschwitz deportieren. Seine letzten Aktionen fanden in Frankreich, ab 1943, statt. Unter anderem ließ er 300 jüdische Kinder deportieren. Kein einziges überlebte.

Brunner wurde 1954 in Abwesenheit in Frankreich zum Tode verurteilt. Österreich, sein Herkunftsland, verlangte bereits 1961 seine Ausweisung aus Syrien. Erst 1984 schaltete sich auch ein deutsches Gericht ein, worauf im Dezember des selben Jahres ein offizielles Auslieferungsersuchen der BRD gegenüber Syrien erfolgte. Wie seine übrigen Compagnons, so er auch: ,,Nein'', sagt er, ,,er kann nicht bereuen, daß er ,das Zeug hinausgeschafft' hat'' (Bunte, 30.10.).

E.

Daimler/AEG:
BRD-Konzerne bereit für Handels- und Weltkrieg

Mit der Einverleibung der AEG ist der Automobilhersteller Daimler Benz — vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes — zum größten Rüstungsproduzenten der BRD aufgestiegen. Die Mehrheitsübernahme bei AEG ist die dritte Übernahme einer Rüstungsfirma durch Daimler in diesem Jahr; im Frühjahr war die Motoren- und Turbinenunion MTU ganz in den Besitz der Daimler-Benz AG übergegangen und im Sommer 65,5 Prozent der Anteile an Dornier. Der Daimler-Konzern ist damit zum größten BRD-Konzern geworden. Diese Konzentration stärkt die beteiligten Konzerne sowohl für den innerimperialistischen Konkurrenzkampf mit japanischen und US-Monopolen wie für die Mitwirkung bei neuen Aufrüstungsvorhaben.

Umstrukturierung in der Automobilindustrie

Daimler steigt in die AEG zu einem Zeitpunkt ein, da die AEG zwar die schwersten Nachwehen des Vergleichsverfahrens 1982 überstanden hat, aber trotz aktueller Gewinne noch erheblich unter Kapitalmangel leidet. Außerdem schleppt die AEG aus den schlechteren Zeiten einen Verlustvortrag von ca. 3 Mrd. Mark mit. Allerdings, so ist eben kapitalistisches Steuerrecht, würde es der Daimler-Benz AG bei einer Beteiligung von 75 Prozent und mehr an AEG möglich sein, über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag diese AEG-Verluste zum eigenen Vorteil steuermindernd zu veranschlagen. Der Steuergewinn könnte mit 1,9 Mrd. Mark den Kaufpreis von 1,6 Mrd. Mark übertreffen.

Immerhin geht es der AEG wieder merklich besser: Nach einem Jahresüberschuß von 37 Mio. Mark 1983 konnten 1984 bereits Gewinne in Höhe von 398 Mio. DM erwirtschaftet werden. Wenn dies auf „eine höhere Wertschöpfung je Mitarbeiter" zurückgeführt wird, verbirgt sich dahinter die immense Ratonalisierung bei AEG in den letzten drei Jahren. Als im Herbst 1982 der Vergleich beantragt wurde, war die Beschäftigtenzahl bereits um 50.000 auf 136.000 Mitarbeiter gesenkt worden, und bis heute sind weitere 66.000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Rund die Hälfte des AEG-Umsatzes von 11 Mrd. Mark soll auf Hochtechnologie-Feldern gemacht werden, die bei AEG insbeondere die Bereiche der Informations-, der Hochfrequenz- und der Kommunikationstechnik betreffen. In der Wehrtechnik hat die AEG 1983 an die 1,9 Mrd. Mark umgesetzt.

Mit dem AEG-Kauf setzt Daimler seine Politik der Diversifizierung fort und folgt damit dem von den großen nordamerikanischen Autoherstellern vorgegebenen Weg. In Erwartung einer neuen Krise im Fahrzeugbau versuchen die kapitalkräftigen Fahrzeugproduzenten, sich neue Produktionsfelder zu erschließen. So kaufte General Motors u.a. das Software-Unternehmen EDS, mit dessen Hilfe neue computerintegrierte Produktionsanlagen errichtet werden sollen und das siebtgrößte US-amerikanische Rüstungsunternehmen Hughes Aircraft Corp., das Satelliten und Flugkörper sowie Radar- und Echolot-Systeme herstellt. Mit dem Erwerb von Gulfstream Aerospace hat sich Chrysler ebenfalls ins Rüstungsgeschäft eingekauft. In der Rüstung setzt der italienische Konzern FIAT bereits 25 Prozent um und japanische Automobilhersteller wollen künftig zehn Prozent ihres Umsatzes im Rüstungsgeschäft machen.

Dornier + AEG + MTU = SDI

Unabhängig davon, ob es zwischen Bundesregierung und US-Administration zu einem offiziellen Rahmenabkommen über die SDI-Beteiligung kommen wird, werden sich westdeutsche Konzerne an SDI beteiligen. Obenan auf den Wunschlisten des Pentagon stehen die Firmen Dornier und Messerschmidt-Bölkow-Blohm/MBB. Beide Firmen sind in der Welt führend bei der Entwicklung weitreichender Ortungs- und Zielsysteme. Die Instrumentenplattform IPS von Dornier hat ihre Feuerprobe bei SDIO-Vorversuchen mit dem Space Shuttle bereits bestanden. Für die kommerzielle Nutzung des Alls ist die Zusammenführung von Dornier und AEG nicht weniger interessant, wurde damit doch erstmals ein westdeutscher Konzern in die Lage versetzt, gänzlich in eigener Regie einen Nachrichten-Satelliten zu bauen. Diese kosten pro Stück einige hundert Millionen Mark und „versprechen Geschäfte über die Jahrtausend-Wende hinaus" (Der Spiegel, 21.10.85).

Erdnahe Kriegswaffen-Systeme werden von dem neuen Super-Konzern in fast allen Arten hergestellt. Ein Blick in die Waffenarsenale der Konzerntöchter zeigt dies.

Die AEG produziert Feuerleitsysteme für den Kampfpanzer „Leopard 2", Flugkörperlenkanlagen für die Panzerabwehrwaffen „Milan", „Hot" und das Luftabwehrsystem „Roland", Elektroniksysteme für die Kampfflugzeuge „Tornado", „Alpha Jet" und „Phantom". — Der „Tornado" fliegt mit einem MTU-Triebwerk, der „Alpha Jet" ist eine Koproduktion von Dornier mit dem französichen Konzern Dassault. — AEG ist aktiv bei der Produktion von Minen, Minenräumgeräten und Torpedos.

Mit Triebwerken aus der Produktion von MTU fliegen u.a. die Flugzeuge „Tornado", „Alpha Jet", „Atlantic" und „Transall"; am Bau der Triebwerke für den „Jäger 90" und den Panzerjagdhubschrauber „PAH 2" soll MTU beteiligt werden. Daneben stelt MTU Motoren für die Panzer „Marder" und „Leopard" und für U-Boote her.

Bleibt noch Dornier, der westdeutsche Luft- und Raumfahrtkonzern, der in fast allen Systemen dieser Waffengattungen, Kampfflugzeugen, Aufklärungsdrohnen CL-289, unbemannten Kampfdrohnen usw. beteiligt ist. Bei einem Gesamtumsatz von 1.255 Mio. DM entfielen 1983 51 Prozent auf die Rüstungsproduktion.

Die Daimler-Benz AG, „bei verschiedenen Versionen von Schwerlastwagen und Transportern" Marktführer und Hauptbeteiligte an den Entwicklungsarbeiten für die neue „Kampfwagengeneration", wird mit der Einverleibung der AEG mit einem Gesamtumsatz von 4,019 Mrd. Mark im Rüstungsgeschäft größter Rüstungsproduzent der BRD und setzt sich damit noch vor MBB. Ein weiterer Coup von Daimler, eine Firma in Baden-Württemberg ins Konzern-Imperium zu integrieren, scheint möglich: „Es liegt nahe, daß bei der Formierung des entsprechenden industriellen Potentials um Daimler Benz herum über kurz oder lang auch die in Karlsruhe gelegenen Industriewerke Karlsruhe AG (IWKA) einbezogen werden: auch sie waren und sind ein technologisch hochstehendes Unternehmen, auch sie waren und sind bereits in der Rüstung tätig, und auch dieses Werk gehört zu einem erheblichen Teil zu einem alten Familienkonzern, dessen Zusammenhalt durch Familienstreitigkeiten gefährdet wird."

Zwei Zentren westdeutscher Rüstung

Neben der Daimler-Benz AG bleibt der MBB-Konzern beherrschendes Zentrum der Rüstung. Auch um diesen Konzern herum hat es in den letzten Monaten Umgruppierungs- und Zentralisationsprozesse gegeben.

Erstens wurde MBB im Winter 1984 Generalunternehmer für den Bau von zehn Minenkampfbooten, obgleich die größten Produktionsanteile mit zwei Dritteln auf die Werften Lürssen, Kröger-Werft und Abeking + Rasmussen für den Schiffsbau und die AEG (!) für die Elektronik entfallen. MBB ist damit erstmalig der große Einstieg in die Marinerüstung gelungen.

Zweitens wird seit einiger Zeit der Boden dafür bereitet, daß MBB von der bundeseigenen Deutschen Industrieanlagen GmbH (DIAG) die Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH übernehmen kann. Die Werner GmbH baut Fabriken für Rüstungs- und Polizeimaterialien, die vornehmlich in die „3. Welt" verkauft werden.

Drittens übernimmt MBB die „industrielle Führung" beim Panzerhersteller Krauss-Maffei aus dem Flick-Imperium. Nachdem ein direkter Einstieg von MBB bei Krauss-Maffei an Vorbehalten des Kartellamtes und politischen Widersprüchen gescheitert war, mußte ein anderer Weg genommen werden. Die Raketentechnik-Gesellschaft (RTG), zu je 50 Prozent eine Tochter von MBB und Diehl, beteiligt sich mit 24,95 Prozent an Krauss-Maffei. Ebenfalls an der Krauss-Maffei-Übernahme beteiligt sind die Dresdner Bank (10,9%), die Bayrische Vereinsbank (10%) und Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (25,45%), die allesamt auch Eigner des MBB-Konzerns sind.

Die beiden Rüstungszentren sind in mehrfacher Weise derart miteinander verflochten, daß ein verschärfter Konkurrenzkampf zwischen beiden eher unwahrscheinlich ist. Da ist erstens die bereits erwähnte Verbindung von MBB mit AEG beim Bau der Minenkampfboote sowie beim MRCA Tornado und beim Hubschrauber PAH 1. Zweitens hat Flick, drittgrößter Aktionär der Daimler-Benz AG, auch an Krauss-Maffei 15 Prozent behalten und drittens nimmt die Deutsche Bank als Haupteignerin von Daimler über MBB-Aktionär Siemens zugleich Einfluß auf MBB.

Quellen: „Süddeutsche Zeitung", „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Handelsblatt" lfd.; „Der Spiegel", 21.10.85; Huffschmid/Voß/Zdrowomyslaw, die Profiteure der Aufrüstung, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", 7/85; „was tun" Nr. 416, 24.10.85.

fo.

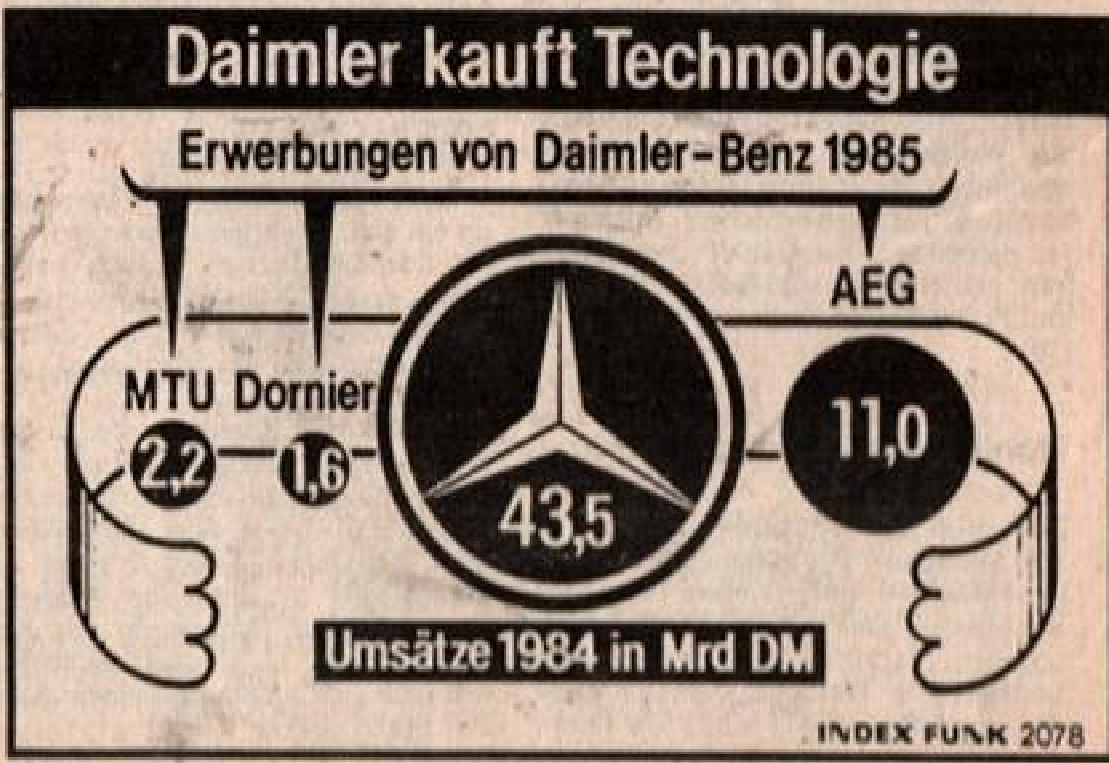
Die 6 größten Rüstungsunternehmen in der BRD im Jahre 1983 (Darstellung unter der Annahme, MTU, Dornier und AEG

Die 6 größten Rüstungsunternehmen in der BRD im Jahre 1983 (Darstellung unter der Annahme, MTU, Dornier und AEG seien bereits Teile des Daimler-Konzerns gewesen)

Rang nach Rüstungsumsatz 1983 (1)	Unternehmen (Sitz)	Hauptanteilseigner (2) (Februar 85)	Rüstungsgüter (Auswahl)	Beschäftigte 1983	Umsatz in Mio. DM 1983	Rüstungsanteil in % 1983	Rüstungsumsatz in Mio. DM 1983
1	Daimler Benz AG darunter:						
(2)	AEG Telefunken AG	Daimler-Benz AG 65%, Streubesitz (Streubesitz, Großbankenkonsortium (Dresdner Bank AG))	Elektronik, Radar	63.250	9.630	-20	-1.926
(5)	Motoren- u. Turbinen-Union GmbH (München/Friedrichshafen)	Daimler-Benz AG (Daimler-Benz AG 50%, MAN 50%)	Panzer-, Schiffs-, Flugzeugantriebe	12.329	2.179	52	1.133
(11)	Dornier GmbH (Friedrichshafen)	Daimler-Benz AG 65,5%, Familie Dornier, Land Baden-Württemberg 4% (Fam. Dornier)	Drohnen, Lenkwaffen, Marinetechnik, Kabinen, Pionierbrücken u. Geräte, Flugzeuge	8.910	1.255	51	640
	Daimler-Benz AG (Stuttgart)	Dt.Bank rd. 28,1%, Mercedes-Automobil-Holding AG 25,2%, Scheichtum Kuweit rd. 14%, Fried.Flick KG rd. 10%, rd. 10% Streubesitz	Transportpanzer Lastwagen	150.601	32.179	1	320
	Gesamt			235.090	45.243	-9	-4.019
2 (2)	Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (Ottobrunn b. München)	Thyssen AG 5%, Siemens AG 5%, Aérospatiale SA 10%, Allianz-Versicherungs AG 4,6%, Bosch GmbH 4,6%, VFw-Verwaltungsgesellschaft 10%, Land Bremen 3,8%, Krupp Gmb 6,2%, Dresdner Bank AG 5%, Bayerische Vereinsbank 5%, Hamburgische Beteiligungs-Verwaltung GmbH 18,7%, Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung 16,58%, Freistaat Bayern 7,02%, Messerschmitt-Stiftung 6,75%, L.Bölkow 1%, Fam.Blohm 0,68%	Kampfflugzeuge (MRCA), Hubschrauber (BO 105, PAH 1), Marinetechnik, Lenkwaffen, Flugkörper, Drohnen	36.790	36.790	+56	+3.290
3 (4)	Krauss-Maffei AG (München)	(Buderus AG 96%) Fried KGaA Flick Industrieverwaltung	Entwicklung und Panzerbau	4.615	2.247	84	1.880
4 (4)	Siemens AG (München)	Streubesitz, Fam. Siemens ca. 10%	Radar, Bordnetze, elektronische Bauelemente, Avionik	212.000	28.986	-4,2	-1.203
5 (6)	Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (Hamburg/Kiel)	Salzgitter AG 74,9%, Land Schleswig-Holstein 25,1%	U-Boote, Korvetten, Schiffsreperaturen	7.439	1.610 (3)	+62	+1.000
6 (7)	Rheinmetall Berlin AG (Berlin/Düsseldorf)	Röchling Industrieverwaltung GmbH 78%	Panzer, Waffensysteme, Artillerie-, Maschinenwaffensysteme, Gefechts-und Übungsmunition, Meß-, regel-und steuerungstechnische Geräte	14.886	2.538 (4)	37	936

Anmerkungen:
+ Mindestrüstungsumsatz/anteil, - Hochrüstungsumsatz/anteil;
1) In Klammern Stellung als einzelner Rüstungsbetrieb bzw. Stellung in der dann geänderten Rangfolge;
2) In Klammern Besitzverhältnisse vor der Übernahme durch die Daimler-Benz AG;
3) Geschäftsjahr 1983/84;
4) Gruppe.

Quelle: Huffschmid/Voß/Zdrowomyslaw, Die Profiteure der Aufrüstung, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" 7/85, S.786 ff.; eigene Berechnungen.



Die Brokdorf-Entscheidung des BVG: Demonstrationen sind

»Frühwarnsysteme« für »Integrationsdefizite«

Eine großzügigere Versammlungsfreiheit habe stabilisierende Funktionen für den Staat, *„sie gestatte Unzufriedenheit, Unmut und Kritik öffentlich vorzubringen und abzuarbeiten, und fungiere als notwendige Bedingung eines politischen Frühwarnsystems, das Störpotentiale anzeige, Integrationsdefizite sichtbar ... mache."* Offene Worte über Deeskalations- und Integrationsmöglichkeiten bei Demonstrationen waren dem Bundesverfassungsgericht so wichtig, daß es vier Jahre nach der letzten großen Brokdorf-Aktion ein Musterurteil in anwendungsorientierter Rechtsprechung lieferte. Dafür setzte sich das BVG eigens über die üblichen Verfahrensfragen hinweg. Normalerweise wäre eine BVG-Klage nur dann zulässig gewesen, wenn sich die Demonstrations-Anmelder vorher durch alle Instanzen geklagt hätten. Das war hier überflüssig.

Der Urteilsspruch ist in der Tat als eine Art Grundtext für Integrations- und Deeskalationsvorstellung zu bezeichnen, weshalb wir hier die wesentlichen Aussagen dazu zusammenfassend darstellen wollen, auch wenn das Urteil bereits am 23.7.85 ergangen ist. Der eigentliche konkrete Anlaß, die damalige Ausdehnung eines Demo-Verbotes bis nach Wilster hinein, nimmt nur einen Bruchteil des Urteils ein. Kein Wunder, daß das Gericht (nachträglich) die Demonstration bis hin zu den Polizeisperren erlauben wollte — ohne Demonstrationsspielraum ist die begrenzte Unmutäußerung und vor allem eine Differenzierung zwischen Teilen der Demonstrationsteilnehmer gar nicht möglich.



Brokdorf 1981

Während auf liberaler und sozialdemokratischer Seite gejubelt wurde, tadelte die FAZ, die sonst die Weisheit des BVGs zumeist lobt. Sie nannte die BVG-Vorstellungen „illusionär" und „idealistisch" und empfahl den Richtern ein Demonstrationswochenende Auge in Auge mit den „Gewalttätern" (25.7. und 24.8.85). Während die Regierungskoalition eine Demonstrationsrechtsverschärfung durchgesetzt hat, proklamiert nun die SPD eine mögliche Verfassungsklage dagegen. Doch Thema ist hier die Funktion eines „liberalen" Demonstrationsrechtes im Sinne der Integration in diesen Staat.

Die Versammlungsfreiheit

Bemerkenswerte Passagen zur Bedeutung der Versammlungsfreiheit enthält

Die Versammlungsfreiheit

Bemerkenswerte Passagen zur Bedeutung der Versammlungsfreiheit enthält

das Urteil des BVG: „.... *das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers ... in einer Demokratie müsse die Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt verlaufen; das Recht des Bürgers auf Teilhabe an der politischen Willensbildung äußere sich nicht nur in der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern auch in der Einflußnahme auf den ständigen Prozeß der politischen Meinungsbildung, die sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen, unreglementiert und grundsätzlich ‚staatsfrei' vollziehen müsse ... An diesem Prozeß sind die Bürger in unterschiedlichem Maße beteiligt. Große Verbände, finanzstarke Geldgeber oder Massenmedien können beträchtliche Einflüsse ausüben, während sich der Staatsbürger eher als ohnmächtig erlebt ... dem Einzelnen ... verbleibt ... nur eine kollektive Einflußnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen. Die ungehinderte Ausübung des Freiheitsrechts wirkt dem Bewußtsein politischer Ohnmacht und gefährlichen Tendenzen der Staatsverdrossenheit entgegen ... Namentlich in Demokratien mit parlamentarischem Repräsentativsystem und geringen plebiszitären Mitwirkungsrechten hat die Versammlungsfreiheit die Bedeutung eines grundlegenden und unentbehrlichen Funktionselementes".*

Diese Sätze wurden von liberaler Seite angeführt, um das Urteil als Sicherung von Bürgerrechten zu preisen. „FAZ" und „Welt" hingegen ereiferten sich darüber, vom Gericht zu hören, das Kapital regiere den ohnmächtigen Bürger. Das Gericht lieferte jedoch selbst mit der unmittelbar anschließenden Passage die zutreffendste Beschreibung der Versammlungsfreiheit in ihrer Funktion für den Staat: „*... die Staatsgewalt wird durch besondere Organe ausgeübt und durch einen überlegenen bürokratischen Apparat verwaltet ... wird die stabilisierende Funktion der Versammlungsfreiheit für das repräsentative System zutreffend dahin beschrieben, sie gestatte Unzufriedenheit, Unmut und Kritik öffentlich vorzubringen und abzuarbeiten, und fungiere als notwendige Bedingung eines politischen Frühwarnsystems, das Störpotentiale anzeige, Integrationsdefizite sichtbar ... mache*". Vom Ausbau der Bürgerrechte kann bei einer derartigen Funktionszuweisung der Versammlungsfreiheit wohl ernsthaft nicht gesprochen werden. Um diese Funktion aber auch erfüllen zu können, bedarf die Versammlungsfreiheit selbstverständlich eines gewissen Schutzes gegen behördliche Willkür: „*Mit diesen Anforderungen wären erst recht behördliche Maßnah-*

den. Um diese Funktion aber auch erfüllen zu können, bedarf die Versammlungsfreiheit selbstverständlich eines gewissen Schutzes gegen behördliche Willkür: „Mit diesen Anforderungen wären erst recht behördliche Maßnah-

men unvereinbar, die über die Anwendung grundrechtsbeschränkender Gesetze hinausgehen und etwa den Zugang zu einer Demonstration durch Behinderung der Anfahrten und schleppende vorbeugende Kontrollen unzumutbar erschweren oder ihren staatsfreien unreglementierten Charakter durch exzessive Observationen und Registrierungen verändern". Auch der „*Straßenverkehr*" hat hinter öffentliche Versammlungen zurückzutreten und „*Spontandemonstrationen*" sind zu genehmigen.

Wie weit der Schutz vor behördlichen Maßnahmen reicht, wird an anderer Stelle im Urteil deutlich. Unter direktem Bezug auf „*den Erfahrungsbericht des Nordrhein-Westfälischen Innenministers zur Großdemonstration 1977 in Kalkar*" werden die damals großräumig durchgeführten Behinderungen durch die Polizei als „*effektive Schutzmaßnahmen*" ausdrücklich gebilligt. Ein gutes Dutzend Polizeisperren zwischen Abfahrtsort und Demonstrationsort wie 1977 sind keine Behinderung der Anfahrt und schleppende Vorkontrolle. Ein Verfassungsfeind, wer solches nur für möglich hielte.

Deeskalation bald Gesetz?

Nach den Bemerkungen zur Versammlungsfreiheit wandte sich das Gericht der Aufgabe zu, die Deeskalationsstrategie in handhabbare Rechtsformen zu gießen, d.h. verbindliche Richtlinien für die Behörden und Demonstrations-Veranstalter aufzustellen und zu definieren.

Erinnern wir uns zuvor aber an die Vorgaben der Deeskalierer zum Friedensherbst '83. Carsten Voigt (MdB/SPD) am 20.4.83 in der Polizeiakademie Hiltrup: „*Interesse von uns allen und Aufgabe der Polizei ist es dann, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, die Einhaltung der Rechtsordnung mit angemessenen Mitteln zu gewährleisten und eine Eskalation der Gewalttätigkeit soweit wie möglich zu verhindern. Sie wird bei dieser Aufgabe sicherlich auch die Unterstützung der großen Mehrheit der Friedensbewegung finden, die am friedlichen Verlauf ihrer Kundgebungen und Demonstrationen interessiert ist. Mit diesen Teilen der Friedensbewegung sollte die Polizei rechtzeitig das Gespräch suchen ...*"

Was sie ja auch tat. Jo Leinen, damals BBU und selbsternannter Sprecher der Bewegung: „*Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist es ja auch, daß sie berechenbar ist. Wir sagen z.B. vorher, daß wir bei einer Blockade da oder da sitzen*"

mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist es ja auch, daß sie berechenbar ist. Wir sagen z.B. vorher, daß wir bei einer Blockade da oder da sitzen"

(taz, 11.8.83). Die geheime „Stuttgarter Runde" zwischen Büro Stümper und Vertretern der Friedensbewegung gab am 27.10.82 zu Protokoll, Wege finden zu wollen „*zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätern bei Demonstrationen*". Der geplante „Staatsvertrag" zwischen Polizei und Bewegung sah u.a. vor: Erhaltung der demokratischen Kultur in einer krisenhaften Zeit, insbesondere die Unterordnung von Minderheiten unter die Mehrheit; die absolute Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und des geltenden Rechts, um Protestaktionen für beide Seiten kalkulierbar zu machen; Ermöglichung einer klaren Lagebeurteilung für die Polizei durch Gesprächsbereitschaft der Veranstaltungsleitungen, frühzeitige Entwaffnung anreisender Gewalttäter.

Das Gericht führte dazu aus: „ ... *in den eingeholten Erfahrungsberichten und nach dem Ergebnis der Stuttgarter Gespräche können zur friedlichen Durchführung von Veranstaltungen nach Art der Bonner Friedensdemonstration 1981 oder der süddeutschen Menschenkette 1983 mehrere Umstände beitragen. Dazu gehören neben der rechtzeitigen Klarstellung der Rechtslage, daß beiderseits Provokationen und Aggressionsanreize unterbleiben, daß die Veranstalter auf die Teilnehmer mit dem Ziel friedlichen Verhaltens und der Isolierung von Gewalttätern einwirken, daß sich die Staatsmacht — gegebenenfalls unter Bildung polizeifreier Räume — besonnen zurückhält und übermäßige Reaktionen vermeidet, und daß insbesondere eine rechtzeitige Kontaktaufnahme erfolgt, bei der beide Seiten sich kennenlernen, Informationen austauschen und möglicherweise zu einer vertrauensvollen Kooperation finden, welche die Bewältigung auch unvorhergesehener Konfliktsituationen erleichtert ... Eine Verpflichtung, diese Erfahrungen nicht nur in Erwägung zu ziehen, sondern auch tatsächlich zu erproben, läßt sich verfassungsrechtlich zusätzlich damit rechtfertigen, daß dies das mildere Mittel gegenüber Eingriffen in Gestalt von Verboten oder Auflösungen ist.*"

Damit ist das Verhalten von Behörden und Verwaltungsgerichten festgelegt. Fehler aus der Vergangenheit, die in der Öffentlichkeit stets unpassend wirkten, wie etwa ein vorschnelles Demonstrationsverbot zu erlassen (an das sich dann niemand hält) oder die zuweilen kecke Rechtsprechung einiger Verwaltungsgerichte, die überstrenge Behördenauflagen aufhoben, sollen in Zukunft vermieden werden.

Eingriffe der Behörden/Polizei sollen demnächst „*davon abhängen, wieweit etwa bei Großdemonstrationen eine Bereitschaft der Veranstalter zu kooperativen Vorbereitungen besteht ...*" Wer nicht mit der Polizei

Eingriffe der Behörden/Polizei sollen demnächst „davon abhängen, wieweit etwa bei Großdemonstrationen eine Bereitschaft der Veranstalter zu kooperativen Vorbereitungen besteht ..." Wer nicht mit der Polizei

kooperiert, hat dann bei gleicher „Sicherheitslage" eher mit einer gewaltsamen Auflösung zu rechnen. Dann wird es also noch schwerer — sollten Großdemonstrationen wieder möglich werden —, die Kumpanei-Kooperation zwischen Behörden und Demonstrations-Veranstaltern zu kritisieren. Kritiker/innen solcher Absprachen sind nicht nur praktisch, sondern bald auch rechtlich ein „Sicherheitsrisiko" in ihrer bloßen Eigenschaft als Kritiker/innen der Deeskalierer.

Das Gericht gab zudem den Hinweis, „*die Auswertung der erwähnten Erfahrungen auf der Ebene des einfachen Rechts zu präzisieren ...*". Nachdem die Verfassungsmäßigkeit vorab bescheinigt wird, kann, falls es nötig werden sollte, ein Deeskalationsgesetz in's Haus stehen.

Wird den Demonstranten schon allerlei Wohlverhalten abgefordert, bevor sie in den zweifelhaften Genuß der oben definierten Versammlungsfreiheit kommen, brauchen sich die Behörden nicht viel zu vergeben. Sie dürfen niemals Situationen entstehen lassen, die „*etwa die Anwendung flexibler Einsatzstrategien unmöglich machen*".

Die Illusion, gerade mit Kooperationsgesprächen könne die Polizei zur Mäßigung angehalten werden, bleibt Illusion.

Der Vorteil solcher Gespräche liegt, wie schon seinerzeit kritisiert, einseitig bei der Polizei. Durch „*das gegenseitige Kennenlernen ... werden schon im Vorfeld kollidierende Interessen, etwaige Konfliktsituationen und wechselseitige Belastbarkeiten deutlich. Ferner erhöht sich die Prognosesicherheit ... der zuständigen Behörde*".

Das Vorgehen gegen vermeintlich unfriedliche Demonstranten wird mit dem Schutz der friedlichen begründet. Der ewig neue Streit in der Gewaltfrage wird genutzt, Gewaltbefürworter — und das ist inzwischen jede/r der/die trotz Verbot „Schutzkleidung" trägt — zum Freiwild zu erklären. Denn: „*Von den Demonstranten kann ein friedliches Verhalten um so mehr erwartet werden, als sie dadurch nur gewinnen können, während sie bei gewalttätigen Konfrontationen am Ende stets der Staatsgewalt unterliegen werden und zugleich die von ihnen verfolgten Ziele verdunkeln. Die Anordnung eines Versammlungsverbotes wirft verfassungsrechtlich auch bei Großdemonstrationen keine besonderen Probleme auf, wenn die Prognose mit hoher Wahrscheinlichkeit ergibt, daß der Veranstalter und sein Anhang Gewalttätigkeiten ... anderer zumindest billigen werden. Eine derartige Demonstration wird als unfriedlich von der Gewährleistung des Art.8 GG überhaupt nicht erfaßt; ihre Auflösung und ihr Verbot können daher dieses Grundrecht überhaupt nicht verletzen*".

Wer den vorauseilenden Gehorsam nicht aufbringt, eine Sachbeschädigung vor ihrem tatsächlichen Eintritt zu verurteilen, verläßt die Rechtsordnung.

Außerhalb dieser Rechtsordnung Stehende, sind dann aufzulösen. Es gibt für eine solche Auflösung jetzt eine präzisierte Rangordnung, wer die Gewalttäter zuerst alle machen darf. „*Jedoch ist bevorzugt eine nachträgliche Auflösung zu erwägen, die den friedlichen Teilnehmern die Chance ... und dem Veranstalter den Vorrang bei der Isolierung unfriedlicher Teilnehmer beläßt.*"

Wer in der Vergangenheit einmal einer solchen Konstellation ausgesetzt war, kann ermessen, daß bei dermaßen motivierten, kooperationswilligen, isolierenden „Friedlichen", die einfache Schutzkleidung kaum ausreicht, von der „stets siegreichen Staatsgewalt" ganz zu schweigen.

Der Brokdorf-Entscheid ist jedenfalls nicht geeignet, ernsthaft zu begründen, die Versammlungsfreiheit wäre jetzt vor staatlichen Übergriffen besser geschützt als noch vor einigen Jahren. Dafür geben die letzten Monate und das Urteil nichts her.

Das deeskalierende Verhalten der Polizei hat sich insgesamt „*bewährt*", und den Behörden ist das rechtliche Instrumentarium an die Hand gegeben, auf massenhafte Proteste ohne große Reibungsverluste zu reagieren. Daß es für den Staatsapparat nötig war, mit dem Urteil dieses ohnehin existierende

und den Behörden ist das rechtliche Instrumentarium an die Hand gegeben, auf massenhafte Proteste ohne große Reibungsverluste zu reagieren. Daß es für den Staatsapparat nötig war, mit dem Urteil dieses ohnehin existierende

Vorgehen extra verfassungsrechtlich festzuklopfen, läßt nur vermuten, daß es im Sicherheitsapparat immer noch eine ernstzunehmende Anzahl rechter Kritiker dieser Linie gibt, und einen Haufen alter Haudegen, die lieber gleich zur Attacke blasen, als kurz nachzudenken und der Differenzierung den Vorzug zu geben.

Aber wie klagte doch BaWü-Polizeiinspekteur Gerbert in „Die Polizei" (9/85) über die mittlere Führungsebene der Polizei: „*Defizite*" beim „*Erkennen politischer Zusammenhänge. Die rein schematische Rechtsanwendung ohne die Fähigkeit, politische Wirkungen zu erkennen, scheint mir nicht auszureichen, den modernen Anforderungen an diese Funktionen genügen zu können*".

Ach ja. Der eigentlichen Sachentscheidung, zur Frage der Rechtmäßigkeit des Verbots der Brokdorfdemonstration '81, widmete das Gericht gerade 1/10 des Gesamtumfangs des Urteils. Das Gericht blieb seinen vorher entwickelten Grundsätzen treu. Ergebnis: Das großräumige 3-Tage-Verbot des Landrates für die gesamte Wilstermarsch ist rechtswidrig. Rechtmäßig ist das Verbot für jenen „*Bereich, der durch diejenigen Punkte begrenzt wurde, an denen die Polizei in einer Entfernung zwischen etwa 4,5 bis 9 km vom Bauplatz Sperren errichtet hatte*". Das waren jene Sperr-Container, von denen herab Jo Leinen die Demonstranten zum Anhalten aufforderte. Er war halt damals der Entwicklung schon ein gutes Stück voraus. Da wird er sich freuen.

M., Göttingen

„Kein großer Wurf"?

Ein Aufatmen geht durch die Kripo: „*Der große Wurf seien die Beschlüsse nicht, heißt es, aber es sei doch wenigstens endlich eine Entscheidung gefallen*'', (1) so das Hamburger Abendblatt. Was lange währt, wird endlich ...

Tatsächlich diskutierten Polizeistrategen vom Schlage eines Stümper oder Zühlsdorf seit 15 Jahren hinter den Kulissen und seit fünf Jahren läuft nun die öffentliche PR-Kampagne für polizeiliche Untergrundagenten oder „verdeckte Ermittler'', wie sie inzwischen verschämt genannt werden. Für dieses Ziel beschworen die polizeilichen PR-Spezialisten landauf, landab in blühendsten Farben das Gespenst von „*amerikanischen Zuständen*'', gar einer drohenden „*mafiaähnlichen Parallelgesellschaft*'', der nur mit „verdeckten Ermittlern'' begegnet werden könne. Der BGH und die verschiedenen Fraktionen des Bundestages wurden jahrelang mit Agitationsmaterial der Polizei‚gewerkschaften' GdP und BDK und bedrohlichen Lagebildern vom BKA bombardiert, Politiker wurden auf Polizeikongresse geladen, bis sie sich das Lagebild der „organisierten Kriminalität'' zu eigen gemacht hatten. Mit der Erfahrung im Hintergrund, daß man beim Feilschen immer mehr fordern muß als man letztlich kriegt, dürften die Polizeistrategen mit dem vorliegenden Beschluß der IMK zwar nicht zufriedengestellt, aber doch erst mal ganz zufrieden sein: Immerhin haben die Innenminister **einstimmig** die von der Justizministerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zum „Einsatz verdeckter Ermittler'' verabschiedet. Einer Harmonisierung der bisher von einigen Ländern unterschiedlich gehandhabten Untergrundpraxis stehen alle Türen offen.

Laut ‚taz' haben die SPD-Länder deshalb zugestimmt, weil angeblich ihre wesentlichen Einwände berücksichtigt worden sind (2). Daß diese Einwände nicht gerade prinzipielle waren, zeigt am besten das ausgehandelte Ergebnis: Der „verdeckte Ermittler'' darf sich unter einer Legende und ausgestattet mit falschem Namen, falschen Papieren und Autokennzeichen „zeitlich begrenzt'' (3) in eine Szene einschleichen. Seine Identität wird im Strafverfahren geheim gehalten. (4) Er darf die Verfolgung strafbarer Handlungen aus „kriminaltaktischen Erwägungen'' (5) zurückstellen. In „Ausnahmefällen'' kann kriminelles Verhalten von ihm durch den „übergesetzlichen Notstand'' (§ 34 StGB) entschuldigt werden. (6) Faktisch ist damit das Ziel der Polizei erreicht, nämlich daß ein geheimdienstähnliches Spitzeln rechtlich (in diesem Fall nur verwaltungsrechtlich) legalisiert wird und daß außerdem Aussagen dieses Geheimagenten in ein Strafverfahren eingeführt werden können, bei gleichzeitiger Geheimhaltung seiner wahren Identität. (7)

Und nun die vielgepriesenen rechtstaatlichen **Einschränkungen** für „verdeckte Ermittler'':

1. Sie „*dürfen nur mit konkretem Ermittlungsauftrag zeitlich begrenzt operativ eingesetzt werden.*'' (3) — Aber: „*Bund und Ländern bleibt vorbehalten, den zeitlichen Rahmen näher zu bestimmen.*'' (3) Diese zeitliche Begrenzung kann der Erfahrung nach ein halbes, ein Jahr oder noch länger bedeuten. (8) Und wer kann schon überprüfen, ob der Untergrundfahnder nur seinen „konkreten Ermittlungsauftrag'' verfolgt oder umfangreicher schnüffelt?! — Doch nicht etwa die Agenten!
2. „*Straffe Führung*'' der Agenten! (3) — Diese straffe Führung hat in der Vergangenheit z.B. nicht verhindert, daß sich sowohl der „007 des BKA'' Hans Georg Haupt, wie der Super-V-Mann Mauss jenseits der Legalität bewegten.
3. „*Verdeckte Ermittler dürfen keine Straftaten begehen.*'' ... „*Als gesetzliche Generalermächtigung kann § 34 StGB* (‚rechtfertigender Notstand', Anm. AK) *nicht herangezogen werden.*'' (9) Aber: — „*Unberührt bleibt in Ausnahmefällen eine Rechtfertigung oder Entschuldigung des Verhaltens des einzelnen Polizeibeamten z.B. unter den Voraussetzungen der §§ 34, 35 StGB.*'' (6) Und wie wir wissen, ist das Recht bisher immer zugunsten der Polizei ausgelegt worden.
4. Für den Einsatz eines „verdeckten Ermittlers'' braucht die Polizei — zumindest nachträglich — die Einwilligung der Staatsanwaltschaft. (10) Aber selbst wenn ein Staatsanwalt ein reserviertes Verhältnis zu Untergrundfahndung haben sollte, was kaum zu erwarten ist, wird er nichts gegen die polizeiliche Begründung der „verdeckten Ermittlung'' sagen können, denn die Polizei hat das Informationsmonopol. Außerdem ist die Staatsanwaltschaft aufgefordert, „*ihre Entscheidung in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Polizei*'' zu treffen. (11)
5. „*Der Verdeckte Ermittler ist von der Strafverfolgungspflicht gemäß § 163 StPO* (Legalitätsprinzip, Anm. AK) *nicht befreit.*'' — Aber: „*Aus kriminaltaktischen Erwägungen können Ermittlungsmaßnahmen ... zurückgestellt werden.*'' Auch wenn der „verdeckte Ermittler'' strafbare Handlungen beobachtet, die er als Polizist eigentlich verfolgen müßte, kann er darauf verzichten, wenn dadurch seine Ermittlungen gefährdet würden — außer bei Mord und anderen Delikten der Schwerstkriminalität. (5)

Der polizeilichen Opportunität sind damit Tür und Tor geöffnet, denn letztlich beurteilt der „verdeckte Ermittler'' in Eigenregie, was er verfolgen will und was nicht — Entschuldigungsgründe lassen sich nachher immer noch finden.

Das Legalitätsprinzip (Strafverfolgungspflicht nach § 163 StPO), wichtiges Rechtsprinzip des deutschen Staates zur „Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung'', war bisher eine Klippe für polizeiliche Untergrundfahndung, weil sie polizeiliches Handeln insofern kalkulierbar machte — rein rechtlich gesehen —, als die Polizei alle Straftaten verfolgen mußte. Damit konnte die Polizei jedenfalls theoretisch nicht nach Belieben schnüffeln wie der VS, sondern mußte ihre Tarnkappe fallenlassen, wenn sie eine Straftat bemerkte. In der Praxis wird dieses Prinzip schon lange unterlaufen und Gerichte haben den Bullen in den letzten 15 Jahren immer wieder zugestanden, die „*Strafverfolgungspflicht aus kriminaltaktischen Gründen*'' aufzuschieben.

Diese gerichtliche Praxis ist nun auch (verwaltungs)rechtlich abgesegnet: Bei ausdrücklicher Beibehaltung des Legalitätsprinzips (siehe oben) wurde eine Bresche in eben dieses Prinzip geschlagen, damit sich die polizeiliche (Untergrund)Praxis frei entwickeln kann. Was das Hamburger Abendblatt „kaum besondere Befugnisse'' nennt, erweist sich letztlich als Persilschein für die polizeilichen Geheimagenten, zumal die uns vorliegenden recht vagen Thesen den einzelnen Ländern bei der Umsetzung einen großen Spielraum lassen. Nicht erlaubt sind angeblich — entgegen den alten polizeilichen Forderungen — Lauschangriffe und die Gründung von Scheinfirmen. (1)

»Under Cover Agents«:

Gangster mit Pensionsanspruch

Einstimmig hat die Innenministerkonferenz (IMK) am 16./17.10. Richtlinien für den Einsatz von polizeilichen Geheimagenten, V-Leuten und Informanten erlassen. Eine jahrelange Propagandakampagne der polizeilichen Untergrundstrategen hat damit ihr — sicherlich nur vorläufiges — Ende gefunden. Die bürgerliche Presse hat dieses Ergebnis kaum ‚gewürdigt' oder verharmlost, wie das Hamburger Abendblatt, das einschätzt, die Richtlinien würden „den Beamten kaum besondere Befugnisse einräumen.'' (1) Tatsächlich aber wurden die Forderungen der Polizei weitgehend bewilligt, auch wenn durch geschickte juristische Argumentationen der Anschein erweckt wird, als seien gewisse Schamgrenzen gewahrt.


„Lockspitzel-Einheit'' der Polizei von Seattle, Washington
(aus: „Cilip'' 17, Nr. 1/84)

Untergrundpraxis

Mit diesem rechtlichen Freifahrtschein in den Untergrund wird sich die „verdeckte Ermittlung'' weiter ausweiten, zumal sich jetzt sämtliche Innenminister auf diesen Konsens vereinheitlicht haben. Das bedeutet noch mehr Spitzeleien und damit erfahrungsgemäß mehr Agents provokateurs, die Kriminalität erst produzieren. Dabei ist die Tatsache, daß „verdeckt'' ermittelt wird, in den meisten Bundesländern schon ein alter Hut, oder wie Berlins Innensenator Lummer feststellte: „*Verdeckte Ermittlungen gehören überall zum Alltagsgeschäft der Polizei — auch in Berlin.*'' (13) Spezielle Organisationseinheiten zur „verdeckten Ermittlung'' — neben den MEKs, die sowieso seit jeher mit geheimdienstlichen Methoden arbeiten — stehen in den meisten Bundesländern bereit, in Baden-Württemberg, z.B. seit Mitte der 70er Jahre. „*Insider schätzen die Anzahl der under-cover-agents ... die vom BKA und den Landeskriminalämtern eingesetzt werden, auf ungefähr 350.*'' (14) — Ein geheimer Polizeiapparat, in dem Elemente der alten Gestapo neu verwirklicht sind, ist damit neu installiert. (15)

Gegen die „organisierte Kriminalität"?

Hauptargument der Polizeistrategen zur Einführung von Untergrundagenten ist die „organisierte Kriminalität''. Für politisch aufgeklärte Menschen dürfte es eine Binsenweisheit sein, daß Kriminalität und speziell „organisierte Kriminalität'' in einem kapitalistischen System weder von der Polizei noch von anderen Kräften verhindert, sondern höchstens verwaltet werden kann. Denn die „illegale'' Wirtschaft (z.B. Waffen- und Drogenhandel großen Stils, also die „organisierte Kriminalität'') ist in jeder Beziehung der Zwillingsbruder der „legalen'' Wirtschaft, ausgehend von den gleichen Wertvorstellungen (Gewinnmaximierung) bis zu gleichen Produktions- und Verteilungsabläufen (Produktion in Billiglohnländern, Monopolisierung etc.). In vielen Bereichen sind die beiden Brüder wie siamesische Zwillinge aufeinander angewiesen (Investition der „organisierten Kriminalität'' in der Baubranche, Heroinhersteller benötigen Essigsäureanhydrid der „legalen'' Wirtschaft, der wiederum sind z.B. beim Waffenhandel z.B. in Krisengebiete immer noch einige Wege versperrt, die die „illegale'' Wirtschaft erschlossen hat etc.).

Daß die Polizei „organisierte Kriminalität'' nicht verhindern kann, wo geheimdienstlich operierende ‚under-cover-agents' (UCAs) mit weit mehr Befugnissen und Mitteln ausgestattet sind als die verdeckten Ermittler hier, und trotzdem die vielbeschworenen amerikanischen Zustände herrschen. Aber warum in die Ferne schweifen, wo das Gute doch so nah: Betrachten wir doch einfach die 1982 in Hamburg gegründete „Fachdirektion (FD) 65 — organisierte Kriminalität'': Diese Sondereinheit mit 45 verdeckten Ermittlern dürfte wohl von allen ähnlichen Einrichtungen in der BRD die weitreichendsten Befugnisse habe. (16) Zu ihrem Aufbau war eigens ein FBI-Spezialist für UCAs nach Hamburg abgestellt, und seine Erfahrungen sollen in die Hamburger Richtlinien für verdeckte Ermittler (Kripo-Chef O.-W. Müller: „Es ist unser Gebetbuch'') eingeflossen sein. (17) Und dies ist ihre magere Bilanz:

- Eine unter großer Geheimhaltung vorbereitete und immens aufgebauschte Polizeiaktion gegen den „Paten'' von St. Pauli, Wilfried Schulz. Im Prozeß konnte ihm nur Förderung der Prostitution, Steuerhinterziehung, Beihilfe zur Urkundenfälschung und Anstiftung zur Falschaussage nachgewiesen werden. Heiß erwartete Enthüllungen über Hamburger Unterweltgrößen brachte der Prozeß nicht und schon gar nichts über Verbindungen zwischen Unterwelt und Polizei.
- Als einer ihrer größten Erfolge gilt der Schlag gegen die Hells Angels im August '83. Für den Prozeß haben es die wackeren Agenten immerhin geschafft, 140 Aktenordner zu füllen. Doch der Hauptvorwurf: „Bildung einer kriminellen Vereinigung'' wird laut MoPo immer fadenscheiniger. Außerdem, was unterscheidet diese Aktion von anderen Aktionen gegen kriminelle Banden, wie sie die Polizei schon immer mal wieder — auch ohne verdeckte Ermittler — geschafft hat?
- „Blitzaktion setzt Waffenring matt'' (17) — bei einer zeitgleichen Aktion in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hamburg wurde endlich so ein richtiger Waffenhändlerring ausgehoben. Das gefundene Waffenarsenal: 3 Karabiner, 2 Schrotflinten, 12 Pistolen und Revolver sowie 2 Schießkugelschreiber. Außerdem Schrotmunition für Revolver, Hohlspitzgeschosse und 800 Schuß Munition. Ein Waffenhandel ganz großen Kalibers und ein grandioser Erfolg gegen die „organisierte Kriminalität''? — wer's glaubt wird selig!

Aber wenn man schon gegen die „organisierte Kriminalität'' nichts erreicht, dann muß man wenigstens in der Öffentlichkeitsarbeit aus Scheiße Gold machen, oder aus einer normalen Bande eine St. Pauli-Mafia. Wohl auch, um sich keinem allzugroßen Erfolgsdruck auszusetzen, haben die polizeilichen Warner vor der organisierten Kriminalität diesen Begriff immer sehr vage gehalten. Aber vor allem deshalb, weil es ihnen gar nicht (nur) um die ganz Großen im Waffengeschäft oder die nadelstreifenbeanzugten Hintermänner der Heroinmafia geht, sondern gegen ein viel umfassenderes Aufgabenfeld. Dazu die Pressemitteilung der IMK vom 17.10.85: „*Unverzichtbar ist bei bestimmten Erscheinungsformen der Kriminalität, insbesondere im Bereich der Schwerkriminalität, der organisierten Kriminalität, des illegalen Betäubungsmittel- und Waffenhandels, der Falschgeldkriminalität und der* ***Staatsschutzdelikte*** (Betonung AK) *der Einsatz von V-Personen und verdeckten Ermittlern.*''

Gegen jede schwere Kriminalität und damit (?!) natürlich auch gegen die Linke soll es gehen. Letztlich bedeutet das die Entwicklung einer **Ausnahmepolizei gegen Protestbewegungen**, die auch heute schon allseitig eingesetzt wird. Und daß es gegen Protestbewegungen geht, zeigt schon die Tatsache, daß bisher mindestens acht „verdeckte Ermittler'' in Bürgerinitiativen und linken Gruppen aufgeflogen sind. (18)

Allparteienkoalition für Geheimpolizei

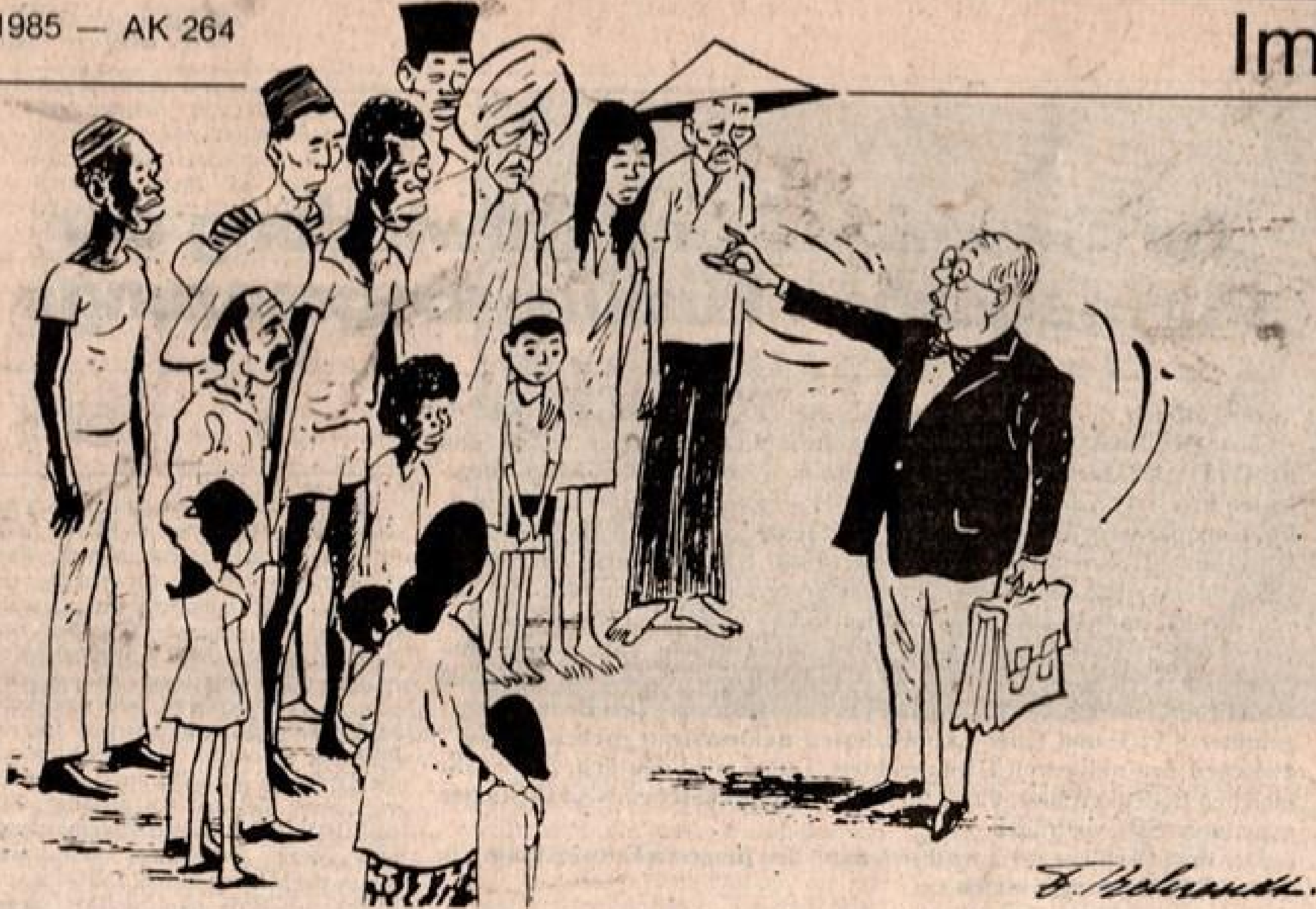
Eben diese politische Orientierung gegen Protestbewegungen sehen reformistische Kritiker der Geheimpolizei nicht — oder wollen sie nicht sehen. Dafür sehen sie die „organisierte Kriminalität'', gegen die schließlich was unternommen werden muß. Sicher hat die Kritik eines Emmerlich (SPD) oder der Grünen mit dazu beigetragen, Untergrundfahnder in die öffentliche Diskussion zu bringen. Aber das war's dann auch. Die Grünen haben noch im Februar '85 ein Hearing gegen die polizeilichen Geheimagenten veranstaltet. Aber schon im Oktober konnte Schily auf einer Podiumsdiskussion des „Arbeitskreises sozialdemokratischer Juristen'' AsJ) unwidesprochen über „*die Notwendigkeit verdeckter Ermittlungen*'' reden. (19) Also auch ein grüner Innenminister Schily hätte kaum die traute Harmonie der IMK gestört!

Emmerlich (SPD), der sich inzwischen als SPD-Polizeikritiker etabliert hat (wie leicht so was heute ist!) machte sich '84 große Sorgen um die „organisierte Kriminalität''. Aber es dürfe nicht zugelassen werden, „*daß die Exekutive uns vor vollendete Tatsachen stellt und ohne* ***klaren gesetzlichen Auftrag*** (Betonung AK) *personelle und organisatorische Maßnahmen trifft ...*'' (20) Er lehnte „*Überlegungen vor allem im Lager der CDU/CSU über einen* ***verstärkten Einsatz*** (Betonung AK) *verdeckt arbeitender Polizeispitzel ab.*'' (21) Also wenn sie einen „klaren gesetzlichen Auftrag'' haben, hat er nichts gegen verdeckte Ermittler, nur mehr als bisher sollen's nicht werden? Dem Mann kann geholfen werden: Richtlinien sind ja auch Regelungen, und die gibt's jetzt, alles klar? Mit ihrer Geheimpolizei in Hamburg (FD 65) hat die SPD gezeigt, daß es Unterschiede zur CDU/CSU höchstens in der Taktik zur Einführung der neuen Geheimpolizei gab und gibt, wie immer unter dem Motto: **Einige Auswüchse beseitigen, um das Prinzip zu retten.**

Anmerkungen

1. HA, 6.11.85
2. taz, 18.10.85
3. Thesen ..., Punkt 1.2
4. Thesen ..., Punkt 2
5. Thesen ..., Punkt 4.4
6. Thesen ..., Punkt 3.3
7. siehe zu den ursprünglichen Zielen der Polizeistrategen AK 240, 28.11.83
8. siehe dazu aber auch insgesamt zum Thema „verdeckte Ermittler'' neben AK 240 taz-Sondernummer, 15.12.84 und Cilip 17. Bürgerrechte und Polizei, Westberlin 1/84
9. Thesen ..., Punkt 3.2
10. Thesen ..., Punkt 4.1
11. Thesen ..., Punkt 4.3
12. Die Wichtigkeit dieses speziell deutschen Rechtsprinzips hat den deutschen Faschismus nicht gehindert, eben dieses Prinzip auszuhebeln und der Gestapo unbeschränkte Macht zu geben. Diese Erfahrungen mit der Gestapo und dem omnipotenten Reichssicherheitshauptamt (RSHA) dürften ein Grund für die Wiedereinführung des Legalitätsprinzips nach '45 gewesen sein — neben der grundsätzlichen Bedeutung der Strafverfolgungspflicht für die „Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung''.
13. Senatsmitteilungen, 13.9.85
14. siehe dazu Anm. 8
15. siehe dazu v.a. Russell-Reihe Nr. 5: Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen Gestapo. Hamburg, 1978 sowie AK 240
16. siehe Anm. 8
17. Diese und die folgenden Angaben über FD 65 stammen aus einem groß aufgemotzten Propaganda-Artikel „Geheimagenten jagen St. Pauli Mafia — HH-Agenten legen Mafia aufs Kreuz'', MoPo, 22.8.85
18. Im Göttinger und Braunschweiger „Arbeitskreis gegen Atomenergie'', in der Bremer Gruppe „Krieg dem Krieg'' und beim Aufbau einer „revolutionären Zelle'' in Köln. Siehe auch taz-Sondernummer, 15.12.84
19. Am 5.10.85 in Lübeck, taz 7.10.85
20. FR, 4.1.85
21. SZ, 8.8.84





Entwicklungshilfe für die BRD-Industrie

Die Fraktionen der Regierungskoalition haben sich auf neue Richtlinien für die Entwicklungshilfe geeinigt, die bis Mitte nächsten Jahres im Bundestag verabschiedet werden sollen. Den Antrag bringen die beiden Fraktionen (CDU/CSU und FDP) „in Kürze" in das Parlament ein. „*Darin wird besonderes Gewicht gelegt auf Rahmenbedingungen, die die Selbsthilfe der Menschen ermutigen. Den Entwicklungsländern könne zwar keine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgezwungen werden, heißt es in dem Antrag. Dennoch gebe es in jedem Land Elemente einer ‚freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Ordnung', die gefördert werden müßten. (...)*

***Bevorzugt werden sollen dem Antrag zufolge die Entwicklungsländer, in denen man sich um die Wahrung der Menschenrechte und der politischen Grundrechte bemüht und darüber hinaus eine Wirtschaftsordnung anstrebt, ‚in der die persönliche Leistung sich in Marktbeziehungen entfalten kann' und in der die Bevölkerung an der Planung und Durchführuneg von Entwicklungsvorhaben teilhat."* (SZ, 25.10.85)**

Bei der „Neuordnung der Entwicklungspolitik stehen also zwei Elemente im Vordergrund: der Export des „Modell Deutschland" (inklusive „sozialer Marktwirtschaft") und die Interessen der BRD-Industrie. Auf diesen zweiten Aspekt soll im folgenden näher eingegangen werden.

Aus alt mach neu

Natürlich hat diese Neuorientierung der Entwicklungspolitik Tradition, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre wurden die Beziehungen zur Dritten Welt von einem zweiseitigen politischen Grundsatz bestimmt: einerseits wurde die Neutralitätspolitik der Entwicklungländer auf internationaler Ebene formal anerkannt, andererseits aber auf nationaler Ebene die Nichtanerkennung der DDR als „Gegenleistung" für Hilfszusagen gefordert (diese Politik ist unter dem Namen „Hallstein-Doktrin" in die Abteilung Gruselkabinett der Geschichte eingegangen). Die Entwicklungshilfe sollte ökonomisch gesehen dazu beitragen, der bundesdeutschen Wirtschaft neue Exportmärkte zu erschließen und zum Teil auch ihre Rohstoffbezüge sichern.

Der seinerzeitige Minister füf wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel (1961-1966), sah die Entwicklungshilfe „*als exportförderndes und konjunkturstabilisierendes Instru-*

Der seinerzeitige Minister füf wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel (1961-1966), sah die Entwicklungshilfe „*als exportförderndes und konjunkturstabilisierendes Instru-*

ment, als Modellexport des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips und als Pre-investment für privatwirtschaftliche Aktivitäten, ferner als außenpolitisches Instrument, um ‚Freunde in aller Welt bei der deutschlandpolitischen Stange und auf dem Kurs der ‚positiven Neutralität' gegen den Kommunismus zu halten." (Bulletin der Bundesregierung vom 4.8.1962)

Während die „Hallstein-Doktrin" in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der Praxis immer mehr an Bedeutung verlor, behielt die Entwicklungshilfe die Bedeutung als exportförderndes Instrument bei.

Nur während einer kurzen Phase Anfang der siebziger Jahre wurde in der bilateralen Entwicklungpolitik u.a. der Abbau der Lieferbindung, die Verbesserung der Konditionen und die Erhöhung der nicht-rückzahlbaren Technischen Hilfe angestrebt — Maßnahmen also, die den Ländern der Dritten Welt ihre Handelspolitik erleichtern konnten. In diese Zeit, vor der ersten sog. Ölkrise, hatte der BRD-Imperialismus die Nase auf den Weltmärkten vorn, konnte es sich somit leisten.

Nach dieser Phase der „Liberalisierung" wurde die Entwicklungspolitik wieder verstärkt zur Absicherung der Interessen der bundesdeutschen Wirtschaft eingesetzt. „*Hierzu sind insbesondere die erhöhte Lieferbindung der Kapitalhilfe (sowohl vertraglich als auch verdeckt), die (mehr politisch motivierte) Konzentration der deutschen Hilfe auf bestimmte Regionen und die spezielle Förderung des Energie- und Rohstoffsektors in den Entwicklungländern zu zählen. Außerdem wird verstärkt auch mit öffentlichen Mitteln die kommerzielle Finanzierung besonders durch die Mischfinanzierung gefördert. Auch auf der europäischen Ebene (indirekte Beeinflussung durch die Bundesrepublik) wird das wirtschaftliche Eigeninteresse mit Nachdruck verfolgt und zwar u.a. dadurch, daß von einzelnen Entwicklungsländern unter Berufung auf bestehende Schutzabkommen für bestimmte sensible Produkte verlangt oder Anti-Dumping-Verfahren gegen sie angestrengt wurden.*" (A.Naini, Bundesrepublik Deutschland, S. 515, in: Die Entwicklungspolitik wichtiger OECD-Länder / Zur Lieferbindung und Mischfinanzierung siehe weiter unten.)

Der „Dialog" mit den Entwicklungsländern ...

Die Kohl-Regierung, erläutert Dr. Albert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), „*konnte im Bereich der Entwicklungspolitik nicht alles neu erfinden. Kontinuität in der Politik ist das hervorstechende Merkmal, aber es gibt neue Akzentsetzungen, und die wichtigste Akzentsetzung ist die Bereitschaft zu einer stärkeren Unterstützung der privatwirtschaftlichen Initiativen in der Dritten Welt. (...)*

Der neue Weg (...) zielt auf einen partnerschaftlichen Dialog mit den Regierungen der Entwicklungsländer, in dem die Vorstellungen auch von unserer Seite verdeutlicht werden und erör-

Der neue Weg (...) zielt auf einen partnerschaftlichen Dialog mit den Regierungen der Entwicklungsländer, in dem die Vorstellungen auch von unserer Seite verdeutlicht werden und erör-

tert wird, in welcher Weise wir am ehesten in der Lage sind, ‚Hilfe zur Selbsthilfe' zu praktizieren. Bei diesem partnerschaftlichen Dialog (...) geht es vor allem um folgenden Themen. Zum ersten wissen wir vielfach von Entwicklungshemmnissen in den Entwicklungsländern, die beseitigt werden müssen. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, damit sich wirtschaftliche Initiativen in diesen Ländern entwickeln können. (...)

Ein zweites Thema ist, wie man privatwirtschaftliche Aktivitäten stärker mobilisieren und unterstützen kann, als es bisher der Fall war. Das fängt schon damit an, daß man im Bildungsbereich oder in den Medien Berichte bringen sollte, die sich nicht wirtschaftsfeindlich äußern. Wenn ein Schulkind in seinen Büchern immer nur liest, daß Unternehmer Ausbeuter sind etc., dann kann man von ihm als Erwachsener kaum erwarten, daß Eigeninitiativen in Richtung wirtschaftlicher Betätigung entwickelt werden. (...)

Wir wollen drittens Beiträge der deutschen Wirtschaft verstärkt in die Dritte Welt hineinlenken." (Dr. Albert, BMZ, Neue Aspekte der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern, S. 10ff., in: TU-Berlin, Technologietransfer durch Consulting und Kooperation)

... ist von der Industrie vorbereitet

Das Instrumentarium für diesen „neuen Weg", für den „partnerschaftlichen Dialog", hat sich die Kohl-Regierung bereits geschaffen. Der erst in jüngster Zeit vom BMZ konzipierte „Beratungsdienst für die Wirtschaft in Entwicklungsländern" sieht konkret u.a. Beratungsmaßnahmen, Managementhilfen und Zuschüsse für Messe- und Ausstellungsbeteiligungen der Länder der Dritten Welt vor. Die Anbahnung betrieblicher Kooperationen zwischen Unternehmen in Entwicklungsländern und in der BRD ist allerdings wichtigster Bestandteil der Zielsetzungen.

Dazu wurde eigens ein Programm zur Förderung Betrieblicher Kooperationen (BK-Programm) eingerichtet. Das BK-Programm wird von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ (1), in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, DEG (2), dem Technisch-Wirtschaftlichen Dienst der Ländervereine in Hamburg TWD (3) und privaten bundesdeutschen Beratungsunternehmen (4) durchgeführt. BRD-Firmen sollen unterstützt werden, langfristig mit Unternehmen in Ländern der Dritten Welt zu kooperieren (z.B. Handelsverbindungen, Lohnveredelung, Subcontracting, Lizenzabkommen, Know-how-Verträge, Joint Ventures). (BMZ, Promotion of Business Cooperation; gtz, Das BK-Programm der GTZ)

Im Haushaltsjahr 1984 wurde im Einzelplan 23 erstmalig ein eigener Haushaltstitel „Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft der Entwicklungs-

Im Haushaltsjahr 1984 wurde im Einzelplan 23 erstmalig ein eigener Haushaltstitel „Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft der Entwicklungs-

länder sowie Maßnahmen zur Förderung des Handels" eingerichtet, Vom Haushaltsansatz in Höhe von 20,5 Mio DM sind allein 15,5 Mio DM für das BK-Programm vorgesehen. (BMZ, Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1985, s. 209f.)

Bislang wurden mittels dieses Programms mehr als 250 Kooperationen herbeigeführt. Im Herbst 1984 waren im BK-Programm 53 Fachberater im In- und Ausland im Einsatz. Und die Zahl der Berater wird laut dem Leiter der Abteilung II im BMZ, Dr. Albert, noch erhöht. Das BMZ arbeitet „*daher sehr eng mit der deutschen Consulting-Wirtschaft zusammen. Die Consultings, wie auch die Ländervereine in Hamburg, entsenden in unserem (BMZ) Auftrag Berater in dieses Programm, so daß sich eine Mischung aus staatlicher Finanzierung und privatwirtschaftlicher Durchführung ergibt.*" (Dr. Albert, a.a.O., S. 19)

Hier stapelt Herr Dr. Albert ein bißchen tief, was die Rolle der Berater angeht, denn die Berater führen keineswegs nur durch, wofür das BMZ die Steuermillion bewilligt hat. Die Berater sitzen vielmehr direkt vor Ort und „*stehen in einem ständigen und engen Kontakt mit einheimischen Unternehmen und Unternehmensverbänden, Banken, Ministerien sowie den für Investitionen und Export zuständigen Stellen.*" (BMZ, Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer, S. 19) Über die Berater hat das BMZ vier Regionalkoordinatoren für Lateinamerika, Asien, Afrika und den Mittelmeerraum geschaffen, die aber nur koordinierende Funktion haben. „*Sie sind hauptsächlich zuständig dafür, an die Bundesregierung zu berichten, welche Engpässe, welche Förderungsmöglichkeiten in der entsprechenden Region gegeben sind. Sie sind damit ein wichtiges Glied zur Vorbereitung des sog. Politikdialogs.*" (Dr. Albert, a.a.O., S. 19)

Der Kreis schließt sich, Der „neue Weg" in der Entwicklungspolitik, der „partnerschaftliche Politikdialog", die Förderung von Elementen einer „freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Ordnung" in den Ländern der Dritten Welt wird von der bundesdeutschen Wirtschaft und ihren Beratern nicht nur (passiv) durchgeführt, sondern vielmehr vorsortiert, angebahnt, ausgewählt, und, über die Regionalkoordinatoren, der Bundesregierung zur formellen Entscheidung vorgelegt.

Auf der Erfolgsseite können die Berater verbuchen, daß sich ihre Energie auf die Vermittlung von langfristigen Geschäftsverbindungen für Rattan-Möbel, Damenunterwäsche und Haushaltswäsche mit unseren Menschenrechtsfreunden auf den Philippinen konzentriert hat, oder für Blütenpollen aus der Dominikanischen Republik, oder, um noch ein Land zu nennen, in dem gemäß „Neuordnung" der Entwicklungspolitik die „ Bevölkerung an der Planung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben teilhat", für Flechtmöbel, Lampen, elektrische Widerstände und Honig aus Haiti. (Dr. Rinne, GTZ, Die Förderung der Betrieblichen Kooperation mit Entwicklungsländern, S. 178; in: TU-Berlin, Technologietransfer durch Consulting und Kooperation)

Rinne, GTZ, Die Förderung der Betrieblichen Kooperation mit Entwicklungsländern, S. 178; in: TU-Berlin, Technologietransfer durch Consulting und Kooperation)

Fast überflüssig zu erwähnen, daß solche Länder wie Nicaragua und Vietnam, um nur zwei prominente Beispiele zu nennen, durch diese Raster hindurch fallen. Dafür haben aber nicht erst die neue Bundesregierung und ihre privatwirtschaftlichen Berater, sondern schon Schmidt und Co. gesorgt. Die „Rahmenbedingungen", ein oft gebrauchtes Wort in diesem Zusammenhang, für den „Politikdialog" müssen eben stimmen.

Lieferbindung und Mischfinanzierung

Das ökonomisch wichtigste Mittel, um Entwicklungsleistungen in den Dienst der einheimischen Industrie zu stellen, ist die Lieferbindung, die von allen kapitalistischen Industrienationen praktiziert wird. Lieferbindung heißt im konkreten Fall, daß die BRD einem Dritte-Welt-Land nur unter der Bedingung Entwicklungshilfe gewährt, daß das Land einen möglichst hohen Anteil diese Hilfe dazu verwendet, Waren und Dienstleistungen in der BRD einzukaufen. Es handelt sich hier also um eine mit Steuergeldern subventionierte Exportförderung der kapitalistischen Industrien, die die Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder zementiert, und sie zwingt, auch für die ungünstige Preis- und Vertragsbedingungen anzunehmen, da die internationale Konkurrenz ausgeschaltet ist.

Die Lieferbindung ist zwar ein altbekanntes Instrumentarium, wird aber in der letzten Jahren verstärkt eingesetzt. Bei der **offenen Lieferbindung** — hier wird die Lieferbindung im Kapitalabkommen vertraglich festgehalten — ist es ohnehin sowie in den als sensibel erklärten Bereichen Schiffbau, Lokomotivbau, Ingnieurberatungswesen und Atomkraft-Industrie, daß a l l e Kredite für Leistungen, die diese Wirtschaftszweige vergeben, gebunden werden. Aber das reicht den Herrschaften noch nicht. Insbesondere seit Anfang der achtziger jahre wird verstärkt darauf geachtet, mittels Lieferbindung für alle Bereiche der bundesdeutschen Wirtschaft Exportaufträge sicherzustellen. Ein Anteil der gebundenen Hilfe an der öffentlichen Entwicklunghilfe der BRD von über 20% wird als noch nicht ausreichend angesehen.

In der Begründung nach außen darf heutzutage der Wink mit dem Zaunpfahl Arbeitsplätze nicht fehlen („gebundene Entwicklungshilfe sichert die Arbeitsplätze zu Hause"). Entsprechend verlangt z.B. der Haushaltsausschuß des Bundestages, daß Jahr für Jahr konsequent Entwicklungshilfe „mit Beschäftigungswirkung" vergeben wird. (FAZ, 13.2.82) Und die Kohl-Regierung fordert eine Konzeption der Entwicklungspolitik, die „noch beschäftigungsorientierter" ist.

Zur Zeit wird diskutiert, die Hilfevergabe an nationale Ausschreibungen zu binden. Mit so einer Verpflichtungsklausel in den Entwicklungshilfeabkommen würde die offene Lieferbindung erhöht werden. Zwar wird schon gemutmaßt, daß die steigende Lieferbindung bei der DAC-Jahresprüfung (DAC = Development Assistance Committee; Entwicklungshilfeausschuß der OECD) auf Kritik stößt, aber das wird billigend in Kauf genommen. Es wird eben heute im internationalen Konkurrenzkampf mit härteren Bandagen gekämpft. (Zur Lieferbindung siehe A.Naini, a.a.O., S. 599ff.)

Die verdeckte Lieferbindung zielt darauf ab, unter Verzicht auf vertragliche Regelungen, durch indirekte Maßnahmen die staatlicherseits gewährten Hilfeleistungen an Dritte-Welt-Länder wieder in die Taschen der heimischen Kapitalisten zu lenken. Hierfür gibt es allerlei Wege und Schliche; am vorteilhaftesten hat sich die **Mischfinanzierung** gezeigt., denn „*der kombinierte Einsatz der offiziellen Mittel mit privatem Kapital garantiert ... die Verwendung der Mittel in der Bundesesrepublik Deutschland.*" (A.Naini, a.a.O., S. 571)

Die Mischfinanzierung — obwohl politisch umstritten, siehe die Kritik der Grünen im Bundestag — wird von der Kohl-Regierung erheblich forciert. Von 1978 bis Ende 1984 wurden insgesamt 64 Vorhaben durch Mischfinanzierung gefördert. Der zugesagte Betrag belief sich auf insgesamt 4,3 Mrd. DM. Allein im Jahre 1984 wurden 1,96 Mrd. DM für Mischfinanzierungen (24 Vorhaben) zugesagt. (BMZ, Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1985, S. 148)

In ihrem jüngsten (sechsten) Bericht zur Entwicklungspolitik und im Memorandum zur DAC-Jahresprüfung 1985/86 bezeichnete die Bundesregierung die Mischfinanzierung unisono als eine „entwicklungsgerechte Finanzierung." Entwicklungsgerecht? Ja, aber für die BRD-Industrie.

rung die Mischfinanzierung unisono als eine „entwicklungsgerechte Finanzierung." Entwicklungsgerecht? Ja, aber für die BRD-Industrie.

Ha.

Anmerkungen

1) Die bundeseigene GTZ (Stammkapital: 40 Mio DM) spielt für die BRD-Industrie eine besondere Rolle im Bereich der Technischen Zusammenarbeit (TZ). Innerhalb der GTZ besteht eine besondere Arbeitseinheit, die GATE (German Appropriate Technology Exchange), die als eine wichtige Kontaktstelle für die technologische Zusammenarbeit bundesdeutscher Firmen mit Ländern der Dritten Welt fungiert. (BMZ, Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer, S., 45)

2) Die DEG wurde 1962 zur Finanzierung von Direktinvestitionen in Entwicklungländern als bundeseigenes Finanzierungsinstitut gegründet. (derzeitiges Stammkapital: 1 Mrd. DM). Die DEG „fördert die Zusammenarbeit privater deutscher Unternehmen und einheimischer Partnerfirmen in !Entwicklungsländern durch den Erwerb von Beteiligungen, die Gewährung beteiligungsähnlicher Darlehen und Garantien sowie entsprechende Beratungsleistungen." (Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, S. 65)

3) Die Ländervereine in Hamburg, Nah- und Mittelostverein, Ibero-Amerika-Verein, Ostasiatischer Verein, Australien-Neuseeland-Südpazifik-Verein sowie Afrika-Verein, bestehen i.d.R. aus den Kapitalisten, die mit diesen Regionen Handel o.ä. treiben. „Der von den Ländervereinen geschaffene Technisch-Wirtschaftliche Dienst (TWD) unterstützt Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und in Entwicklungsländern bei der Anbahnung von Kooperationen. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Förderung des Handels, des Technologitransfers und des Transportsektors sowie die Information über Investitionsrahmenbedingungen." (BMZ, Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer, S. 85)

4) Bei den privaten Beratungsunternehmen handelt es sich im einzelnen um: CONTINCO, Beratungs-GmbH, Neuer Jungfernstieg 16, 2 Hamburg 36; FGU Kronberg, Unternehmensberatung GmbH, Auf der Heide 6, 6242 Kronberg; GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbh, Hindenburgring 18, 6380 Bad Homburg v.d.H.1; HAG Herdrikson Associierte Consultants GmbH, Frankfurter Allee 55-59, 6236 Eschborn 1. (gtz, Das BK-Programm der GTZ) Hinzu kommt noch der TWD, s. 3).

Zur Geschichte und Entwicklung der »Strategischen Rüstungsbegrenzung«

Während sich der erste Teil dieser Serie (AK 261) mit dem SALT-I-Abkommen (ABM-Vertrag und Interimsabkommen über ICBM und SLBM von 1972) befaßte, soll es nun um den Ende der 70er Jahre vorgelegten SALT-II-Vertrag gehen. SALT-II ist das bislang letzte Rüstungskontrollabkommen, das zwischen den beiden nuklearen Großmächten USA und SU vereinbart wurde. Allerdings trat es niemals offiziell in Kraft; der amerikanische Senat verweigerte seine Zustimmung. In diesem Artikel können allerdings — alles andere würde den Rahmen sprengen — nur „ausgewählte Aspekte" bzw. die zentralen Aussagen des umfassenden Vertragswerkes vorgestellt und erörtert werden. Im Anschluß daran folgt eine knappe Darstellung der westeuropäischen Bedenken gegenüber SALT und einer „kodifizierten nuklearstrategischen Parität" zwischen den nuklearen Großmächten. Dabei wird deutlich, daß es die gleichen Bedenken sind, die aktuell die westeuropäischen NATO-Staaten gegenüber SDI vortragen.

Der dritte Teil der Serie wird sich dann den jüngeren Entwicklungen in der SLBM-Rüstung widmen.

Teil II

Nach langjährigen Verhandlungen und mehreren Zwischenetappen (z.B. die Breshnew/Ford-„Rahmenrichtlinien" von Wladiwostok, November 1974) unterzeichneten Breshnew und Carter im Juni 1979 den SALT-II-Vertrag. Aufgrund des Einspruches erzkonservativer Kreise in den USA um die heutige Genfer-Verhandlungscrew der Reagan-Administration trat dieser Vertrag allerdings niemals in Kraft. Dennoch gelang es beiden Seiten bis zum heutigen Tage, die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten, was allerdings weniger einem „Friedenswillen" als den wieder einmal (siehe SALT I) sehr großzügig gesetzten Rüstungs-„Obergrenzen" geschuldet war.

SALT II ist wie SALT I nicht mehr und nicht weniger als ein „Rüstungskontrollabkommen", das den nuklearstrategischen Rüstungswettlauf weder stoppt geschweige denn „umkehrt", sondern lediglich „limitiert". So brisante Bereiche wie „Zielgenauigkeit" und damit auch „Silozerstörungskapazität" von nuklearstrategischen Systemen blieben weitgehend ausgespart, nur wenig Berücksichtigung fanden auch neuere Entwicklungen im SLBM-Sektor (u.a. U-Boot-Bekämpfung). Man mag SALT II — aufgrund seiner detaillierten und präzisen Ausführungen — als das umfassendste und bedeutendste Rüstungskontrollabkommen der Nachkriegsgeschichte ansehen, dem nuklearstrategischen Rüstungswettlauf konnte es dennoch nicht Einhalt gebieten.

Im Folgenden soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, inwieweit es sich bei SALT II tatsächlich — wie seine Befürworter anführen — um eine „ausgewogene Sache" und einen bedeutenden Beitrag zur (auch nur) „Rüstungskontrolle" handelt.

Das Problem „MIRV"

Der SALT-I-Vertrag hatte den USA einen deutlichen zahlenmäßigen Vorsprung bei den nuklearen Sprengköpfen zugestanden. Die SU verfügte zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die Fähigkeit, ihre nuklearstrategischen Systeme mit Mehrfachsprengköpfen (MRV = Multiple Re-Entry Vehicles = nicht unabhängig zielprogrammierbare Mehrfach-Wiedereintrittsflugkörper) und unabhängig zielprogrammierbare Mehrfach-Wiedereintrittsflugkörper (MIRV = Multiple Independently-Targetabl Re-Entry Vehicle) zu armieren (bestücken). Gerade die MIRV-Technologie ermöglichte jedoch die Zahl der anvisierbaren Ziele (ohne Dislozierung (Stationierung) weiterer nuklearstrategischer Trägermittel) zu multiplizieren. Nach ersten gescheiterten Versuchen begann die SU jedoch 1973 mit Experimenten zur Bewaffnung ihrer SS-9 mit einer Dreifach-MRV-Spitze. Die SU schien auch auf diesem Sektor technologisch aufzuholen. Kissinger bot daraufhin 1974 ein MIRV-Moratorium an, das die technische Entwicklung zusammen mit der Dislozierung von MIRV auf dem beiderseits erreichten Stand eingefroren hätte. Da die SU sich jedoch zu diesem Zeitpunkt noch im Stadium des Experimentierens befand und noch über kein einziges funktionstüchtiges verMIRVtes nuklearstrategisches System verfügte, hätte jeder vereinbarte Rüstungsstillstand den deutlichen US-Vorsprung und die ungleichen Verhältnisse zwischen den SALT-Partnern festgeschrieben. Die SU wollte daher keine derartige Vereinbarung, bevor sie nicht zumindest ausgereifte MIRV-Systeme in Flugversuchen erprobt und auf einem Teil ihrer ICBMs (Intercontinental Ballistic Missiles = landstationierte Interkontinentalraketen) installiert hätten. Die USA äußerten nun die Befürchtung, daß die SU mittel- bis langfristig die ihr im SALT-I-Abkommen zugestandene größere Zahl an interkontinentalen Trägersystemen durch Einführung von MIRV für gesteigerte Zielangriffskapazitäten nutzen würden. 1974 verlangte US-„Verteidigungs"minister Schlesinger von Moskau einen vertraglichen Verzicht auf MIRV, zwecks „Kompensation" ihrer zahlenmäßigen Vorteile bei den landstationierten Trägersystemen und der größeren Wurflasten sowjetischer ICBMs (wodurch die SU die geringere Zielgenauigkeit ihrer ICBMs zu kompensieren gedachte; die größeren Wurflasten sowjetischer ICBMs waren somit a u c h Ausdruck einer technologischen Unterlegenheit). Die „Rahmenrichtlinien" von Wladiwostok enthielten dann die folgende Regelung: MIRV flugversuchs-erprobte ICBMs und SLBMs (Submarine-/Sea-Launched Ballistic Missiles = U-Boot-/Seegestützte ballistische Raketen) sollten für die zulässigen Obergrenzen angerechnet werden, gleichgültig, ob alle Systeme dieses Typs dann wirklich einmal mit MIRV armiert werden würden. Diese Regelung ließ der SU zwar die Option offen, in der MIRV-Entwicklung nachzuziehen, andererseits bedeutete sie die Aufrechnung bereits existierender und dislozierter US-MIRV-Systeme gegen noch im Entwicklungs- und Erprobungszustand befindliche SU-Systeme. Zudem blieben Zahl und Technik der MIRV-Sprengköpfe in den Flugkörperspitzen von jeder Beschränkung frei, mit Verweis auf das Problem ihrer Verifizierbarkeit (da solche Unterschiede von gegnerischen Satelliten nicht erkennbar sind). Dies war von eindeutigem Vorteil für die Seite, die a) bereits über verMIRVte nuklearstrategische Systeme verfügte und b) in der diesbezüglichen Entwicklung technologisch tonangebend war.

So beinhaltete das Wladiwostok-Abkommen zwar eine Begrenzung der Anzahl der zu verMIRVenden Trägersysteme (je 2.400 ICBMs und je 1.320 SLBMs), nicht jedoch eine Begrenzung der Anzahl der MIRV-Sprengköpfe (1). So konnten weder SALT I noch der SALT-II-Verhandlungsprozeß verhindern, daß die USA zwischen 1970 und 1979 die Zahl ihrer nuklearstrategischen Sprengköpfe von 4.000 auf 9.600 erhöhten, wobei die Erhöhung allein die Gesamtzahl der sowjetischen strategischen Sprengköpfe noch im Jahre 1979 übertraf. Auch das SALT-II-Abkommen kennt lediglich eine Festschreibung von Obergrenzen bei den Trägerwaffen und verMIRVten Trägerwaffen, nicht jedoch hinsichtlich der Gesamtzahl der nuklearen Sprengköpfe. Lediglich bezüglich der ICBMs — die den Schwerpunkt der sowjetischen nuklearstrategischen Rüstung darstellen (was u.a. geostrategisch bedingt ist (2)) — wurden Höchstzahlen für Sprengköpfe vereinbart. Die SU akzeptierte eine Regelung, die es ihr erlaubte, die SS-17 mit vier, die SS-19 mit sechs und die SS-18 mit zehn Sprengköpfen zu armieren. Bezüglich der Minuteman III wurde eine Höchstgrenze von sieben Sprengköpfen festgelegt. Beiden Seiten wurde ein zusätzlicher neuer Raketentyp mit maximal zehn MIRV-Sprengköpfen zugestanden (auf Seiten der USA betraf dies die MX-Entwicklung, auf Seiten der SU die SS-18). Eine weitere Vergrößerung der Sprengkopfzuladungen über die zitierten Vereinbarungen hinaus (s.o.) wurde untersagt. Die Anzahl der ICBM-Syyteme, die verMIRVt werden dürfen, wurde mit 820 festgelegt. Wie bereits in Wladiwostok vereinbart, wurden als mit MIRV ausgerüstete ICBMs alle Systeme gezählt, die mit zwei oder mehr MIRV-Sprengköpfen flugerprobt wurden, unabhängig davon, ob sie mit einem einzigen Wiedereintrittskörper oder mit mehreren Wiedereintrittskörpern, die nicht unabhängig zielgeplant werden können (MRVs anstatt MIRVs), erprobt wurden.

Wie bereits erwähnt, bedeutete dies, daß a) noch nicht existierende verMIRVte SU-Systeme gegen bereits existierende US-MIRV-Systeme aufgerechnet wurden bzw. b) sowjetische MRV-Systeme als MIRV-Systeme gerechnet wurden. Während die USA zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses alle 550 MIRV-fähigen Minuteman III auch mit MIRV disloziert hatten, spricht SIPRI zu diesem Zeitpunkt von lediglich 100 verMIRVten SS-17 und 114 verMIRVten SS-18, wobei das tatsächliche Ausmaß der Wurflastenaufteilung (bzw. des VerMIRVungsgrades) nicht klar auszumachen ist. Hinzu kommen noch einige mit MRV ausgerüstete ältere SS-11, die in für die SS-19 gebauten Silos untergebracht waren.

Eine Begrenzung der ICBM-Modernisierung und Sprengkopfentwicklung beinhaltet SALT II nicht. Die USA wollten sich weitere Fortschritte im Bereich der MIRV- und MARV-Technologie (Maneuverable Re-Entry Vehicle = Sprengkopf mit Selbst- bzw. Endphasensteuerung) offenhalten. Aber auch die SU war gegen diesbezügliche Beschränkungen bzw. verlangte als Gegenleistung strikte Begrenzungen für die Modernisierung von Bombern und SLBMs. Diese Haltung entbehrte nicht einer gewissen Logik, lag doch der Schwerpunkt der nuklearstrategischen Rüstung der USA bei den Bombern und SLBMs. Ein Modernisierungsstop ausschließlich bei den ICBMs hätte die SU schwerer getroffen als die USA, deren umfassendes Programm der Modernisierung ihrer Bomber und SLBM-Arsenale davon unberührt geblieben wäre.

Am Tag der Vertragsunterzeichnung (18.6.1979 in Wien) gaben beide Seiten die folgenden Zahlen für ICBMs an: Die USA verfügten demnach über 1.054 ICBMs (davon 550 Minuteman III mit MIRV), die SU über 1.398 ICBMs (davon 608 Systeme, die theoretisch mittelfristig mit MRV und MIRV ausgerüstet werden konnten). Die USA hatten somit erst 2/3 des ihnen zugestandenen MIRV-Arsenals bei den ICBMs aufgebaut, die SU erst ca. 3/4.

Wie bei den ICBMs galten auch bei den SLBMs alle Typen als MIRV-fähig (und somit auf die vereinbarten Vertragsobergrenzen anzurechnen), die auch mit MIRV getestet wurden, unabhängig davon, ob auch tatsächlich eine Armierung mit MIRV-Sprengköpfen mittel- oder langfristig zu erwarten war. Als tatsächliche oder mögliche MIRV-Trägersysteme wurden für die USA die Poseidon C-3 SLBM sowie die Trident C-4 SLBM und für die Sowjetunion die SS-N-18 genannt. Für verMIRVte SLBMs wurde keine eigene Obergrenze festgesetzt, stattdessen wurde ein Maximum von 1.200 für verMIRVte ICBMs plus SLBMs vorgeschrieben. Dies kam in erster Linie den USA gelegen, die als globale Seemacht in ungleich stärkerem Ausmaß auf die Seestationierung ihres nuklearstrategischen Arsenals orientierte. Die Höchstgrenze für den VerMIRVungsgrad von SLBMs lag mit 14 Sprengköpfen um vier über den für ICBMs. Mit 14 MIRV-Sprengköpfen war bis dahin lediglich die amerikanische Poseidon C-3 getestet worden. Im Unterschied zu den Vereinbarungen bezüglich verMIRVter ICBMs war hier eine weitere Vergrößerung der Zahl der Sprengköpfe erlaubt, jedoch nicht über die 14 MIRV-Sprengköpfe der Poseidon C-3 hinaus. Laut Daten-Memorandum vom 18.6.1979 hatten die USA zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses 496 Startanlagen für verMIRVte SLBMs zur Verfügung, die SU hingegen lediglich 144. Die Poseidon C-3 wurden mit bis zu 14 MIRV-Sprengköpfen berechnet, die Trident C-4 mit sieben und die sowjetische SS-N-18 mit ebenfalls sieben MIRV-Sprengköpfen. 31 Poseidon-Boote mit je 16 C-3 à SLBMs je zehn MIRVs (US-Angaben) zuzüglich zehn Polaris-U-Boote mit je 16 A-3 SLBMs (unverMIRVt, stattdessen mit je drei MRVs ausgerüstet) garantierten den USA gegenüber den neun sowjetischen Delta III-Booten mit je 16 SS-N-19 je drei MIRVs zuzüglich 835 weiteren sowjetischen SLBMs mit je einem Sprengkopf (hier sind einige SLBMs noch mit einberechnet, die nicht unter den SALT-Vertrag fallen) eine mehr als deutliche Überlegenheit an nuklearen Sprengköpfen: nämlich von 5.120 zu 1.238 zum Zeitpunkt des SALT-II-Vertragsabschlusses. Und die Vereinbarungen ermöglichten den USA den weiteren Ausbau ihrer seestationierten nuklearstrategischen Flotte, während der Ausbau der ICBM-Arsenale (dem Haupttätigkeitsfeld der nuklearstrategischen Rüstung der SU) Restriktionen unterlag. Die SALT-II-Vereinbarung verlangte quasi indirekt von der SU, wollte sie im Rüstungswettlauf um nuklearstrategische Sprengköpfe mit den USA mithalten, mittelfristig eine Umrüstung auf SLBMs, was a) ausgesprochen kostspielig für sie sein mußte, b) nicht nur ihre finanziellen, sondern auch ihre technologischen Fähigkeiten überstieg — gerade im Bereich der SLBMs bzw. SSBNs (Sub-Surface Ballistic Nuclear = nuklearbetriebene U-Boote plus ballistische Raketen) wie aber auch der Bekämpfung derartiger Systeme war und ist der technologische Vorsprung der USA besonders evident — und c) nicht der geostrategischen Ausgangslage der SU, die ihr den freien ungehinderten Zugang zu den Weltmeeren erschwerte, entsprach.

Sprengkraft, Wurfgewicht/Wurflast

Bereits im Vorfeld des Vertragsabschlusses wurde zwischen den USA und der SU eine Begrenzung hinsichtlich Start- und Wurfgewicht von ICBMs verabredet: Die USA durfte kein ICBM mit einem größeren Wurfgewicht/Wurflast als die der Titan-2 (8.000 Pfund oder etwa 3,5 Tonnen) haben, die SU keines mit einer größeren als dem der SS-18 (16.000 Pfund oder etwa 7 Tonnen). Zudem gestatteten die USA der SU bei den schweren ICBMs eine numerische Überlegenheit von 308 Systemen. Zwar stellten die schweren sowjetischen ICBMs für die USA ein Problem hinsichtlich eines begrenzten nuklearstrategischen Schlagabtausches dar (siehe Teil 1 dieser Serie, AK 261), andererseits waren sie selbst an der Entwicklung und Produktion schwerer ICBMs überhaupt nicht interessiert. Vielmehr hatten sich die USA für eine Reduzierung der Megatonnage und der Wurfgewichte entschieden. Technologischer Fortschritt bei den strategischen Nuklearwaffen ist fast immer mit einer Reduzierung der Megatonnage verbunden. Denn: Die Zerstörung eines bestimmten (etwa „gehärteten", militärischen) Zieles durch die nukleare Druckwirkung, die als der wichtigste Zerstörungseffekt strategischer Nuklearwaffen gilt, steigt nicht parallel mit der Sprengkraft. Sprengkraft ist ungleich Zerstörungswirkung; je höher die Sprengkraft über eine Megatonne steigt, desto mehr Sprengwirkung wird „verschwendet". Der bei weitem wichtigste Faktor für die Erhöhung der Zerstörungsfähigkeit gegenüber „gehärteten" Zielen ist die Erhöhung der Zielgenauigkeit einer Nuklearwaffe. Eine Erhöhung der Zielgenauigkeit um den Faktor 2 entspricht sogar einer Erhöhung der Sprengkraft um den Faktor 8. Von daher ist es auch nicht verwunderlich, daß nach dem Durchbruch der MIRV-Technologie sich der technologische Rüstungswettlauf auf eine Verbesserung der Zielgenauigkeit konzentrierte (verbesserte Trägheitsnavigationssysteme, Positionsbestimmung mit Hilfe von Satelliten und Selbststeuerung bei der Endflugphase/MARV). Für eine technologisch überlegene Nuklearmacht bedeutet die oben zitierte Gleichung, daß sie bei gleichem Wurfgewicht/gleicher Wurflast über mehr Zuladung (MIRV) pro Trägersystem verfügen kann (und somit mit einem Trägersystem mehr Ziele und diese mit mehr Zerstörungswirkung anvisieren kann) als der ihr technologisch unterlegene Gegner.

Die Differenz bei den Wurfgewichten amerikanischer und sowjetischer nuklearstrategischer Systeme darf somit nicht zuletzt als Folge einer technologischen Entwicklungsdifferenz zugunsten der USA bewertet werden.

Trägersysteme und Sprengköpfe

Trägersysteme strategischer Nuklearsprengköpfe sind Bomber, ICBMs und SLBMs. Dabei galten zum Zeitpunkt des SALT-II-Abkommens schwere Bomber und ICBMs als strategische Offensivwaffen, SLBMs hingegen als „second strike"-Systeme und „Defensivwaffen". Mit der technologischen Entwicklung sind jedoch mittlerweile die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß SLBMs auch zu „Coun-

Fortsetzung nächste Seite

Das Waffenarsenal der Nato:
(einschließlich Frankreich)

268 U-Boote
561 Überwasser-Kampfschiffe
19 Flugzeugträger und Hubschrauberträger
3518 Kampfflugzeuge
1195 Kampfhubschrauber
5 368 000 Soldaten
28 000 Panzer
1775 Interkontinentalraketen
(einschließlich Frankreich und Großbritannien)

Fortsetzung von vorheriger Seite

terforce'' und offensiven Zwecken eingesetzt werden können. Und Entwicklungen in der U-Boot-Bekämpfungstechnik haben wiederum dazu geführt, daß eine seestationierte nuklearstrategische Streitmacht nicht mehr länger eine Garantie für gesicherte (da schwer ortbare) nukleare ,,Zweitschlagskapazität'' darstellt. Sowohl in der Verfeinerung von SLBMs zum Einsatz für ,,Counterforce''-Zwecke wie in der U-Boot-Bekämpfung sind die USA eindeutig führend, was u.a. deshalb von Bedeutung ist, weil die USA auch hinsichtlich auf See stationierter nuklearstrategischer Sprengköpfe eindeutig überlegen und ihre erheblich ,,geräuschärmeren'' U-Boote für die SU z.T. kaum auszumachen sind und zudem über einen erheblich größeren Aktionsradius verfügen. Umgekehrt haben die USA z.T. die Fähigkeit, die Operationsrouten der relativ ,,lauten'' sowjetischen U-Boote exakt zu bestimmen. (Die SSBN- bzw. SLBM-Problematik soll jedoch im dritten Teil dieser Serie gesondert erörtert werden.)

Bereits erörtert und genannt wurden die Daten für ICBMs (USA: 1.054 Startanlagen, davon 550 MIRV-fähig; SS: 1.398 Startanlagen, davon 608 MIRV-fähig; während bei den USA alle 550 Anlagen jedoch bereits verMIRVt waren, gibt die Zahl 608 für die SU erst einmal nur Aufschluß über die Größenordnung der MIRV-fähigen Startanlagen, der tatsächliche VerMIRVungsgrad muß erheblich niedriger angesiedelt werden). Ebenso erörtert und genannt wurden die Daten für SLBMs (gemeinsame verMIRVte SLBMs und ICBMs: 1.200, wobei die Obergrenze für verMIRVte ICBMs bei 820 lag, für SLBMs hingegen keine Höchstgrenze hinsichtlich VerMIRVungsgrad gesetzt wurde).

Neben der eindeutigen Überlegenheit bei den SLBMs verfügen die USA über eine nicht minder beeindruckende Überlegenheit bei den nuklearstrategischen Bombern. Das dem SALT-II-Abkommen beigefügte ,,Datenmemorandum'' zählt für die USA zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses 573 schwere Bomber gegenüber 156 schweren Bombern der SU. Als schwere Bomber wurden die amerikanischen B-52 und B-1 bzw. die sowjetischen Tupolew-95 (US-Bezeichnung: Bear) und Mjassischtschew (US-Bezeichnung: Bison) gerechnet. Für die Anzahl der Bomber gab es keine besondere Begrenzung, sie wurden unter die gemeinsame Obergrenze von 2.250 nuklearstrategischen Systemen (genauer: Trägersystemen) subsummiert (3). Auch dies war wiederum für die USA von Vorteil aufgrund ihrer Überlegenheit in diesem Bereich der nuklearstrategischen Rüstung und der Bedeutung, die sie ihrer Bomberflotte zuordnete.

Eine gesonderte und tatsächliche Begrenzung von verMIRVten Systemen fand somit nur im Bereich der ICBMs, dem zentralen Bereich der nuklearstrategischen Rüstung der SU, statt.

von Vorteil aufgrund ihrer Überlegenheit in diesem Bereich der nuklearstrategischen Rüstung und der Bedeutung, die sie ihrer Bomberflotte zuordnete.

Eine gesonderte und tatsächliche Begrenzung von verMIRVten Systemen fand somit nur im Bereich der ICBMs, dem zentralen Bereich der nuklearstrategischen Rüstung der SU, statt.

SLBMs und Bomber wurden hingegen in gemeinsamen Obergrenzen mit ICBMs (so im Falle der SLBMs) untergebracht oder aber unter gemeinsame Obergrenzen für alle Waffenträger (ohne Berücksichtigung ihres VerMIRVungsgrades) subsummiert (Bomber). Während somit das Wachstum von Bomber- und SLBM-Flotten relativ unbegrenzt blieb (gemeinsame ,,Obergrenzen'' mit verMIRVten ICBMs erlaubten es, zur Not den Ausbau dieser Arsenale auf Kosten der Anzahl an ICBMs zu betreiben), wurden einem weiteren Zuwachs verMIRVter ICBMs deutliche Schranken gesetzt. Aus der Tatsache, daß der Vertrag insgesamt 1.320 MIRV-fähige Trägersysteme erlaubt, ergab sich lediglich, daß nur 120 Bomber mit MIRV-Sprengköpfen ausgerüstet stationiert werden durften, oder aber — ähnlich wie bei den SLBMs — für jeden weiteren verMIRVten Bomber je eine MIRV-ICBM oder MIRV-SLBM außer Dienst gestellt werden mußte. Zusammengefaßt bedeuteten diese Regelungen jedoch, daß zwar mehr als 380 MIRV-SLBM (1.200 MIRV-SLBM und MIRV-ICBM minus 820 MIRC-ICBM = 380) und mehr als 120 MIRV-Bomber (1.320 minus 820 minus 380 = 120) in Dienst gestellt werden durften (Voraussetzung: die ICBM-Obergrenze von 820 ist noch nicht erreicht oder aber es werden ICBMs für Bomber und SLBMs abgebaut), jedoch auf keinen Fall mehr als 820 ICBMs (4).

Eine langwierige Diskussion verursachte das Problem landbeweglicher Raketen bzw. ICBM-Stellungen. Der SALT-II-Vertrag untersagt lediglich den Bau zusätzlicher festinstallierter Startanlagen und die Umwandlung von Startanlagen für Mittelstreckenraketen in solche für ICBMs. Startanlagen, die für Mittelstreckenraketen und für ICBMs eingerichtet sind, wurden als ICBM-Startanlagen gezählt (dies betraf nur die SU, da die USA, aus geostrategischen Gründen, auf ihrem Territorium keine Mittelstreckenraketen disloziert haben) (5).

Den Bau von beweglichen Startanlagen verbietet das Protokoll hingegen lediglich bis 1981. Dies kam den USA sehr entgegen, wurde doch seit 1978 in Washington erwogen, ein neues ,,MX''-System (mit zehn MIRV-Sprengköpfen, was der SALT-II-Vertrag erlaubte) ,,beschränkt'' landbeweglich zu dislozieren, indem Tunnel mit zahlreichen ,,Startplätzen'' (,,aiming points'') gebaut werden, zwischen denen die ,,MX''-Systeme zirkulieren sollten. Auf diese Weise sollten sie gegen sowjetische ,,Counterforce''-Schläge besser geschützt werden. SU-Außenminister Gromyko schlug deshalb im Mai 1978 vor, während der Laufzeit des SALT-II-Abkommens (also bis Ende 1985) überhaupt keine neuen ICBMs mehr zu erproben und zu dislozieren. Die schließlich getroffene Vereinbarung, die Dislozierung beweglicher Startgeräte nur bis 1981 zu untersagen, tangierte die USA nicht sonderlich, da das ,,MX''-Programm bis 1981 ohnehin nicht ausgereift gewesen wäre.

Ganz im Sinne der USA war auch, daß der Vertrag den Bau eines neuen sogenannten ,,leichten'' ICBMs erlaubte (6). Zwar drängten die USA einerseits auf eine Begrenzung von

die Dislozierung beweglicher Startgeräte nur bis 1981 zu untersagen, tangierte die USA nicht sonderlich, da das ,,MX''-Programm bis 1981 ohnehin nicht ausgereift gewesen wäre.

Ganz im Sinne der USA war auch, daß der Vertrag den Bau eines neuen sogenannten ,,leichten'' ICBMs erlaubte (6). Zwar drängten die USA einerseits auf eine Begrenzung von

Wurfgewicht/Wurflast bzw. ,,schweren'' ICBMs, andererseits waren die Militärs in den USA selbst überhaupt nicht auf eine Produktion von schweren ICBMs erpicht. Die US-ICBMs sind in der Regel erheblich ,,effizienter'' als die sowjetischen ICBMs und die geplante ,,leichte'' ,,MX'' mit zehn MIRV-Sprengköpfen sollte nahezu über dieselbe Zerstörungskapazität wie die ,,schwere'' SS-18 verfügen. Während SALT II jedoch die Dislozierung ,,leichter'' mobiler ICBMs ab 1981 freistellt, gelang es den USA, ein Verbot mobiler ,,schwerer'' ICBMs durchzusetzen. Dies deutete darauf, daß die USA in mobilen ,,schweren'' Raketen keine sinnvolle nuklearstrategische Option der Zukunft sahen.



Ein Marschflugkörper der US-Luftwaffe auf einem Probeflug. Von Langstreckenbombern abgeworfen, sollen sich solche Geschosse in Baumwipfelhöhe ihre Ziele

Beide Parteien verpflichteten sich mit dem SALT-II-Abkommmn, keine Systeme für das rasche Nachladen von ICBM-Startanlagen zu entwickeln und zu produzieren, eine Option, die mit dem Kaltstartverfahren theoretisch bestand. Mit der Bestimmung, in den Dislozierungsgebieten der ICBM-Anlagen und ihren Lagerstätten nicht mehr ICBMs zu lagern als für den ,,normalen Betrieb'' notwendig (d.h. eine ICBM pro Startanlage), wurde ein mögliches Schlupfloch des SALT-I-Abkommens geschlossen.

Das Problem der „Forward Based Systems"

Die SU hatte bereits anläßlich der SALT-I-Verhandlungen auf eine Einbeziehung (bzw. Anrechnung/Verrechnung) der sogenannten ,,Forward Based Systems'' (FBS) gedrängt (nuklearfähige Flugzeuge, die in Westeuropa, aber auch auf Flugzeugträgern im Nordatlantik und im Mittelmeer stationiert sind) (7). Die FBS stellten für die SU eine vorgeschobene strategische Bedrohung dar, für die es auf Seiten der SU gegenüber den USA kein Äquivalent gab. Die USA verweigerten abermals die Einbeziehung dieser Waffensysteme in die SALT-Vereinbarunn, mit dem Argument, man könne Flugzeuge nicht mit Raketen (gemeint waren die sowjetischen Mittelstreckenraketen) vergleichen, und zudem seien den Flugzeugen auch konventionelle Aufgaben zugeordnet. Die USA wollten mit den FBS eine regionale, quasi strategische (wenn die Aufgaben der nuklearfähigen Flugzeuge heute auch mehr taktischer Art sind) nukleare Option wahren, die westeuropäischen NATO-Staaten rebellierten wiederum gegen jede Thematisierung der FBS bei SALT aus Furcht vor einer Relativierung der ,,US-Nukleargarantie'' für Westeuropa (,,Abkoppelung'') zugunsten einer Übereinkunft der SALT-Partner zur Bestimmung der Bedingungen der in-

sind) nukleare Option wahren, die westeuropäischen NATO-Staaten rebellierten wiederum gegen jede Thematisierung der FBS bei SALT aus Furcht vor einer Relativierung der ,,US-Nukleargarantie'' für Westeuropa (,,Abkoppelung'') zugunsten einer Übereinkunft der SALT-Partner zur Bestimmung der Bedingungen der in-

ternationalen und kollektiven ,,Sicherheit''. Die USA garantierten den westeuropäischen NATO-Staaten, daß weder westeuropäische strategische Kapazitäten (SLBMs, IRBMs (Interregional Ballistic Missiles), und Bomber Frankreichs und Großbritanniens) noch FBS noch die nuklear bewaffneten ,,strike''-Verbände der NATO-Streitkräfte in Europa in irgendwelcher Form bei der Bestimmung von Obergrenzen etc. im SALT-Abkommen berücksichtigt werden sollten.

Die Kontroverse um „Marschflugkörper"

Der SAIT-II-Vertrag ermöglicht die Bewaffnung schwerer Bomber mit Marschflugkörpern über 600 km und damit unbegrenzter Reichweite. Die durchschnittliche Bestückung darf jedoch 28 weitreichende Marschflugkörper nicht überschreiten. Desweiteren werden diese Bomber auf die zulässige Obergrenze von 1.320 mit MIRV ausgestatteten oder ausstattbaren Trägersystemen angerechnet. Aus dem Datenmemorandum der SALT-Vertragsparteien geht allerdings hervor, daß zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses die USA über drei für Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 600 km ausgerichtete Bomber verfügten, die SU hingegen über keinen. In der Marschflugkörpertechnologie lag die SU mal wieder deutlich hinter den USA. Faktisch bedeutete dies, daß die USA 120 schwere Bomber mit Marschflugkörpern ausrüsten durften, ohne dies durch den Abbau anderer verMIRVter Systeme kompensieren zu müssen. Die USA konnten damit auf die volle Zahl von 1.320 verMIRVten Systemen kommen, während die SU die Zwischengrenze von 1.200 für verMIRVte ICBMs und SLBMs nicht überschreiten durften. Dieser Vorteil für die USA wurde mit einer sowjetischen Überlegenheit in der Luftabwehr (die zu diesem Zeitpunkt nur Bomber als nukleare Trägersysteme betraf) begründet. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich diese Luftabwehrüberlegenheit jedoch als ,,Vorteil'' mit nur geringfügigem Wert: Zwar verfügte die SU über ein relativ ausgedehntes Luftabwehrnetz (nach US-Angaben 1979: 5.000 Radaranlagen, 2.500 Abfangjäger, ca. 10.000 Startanlagen mit ca. 12.00 Luftabwehrraketen gegen 59 Radaranlagen und 309 Abfangjäger auf amerikanischer Seite: allerdings ergibt ein größeres Luftabwehrsystem für die USA, aufgrund des geringen Umfangs der sowjetischen Bomberflotte und ihrer eingeschränkten Fähigkeiten, auch überhaupt keinen Sinn), wobei jedoch 50% der Systeme als veraltet galten und zudem Teile der Systeme sich gegen Bedrohungen aus Westeuropa und China richteten. Unter Experten galt

ein größeres Luftabwehrsystem für die USA, aufgrund des geringen Umfangs der sowjetischen Bomberflotte und ihrer eingeschränkten Fähigkeiten, auch überhaupt keinen Sinn), wobei jedoch 50% der Systeme als veraltet galten und zudem Teile der Systeme sich gegen Bedrohungen aus Westeuropa und China richteten. Unter Experten galt

jedoch die sowjetische Luftabwehr gegenüber Marschflugkörpern, die im Vergleich zu ,,herkömmlichen'' Nuklearbombern den Vorteil bieten, daß mit weitreichenden Marschflugkörpern ausgerüstete Bomber eine ausreichende (im Sinne ihrer Unverletzlichkeit) Distanz zur Luftabwehr einhalten können, als wertlos. Weitreichende Marschflugkörper stellen mit ihrem extrem niedrigen Rückstrahlquerschnitt, ihrer niedrigen Flughöhe, ihrer großen Zahl und ihrer Fähigkeit zur Selbststeuerung für die Luftabwehr ein kaum lösbares Problem dar. (Allerdings ist inzwischen eine zweite Version für den Radar unsichtbarer Marschflugkörper in Erprobung). Nicht umsonst hatte sich die US-Administration im Vorfeld des Vertragsabschlusses dafür entschieden, anstelle des B-1-Bombers der kosteneffektiveren Option — der Entwicklung und Produktion von Marschflugkörpern — den Vorzug zu geben.

Die BRD und SALT II

Die SALT-Verhandlungen zur Begrenzung der nuklearstrategischen Rüstung der nuklearen Großmächte wurden in Westeuropa mit Skepsis betrachtet und von der Furcht begleitet, die USA könnten im Rahmen einer Vereinbarung mit der SU auch die vorgeschobenen Basen in Europa (FBS) und andere strategische Systeme in Europa (SLBM, IRBM und Nuklearbomber Frankreichs und Großbritanniens) zur Disposition stellen bzw. auf ,,Obergrenzen'' mit anrechnen, für die Westeuropäer mit dem Resultat des Verlustes an militärischer Bedeutung gegenüber der SU, die u.a. auf der ,,Verkoppelung'' mit den militärischen (und hier insbesondere den nuklearen Potenzen) der USA beruhte. Nach Auffassung der westeuropäischen NATO-Partner mußte eine nuklearstrategische Parität zwischen USA und SU die US-Nukleargarantie für Westeuropa relativieren, wenn nicht gar aufkündigen. Aus ähnlichen Erwägungen hatten die Westeuropäer bereits 1973 das ,,Abkommen zur Verhütung nuklearen Krieges'' heftig kritisiert, das ihrer Auffassung nach in die Anwendung der NATO-,,Verteidigung'' eingriff und durch Verzicht auf den ,,first use'' von Nuklearwaffen die nuklearstrategische Garantie der USA schmälerte (8). Ab Mitte der 70er Jahre stand dann die ,,Cruise-Missile-Kontroverse'' im Mittelpunkt westeuropäischer SALT-Bedenken, nachdem die SU am Verhandlungstisch die Einbeziehung aller Marschflugkörper mit Reichweiten von über 600 km als strategische Systeme in die Verhandlungen gefordert hatte. Der westeuropäische Einwand lautete, daß die europäischen NATO-

,,Cruise-Missile-Kontroverse'' im Mittelpunkt westeuropäischer SALT-Bedenken, nachdem die SU am Verhandlungstisch die Einbeziehung aller Marschflugkörper mit Reichweiten von über 600 km als strategische Systeme in die Verhandlungen gefordert hatte. Der westeuropäische Einwand lautete, daß die europäischen NATO-

Staaten auf diesem Wege eigener und zusätzlicher regionaler Optionen beraubt werden würden (9).

Aus der Sicht der westeuropäischen NATO-Partner — und hier insbesondere der ,,nichtnuklearen'' BRD — ist die Androhung eines nuklearstrategischen Einsatzes zum Zwecke der Wahrung westeuropäischer Interessen nur unter der Voraussetzung glaubwürdig, daß die USA auf der nulearstrategischen Ebene über Überlegenheit und daraus resultierende strategische Flexibilität und Eskalationskontrolle verfügen. Eine numerische Parität müßte hingegen ihrer Auffassung nach gefährliche Folgen zeitigen, denn Parität ließ sich nicht mit dem Gedanken der Überlegenheit in der Eskalation in Einklang bringen. Flexibilität setzt nach Lesart der NATO und der BRD spezifische Überlegenheit voraus. In der späteren ,,Nach''rüstungsdebatte sollte dieser Widerspruch noch deutlich zutage treten. Das Beharren auf glaubwürdige ,,Ankoppelung'' an die Nuklearstreitkräfte der USA als Voraussetzung für eine offensive Instrumentierbarkeit der Abschreckungsdoktrin auch von Westeuropa aus, mußte die BRD zwangsläufig partiell in eine kontraproduktive Position gegenüber Versuchen der globalen Rüstungskontrolle bringen.

Zwar versicherten die USA wiederholt, der Abschreckungsschutz des nuklearstrategischen Arsenals erstrecke sich auch unter Berücksichtigung der SALT-Vereinbarungen noch in ausreichendem Maße auf Westeuropa, doch gaben sich die westeuropäischen NATO-Staaten — allen voran die BRD

Fortsetzung nächste Seite

Quelle: »Military Balance«, Internationales Institut für Strategische Studien



Erläuterungen /Abkürzungsverzeichnis:

verMRVen/verMIRVen u.ä.: Mit dieser Wortschöpfung wird der Prozeß der Umstellung von Raketen auf Mehrfachsprengköpfe beschrieben.

MRV/MIRV: Ursprünglich besaß jede Rakete *einen Atomsprengkopf*. Ende der 60er Jahre entwickelten die USA die Fähigkeit, jede Rakete mit mehreren Sprengköpfen auszustatten (die SU folgte mit einigem Abstand nämlich Mitte der 70er Jahre bei dieser Technologie). Anfangs hatten die Raketen nur ein „Wurfpaket" (MRV) von mehreren Sprengköpfen, später konnte mit jedem Sprengkopf je ein eigenes Ziel angesteuert werden. Man nennt diese MIRV = Multiple Independently targeted Reentry Vehicle (auf deutsch: unabhängig voneinander lenkbare - atombombentragende - Wiedereintrittsflugkörper, wobei mit „Wiedereintritt" der technologisch schwer zu bewältigende Einflug in die Erdatmosphäre gemeint ist).

Eine Rakete fliegt auf einer Flugbahn von ca. 10.000 km rund eine halbe Stunde. Nur zu Beginn brennt die Rakete. Wenn sie den höchsten Entfernungspunkt von der Erde erreicht hat (ca. 1300 km) werden die einzelnen Sprengköpfe ausgestoßen bzw. mit kleinen Steuerraketen in ihr Ziel gesteuert. (MIRV) Der „letzte Schrei" (vorläufig) ist die Entwicklung sog. MARV-Technologie (manoevrable re-entry vessels), wobei die einzelnen Atomsprengköpfe noch nach dem Wiedereintritt in die Atmosphäre genauer ins Ziel gesteuert werden können. Das Endziel wird zuvor als eine Art Photobild dem Atomsprengkopf eingespeichert. Mit dieser Technologie können auch Raketen von U-Booten aus punktzielgenau ein Ziel erreichen. Das scheiterte bislang daran, daß U-Boote ihren Standort nicht so genau bestimmen können.

„Verbunkerung" („Härtung"),

SALT: Strategic Arms Limitation Talks

SLBM: Submarine Launched Ballistic Missile (d.h. ballistische Raketen, die auf nukleargetriebenen U-Booten installiert sind)

SSBN: Sub-Surface Ballistic Nuclear (nukleargetriebene U-Boote mit ballistischen Raketen als Bewaffnung)

Nukleargetriebene U-Boote verfügen über den Vorteil längerer Tauchzeiten (was ihnen z.B. das Unterqueren des Nordpols ermöglicht bzw. - ganz allgemein — sie für den Gegner schwerer ortbar und verwundbar macht).

Während die alten „konventionellen" Diesel-elektrisch angetriebenen U-Boote immer wieder auftauchen und „schnorcheln" mußten, um aufzuladen, verfügen Atom-U-Boote theoretisch über die Fähigkeit, so lange auf Tauchfahrt zu bleiben, wie die Brennstäbe im Reaktor reichen. Die Energie für Überwasser und Unterwasserfahrten wie für Licht, Druckaggregate und Apparaturen wird von einer einzigen Quelle bezogen, die überdies eine Kapazität besitzt, die weit über denen konventionell angetriebener U-Boote liegt. Die Atomreaktoren liefern zudem genügend Energie, um in getauchtem Zustand aus Meerwasser Sauerstoff zu gewinnen.

ICBM: Intercontinental Ballistic Missile

Fortsetzung von vorheriger Seite

— mit derartigen Versicherungen nicht zufrieden und bestanden darauf, die Option einer in Europa installierten Fähigkeit zum selektiven strategischen Ersteinsatz offen zu halten (10). Vor diesem Hintergrund erscheint der spätere NATO-„Nach"rüstungsbeschluß als direkter Ableger des SALT-Prozesses. Die Aufrüstung der westeuropäischen NATO-Staaten mit zusätzlichen Optionen des selektiven und begrenzten nuklearstrategischen Einsatzes hatte den Glaubwürdigkeitsverlust der US-Nukleargarantie zu kompensieren bzw. durch eine „neue Verkoppelung" zu rekonstruieren. Die relative Inflexibilität der Struktur der taktischen Nuklearwaffen (TNF) auf dem Boden der BRD — zum selektiven nuklearen Ersteinsatz zum Zwecke der „Kriegsbeendigung" ungeeignet (11) — gab zusätzlich Anlaß, über die Einführung neuer eurostrategischer Nuklearwaffen, die die vorbedachte Eskalation wieder zu einem „glaubwürdigen" Element der NATO-Strategie machen sollten, nachzudenken (12). Im Frühjahr 1977 entdeckte Helmut Schmidt anläßlich einer Ansprache vor dem Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) die sogenannte „Raketenlücke": „Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst für Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West" (13). In einer Schrift des Bundes„verteidigungsministeriums" zur „Nach"rüstung hieß es später, die Gleichgewichtigkeit der interkontinentalstrategischen Potentiale habe zur Folge, „daß sich die Funktion dieser Waffen immer mehr darauf beschränkt, gegenseitig von ihrem Einsatz abzuschrecken" (14). Von daher müsse die NATO die Anschaffung von Systemen erwägen, die einerseits nicht der strategischen Ebene zugerechnet werden, jedoch andererseits dazu in der Lage sind der Sowjetunion den Eindruck zu vermitteln, ihr Territorium („Sanktuarium") aus einem in Europa tobenden Krieg nicht aussparen zu können (die Einbeziehung des SU-„Sanktuariums" verfolgt auch den Zweck, die USA mit „anzukoppeln", dadurch daß ein stillschweigendes SU-USA-Übereinkommen, das ihre „Sanktuarien" aus den Kriegshandlungen ausspart, um die nuklearstrategische Eskalation zu provozieren, verunmöglicht wird).

Im Dezember 1977 forderte der damalige „Verteidigungsminister" Leber in Brüssel, das SALT-Abkommen dürfte die mit Marschflugkörpern und ihrer Technologie verbundenen Optionen nicht verschließen. Interessant ist diesbezüglich noch, daß die USA bis Ende 1978 gegenüber den westeuropäischen Verbündeten argumentierten, daß das nuklearstrategische Offensivpotential der USA bei weitem ausreiche, um alle über größere Entfernungen hinweg erfaßbaren Ziele in der SU abzudecken, also auch das gesamte sowjetische INF/LRTNF-Potential. „Hohe Beamte im Stabe des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) versicherten, daß eine amerikanische Mittelstreckenrüstung aus strategischen Gründen nicht notwendig sei; doch wenn die westeuropäischen Verbündeten aus psychologischen Gründen um der politischen Solidarität willen einen zusätzlichen Beweis in Form zusätzlicher Waffen für Europa wollten, würden die USA ein solches Begehren ernsthaft und wohlwollend prüfen" (15). Im Mai 1977 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der NATO das langfristige Verteidigunsprogramm (LTDP), das die NATO-Streitkräfte nach offiziellen Bekundungen an die veränderten „Verteidigungsbedürfnisse" der 80er Jahre anpasen sollte. Im LTDP wird zwar der Schwerpunkt auf die Stärkung der konventionellen Streitkräfte und Kampfkraft gelegt, gleichzeitig betont es jedoch auch die Notwendigkeit Art und Zusammensetzung der TNF-Struktur in Europa zu modernisieren. Im Oktober beauftragten die Nuclear Planing Group (NPG)-Minister eine Studiengruppe hochrangiger Experten (High Level Group/HLG) mit der Erarbeitung von diesbezüglichen Vorschlägen. Auf besondere Intervention der BRD hin konzentrierte sich die HLG im Verlauf ihrer Untersuchungen auf Systeme der NATO in Europa größerer Reichweite (LRTNF). Ebenfalls auf Drängen der BRD wurde der HLG im Frühjahr 1979 eine besondere Arbeitsgruppe (Special Group/SG, später Special Consultative Group/SCG) an die Seite gestellt, die sich mit der Frage befassen sollte, wie Mittelstreckenwaffen in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen seien. Auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse beider Gruppen wurde dann am 12.12.1979 der sogenannte NATO-„Doppelbeschluß" durch die Außen- und Verteidigungsminister der NATO verabschiedet.

befassen sollte, wie Mittelstreckenwaffen in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen seien. Auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse beider Gruppen wurde dann am 12.12.1979 der sogenannte NATO-„Doppelbeschluß" durch die Außen- und Verteidigungsminister der NATO verabschiedet.

Was bedeutet «strategisch»?

Was bedeutet „strategisch"? Allgemein werden unter „nuklear- ... tungen für ballistische Flugkörper, deren Reichweite größer ist als die

Was bedeutet «strategisch»?

Was bedeutet „strategisch"? Allgemein werden unter „nuklearstrategischen Raketen" Waffen verstanden, die sich durch große Reichweite und Sprengkraft ausweisen. Mit SALT hat sich die Konvention herausgebildet, die bis in die Kernländer der nuklearen Großmächte USA und SU reichenden Waffen als „strategisch" zu kennzeichnen. Demnach würde es sich allerdings auch bei den in Europa, im Nordatlantik und im Mittelmeer - stationierten Nuklearstreitkräften der USA, die bis in die SU reichen, um „strategische Systeme" handeln — „strategische Systeme", die von vorgeschobenen Posten aus operieren. Doch ist es den USA und der NATO gelungen, diese Systeme, die sogenannten „Forward Based Systems", aus jeder Vereinbarung über strategische Rüstungskontrolle herauszuhalten.

Dem SALT-Abkommen liegt eine Interpretation von strategischer Rüstung zugrunde, in der die R e i c h w e i t e von Nuklearwaffen ein zweites entscheidendes Kriterium darstellt. Nur wenn A-Waffen-Bomber und Raketen von den USA aus die SU bzw. umgekehrt erreichen können, gelten sie als „strategische Waffen". Das begünstigt die USA, weil sie ihre vorgeschobenen atomaren Waffen-Systeme (z.B. in Europa oder Ostasien) außen vor läßt, während sie die SU in der Kuba-Krise dazu zwang, auf solche Systeme ihrerseits zu verzichten. Als i n t e r k o n t i n e n t a l e strategische landgestützte Raketen definiert der SALT-II-Vertrag (ebenso wie das Interimsabkommen schon von 1972, s.AK 261) „landgestützte Abschußvorrichtungen für ballistische Flugkörper, deren Reichweite größer ist als die kürzeste Entfernung zwischen der Nordostgrenze des Festlandteils des Hoheitsgebietes der USA und der Nordwestgrenze des Festlandteils des Hoheitsgebietes der SU, d.h. größer als 5.500 km". Als „schwere" und damit „strategische Bomber" werden im SALT-II-Vertrag die US-Typen B-52 und B-1 wie die SU-Typen Tupolev-95 und Myasishche-4 bezeichnet (obgleich sich die sowjetischen Typen keiner nennenswerten Luftabwehr in den USA gegenübersehen würden — hätten diese Bomber wegen der geringen Marschgeschwindigkeit vom Mya-4 und TU-95 nur eine geringe Chance, vorgegebene Ziele in den USA zu erreichen; die SU verfügten zum Zeitpunkt des SALT-II-Abkommens nur bedingt über eine strategische Bomberflotte, die sich als solche bezeichnen ließ). Als Startanlagen für SLBMs definierte SALT-II „auf einem atomgetriebenen U-Boot installierte Abschußvorrichtungen für ballistische Flugkörper oder auf einem U-Boot gleich welchen Typs installierte Abschußvorrichtungen für moderne ballistische Flugkörper." In einer gemeinsamen Erklärung definieren USA und SU als moderne Unterseeboot-gestützte ballistische Raketen für die USA „Flugkörper, die in alle atomgetriebenen U-Boote eingebaut sind" und für die SU „Flugkörper des Typs, der in seit 1965 einsatzbereite atomgetriebene U-Boote eingebaut ist" und für beide Vertragsparteien „U-Boot-gestützte ballistische Flugkörper, die seit 1965 erstmals im Flug erprobt wurden und die in einem U-Boot gleich welchen Typs eingebaut sind".

Anmerkungen/Quellenhinweise

1) Was die Auflösung der Einheit von Trägersystem und Sprengkopf (1 Trägersystem = 1 nuklearer Sprengkopf = 1 anvisierbares Ziel) bedeutet, veranschaulichen die folgenden Zahlen. Ende 1959 verfügten die USA über 2.028 Trägersysteme, ausschließlich Bomber der Typen B-52 und B-47. Zum Zeitpunkt des Abschlusses von SALT II verfügten die USA hingegen über weniger als 2.000 Trägerwaffen. Allerdings würde man arg daneben liegen, wenn man nun daraus schließen würde, die USA hätten seit Beginn der 60er Jahre im nuklearstrategischen Bereich ihre Rüstung eingefroren bzw. gar geringfügig verringert. Tatsächlich hat sich seither die Zahl amerikanischer nuklearer Sprengköpfe zu strategischen Zwecken mehr als vervierfacht.

2) Gemeinhin wird behauptet, die größere Landmasse würde die SU im Falle eines nuklearstrategischen Krieges bevorteilen (mehr Platz, um militärische Ziele wie Bomber-Basen und ICBMs zu verteilen, die Industrie- und Bevölkerungszentren liegen weiter auseinander, als in den USA). Im Zeitalter von ICBMs und reichweitengesteuerten SLBMs verlieren diese Faktoren jedoch an Relevanz. Insgesamt betrachtet ist die geostrategische Lage der SU ungünstiger als die der USA, da die SU im Falle eines Krieges gleich mit mehreren Fronten und mehreren nuklear bewaffneten Gegnern zu tun haben könnte.

3) Im SALT-II-Abkommen wurden die vier B-1-Prototypen als „SALT-fähige" Bomber mitgezählt. SIPRI bezeichnet 1979 300 amerikanische Bomber als im Einsatz und behauptet, daß 478 B-52-Bomber in relativ kurzer Zeit zum Einsatz gebracht werden könnten. Die Zahl von 573 schweren US-Bombern im SALT-„Datenmemorandum" bezieht sich auf den Jahresbericht des US-„Verteidigungsministers" Brown (1979), in dem dieser von 348 einsatzfähigen Langstreckenbombern und 221 Bombern in Reserve, auf Lager und eingemottet sprach (569 plus 4 B-1-Prototypen = 573). Für die SU gibt SIPRI 1979 140 schwere Bomber an, wobei es 10 nicht voll einsatzfähige Flugzeuge ausklammert. Dies korrespondiert mit den Angaben des Pentagon, das von 150 SU-Bombern spricht.

4) Die Unterschiedlichen Akzentsetzungen bezüglich der Form der Dislozierung nuklearstrategischer Waffen bzw. der Wahl von Trägersystemen dokumentieren die folgenden Zahlen (stand: 1979, d.h. z.Zt. des Vertragsabschlusses:

	schwere Bomber	ICBMs	SLBMs
USA	25%	46%	29%
UdSSR	6%	56%	38%

Die unterschiedliche Akzentsetzung wird noch deutlicher, wenn man die Anzahl der Sprengköpfe pro Waffengattung (Trägersystem) betrachten würde. Zwar verfügte die SU 1979 über mehr SLBMs als die USA, die USA jedoch über die mehr als vierfache Menge an SLBM-Sprengköpfen (siehe im Text).

5) Der sowjetische Waffenmix bzw. die Struktur ihrer nuklearen Streitkräfte entspricht ihrer geostrategischen Lage. Während die USA von der SU durch Atlantik, Pazifik, Nordpol mit Eismeer sowie erheblichen Teilen Kanadas und Sibiriens getrennt sind (durchweg Interkontinentalentfernungen, d.h. 5500 km und mehr), muß die SU mit Westeuropa, dem Mittelmeerraum, Nah- und Mittelost, China und Japan zudem in Mittelstreckenentfernungen rechnen.

6) Z.T. wird zwischen „leichten", „mittelschweren" und „schweren" ICBMs unterschieden. Als „leicht" gelten Minuteman II und III sowie SS-11 und SS-13 (Wurfgewicht zwischen 1000 und 2000 englische Pfund/lb). Als „Mittelschwer" kann man die Typen Titan II, SS-17 und SS-19 bezeichnen (Wurfgewichte zwischen 6000 und 7500 lb). Über „schwere" System verfügt demnach nur die SU (bedingt durch ihre technologische Unterlegenheit) mit den SS-9 und SS-18 Raketen (12.000 bis 15.000 lb bzw. 16.000 bis 20.000 lb).

1972 hatten die USA einseitig erklärt, sie betrachte jede ICBM mit wesentlich größerem Volumen als die größte der auf beiden Seiten einsetzbaren „leichten" ICBMs als „schwere" ICBM. Die SU widersprach dieser Interpretation, da sie bedeutet hätte, daß die SU nur einen Teil ihrer bereits entwickelten moderneren ICBMs mit MIRV-Sprengköpfen hätte installieren können.

Der Faktor „Wurfgewicht" wird gemeinhin als Indiz für eine nuklearstrategische Überlegenheit der SU strapaziert. Schaut man sich jedoch die Gesamtheit der Arseniale an, d.h. nimmt man Raketenwurfgewichte und höchste Bomberzuladungen zusammen, ergibt sich ein deutliches Übergewicht der USA von 27 Mio. zu 12 Mio. lb (nach Les Aspin, How to look at the Soviet-American Balance, in „Foreign Policy", 1976)

7) Noch Mitte der 70er Jahre bezifferte das „Military Balance" des NATO-nahen Londoner IISS-Institutes (Internationales Institut für strategische Studien) die Zahl der auf Flugzeugträgern stationierten nuklearfähigen Flugzeuge der USA mit 1400 (nach Krell/Schmid, Der Rüstungswettlauf in Europa, Mittelstreckensysteme, konventionelle Waffen, Rüstungskontrolle, HSFK, 1982)

ste Bomberzuladungen zusammen, ergibt sich ein deutliches Übergewicht der USA von 27 Mio. zu 12 Mio. lb (nach Les Aspin, How to look at the Soviet-American Balance, in „Foreign Policy", 1976)
7) Noch Mitte der 70er Jahre bezifferte das „Military Balance" des NATO-nahen Londoner IISS-Institutes (Internationales Institut für strategische Studien) die Zahl der auf Flugzeugträgern stationierten nuklearfähigen Flugzeuge der USA mit 1400 (nach Krell/Schmid, Der Rüstungswettlauf in Euro-

8) Das „Abkommen zur Verhütung nuklearen Krieges" symbolisiert das gemeinsame Interesse von USA und SU, nicht wider Willen in eine Auseinandersetzung mit nuklearstrategischen Eskalationsoptionen hineingezogen zu werden. Es beinhaltet einen Verzicht auf Gewalt und Gewaltdrohungen auch gegen Drittländer „unter Umständen, die den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährden können" (was nicht einem allgemeinen „Interventionsverbot" gleichkommt, sondern lediglich besonders sensible Regionen ausspart). Es empfiehlt desweiteren „sofortige dringende Konsultationen" der SALT-Partner, wenn das „Risiko eines nuklearen Krieges" zwischen ihnen oder zwischen ihnen und anderen Ländern entstehen sollte (letztere Vereinbarung darf als „Versicherung" gegen die Auslöserfunktion von Dritt-Staaten-Nuklearstreitkräften verstanden werden, siehe zu dieser Problematik Teil I dieser Serie in AK 261 sowie meinen Beitrag zur Bonner NPT-Konferenz in AK 262). Seitens der westeuropäischen NATO-Staaten wurde befürchtet, es könnte in die Anwendung der NATO-Strategie („nuklearer Ersteinsatz" als Bestandteil der „flexible response" bzw. der „vorbedachten Eskalation") eingreifen. Es liefe auf eine „no first use"-Verpflichtung hinaus und verändere somit tendenziell die NATO-„Abschreckungsdoktrin" und behindere die „Bündnisstrategie".

9) Die BRD und westeuropäische Kritik am SALT-II-Abkommen stieß sich insbesondere am bis Ende 1981 geltenden Zusatzprotokoll, daß ein Stationierungsverbot (nicht Entwicklungsverbot) für alle nicht im „Plafond" einbezogenen strategischen Marschflugkörper beinhaltete. Die Nichtumgehungsklausel für die vom Abkommen erfaßten Systeme, d.h. die Verpflichtung zur „nonproliferation" (Nicht-Weitergabe) von bestimmten Waffen an NATO-Verbündete war zwar nicht unbedingt neu (ABM-Vertrag bzw. SALT-I), bezog sich jedoch bis dahin nur auf militärisches Gerät, das für den Einsatz in Europa ohnehin nicht in Betracht kam. Die westeuropäischen Verbündeten fragten sich, ob die USA in Zukunft noch in der Lage seien, über den Transfer von militärischen Gerät an die NATO-Verbündeten frei zu entscheiden und ob nicht der zwischen den USA und der Sowjetunion vereinbarte qualitative und quantitative „Plafond" eine Reihe von Rüstungsoptionen präjudiziere, die gerade für die Westeuropäer von Interesse seien. Zu diesem Zeitpunkt bekundete Großbritannien Interesse an Marschflugkörpern mit strategischer Reichweite als möglichen Ersatz für die veraltete „Polaris"-Flotte, während nichtamtliche Kreise in der BRD (so z.B. der damalige verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Manfred Wörner, vor der Internationalen Wehrkunde-Tagung in München am 28.1.1978) bereits die Forderung erhoben, Mittelstreckenraketen und/oder Marschflugkörper mit „eurostrategischer Reichweite" als „Gegengewicht zur SS-20 und zwecks Kompensation einer durch Parität verlustig gegangenen strategischen Flexibilität der USA in der BRD zu stationieren.

10) Die US-Administration vertrat seinerzeit offiziell die Meinung, daß der Eintritt strategischer Parität nichts an der Koppelung der zentralen strategischen Kräfte der USA an die „Verteidigung" der NATO in Europa geändert habe. Geändert hätten sich allerdings die Risiken, welche die USA mit ihren Verpflichtung eingehen würden. Jedoch sei diese US-Verpflichtung zur Verteidigung Westeuropas mit allen Mitteln niemals ohne Risiken gewesen. Die US-Verpflichtung sei nicht als Bereitschaft zu werten, im westeuropäischen Interesse Selbstmord zu begehen. Vielmehr sei die Bindung der zentralen Systeme der USA an die „Verteidigung" Westeuropas Folge der Tatsache, daß der US-Sicherheit die Grundlage entzogen würde, sollte Westeuropa verloren gehen. Die Administration betonte gleichzeitig, daß selbstverständlich in Anbetracht nuklear-strategischer Parität den regionalen konventionellen und nuklearen Streitkräften erhöhte Bedeutung zukommen würde.

Im Jahresbericht 1979 des US-„Verteidigungsministers" Brown werden neben den in den europäischen Randmeeren operierenden SLBMs und den taktischen/quasistrategischen land- und seegestützten Nuklearbombern (FBS) noch weitere zusätzliche nuklearstrategische Streitkräfe der USA für den europäischen und TNF-Bereich abgestellt, ICBMs und/oder Bomber. Dies entspricht der Annahme, daß die Abdeckung der SS-20 sowie anderer kontinentaler System bereits über landgestützte ICBMs der USA erfolgte oder zumindest aufgrund des nach wie vor — d.h. SALT zum Trotze — existierenden Ungleichgewichtes im Verhältnis der ICBM-Sprengkopfzahlen erfolgen konnte. Dies verdeutlicht noch einmal, daß die „Modernisierung" des in Europa stationierten NATO-TNF-Potentials bzw. die Einführung von LRTNF-Systemen mit strategischen Optionen in erter Linie auf Drängen der westeuropäischen NATO-Partner zurückging.

Zur NATO-internen Debatte um die aus SALT erwachsenen Konsequenzen siehe u.a.: Lothar Ruehl, SALT-Verhandlungen und Problematik der Begrenzung strategischer Rüstung zwischen den USA und der SU, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel, 1981; ders., Die Auswirkungen von SALT-II auf Europa, in: „Europäische Wehrkunde", 12/1978; Falk Bomsdorf, Sicherheitsinteressen Westeuropas in den SALT-Anhörungen, in „Europa-Archiv", Folge 2/1980; Uwe Nerlich, Die Rüstungskontrollwirkungen des SALT-II-Abkommens, Ebenhausen, Juli 1979 (Stiftung Wissenschaft und Politik)

11/12) Die BRD-Interpretation der „flexible response" betont für den Fall, daß die konventionelle Kriegsführung an ihre Grenzen gerät (bzw. mit unakzeptabel großen Schäden verbunden ist), die Möglichkeit der „vorbedachten Eskalation" mit dem Ziel der Kriegsbeendigung und Wiederaufnahme der politischen Kommunikation. Die „vorbedachte Eskalation" soll der SU durch politisch kontrollierte (im Unterschied zu sich aus operativen Zwängen ergebenden Nukleareinsätzen) und selektive Nukleareinsätze (= vertikale Eskalation) oder aber durch räumliche Ausdehnung oder Verlagerung des Konfliktes (= horizontale Eskalation) — um die SU dort zu treffen, wo sie besonders verwundbar ist — demonstrieren, daß Erfolgschancen ihrer militärischen Operationen und die damit verbundenen Risiken nicht mehr in einem tragbaren Verhältnis zueinander stehen.

te Eskalation" soll der SU durch politisch kontrollierte (im Unterschied zu sich aus operativen Zwängen ergebenden Nukleareinsätzen) und selektive Nukleareinsätze (= vertikale Eskalation) oder aber durch räumliche Ausdehnung oder Verlagerung des Konfliktes (= horizontale Eskalation) — um die SU dort zu treffen, wo sie besonders verwundbar ist — demonstrieren, daß Erfolgschancen ihrer militärischen Operationen und die damit verbundenen Risiken nicht mehr in einem tragbaren Verhältnis zueinander stehen.

Zur Durchführung einer so verstandenen „vorbedachten Eskalation" bedarf es jedoch — soll sie nicht in den allgemeinen Nuklearkrieg münden und damit die Kriegsbeendigung unterhalb der Schwelle zum allgemeinen Nuklearkrieg (wie die Instrumentierung militärischer Macht) verunmöglichen — Waffensysteme, die a. militärisch wirksam sind und deren Einsatzfolgen b. so begrenzt ausfallen, daß die Eskalationskontrolle politisch beherrschbar bleibt. Diese Bedingungen sollen Waffensysteme mit großer Reichweite erfüllen, die auch die hinteren Aufmarsch- und Stellungsräume des WAP — auch in den drei westlichen Militärbezirken der SU- erreichen können und zudem über eine so hohe Treffgenauigkeit verfügen, daß die Armierung der Trägersysteme mit schweren Sprengköpfen vermieden werden kann. Denn große Schäden durch Atomwaffen — zumal dann, wenn sie die Unterscheidung zwischen einem „counterforce" und „countercity"-Schlag von ihrer Wirkung her verunmöglichen — provozieren die Eskalation zum allgemeinen Nuklearkrieg, zumindest jedoch zum euronuklearen Schlagabtausch, in dem die BRD keine Überlebenschance besitzen würde. Der quasi-strategische Folge- oder auch Ersteinsatz soll somit für den Gegner erkennbar begrenzt bleiben, auf daß dieser nicht sein Heil in einem strategischen Vergeltungsschlag suchen soll. Diese Voraussetzungen erfüllen angeblich die neuen Mittelstreckensysteme. Für die BRD sind sie auch wegen ihrer Reichweite von Interesse, denn sie erlauben den „nuklearen Ersteinsatz" vom Boden der BRD aus gegen sowjetisches Sanktuarium zu führen. (Zur Diskussion um eine Verlagerung des nuklearen Ersteinsatzes auf das Territorium der SU sowie den Möglichkeiten einer Optimierung der vorbedachten Eskalation siehe demnächst ausführlicher die Broschüre der Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V., Die BRD in der NATO — erscheint im Dezember 1985).

13) zitiert nach „Abrüstung und Rüstungskontrolle" (hrsg. v. Auswärtigen Amt, April 1981)

14) Der Bundesminister der Verteidigung, Die nuklearen Mittelstreckenwaffen — Modernisierung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980

15) Lothar Ruehl, Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, in „Europa-Archiv", Folge 4/1980

dsm

Krieg gegen den Terrorismus

oder wie eine friedensbereite PLO ins Abseits gedrängt wird

Drei Israelis werden auf einer Yacht im Hafen Larnaca von einem palästinensischem Kommando ermordet. Die israelische Luftwaffe zerbombt das Hauptquartier von PLO-Chef Arafat in Tunis. Weltweiter Protest, Reagan applaudiert. Dann wird der italienische Luxusdampfer Achille Lauro von Palästinensern gekapert. Unter Vermittlung der PLO wird das Entführungsdrama beendet, aber es hat einen Toten gegeben. Eine gute Gelegenheit für die USA, doch noch einzugreifen; sie „kapern die Kaperer". Nicht gegen die USA, sondern gegen die PLO Arafats setzt eine — gemessen an dem wirklichen Geschehen — maßlose Hetze ein. Arafat darf nicht vor der UNO sprechen, das seit langem verabredete Gespräch einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit dem britischen Außenminister Howe platzt, Jordanien und Ägypten gehen auf Distanz zur PLO, Tunesien möchte lieber heute als morgen die PLO außer Landes wissen.

Der Angriff auf Tunis zielte auf die physische Liquidierung eines wichtigen Teils der PLO-Führung und war eine Warnung gerade an die prowestlichen arabischen Länder, sich auch mit einer kompromißbereiten PLO nicht einzulassen. Die PLO soll zu Tode isoliert werden. Ganz „sachlich" kommentierte Aba Eban, führender Politiker der israelischen Arbeiterpartei, das Bombardement: Der Angriff auf Tunis habe keinen negativen Einfluß auf den Friedensprozeß, denn Arafat und die PLO seien ein Hindernis für den Frieden, den König Hussein mit Israel direkt und unter amerikanischer Aufsicht aushandeln soll (1).

In dieser Situation war die Entführung der Achille Lauro geradezu ein Geschenk des Himmels, nicht nur für Israel und die USA, sondern — wie die Reaktionen zeigen — auch für fast alle arabische Staaten. Allerdings passen die Ereignisse der letzten Wochen so gut zueinander, daß man an reinen Zufall kaum glauben mag.



Zerbombtes PLO-Hauptquartier bei Tunis 1985

Anlaß gesucht

„Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob Israel drauf und dran wäre, gegen Jordanien zu Felde zu ziehen", so widersprach der sozialdemokratische israelische Ministerpräsident Peres seinem Minister Ariel Sharon genau zwei Monate vor der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers bei Tunis. Sharon, berüchtigt u.a. durch seine Rolle im Libanon-Krieg 1982 und seine Verwicklung in die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila sowie seine Sympathie für rechtsradikale politische Gruppierungen und Parteien, hatte nämlich behauptet, die gegenwärtige Welle des Terrors innerhalb Israels sei auf das neu errichtete Hauptquartier der PLO in Jordanien zurückzuführen und nur mit dessen Bombardierung zu bremsen(2). Zutiefst bedauerte Sharon außerdem, daß man Arafat 1983 lebend aus Tripolis (Nordlibanon) habe entkommen lassen (3).

Rechtsaußen Sharon stand nicht allein. Kriegsminister Rabin erklärte im israelischen Fernsehen, daß der wachsende Umfang der PLO-Hauptquartiere in Amman zehn-, wenn nicht hundertmal gefährlicher für Israel sei als ihre einstige Präsenz in Beirut. Jordanien sei durch die Amerikaner häufig genug gewarnt worden, der PLO-Aktivität ein Ende zu setzen. Terrorzentren würden durch eine Stationierung im Lande Husseins nicht immun. Im Radio verbreitete der ebenfalls zur Arbeiterpartei gehörende Polizeiminister Bar Lev, es gebe einen ständigen Dialog der „Sabotagezentren" in Amman mit der Bevölkerung im Westjordanland. Nahezu täglich drohten Peres und Rabin mit Präventiv- und Vergeltungsschlägen (4).

Eine derart gesteigerte Propaganda gegen den Terrorismus der PLO — und gemeint waren diesmal nicht Abu Nidal oder die einer Verhandlungslösung mit Israel ablehnend gegenüberstehenden Organisationen, sondern Arafat — ließ andere Absichten vermuten. Zu befürchten waren keine neuen „Terroraktionen" seitens der PLO; zu befürchten war vielmehr, daß wieder Bewegung in die Nahost-Diplomatie kommen würde, unter Einschluß der PLO. Nun ist Israel zwar keineswegs einer Verhandlungslösung mit Jordaniens König Hussein abgeneigt; Israel will jedoch nur mit ihm allein und direkt verhandeln, auf jeden Fall aber unter Ausschluß der PLO.

Gewiß, die Zeit und die Spaltungen innerhalb der PLO, haben die diplomatische Aufwertung, die Arafat während der Belagerung Beiruts durch die israelischen Truppen und nach dem Abzug der palästinensischen Kämpfer erfahren hat, schnell zerrinnen lassen. Aber auch wenn Arafat politisch und militärisch geschwächt ist, müssen, vor allem wegen seines Ansehens bei dem größten Teil der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und in Jordanien (5), Israel und Hussein immer noch mit ihm rechnen. Hussein war und ist außerdem vorläufig durch sein Abkommen mit Arafat gebunden, das für Verhandlungen mit Israel „unter internationalem Schirm" eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation unter Einschluß der PLO vorsieht(6). Seit Bekanntgabe dieses Abkommen (11.2.85) hat die PLO etliche ihrer Büros und sozialen Einrichtungen nach Amman verlegt; palästinensische Kämpfer oder gar Einheiten durften jedoch nicht nach Jordanien zurückkehren (7). Selbst diese Einrichtungen sind der israelischen Regierung ein Dorn im Auge, stärken sie doch die Präsenz der PLO in Jordanien und deren Einfluß auf die dort lebende palästinensische Bevölkerung.

Des weiteren standen einige diplomatische Aktivitäten an. Hussein wollte in die USA reisen, um erneut seine Nahost-Initiative zu diskutieren; im Oktober sollte vom britischen Außenminister Howe eine jordanisch-palästinensische Delegation empfangen werden, der der aus Israel ausgewiesene palästinensische Bürgermeister Milhem und der ebenfalls ausgewiesene anglikanische Bischof von Jerusalem, Khoury, angehören sollten; beide im Übrigen Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees. Die gleiche Delegation sollte kurz darauf mit dem EG-Ministerratspräsidenten sprechen. Außerdem war mit einer Einladung Arafats zu den Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der UNO zu rechnen; mehrere blockfreie Länder hatten einen entsprechenden Antrag eingereicht. Kurz, eine internationale Aufwertung des Abkommens zwischen Hussein und Arafat stand unmittelbar bevor.

Und wirklich, der israelische Ministerpräsident wollte zum damaligen Zeitpunkt, trotz der massiven Drohungen gegenüber Jordanien, keineswegs die jordanische Hauptstadt bombardieren. Er hatte anderes vor, aber dazu fehlte noch ein Anlaß, den die israelische Regierung regelmäßig braucht, wenn sie zum Zweck der angeblichen Selbstverteidigung weit über Israels Grenzen hinausgreift. Der Anlaß kam, wenn auch — rückblickend betrachtet — einige Tage zu früh.

Morde in Larnaca

Am 24.9.85 überfiel ein dreiköpfiges palästinensisches Kommando eine Yacht im Hafen von Larnaca, tötete dabei eine Israelin und nahm zwei weitere Israelis gefangen. Ein anonymer Anrufer meldete der Nachrichtenagentur AFP in Jerusalem, die „Einheit 17" von Al-Fatah, stationiert in Amman, übernehme die Verantwortung für die Geiselnahme. Gefordert werde die Freilassung von zwölf Palästinensern, die einige Wochen zuvor von der israelischen Marine vor der libanesischen Küste gekidnappt worden waren. Die Yacht sei im übrigen zu Spionagezwecken in Larnaca vor Anker gegangen, um die Bewegungen von Palästinensern in Richtung Libanon zu beobachten (8).

Zehn Stunden nach der Geiselnahme gab das Kommando auf, nachdem es die beiden Geiseln erschossen hatte. Die drei erklärten, sie gehörten keiner Organisation an.(9) Gegenüber dem ägyptischen Botschafter äußerten sie, sie seien aus einem israelischen Gefangenenlager geflohen und hätten *„in keine Organisation und kein arabisches Land Vertrauen."*

Aus Israel war zu diesem Zeitpunkt zu hören, man neige eher dazu, das Attentat der palästinensischen Verweigerungsfront zuzuschreiben (gemeint ist die in der *Nationalen Palästinensischen Errettungsfront* zusammengeschlossene Opposition gegen Arafat), die dessen diplomatische Anstrengungen torpedieren wolle; man zweifele daran, daß der Überfall im Interesse Arafats war, der gute Beziehungen zu Zypern unterhalte (11). In diesem Zusammenhang wurde auf den jüngsten Anschlag auf das Büro der British Airways in Rom verwiesen, dessen Urheber gegen das Treffen zwischen der Premierministerin Thatcher und einer jordanisch-palästinensischen Delegation protestieren wollten.

Entsprechend dieser Einschätzung wurden am nächsten Tag Stellungen des Fatah-Oppositionellen Abu Mussa in der libanesischen Bekaa-Ebene von der israelischen Luftwaffe bombardiert. Am gleichen Tag wurden in den besetzten Gebieten Schüsse auf einen israelischen Bus abgegeben. Verantwortlich erklärte sich wiederum anonym die „Einheit 17" (11).

Erst Tage später — und zwar nach dem Bombardement von Tunis — brachte der israelische Ministerpräsident Peres eine neue Information an die Öffentlichkeit: Acht Mitglieder der „Einheit 17", die im August auf dem Weg von Zypern nach Libanon abgefangen wurden, hätten die Mörder von Larnaca als Mitglieder ihrer Einheit identifiziert (12); und noch später hörte man von Peres, daß der zum Kommando gehörende Brite auf einem Foto als Leibgardist Arafats bei einer Kuweit-Reise zu erkennen sei (12).

Die PLO hat jede Verantwortung für das Attentat bestritten und erklärt, daß es sich bei den drei getöteten Israelis keineswegs um harmlose Touristen gehandelt habe, sondern um Mitglieder des israelischen Geheimdienstes Mossad(14). Eine zyprische Zeitung berichtete kürzlich, daß sich das PLO-Büro in Larnaca bei der zyprischen Regierung über die Anwesenheit von israelischen Geheimagenten beschwert habe (15).

Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis

Sechs Tage nach Larnaca bombardierte die israelische Luftwaffe in gewohnter Präzision das PLO-Hauptquartier bei Tunis; gezielt wurden drei Gebäudekomplexe in Schutt und Asche gelegt, fast 200 Menschen — Palästinenser und Tunesier — wurden verletzt oder getötet. Auf diese Weise die Souveränitätsrechte anderer Staaten zu verletzten ist für israelische Regierungen nichts Neues. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an ähnliche Aktionen in den letzten Jahren: Die Stürmung einer entführten israelischen Linienmaschine in Entebbe im Juli 1976; die Invasion der israelischen Armee in den Südlibanon 1978 und die dreimonatige Besetzung; die Zerstörung des im Bau befindlichen irakischen Atomreaktors im Juli 1981; vierzehntägige Luftangriffe auf den Südlibanon und den Beiruter Stadtteil Fakhani, in dem damals ebenfalls ganz gezielt die Büros palästinensischer Organisationen zerstört wurden; schließlich die Libanon-Invasion Israels im Juli 1982 und die wochenlange Belagerung Beiruts, während der mit Artillerie versucht wurde, die PLO-Quartiere auszulöschen.

Der Zeitpunkt des Angriffs und seine Begründungen sind bemerkenswert: Der jordanische König Hussein befand sich gerade in den USA, um sich über sein weiteres Vorgehen in Sachen Frieden beraten zu lassen; Arafat besuchte gerade Marokko und sollte just zum Zeitpunkt des Angriffs wieder in seinem Hauptquartier eintreffen. Arafat scheint in solchen Gefahrenmomenten einen siebten Sinn zu haben. Ein seltsames Zusammentreffen. War der Angriff als Warnung an Hussein gedacht, der PLO gegenüber auch wirklich keinen Kompromiß einzugehen? Was aber wäre gewesen, wenn Arafat gerade in dem Augenblick, in dem der jordanische König mit den Amerikanern um eine gerechte Lösung für das palästinensische Volk rang, unter israeli-



Protestdemonstration in Kairo 1985

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schen Bomben umgekommen wäre? Der König hätte sich zumindest die Hände in Unschuld waschen können.

Die offiziellen israelischen Stimmen zum Angriff ließen an Offenheit nichts zu wünschen übrig. Ministerpräsident Peres erklärte, der Angriff gegen Arafat (!?) sei *„moralisch gerechtfertigt und militärisch gelungen"*(16). Benjamin Natanjahu, der israelische UN-Botschafter argumentierte so: Das PLO-Hauptquartier in Tunis habe 1984 *„Hunderte von terroristischen Angriffen gegen Israel, gegen israelische Ziele außerhalb des Landes und gegen Juden in aller Welt angestiftet, geplant, organisiert und ausgeführt."* Bei mehr als 600 terroristischen Angriffen seien 75 israelische Zivilisten ums Leben gekommen. Selten habe es einen genaueren Schlag gegen nur einen Übeltäter gegeben. Die israelischen Streitkräfte hätten sich besondere Mühe gegeben. Opfer unter Zivilisten seien das Ergebnis der *„mutwilligen PLO-Taktik, ihre Stützpunkte mitten unter Zivilisten zu errichten."* Die UNO solle sich von der *„vergiftenden Anwesenheit der PLO befreien."* (17) Der israelische Kriegsminister Rabin rechtfertigte nicht nur, er hob gleich zu neuen Drohungen gegen Irak und Jordanien an, die zu den wenigen arabischen Staaten gehören, die PLO-Büros dulden. Israel werde die Terroristen verfolgen, gleich wo sie sich befänden. Der Angriff auf das „Mörderzentrum" in Tunis sollte auch *„als klares Signal für alle anderen Terroristen"* verstanden werden, *„daß sie nirgendwo vor dem langen Arm Israels sicher sind."* (18)

Israel will keinen Frieden mit der PLO, und Israel wird erst recht niemals freiwillig Kompromisse mit der PLO schließen. Für die PLO und das palästinensische Volk soll es nicht nur keinen Platz in Palästina geben, sondern in keinem Staat der Welt soll die PLO mit ihrer immerhin noch zum großen Teil intakten Infrastruktur präsent sein, was für das Fortbestehen der nationalen Identität des palästinensischen Volkes von außerordentlicher Wichtigkeit ist und den israelischen Plänen, die Palästinenser zu jordanischen Bürgern zu machen, im Wege steht. Das ist die Botschaft dieses Angriffs, verbunden mit massiven Drohungen gegen andere arabische Regime.

So unverfroren kann der israelische Staat nur auftreten, weil er über die mit Abstand bestausgerüstete und schlagkräftigste Armee im Nahen Osten verfügt und weil er sich der fast schon bedingungslosen Unterstützung der USA sicher sein kann, besonders wenn es sich wie in diesem Fall um „Krieg gegen den Terrorismus" handelt. Aus den USA war zunächst zu hören, bei der Bombardierung handele es sich um eine „legitime Reaktion und Ausdruck von Selbstverteidigung." (19) Reagan bekundete spontan, aber wie so häufig wenig durchdacht, seine Zustimmung: Ein „legitimer Angriff" als Antwort auf terroristische Handlungen der PLO: Auf Grund des weltweiten Protestes — und schließlich war die Souveränität eines seit Jahrzehnten befreundeten Landes verletzt — zeigte er nur noch „Verständnis" (20). Außenminister Shultz verurteilte gleich alle Gewaltakte im Nahen Osten, *„einschließlich dieses Gewaltaktes"*, worauf Beamte sofort zu verstehen gaben, daß Shultz deshalb seine Haltung gegenüber dem Terrorismus nicht geändert habe (19). Shultz gilt schließlich als besonderer Scharfmacher in Sachen Terrorismusbekämpfung.

Immerhin ging die außenpolitische Weitsicht der USA diesmal so weit, daß sie im Weltsicherheitsrat gegen die Resolution über die Verurteilung des israelischen Angriffs *nicht* ihr Veto einlegten, sondern sich der Stimme enthielten. Das versöhnte die tunesische Regierung umgehend (21).

Präzise Luftangriffe wie diesen hat die israelische Luftwaffe schon häufig geflogen, allerdings niemals so weitreichende, sieht man einmal von der Entebbe-Aktion ab, bei der die israelischen Flugzeuge in einem Land zwischenlanden konnten. So halten sich denn die Gerüchte, daß für den Angriff auf Tunis Material von NATO-Basen im Mittelmeerraum und/oder diese Basen selbst für das Auftanken der Flugzeuge benutzt wurden. Die NATO hat umgehend dementiert. Abu Iyad, Sicherheitschef der PLO, erklärte hingegen am 3.10., die PLO besitze Beweise einer „direkten Teilnahme" der USA an der Operation und darüber, daß eine Basis der NATO im Mittelmeergebiet ... für das Auftanken der Flugzeuge benutzt wurde. Israel bereite aktuell *„eine Operation von großem Ausmaß"* gegen Jordanien vor (22).



Bombenangriff auf Beirut 1981

Die Entführung der Achille Lauro

Nicht ganz eine Woche war seit dem israelischen Bombenangriff vergangen, da hatte die westliche Welt einen neuen „Terrorangriff", mit dem unschätzbaren Vorteil, daß die Terroristen diesmal nicht in der befreundeten israelischen Regierung saßen, sondern erklärte Gegner des zionistischen Staates waren. Der vergleichsweise zarte Wirbel um den israelischen Terrorangriff mit rund 70 Todesopfern hatte sich noch nicht gelegt, da fegte ein Sturm der Entrüstung die letzten Bedenken weg: Die Achille Lauro, ein italienisches Passagierschiff, war während einer Mittelmeerkreuzfahrt zwischen Port Said und Alexandria von einem palästinensischen Kommando gekapert worden! Für Israel und die USA geradezu eine nachträgliche Rechtfertigung. Nun lag der Beweis auf der Hand. Das Bombardement des PLO-Hauptquartiers war Vergeltungs- *und* Präventivakt, wie es sich für eine ordentliche Terrorismusbekämpfung gehört.

Die Kaperung der Achille Lauro verlief letztlich gimpflich, was sicher daran lag, daß die Entführer durch Vermittlung der PLO so schnell aufgaben und beispielsweise den USA keine Gelegenheit ließen, das Schiff werbewirksam im Feldzug gegen den Terrorismus zu stürmen. Doch damit wollte sich die Reagan-Regierung nicht zufriedengeben, sondern ließ durch Flugzeuge der im Mittelmeer kreuzenden 6. Flotte das Flugzeug mit den Entführern kapern, denn schließlich war auf der Achille Lauro angeblich ein Mord an einem amerikanischen Staatsbürger geschehen. Sollten die USA etwa dem kleinen tapferen Israel im Krieg gegen den Terrorismus die Führung überlassen?

Notfalls hätten die amerikanischen Kampfflugzeuge beim Abfangen der ägyptischen Verkehrsmaschine auch Gewalt angewendet, betonte der amerikanische Kriegsminister Weinberger. Das Abfangen sei nach einem im vergangenen Jahr verabschiedeten US-Gesetz zulässig. Es ermächtige die US-Regierung, jeden zu ergreifen und zu bestrafen, der amerikanische Bürger entführe oder töte. Dabei spiele keine Rolle, wo es geschehe. Regierungssprecher Larry Speakes wurde im Tonfall noch schärfer: Das internationale Übel des Terrorismus könne nur ausgerottet werden, wenn die zivilisierte Welt zu ihrer Verantwortung stehe und keine Gelegenheit versäume, Terroristen zu „fangen, abzuurteilen und zu bestrafen". *„Wir werden es wieder tun, wenn die Gelegenheit sich bietet."* (27) Der direkten Bestrafung durch die USA sind die vier Entführer zunächst entgangen. Auf dem NATO-Stützpunkt Sigonella standen sich stundenlang Einheiten der amerikanischen Sondertruppe Delta-Force und italienische Soldaten gegenüber. Die italienische Regierung weigerte sich, die Entführer zu übergeben. Sie ließ sogar den PLO-Vermittler Abul Abbas, der zumindest dazu beitrug, die Entführung zu beenden, nach Jugoslawien ausreisen. (26) Inzwischen gibt es gegen Abul Abbas — auf Grund von mehr als undurchsichtigen „Beweisen" — als angeblichen Kopf des Unternehmens, einen internationalen Haftbefehl der italienischen Justiz wegen Entführung und Mord. (23)

Vieles unklar

Am Abend des 7.10. wurde die Achille Lauro auf dem Weg von Port Said nach Alexandria gekapert. Die Anzahl der Entführer blieb zunächst unklar. Am folgenden Nachmittag lag das Schiff vor dem syrischen Hafen Tartus, allerdings in internationalen Gewässern. Der syrische Präsident Assad, der im Sommer noch so schön bei der Entführung der amerikanischen TWA-Maschine durch Schiiten vermittelt hatte, weigerte sich, irgendetwas zu unternehmen. An diesem Nachmittag soll der gelähmte amerikanische Passagier Klinghoffer gestorben oder getötet worden sein. Zu diesem Zeitpunkt sollen auch einige zweifelhafte Funkgespräche aufgenommen worden sein, in denen die Tötung eines zweiten Passagiers angedroht wurde. Aufgefangen wurden die an die Presse weitergegebenen Funksprüche von einem amerikanischen Sender und von dem Sender der libanesischen Falangisten „Stimme des Libanon" (28). „Le Monde" (9.10.) berichtete schon am Mittwoch, daß nach gutunterrichteten Quellen ein mysteriöses, nicht lokalisierbares Radio in Richtung des Schiffes senden würde: *„Von Khaled an Meguid und Manolli. Die Repräsentanten eures Oberkommandos sind hier und wollen euch sprechen."*

Am selben Abend übernahm der Arafat-loyale Flügel der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLF die Verantwortung für die Entführung. (25) Nach den ergebnislosen, stundenlangen Verhandlungen mit Syrien erklärte ein anonymer „PLF-Angehöriger, das Kommando wolle die Entführung beenden und nehme Kurs auf Ägypten. *„Aus Gründen, die wir später bekannt geben werden, waren unsere Kameraden gezwungen, die Kontrolle über das Schiff zu übernehmen und sich von den Zielen zu entfernen, die ihnen aufgetragen waren."* Der Kapitän des Schiffes hatte zu dem Zeitpunkt gefunkt: *„Bitte unternehmt nichts gegen mein Schiff, allen geht es gut und sie werden bald befreit sein."* (29).

Abul Abbas, Chef des Arafat-loyalen Flügels der PLF, reiste daraufhin von Tunis nach Port Said und unternahm zusammen mit Hani al-Hassan, politischer Berater Arafats, die Vermittlung. Dann soll das folgende Gespräch zwischen Abul Abbas und dem palästinensischem Kommando geführt worden sein: Abul Abbas meldet sich mit seinem Decknamen Abu Khaled, fragt gleich nach einem gewissen Majed, weist schließlich die Entführer an, die Passagiere und die Besatzung gut zu behandeln; sie sollten sagen, das Ziel der Aktion sei nicht die Entführung des Schiffes gewesen, und angeben, was das wirkliche Ziel der Aktion war (30). Welch ein menschlich-vertrautes und gleichzeitig konspiratives Gespräch! Das israelische Fernsehen präsentierte es am 16.10., genau eine Woche, nachdem die israelischen Nachrichtendienste es angeblich aufgenommen hatten. Es wurde von den italienischen Richtern schließlich als Beweisstück für die Schuld von Abul Abbas anerkannt.

Wie gut das alles wieder zusammenpaßt; der „mysteriöse" Funkspruch tags zuvor und der vom israelischen Geheimdienst aufgefangene: zweimal Khaled, der mehr weiß als er sagt, und der sich schlauerweise im Geheimgespräch und im offiziellen Vermittlungsgespräch mit seinem weniger bekannten Decknamen zu erkennen gibt, und natürlich zweimal Meguid/Majed. Wie Recht hatte doch die amerikanische Regierung, als sie schärfstens protestierte, daß die italienische Regierung den als Vermittler getarnten Terroristen so voreilig freiließ. Oder?

Die Entführer ergaben sich dann auch wirklich sehr schnell, ohne daß über ihre Forderung an Israel, 50 palästinensische Gefangene freizulassen, ernsthaft verhandelt worden war. Vielleicht hatten die Entführer geplant, in Ashdod (Israel) eine Aktion gegen israelische militärische Ziele durchzuführen: „als Anwort auf den Vernichtungskrieg gegen unser Volk und den Angriff auf Tunis", wie ein anonymer PLF-Informant erklärte. Mitglieder der Besatzung hätten jedoch Waffen gefunden, „die unsere Kameraden gezwangen, die Kontrolle über das Schiff zu übernehmen" (31). Diese Argumentation wurde im folgenden nicht mehr aufgegriffen, obwohl ähnliche Vermutungen zuvor auch aus Kairo und Jerusalem zu hören waren (32).

Zum Tod des Klinghoffers sind einige Anmerkungen zu machen, spielt doch dieser angebliche Mord in der Begründung für das Eingreifen der USA die entscheidende Rolle. Zunächst: PLF-Informanten teilten einer Nachrichtenagentur in Beirut mit, daß Klinghoffer einen Herzanfall erlitten habe und auf die Krankenstation gebracht worden sei. Wer ihn habe verschwinden lassen, sei der PLF nicht bekannt (33). Das mag eine Schutzbehauptung sein. Allerdings gibt es über den Tathergang keinerlei auch nur annähernd übereinstimmende Aussagen. Mal hat niemand den Mord gesehen; dann weiß ein Zeuge zu berichten, der Barkeeper (!) habe ihm erzählt, er habe die Tat gesehen; schließlich hat man fünf Zeugen und dann sogar zehn gefunden. In einer Meldung wird behauptet, keines der Besatzungsmitglieder habe den Mord gesehen (34), in einer anderen wird der Kapitän zitiert, niemand der Passagiere sei während der Tat anwesend gewesen(35). Auch der Tathergang wird jedesmal unterschiedlich geschildert (36). Eigentümlich ist auch, daß die Leiche, die außerhalb der syrischen Hoheitsgewässer ins Wasser geworfen wurde, derart schnell, nämlich am 14.10., an der syrischen Küste angeschwemmt und prompt gefunden wurde. Interessant ist die Äußerung des Sprechers der amerikanischen Botschaft in Damaskus: Er wollte nicht ausschließen, daß Klinghoffer schon tot gewesen sein könnte, bevor auf ihn geschossen wurde (37).

Die fragwürdigen Todesumstände Klinghoffers sind bisher nicht erhellt worden, obwohl die italienische Justiz unter den Entführern angeblich den geständigen Mörder gefunden hat, was in Italien zu weiteren Verhaftungen und Haftbefehlen gegen Palästinensern geführt hat (38). Das riecht doch sehr nach Geheimdiensten.

Zwei Äußerungen von Abul Abbas sind bekannt, die er nach seiner Abreise aus Jugoslawien gemacht hat. In der Zeitung „As Sharq Awsat" erklärte er, daß die Operation Achille Lauro erlaubt habe, *„die ägyptisch-amerikanischen Beziehungen hart zu treffen, die bis heute privilegiert sind, und den Fall der Camp David-Abkommen zwischen Kairo und Tel Aviv zu beschleunigen."* (39). Andererseits betonte er: *„Es ist allgemein bekannt, daß meine Organisation, die palästinensische Befreiungsfront, nicht an bewaffneten Aktionen außerhalb der besetzten Gebiete teilgenommen hat."* (40) Das klingt sehr widersprüchlich, und gerade die erste Äußerung ist geeignet, die Annahme zu unterstützen, er habe der Politik Arafats mit der Aktion schaden wollen und sei eben doch der Rädelsführer gewesen. Das muß nicht der Fall sein: die erste Aussage spiegelt vielleicht eher die politischen Einschätzungen der PLF vor der Spaltung wieder, die zweite entspricht den Tatsachen. Daß Abul Abbas mit einem Teil der PLF ins Lager Arafats gewechselt ist, hat wohl seinen einleuchtensten Grund in seinem Widerspruch zum syrischen Regime (41).

Keine Mühe wird von Seiten der USA und Israels gescheut, um Abul Abbas als neuen Terroristen Nr. 1 hochzuspielen und der Weltöffentlichkeit deutlich zu machen, daß die PLO nun wirklich nicht verhandlungsfähig ist. Wurde diese Rolle in der Vergangenheit mit Vorliebe radikalen, in Opposition zu Arafat stehenden Palästinensern zugeschoben — man denke nur an die vielen Kommandoaktionen und Attentate, für die, oft genug anonym, Abu Daud, der verstorbene Haddad oder der totgesagte und wieder auferstandene Abu Nidal verantwortlich gemacht wurden — so taucht in der letzten Zeit bei fast jeder den Palästinensern angelasteten Aktion der Name „Einheit 17" auf, der Name der Leibgarde Yassir Arafats. Diese Einheit, deren Hauptquartier mal in Amman, mal in Tunis liegen soll, ist — nach israelischen Angaben und Ermittlungen — verantwortlich für die Morde in Larnaca, für die Schüsse auf einen israelischen Bus in den besetzten Gebieten, für die Morde an zwei israelischen Marinesoldaten in Barcelona (42) und an israelischen Zivilisten im Westjordanland (43). Dieser Einheit sollen auch alle Palästinenser angehören, deren Boote in letzter Zeit vor der libanesischen Küste von der israelischen Marine aufgebracht wurden. Nur einmal in der letzten Zeit gab es eine Ausnahme: Für eine vermeintliche Bombenexplosion in einem vierstöckigen Haus in Jerusalem erklärten sich angeblich die PLO und Abu Nidal

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

verantwortlich. Die Jerusalemer Polizei mußte beiden aber einen Strich durch die Rechnung machen: es sei schlicht eine Gasexplosion gewesen (44). Auch die Morde an israelischen Zivilisten und Anschläge in den besetzten Gebieten lassen sich noch nicht eindeutig zuordnen. General Amnon Sharon, militärischer Chef der ,,zentralen Region'', nahm für sich in Anspruch, die dafür verantwortliche Terrorgruppe zerschlagen zu haben. Bei der ,,Erfolgsmeldung'' sagte er nichts von ,,Einheit 17'' (45). Aber vielleicht ist das noch militärisches Geheimnis und wird — ebenso wie das oben erwähnte Gespräch zwischen Abul Abbas und den Entführern — zu gegebener Zeit der israelischen Öffentlichkeit im Fernsehen mitgeteilt.

Nun hatte sich ja für die Entführung der Achille Lauro ganz deutlich die PLF verantwortlich erklärt, und das paßt nicht so ganz in das bisher geschaffene Bild. Schließlich hatte die israelische Luftwaffe in Tunis vor allem ganz gezielt das Hauptquartier der ,,Einheit 17'' zerschlagen, und in Amman soll es ja noch eines geben, das speziell der israelischen Bevölkerung als weitere Terrorzentrale vor Augen geführt wird. Was tun? Zwischen Abul Abbas und Arafat wird die engste Zusammenarbeit konstruiert. Das israelische Außenministerium erklärte gleich nach Ende der Entführung, Israel verfüge über ,,*unwiderlegbare und vollständige Beweise*'' dafür, daß Arafat von der geplanten Aktion gewußt habe (46). Außerdem wurde ins Feld geführt, daß Abul Abbas in Tunis nur 100 m von Arafat entfernt gewohnt habe (47). Und schließlich meldete Israel noch, daß es im Besitz der Kopie eines Telegramms sei, das Arafat an Abul Abbas noch in Italien per Funk übermittelt habe. Darin habe Arafat Abul Abbas zu seiner Rolle in der Entführungsaffäre beglückwünscht und ihm gratuliert, daß er sich vor den Amerikanern habe retten können (48). Wenn das kein Schuldeingeständnis ist! Immerhin wurde dieses Telegramm der italienischen Justiz von Israel als ernsthafter Beweis übergeben.

Nicht nur Israel hat möglicherweise — wie die ,,Washington Post'' berichtete (49) — den amerikanischen Geheimdienst mit Informationen über das dann gekaperte ägyptische Flugzeug versorgt; zwei den USA eng verbundene arabische Regimes haben das Abfangen der Maschine überhaupt erst möglich gemacht: Tunesien, das auf

von der geplanten Aktion gewußt habe (46). Außerdem wurde ins Feld geführt, daß Abul Abbas in Tunis nur 100 m von Arafat entfernt gewohnt habe (47). Und schließlich meldete Israel noch, daß es im Besitz der Kopie eines Telegramms sei, das Arafat an Abul Abbas noch in Italien per Funk übermittelt habe. Darin habe Arafat Abul Abbas zu seiner Rolle in der Entführungsaffäre beglückwünscht und ihm gratuliert, daß er sich vor den Amerikanern habe retten können (48). Wenn das kein Schuldeingeständnis ist! Immerhin wurde dieses Telegramm der italienischen Justiz von Israel als ernsthafter Beweis übergeben.

Nicht nur Israel hat möglicherweise — wie die ,,Washington Post'' berichtete (49) — den amerikanischen Geheimdienst mit Informationen über das dann gekaperte ägyptische Flugzeug versorgt; zwei den USA eng verbundene arabische Regimes haben das Abfangen der Maschine überhaupt erst möglich gemacht: Tunesien, das auf

amerikanischen Rat das Hauptquartier der PLO Arafats nach dem Abzug der palästinensischen Kämpfer aus Beirut 1982 aufnahm, und Ägypten, das seit 1979 einen Friedensvertrag mit Israel hat, der gerade auch deshalb zustande kam, weil das ägyptische Regime sich mit einem Autonomiestatus für die besetzten Gebiete unter Ausschluß der PLO zufriedengab. Das hat Mubarak nicht daran gehindert, in der letzten Zeit auffällig häufig davon zu reden, daß die PLO in den Friedensprozeß miteinbezogen werden müsse.

Zunächst zurück zur ,,Flugzeugentführung''. Das palästinensische Kommando verließ die Achille Lauro am Morgen des 10.10.85 in Port Said, unter dem Beifall der im Hafen anwesenden Menschenmenge. Die PLO betonte während der ganzen Entführungsgeschichte immer wieder, daß sie die Palästinenser vor ein eigenes Gericht stellen wolle. (Selbst Reagan, unvorbereitet von einem Reporter daraufhin angesprochen, billigte — trottelig wie er manchmal ist —, dieses Verfahren (50). Italien war, als direkt von der Entführung betroffener Staat, mit der Übergabe der Entführer an die PLO einverstanden. Schon kurz nachdem die Palästinenser das Schiff aufgegeben hatten, erklärte Mubarak, sie hätten Ägypten verlassen, ,,vielleicht'' in Richtung Tunis. Der ägyptische Außenminister Meguid wurde genauer: ,,*Sie sind Offizieren mit Verbindungen zur PLO übergeben worden.*'' Die PLO dementierte sofort, sie wisse nicht, wo ,,*die Piraten des Meeres*'' sich aufhielten(51). Zu diesem Zeitpunkt wurden die Entführer noch in Ägypten festgehalten. Um 17 Uhr gab Reagan dem Flugzeugträger Saratoga den Befehl, sich für eine Operation bereitzuhalten; um 21 Uhr befahl Reagan, das Flugzeug abzufangen, 15 Minuten später startete die Maschine in Ägypten. Interessant, wie Mubarak sich im folgenden herauszureden versuchte. Die USA hätten Tunesien angewiesen, erst die Erlaubnis zur Landung zu geben und sie dann zurückzunehmen. Außerdem habe er gedacht, den USA einen Gefallen zu tun, wenn er die Entführer der PLO übergebe. Ein Verfahren in Italien oder den USA könne die Rache der Terroristen herausfordern;, im anderen Fall hätte

Fortsetzung nächste Seite

»Keine Lösung des Palästinenserproblems — kein Frieden für die Welt«

Interview mit der israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer

,,Meine politische Erziehung begann 1951, als ich von Polen nach Israel kam. Ich konnte es nicht begreifen, daß es dort eine Bevölkerung gab, die unter dem Regime zu leiden hatte.''

1930 in Polen geboren, flieht Felicia Langer bei Beginn der faschistischen Besetzung Polens in die Sowjetunion, immigriert 1951 nach Israel und arbeitet zunächst neun Jahre als ungelernte Arbeitskraft in einer Fabrik. In Abendkursen beginnt sie ihr Jurastudium. Von 1967 an — zwei Jahre nach dem Beginn ihrer Arbeit als Rechtsanwältin — verteidigt sie die ,,Opfer der Okkupation'' des israelischen Krieges von 1967.

Felicia Langer sprach im November auf mehreren Veranstaltungen in der Bundesrepublik. Wir führten bei dieser Gelegenheit ein Gespräch mit ihr, das wir im folgenden, ergänzt um Teile ihres Veranstaltungsreferas, wiedergeben:



ben:



Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten

Die Menschenrechtsresolution der Vereinten Nationen von 1948 ist Felicia Langers Waffe in ihrem Kampf gegen die Behandlung der Palästinenser in den 1967 von Israel besetzten Gebieten Westbank und Gazastreifen. Elementare Grundrechte werden dort von der israelischen Besatzungsmacht mißachtet, meist juristisch abgesichert durch entsprechende Militärverordnungen. Ziel dieser Besetzungspolitik ist die Vertreibung der Palästinenser. Felicia Langer zitiert die Worte eines alten Fellachen, eines Bauern aus Hebron, der bei der Besetzung zu den Israelis sagte: ,,Ich bin 80 Jahre alt. Ich erinnere mich an die türkische Besetzung. Ich erinnere mich an die englische Besetzung. Aber ihr seid die Schlimmsten. Denn sie alle haben uns unterdrückt. Aber wir wußten, daß sie bis zu dem Tag, an dem sie uns wieder verließen, nur unser Land wollten, nicht unsere Identität. Ihr wollt uns nicht nur unterdrücken, ihr wollt uns vertreiben. Hier ist der Brunnen, den ich gegraben habe, und ihr erlaubt mir nicht, mein Wasser zu trinken.''

Mit der Oberaufsicht über die Wasservorkommen — die Grundwasservorkommen sind darin eingeschlossen — entziehen die israelischen Besatzer der palästinensischen Bevölkerung eine wesentliche Lebensgrundlage in den besetzten Gebieten. ,,*Man darf keinen Brunnen ohne Erlaubnis der israelischen Autoritäten anlegen. Manchmal kämpfe ich um die Erlaubnis für den Bau eines Brunnens, während die israelischen Siedler bekommen, was immer sie wollen — auf dem geraubten palästinensischen Land.*''

Die israelischen Besatzer engen die Möglichkeiten der Palästinenser ein, die eigene nationale Identität zu wahren. Es gibt keine freie Meinungsäußerung, keine Versammlungs- und keine Organisationsfreiheit. Aus den Selbstverwaltungsgremien der Universitäten in den besetzen Gebieten werden die palästinensichen Mitglieder ausgeschlossen und durch israelische Militärs ersetzt. ,,*Es ist auch nicht erlaubt, Bücher nach eigener Wahl zu lesen. Die Ironie besteht darin, daß die Israelis, das Volk des Buches, heutzutage Anderen verbieten zu lesen, was sie möchten. Auch ist es verboten, bei Gemälden die Farben zu benutzen, die man möchte. Die Farben der palästinensischen Flagge sind verboten.*''

Besatzungssoldaten und israelische Siedler gehen meist straffrei aus, wenn sie von ihren Waffen Gebrauch machen. ,,*Niemals können wir feststellen, ob es bei dem Schuß um ein Verbrechen geht. Denn die Schützen handeln in der Sicherheit, daß es zu ihrer Selbstverteidigung geschieht.*''

Den Widerstand, der sich gegen diese Besatzungspolitik richtet, versuchen die israelischen Militärs durch Folter in der Untersuchungshaft zu brechen. Felicia Langer berichtet von Folterspuren an den Körpern ihrer Klienten.

Nach einer Verurteilung durch die Miltärgerichte werden die palästinensischen Gefangenen in überfüllten Zellen untergebracht. Es kommt zu Mangelkrankheiten wegen vitaminarmer Ernährung und Blindheit aufgrund langandauernder Dunkelhaft. ,,*Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend. Manchmal sind die Gefängnisärzte eher Kerkermeister als Ärzte und legen eine chauvinistische Haltung an den Tag, sodaß ein kranker Palästinenser Angst hat, zu solch einem Arzt zu gehen. Doch die palästinensischen Gefangenen haben ihre hohe Moral nicht verloren. Sie haben buchstäblich mit ihren Körpern — durch Hungerstreiks in Nawrah, Beer Scheva und anderswo — gekämpft, um sich eine respektvolle Behandlung und menschliche Bedingungen zu schaffen.*''

Israel ist krank ...

Die israelische Bevölkerung muß für die Besetzung von Westbank und Gaza ,,*mit galoppierender Inflation, weniger Schulen und Universitäten, schlechterer Gesundheitsversorgung, immer mehr Waffen, wachsender Abhängigkeit von den USA, aber auch mit dem Verfall moralischer Werte innerhalb der israelischen Gesellschaft zahlen.*'' Die israelische Bevölkerung sei durch die zionistische Indoktrination auf eine lang andauernde Besetzung eingestellt und werde dadurch brutalisiert. Die Politik der Landenteignung sei allerdings älter als die Besetzung von Westbank und Gazastreifen, sie sei ,,zu Hause'' begonnen und auf die 1967 eroberten Gebiete übertragen worden.

Der Libanon-Krieg 1982 hat die ökonomische Krise in Israel verschärft und zur Polarisierung innerhalb der israelischen Gesellschaft beigetragen. Aber auch die zionistische Theorie dürfe nicht übersehen werden. Ihre Exklusivität und den chauvinistischen Weg der Zionisten habe es auch schon vor 1967 gegeben. Unter den Zionisten hätten vor allem die rechten Fundamentalisten an Boden gewonnen, die ein von Gott gegebenes Versprechen auf ganz Eretz Israel aus ihrer Religion ableiten.

Die Religion sei momentan der wichtigste Faktor in der israelischen Gesellschaft, weil die religiösen Parteien bei jeder Koalitionsverhandlung mit einbezogen werden müßten, ,,*und sie erreichen immer mehr Erfolge auf Kosten der Toleranz und bürgerlicher Freiheit. Über Pessach ist es verboten, Brot zu essen. Wenn die jüdischen Fundamentalisten dann in einem arabischen Gebiet in einem jüdischen Geschäft Brot finden, wird eines Tages ein Brandanschlag auf das Geschäft verübt.*''

Diese Methoden werden vom Staat geduldet; die Siedler, die für diese Art von Anschlägen die Verantwortung übernehmen, werden von der Bevölkerung als Helden gefeiert. ,,*Und — die Siedler benutzen ihre Siedlung — wir wissen nicht genau, wieviele es sind, manchmal wachsen sie wie Pilze — als ,Sprungbrett' für ihre Angriffe gegen die Palästinenser.*''

Die israelische Opposition

Durch den Libanon-Krieg, der geplant und durchgeführt wurde von Begin und Sharon zur ,,Sicherung der Nordgrenzen Israels'', hat sich in Israel eine Opposition herausgebildet, die unter der Losung ,,Frieden jetzt'' erstmalig in der Geschichte des Staates Israel den nationalen Konsens aufgekündigt hat.

,,*Die israelischen Friedenskräfte kamen zu dem Schluß, daß es eine friedliche Lösung mit den Palästinensern geben muß. Man kann nicht alles mit einem Krieg erreichen. Daher haben wir gegen die Unterdrückung in den besetzten Gebieten demonstriert. Die Menschen in Israel verstehen immer mehr, diaß es keine andere Lösung gibt, als den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zu geben — ein international anerkanntes Recht — und das Recht auf einen souveränen Staat in den besetzen Gebieten, Grenze an Grenze mit Israel.*''

Daß sehr unterschiedliche Standpunkte in den ,,Frieden jetzt''-Bewegung vertreten seien, sei eine Stärke und begrüßenswert. ,,*Es ist für uns eine Frage des Überlebens. Wir gehen auch mit Zionisten zusammen. Manchmal will ein Zionist nicht mit m i r gehen oder mit meinem arabischen Freund. Aber wenn die Zionisten mit uns demonstrieren, werden wir sie beeinflussen.*''

Von den Palästinensern fordert Israel als Voraussetzung für Verhandlungen um eine friedliche Lösung im Nahen Osten die offizielle Anerkennung, während für die israelische Regierung immer noch der Ausspruch Begins gilt: ,,Wir haben die Anerkennung dieses Gangsters, dieses Terroristen Arafat nicht nötig.'' Außerdem unternehmen die israelischen Medien alles,

und das Recht auf einen souveränen Staat in den besetzen Gebieten, Grenze an Grenze mit Israel.''

Daß sehr unterschiedliche Standpunkte in den ,,Frieden jetzt''-Bewegung vertreten seien, sei eine Stärke und begrüßenswert. ,,*Es ist für uns eine Frage des Überlebens. Wir gehen auch mit Zionisten zusammen. Manchmal will ein Zionist nicht mit m i r gehen oder mit meinem arabischen Freund. Aber wenn die Zionisten mit uns demonstrieren, werden wir sie beeinflussen.*''

Von den Palästinensern fordert Israel als Voraussetzung für Verhandlungen um eine friedliche Lösung im Nahen Osten die offizielle Anerkennung, während für die israelische Regierung immer noch der Ausspruch Begins gilt: ,,Wir haben die Anerkennung dieses Gangsters, dieses Terroristen Arafat nicht nötig.'' Außerdem unternehmen die israelischen Medien alles,

um die Palästinenser als Terroristen und die PLO als Terror-Organisation darzustellen, die Flugzeuge entführt. ,,*Damit wird deutlich, daß es keine Bedingung der Welt gibt, unter der die Regierung des Staates Israel mit der PLO sprechen würde — außer die PLO ist nicht mehr die PLO. Vielleicht wird dann jemand mit ihnen sprechen, aber worüber? Über das Wetter? Oder über den Fischfang im Mittelmeer?*''

Sie kämpfen seit achtzehn Jahren

,,*Ich verteidige jetzt die zweite Generation von Palästinensern. Ich verteidige die Söhne und Töchter derjenigen, die ich 1967 verteidigte. Ihr Kampf ist Ausdruck des Heldentums und auch ihres andauernden und langen Leidens.*''

Eine besondere Rolle haben die palästinenstischen Frauen im Widerstand — als Mütter der Gefangenen, als Schwester, als allein für die Erziehung Verantwortliche. Ohne die Arbeit der Frauen hätte der Kampf nicht so viele Jahre fortgeführt werden können.

Auch im Gefängnis leisten die Frauen Widerstand. ,,*Es gab Streiks, weil sie nicht für die Polizisten kochen wollten. Sie wurden isoliert, sie wurden geschlagen und gaben dennoch nicht nach — keine von ihnen.*''

Felicia Langer kritisiert Arafats Position, indem sie hervorhebt: Seit dem Amman-Abkommen zwischen Arafat und Hussein sei überhaupt nicht mehr von einem Staat gesprochen worden. Das sei unverständlich, weil auf internationalen Konferenzen über eine Lösung des Nahost-Konflikts den Palästinensern das Recht auf einen souveränen Staat auf der Westbank und im Gazastreifen eingeräumt worden sei.

Den ,,diplomatischen Weg'' lehnt Felicia Langer jedoch nicht prinzipiell ab. ,,*Der Fehler der sogenannten neuen Initiative ist nicht in ihrem diplomatischen Charakter zu suche, sie ist falsch, weil sie den Täter fragt, ob er nicht von seiner Tat ablassen wolle. Die israelishe Regierung wollte von Anfang an, daß die Verhandlungen mißlingen.*''

Die Kämpfe anderer unterdrückter Völker um ihre Befreiung, sagte sie, haben gezeigt, daß Diplomatie mit bewaffneten Kampf gegen Okkupation und Tyrannei zusammengehen müsse, da jedes unterdrückte Volk das Recht habe, sich gegen den Unterdrücker zu wehren. ,,*Wir sagen es sehr offen, daß die Palästinenser das Recht haben zu kämpfen. Womit wir allerdings nicht einverstanden sind, sind Aktionen, die sich gegen Zivilisten richten. — Die palästinensische Bewegung muß vereint sein und darf nicht nach kurzen Wegen Ausschau halten, die zu nichts führen. Sie muß vielmehr den schon oft gegangenen langwierigen Weg aller Befreiungsbeweungen gehen — mit den fortschrittlichen Kräften der Welt.*''

Felicia Langer ist überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem eine vereinte palästinensiche Bewegung — durch die PLO repräsentiert — siegen wird.

Dann bist du ein Antisemit ...

Felicia Langer fordert alle Gruppierungen, die für eine souveränen palästinensischen Staat eintreten, auf, die Friedensbewegung **sowohl in der Bundesrepublik wie in Israel** zu unterstützen. ,,*Wir brauchen die Verurteilung, die internationale Verurteilung der is-*

lästinensische Bewegung muß vereint sein und darf nicht nach kurzen Wegen Ausschau halten, die zu nichts führen. Sie muß vielmehr den schon oft gegangenen langwierigen Weg aller Befreiungsbeweungen gehen — mit den fortschrittlichen Kräften der Welt.''

Felicia Langer ist überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem eine vereinte palästinensiche Bewegung — durch die PLO repräsentiert — siegen wird.

Dann bist du ein Antisemit ...

Felicia Langer fordert alle Gruppierungen, die für eine souveränen palästinensischen Staat eintreten, auf, die Friedensbewegung **sowohl in der Bundesrepublik wie in Israel** zu unterstützen. ,,*Wir brauchen die Verurteilung, die internationale Verurteilung der is-*





raelischen Autoritäten. Wir brauchen sie, um unser Volk zu überzeugen, daß es sich nicht auszahlt, mit der Zerstörung fortzufahren. Laßt euch nicht versklaven von euren Schuldgefühlen, die von den Israelis mißbraucht werden. Was immer Israel tut, alles ist gut. Wenn man Kritik äußert, wird gesagt: Halt den Mund. Du willst mich kritisieren?! Dann bist du ein Antisemit! Ich werde das palästinensische Land rauben, ich werde alle Rechte für die Palästinenser abschaffen. Ich werde einen freien Handel und ein freies Meer haben, denn die Erde gehört mir. — Sie haben kein Recht, die Opfer des Faschismus zu benutzen, um ihre faschistischen Methoden in den besetzten Gebieten zu kaschieren. Wir erlauben es ihnen nicht! Erlaubt ihr es ihnen auch nicht! Dann werdet ihr uns helfen.''

Denn: kein Frieden im Nahen Osten — kein Frieden in Europa. Keine Lösung des Palästinenserproblems — kein Frieden für die Welt.''

Nahost-Kommission und Re., Internationalismus-Kommission

Felicia Langer in Hamburg am 7.11.85 (Fotos: R.C/AK)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Arafat die Verantwortung gehabt(53). Im übrigen habe er Anweisung gegeben, die Entführer der PLO zu übergeben; von den unerwartet auftretenden administrativen, technischen und politischen Schwierigkeiten sei er erst später unterrichtet worden(54). Offensichtlich aber war diese Übergabe mit der PLO überhaupt nicht abgesprochen. Der Sicherheitschef der PLO, Abu Iyad, immer gern etwas offener und direkter als Arafat, erklärte dazu: Die PLO habe nur darum gebeten, daß die vier Entführer ihr übergeben würden. Man wolle untersuchen, warum die Männer in ein Flugzeug gesetzt worden seien, um zum PLO-Hauptquartier nach Tunis gebracht zu werden(55).

Arafat mochte es nicht dabei belassen, die Verantwortung der PLO für die Entführung zu dementieren. Zunächst beschuldigte er nur ganz allgemein einen der PLO feindlich gesinnten Staat, die Entführung der Achille Lauro geplant und durchgeführt zu haben. Dann aber präsentierte Arafat bei einem Aufenthalt in Bagdad — wohin demnächst PLO-Büros aus Tunis verlegt werden sollen — während eines Interviews ein von Jordanien aufgefangenes Gespräch zwischen den Entführern der Achille Lauro und einer Funkstation in Syrien, das die Aufforderung an das Kommando enthielt, „*den Plan auszuführen*" und „*zu dem vereinbarten Platz zu gehen*"(56). Nach Arafat sind also entweder syrientreue palästinensische Splittergruppen für die Entführung verantwortlich oder Syrien selbst, was für Arafat allerdings das gleiche ist. Das nun ausgerechnet in Bagdad zu äußern, ist vielleicht wenig vorausschauend: nähern sich doch gerade die Erzfeinde Syrien und Jordanien und Syrien und Irak mit Riesenschritten einander an. Oder sollte das eine Entlastung nicht nur für Arafat selbst, sondern auch für Abul Abbas sein?

Folgen für die PLO

Die negativen Auswirkungen der Entführung der Achille Lauro sind für die PLO immens; egal, ob die Entführung so geplant, ob sie mißglückt oder unter

Mithilfe der Geheimdienste so konstruiert worden ist. Mit dieser aufgeblähten Geschichte wird gegen die PLO gearbeitet, als käme sie gerade recht, um die PLO schnellstmöglichst ins politische Abseits zu drängen.

Der syrische Präsident Assad schwieg, ließ aber immerhin die Leiche finden und sofort von US-Beamten untersuchen. Für ihn ist die Sache eine willkommene Ablenkung von seiner neuen Freundschaft mit Jordanien. Wie kurz ist es eigentlich her, als er gegen das kapitulationistische Jordanien wetterte und innerpalästinensische Kritik an einer Zusammenarbeit zwischen Hussein und Arafat geschickt ausnutzte und anstachelte, um die PLO zu spalten, und als er — aus diesen Gründen — ernsthaft versuchte, Arafat zu stürzen? Assad hat das Seine dazu beigetragen, die PLO und besonders Arafat „geschäftsunfähig" zu machen. Das war sein Beweggrund. Interessant ist nur, wie schnell er jetzt *offen* in den „Friedensprozeß" einsteigt.

Jordanien und Ägypten nutzten die Gunst der Stunde, um Arafat eine wirklich sehr kühle Schulter zu zeigen. Alle diplomatischen Aktivitäten, die zu einer Aufwertung der PLO im Friedensprozeß führen könnten, platzten. Länder der Dritten Welt zogen von sich aus einen Antrag, Arafat zu den Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der UNO einzuladen, zurück. Ein wirklich alarmierendes Zeichen.

Der israelische Ministerpräsident Peres fuhr als glücklicher Sieger zur UNO-Vollversammlung, in der Tasche die mit dem jordanischen König in Geheimverhandlungen ausgehandelten „Kompromisse". Seine Tagesordnungspunkte für Gespräche mit Washington waren: Kampf gegen den Terrorismus, direkte Friedensverhandlungen mit Jordanien unter Ausschluß der PLO, Ausbau der Allianz Israel-USA und Öffnung der sowjetischen Grenzen für jüdische Auswanderer nach Israel (57). Auch neue und letzte Friedensvorschläge liegen von Peres und Hussein auf dem Tisch. Ihnen könnte Erfolg beschieden sein, denn schließlich hat sich Hussein mit seinen Vorstellungen fast gänzlich den Vorschlägen von Peres angenähert. Ein geeigneter Spielraum für Verhandlungen.

Nahostkommission

Anmerkungen:

(1) taz, 3.10.85
(2) Frankfurter Rundschau, FR, 2.8.85
(3) Um die palästinensischen Flüchtlingslager in Tripolis (Nordlibanon) konzentrierten sich 1983 die zu bewaffneten Kämpfen eskalierten Auseinandersetzungen zwischen Arafat-loyalen Kräften und oppositionellen, teilweise prosyrischen Gruppierungen. Arafat hatte sich nach Ausbruch der Kämpfe nach Tripolis begeben und konnte den Libanon wieder auf dem Seewege, der von Israel kontrolliert wird, verlassen.
(4) Süddeutsche Zeitung, SZ, 7./8. 9.85
(5) Die Bevölkerung Jordaniens besteht zu sechzig Prozent aus Palästinensern, deren Oberschicht die wesentlichen Wirtschaftszweige kontrolliert. Nach Einschätzungen sollen — wie auch in den besetzten Gebieten — zwei von drei Palästinensern hinter Arafat stehen, das letzte Drittel teilt sich in Anhänger des jordanischen Königs Hussein und in Anhänger der linken Organisationen wie Palästinensische Volksfront (PFLP — Habasch) und Demokratische Volksfront (DFLP — Hawatmeh).

sechzig Prozent aus Palästinensern, deren Oberschicht die wesentlichen Wirtschaftszweige kontrolliert. Nach Einschätzungen sollen — wie auch in den besetzten Gebieten — zwei von drei Palästinensern hinter Arafat stehen, das letzte Drittel teilt sich in Anhänger des jordanischen Königs Hussein und in Anhänger der linken Organisationen wie Pa-

(6) Das Abkommen zwischen Hussein und Arafat vom 11.2.85 wurde nicht nur von den Arafat-oppositionellen Gruppierungen, zusammengeschlossen in der Nationalen und der Demokratischen Allianz, kritisiert. (In der Folge schlossen sich zwei Organisationen der Demokratischen Allianz, die PFLP und eine Abspaltung der PLF, mit der Nationalen Allianz zur Nationalen Palästinensischen Errettungsfront zusammen.) Das Abkommen stößt auch innerhalb der Arafat-loyalen Organisationen auf erhebliche Kritik. Es geht aus von den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz in Fes und den Beschlüssen der Vereinten Nationen zur Palästina-Frage, sowie auch von der Resolution 242, die die palästinensische Frage nur als Flüchtlingsfrage behandelt. Die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates, höchstes Beschlußorgan der PLO, werden nicht erwähnt. Gefordert werden: Vollständiger Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten; Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes im Rahmen einer Konföderation von Jordanien und Palästina; Lösung der Palästina-Frage und des Flüchtlingsproblems in all ihren Aspekten; Verhandlungen unter dem Schirm einer internationalen Konferenz, an der die fünf ständigen Vertreter des UN-Sicherheitsrates und alle Konfliktparteien einschließlich der PLO teilnehmen, der einzigen legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, allerdings in einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation.
(7) Le Monde, LM, 20.8.85. Beispielsweise wurden aus der libanesischen Bekaa-Ebene von den syrischen Truppen ausgewiesene Kämpfer in Jordanien in die Palästinensische Befreiungsarmee eingegliedert, die praktisch Teil der jordanischen Armee ist.
(8) taz, 26.9., LM, 27.9., 28.9.85
(9) LM, 27.9.85
(10) taz, 26.9.85
(11) LM, 28.9.85
(12) SZ, 4.10.85
(13) LM, 11.10.85
(14) SZ, 11.10.85
(15) FR, 26.9.85
(16) Spiegel, 7.10.85
(17) SZ, 4.10.85
(18) Allgemeine jüdische Wochenzeitung, 1.11.85
(19) SZ, 3.10.85
(20) FR, 4.10.85
(21) LM, 8.10.85
(22) LM, 5.10.85
(23) LM, 13.11.85
(24) FR, 10.10.85
(25) Die PLF spaltete sich nach Ende des libanesischen Bürgerkrieges von der PFLP/GC (Ahmed Jibril, völlig von Syrien abhängig) ab. 1983, während der Auseinandersetzungen und Spaltungen innerhalb der PLO, teilte sich die PLF in drei Gruppen. Die größte unter dem damaligen Generalsekretär Talaat Jakub schloß sich der demokratischen Allianz an; die kleinste Gruppierung (Abdel Fatah Ghanem) ging ins Lager des Fatah-Rebellen Abu Mussa; der Rest blieb unter dem militärischen Verantwortlichen Abul Abbas in der PLO Arafats.
(26) SZ, 12./13.10.85. Nach der italienischen Nachrichtenagentur ANSA war auch der politische Berater Hani al-Hassen mit an Bord des Flugzeuges; im Folgenden tauchte allerdings sein Name nicht mehr auf.

(Abdel Fatah Ghanem) ging ins Lager des Fatah-Rebellen Abu Mussa; der Rest blieb unter dem militärischen Verantwortlichen Abul Abbas in der PLO Arafats.
(26) SZ, 12./13.10.85. Nach der italienischen Nachrichtenagentur ANSA war auch der politische Berater Hani al-Hassen mit an Bord des Flugzeuges; im Folgenden tauchte aller-

(27) FR, 12.10.85. Es handelt sich um die von Reagan am 3.4.84 unterzeichnete Direktive 138 und das damit verbundene Gesetzesbündel. In einem Begleitbrief an den Kongreß schrieb Reagan, die Zahl der Länder, die „Terroristengruppen und deren Aktivitäten unterstützen", habe „alarmierende Ausmaße" angenommen. Außenminister Shultz erklärte, die Gesetze würden mit dem „fundamentalen" Mißverständnis aufräumen, daß der „Einsatz militärischer Macht und Diplomatie zwei eindeutige Alternativen seien." Die Zeit der passiven US-Reaktionen auf terroristische Anschläge sei endgültig vorbei (Spiegel, 7.5.84)
(28) LM, 11.10.85; SZ, 9.10.85
(29) FR, 10.10.; LM, 10.10.85
(30) LM, 18.10.; taz, 18.10.; SZ, 19./20.10.85
(31) LM, 12.10.85
(32) LM, 11.10.85
(33) taz, 14.10.85
(34) SZ, 18.10.85
(35) taz, 14.10.85
(36) vgl. SZ, 12.10.; taz, 14.10.; SZ, 15.10; SZ, 17.10.; FR, 18.10; LM, 20./21/10.; LM, 12.11.85
(37) SZ, 17.10.85
(38) SZ, 16.10.85
(39) LM, 22.10.85
(40) SZ, 19./20.85
(41) Abul Abbas war 1977, während sich die PLF von der PFLP/GC abspaltete, Chef dieser neuen Gruppe. Dabei hatten die Kämpfer der PLF mehrere Monate lang mit den syrischen Truppen bewaffnete Auseinandersetzungen. 1978 wurde — wahrscheinlich von den Syrern — gerade auf das Hochhaus, in dem die PLF ihren Sitz hatte, ein schwerer Bombenanschlag verübt. Eher zufällig kam Abul Abbas mit dem Leben davon. Er hat jetzt einen Sitz im Exekutivkomitee der PLO.
(42) LM, 18.10.85
(44) LM, 9.10.85
(45) LM, 9.10.85
(46) taz, 11.10.85
(47) LM, 18.10.85
(48) SZ, 17.10.85
(49) taz, 15.10.85
(50) SZ, 12./13.10.85
(51) LM, 12.10.85
(52) taz, 12.10.85
(53) SZ, 22.10.85
(54) SZ, 14.10.85
(55) SZ, 24.10.85
(56) SZ, 22.10.85
(57) taz, 16.10.85

PKK-Dissident in Schweden ermordet

Am 2. November ist Cetin Güngör(Semir) in Stockholm auf einer Veranstaltung zur Feier des 10-jährigen Bestehens der kurdischen Partei DDKD ermordet worden. Es ist dies innerhalb eines Jahres in Europa der dritte Fall, wo ein bekannter PKK-Dissident seine öffentlich vorgebrachte Kritik mit dem Leben bezahlen mußte. Die anderen Fälle ereigneten sich im Juni bzw. Juli 1984 ebenfalls in Schweden bzw. in Rüsselsheim. In allen drei Fällen waren die Ermordeten vorher in der PKK-Presse als „Provokateure" und „Kollaborateure" der türkischen Militärjunta angegriffen worden. Im vergangenen Jahr nahm die PKK aufgrund des Drucks verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen in der Richtung Stellung, daß innerhalb der PKK der Tod dieser ehemaligen Mitglieder nicht diskutiert und angeordnet worden sei, sie sich andererseits allerdings das Recht auf „revolutionäre Gewalt" gegenüber von ihnen so genannten „Verrätern" und „Liquidatoren" vorbehalten. Zur Ermordung von Semir liegt bisher keine Stellungnahme der PKK vor. Vieles spricht dafür, daß der Mörder aus den Reihen der PKK kommt, auch wenn die Beweise bisher nicht zu erbringen sind. Der Hintergrund hierfür sind Auseinandersetzungen, die innerhalb der türkischen und türkisch-kurdischen Organisationen nach dem Militärputsch 1980 begonnen haben. Nach einer kurzen Zeit der scheinbaren Öffnung wurde von der PKK der Kritikprozeß sehr schnell wieder eingestellt, Kritiker werden in altbekannter Manier als „Verräter" deklariert, öffentliche Kritiker als „Kollaborateure" der Militärjunta. Eine Beurteilung der Auseinandersetzung fällt von dieser Stelle schwer, weil es nur sehr unzureichende Dokumente gibt. Keine aber noch so tiefe politische Differenz kann aber die Ermordung der Kritiker rechtfertigen. Wir drucken im folgenden in Ausschnitten eine Stellungnahme der „Devrimci Isci", Auslandsgruppierung der linken türkischen Organisation „Devrimci Yol", ab. Diese Stellungnahme bekommt besondere Bedeutung, weil Dev-Yol und die PKK zeitweilig in einem gemeinsamen, übergeordneten Bündnis (BIRKOM) zusammengearbeitet haben.

Dokument: Stellungnahme von „Devrimci Isci"

Am Samstag, den 2. November, ist Semir, mit bürgerlichem Namen Cetin Güngör, in Stockholm auf einer Veranstaltung zur Feier des 10-jährigen Bestehens der kurdischen Partei DDKD von der PKK ermordet worden.

Am Samstag, den 2. November, ist Semir, mit bürgerlichem Namen Cetin Güngör, in Stockholm auf einer Veranstaltung zur Feier des 10-jährigen Bestehens der kurdischen Partei DDKD von der PKK ermordet wor-

Mit Semir ist in Europa innerhalb von 18 Monaten ein dritter Funktionär der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) ermordet worden, weil er mit seiner Organisation gebrochen und eine Kritik ihrer politischen Praxis formuliert hat. Im Juni 1984 wurde in Schweden Enver Ata und im Juli 1984 in Rüsselsheim (BRD) Zihni Gök getötet. Außer in Europa hat die PKK im Libanon, in Syrien und in den irakischen und türkischen Gebieten Kurdistans ein Dutzend Kritiker aus den eigenen Reihen umgebracht.

Wer ist Semir?

Semir, der am 26.9.1957 in der kurdischen Stadt Tunceli in der Türkei geboren wurde, gehörte seit 5 Jahren zum Zentralkomitee der PKK.

Als 1981 bei einigen Mitgliedern der Partei eine Auseinandersetzung mit der eigenen Politik vor dem Putsch der türkischen Militärs am 12. September 1980 begann, gehörte Semir zu denen, die zu einer Selbstkritik der eigenen Vergangenheit aufriefen. Er forderte seine Organisation auf, die Politik der PKK, die vor dem Putsch mehrere Mitglieder anderer linker Organisationen und einfache Menschen aus der Bevölkerung ermordet hat, in diesen Punkten öffentlich zu verurteilen. Die sich entwickelnde innerparteiliche Diskussion über die Prinzipien der Organisation wurde jedoch von führenden Kräften in der PKK unterdrückt. Deshalb ist Semir im März 1983 aus der PKK ausgetreten.

Im September 1983 hat die PKK selbst Semir entführt und mit der Absicht nach Syrien verschleppt, ihn hier zu töten. Es gelang Semir jedoch, aus der Wohnung, in der man ihn gefangen hielt, zu fliehen. Seitdem hielt er sich in Schweden versteckt. Da die PKK schon 1983 in ihrer Parteizeitung „Serxhebun" Semir den Tod gewunscht und ihm gedroht hat, wußte Semir sehr wohl, in welcher Gefahr er sich befand. Erst vor kurzer Zeit hatte man Semirs Eltern in der Türkei bedroht, daß, wenn man ihn nicht finden würde, man sie töten werde.

Semir war erst kurz vor seiner Ermordung nach Stockholm gekommen, um seine Kritik an der PKK öffentlich zu machen. Zwei andere bekannte PKK-Mitglieder, die seit 1981 neben Semir zu den Kritikern der Organisation gehörten, Resul Altunuk, bekannt als Davut, und Baki Karaer, hatte die PKK ebenfalls in Syrien gefangen genommen. Beide wurden in den Nordirak verschleppt, wo Resul am 17. November 1984 ermordet wurde. Baki Karaer gelang die Flucht nach Europa.

In den Jahren seit 1981 hat die PKK Abdullah Kumrat, Selehattin, Besi (Lehrerin), Cemil, Cemal, Abdulaziz, Zeynep, Ayten Yilderim, Bircan, Ethem Akcam, Cetin Akkurt, Yasar Organ, Saime Askin, Izzettin Evcil, Serda und Hassan Hüsseyin umgebracht; manche von ihnen hat man gefoltert, bevor man sie tötete.

Warum wurde Semir getötet?

Die PKK ist eine Kaderorganisation, die sich sowohl gegenüber rivalisierenden Organisationen und innerparteilichen Kritikern als auch bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Unterstützung durch die türkische und kurdische Bevölkerung der gleichen Mittel bedient wie im Kampf gegen die türkischen Militärs. Sie duldet eine Kritik ihrer Politik weder von innen noch von außen.

Semir aber hat die PKK nicht nur radikal kritisiert und sich mit seiner Kritik trotz massiver Drohungen nicht zurückgezogen, sondern er hat auch eine offene Auseinandersetzung über die von der PKK seit August 1984 in Kurdistan durchgeführten Militäraktionen gefordert. Für die PKK teilt sich die Welt in zwei Lager:

Auf der einen Seite steht die Partei selbst bzw. ihr Zentralkomitee, auf der anderen Seite steht der Rest der Welt. Die PKK betrachtet sich als Anlaß und Motor aller Entwicklungen auf der Welt: So sei der Falklandkrieg 1983 z.B. ein Ablenkungsmanöver gewesen, um den Kampf der PKK zu verschleiern. Und der eigentliche Grund für den Einmarsch der Israelis in den Libanon 1982 sei die Vertreibung der PKK'ler

Welt: So sei der Falklandkrieg 1983 z.B. ein Ablenkungsmanöver gewesen, um den Kampf der PKK zu verschleiern. Und der eigentliche Grund für den Einmarsch der Israelis in den Libanon 1982 sei die Vertreibung der PKK'ler

aus dem Libanon gewesen. Ebenso handele es sich bei den Diskussionen um eine Amnestie für politische Straftaten vor dem Militärputsch und das „Reuegesetz" um Erfindungen, die dazu dienen sollen, den revolutionären Kampf der PKK zu schwächen.

Derlei Aussagen, die man nicht mehr als politische Einschätzungen sondern vielmehr als die Hirngespinste eines Schlafwandlers bezeichnen muß, finden sich zur Genüge in der Parteizeitung der PKK. Alles was außerhalb ihrer selbst existiert, betrachtet sie als Feind. Diesen Feind zu töten, ist ihr ein revolutionäre Pflicht.

Der Mord an Semir ist eine Folge dieser Logik.

Das kurdische Volk ist in den Augen der PKK eine gesichtslose Masse, die durch ihre Kolonialisierung beinahe auf die Stufe einer tierischen Existenz herabgedrückt wurde. Dieses Schicksal prädestiniere sie zur Kollaboration mit dem Regime. Die Stadt Tunceli z.B. sei eine vom Staat gegründete Agentenstadt und jeder Einwohner Tuncelis ein Agent des Regimes. Die PKK selbst versteht sich als die Organisation, die die Bevölkerung von diesem Los befreien wird. wer diese Rolle der PKK als der alleinige Erlöser des kurdischen Volkes nicht akzeptiert, gilt als potentieller Agent; diese Elemente gelte es zu liquidieren. Ebenso wie die mögliche Ermordung solcher Parteimitglieder in Erwägung gezogen wird, die den Richtlinien der Organisation nicht bedingungslos folgen, rechtfertigt die PKK mit dieser Logik ihre Morde an einfachen Menschen aus der Bevölkerung.

Diese Sichtweise, die es zuläßt, alle Menschen außerhalb der eigenen enggezogenen Reihen unter bestimmten Umständen zu töten, hat mit einem revolutionären Selbstverständnis nichts gemein!

(...)

Wo steht heute die PKK?

Das brutale Vorgehen gegen Andersdenkende mit den Methoden von Einschüchterung, massiven Drohungen, Terror und Mord ist heute Kern der Politik der PKK.

Da sie mit ihrer Politik in der Türkei und in türkisch Kurdistan nicht viel erreicht hat und sie an den Punkt ihrer organisatorischen Auflösung gekommen ist, ist zu befürchten, daß sie ihre Angriffe in Europa, wo sie im Moment ihre Hauptkraft hat, verstärken wird, um so ihre Existenz als Partei weiter behaupten zu können. Ziel ist diesmal nicht wie früher nur der türkische Staat, da sie hierfür die Kraft nicht mehr haben, Ziel werden diesmal die anderen Linken im Ausland sein. Um den organisatorischen Zusammenhalt zu gewährleisten und die interne Kritik mundtot zu machen, muß sie nach außen ein neues Feindbild errichten.

Die PKK hält die Gewalt für das alleinige Mittel zur Lösung aller Probleme.

Wenn diese Methode richtig wäre, hätten die Faschisten 1975-1980 und die Militärs nach dem 12. September 1980 erfolgreich sein müssen. Hauptbestandteil der Politik beider Kräfte war die Gewalt und der offene Krieg gegen alle anderen Kräfte. Sie haben ihr Ziel aber nicht erreicht.

Die Linke hat sich im Kampf gegen diese Gewalt entwickelt. Der Widerstand dagegen ist einer ihrer Wesenszüge. Was Faschisten und Militärs in 10 Jahren nicht geschafft haben, das wird auch die PKK nicht schaffen. Durch die Einschüchterung der Linken kann die PKK nichts erreichen.

Die PKK hat sich durch ihr terroristisches Vorgehen der Morde an der Bevölkerung und der Folter und des Mordes anderer Revolutionäre mit einer großen Schuld beladen, für die sie wird Rechenschaft ablegen müssen. Die PKK hat es zu verantworten, daß Dutzende von Freiheitskämpfern ihre einzige Chance, sich von der Organisation zu lösen, darin gesehen haben, sich den Militärs zu stellen.

Vor der linken Bewegung in der Türkei steht die Aufgabe, all den negativen Folgen der Politik der PKK, die letztlich auf das Konto der Linken schlechthin gerechnet werden, entgegenzutreten.

Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte

Semir wird nicht der letzte Revolutio-

Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte

Semir wird nicht der letzte Revolutionär sein, der von der PKK ermordet wurde.

Es gibt heute viele Mitglieder der PKK, die mit der Angst vor einem gleichen Schicksal wie Semir leben. Und es gibt fortschrittliche Organisationen in der Türkei und türkisch Kurdistan, die die PKK zu ihrer neuen Zielscheibe erklärt hat. Es besteht die Gefahr, daß das Vorgehen der PKK gegen Andersdenkende nach außen hin als eine Abrechnung ausländischer, türkischer Organisationen untereinander erscheint. Uns geht es nicht um einen Schlagabtausch zwischen rivalisierenden Organisationen, sondern um die radikale Kritik einer Politik, die sich Methoden bedient, die mit den Vorstellungen einer fortschrittlichen Politik absolut unvereinbar sind. Deshalb ist es unsere Aufgabe, über die Politik der PKK und die Logik ihrer Partei möglichst umfassend aufzuklären.

Es besteht außerdem die Gefahr, daß dieses Vorgehen der PKK, das mit dem Mord an Semir einen Höhepunkt erreicht hat, zu einer Waffe in den Händen der Herrschenden wird, die sich gegen die Bevölkerung und die fortschrittlichen Kräfte richtet. Wir müssen versuchen, dies zu verhindern.

Es gibt heute eine Reihe von Menschen, deren Leben durch die PKK aktuell bedroht ist. Wir müssen alles tun, um diese Menschen zu schützen.

Wir drücken unseren Respekt aus für Semir und für alle, die wie er wegen ihrer Überzeugung getötet worden sind!

Devrimci Isci, Hamburg im November 1985

Im Herbst 1965 scheiterte der Putschversuch linker Offiziere der indonesischen Streitkräfte. Präsident Sukarno fiel, es folgte die grausame Rache der Sieger: Das Militär bajonettierte die Bevölkerung in die „Neue Ordnung". „Gemäßigten" Schätzungen zufolge kostete das 1 Million Menschen — andere Quellen gar sprechen von 2 Mio. und mehr — den Kopf. Die Henker von damals sind noch heute am Ruder — hofiert und gestützt vom internationalen Kapital, das den Archipel mit seinen über 13.000 Inseln nicht allein aus landschaftlichen Gründen „überaus reizvoll" findet.

Der nachfolgende Beitrag analysiert die Vorgeschichte der Massaker und fragt nach der Rolle, welche die seinerseits drittstärkste KP der Welt (1920 gegründet; Mitgliederzahl Mitte 1964 3Mio.) einnahm.

Indonesien:

20 Jahre Massaker im Namen der Freiheit

von Rainer Werning

Am 17. August 1945 proklamierte Sukarno die Unabhängigkeit der Inseln. Die Niederländer, die im Gefolge britischer Truppen auf den Archipel zurückgekehrt waren, sicherten sich durch zwei großangelegte „Polizeiaktionen" 1947/48 dennoch gegen die indonesischen Tuppen die Herrschaft über weite Teile des Landes. Nach 4jährigen kriegerischen Auseinandersetzungen und auf Druck der internationalen Öffentlichkeit, insbesondere der UNO, mußte Den Haag seine fernöstliche Kolonie am 27. Dezember 1949 in die Unabhängigkeit entlassen und die Regierung der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien anerkennen.

Nach dem Abzug der Niederländer setzte ein Prozeß des zunehmenden Java-Zentrismus ein. In Jakarta wurden die Fäden staatlicher Macht geknüpft, und von hier aus wurden sie in den anderen Inseln abgespult. Gegen den Widerstand der autonomen Regionalregierungen wurde 1950 die „Provisorische Verfassung der Republik Indonesien" in Kraft gesetzt. DAmit erhielt Sukarno als Präsident des neuen

visorische Verfassung der Republik Indonesien" in Kraft gesetzt. DAmit erhielt Sukarno als Präsident des neuen

Einheitsstaates umfassende Vollmachten. Geschmiedet war so das zweischneidige Schwert der Nationalisten: ihr Erfolg, die Erlangung nationaler Unabhängigkeit, war von der folgenschweren Aufwertung und Stärkung der Streitkräfte nicht abzukoppeln. Letztere übernahmen sukzessive integrative, auf Wahrung „nationaler Ordnung" bedachte Funktionen und wurden zur Zerschlagung der vielfach von den Niederlanden unterstützten „Separatisten" eingesetzt.

Die ersten, die das am eigenen Leib zu spüren bekamen, waren die Südmolukker. Im Einklang mit bestehenden Verträgen riefen sie am 25. April 1950 einen eigenen Staat aus — die Republik Süd-Molukken.

Zentrifugale Kräfte in Schach halten

Die Molukker bildeten nur den Auftakt. 1957/58 wandten sich auf Sumatra die Aceh und Batak ebenso wie die Völker auf Sulawesi (Celebes) und Westjava gegen die Bevormundung Jakartas. Die Sukarno-Regierung sah darin jeweils eine unzulässige Bedrohung ihrer Machtprärogativen. Es triumphierte die Politik des Knüppel-aus-dem-Sack.

Die Ära Sukarno

Die provisorische Verfassung von 1950 war ihrem Charakter nach parlamentarisch ausgerichtet und wies dem Präsidenten eine mehr repräsentative Rolle zu. Sie sah ferner eine Einkammer-Legislative vor, der gegenüber das Kabinett rechenschaftspflichtig war. Noch aus den Revolutionstagen stammte eine Vielzahl von Parteien, von denen jedoch nur vier nennenswerte Bedeutung zukam: der muslimischen **Masjumi-Partei**; der Partei der muslimischen Geistlichkeit, **Nahdatul Ulama** (NU), die sich 1952 von der Masjumi abspaltete; der **Nationalen Partei** (PNI) und den **Kommunisten** (PKI). Bis zu den ersten Wahlen (1955) wurde das Parlament nach der Art eines Gentleman's Agreement mit ausgewählten Parteigrößen nach einem wahrscheinlichen Stärkeproporz gespickt. Die Wahlen bestärkten lediglich die dominierende Stellung der vier o.g. Parteien.

Mit Ausnahme der PKI, die ihre Basis vor allem in der Bauernschaft und im — zahlenmäßig geringen — städtischen Proletariat hatte, waren die anderen drei Parteien ihrem Wesen nach elitär. Ihre Unterschiede waren weniger an widerstreitenden Interessen oder programmatischen Leitlinien festmachbar. Während die PNI stark in den Rängen des Beamtentums und der öffentlichen Angestellten verankert war, fand die Masjumi Unterstützung durch die städtisch verwurzelte Händlerkaste. Die NU genoß demgegenüber Rückhalt in den ländlichen Gebieten. Die Sozialistische Partei (PSI), vormals in den höheren Rängen von Armee und Bürokratie verankert, tauchte während der 1955er Wahlen in die Versenkung — aufgesogen von der PNI.

Als einigendes Band, als ideologischer Kitt der ersten Jahre in Unabhängigkeit dienten zwei entscheidende Anker: die institutionalisierte, wiewohl symbolisch gebliebene Allianz der Nationalisten, Gläubigen und Kommunisten (Nasakom) und die schillernde PANCASILA-Plattform mit ihrem Bekenntnis zu nationaler Einheit, Humanität, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Glaube an Gott. Trotz überschwenglich revolutionären Elans, der sich in so pathetischen Wortschöpfungen wie Nefos („Neue aufsteigende Kräfte") und Nekolim (Abk. für Neokolonialismus, Kolonialierung und Imperialismus) eine Bresche schlug, reflektierte der ideologische Mischmasch nicht zuletzt die Krise staatlicher Herrschaft und die in Bewegung geratenen internen Klassenauseinandersetzungen. Nicht weniger als sieben Regierungen waren zwischen Dezember 1949 und März 1957 am Ruder. Mit der Schnelligkeit ihrer Wechsel eng einher



Indonesischer Soldat verprügelt einen Demonstranten

verliefen politisch halbherzige und administrativ schlecht inszenierte Maßnahmen: Kooperativen sollten aufgebaut, kostenlose Erziehung gewährt, Nationalisierungen durchgeführt und der Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus verstärkt werden.

Mochte Sukarno als Repräsentant der Nationalbourgeoisie sich auch für diese Ziele eingesetzt haben, so war diese Bourgeoisie insgesamt zu schwach, sich politisch als staatstragend zu konstituieren. Immer wieder war sie gezwungen, Kompromisse einzugehen und sich mit der islamischen Geistlichkeit, Großgrundbesitzern, einer Handvoll Kompradoren und reaktionären Militärs zu verbünden.

Die Anlehnung an den Westen hatte soweit Früchte getragen, daß das Kabinett Sukiman (April 1951 — Februar 1952) mit Washington einen geheimen „?gegenseitigen Beistands- und Sicherheitspakt" schloß.

Nach 1953 vollzog sich mit Sukarnos ausdrücklicher Befürwortung unter Ali Sastroamidjojo, einem linken Vertreter der PNI, eine Abkehr von der auf den Westen fixierten Außenpolitik. Bekanntlich fiel in diese Zeit nicht nur die Annäherung an die damals international geächtete VR China, sondern auch die Afro-Asiatische Konferenz in Bandung (1955).

Ausbalancieren widerstreitender Interessen

Sukarnos Außenpolitik ließ zwar den wachsenden PKI-Einfluß akkomodieren (so war die PKI bei den Regionalwahlen in Java mit immerhin 27,4% zur stärksten Partei aufgestiegen), doch hinderte ihn das nicht, mit der Masjumi und NU Bündnisse und Regierungskoalitionen einzugehen. Eine effektive Arbeit wurde dadurch verunmöglicht; keine der drei Parteien war für sich genommen stark genug, eine absolute Mehrheit zu erlangen. Zwangsläufig schürte das den Unmut der Bevölkerung über großartig verkündete, letztlich aber uneingelöste Versprechen und Reformen.

Und was lag näher — schon im Sinne einer eigenen Entlastung —, äußere Erscheinungsformen für die inneren Verhältnisse verantwortlich zu machen? Folgerichtig rückte Sukarno — darin vom Militär Flankenschutz erhaltend — das System des Parlamentarismus ins Schußfeld und plädierte für dessen Abschaffung, weil das Land seiner Meinung nach einer erfolgverheißenden Perspektive verlustig gegangen war.

Im Februar 1957 verkündete er sein eigenes — später unter dem Begriff „Gelenkte Demokratie" hoffähig gewordenes — Konzept zur Gesundung des Landes. Die westliche liberale Demokratie wurde als Lösung innerindonesischer Probleme für untauglich erklärt. Der indonesische Weg, so Sukarno, bestünde vielmehr in einem Prozeß intensiver Beratung mit dem Ziel, einen tragfähigen Konsens herzustellen. Diesem auf Dorfebene gültigen Konzept käme auch nationaler Modellcharakter zu. Beratung und Konsultation (musjawarah) und Konsens (mufakat) und Führungsqualitätn — in diesem magischen Dreieck ließen sich dringende Entscheidungen lösen. Zu diesem Zweck schlug er die Bildung eines gotong-royong-Kabinetts vor, eines Kabinetts der „gegenseitigen Hilfe", dem nebst den vier bedeutenden Parteien auch ein Nationalrat angehören sollte. Hauptmerkmal dieses Nationalrats war sein überparteilicher Vertretungscharakter; nur „funktionale Gruppen" — Arbeiter, Bauern, religiöse Organisationen, die Intelligenz, Jugend- und Frauenverbände etc. — sollten darin zusammengefaßt sein.

Die PKI hatte sich durch die mit der „Gelenkten Demokratie" verknüpften Möglichkeit, nunmehr gebührend repräsentiert zu werden, angefreundet und daraus eine sehr eigentümliche Art von „Mitbestimmungs"-Theorie gekürt. Geläufig wurde sie als **„Theorie von den zwei Aspekten der Staatsmacht"**, einem „volksfreundlichen" und einem „volksfeindlichen". Haupttenor dieser von Generalsekretär Aidit formulierten und zur gültigen Richtschnur erhobenen Theorie — eine Regierungsbeteiligung verkörpere den „volksfreundlichen" Aspekt, wodurch auf Dauer die Möglichkeit heranreife, dem Kommunismus etappenweise und auf friedlichen Wege zum Sieg zu verhelfen.

Diese Theorie führte zumindest dazu, daß erstens Sukarno seitens der PKI keinen Druck zu gewärtigen hatte, ja sein politischer Handlungsspielraum durch die selbstgesteuerte Integration der Partei in den Staatsapparat zunahm, und zweitens de facto lediglich der „volksfeindliche" Aspekt verstärkt wurde — verkörpert durch das Militär.

In seltener Einmütigkeit traten der Armee-Stabschef Nasution und Sukarno Anfang 1959 als Wortführer der „Gelenkten Demokratie" auf. Der Schritt dazu — die Rückkehr zur 1945er Verfassung mit präsidialem Zuschnitt. Sie lasse jene Vollmachten zu, die zur Umsetzung der Prinzipien Konsultation, Konsens und funktionaler Repräsentanz erforderlich seien. Sukarno trug diesen Standpunkt anläßlich einer im April 1959 vor der Verfassungsgebenden Versammlung gehaltenen Rede vor, fand dafür jedoch aufgrund der festgefahrenen Entscheidung über die Frage, welche Stellung dem Islam künftig zukommen solle, nicht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit. Qua Präsidialdekret verordnete Sukarno am 5. Juli kurzerhand die Rückkehr zur 45er Verfassung. Die Bajonette des Militärs stützten diesen Handstreich.

Grundlegende Reformen blieben aus

Die Lösung des wohl brennendsten Problems war die Verwirklichung einer durchgreifenden Agrarreform. Erst 15 Jahre nach der Unabhängigkeit wurde ein Agrarreform-Gesetz erwirkt, *„dessen verwässerte Form nicht nur die Schwäche Sukarnos, sondern der nationalen Bourgeoisie überhaupt deutlich machte. Von 10,8 Mio ha bebauten Landes sollten 1 Mio oder knapp 10% zur Verteilung gelangen, und die Abgaben an die Grundbesitzer durften 50% der Ernte nicht übersteigen. Es war nichts als ein kleines Trostpflaster, das die schlimmsten Auswüchse auf*

50% der Ernte nicht übersteigen. Es war nichts als ein kleines Trostpflaster, das die schlimmsten Auswüchse auf

dem Lande verdecken sollte. Und dennoch ging die Reform den Grundbesitzern, zu denen auch die Moscheen und Kirchen gehörten, und dem Feudaladel zu weit. Diese kleine Minderheit, die am lautesten nach Demokratie schrie und ständig das Schreckgemälde einer ‚kommunistischen Diktatur' an die Wand malte, verhinderte mit Drohungen, Erpressungen und offener Gewalt die Durchführung des Gesetzes... Das Endergebnis war vorauszusehen: bis 1965 waren lediglich 1.500 ha verteilt worden". (1)

Wiederholt kam es auf dem Lande zu stürmischen Protesten und Demonstrationen, so daß es den Anschein hatte, als stünde der Ausbruch eines landesweiten Bauernaufstandes kurz bevor. Dämpfend wirkte da sicherlich die willkommene Auseinandersetzung mit Malaysia (1963), in deren Verlauf die Wogen antibritischer Sentiments dermaßen hochschwappten, daß britische Besitzungen — unter ihnen Handelsfirmen in Jakarta und Tee- und Kautschukplantagen in Westjava — nationalisiert und dem Militär zuerkannt wurden.

Als 1964/65 als Abwehr imperialistischer Einflüsse Verstaatlichungen sanktioniert wurden — davon betroffen waren z.B. vier amerikanische Ölfirmen und Goodyear — und PKI-Generalskretär D.N. Aidit gar den von Sukarno nicht mit Abneigung bedachten Plan unterbreitete, die Arbeiter und Bauern zu bewaffnen, wies die Armee dieses Ansinnen mit aller Schärfe zurück. Alarmiert durch diese Ereignisse zeigte sich auch Washington, das Indonesien nunmehr von einer „kommunistischen Unterwanderung" bedroht wähnte.

Vorbereitungen der Konterevolution unter den Argusaugen Washingtons

Als überaus kritisch wurde die Situation eingeschätzt, nachdem Malaysia Anfang 1965 dem Sicherheitsrat beitrat und Indonesien darufhin den Vereinten Nationen den Rücken kehrte. Absprachen zwischen indonesischen und amerikanischen Militärs häuften sich. US-Präsident Johnson traf mit den wichtigsten Verbündeten der Anrainerstaaten zusammen, wobei nebst Vietnam auch das mögliche Umkippen eines neuen Dominosteins in Südostasien (nämlich Indonesien) auf der Tagesordnung stand. Mitte Mai landete der Fernostexperte und für das hinter den Kulissen erprobte Aushecken von Coups bekannte Marshall Green als neuer US-Botschafter in Jakerta. Es ist schwierig, den feinsten Verästelungen nachzuspüren, die seinerzeit zwischen amerikanischen Regierungsstellen und der indonesischen Armee bestanden. Sicher indes ist, daß dem von General Yani, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und weiteren hochrangigen Militärs gegründeten Rat de: Generäle die Aufgabe zufiel, das Szenario eines konterrevolutionären Prozesses zu entwerfen.

Eindeutig war ebenfalls die Zielsetzung der von den Militärspitzen angestrebten Veränderung: Beseitigung Sukarnos, Ausschalten linker Nationalisten, Gewerkschafter und Kommunisten, eine außenpolitische Kehrtwende hin zum Westen, Rückgabe des verstaatlichten Besitzes an die früheren (ausländischen) Eigentümer und Öffnung des Landes durch umfangreiche Kapitalinvestitionen. (2) Was vor allem die Zerschlagung der PKI betraf, so waren bereits „schwarze Listen" mit den Namen all derer erstellt worden, die es rasch zu liquidieren galt. Das ganze Unternehmen sollte am 5. Oktober 1965 orchestriert ablaufen. Das war der traditionelle Jahrestag der Armee, an dem die Massierung von Truppenkontingenten am wenigsten Verdacht schöpfen ließ.

Der Untung-Putsch vom 30.9.1965

Zuvor kam diesem Plan der am 30. September von Oberstleutnant Untung, dem Chef der Leibgarde Sukarnos, inszenierte Gegen-Coup. Seinen Kommandos gelang es, der sechs ranghöchsten Militärs habhaft zu werden und tags darauf über Funk die Konstituierung eines Revolutionsrates bekanntzugeben. Untungs Leute setzten auf die Unterstützung weiter Teile der Armee. Dort fände sich — auch unter den Offizieren — jenes Reservoir verantwortungsbewußter Leute, die sich für eine Beendigung ausufernder Korruption und für einen schwungvollen revolutionären Neubeginn mobilisieren ließen.

Die Ereignisse überschlugen sich. Untungs Leute trafen sich auf dem Militärflughafen Halim. Sechs Topgene-

Die Ereignisse überschlugen sich. Untungs Leute trafen sich auf dem Militärflughafen Halim. Sechs Topgene-

räle — darunter auch Yani — wurden getötet. General Nasution aber glückte die Flucht. Am Morgen des 1. Oktober sendete Radio Jakarta ein erstes Kommuniqué der Putschisten, dem nachmittags ein weiteres folgte. In letzterem wurden die Namen der Mitglieder des neugegründeten Revolutionsrates verlesen. Auffallend war, daß sich darunter unverhälnismäßig viele Militärs befanden, die nicht nur nichts von ihrem „Glück" wußten, sondern teilweise erwiesenermaßen bereits damit beschäftigt waren, der anderen Seite zuzuarbeiten. PNI- und NU-Leute fanden sich ebenfalls unter den 45 Namen, allerdings nur wenige PKI-Mitglieder bzw. -Sympathisanten. Über den Charakter des Unternehmens hüllten sich die Kommuniqués in Schweigen. Nur soviel wurde erwähnt: Führende Persönlichkeiten des Rats der Generäle, den man der Komplizenschaft mit der CIA bezichtigte, wären kaltgestellt, Sukarno gelte es im Namen der eingeschlagenen antiimperialistischen Linie Rückendeckung zu geben und die Aktionen wären lediglich innerhalb der Armee verlaufen. Soziale Probleme wurden mit keinem Wort gewürdigt. Aufrufe zu flankierenden Streiks oder Demonstrationen unterblieben. Kurz: eine Beteiligung des Volkes ward überhaupt nicht erwogen, ja die Kommuniqués suggerierten eine Situation, die — da angeblich unter Kontrolle — keiner Massenaktion bedurfte.

So brüchig die Plattform der Putschisten war, so rasch auch fiel ihr Kartenhaus in sich zusammen. Was folgte, war die Rache der Sieger.

Die PKI — Katze statt Tiger

Und die PKI? Nach der Niederschlagung des Madiun-Aufstandes (1948) konzentrierte die Parteiführung unter Aidit all ihre Anstrengungen auf die Gewinnung der Legalität. Keine per se schlechte Strategie — nur wurde sie um jeden Preis angestrebt. Dabei ging man soweit, sich nicht nur die Pancasila-Prinzipien zueigen zu machen, sondern sich bedingungslos — und buchstäblich — hinter Sukarno zu stellen. Wenn die Partei geglaubt haben sollte, Sukarno für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren, so verhielt es sich eher umgekehrt. Schon in den 50er Jahren machte Sukarno keinen Finger krumm, um den auf den anderen Inseln (außer Java) verfolgten, faktisch verbotenen Kommunisten aus der Klemme zu helfen. Besiegelt wurde der

Fortsetzung nächste Seite

Die Toleranzgrenze ist erreicht:

Erweiterter Notstand in Nicaragua

Am 15.10. verlängerte und erweiterte die Revolutionsregierung den Notstand um ein weiteres Jahr. Erweiterung bedeutet: Einschränkung der Freizügigkeit, des Organisations- und Versammlungsrechtes (1), Aufhebung des Streikrechtes und Verschärfung der Pressezensur. Außer Kraft gesetzt wurde die Habeas Corpus Akte, jedoch nur für wegen Contra-Aktivitäten Angeklagte, für normale Strafgefangene bleibt sie in Kraft, ebenso das ,,Derecho de Amparo', d.h. das Recht jedes Bürgers, den Obersten Gerichtshof anzurufen, wenn er meint, daß seine Interessen durch die Staatsautorität verletzt wurden, ist nur in bezug auf Contra-Aktivität außer Kraft. Das gesamte Straf- und Prozeßrecht wird durch den Notstand nicht berührt. Ebensowenig die Gewaltenteilung in der Staatsorganisation. Möglich ist nun ohne richterlichen Haftbefehl contra-verdächtige Wohnungen zu durchsuchen. (2)

Weder auf politischer Ebene — Ausarbeitung der Verfassung, Autonomieprojekt für die Atlantikküste, Arbeit der Asamblea Nacional (Parlament) und etwa die Agrarreform, alles läuft ungestört wie vordem — noch was die Arbeit der Massenorganisationen (CDS, AMNLAE etc.) (3), der Gewerkschaften oder der Kirche (4) angeht, noch das öffentliche und gewerbliche Leben (Transport, Märkte, Handel, Schulen etc.) sind in irgendeiner Weise vom Notstand betroffen. Es gibt weder Kriegsrecht noch Ausgangssperre.

,,Es handelt sich nicht darum, daß die Revolutionsregierung garantierte Rechte der Nicaraguaner suspendiert, sondern es geht ganz einfach um den Gebrauch eines legalen Mittels, um der Situation im Innern zu begegnen, die der imperialistische Feind dem Land aufgezwungen hat.'' (5) Der erweiterte Notstand ist ein chirurgischer Schlag gegen d i e Opposition im Lande, die sich politisch mit der Contra verbunden hat und mehr oder weniger offen am Aufbau einer sogenannten ,,inneren Front'. arbeitet. In den letzten Monaten haben folgende Aktivitäten zugenommen: Extremistische Gruppen, wie z.B. COSEP (6) brachten Unternehmerstreiks ins Gespräch, sie wollten auf konzertierte Weise die Aussaat der Exportprodukte unterlassen und ihre Bankkonten plündern, um so das Land in ein finanzielles Chaos zu stürzen; andere Gruppen sprachen davon, religiöse Anlässe auszunutzen und in politische Aktivitäten gegen die innere Ordnung des Landes zu verwandeln. (7)

Auf diese konkreten Tatbestände zielt das Notstandsgesetz. Aus dem ,,Estatuto General de Derechos y Garantias'', welches bis zur Fertigstellung der Verfassung deren Platz einnimmt, wurden nur einzelne Artikel in selektiver Weise außer Kraft gesetzt, um dem revolutionären Staat direkte Mittel in die Hand zu geben, innerhalb des gesetzlichen Rahmens die Konterrevolution zu stoppen.

Aktuell macht die Ankündigung dieser Maßnahmen Sinn, wenn man in Rechnung stellt, daß die Contra angekündigt hat, die unmittelbar bevorstehende Kaffeeernte massiv zu stören. Letztes Jahr verhinderten Contra-Überfälle das Einbringen von ca. 25 % des Kaffees.

Die entsprechenden politischen Reaktionen auf den erweiterten Notstand im Innern des Landes unterscheiden sich beträchtlich von denen des Auslandes: Die in den gesellschaftlichen Prozeß integrierten Parteien PCD, PLI, PSN (8) halten den Notstand für notwendig (9). Die verschiedenen Gewerkschaften CST, ATC, UNE, Fetsalud, Anden und UPN (10) richten sich mit einem Aufruf an die nicaraguanischen Arbeiter: ,,Der Notstand als eine weitere Waffe zur Verteidigung der Arbeitermacht!'' (11) Die einzige Kritik an den Regierungsmaßnahmen kam aus der Ecke, gegen die sie gerichtet sind. Kardinal Obando y Bravo — seiner Rolle getreu, die ihm der Imperialismus aufgetragen hat — gab der ausländischen Presse bekannt: *,,Uns beunruhigt diese Tatsache, denn es scheint so, als ob wir uns auf den Totalitarismus zubewegen.''* (12)

Wirklich zu befürchfen haben nur diejenigen etwas, die für die Contra konspirieren. Daß gleichzeitig mit der Verkündung des Notstandes in der Arbeiterschaft begonnen wird, massiv für die Verteidigung und für die Kaffeeernte zu mobilisieren, ist ein Ausdruck dafür, daß die sandinistische Regierung und das nicaraguanische Volk an einem Strang ziehen: Bekämpfung der Contra und Erhalt der revolutionären Macht!

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Rede von Innenminister Comandante Tomas Borge zum 6. Jahrestag des MINT (13) am 17.10.85, die unter dem Titel: ,,Der Notstand —

ster Comandante Tomas Borge zum 6. Jahrestag des MINT (13) am 17.10.85, die unter dem Titel: ,,Der Notstand — eine Bremse gegen die Rückkehr des Alptraumes!'' in der Barricada erschien (14).

Tomas Borge:

,,Auch wenn es stimmt, daß im militärischen Bereich wichtige Fortschritte erreicht worden sind, so gibt zur Zeit das nicaraguanische Volk im aufgezwungenen Krieg nicht mehr nur ein einfaches Opfer, sondern einen breiten Strom von Blut und Tränen. Die Neutralisieung der militärischen Kräfte der Konterrevolution hat den Feind dazu gebracht, verzweifelte Pläne vorzubereiten. Diese schließen ein: Das Anheuern von Söldnern verschiedener Nationalitäten, der Druck und die Provokationen gegen das honduranische Heer zu einer Konfrontation, gleichzeitig das Vorantreiben terroristischer Pläne in den Städten, besonders in Managua, wobei vorher ein Klima der Fehlinformationen und Unzufriedenheit wegen der wirtschaftlichen Beschränkungen und der Manipulation religiöser Gefühle zu schaffen sei. Mit unverschämten Lügen und zurechtgebogenen Halbwahrheiten im Einklang mit ihrer konterrevolutionären Propaganda, beabsichtigen sie, die revolutionäre Macht zu untergraben. Sie fordern mit unerhörten Frechheiten die Autoritäten des Landes und die Gesetze der Republik heraus, und wenn die Regierung sie dazu aufruft, diese Gesetze einzuhalten, schreien sie schon Totalitarismus!

Der internationalen Presse geben sie Falschmeldungen, die die Tatsachen verdrehen und gelegentlich tragen sie mit Geldmitteln von internationalen Organisationen zur Finanzierung einer reaktionäen politischen Partei bei. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist ein Recht, das wir mit Krallen und Zähnen, mit Herz und Hirn und wenn nötig mit unserem Leben verteidigen werden. Dies zu unterlassen, wäre Selbstmord der Revolution! Kann sich jemand die Revolution in Nicaragua vorstellen mit Nationalgarde und Nationalem Sicherheitsdienst und sei es ohne Somoza? Wäre die Agrarreform und die freie gewerkschaftliche Organisierung möglich gewesen, wenn die Großkapitalisten weiterhin die Banken, den Boden, die Gesetze und die entsprechenden Ministerien kontrolliert hätten? Nein, nichts dergleichen wäre möglich gewesen, ohne einen starken revolutionären Staat aufzubauen zur Verteidigung der Interessen des Volkes. Diese Stärke bestimmt die kürzlich von der Revolutionsregierung verkündeten Maßnahmen — die Ausweitung des Notstandes —, die Ausdruck des Willens der Revolution sind, die von der US-Regierung geleitete Destabilisierung abzubremsen. Alles, was die Stabilität der Revolution verletzt, ist mit dem Ziel gleichzusetzen, Nicaragua als Nation auszulöschen.

Wir wußten, daß diese Entscheidung in der Weltöffentlichkeit manipuliert werden wird. Der Radiosender ,,Voice of America'' meldete, ,,daß das sandinistische Regime Nicaraguas nun sein wahres Gesicht zeigt und vor der Welt als das erscheint, was es ist: eine marxistisch-leninistische Diktatur!'' Außerdem verbreitet der Sender, daß ,,der Verkehr von einer Stadt in die andere ohne vorherige Erlaubnis untersagt ist, daß die freie Meinungsäußerung offiziell abgeschafft worden ist'' etc. etc. BBC London 'informiert', daß sogar das Asylrecht abgeschafft worden ist. Der Korrespondent eines belgischen Radios spricht von einem tatsächlichen Ausnahmezustand. Andere behaupten, es herrsche Kriegsrecht und Ausgangssperre. Diese Desinformationskampagnen werden weitergehen — ohne Zweifel —, aber sie werden sich früher oder später an der Wahrheit messen müssen. Jedermann ist Zeuge, daß sogar unter Notstand völlige Bwegungsfreiheit im Land herrscht und die Freiheit ein- und auszureisen.

Der gesunde Menschenverstand zeigt an, daß niemand das Asylrecht verbieten kann, Recht, das Teil der internationalen Rechtsprechung ist. (15)

Es ist schon ein Zeichen von Schamlosigkeit zu behaupten, hier gäbe es Ausnahmezustand und Kriegsrecht. Man muß blind sein, um zu behaupten, der Notstand leugne die Religionsfreiheit, in einem Land, dessen Revolution auf 1000erlei Art und Weise bewiesen hat, daß es religiöse Verfolgung

tion auf 1000erlei Art und Weise bewiesen hat, daß es religiöse Verfolgung weder gibt, noch jemals geben wird.

Die Arbeit des Parlamentes, das politische Leben der legalen Parteien (16), die Bemühungen im Autonomieprozeß an der Atlantikküste werden nicht durch den Notstand beeinträchtigt. Im Gegenteil, seine Wirkung soll eher die Entwicklung dieser Aktivitäten erleichtern. Jede politische legale Aktivität und alle öffentlichen Veranstaltungen sind nach vorheriger Autorisierung erlaubt.

Trotz der Lüge und trotz der unvermeidlichen Verleumdung war es notwendig, diese Entscheidung zu treffen, um die Untergrabung der revolutionären Autorität zu verhindern. Je umfassender und gewalttätiger ein Krieg ist, und ich beziehe mich nicht nur auf den militärischen Krieg, desto umfassender muß der Notstand sein. Das ist grundlegend. Hier und überall auf der Welt. Und wenn jemand darauf hofft, daß diese Ausnahmemaßnahmen aufhören, muß er konsequenterweise darauf hoffen, daß wir den Frieden erlangen. Allerdings einen Frieden, der die Errungenschaften des Volkes unangetastet läßt, der nicht die Rückkehr zum Alptraum der Vergangenheit bedeutet und nicht die Auslöschung der Zukunft...

Dies ist ein Notstand ohne Ausgangssperre, ohne Kriegsrecht, ohne Tränengas und ohne Einwanderungsbeschränkungen. Trotz der Söldnerheere und der Sabotageakte, die von außen organisiert werden. Ein Notstand, um die Arbeiter zu verteidigen, nicht um sie zu unterdrücken, um die Hoffnungen der Bauern, der Handwerker, Frauen, Studenten und Berufstätigen zu verteidigen, nicht sie aufzulösen. Ein Notstand, nicht um die Rechte und das Gesetz der Nicaraguaner zu verletzen, sondern gerade, um den Rechtsstaat zu bewahren. Ein Notstand, der auf keinen Fall sich in eine Laune verwandeln darf, um Unfähigkeit, Bürokratie, Dummheit und Mißbrauch einzuführen, sondern im Gegenteil, diese noch energischer zu bekämpfen. Ein Notstand, um das Vaterland zu verteidigen, nicht um es auszuliefern. Notstand einzig und allein, um den Feinden des Volkes die Hände zu binden. Wir, die revolutionäre Führung, wären zutiefst unverantwortlich, wenn wir nicht diese notwendigen Schritte unternommen hätten, um den verschiedenen Unternehmungen zu begegnen, die der Imperialismus durchführt, um die Wirtschaft zu verminen, die Produktion zu sabotieren, Hunger, Terror, Apathie, Mißtrauen und Verwirrung zu säen. Niemand kann daran zweifeln, daß die US-Regierung entschlossen ist, die vor-revolutionäre Ordnung wieder zu etablieren, genauso wenig wie niemand daran zweifeln kann, daß es Minderheiten von Nicaraguanern gibt, die dieses Projekt unterstützen. Dieser Zerstörungsplan versucht, das Volk von seiner Avantgarde zu trennen, sein Vertrauen in die Zukunft zu schwächen und die kollektive Angst zu schüren.''

U. + U.

Anmerkungen

1) nicht allgemein verboten, sondern mit Pflicht, vorherige Erlaubnis einzuholen.
2) Barricada, 22.10.85 (Barr.)
3) CDS = Komitees zur Verteidigung der Revolution, Stadtvierteforganisationen, AMNLAE = Frauenorganisation
4) solange sie legal sind. Gleichzeitig mit dem Notstand wurde das Verbot einer Zeitung der Diözese Managuas bekanntgegeben, die sich nicht an die Zensurbestimmungen gehalten hatte.
5) Sergio Ramirez, Barr., 17.10.85
6) COSEP = Unternehmerverband
7) nach Barr., 22.10.85
8) PCD = Konservativ-demokratische Partei; PLI = Liberaldemokratische Partei; PSN = Sozialistische Partei. Alle drei haben an den Wahlen teilgenommen, sind somit 'legal', Parteien, die den Wahlprozeß im November '84 boykottiert haben, besitzen rechtlich keinen Parteianspruch.
9) Barr., 17.10.85
10) CST = Sandinistische Gewerkschaftszentrale; ATC = Landarbeitergewerkschaft; UNE = Angestellte; FETSALUD = Gesundheitswesen; ANDEN = Lehrer; UPN = Journalisten
12) damit wiederholt er die Worte des US—Pressesprechers Larry Speakes, Barr., 17.10.85
11) Barr., 18.10.85
13) MINT = Innenministerium
14) Barr., 19.10.85
15) Hier sollte Tomas seinem Amtskollegen Zimmermann mal Nachhilfe geben
16) d.h. der Parteien, die sich an den Wahlen beteiligt haben.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Kotau der Partei durch die Übernahme der ,,Theorie von den zwei Aspekten der Staatsmacht''.

Wesentliches Merkmal des Sukarnoismus war die (latente) Schwäche der Nationalbourgeoisie, die sich in entscheidenden Momenten stets auf die Seite der reaktionären Großgrundbesitzer, Militärs und Kompradoren schlug. Schon deshalb stimmte die Theorie nicht einmal ansatzweise. Schwerer gar wog, daß die PKI — wohl war's ein Ausfluß dieser Theorie — den Hauptwiderspruch zwischen Indonesien und dem Imperialismus demarkierte, sich also implizit als staatstragend und -wahrend begriff.

Die Einführung der ,,Gelenkten Demokratie'' (1959), die ironischerweise den eigentlichen Grundstein für das Abbröckeln des Sukarnoismus legte, wertet sie ebenso euphemistisch wie falsch. Sie sah darin den ,,volksfreundlichen'' Aspekt gestärkt. Die enge Bindung an bzw. Hinnahme der Führungsrolle Sukarnos mußte sie gleichsam blind machen gegenüber der Rolle des Militärs. Deshalb konnte es auch nicht verwundern, daß noch die Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der PKI vom 5. Oktober 1965 den Untung-Coup und die Hinrichtung der Generäle als ,,ein internes Problem der Armee'' (3) ansah.

Theoretische Mängel hatten selbst die Organisationsstruktur geprägt. Sie wurde locker gehandhabt — nach dem Motto: Die Masse macht's. So zügig Parteiaufnahmen erfolgten, so dürftig waren die Parteikurse, in denen die Auseinandersetzungen mit den Klassenverhältnissen und der Dynamik gesellschaftlicher Widersprüche herausfiel.

Gepflegt wurde außerdem eine Stadt-Zentriertheit; Kader gingen nicht ins Hinterland, sondern wurden aus ihm in die Städte abgezogen. Die im Rahmen der aksi sepihak durchgeführten Landbesetzungen erhielten allenfalls propagandistischen Flankenschutz; sie waren der Eigeninitiative der Bauern überlassen.

Die ,,Theorie der zwei Aspekte'' hatte in ihrer Praxis in den Städten dazu geführt, daß die Betonung ihres ,,volksfreundlichen'' Aspekts — worunter vorrangig ja die Stützung und Anerkennung der Führungsrolle Sukarnos, also der Nationalbourgeoisie, fiel — zur ,,Verbürgerlichung'' der Partei beitrug. Sollten sich darin die Arbeiter etwa wiedererkennen? Oder sollten sich die Bauern — wie das auf dem Lande oft geschah — damit abfinden, daß die Partei dem Honoratiorenklüngel, hier den Dorfvorstehern (lurah), in Erwartung eine Klientel-Zuführung mehr Beachtung als ihnen selbst schenkte?

Der — ginge es nach der numerischen Stärke — PKI-Tiger entpuppte

Der — ginge es nach der numerischen Stärke — PKI-Tiger entpuppte sich im September/Oktober 1965 als zahme Hauskatze. Und leider war das wörtlich zu nehmen. Übereinstimmend konstatierten Augenzeugenberichte (egal welcher Couleur) und Dokumente aus der Zeit, daß sich das Gros der PKI-Mitglieder und ihre Sympathisanten widerstandslos aufgreifen und hinrichten ließen. So paralysiert war die Partei, daß der Untung-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereitet trafen. Diese tödliche Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Unverantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalytischen Ausmaßes begünstigte. Darin lag die eigentlich tiefe Tragik der 65er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.

Anmerkungen

1) Einar Schlereth, Länderkunde: Indonesien, Berlin 1976, S. 75/6. — s.ferner: Rainer Werning, Südostasien im Jahre des Drachen: Politischer Reisebericht, Bonn 1976, S. 40ff. und Klemens Ludwig, Indonesien: Einheit in der Vielfalt? in: Entwicklungspolitische Nachrichten/ epn (Wien), Nr. 12/83, S. 5-7.
2) Siehe u.a.: John Hughes, Indonesian Upheavel, New York 1967; Ernst Utrecht, Indonesie's nieuwe orde, Amsterdam 1970; W.F. Wertheim, Indonesia before and after the Untung-Coup in: Pacific Affairs 39.1/2 (1966): 115-27 und John Taylor/Jan Pluvier/Malcolm Caldwell u.a., Repression and Exploitation in Indonesia, Nottingham 1974.
3) Diese Einschätzung wertete Sudisman, Sekretariatschef der PKI und Politbüromitglied vor einem außerordentlichen Militärtribunal 1967 als verhängnisvoll. — Über den Untung-Putsch und die Haltung der PKI empfehlen sich folg. Quellensammlungen und Monographien: Benedict R.O'G. Anderson/Ruth T. McVey, A Preliminary Analysis of the October 1, 1965, Coup in Indonesia, Cornell University (10.1.1966); Rex Mortimer, Indonesian Communists under Sukarno — Ideology and Politics, 1959-65, Ithaca, New York (Cornel University Press) 1974; Francoise Cayrac-Blauchard, Le Parti Communiste Indonésien, Paris 1973; Rahadi S. Karni (ed.), The Devious Dalang, Sukarno and the So-called Untung—putsch — Eyewitness Report by Bambang S. Widjanarko, The Hague 1974 (Oberst Widjanarko war Sukarnos Adjutant von Dezember 1960 bis Juli 1967, als er zeitweilig wieder dem Marinekorps zugeteilt wurde. Erst Ende 1970 wurde er im Gefängnis von Offizieren des Militärischen Sicherheitskommandos, KOPKAMTIB, verhört. Die Aufzeichnungen dieses Verhörs sind von Jakarta nicht freigegeben worden); Antonie C.A. Dake, In the Spirit of the Red Banteng, Indonesians Communists between Moscow and Peking, The Hague 1973; Willem O. Oltmans, Den Vaderland Getrouwe: Uit het dagboek van een journalist, Utrecht/Antwerp 1973 und: Die KP Indonesiens reinigt und stärkt sich im Kampf gegen den modernen Revisionismus — Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZKs der PKI (dte. Erstveröffentl., hg. und übers. von R. Werning), Münster 1973.
4) Die KP Indonesies reinigt ..., a.a.O., vgl. Anm. 3.

Dialog und Autonomie für Nicaraguas Atlantikküste

Nicaraguas Atlantikküste galt und gilt als die Achillesferse der sandinistischen Revolution. Teils aus einer objektiven Notlage heraus, teils aufgrund falscher Einschätzungen haben die Sandinisten hier gravierende Fehler gemacht, die das Klima zwischen den jungen Revolutionären der pazifischen Seite Nicaraguas und den Völkern der Atlantikküste vergifteten; eine Entwicklung, die sich zum bewaffneten Kampf der Miskitobrüder steigerte und wo der US-Imperialismus eine offene Flanke für seine Interventionen vorfand.

Das kleine Volk der Miskitos geriet immer wieder in die Schlagzeilen, ließ es sich doch so trefflich zur Denunziation der sandinistischen Revolution nutzen. Auch in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung war die Situation an der Atlantikküste und der Umgang der Sandinisten mit den Miskitoindianern schon oft Gegenstand heißer Debatten — auch im AK.

Aktuell zeichnet sich eine gewisse Entspannung ab. Der seit Herbst letzten Jahres laufende Dialog der sandinistischen Regierung mit den politischen und militärischen Führern der bewaffneten Miskitoorganisation MISURA und MISURASATA hat zu einem vorläufigen Waffenstillstand und z.T. zu erstaunlich weitgehenden Vereinbarungen gegenseitiger Unterstützung geführt (z.B. Bewaffnung der Gruppen durch die Regierung und Übergabe von strategischen Gebieten). Neben der militärischen Feuerpause — es existieren in einigen Gegenden die Camps der bewaffneten Miskitoorganisationen und die Stützpunkte des sandinistischen Volksheeres in unmittelbarer räumlicher Nähe — trägt auch die politische Diskussion über einen Autonomiestatus für die Atlantikküste zur weiteren Entspannung bei. In den indianischen Gemeinden herrscht weitgehend Kriegsmüdigkeit, so entsteht Verhandlungsdruck auf die bewaffneten Miskitokämpfer. Aber nicht alle wollen verhandeln — aus der MISURA und MISURASATA ging der neue Kampfbund KIŞAM hervor, der den bedingungslosen bewaffneten Kampf gegen die sandinistische Regierung an der Seite der somozistischen und us-gesteuerten FDN-Contras weiterführen will.

Zur politischen Klimaverbesserung und als Voraussetzung für die weitere Diskussion über die Autonomie trägt auch der laufende Rückkehrprozeß der ab 1982 umgesiedelten Miskitogemeinden an den Rio Coco bei. Diese Rückkehr ist mit vielen Problemen und Unsicherheiten behaftet und kostet die Regierung große Anstrengungen. Mitte Oktober gab es einen großen Rücksiedelungstreck von mehr als 4.000 Miskitos an den Rio Coco, der von Kämpfern der MISURA und MISURASATA und Soldaten der EPS begleitet wurde.

Der Plan zur Entwicklung der Autonomie sieht vor, daß nach dem Abschluß der derzeit laufenden Volksbefragungs- und Konsultierungsphase („Consulta Popular"), von den verschiedenen Autonomiekommissionen ein Gesetzentwurf über ein Autonomiestatut für die Atlantikküste entworfen wird. Hierbei sollen die Meinungen und Ansprüche zum Tragen kommen, die bei den Befragungen der Familien, Gemeinden, der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren und bei den wichtigsten, das gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben der Atlantikküste bestimmenden Gruppen in dieser Phase geäußert werden. Dieser Gesetzentwurf soll ab Anfang nächsten Jahres in der Nationalversammlung beraten und verabschiedet werden.

Wenn es tatsächlich gelingt — und derzeit sieht es so aus — daß dieser Prozeß von den wesentlichen ethnischen und politischen Gruppen der Atlantikküste mitgetragen wird, und die verschiedenen ethnischen Gruppen und Völker zu ihrem Recht kommen, dann ist auch die sandinistische Revolution ein gutes Stück vorangekommen.

Die Beruhigung der Konflikte und ein Autonomiestatus für die Atlantikküste wäre gleichzeitig ein Schlag gegen den US-Imperialismus und ein Sieg und Zeichen für alle indianischen Völker der Welt. Die FSLN beweist jedenfalls zur Zeit, daß sie mit allem Nachdruck aus diesem speziellen Konflikt heraus will. Dies sollte auch die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung zu würdigen wissen und politisch und materiell die Entwicklung an der Atlantikküste unterstützen.

Das Interview entstand während einer Informationsreise zu verschiedenen Plätzen an der Atlantikküste. Unser Interviewpartner OSCAR HODGSON hat, obwohl erst 28 Jahre, eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Er wurde am Rio Coco, in der Miskito-Gemeinde Waspan geboren, trat von Beginn der sandinistischen Revolution an für gute Beziehungen zu den Sandinisten ein. Er wurde deshalb während der ersten bewaffneten Miskitoaktionen (1981 „Navidad Roja" — Rote Weihnachten) schwer verletzt, gejagt und entkam knapp dem Tod. Für die 1984 gegründete Miskitoorganisation MISATAN, die erst allmählich eine größere Verankerung in den Miskitogemeinden des nördlichen Zelaya erlangt, arbeitet er als Verantwortlicher für internationale Beziehungen. MISATAN hat erst Anfang Oktober, u.a. auf sein Betreiben der Nationaldirektion der FSLN die offizielle Wiederzulassung von MISURA und MISURASATA als legale Organisation verlangt (immerhin noch vor kurzem als „Contras" bezeichnet). Er gehört einigen Indianerorganisationen wie dem Exekutivkomitee des „Weltrates der Indianervölker" und ist Präsident der „Regionalkoordination der Indianervölker von Mexiko, Belize und Zentralamerika" (CORPI). Zudem ist er Mitglied der FSLN und der siebenköpfigen Friedenskommission, die durch eine Versammlung von 45 Miskitogemeinden zu direkten Verhandlungen mit den bewaffneten Gruppen MISURA und MISURASATA bestimmt wurde.

Er nimmt in dem Interview Stellung u.a. zur Geschichte der Konflikte an der Antlantikküste, zur Rückkehr der Miskitos an den Rio Coco und zur Entwicklung des Dialogs und der Autonomiediskussion.

Ha

Interview mit Oscar Hodgson, Miskitoführer und Sandinist

AK: In den letzten Jahren gab es hier an der nicaraguensischen Atlantikküste schlimme Auseinandersetzungen und zahlreiche Widersprüche, die sich ja aktuell etwas zu entspannen scheinen. Diese Widersprüche wurden vom US-Imperialismus immer wieder ausgenutzt, um seine Angriffe zu verstärken. Kannst du kurz aus deiner Sicht — als einer derjenigen, die dabei fast unter die Räder gekommen wären — einen Überblick über die Entwicklung der Konflikte geben?

Oscar Hodgson: Nach dem Triumph der Revolution sahen sich die Sandinisten den Folgen jahrhundertelanger Besetzung Nicaraguas durch fremde Mächte gegenüber, der unterschiedlichen Entwicklung der Landesteile sowie dem Umstand, daß in dieser Zeit indianische Gruppen gegeneinander ausgespielt wurden. —Aktuell standen die Sandinisten vor dem Problem, daß einerseits die Atlantikküste weiter versorgt werden, also in gewisse Strukturen integriert werden mußte, andererseits mußte mit der vollkommen unterschiedlichen Entwicklungsgeschichte der Atlantikküste umgegangen werden. Dazu kam eben auch, daß die Bevölkerung keinerlei revolutionäre Erfahrung hatte. Demgegenüber begann die FSLN eine Politik, die wir als ökonomistisch bezeichnen. Es handelte sich zwar um die gute Absicht der Sandinisten, die Atlantikküste zu entwickeln, aber mit einem vollkommen abgehobenen Konzept, welches abgeleitet von den Bedingungen des Pazifikteils war. Dies war einer der ersten großen historischen Irrtümer. Ein anderes fundamentales Problem war, daß es auch unter den sandinistischen Revolutionären eine ganz bestimmte Form von Rassismus gab, der logischerweise nicht institutionalisiert war, dennoch aber das Auftreten gegenüber den ethnischen Gruppen bestimmte. Es war eine Art Paternalismus, der uns, den Costenos, den Sumus, den Ramas, Garifonos, Kreolen, Mestizen und Miskitos wenig Möglichkeiten zur Partizipation gab und wenig Möglichkeiten gab, eine unseren Bedingungen entsprechende Politik mitzugestalten. Möglicherweise war dies der zweite große Irrtum. Ein dritter, ganz konkreter Irrtum war dann das Auftreten gegenüber den Forderungen der MISURASATA, welche 1981 anfing, die politischen Initiativen selbst in die Hand zu nehmen, damit auch z.T. in Widerspruch zur Regierung trat. Damit begannen dann auch die größeren Konflikte zwischen der Regierung und den Miskito-Indianern, da die sandinistischen Revolutionäre durch ihr mangelndes Verständnis und die praktischen Maßnahmen die Konflikte noch zuspitzten. Dies gipfelte in den militärischen Auseinandersetzungen, wobei dann auch noch die unerfahrene sandinistische Armee Fehler in ihrem Auftreten gegenüber den Miskitos machte und es zu einzelnen Ausschreitungen kam. Damit wurde die antisandinistische Stimmung noch mehr geschürt. Antisandinistisch auch deswegen, weil früher der Somozismus die direkten Interessen und das Leben der Indianergemeinden kaum berührte, im Gegensatz zur sandinistischen anfänglichen Entwicklungsstrategie, die direkt in das Leben der Miskitogemeinschaften eingriff. Hinzu kamen die ersten Manöver des US-Imperialismus, der zusammen mit einigen Führern der Miskito dies ausnutzte und ein indianisches Heer aufbaute, welches noch dazu durch die Moravische Kirche einen religiösen Charakter hatte, und sie entwickelten diesen Krieg, der trotz einiger Fortschritte bis heute andauert. Mit der Aufnahme der Autonomiediskussion wollen wir der unterschiedlichen Geschichte und Realität der Pazifik- und Atlantikregion gerecht werden. Wir wollen mit dieser Autonomie wieder eine Verbrüderung und letztendlich mehr Zusammenhalt erreichen, aber nur auf der Grundlage der natürlichen Rechte der Costenos.

Bevor wir über die Autonomie für die Atlantikküste sprechen, ist es notwendig, noch etwas mehr über den aktuellen Prozeß der Verhandlungen und den Dialog zwischen Regierung und den verschiedensten bewaffneten Gruppen der Miskitos zu erfahren.

Hier muß man eins klar definieren. Anfang 1984 hat die FSLN angefangen, die spezifischen Charakteristika der indianischen Völker neu zu bewerten, was z.B. heißt, die Bedeutung des kommunalen Grund und Bodens für die Indianergemeinden, die entsprechende Bewertung ihrer kulturellen 'Eigenarten', die Wertschätzung ihrer eigenen Sprachen und viele andere speziellen Lebensformen der Indianer. Von dieser neuen Bewertung aus gesehen, hat die FSLN dann auch die Forderungen der Indianervölker und derjenigen die dafür kämpfen anders gesehen. Zeitgleich damit war der Beginn der Arbeit bei MISATAN. Damit konnte die Frente auch klarer unterscheiden, was an diesen Forderungen für die Indianervölker selbst wichtig war, daß diese keinen konterrevolutionären Kampf führen, höchstens Teile davon dafür ausgenutzt wurden. Es begannen die ersten Kontakte mit Indianerführern. Somit wurde der Dialog institutionalisiert, mit dem Ziel den Frieden an der Costa Atlantica und die Wiedervereinigung der Miskitofamilie zu erreichen. Denn heute leben etwa 26.000 Miskitos in Honduras und etwa 50.000 in Nicaragua selbst. Durch die reiferen Positionen wurden die ersten Verhandlungsrunden in Bogota und Mexiko durchgeführt. Wir glauben, daß dadurch bereits große qualitative Fortschritte erreicht wurden. Gleichzeitig sah man damit aber auch, daß sich immer noch zwei harte Positionen gegenüberstanden. Außerdem gibt es natürlich nicht nur die Gruppe MISURASATA, von der der Frieden abhängt, sondern neuerdings auch die Anfang September gegründete KISAM, wie auch natürlich die Gruppen MISURA und MISATAN hier in Nicaragua. Zwischen diesen vier Organisationen müssen auch Verhandlungen stattfinden, um eine einzige Organisation zu schaffen, die die Interessen der Miskitos vertritt. Ansätze für diesbezüglich fortschrittliche Positionen gibt es in allen diesen Organisationen. Allgemein hat der Stand der Verhandlungen zwischen Regierung und den bewaffneten Gruppen schon sehr große Fortschritte gemacht. Es gibt heute Gemeinden, in denen sich abgesprochenermaßen die Kräfte der MISURA und MISURASATA frei bewegen. Sie werden dabei von der Zivilbevölkerung mit Essen versorgt und haben sich fest etabliert. Das sandinistische Volksheer hat bspw. eine für die nicaraguanische Souveränität und für jegliche nordamerikanische Aggression strategisch wichtige Brücke bei der Gemeinde Sisin an die bewaffneten Gruppen übergeben. Daran sieht man bereits ein hohes Maß an Vertrauen, welches die Regierung und das sandinistische Volksheer den bewaffneten Gruppen entgegenbringen. Aber dieser Fortschritt wird letztlich davon abhängen, inwieweit die indianischen Grundrechte tatsächlich durch das Autonomieprojekt miteinbezogen, inwieweit hier v.a. die angestammten Rechte der indianischen Gemeinden, u.a. auf ihr Land, abgesichert werden, da diese die Basis überhaupt für den Friedensprozeß darstellen. Ausgehend von so einer Realität werden auch wir Costenos ein Gefühl für die nationale Verteidigung entwickeln, wenn wir unser Recht durch eine autonome Regierung haben. Dann wird sich auch herausstellen, daß dies für uns keine abgehobene Verteidigung ist, sondern daß es ganz konkret darum geht, unsere Gemeinden selbst zu schützen, unsere eigenen Naturschätze und Minen selbst zu verteidigen und unsere Fische und Flüsse zu sichern. Mit der Verteidigung unseres Territoriums übernehmen wir dann auch einen Teil der nationalen Verteidigung.

Wie bewertest du in diesem Zusammenhang die konkreten Vereinbarungen? Wir waren gestern auf einer Versammlung mit der Companera Mirna Cunningham (Ministerdelegierte, also Regierungschefin von Zelaya Norte, selber Miskita). Sie sprach u.a. von einer direkten Unterstützung durch die Regierung für diejenigen Gruppen, die bisher gegen die Regierung gekämpft hatten, z.T. mit Material, Waffen und Munition, um sich gegen evtl. nachrückende FDN-Verbände verteidigen zu können. Stimmt das?

Ja, aber es ist nicht der entscheidende Schritt. Es wird nicht das Problem eines dauerhaften Waffenstillstandes lösen. Letztendlich entscheidend dafür ist wirklich der Autonomieprozeß und das Recht der Costenos auf ihr Land. Wenn es nicht gelingt, daß die Bevölkerung künftig tatsächlich durch eine autonome Regierung vertreten wird, wenn es nicht gelingt, hierbei die bewaffneten Gruppen miteinzubeziehen, dann wird dieser Krieg weitergehen.

Deshalb wird jetzt wohl nicht mehr von Contras gesprochen, wenn die bewaffneten Miskitoorganisationen MISURA und MISURASATA gemeint sind?

In diesem Moment sind die MISURA und MISURASATA in der Gesamtheit nicht mehr als Contragruppen zu bezeichnen. Jedoch gibt es innerhalb dieser Organisationen einige Führer mit konterrevolutionären Positionen. Jedoch auf die Basis bezogen, sind MISURA und MISURASATA keine Contras, es ist eine ausgesprochene Kriegsmüdigkeit zu verzeichnen. Wir als MISATAN wollen jetzt versuchen, die Strömungen zu vereinigen, die die tatsächlichen Rechte der Indianer verteidigen. Dabei haben wir uns natürlich mit den anderen konterrevolutionären Strömungen auseinanderzusetzen, die natürlich gegen den derzeitigen Waffenstillstand sind, der mit den meisten Miskitoführern bereits im Juni vereinbart wurde. Ich möchte nochmal auf das Beispiel für eine wichtige Übereinkunft, die Übergabe der Brücke bei Sisin zurückkommen, da dies ja mehr-

Auszug aus dem Basisdokument zur Autonomie

Prinzipien und Ziel der Regionalautonomie

1. Nicaragua ist eine unteilbare Nation. Die Souveränität des revolutionären Staates bezieht sich auf das gesamte nationale Territorium.
2. Nicaragua ist ein Vielvölkerstaat, der gegen alle Formen von Diskriminierung, Rassismus, Separatismus, Lokalismus, Isolation und Hegemonialbestrebungen kämft, um die Harmonie, Zusammenarbeit und Brüderlichkeit unter der Bevölkerung voranzubringen.
3. Nachdem Nicaragua die volle nationale Unabhängigkeit durch die Eliminierung der Macht der unpatriotischen Bourgeoisie geschaffen hat, existieren zum ersten Mal in der Geschichte durch die sandinistische Volksrevolution die Bedingungen, die es den indianischen Völkern und den anderen Gemeinschaften der Atlantikküste erlauben, eine neue Gesellschaft auf gleichberechtigter Ebene mit dem Rest des nicaraguensischen Volkes aufzubauen.
4. Die Einheit des nicaraguensischen Volkes in ihren revolutionären Zielen, kombiniert mit der Verschiedenheit der Sprachen, Kulturen und Religionen, ist unverzichtbarer Markstein der Revolution.
5. Die Verteidigung der nationalen Souveränität und der nationalen territorialen Integrität ist die herausragende Pflicht eines jeden nicaraguensischen Bürgers. Die Ausübung der autonomen Rechte wird die nationale Einheit fördern und die Bereitschaft der Indianervölker und der Gemeinschaften des Atlantik erhöhen, die nationale Souveränität zu verteidigen.
6. Die sandinistische Volksrevolution erkennt das volle Recht auf Bewahrung der eigenen Kultur, Geschichte und Religion der Indianervölker und Gemeinschaften der Atlantikküste an, ebenfalls das Recht zur vollen Ausübung und Entwicklung der Sprachen, das Recht, Unterricht in der eigenen Sprache und in Spanisch zu bekommen, das Recht ihre sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Übereinstimmung mit ihren Werten und Traditionen zu entfalten. Die Kultur und die historischen Traditionen der Atlantikküstengemeinschaften sind Teil des Reichtums der nationalen Kultur.
7. Das Recht auf Autonomie bezieht sich auf das Gebiet, das traditionell von Stämmen der Gemeinschaften der Atlantikküste bewohnt wurde.
8. (...) Es wird das Recht auf individuellen und kollektiven Landbesitz für die indianischen Völker und ethnischen Gruppen der Atlantikküste anerkannt (...).
9. Die Indianervölker und die anderen ethnischen Gemeinschaften haben das Recht, ihre Ländereien, Wälder, Küstengewässer (...) zu nutzen.
10. Die natürlichen Ressourcen sollten der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugute kommen. Dies sollte im Einklang mit der nationalen Wirtschaft geschehen (...). Die Indianervölker und Gemeinschaften der Atlantikküste bestimmen über den sparsamen Gebrauch der natürlichen Ressourcen der Region.
11. Alle Völker der Atlantikküste haben die gleichen Rechte unabhängig von ihrer Zahl und ihrem Entwicklungsstand.
12. Die autonomen Rechte der Atlantikküstenbevölkerung berühren nicht ihre Rechte und Pflichten als nicaraguensische Bürger.
13. Regionale Autonomie, nationale Einheit und die Revolution werden für eine wirtschaftliche Strategie eingesetzt, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung begünstigt (...).
14. Die historische Realität und das komplexe ethnische Erscheinungsbild der Atlantikküste machen es nötig, eine autonome Regierung zu bilden, welche all diese Rechte organisiert und ausübt, die die lokalen und regionalen Interessen berühren, mit Ausnahme der Rechte, die für die Zentralregierung festgelegt sind (...).

fach bedeutsam ist. Allein durch die Übergabe selbst, dann durch die Bereitstellung von Munition und Waffen für die Gruppen zur Verteidigung gegen die FDN. D.h. auch, hiermit stehen die Gruppen MISURA und MISURASATA nicht mehr in bewaffneter Frontstellung zur Regierung und zur FSLN. Nichtsdestotrotz stellen sie eine politische Opposition dar, aber die bewaffnete Frontstellung kann gegen die vom CIA hochgepäppelte FDN laufen.

Jetzt noch zu einem entscheidenden Problem der ganzen sog. „Miskitofrage", welches sich auch auf die gesamte Autonomiediskussion auswirkt, wie ich annehme. Ich meine die derzeit laufende Rückkehr der ab Anfang 1982 umgesiedelten Miskitogemeinden zurück an den Rio Coco. Ich war in letzter Zeit in einigen dieser Miskitogemeinden und habe festgestellt, daß mit dieser Rückkehr große Hoffnungen und Erwartungen verbunden sind. Gleichzeitig treten aber neue Widersprüche und Probleme der Gemeindemitglieder mit der Regierung auf.

Da muß man natürlich vorweg sagen, daß die Gemeinden ja nicht freiwillig vom Rio Coco weggingen. Es gibt eine Liebe von uns Miskitos für den Rio Coco, dessen Fische, dessen reiche Erde, für die gesamte Natur. Dies hatte auch die Regierung nicht richtig verstanden. So hat sich dann auch die Verpflanzung der Gemeinden nach Tasba Pri verheerend ausgewirkt. Der zweite wichtige Punkt ist die allgemeine Entwicklung des Krieges, die Wirtschaftsblockade, die allgemeinen ökonomischen Schwierigkeiten. Dies hat natürlich die Miskitos genauso wie alle Nicaraguaner getroffen. Diese gestiegenen Lebenshaltungskosten wirkten sich aber dennoch bei den umgesiedelten Miskitos noch stärker aus, da sie früher in einem höheren Maße gewohnt waren, sich selbst zu versorgen. Dies wurde mit der Umsiedlung zerstört. Und die Leute hatten immer den Wunsch, an den Rio Coco zurückzukehren. Das hat natürlich auch den Aufbau von Tasba Pri beeinflußt, wobei sich ja die Regierung große Mühe gemacht hat. Jetzt gibt es fundamentale Transportprobleme, es gibt nicht genügend LKWs, die Armee hat auch Angst, daß ihre Lastwagen verbrannt werden. Dies führt zu Verzögerungen bei der Rückkehr und schafft Unzufriedenheit, ja z.T. sogar neue antisandinistische Stimmungen bei den Miskitogemeinden. Deshalb versucht die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um diesen Rücktransport schnell zu ermöglichen. Um nach der Rückkehr eine weitere Entwicklung einzuleiten, müssen dringende Aufgaben wie bspw. Gesundheitsversorgung angepackt werden, es müssen Macheten und andere Mittel zur schnellen Aussaat zur Verfügung gestellt werden. Es muß die Erziehung in den eigenen Sprachen organisiert werden. Das Problem der Wohnungen und Häuser angepackt werden. Dies muß aber alles freiwillig geschehen, da-

den. Das Problem der Wohnungen und Häuser angepackt werden. Dies muß aber alles freiwillig geschehen, da-

mit nicht wieder neue Barrieren zwischen Regierung und den Gemeinden entstehen. Ich glaube, wir haben dabei schon einige Fortschritte gemacht.

Wer will denn eigentlich angesichts der momentan sehr harten Lebensbedingungen zurück an den Rio Coco, wenn man mitbedenkt, daß trotz aller Unzulänglichkeiten in den neuen Gemeinden von Tasba Pri eine einigermaßen funktionierende Infrastruktur geschaffen wurde. Ist es tatsächlich die Mehrheit, die zurückkehren will?





Mit Postkarten wird für die Alphabetisierungskampagne geworben

Wir gehen davon aus, daß die übergroße Mehrheit an den Rio zurück will. Aber es gibt auch Jugendliche, die das nicht wollen. Sie haben sich an die neuen Lebensbedingungen gewöhnt, sie können hier leichter in die Minengebiete und in die Provinzhauptstadt Puerto Cabezas reisen. Gerade auch die Fortschritte in den Gemeinden von Tasba Pri sind es, die einen Teil der jungen Leute dazu veranlassen, lieber hierzubleiben. Ich würde sagen, es sind über 80%, die zurückkehren wollen, die meisten der verbleibenden knapp 20% dürften Jugendliche sein. Daneben gibt es noch einen kleinen Teil von Leuten, die zur FSLN und zur Politik der Regierung gute Beziehungen haben. Diese haben jetzt z.T. Angst, ermordet zu werden oder sonstigen Repressalien seitens der MISURA oder MISURASTA ausgesetzt zu sein. Dieser Fakt muß in die laufenden Verhandlungen miteingebracht werden, daß diese Leute, die zwar Sandinisten sind, aber dennoch dem Miskitovolk angehören, ebenfalls zurückkehren können, denn sie sind für die weiteren Entwicklungen sehr wichtig.

Insgesamt sind es doch mehr als 15.000 Miskitos, die in ihre angestammten Ge-

Insgesamt sind es doch mehr als 15.000 Miskitos, die in ihre angestammten Ge-

biete zurückkehren wollen — man hört immer sehr unterschiedliche Zahlen?

Es sind ca. 17.500 Miskitos. Bis jetzt sind davon bereits gut 7.000 zurückgekehrt — der Rest ist noch in den Asentamientos und wartet. Du weißt, daß mehr als 26.000 Miskitos aus Nicaragua in Honduras leben und mehr als 8.000 in Costa Rica — die meisten Familien sind in irgendeiner Form auseinandergerissen. Wir glauben, daß durch die Rückkehr unserer Leute an den Rio Coco auch die anderen Familienteile, trotz aller Schwierigkeiten und Repressionen durch die Behörden von Honduras, nach und nach zurückkehren. Dies wäre ein enormer politischer Fortschritt auch für die Autonomiefrage.

Laß uns nun etwas genauer auf die Autonomiediskussion eingehen.

Autonomie heißt für uns in erster Linie Freiheit zu entscheiden, was im ökonomischen Bereich passiert, was also konkret mit den Naturschätzen passiert, zu entscheiden, wie mit den Früchten des Meeres umgegangen wird, wenn z.B. Öl gefunden werden sollte, zu entscheiden, was mit dem Öl passieren soll. Auch zu sagen, wie der Fischfang weiterentwickelt werden soll. Autonomie im ökonomischen Bereich bedeutet auch, die traditionellen Handelsbeziehungen der Atlantikküste mit der Karibik und Honduras beizubehalten und zu entscheiden wie diese weiter auszusehen haben. Wir wollen über die Minen entscheiden, über andere Naturschätze. Das heißt zusammengefaßt, wir wollen ökonomische Belange selber bestimmen.

Was den politischen Gesichtspunkt betrifft, so wünschen wir, daß unter Einbeziehung unserer ganzen Erfah-

Was den politischen Gesichtspunkt betrifft, so wünschen wir, daß unter Einbeziehung unserer ganzen Erfah-

rungen, unter Berücksichtigung der nationalen Einheit und Souveränität und der notwendigen nationalen Verteidigung, wir selber entscheiden können, was hierbei die adäquaten Wege sind. Um letztendlich eine nationale Einheit zu erhalten, müssen auch wirklich unsere ganzen Erfahrungen und Erwartungen, unsere eigenen Kriterien bei dieser Autonomie entscheidend sein.

Auf den kulturellen Aspekt bezogen heißt das, daß wir uns in unserer eigenen Sprache erziehen und weiterentwickeln wollen, daß unsere ganzen kulturellen Erfahrungen erhalten bleiben können und da, wo sie verschüttet sind, wiedererweckt werden können, daß der gesamte kulturelle Reichtum den wir Costenos haben, erhalten bleibt, daß die Miskitos und die anderen Völker ihre eigenen Sprachen erhalten können. Dies muß alles durch eine autonome Regierung zusammengefaßt und auch organisiert werden. Dafür müssen auch die Völker hier mobilisiert werden.

Dies ist auch ein Kampf ganz allgemein für die Rechte der indianischen Völker der ganzen Erde.

Das heißt, du siehst die Autonomie als einzig adäquate Form der Fortführung der Revolution auch hier an der Atlantikküste an, aber gibt es nicht einen Widerspruch zwischen weitergehenden Formen der Selbstbestimmung der Völker hier und diesem Autonomiestatus wie er jetzt diskutiert wird?

Wir müssen hier noch einmal feststellen, als Ausgangspunkt, daß Nicaragua vollständig der imperialistischen Politik der USA unterworfen war. Die Frage der Selbstbestimmung bedeutet, daß Nicaragua auch eine gewisse öko-

gua vollständig der imperialistischen Politik der USA unterworfen war. Die Frage der Selbstbestimmung bedeutet, daß Nicaragua auch eine gewisse öko-

nomische Unabhängigkeit erreichen will und dies unter den gegebenen Voraussetzungen der Unterentwicklung. Nationale Souveränität bedeutet in diesem Kontext eben, daß man automatisch mit der stärksten imperialistischen Macht der Erde konfrontiert ist. Das heißt für die Selbstbestimmung des nicaraguanischen Volkes, materielle, politische und kulturelle Faktoren zusammenzuschließen, um eine Entwicklung hin zu einer dauerhaften Selbstbestimmung zu erreichen.

D.h. auch, wenn wir hier von Autonomie sprechen, können wir die Realität auf gesamtnationaler Ebene nicht vernachlässigen. Was wir wollen ist, zuerst einmal eine gewisse Gleichheit der Entwicklung zwischen Atlantik und Pazifik herstellen. In diesem Zusammenhang sprechen wir natürlich auch von Selbstbestimmung der Atlantikküste, aber im Zusammenhang mit der Selbstbestimmung des gesamten nicaraguanischen Volkes. Mit der momentan angefangenen Diskussion machen wir erst die ersten Schritte in die skizzierte Richtung.

Gibt es bei der Autonomiediskussion Probleme zwischen den verschiedenen ethnischen Minderheiten? Es gibt ja die verschiedenen indianischen Völker und daneben noch die Kreolen und Mestizen.

Historisch gesehen gab es natürlich Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen, z.B. zwischen Miskitos und Sumus, zwischen Kreolen und Miskitos, zwischen den Mestizen und den Spanischstämmigen und den Schwarzen, dies sowohl vor als auch nach dem revolutionären Triumph. Verursacht war das durch die Kolonialmacht England und andere imperiale Mächte.

Wenn wir jetzt von Autonomie sprechen, dann heißt dies, daß wir zum erstenmal unsere Angelegenheiten in unsere eigenen Hände nehmen wollen. Dabei müssen die verschiedenen ethnischen Gruppen gleichermaßen vertreten sein, unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe.

Trotzdem müssen wir noch eine andere Sache sehen. Bis jetzt sind es die Miskitos, die beim Autonomieprozeß den stärkeren Willen haben und auch streitbar dafür eintreten. Historisch begründet haben die indianischen Gruppen eben ein ausgeprägteres Gefühl für die Autonomie als z.B. die Mestizen. Dadurch wird natürlich auch aktuell die Autonomiediskussion stärker durch die Miskitos geprägt als durch andere Gruppen, allein schon, weil bewaffnete Gruppen wie MISURA und MISURASATA auch dafür kämpfen. Dies soll aber nicht heißen, daß für die anderen Gruppen nicht die gleichen Rechte angestrebt werden.

Du bist einerseits Mitglied in der FSLN, hast aber auch große Verantwortung als Indianerführer, du bist auch an leitender Stelle der Miskitoorganisation MISATAN und bei einigen internationalen Gremien für indianische Völker tätig. Gibt es zwischen diesen verschiedenen Aufgaben nicht auch Widersprüche und wie gehst du damit um?

Die FSLN an sich hat natürlich keine antagonistischen Widersprüche mit dem Volk der Miskitos. Von daher ist es auch kein grundsätzlicher Widerspruch, sowohl Indianerinteressen als Indianerführer zu vertreten, als auch gleichzeitig in der FSLN zu sein. Dennoch gibt es natürlich im Konkreten Widersprüche, welche Wege bei politischen Auseinandersetzungen einzu-

gleichzeitig in der FSLN zu sein. Dennoch gibt es natürlich im Konkreten Widersprüche, welche Wege bei politischen Auseinandersetzungen einzu-

schlagen sind. Widersprüche auch deshalb, weil ein Teil der Führer der FSLN, z.T. Arbeiter- und Bauernführer vom Pazifik, noch nicht das richtige Verständnis haben, darüberhinaus hat sich sicherlich auch einmal die Formation der Indianer in der FSLN geirrt, was zusammengenommen zu Zusammenstößen führte. Deshalb haben wir auch angefangen, aus unserer Realität heraus, uns stark mit der FSLN in ihrer Rolle als Avantgarde auseinanderzusetzen, aber aus der Position der Miskitoführer heraus. Wenn man Indianerführer und zugleich Mitglied der Frente ist, hat man mit unterschiedlichen Situationen zu tun. Einmal geht es darum, die anstehenden Probleme besser zu verstehen und gleichzeitig konkrete Antworten zu finden, das sind wir unseren Gemeindemitgliedern schuldig. Gleichzeitig müssen wir mit unseren Erfahrungen aus der Gemeinschaft der Miskitos heraus innerhalb der Frente die Auseinandersetzung führen. Deshalb glauben wir, daß die Indianerführer in der FSLN eine besonders hohe Verantwortung tragen und daß sie doppelten und mehrfachen Belastungen ausgesetzt sind. Aber es sind wirklich indianische Brüder und Schwestern, die die Einheit zwischen FSLN und Miskitos anstreben und die dabei niemals ihr Vaterland und ihr Volk verraten werden.

Ich bedanke mich ganz herzlich für dieses Gespräch und wünsche dir viel Kraft und Ausdauer für die kommenden Kämpfe.

Puerto Cabezas, 19.09.85
ha., Nürnberg

(Das Interview wurde red. gekürzt)

Wolff Geisler

«Schwierigkeiten mit der Solidaritätsarbeit»? oder der Kampf gegen ANC und SWAPO in der Bundesrepublik

Anläßlich des Internationalismus-Kongresses der Grünen am 4./5./6. Oktober in Kassel wollten die Einladenden neue Akzente der Politik der Grünen bezüglich Südafrika setzen. Verena Rosenke, Mitglied von Akafrik Münster, war als Vortragende des Eröffnungsreferates „Schwierigkeiten mit der Solidaritätsarbeit?'', angekündigt. Die banal wirkende Frage, denn wer hat keine Schwierigkeiten, verbarg das dahinter stehende Anliegen von Verena, Schluß mit der Solidarität mit ANC und SWAPO zu machen. Akafrik Münster hatte bereits im Herbst 1984 in Sitzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus der Grünen dagegen gestimmt, daß die Grünen die Solidaritätskonferenz „ICSA'', die von ANC und SWAPO gemeinsam mit 70 BRD-Organisationen veranstaltet wurde, finanziell unterstützten. Es begründete diese Verweigerung damit, daß ANC und SWAPO nicht die von Akafrik Münster benannten Organisationen aus Südafrika als gleichberechtigte Mitveranstalter akzeptieren wollte. Und es hatte unbefugt zur Namibia-Anhörung der Grünen und der Informationsstelle Südliches Afrika im Bundestag (die von der UNO gefördert und mitgestaltet wurde, die die Befreiungsbewegung SWAPO als einzige legitime Vertreterin der Menschen in Namibia anerkennt), die politische Partei SWANU aus Namibia eingeladen und damit fast das Platzen der Anhörung heraufbeschworen. Und es hatte ebenfalls unbefugt zur Konferenz „Atombomben Made in Germany!'' im September 1985 die SWANU als Redner eingeladen und versucht, mit Tarntiteln wie „Rössing-Arbeiter'', „Rechtsanwalt für Rössing-Arbeiter'' das Auftreten des Generalsekretärs der SWANU nicht nur auf dieser Konferenz sondern auf Veranstaltungen in z.B. Frankfurt, Hanau, Basel, Genf durchzusetzen. Zu diesem Zweck behauptete Akafrik Münster wahrheitswidrig, diese Auftritte seien in der zwischen SWANU und SWAPO vereinbarten Form abgesprochen worden. (Seitdem SWANU die von der südafrikanischen Regierung eingerichtete Vielparteienkonferenz in Namibia wieder verlassen hatte, nahm SWAPO SWANU-Personen als Teil der eigenen Delegation z.B. zu Konferenzen der UNO nach New York, der Blockfreienbewegung nach Neu Delhi und der OAU nach Luanda mit). Für das Auftreten der SWANU-Delegation in der Bundesrepublik gab es aber die vereinbarte Absprache mit SWAPO nicht.

Und Akafrik Münster formulierte anläßlich der Südafrika-Demonstration am 21.9.85 ein gegen die Veranstalter gerichtete Flugblatt, in dem es den ANC als lediglich von 1912 bis 1955 handelnd darstellt und, um die Bedeutung des ANC als wichtigste Kraft des Befreiungskampfes vergleichsweise zu mindern auffordert:

Der ausdrückliche Wille aller Teile
Kraft des Befreiungskampfes vergleichsweise zu mindern auffordert:

„Der ausdrückliche Wille aller Teile der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung muß für die Solidaritätsbewegung vorrangig sein''. Nicht also das nichtrassistische Programm des ANC und der UDF, die Freiheitscharta von 1955, sondern der Wille von allen dunkelhäutigen Personen, also auch von Angestellten des Regimes wie Polizisten, den Homeland Führern Prinz Buthelezi, Kaiser Mantanzima, Häuptling Mangope sowie den angeblich eine Million Mitgliedern der Inkatha sollen Leitschnur unserer Politik sein!

Günther Hopfenmüller vom Bundesvorstand der Grünen unterstrich in Kassel in seinen einleitenden Worten, daß die Fixierung auf eine Befreiungsbewegung und auf den militärischen Kampf von Übel sei. Das bestreitet so wohl niemand außer denjenigen selber, die das Anti-Flugblatt zur Südafrika-Demonstration unterschrieben haben, um mit Verschweigen, Falschbehauptungen eine Distanzierung vom ANC und ausschließliche Zusammenarbeit mit Nicht-Freiheitscharta-Gruppierungen durchzusetzen. Die Finanzierung von Projekten des Black Consciousness Movement in Südafrika, das Menschen nach Hautfarbe von der Mitgliedschaft ausschließt und „die unterdrückte schwarze Bevölkerung'' als „einzigen Träger von Veränderungen'' per Alleinvertretungsanspruch erklärt, war für Teile der Grünen und Akafrik Münster kein Problem; dagegen gab es keine Gegenstimme. Aber die Finanzierung der ICSA-Konferenz oder die Abhaltung der Südafrika-Demonstration, auf der nur Vertreter von ANC und SWAPO, die einen Alleinvertretungsanspruch nach Hautfarbe ablehnen, reden sollten, wurde nicht toleriert, sondern bekämpft. Durch Gegenstimmen und Verleumdungsflugblatt.

Im Falle von Eritrea kommen die Grünen zur Erkenntnis, daß allein die auch militärische Aktionen durchführende EPLF als Partner in Frage kommt. Wenn aber ANC und SWAPO in der Bundesrepublik auf Veranstaltungen keine Auseinandersetzungen oder Bündnisverhandlungen mit Organisationen aus Südafrika führen wollen, so stößt das auf merkwürdigen Widerstand.

In ihrem Vortrag klassifizierte Verena die militärischen Aktionen des ANC als „bewaffnete Propaganda''. Machte sie diese abfällige Bemerkung wirklich, ohne eine Ahnung von den Aktionen des ANC gegen das bundesdeutsch errichtete Sasol (68 Mio. DM Schaden), die zweimaligen Anschläge gegen die Atomreaktorblöcke Koebert (700 Mio. DM Folgekosten), Polizeistationen (die die Ghettos z.T. unregierbar gemacht haben), Rekrutierungsbüros, Elektrostationen, Banken, das Sicherheitshauptquartier der Luftwaffe, Verwaltungsstellen usw.? Die menschenbewahrende Präzision dieser Aktionen ist, soviel ich weiß, beispiellos im Vergleich mit anderen Befreiungskämpfen. Das wiegt besonders schwer, da in Südafrika Menschen in Kinos, Theatern, Sportstätten nach Hautfarbe getrennt sind.

Dem ANC sagte sie „Bündnisse mit schwarzer und weißer Mittelklasse und weißen Kapitalisten'' nach. Aus dem Munde einer Person, die uns empfiehlt, auf Mangope, Buthelezi und Polizisten des Systems zu hören, ist das ein unverständlicher Vorwurf. Die AZAPO (eine Black Consciousness Movement Organisation, d.V.) sei „eher sozialistisch'' orientiert und habe sich gegen den Besuch Edward Kennedys in Südafrika und den Besuch südafrikanischer Kapitalisten beim ANC ausgesprochen. Verena verschwieg, daß der Vorsitzende der AZAPO, Ishmael Mkhabele, und sein Stellvertreter George Wauchope sich mit den drei EG-Außenministern bei deren hastigen Besuch Ende August in Südafrika trafen, wohingegen die UDF, die mit Kennedy gesprochen hatte, die Gespräche zu diesem Zeitpunkt ablehnte. Und wenn Kapitalisten Südafrikas zum verbotenen ANC ins Exil nach Lusaka fahren, so ist das nur für die Kampfmoral der Rassistenpolizei und Armee schädlich. Nicht umsonst hat jetzt die Botha-Regierung durch Einziehen der Pässe eine ähnliche Reise von Studenten einer „weißen'' Universität verhindert.



Verena bezeichnete es als Rassismus, daß wir „Weißen'' in der BRD uns für eine Gleichbehandlung aller Menschen im südafrikanischen Befreiungskampf, also auch der „Weißen'' in Südafrika, entschieden. Wenn sie schon so farbbewußt argumentiert, so übersieht sie, daß wir in unserem vorgeblichen Rassismus mit der Abschaffung der Privilegien von 4,5 Millionen unserer angeblichen „Rassegenossen'' solidarisch sind.

Am erstaunlichsten aber waren folgende Argumente Verenas: Die kommunistische Partei Südafrikas habe Einfluß auf den ANC, das dahinter wirkende Moskau sowie dessen Parteigänger in der BRD, das „DKP-Umfeld'' wollten den Sieg des ANC, weil sie an der „geostrategischen Lage'' Südafrikas sowie der Kontrolle der für den Westen lebenswichtigen Rohstoffe Südafrikas interessiert seien. Das ist Blödsinn. Denn wollte die Sowjetunion den Seeverkehr stören, so könnte sie das von einem von ihr beherrschten Südafrika aus nicht besser als von vielen afrikanischen Küstenstaaten aus. Denn vor Südafrikas Küste können Schiffe 2.500 km nach Süden bis zur Packeisgrenze ausweichen. Tatsächlich strategisch nutzbare Verhältnisse liegen bei Madagaskar und den Kap Verischen Inseln vor, nicht aber bei der lediglich südlichen und gebogen geformten Südafrikanischen Küste. Die stets zehnfach überhöht angegebenen Schiffsbewegungen gehen eben nicht nur an der Küste des Rassisten-Staates vorbei.

Bezüglich Rohstoffe sprechen Afrika-Verein, Strauß, Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft und Verena von einer beherrschenden Rolle Südafrikas. Das dabei genannte Chrom kann aus Simbabwe, Philippinen, Türkei, Albanien, das Vanadium aus Brasilien, Kanada, USA, Australien, das Platin aus Kanada, USA, Kolumbien, das Mangan aus Australien, Indien, Brasilien, das Uran aus Kanada, Australien, Niger, Gabun in „ausreichender'' Menge und zu vergleichbaren Preisen bezogen werden. Wenn also die Befreiung in Südafrika unter Führung des ANC da ist, braucht Verena keinesfalls in die SED einzutreten. Als ihr die Unsinnigkeit ihrer Thesen nachgewiesen wurde, blieb sie trotzdem dabei mit der Begründung: „Das steht in vielen konservativen Blättern''. Eben.

Wolff

AKAFRIK zu: Bericht zur Südafrikademonstration in AK 262

Von wem Ihr Eure Informationen über die Sitzungen des Vorbereitungsausschusses für die Südafrika-Demonstration am 21.9.85 habt, wird aus dem Artikel im AK 262 nicht klar, denn persönlich anwesend war ja niemand vom KB oder dem AK, wenigstens hat sich niemand zu erkennen gegeben. Der Artikel strotzt aber von Verdrehungen, Falschinformationen und bösartigen Unterstellungen, daß wir uns gezwungen sehen, dazu Stellung zu nehmen.

Bei der Vorbereitung der Demonstration gab es schwere Auseinandersetzungen über die Anerkennung des Alleinvertretungsanspruches einer der südafrikanischen Befreiungsorganisationen, des ANC. Dieser Anspruch ist gegenüber den Unterstützern der Demonstration in einer absolut erpresserischen Form gemacht worden: entweder ihr akzeptiert, daß nur ANC-nahe Menschen auf der Kundgebung reden, oder es findet gar nichts statt. Wer sich gegen diese Art von „Unterstützung einer Befreiungsbewegung'' gewehrt hat und auf dem Standpunkt beharrte, daß es in Südafrika eine Vielzahl von Befreiungsbewegungen, Organisationen, Initiativen etc. gibt, die im Widerstand gegen das Rassistenregime stehen und sich nicht unter einen Hut pressen lassen, der ist von den Vertretern des ANC und der SWAPO, I. Sedat und Tschombe, auf dieser Vorbereitungssitzung als Rassist, Botha-Knecht und CIA-Freund bezeichnet worden. Dagegen haben sich die Vertreter/innen des BUKO und AKAFRIK in einer persönlichen Erklärung verwahrt. ANC und SWAPO sind nicht „Opfer'' der Schärfe der Auseinandersetzungen gewesen, sondern haben durch obige Aussagen diese Schärfe selbst verursacht. In eurer „Berichterstattung'' wird der Bestohlene zum Dieb ...

Wenn Ihr Euch wundert, daß schließlich Organisationen, die die Demonstration mittrugen, trotzdem ein eigenes Flugblatt verfaßten, um ihre abweichende Meinung zur Einschätzung der Situation in Südafrika/Azania auf der Demonstration selbst darzustellen, so wird auch darin nur klar, mit welchen Vorurteilungen Ihr oder Euer Autor an die Sache herangeht. Es sei eine „seltene Koalition'', die das Flugblatt unterzeichnet hat. „Selten'' wird sie erst dann, wenn diese „Koalition'' ein Flugblatt schreibt, das Euch nicht gefällt. Wenn unter dem offiziellen Aufruf von kirchlichen Gruppen bis hin zu sog. ML-Organisationen sich alles versammelt, findet Ihr das nicht „selten''. Solange man schön brav ist und seinen Namen hergibt, ist die Sache okay. Wieviel habt Ihr eigentlich gelernt aus den Entwicklungen der Befreiungskämpfe in den verschiedensten Ländern der Welt? Die angebliche „Einheit des Volkes'' gab es und gibt es nirgendwo, und eine Leugnung dieser Tatsache führt nur dazu, daß unerwünschte Fraktionen nachher auch physisch bekämpft werden, unter dem Mantel der „Fortschrittlichkeit'' und des „objektiven Verlaufs der Geschichte''.

Im folgenden dann wird der Argumentationsstrang nur noch von Unterstellungen und Verleumdungen getragen. Der PAC soll die UNITA in den siebziger Jahren unterstützt haben, wir unterstützen (u.a.) auch den PAC, also sind wir auch für die UNITA (sogar „bedenkenlos''); dann, besonders lächerlich, Nachfolgeorganisation des KBW und der KPD AO. Belege? Beweise? Wenigstens Hinweise für all diese Behauptungen? Brauchen wir nicht, wir sind ja vom Arbeiterkampf. Der AKAFRIK wenigstens hat sich noch nie öffentlich zur Situation in Angola oder zur UNITA geäußert. Wir haben allerdings grundsätzlich etwas dagegen, uns auf ein Schema „hier die Guten, da die Bösen'' festlegen zu lassen. Wer die Unita in Angola verurteilt, hat damit noch nicht bewiesen, daß er etwas über die Lage in diesem Gebiet versteht, dazu ist ein bißchen mehr nötig als Politik nach dem Muster Schwarz-Weiß. Auch die SWAPO hat früher enge Verbindungen zur UNITA gehabt, weil beide Organisationen verwandte Ethnien beiderseits der namibianisch-angolanischen Grenze vertreten und schon aus diesem Grunde ganz natürliche Verbindungen bestanden. Sagt das heute was über die Qualität der SWAPO aus???

Ebenso ungetrübt von jeder Sachkenntnis ist die Darstellung unserer Position bei der Konferenz „Atombomben — Made in Germany''. Wir haben nicht „gegen jede Absprache an der SWAPO vorbei'' den „Präsidenten der SWAPO-Abspaltung SWANU'' eingeladen, sondern: die SWANU hat in einem Schreiben vom 6. August d.J. die SWAPO in London über den Besuch ihres Generalsekretärs (nicht Präsidenten) V. Rukoro in der BRD informiert. Die SWANU ist auch keine Abspaltung der SWAPO, sondern ein Jahr vor der Gründung der SWAPO-Vorläuferorganisation ist sie schon gegründet worden. Aber „SWAPO-Abspaltung'' macht sich natürlich gut und paßt genau in das Schema, welches man sich vom Befreiungskampf im südlichen Afrika zurechtgelegt hat. Daß das alles nur wenig mit der Realität übereinstimmt, macht nix, Vorurteile haben hat den Vorteil, äußerst widerstandsfähig gegen die Einwirkungen der Realität zu sein. Abgesehen von den vielen sachlichen Fehlern fällt auf, daß sich der oder die Autor/in nicht die Bohne bemüht hat, uns als Betroffene in dieser ganzen Angelegenheit vor dem Schreiben dieses Machwerks mal zu fragen, was unsere Meinung dazu ist. Das wäre das mindeste an journalistischer Sorgfaltspflicht gewesen.

Uns interessiert jetzt nur noch, wer die Instanz ist, die festlegt, wann „auch andere Vertreter Berücksichtigung finden'', wie Ihr im letzten Absatz schreibt. Sehr wahrscheinlich irgendeine ominöse „Zentrale Leitung''. Wir bitten nur, dann benachrichtigt zu werden, damit wir uns drauf einrichten können.

Kotz, würg.

Arbeitskreis Afrika — AKAFRIK — Münster, 15.10.1985



Der Gegner steht vor der eigenen Tür

Anmerkungen zur Solidaritätsbewegung in der BRD

Im Vergleich mit Aktivitäten von Anti-Apartheid-Bewegungen in anderen Ländern, selbst in den USA, sind die Proteste gegen das Rassistenregime in der BRD bislang recht bescheiden geblieben. In den USA hat die Disinvestment-Kampagne, an der sich Universitäten, Kirchen, Stadt- und Bundesstaatsverwaltungen beteiligten, erreicht, daß etliche große Banken ihre Kreditvergabe an das Regime in Pretoria gestoppt haben. In Großbritannien haben 120 Stadträte Maßnahmen gegen die Apartheid beschlossen. Die schwedische Transportarbeitergewerkschaft will die Abfertigung südafrikanischer Schiffe boykottieren ... um nur einige Beispiele zu nennen.

In den USA hat die schwarze Bevölkerung erst vor 20 Jahren die Bürgerrechte erkämpft, die sie heute formal besitzt. Apartheid war zumindest in den Südstaaten der USA bis Mitte der 60er Jahre Alltag für die nicht-weiße Bevölkerung. Die Bürgerrechte wurden der nicht-weißen Bevölkerung auch erst nach einem harten Kampf zugestanden, Aufstände in den Ghettos kosteten damals viele Schwarze das Leben, Ku-Khux-Klan lynchte zahllose Bürgerrechtskämpfer, und die Nationalgarde schlug so manchen Aufstand nieder, bis in die späten 60er Jahre hinein. 1969 riefen die Black Panther nicht umsonst zur Bewaffnung aus Selbstverteidigungsgründen auf. Diese noch heute lebende Erfahrung ist sicherlich ein wesentlicher Grund dafür, daß die große Mehrheit der nicht-weißen Bevölkerung in den USA solidarisch mit dem Kampf um die Freiheit in Südafrika, und daß der Spielraum für bürgerliche Politik in dieser Frage enger als in der BRD ist.

Eine ähnlich starke Solidarität mit dem Kampf in Südafrika scheint in der BRD gegenwärtig nicht möglich. Zwar ist die moralische Betroffenheit angesichts der brutalen Zustände groß, und Aufklärungsarbeit stößt auf vermehrtes Interesse. Aber, wie der Umgang mit der Forderung nach Wirtschaftssanktionen — solchen, die diesen Namen auch verdienen — zeigt, ist hierzulande bürgerliche Politik von SPD bis CSU nicht gezwungen, irgendeine Rücksicht auf ihr Wahlvolk zu nehmen. Bündnispolitische Bemühungen in Richtung auf die SPD und die Gewerkschaften stoßen sehr viel eher auf Grenzen, als es beispielsweise in der Nicaragua-Solidarität der Fall war und ist. Der SPD-Forderungskatalog ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist und hätte kaum unverbindlicher ausfallen können. Kaum verwunderlich, wenn mensch weiß, daß beispielsweise der SPDgeführte Hamburger Senat nicht nur Sanktionen ablehnt, sondern darüberhinaus die Hafengesellschaft (an der das Land Hamburg beteiligt ist) Verhandlungen über eine stärkere Hafenauslastung durch den Umschlag südafrikanischer Güter führt.

Die DGB-Führung hofft immer noch auf die Wirkungen des EG-Kodex und läßt sich nicht in der Meinung beirren, daß Sanktionen die schwarze Bevölkerung zuerst träfen.
Die DGB-Führung hofft immer noch auf die Wirkungen des EG-Kodex und läßt sich nicht in der Meinung beirren, daß Sanktionen die schwarze Bevölkerung zuerst träfen.
Der wirkliche Grund dürfte die Sorge um die „Gesundheit" der BRD-Wirtschaft und der hiesigen Arbeitsplätze sein. Nach offiziellen Schätzungen sollen in der BRD mehr als 50.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt vom Geschäft mit Südafrika abhängig sein, und wenn Rassisten-Chef Botha mit einem Stopp der Chromexporte droht, ist dies nicht nur verbale Bürenschläue, sondern wohldosierte Agitation mit der Metropolenabhängigkeit vom Uran, Gold, Chrom, Platin etc. aus der Erde des südlichen Afrika. Vor so vielen Argumenten tritt denn auch mancher Betriebsrat kürzer, wenn's um die Solidarität mit den Unterdrückten in Südafrika geht.

Die Beziehungen zwischen der BRD und dem Rassistenstaat Südafrika sind so eng, die wirtschaftliche Verstrickung ist so ausgedehnt, daß es nicht nur die berühmten brutalen Multis sind, die das rassistische System stabilisieren, sondern auch etliche sozialdemokratische und gewerkschaftliche Gelder in dem blutigen Geschäft stecken.

So ergibt sich für die Solidaritätsarbeit in der BRD das Problem sich grundsätzlich in Widerspruch zu den Interssen von Wirtschaft und Politik, sprich den Staat BRD zu setzen. Die Solidaritätsbewegung mit den mittelamerikanischen Völkern konnte zumindest zeitweise in einer Bündnispolitik mit Sozialdemokratie und Gewerkschaftsjugend ihre Anliegen gesellschaftsfähig machen. Offiziellen Charakter bekam diese Solidarität sogar in einigen wenigen Fällen, wenn Gemeinden in der BRD Partnerschaften mit solchen in Nicaragua eingingen. In Sachen Südafrika gibt es jedoch einen nichtüberbrückbaren Bruch zwischen Solidarität und BRD-Politik. Das imperialistische Interesse der BRD läßt in diesem Fall keinen Raum für Halbheiten: und deshalb erscheinen einige Auseinandersetzungen in der Südafrika-Solidarität so grotesk und gegenüber der politischen Herausforderung so hilflos.

Wer — mit wem — warum ...

Die verschiedenen Strömungen der Solidaritätsbewegung stimmen zwar darin überein, daß die Anklage der bundesdeutschen Unterstützung des Rassistenregims eine wesentliche Aufgabe sei. Gegenwärtig stehen jedoch eher lähmende Kontroversen über die Frage, welche der südafrikanischen Organisationen des Widerstandes zu unterstützen seien, im Vordergrund. Alte Auseinandersetzungen brechen in einer Schärfe wieder auf, daß eine Zusammenarbeit kaum möglich scheint.

Die **Anti-Apartheid-Bewegung**, die **DKP** und ihr nahestehende Organisationen und verschiedene kirchliche Gruppen unterstützen schon seit Jahren den ANC und nach ihrer Gründung auch die UDF. Mit der Begrün-
DKP und ihr nahestehende Organisationen und verschiedene kirchliche Gruppen unterstützen schon seit Jahren den ANC und nach ihrer Gründung auch die UDF. Mit der Begrün-
dung, der ANC sei eben die größte und maßgeblichste Befreiungskraft, besteht bei maßgeblichen Teilen dieses Spektrums wenig Bereitschaft, sich mit anderen Organisationen auseinanderzusetzen. Die Tatsache, daß der ANC ein Bündnis aller Apartheid-Gegnerinnen und -Gegner auf der Basis sehr breiter und demokratischer Forderungen anstrebt und auch mit Weißen zusammenarbeit, wird betont: „*Träger/innen von Veränderungen sind alle Personen*, **alle**, *die das System der Apartheid bekämpfen.*" Bedauerlicherweise gehen selbst solche Vertreter der AAB wie Wolff Geisler, der ansonsten für sachliche Analysen bekannt ist, in dieser Frage soweit, diejenigen schwarzen Organisationen (PAC, BCM), die eine Zusammenarbeit mit Weißen ablehnen, des Rassismus zu bezichtigen. „ ‚*Afrika den Afrikanern*' ... ‚*Europa den Europäern*', ‚*Türken raus*' *machen hoffentlich klar, was diese Forderung aussagt.*" Auch mit seiner Haltung zum bewaffneten Kampf in Südafrika macht es sich W. Geisler etwas zu einfach, wenn er — beschränkt auf die Sabotagetaktik — sagt: „*Die ungeheuer präzise, Menschenleben bewahrende militärische Taktik des ANC beweist eine bewundernswerte und Vertrauen erweckende Menschlichkeit.*" (alle Zitate aus einem Leserbrief in der „taz" vom 15.10.85). Das Bemühen, gegenüber der menschenverachtenden Politik der Rassisten das „menschliche Gesicht" der Befreiungsbewegung hervorzuheben und den ANC als Garanten für einen nicht-rassischen und gerechten Verlauf der Kämpfe dazustellen, entstammt sicherlich ehrenhaften Motiven. In der Geschichte aller Klassen- und Befreiungskämpfe ist ein solches „menschliches Gesicht" Charakteristikum der Kräfte, die für eine andere, bessere Zukunft der Völker kämpften und kämpfen. Hier suchte die bürgerliche Seite, wie weit rechts sie auch stand, ihre Agitation anzusetzen, und es war jeweils eine Aufgabe der Solidaritätsbewegungen, dieser Agitation wiederum mit Beweis und Argument entgegenzutreten — und ggf. Kritik zu üben.

Der ANC blieb bisher von einer derartigen bürgerlichen Agitation relativ verschont. Das wird sich jedoch schlagartig ändern, wenn der ANC zu einem verstärkteren bewaffneten Kampf übergehen kann. Und da fragen wir uns, ob eine solche Argumentation nicht auf längere Sicht Illusionen über die Realität in Südafrika schafft, und überdies die Positionen des ANC arg verkürzt.

Zwar ist es richtig, daß der ANC in der Frage der Zusammenarbeit mit Weißen immer betont hat, daß die Trennung nach Hautfarben vom Feind aufgezwungen sei und im Kampf gegen die Apartheid keine Rolle spielen dürfe. Der ANC hat jedoch, soweit aus den Grundsatzerklärungen zu sehen ist, genauso die **Verantwortung** der Schwarzen für das Schicksal der Weißen abgelehnt und „*das im Volk verbreitete Gefühl des Grolls (als) die mächtigste revolutionäre Waffe, die eingesetzt werde muß*", begriffen. „*Unter anderem muß als erstes das afrikanische Volk als enteignetes und aufgrund seiner Rasse unterdrücktes Volk soweit wie möglich mobilisiert werden. Es ist die treibende Kraft und darf nicht geschwächt werden. Dies bedeutet, daß das nationale Selbstvertrauen, der Nationalstolz und seine Durchsetzungskraft gestärkt und vertieft werden müssen.*" (1/S. 500/501)

Die weitaus meisten Menschen, die in Südafrika kämpfen und mit dem bisher homogenen weißen Faschisten-Laager konfrontiert sind, erwarten eine Auseinandersetzung, die sehr blutig und sehr bitter sein wird. Angesichts dessen, was in Südafrika zu erwarten ist, sei die französische Revolution ein Frühstück gewesen — mit diesen Worten faßte ein afrikanischer Politiker die Situation zusammen. Spätestens wenn der bewaffnete Kampf in die Städte getragen und der Kampf auf den zivilen weißen Bereich ausgedehnt wird, werden sich unschuldige Opfer nicht vermeiden lassen. Auch diese Einschätzung geht aus den jüngsten Erklärungen des ANC hervor. Alle diejenigen, die heute oder schon seit Jahren, Jahrzehnten mit dem Kampf des ANC sympathisieren, werden sich auf eine veränderte Situation in der BRD einstellen müssen. Seit mehr als 15 Jahren befaßt
zehnten mit dem Kampf des ANC sympathisieren, werden sich auf eine veränderte Situation in der BRD einstellen müssen. Seit mehr als 15 Jahren befaßt
sich der ANC öffentlich mit den Fragen des bewaffneten Kampfes, mit Strategien, deren Ziel die Erlangung der gesellschaftlichen Macht in Südafrika ist. Viele, die Solidaritätsarbeit leisten, sind daran bisher achtlos vorbeigegangen. Spätestens dann, wenn die Völker Südafrikas und der ANC nicht mehr nur Opfer des faschistischen Gewaltapparats sind, sondern von sich aus die Entwicklung der Situation diktieren können, wird der latente Rassismus, Anti-Kommunismus und oberflächliche bürgerliche Pazifismus in der BRD auch den ANC und den Kampf der Völker Südafrikas treffen. Bisher ist die Solidaritätsbewegung auf eine solche Entwicklung in keiner Weise vorbereitet.

Gegen eine Orientierung an der ANC-Politik in der Solidaritätsarbeit machen sich gegenwärtig stark: AKAFRIK (Münster), Azania-Koordination, BuKo und die Mehrheit der Bundes AG Internationalismus DER GRÜNEN (wobei bemerkenswert ist, daß das Zentrum dieser Politik ein Personenkreis von nicht mal einem Halbendutzend Menschen ist). In diesen Chor stimmen linksradikale Organisationen wie GIM, KPD (und in Maßen der BWK) ein. Mit der Forderung, daß **alle** Befreiungsorganisationen **gleichberechtigt** unterstützt werden müßten, geht es ihnen um eine Stärkung von PAC und BCM/A bzw. eine Orientierung an der AZAPO und dem National Forum (NF) in Südafrika. Die wichtigsten Kritikpunkte am ANC (dies wird ausgedehnt auf die UDF) sind, daß der ANC eine reformistische Kraft sei, daß er nur demokratische Forderungen stelle, mit weißen und liberalen Kräften zusammenarbeite, durch seine Bündnispolitik mit der KP Südafrikas und die Unterstützung durch die Länder des realen Sozialismus ideologisch festgelegt sei. Aus der Sicht dieses Kritikerspektrums hingegen seien authentische schwarze Organisationen die AZAPO und das NF, die darüberhinaus auch eine sozialistische Orientierung verfolgten, die dem ANC eben vollständig abginge. Weiterhin wird betont, daß es gerade das politisch sehr vielfältige Spektrum der Black Consciousness Bewegung gewesen sei, das den Aufstand von Soweto 1976 geprägt habe und daß heute wieder eine Vielfalt von Basisorganisationen entstanden sei, die nicht in eine festgelegte politische Strömung einzuordnen sei.

Niemand kann ernsthafterweise bestreiten, daß es neben dem ANC und der UDF andere, in unterschiedlichem Maße relevante Strömungen für den Widerstand in Südafrika gibt. Genausowenig wie irgendjemand den durch die Sympathien des Volkes legitimierten Führungsanspruch des ANC in Zweifel zieht. Darüberhinaus ist es auch nichts besonderes, wenn Menschen, Bewegungen und Organisationen in der BRD solche Kräfte in anderen Ländern unterstützen, die ihren ideologischen Positionen nahekommen. Verwirrend ist nur die Zusammensetzung der Koalition in der BRD, die den Einfluß des ANC relativieren möchte.

So können sich z.B. KPD und GIM daran erfreuen, daß sich AZAPO zur „Avantgarde der schwarzen Arbeiterklasse" erklärt hat und taktische Bündnisse mit weißen und liberalen Kräften prinzipiell ablehnt. Dem eigenen Glück wird dabei ein wenig auf die Sprünge geholfen, indem darüber hinweggegangen wird, daß AZAPO oder NF vom Charakter her auch weniger eine Arbeiterpartei ist, sondern zum gegenwärtigen Zeitpunkt vielmehr auf der Ebene von Boykottkampagnen und Bürgerrechtsforderungen agieren. Und was für die einen die Kritik an einer zuwenig sozialistischen Politik des ANC ist, ist für die anderen Mitglieder dieser Koalition das Zuviel an traditionellen Internationalismusvorstellungen.

Die GRÜNEN haben nach ihrem eigenen Selbstverstädnis natürlich keinerlei Ambitionen mit einer Kraft zusammenzuarbeiten, die in Südafrika gerade gegen Spontaneismus und Grass-Roots-Ideologien ankämpft. Die Politik der GRÜNEN bestimmt sich hier nicht positiv, sondern negativ: einmal wollen sie nicht mit einer Kraft zusammenarbeiten, die in dem Verdacht steht, im Bündnis mit einer wirklich traditionellen KP zu wirken, und dar-
mal wollen sie nicht mit einer Kraft zusammenarbeiten, die in dem Verdacht steht, im Bündnis mit einer wirklich traditionellen KP zu wirken, und dar-
überhinaus Unterstützung der Staaten des realen Sozialismus genießt. Sie möchten über den Dingen, eben „vorne" stehen. Und so läßt man den anrüchigen ANC links liegen, und schafft Ausgewogenheit durch Tolerierung von Kräften, die nicht „realsozialistisch" oder auf den bewaffneten Kampf „fixiert" sind.

Tatsächlich sind in dem südafrikanischen Spektrum, das der BCM entstammt und sich im NF versammelt, sowohl Ansätze einer „proletarischen Linie" als auch die eher gewaltfrei orientierte „grass-roots"-Ideologie zu finden. So können die unterschiedlichen Strömungen in der BRD diese oder jene Richtung aus dem Widerstand in Südafrika gemäß ihrem eigenen ideologischen Hintergrund favorisieren. Jedoch ist es für die Unterstützung des Kampfes in Südafrika in keiner Weise fruchtbar, wenn diese Sympathien gemäß der Vermarktung der eigenen Politik hier in der BRD vonstatten geht. Geradezu zynisch ist der Ausgewogenheitsfimmel der GRÜNEN und hat „im Herzen der Bestie" nur zu Lähmung und Desorientierung beigetragen. Die Debatten des Widerstandes um die Strategie im Kampf gegen das Rassistenregime werden durch einen Gegner bestimmt, der über die in jeder Hinsicht beste Armee des afrikanischen Kontinents verfügt. Und dazu noch subjektiv willens ist sich über alle Grenzen von Menschlichkeit und Moral hinwegzusetzen. Logistisch wird dieser Gegner noch von den imperialistischen Staaten unterstützt. Einen solchen Gegner zu schlagen erfordert eben andere Strategien im Kampf, und auch andere Maßstäbe als diejenigen, die für eine parlamentarische Opposition in einer Metropole wie der BRD genügen.

Bezeichnend für diese Haltung sind die Sympathien, die Strömungen entgegenschlagen, die den spontanen Charakter der Soweto-Aufstände positiv herausstellen. Die BCM-Strömungen waren an der Organisierung der Soweto-Aufstände maßgeblich beteiligt. Anstatt sich nun wegen seiner eigenen grass-roots-Ideologie der Sympathie für die BCM-Strömungen zu verschreiben, sollte mensch doch noch einmal darüber nachdenken, was die Soweto-Aufstände in der Realität waren. Soweto 1976 war ein Fanal, ein Zeichen des Muts der Unterdrückten, aber auch eine Dokumentation der Hilflosigkeit und Ohnmacht eines unorganisierten, spontanen Aufstandes gegen einen militärisch-zentralistisch operierenden Gegner. Gerade gegen diese Ohnmacht und Hilflosigkeit versucht der ANC eine organisierte Bewegung aufzubauen.

Die Orientierung des ANC auf ein Bündnis mit liberalen Weißen ist gegenwärtig rein taktischer Natur, und kann es auch nur sein, da das weiße Laager immer noch homogen ist. Dem ANC kann es nur Recht sein, wenn über die inhaltlich begrenzten Gespräche mit weißen Kapitalisten Differenzen im Rassistenlager entstehen. Was bisher in der BRD an Kritik dem ANC gegenüber angetragen worden ist, relativiert sich bis zum Zynismus an der Konfrontation in Südafrika, wenn gleichzeitig bilanziert wird, was die hiesige Linke für die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes in Südafrika geleistet hat. Die Behandlung der Strategie des bewaffneten Kampfes in
sige Linke für die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes in Südafrika geleistet hat. Die Behandlung der Strategie des bewaffneten Kampfes in
Südafrika durch den ANC schafft für uns allemal eine Grundlage, über alle anderen Fragen hinweg eine Unterstützung des ANC zur Grundlage der Solidaritätsarbeit mit dem Kampf für die Freiheit der nicht-weißen Bevölkerung Südafrikas zu machen.

bt., wo., Hamburg

Fortgesetzer Widerstand gegen die weiße Vorherrschaft

(...) Wir lehnen die Auffassung ab, die als Auslöser für den revolutionären Machtwechsel nur den direkten Weg isolierter Konfrontationen und die Schaffung von Zentren bewaffneten Widerstands sieht. (...) In einem modernen durchorganiseriten Polizeistaat wie Südafrika ist es fraglich, ob eine Bewegung in der Lage ist, eine politishe Massenorganisation über einen bestimmten Punkt hinaus aufzubauen, ohne die Art ihres Vorgehens zu ändern." Es ist auch nicht leicht, den Punkt zu bestimmen, wo die politischen und organisatorischen Vorbereitungen ausreichend sind, um unseren bewaffenten Einheiten in allen dafür vorgesehen Gebieten die größtmöglichen Überlebens- und Wachstumschancen zu geben. (...) Wir dürfen keinesfalls die Bedeutung des subjektiven Faktors überschätzen. (...)

1. Stategie und Taktik des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) (1969) — aus: Befreiungsbewegungen in Afrika, Politische Programme, Pahl Rugenstein, 1980



Herausgeber: Kommunistischer Bund
c/oHamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Preis: 5,- DM (teilweise Nachdrucke aus dem ARBEITERKAMPF)

Wem oder was nutzt der Anschlag auf die TAZ?

Am 16.10. veröffentlichte die ,,taz'' ein Interview mit dem Hamburger VS-Chef Lochte, in dem er behauptete, in den Häusern an der Hafenstraße seien mehrere RAF-Frauen eingezogen. Vier Tage später lagen die Redaktionsräume der ,,taz''/Hamburg in Trümmern. An einer Wand fand sich die Begründung ,,wg. Lochte'', sowie der RAF-Stern und einem Anarcho-Kreis. Inzwischen hat eine Gruppe ,,autonome und antiimperialisten'' die Verantwortung für den Anschlag übernommen.

Kritiker und Befürworter des Anschlags beschuldigen sich inzwischen wechselseitig, ,,nützliche Idioten'' des Staatsschutzes zu sein. Selbstkritische Töne sind auf der einen wie auf der anderen Seite kaum zu vernehmen. Die seit längerem sich abzeichnende Polarisierung zwischen ,,staatstragender Linker'' einerseits und ,,unpolitischer Randale-Szene'' andererseits hat sich verschärft. Der Riß zieht sich auch quer durch die autonome Szene. Die bürgerliche Presse bekennt schadenfroh ihre ,,klammheimliche'' Freude darüber, daß die Linken sich jetzt gegenseitig an die Gurgel gehen.

,,Wem nützt es'', wagt man da kaum noch zu fragen. Aber genau das ist die Frage, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden muß.

Vergegenwärtigen wir uns in groben Zügen den Ablauf der Ereignisse:

,,Die Hafenstraße'', das sind acht von den Hamburger Sanierungsplanern erfaßte Altbauten in der Hafenstraße, direkt am Hamburger Hafen. Im Zuge der Besetzerbewegung wurden sie 1981 illegal bezogen. Die damals propagierte ,,Hamburger Linie'' des SPD-Senats, nach der kein Haus länger als 24 Stunden besetzt bleiben sollte, wurde gegenüber den Hafenstraßen-Besetzern und Besetzerinnen nicht durchgesetzt. Stattdessen wurden nach reichlich behördlichem und polizeilichem Hin und Her 1982 ,,Vereinbarungen zur Winterfestmachung'' getroffen. Für 240.000 DM Staatsgelder wurden die Häuser von den Besetzern selbst renoviert. Aus dieser Zeit stammt auch die Einrichtung der sog. Volksküche als Gemeinschaftsraum fürs Essen und für kulturelle Aktivitäten. 1984 wurden befristete Einzelmiet- und -nutzungsverträge abgeschlossen, die Mitte 1986 auslaufen.

Seit Anfang dieses Jahres stehen alle Zeichen wieder auf Räumung: Die Hamburger Baubehörde drängt erneut auf Abriß der Häuser, um Platz zu schaffen für die nun doch geplante repräsentative Neugestaltung der Hafenuferstraßen. Den Bewohnern der Hafenstraße fielen geheime Räumungsstrategien der Baubehörde in die Hände. Das zuständige Bezirksamt erließ trotz geltender Mietverträge Unbewohnbarkeitserklärungen. Die CDU fenstraße fielen geheime Räumungsstrategien der Baubehörde in die Hände. Das zuständige Bezirksamt erließ trotz geltender Mietverträge Unbewohnbarkeitserklärungen. Die CDU fordert erneut die Durchsetzung der ,,Hamburger Linie''. Die Medien entfalten eine systematische Hetze. Den Rest besorgt die Polizei durch eine Nadelstichtaktik der permanenten Observation und dauernder Eingriffe, die die Bewohner und Bewohnerinnen der Häuser unter ständigem Druck halten.

Dieser ständige Druck durch Baubehörde, Presse und Polizei hat dazu geführt, daß inzwischen eine hohe Fluktuation unter den Bewohnern der Hafenstraße herrscht. Viele der ehemaligen Besetzer, die die Mietverträge mit der SAGA unterschrieben haben, wohnen schon lange nicht mehr dort. Für die ca. 100 bis 120 z.Zt. dort lebenden, meist jüngeren Menschen, von denen viele ohne Beruf und Einkommen sind, vom Schnorren, von gelegentlichen Jobs oder auch Kleinkriminalität leben, gehört das ,,Projekt Hafenstraße'' schon der Vergangenheit an. Von einer einheitlichen politischen Gruppe, selbst auch nur weitgehender politischer Übereinstimmung zwischen den Hafenstraßen-Bewohnern und -Bewohnerinnen kann heute noch weniger die Rede sein als zu Anfang der Besetzung. Soweit es unter diesen Bedingungen noch einen Zusammenhalt gibt, stellt er sich heute eher durch den Mangel an beruflichen, wohnungsmäßigen oder sozialen Alternativen und vor allem durch den gemeinsam erfahrenen Kriminalisierungsdruck her, der mindestens e i n e gemeinsame Haltung geradezu provoziert: die Ablehnung des Staates, seiner Institutionen und seiner wohlanständigen, d.h. als verlogen erlebten bürgerlichen Spielregeln.

Entgegen der Linie seiner eigenen Partei, der CDU, wiegelte VS-Präsident Lochte bzgl. Hafenstraße noch Anfang dieses Jahres ab:,,*An einem Ort kann man sie observieren*'', lautete die von ihm ausgegebene Devise.(Hamburg aktuell, 13.8.) Nachdem der Hamburger Innensenator Lange, angeschoben vom 2. Bürgermeister Pawelczyk, im Sommer festgestellt hatte, daß ,,sich häufende Zwischenfälle'' eine ,,Lösung des Problems Hafenstr.'' nach dem Ende der Sommerpause nötig machten, war ,,aus der Innenbehörde'' bereits im August des Jahres zu vernehmen, daß die Hafenstraße ,,von der Terrorszene anpolitisiert'' werde. (Welt, 14.8.)

Die z.B.von der ,,Morgenpost'' als ,,Schlacht'' bezeichneten spontanen Proteste in der Nacht und am Tage nach dem Tode von Günter Sare wurden dann zum Anlaß genommen, den Druck auf die Hafenstraße zu erhöhen. Innensenator Lange ließ verlauten, diese Vorfälle ließen sich aber nun wirklich ,,nicht mehr bagatellisieren.'' (Welt, 30.9.) In ihrer Hetze gegen die für den 5.10. angemeldete Bündnisdemonstration der Hamburger Linken zum Protest gegen den Tod von Günter Sare konnte die Presse dann bereits mit den neuesten Erkenntnissen von VS-Chef Lochte losziehen. So warnte z.B. die ,,Morgenpost'': ,,*Die Polizei geht davon aus, daß an der Demonstration auch Bewohner der Hafenstraße teilnehmen werden. Hier sollen sich nach Erkenntnissen der Sicherheitskräfte seit Sommer dieses Jahres auch zwei Frauen aufhalten, die zum Umfeld der RAF zählen. Ihr Auftrag: Neue Mitglieder aus der Anarcho-Szene für die Rote Armee Fraktion zu werben und gewaltsame Aktionen zu unterstützen.*'' (Morgenpost, 4.10.) Das ,,Hamburger Abendblatt'' erschien mit der Frage:,,*Übernimmt RAF die Führung der 'Hausbesetzer' an der Hafenstraße?*''

Vor diesem Hintergrund und weiter in diesem Tenor forcierten CDU und SPD in den folgenden Tagen in Bürgerschaft und Presse die ,,Gewaltdebatte'', deren wesentlicher Zweck darin bestand, durch die Aktualisierung der antiterroristischen Hetze von der Verantwortung des Staates für den Tod Günter Sares abzulenken. Die Hafenstraße spielte in diesem Zusammenhang nur die Rolle eines beliebig aufbauschbaren Vorwands. Hier gilt wieder mal die schon etwas ältere Erkenntnis über die Mechanismen, nach denen ,,Innere Sicherheit'' gemacht wird: Gäbs die Hafenstraße nicht, dann müßte sie erfunden werden.

Dies war, — nach eigenem Bekunden — für die ,,taz'' Anlaß, ein ,,ausführliches Gespräch'' mit VS- Lochte zu führen, um die ,,*ganze Schärfe der Drohungen des Verfassungsschutzes deutlich zu machen, Diskussionen auszulösen, Solidarisierung mit der Hafenstraße anläßlich der drohenden Räumung zu ermöglichen.*'' *Drohungen des Verfassungsschutzes deutlich zu machen, Diskussionen auszulösen, Solidarisierung mit der Hafenstraße anläßlich der drohenden Räumung zu ermöglichen.*'' (,,taz''-Erklärung vom 25.10.)

Entgegen journalistischen Gepflogenheiten, ,,aber angesichts der drohenden Räumung unverzichtbar'' habe man den Inhalt des Gespräches den Bewohnern detailliert mitgeteilt. Man sei sogar noch einen Schritt weiter gegangen und sei den endgültigen, von Lochte autorisierten Text vor seiner Veröffentlichung mit Bewohnern der Hafenstraße durchgegangen. Diese Darstellung entspricht übrigens im Wesentlichen auch der, die in einem Papier der Hafenstraße gegeben wird.

Als das fragliche Interview am 16.10. in der ,,taz'' erschien, war es schließlich nicht mehr als ein Neuaufguß der bereits zwei Wochen zuvor in ,,Morgenpost'' und ,,Abendblatt'' veröffentlichten Informationen, allerdings mit zwei Variationen: Erstens war inzwischen nicht mehr von zwei RAF-Frauen, sondern von fünfen die Rede. Zweitens versprach Lochte in dem ,,taz''-Interview ein Ende der gegenwärtigen Kriminalisierungskampagne, wenn sich die Hafenstraßen-Bewohner von diesen Frauen distanzieren. Originalton ,,taz'': ,, ,*Allerdings*', *schränkt Lochte seine Befürchtungen für den eigenen Tätigkeitsbereich ein, ,wenn wir feststellen, daß die RAF-Leute sich aus der Hafenstraße wieder zurückziehen, weil die Bewohner nicht für den Terrorismus zu gewinnen sind, dann würden wir das auch öffentlich feststellen.*' ''

Hier stellt sich die Frage, welche Beweggründe die ,,taz''-Redaktion gehabt haben mag, dem VS-Chef Lochte nach seinen bereits erfolgten Veröffentlichungen in der ,,Morgenpost'' und ,,Abendblatt'' nun auch noch die ,,taz'' für seine Denunziation und Drohung zur Verfügung zu stellen.

Wenige Tage später, in der Nacht vom 20. zum 21.10 brach eine Gruppe Unbekannter in die Redaktionsräume ein, zerschlug die vorhandenen Satzgeräte im Wert von 200.000 DM, zerstörte die Einrichtung und Archive. Sie hinterließ als Visitenkarte die Wandschrift ,,wg. Lochte'', sowie das RAF- und das Anarcho-Emblem. In den folgenden Tagen wurde klar, daß die Aktion von einer Vollversammlung des Autonomen-Plenums ausging, auf der am selben Abend über Maßnahmen gegen die ,,taz'' wegen des Interviews beraten worden war. Diese sollten sich aber im Rahmen der bisher bekannten Besetzungs-Aktionen halten. Es dürfte der Beschreibung einiger Autonomer zuzustimmen sein, daß es sich bei dem Anschlag nicht um eine spontane, sondern um eine gut geplante Aktion gehandelt hat. Offenbar haben einige hardliner der Szene — von der Gunst der Stunde ausgehend — die Gelegenheit genutzt, zwischen sich und der ,,taz'' einen ,,deutlichen Trennungsstrich'' zu ziehen. Anders ist die Tatsache kaum zu verstehen, daß die Betroffenen, denen ja auch nach eigenem Bekunden der Lochte-Text zur Kontrolle vorgelegt wurde, seelenruhig seiner strich'' zu ziehen. Anders ist die Tatsache kaum zu verstehen, daß die Betroffenen, denen ja auch nach eigenem Bekunden der Lochte-Text zur Kontrolle vorgelegt wurde, seelenruhig seiner Veröffentlichung zuschauten, um die vollzogene Veröffentlichung dann zum Anlaß des Anschlags zu nehmen.

Die Linke Hamburgs außerhalb des autonomen Lagers reagierte einmütig wie selten, soweit es die Verurteilung des Anschlags als ungeeignete Methode der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Linken betrifft. Die Begründungen dafür reichten von der Ablehnung des Anschlags als ,,faschistische Männergewalt'', der Provokation eines ,,durchgedrehten Mobs'' bis zu seiner Charakterisierung als ,,Signal an alle Linken'', mit dem eine militantere Politik bei zukünftigen gemeinsamen Aktionen erpreßt werden solle. Eine Welle der praktischen Solidarität ermöglichte der ,,taz'' ihr weiteres Erscheinen und die schnelle Bewältigung der entstandenen finanziellen Schäden. Auf dem eigens von Hamburger Künstlern organisierten Solidaritätsfest für die ,,taz'' am 5.11. konnte die Hamburger ,,taz''-Redaktion stolz verkünden, daß die Schäden durch das reichliche Spendenaufkommen bereits behoben werden konnten. Ich will auf Einzelheiten dazu nicht weiter eingehen.

Bemerkenswert und meiner Ansicht nach auch bedenklich ist allerdings, daß die wenigen Stimmen, die sich nicht mit einer Verurteilung des Anschlags als ungeeignete Methode des Meinungskampfes innerhalb der Linken begnügten, sondern auch die Berichterstattung der ,,taz' hinterfragten, von dieser Solidaritätswelle überrollt wurden. Auch in der ,,taz'' selbst war bisher kein selbstkritisches Wort zu der Veröffentlichung des Lochte-Interviews zu lesen.

Deutlich allerdings sind die Differenzen im autonomen Lager hervorgetreten: In einer Stellungnahme von ,,Einigen Leuten aus dem autonomen Plenum'' wird die Aktion als ,,stalinistische Politik'' gekennzeichnet, bei der es darum gegangen sei ,,*einen politisch Andersdenkenden mundtot zu machen.*'' Zugleich werden die ,,Scheißartikel'' der ,,taz'' kritisiert und als Alternative formuliert: ,,*Wieso wurde nicht z.B. eine Satzmaschine entführt und als Geisel für eine Artikelserie benutzt?*''

Ähnlich argumentiert eine Stellungnahme einer Gruppe ,,Keine Solidarität mit der taz''. Sie kritisiert einerseits die ,,objektive Staatsschutzfunktion'' der ,,taz'', andererseits aber die mangelnde Vermittlung der Aktion gegen die ,,taz'': ,,*Das Ziel und die Aktionsform, Zerstörung der taz, wurde (im Vergleich mit anderen Möglichkeiten: Besetzung, Enteignung, Durchsetzung eigener Seiten) nicht vermittelt. Ebenfalls nicht vermittelt ist der genaue politische Hintergrund der Aktion. Dies führt zu den momentan laufenden desorientierenden Diskussionen über die Aktionsform anstatt über den politischen Skandal.*''

Ganz anders die Gruppe ,,autonome und antiimperialisten'', die mehr als ei- *orientierenden Diskussionen über die Aktionsform anstatt über den politischen Skandal.*'' Ganz anders die Gruppe ,,autonome und antiimperialisten'', die mehr als ei- ne Woche nach dem Anschlag per Bekennerschreiben in einem Hafenstraßen-Info die Verantwortung für den Anschlag übernahm. Sie schrieb u.a.:,,*Den Vorstoß Lochtes in der Öffentlichkeit, über Presseartikel, Veranstaltungen und zuletzt mit dem TAZ-Gespräch verstehen wir als Teil seiner Strategie, mit der er zwei wesentliche Staatsschutzinteressen durchsetzen will: einerseits den Dialog mit dem linksliberalen Spektrum unter dem Motto — Schutz der Verfassung als Sache aller Demokraten — zu führen, andererseits für alle Aktionen und Ideen, die nicht einzubinden sind in die bestehenden Herrschaftsstrukturen, einen — von diesem Spektrum akzeptierten — rechtsfreien Raum, den Ausnahmezustand, zu schaffen. Das zielt darauf ab, die Hafenstraße, die autonomen und antiimperialistischen Gruppen zu liquidieren. Gerade jetzt, wo die Revolten nach der Ermordung von Günter Sare zeigen, daß immer mehr Menschen bereit sind, die direkte Konfrontation mit dem Staat zu führen.*'' Es gehe also keineswegs darum, jemanden mundtot zu machen: ,,*Es geht einfach darum, den gemeinsamen Angriff von Taz und Verfassungsschutz sichtbar zu machen und abzuwehren, und das auch unabhängig davon, daß wir die TAZ schon lange nicht mehr an ihrem ursprünglichen Anspruch, eine linke Zeitung zu sein, messen.*''

Überdies geht es ihnen um mehr:,,*Wir im autonomen Plenum sollten die Auseinandersetzung um die Aktion jetzt auch nutzen, um uns selbst klar zu werden, über die Situation der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, um Widerstandsformen und Strategien. Nur auf der Grundlage eines Prozesses eigener politischer Klarheit können wir bestimmen, auf welche Menschen wir uns beziehen wollen. (Es bringt uns nicht weiter, wenn wir immer wieder feststellen, und darüber lamentieren, daß wir z.B. im Rahmen von Demonstrationen von KB und GAL aufgesogen werden, uns nicht richtig artikulieren konnten.*''

Zu diesem Aufruf gehört auch die Ankündigung in dem Hafenstraßen-Info, zum Jahresende ein Treffen mit ,,*anderen gruppen und zusammenhängen in hamburg und in anderen städten in der BRD durchzuführen, ... wo wir unsere erfahrungen austauschen können, wie wir unsere kommunikationsstrukturen stärken können, wie wir aktionsfähiger werden.*''

Im Ergebnis hat die bisherige Auseinandersetzung um die Veröffentlichung des Interviews und den Anschlag keineswegs gewinnbringende Diskussionen und Solidarisierungsmöglichkeiten mit der Hafenstraße ausgelöst. Sie hat im Gegenteil zu einer Vertiefung der Spaltung zwischen integrationistischen Teilen der Linken, einschließlich großen Teilen der traditionellen autonomen Szene und jenem militanten Teil der Szene geführt, dessen Selbstverständnis sich in dem Motto ,,Es ist Krieg in den Städten'' ausdrückt. Angesichts der noch weiter absehbar zunehmenden Integration der GRÜNEN und der Reste ehemaliger radikaler Linken als staatstragende Kraft dürfte der ,,taz''-Konflikt nur ein exemplarischer Vorbote für eine sich noch weiter vertiefende Polarisie- radikaler Linken als staatstragende Kraft dürfte der ,,taz''-Konflikt nur ein exemplarischer Vorbote für eine sich noch weiter vertiefende Polarisie- rung sein.

F.

DOKUMENTATION

„Gemeinsamer Angriff von taz und Verfassungsschutz"

„Antiimperialistische Kreise" erklären sich zum Anschlag auf die Hamburger taz-Redaktion „wg. Lochte" Aus: ,,taz'' vom 2.11.85

Am Montag, dem 21. Oktober '85 gegen Mitternacht, haben etwa 40 Frauen und Männer aus autonomen und antiimperialistischen Gruppen die taz-Räume aufgesucht und die Produktionseinrichtungen zerstört. Die Aktion ist entstanden aus einer Diskussion über die Situation der Hafenstraße. Es ging erstmal darum, an dem, was an Angriffen gegen die Hafenstraße gelaufen ist — wo der vorläufige Höhepunkt der Brandanschlag in der Nacht auf den 18.10 war — zu begreifen, daß es wirklich um die Zerschlagung der Gruppe geht.

Dabei wurde für alle klar, daß die taz mit der Lochte-Geschichte diesen Angriff direkt bis in unsere eigenen Reihen verlängerte. Es ging darum, diese Tatsache klarzumachen. Gelaufen ist dann die Aktion auch einfach aus dem Bedürfnis heraus, gleich damit anzufangen.

Es ist dem Staat nicht gelungen, die Hafenstraße durch sogenannte rechtsstaatliche Methoden und diverse Polizeiüberfälle zu räumen. Einmal sicher wegen der zu erwartenden breiten Entrüstung, die weit ins linksliberale Spektrum hineingereicht hätte, zum andern aber auch wegen des Aufruhrs, der bundesweit nicht ausgeschlossen werden kann.

Deshalb versucht Lochte jetzt das linksliberale Spektrum abzuspalten, indem er gezielt über die taz verbreitet: „RAF in der Hafenstraße", indem er so die Härte der Auseinandersetzung signalisiert, konfrontierter dieses Spektrum mit seinem eigenen Widerspruch — einerseits es innerhalb dieses Systems noch ganz gut auszuhalten, andererseits aber sich mit Menschen zu solidarisieren, die aus der Erfahrung kämpfen, daß dieses System zerschlagen werden muß, wenn sie ein selbstbestimmtes Leben leben wollen. (Und das einigen ihr relativ privilegiertes Leben innerhalb dieses Systems näher ist als ihre Träume von einem selbstbestimmten Leben, haben ja viele der Stellungnahmen, die die taz in letzter Zeit abdruckt, gezeigt.) Gleichzeitig versucht Lochte die Spaltung in die Hafenstraße reinzudrücken. Mit dem Bild von „Führern und Handlangern" droht er auch die Zerschlagung der Gruppe durch die gezielte Verhaftung einzelner an. Wo das dann auch keinen Linksliberalen mehr aus seinem Sessel hochreißen soll.

Die taz berichtet über das Gespräch mit scheinbarer journalistischer Neutralität und unter dem Aufhänger der „Solidarität mit der Hafenstraße". Genau das, was Lochte braucht, um seine Angriffe wirkungsvoll zu lancieren. Das meinte er auch, wenn er öffentlich sagt, wenn es die taz nicht gäbe, müßten wir sie gründen. Das ist kein schlechter Witz, sondern normale Geheimdienstpraxis. (Nach Philipp Agee, einem ehemaligen CIA-Agenten, ist es eine der ersten Aufgaben des CIA gewesen, dort, wo linke Zeitungen existierten, diese zu infiltrieren und ansonsten eigene Agenturen und Zeitungen hochzuziehen.) Den Vorstoß Lochtes in der Öffentlichkeit, über Presseartikel, Veranstaltungen und zuletzt mit dem taz-Gespräch verstehen wir als Teil seiner Strategie, mit der er zwei wesentliche Staatsschutzinteressen durchsetzen will: einerseits den Dialog mit dem linksliberalen Spektrum unter dem Motto — Schutz der Verfassung als Sache aller Demokraten — zu führen, andererseits für alle Aktionen und Ideen, die nicht einzubinden sind in die bestehenden Herrschaftsstrukturen, einen — von diesem Spektrum akzeptierten — rechtsfreien Raum, den Ausnahmezustand, zu schaffen.

Das zielt darauf ab, die Hafenstraße, die autonomen und antiimperialistischen Gruppen zu liquidieren. Gerade jetzt, wo die Revolten nach der Ermordung von Günter Sare zeigen, daß immer mehr Menschen bereit sind, die direkte Konfrontation mit dem Staat zu führen.

Aus dem Ganzen sollte deutlich werden, wie weit enfernt die Vorstellung ist, einen Angriff gegen die taz durchzuführen, um politisch Andersdenkende mundtot zu machen. Es geht einfach darum, den gemeinsamen Angriff von taz und Verfassungsschutz sichtbar zu machen und abzuwehren, und das auch unabhängig davon, daß wir die taz schon lange nicht mehr an ihrem ursprünglichen Anspruch, eine linke Zeitung zu sein, messen.

Wir im autonomen Plenum sollten die Auseinandersetzungen um die Aktion jetzt auch nutzen, um uns selbst klar zu werden über die Situation der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, um Widerstandsformen und Strategien. Nur auf der Grundlage eines Prozesses eigener politischer Klarheit können wir bestimmen, auf welche Menschen wir uns beziehen wollen, wie wir Bündnisse eingehen wollen. (Es bringt uns nicht weiter, wenn wir immer wieder feststellen und darüber lamentieren, daß wir z.B. im Rahmen von Demonstrationen von KB und GAL aufgesogen werden, uns nicht richtig artikulieren konnten.)

KPD-Parteitag ohne besondere Vorkommnisse

Der „Rote Morgen, Zentralorgan der KPD" (vormals KPD/ML), erschien am 8.November erstmals ohne die gewohnten vier Köpfe im Namenszug: Marx, Engels, Lenin und Stalin. Der Fünfte im Bunde, Mao aus dem Land des Lächelns, war schon vor ein paar Jahren als häßlicher Kleinbürger über Bord gegangen. Wetten waren bereits abgeschlossen worden, wann auch der Kopf Stalins aus dem Titel fallen würde. Mit dem einfachen radikalen Kahlschlag hat sich die KPD nun aus der Verlegenheit befreit, die Köpfe womöglich alle einzeln demontieren zu müssen. „Damit soll dokumentiert werden, daß die Zeit, in der sich unsere Partei auf ein formalisiertes, katechismusartiges Marxismus-Verständnis berief, vorbei ist", lobt die Partei sich ein wenig selbst, möchte aber zugleich einen vielleicht naheliegenden Verdacht weit von sich weisen: „Was keinesfalls heißt, daß unsere Partei von marxistischen Positionen abrückt, im Gegenteil." (RM, 8.11.)

Beschlossen wurde die Trennung von den vier Klassikerköpfen auf einem Sonderparteitag der KPD, der in den ersten drei Novembertagen stattfand. „Für diejenigen, die die Diskussion und Entwicklung in der KPD mitverfolgt haben, kann dies keine Überraschung sein, so wenig wie die anderen Beschlüsse des Parteitags." „Auf diesem Sonderparteitag wurde noch viel mehr und viel wichtigeres geändert als das Aussehen des RM-Titels. Alle diese Beschlüsse entsprechen der Entwicklung, die die Politik der KPD in den letzten Jahren genommen hat."(RM, 8.11.)

So gesehen war der Sonderparteitag der KPD tatsächlich ein Parteitag ganz ohne Überraschungen und unerwartete Höhepunkte. Sieht man von dem hohen soziokulturellen Erlebniswert ab, den solche Zusammenkünfte nun einmal haben, bewegte sich der Sonderparteitag tatsächlich hart am Rand der Überflüssigkeit. Rund 100 Menschen vertraten dort etwas über 500 Parteimitglieder. Die Minderheitsfraktion knallharter Alt-MLer hatte sich bereits im Vorfeld aus der Partei verabschiedet und damit eine hübsche Gelegenheit für einen etwas öffentlichkeitswirksameren Eklat verschenkt. Insgesamt sind, nach offiziellen Angaben der KPD, im Zuge dieser Fraktionierung etwa 5o Menschen aus der Partei ausgetreten; das entspricht einem knappen Zehntel der Mitgliederzahl. Auf dem Parteitag trat denn auch keine nennenswerte Opposition gegen die neue ZK-Linie mehr in Erscheinung: Restloser Bruch mit der eigenen politischen Geschichte und Orientierung auf Zusammenschluß mit der trotzkistischen GIM.

Schon auf dem V.Parteitag der KPD (November/Dezember 83) war beschlossen worden, noch vor dem VI.Parteitag, der eigentlich zwei Jahre später stattfinden sollte (inzwischen verschoben auf Februar 1986), einen außerordentlichen Parteitag einzuschieben. Der a.o. Parteitag sollte über Fragen zum Thema 'Sozialistische Demokratie und Diktatur' diskutieren, die während des V.Parteitags aufgeworfen worden waren. Außerdem sollten ein neues Parteiprogramm und Statut beschlossen werden; das alte Programm war aus dem Jahr 1977 (III.Parteitag). Im Oktober 1984 setzte das ZK der KPD den Sonderparteitag auf Ende Oktober/Anfang November 85 an. Im Laufe des Jahres 1985 wurde die Tagesordnung des Sonderparteitags stark verändert: Zum einen sollte nun noch kein neues Programm, sondern nur ein „Programmentwurf" beschlossen werden. Damit soll die Programmfrage für den angestrebten Zusammenschluß mit der GIM offengehalten werden. Zum zweiten wurden nachträglich die Vereinigungsverhandlungen mit der GIM zu einem Hauptpunkt des Sonderparteitags gemacht.

Programm von 1977 „gravierend falsch"

Die KPD hat nun zwar an Stelle ihres alten Statuts ein neues, aber sie hat streng formal betrachtet zur Zeit kein Programm, sondern eben nur einen „Entwurf", der aber kurioserweise bereits die Zustimmung eines Parteitags bekommen hat, und das gegen eine einzige Nein-Stimme.

Worin eigentlich der große historische Fortschritt des neuen Textes gegenüber dem bisher gültigen, aber offensichtlich schon seit einigen Jahren nur noch als Müll betrachteten Programm von 1977 bestehen soll, ergibt sich am deutlichsten immer noch aus der Begründung des ZK-Antrags auf Aufhebung des alten Programms: „*Von allen konkreten politischen Bedingungen wird nahezu völlig abstrahiert. Wahlen, Parlamente, Parteien usw. — alles das erscheint im wesentlichen als politisch nebensächlich, als Einrichtung zur Täuschung der Arbeiterklasse.*" lichsten immer noch aus der Begründung des ZK-Antrags auf Aufhebung des alten Programms: „*Von allen konkreten politischen Bedingungen wird nahezu völlig abstrahiert. Wahlen, Parlamente, Parteien usw. — alles das erscheint im wesentlichen als politisch nebensächlich, als Einrichtung zur Täuschung der Arbeiterklasse.*" „*Auch die Gewerkschaftsfrage und die Frage anderer politischer Strömungen in der Arbeiterbewegung*" werde im 77er Programm „*so gravierend falsch behandelt, daß die entsprechenden Ausführungen des Programms von 1977 den Erfordernissen einer den Bedingungen unseres Landes entsprechenden revolutionären Strategie nach unserem heutigen Erfahrungsstand widersprechen.*"

Es zeigt sich an diesem Beispiel anschaulich, daß das ZK anstelle einer echten Begründung viele leere Worthülsen abgeliefert hat. Im Grunde reduziert es sich darauf, daß das Programm von 1977 falsch ist, weil es nichts taugt. Der Sonderparteitag zog daraus mit relativ knapper Mehrheit (49 ja, 37 nein) die Konsequenz, das ZK darauf zu verpflichten, jetzt im „Roten Morgen" eine kritische Auseinandersetzung mit dem alten Programm zu beginnen.

Aber weiter im Text der Antragsbegründung des ZK: „*Die im Programm von 1977 behauptete große strategische Bedeutung der nationalen Frage erscheint nicht realistisch. Zumindest teilweise ist sie auch unvereinbar mit der marxistischen Auffassung, daß in den imperialistischen Ländern die nationale Frage der Klassenfrage untergeordnet ist. Die Ausführungen zur Rolle der Partei im Programm entsprechen nicht unserem heutigen Verständnis als KPD. Die Behandlung der Frage der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution im Programm läßt sektiererische Deutungen zu, weil sie inhaltlich nicht mit politisch-strategischen Vorstellungen verbunden ist.*" „*Das Programm von 1977 trägt in seiner Darlegung der sozialistischen Ziele der Partei der Massendiskussion, die über den Sozialismus in der Arbeiterklasse stattfindet, nur unzureichend Rechnung*". Die Kritik an den Verhältnissen in den „revisionistischen" Ländern erfordere es, „*die unmittelbare Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die direkte Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse programmatisch stark (zu) betonen.*"

Das Programm von 1977 wird also heute als Ausdruck und Instrument des klassischen ML-Sektierertums in der KPD, damals noch KPD/ML, betrachtet. Aber schon der IV.Parteitag der KPD/ML im Dezember 1978, stand im Zeichen der Abrechnung mit den „*starken sektiererischen Abweichungen und Fehlern der Partei in der Vergangenheit*" und der „*Ausrichtung im Kampf gegen das ultralinke Sektierertum*", für das man den verderblichen Einfluß des Maoismus verantwortlich machte. Das heißt, zwischen dem Programm von 1977 und dem IV.Parteitag 1978 lag der Bruch der KPD/ML mit dem, was sie für Maoismus hielt. Im Grunde war schon ab diesem Zeitpunkt eine Neufassung des Programms fällig. Daß die KPD/ML, seit 1980 offiziell nur noch KPD, seit *rertum*", für das man den verderblichen Einfluß des Maoismus verantwortlich machte. Das heißt, zwischen dem Programm von 1977 und dem IV.Parteitag 1978 lag der Bruch der KPD/ML mit dem, was sie für Maoismus hielt. Im Grunde war schon ab diesem Zeitpunkt eine Neufassung des Programms fällig. Daß die KPD/ML, seit 1980 offiziell nur noch KPD, seit nunmehr sieben Jahren mit der Ausarbeitung eines neuen Programms zögert und experimentiert, dürfte wesentlich dem Umstand zuzuschreiben sein, daß die Partei sich seither in permanenter Umwandlung befindet und es in der Tat ein gewagtes Unternehmen gewesen wäre, irgendwann den Momentzustand programmatisch festschreiben zu wollen. Daher auch jetzt nur ein „Entwurf". So betrachtet könnte man das Zusammenschlußprojekt mit der GIM als totale Flucht aus der eigenen Geschichte und aus den letzten Resten eigener Identität interpretieren.

Der Antrag auf Aufhebung des 77er Programms wurde bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Revisionistische Länder oder Arbeiterstaaten?

Im Zentrum der Debatte um den „Programmentwurf" standen bezeichnenderweise nicht die Fragen des politischen Kampfes in der BRD oder einer revolutionären Strategie zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse. Stattdessen konzentrierten sich die Meinungsverschiedenheiten auf die Bewertung der sog. revisionistischen Länder Mittel- und Osteuropas. Von dem klassischen ML-Urteil, daß diese Staaten sozialimperialistisch und sozialfaschistisch seien, ist die KPD seit ein paar Jahren abgekommen. Immerhin hatte der amtierende Parteivorsitzende Koch noch 1979 den knallharten wissenschaftlichen Nachweis geführt, daß auch die VR China nicht bloß ein kapitalistisches, sondern auch schon ein imperialistisches Land ist. (RM, 25.5.79) Daß die KPD mittlerweile von diesen Bezeichnungen keinen Gebrauch mehr macht, war zunächst weniger einer neuen Analyse zu verdanken, sondern widerspiegelte vordergründig das zunehmende Mißtrauen gegenüber den klassischen ML-Definitionen, denen heute ganz allgemein der Mief von Peinlichkeit und „ultralinkem Sektierertum" anhaftet. Inzwischen sind aber, vorangetrieben durch den Kontakt zur trotzkistischen GIM, die alten Urteile auch substantiell ins Rutschen gekommen. Die Trotzkisten lehnen es bekanntermaßen ab, die sog. revisionistischen oder realsozialistischen Länder als kapitalistisch zu bezeichnen oder von einer „neuen Bourgeoisie" zu sprechen. Für sie handelt es sich um „bürokratisch entartete Arbeiterstaaten".

Dementsprechend gab es auf dem Parteitag einige Ansätze, die Bewertungen des Programmentwurfs über diese Länder zu modifizieren. Ein Antrag forderte beispielsweise, in diesem Zusammenhang Begriffe wie Lohnarbeit und Profit zu streichen; „herrschende Klasse" sollte durch „privilegierte Schicht" ersetzt werden. Diese Änderungen sollten, wie es in der An- Dementsprechend gab es auf dem Parteitag einige Ansätze, die Bewertungen des Programmentwurfs über diese Länder zu modifizieren. Ein Antrag forderte beispielsweise, in diesem Zusammenhang Begriffe wie Lohnarbeit und Profit zu streichen; „herrschende Klasse" sollte durch „privilegierte Schicht" ersetzt werden. Diese Änderungen sollten, wie es in der An- tragsbegründung hieß, Kritik an der klassischen These von der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in diesen Ländern ausdrücken. Der Antrag konnte immerhin 27 Stimmen, also ein Viertel der Delegierten, auf sich ziehen (57 Gegenstimmen, 7 Enthaltungen). Nahezu einstimmig (3 Nein, 4 Enthaltungen) wurde an der umstrittenen Textstelle eine Formulierung gestrichen, die die Interpretation zumindest nahelegte, die Verhältnisse in den sog. revisionistischen Ländern seien „wie bei uns in Westdeutschland und Westberlin".

Ein anderer Antrag wollte aus der programmatischen Aussage, daß die revisionistischen Länder „*auch in der Frage des Kampfes um die Vorherrschaft in der Welt und des Wettrüstens oder in der Frage der Umweltzerstörung keinen Weg eingeschlagen haben, der sich grundsätzlich von dem der westlichen imperialistischen Länder unterscheidet*", die „Vorherrschaft in der Welt" gestrichen haben. Dieses von vornherein sehr bescheidene Anliegen brachte es auf 30-Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen. Sogar 37 Ja-Stimmen (52 Nein, 8 Enthaltungen) gab es für den Versuch, die Kriegsgefahr nicht nur aus der „*globalen Konfrontation zwischen den beiden aggressiven Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt*" herzuleiten, sondern deutlicher den Versuch der NATO zu betonen, „*militärische Erstschlags- und Enthauptungskapazitäten*" aufzubauen und sich eine „*weltweite Operationsfähigkeit*" zu sichern. Mit diesem Antrag sollte, wie es in der Begründung hieß, „*die bisherige Parteidoktrin von der gegenüber den westlichen Ländern aggressiven sozialimperialistischen Supermacht SU in Frage*" gestellt werden. Die Formulierung im Programmentwurf unterstelle „*eine weitgehende Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit der internationalen Rolle beider Militärblöcke*". Tatsache sei jedoch, „*daß die NATO dem Warschauer Pakt ökonomisch und militärisch weit überlegen*" ist.

Abstimmungen wie diese zeigten, daß es in der KPD eine recht starke Minderheit in Einzelpunkten gibt, die bis zu 40% der Delegierten umfassen konnte. Andererseits sind bei näherer Betrachtung die inhaltlichen Differenzierungen (noch?) nicht sehr scharf. Die Auffassungen der Minderheit stehen denen der Mehrheit immer noch eindeutig näher als den politischen Positionen anderer Organisationen, etwa der GIM.

Neues Selbstverständnis

Nahezu einstimmig (eine Gegenstimme, zwei Enthaltungen) wurde eine Vorlage des ZK **„über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei"** angenommen. Der Text betont die Notwendigkeit der „*Schaffung einer revolutionären Partei in der Arbeiterbewegung*" als „*eine vordringliche Aufgabe*". „*Gegen bestehende andere Vorstellungen halten wir daran fest, daß die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, sich der Arbeiterklasse insgesamt nicht erschließt unmittelbar aus der Erfahrung in den Klassenauseinandersetzungen oder aus dem Erleben der Verfaultheit, Krisenhaftigkeit und Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft.*" „*Die Einsicht in das Gesamtinteresse der Klasse und die grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge ist letztlich nur möglich mit Hilfe der Theorie, mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus. Auf Grund der unterdrückten Stellung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kapitalismus ist es allerdings undenkbar, daß sich die gesamte Arbeiterklasse den wissenschaftlichen Sozialismus auf theoretischem Wege aneignet. Dazu bedarf es der Vermittlung über die Politik. Wir halten es deshalb für notwendig, daß der fortschrittlichste Teil der Arbeiterbewegung sich in einer politischen Partei zusammenschließt..*". „*Ziel und Zweck der revolutionären Partei ist es, die Arbeiterbewegung politisch, ideologisch und organisatorisch zur Führung des Klassenkampfes zu befähigen, damit die Klasse den Kampf um ihre Interessen gegen Kapital und bürgerlichen Staat führen und politisch selber die Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Sozialismus ausüben kann. Damit wenden wir uns ausdrücklich gegen alle Vorstellungen über das Verhältnis von Partei und Klasse, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterbewegung zur Ma-* *ganisatorisch zur Führung des Klassenkampfes zu befähigen, damit die Klasse den Kampf um ihre Interessen gegen Kapital und bürgerlichen Staat führen und politisch selber die Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Sozialismus ausüben kann. Damit wenden wir uns ausdrücklich gegen alle Vorstellungen über das Verhältnis von Partei und Klasse, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterbewegung zur Ma-* *növriermasse einer politischen Partei zu degradieren...Ein Verständnis, in dem die 'Vorhut' als der alleinige Träger politischen Willens erscheint, und die Arbeiterbewegung nur als Mittel zur Durchsetzung dieses Willens fungiert, ist dem Ziel, die politische Handlungsfähigkeit der Klasse zu erhöhen, direkt entgegengesetzt.*"

In ihrem früheren Selbstverständnis war die KPD bzw. KPD/ML die „Vorhut und Führung der Arbeiterklasse" a priori durch den Gründungsakt. Aufgabe der Arbeiterklasse war es lediglich noch, die ihr fix und fertig präsentierte Avantgardepartei „als Führerin anzuerkennen". Für eine derart kindische Auffassung vom Verhältnis „Partei — Massen" lassen sich nicht einmal in den ansonsten einschlägig strapazierfähigen Schriften Stalins Argumente finden. Dennoch war diese Auffassung jahrelang Allgemeingut aller „prochinesischen" und „pro-albanischen" ML-Parteien. Eine ganze Generation von jungen Linksradikalen hat sich in diesen unglaublichen Wahnvorstellungen politisiert und organisiert.

Wer im Jahre 1985 mit der These hervortritt, die Erde sei keine Scheibe, sollte keinen Beifall für Lernfähigkeit oder gar wissenschaftliche Kühnheit erwarten. Ebenso steht es auch, wenn die KPD heute in ihrer Selbstverständnis-Resolution bekennt: „*Die KPD ist nicht diese Partei*", nämlich die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. „*Die von uns früher vertretene gegenteilige Auffassung halten wir für falsch. Die KPD ist eine revolutionäre Partei, die sich dem revolutionären Sozialismus verpflichtet fühlt. Sie stellt jedoch nicht den Zusammenschluß der fortschrittlichsten Kräfte der Arbeiterbewegung dar, sondern nur eines kleinen Teils.*" Und an anderer Stelle der Selbstverständnis-Resolution: „*Die KPD geht davon aus, daß sie heute in der Bundesrepublik nicht die einzige Organisation ist, die die Positionen des revolutionären Sozialismus vertritt.*" Gegenüber den anderen revolutionären Organisationen „*vertritt die KPD die Position, daß die Zersplitterung in verschiedene Organisationen ein schädliches Produkt des Sektierertums der revolutionären Linken — auch unserer Partei — ist und eine Vereinigung dieser Kräfte in einer Partei ein wichtiges Ziel ist.*"

Damit ist die KPD von der Extremposition des exklusiven Führungsanspruchs schnurstracks in die entgegengesetzte Extremposition der kopflosen Zusammenschließerei umgefallen. In der Praxis wird dieses Bekenntnis zudem höchst unglaubwürdig, wenn man sich ansieht, wie die gleiche KPD eben noch (verständlicherweise!) recht harsch und unduldsam mit ihrer internen ML-Opposition umgegangen ist und mit welch offener Erleichterung sie schließlich deren Austritt quittiert hat. Andererseits predigt der amtierende KPD-Vorsitzende Koch dann aber die ganz große linke Vereinigung bis hin zur MLPD, die kein bißchen rationaler agiert als die ML-Minderheit der KPD.

Die Differenzen in der Linken werden in der Selbstverständnis-Resolution auffallend platt behandelt: „*Die Hauptauseinandersetzung, an der sich nach unserer Auffassung in den nächsten Jahren die Herausbildung einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung entscheiden wird, ist die um die Frage Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf.*" Auf dieser Ebene könnte und müßte man sich heute schon mit der DKP, aber auch mit vielen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern zusammenschließen können. Heraus käme, falls solch ein *der sich nach unserer Auffassung in den nächsten Jahren die Herausbildung einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung entscheiden wird, ist die um die Frage Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf.*" Auf dieser Ebene könnte und müßte man sich heute schon mit der DKP, aber auch mit vielen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern zusammenschließen können. Heraus käme, falls solch ein Experiment möglich wäre, eine neue linkssozialdemokratische Partei. Wenn man das will, müßte sich eigentlich die Sonderexistenz der KPD schon heute als überflüssige Marotte darstellen.

Vereinigungsprozeß GIM-KPD stagniert

Seit Herbst 1984 finden Spitzengespräche über einen Zusammenschluß der KPD mit der trotzkistischen GIM statt. Nachdem diese Verhandlungen bereits sehr nahe an eine organisatorische Vereinigung herangeführt haben, scheint derzeit eine Phase der Stagnation und der Trippelschritte auf der Stelle eingetreten zu sein. Dem Parteitag lag ein ZK-Antrag hierzu vor, der fast ein-



Rede des Genossen Ernst Aust auf der Abschlussveranstaltung des III.Parteitages der KPD/ML

1 H 3752 CX Seite 6

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 11. Februar 1977 — 11. Jahrgang — 50 Pfennig

Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen. Mao Tsetung

III. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen!

stimmig (drei Gegenstimmen, vier Enthaltungen) mit minimalen Änderungen angenommen wurde. Die wichtigste Ergänzung besteht in der Festlegung, daß vor der Vereinigung mit der GIM eine Urabstimmung darüber in der KPD stattfinden soll.

In dem beschlossenen Text heißt es: Im Verlauf der bisherigen Gespräche sei ,,*ein relativ hohes Maß an programmatischer Übereinkunft*'' deutlich geworden. Das lasse die Vereinigung beider Organisationen zu einer einheitlichen Partei nicht nur als möglich, sondern geradezu als erforderlich erscheinen. Zwei Bedenken werden jedoch vor allem geäußert: 1. Die Zugehörigkeit der GIM zur sog. Vierten Internationale. Die Vierte Internationale könne nämlich ,,*zur Aufhebung der Zersplitterung im internationalen Maßstab nichts wesentliches beitragen, weil sie faktisch die trotzkistische Strömung in Abgrenzung zu anderen Strömungen des revolutionären Sozialismus organisiert.*'' Die KPD lehne deshalb eine Mitgliedschaft der angestrebten gemeinsamen Partei in der Vierten Internationale grundsätzlich ab. Ein Antrag, das Wort ,,grundsätzlich'' zu streichen, wurde vom Parteitag abgelehnt. 2. Die KPD drückt ihre Besorgnis angesichts des Aufkommens einer Fraktion in der GIM aus, die eine Schwerpunktsetzung auf den Entrismus in die Grüne Partei fordert und die Vereinigung mit der KPD eher skeptisch behandelt. (Entrismus ist eine traditionelle trotzkistische Taktik: gemeint ist die systematische ,,Unterwanderung'' anderer Organisationen durch Masseneintritte, um diese dann als ,,Transmissionsriemen'' instrumentalisieren zu können).

Zu den Bindungen der GIM an die Vierte Internationale heißt es in der vom Sonderparteitag angenommenen Resolution: Daraus wurde für eine Übergangszeit eine Kompromißlösung wahrscheinlich, ,,*die den Genossinnen und Genossen der GIM die Möglichkeit bietet, organisiert für ihre Auffassung vom Anschluß an die IV.Internationale einzutreten und zu werben und ihnen nicht den vollständigen Bruch mit der IV.Internationale als Vorbedingung für die Vereinigung abverlangt. Andererseits kann diese Übergangslösung nicht den Charakter haben, daß die GIM in der anzustrebenden vereinigten Organisation vermittelt über die Strukturen, Beschlüsse und die Disziplin der IV.Internationale einfach als eigenständige Organisation in der vereinigten Partei fortbesteht. Unter dieser Bedingung könnte kein vernünftiger Mensch Vertrauen darin haben, daß die angestrebte grundsätzliche Entscheidung auch im Falle einer Ablehnung des Anschlusses an die IV.Internationale von der GIM akzeptiert würde.*''

Diese Formulierung werden mit Sicherheit Sprengstoff sowohl in die Fusionsverhandlungen KPD-GIM wie auch in die GIM selbst tragen. Denn eine nicht unerhebliche Fraktion in der GIM ist sowieso schon der Ansicht, daß man in Sachen Vierte Internationale gegenüber der KPD bereits bis über die Grenzen der Selbstaufgabe hinausgegangen sei. Ein Resolutionsentwurf des ZK der GIM, der bereits vom 5.Oktober datiert ist, dokumentiert, wie weitgehend dort eigentlich die Vorstellungen sind: Die GIM beansprucht nicht nur das Recht, sich in einer zu bildenden gemeinsamen Partei als Fraktion in Wort und Tat für die Vierte Internationale einsetzen zu können. Sie möchte auch, daß das publizistische Material der Vierten Internationale frei in der neuen Partei verbreitet werden kann und daß Beobachter der Vierten Internationale an den Leitungssitzungen der neuen Organisation teilnehmen können. Im Übrigen ist sonnenklar, daß die jetzige GIM nicht aus der Vierten Internationale austreten würde, bloß weil nach Ablauf einer gewissen Probezeit die Mehrheit einer gemeinsamen Organisation KPD-GIM so entscheidet. Zumindest an diesem Streitpunkt sind die Fusionsanstrengungen der beiden Gruppierungen also total festgefahren, und es ist auch nicht recht abzusehen, wie da ein Ausweg gefunden werden könnte. Es sei denn, beide Seiten lügen sich gegenseitig in die Taschen und vertrauen darauf, daß ,,die Zeit'' irgendwie schon alle Probleme lösen werde. Ein solcher Weg ist nicht einmal unwahrscheinlich, denn **,,angesichts ihrer Orientierungskrise greifen — das Bild sei erlaubt — beide ,Ertrinkenden' nach einander, um nicht zu versinken. Das beweist ihren Lebenswillen. Aber in blinder Panik können sie sich nicht helfen, sondern nur gemeinsam untergehen.''** Mit diesen drastischen Sätzen kennzeichnet jene Strömung der GIM, die für den Entrismus bei den Grünen eintritt, die Lage. Indessen hat die KPD mit der vom Sonderparteitag beschlossenen Resolution unverdrossen Kurs auf baldigen Zusammenschluß mit der GIM genommen: Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmentwurfs KPD-GIM, Ausarbeitung eines gemeinsamen Statutenentwurfs, Ausarbeitung einer gemeinsamen Selbstverständnis-Resolution und Beschlußfassung über die Ergebnisse auf einem nächsten Sonderparteitag der KPD, der 1986 stattfinden soll.

Obwohl dieser Tagesordnungspunkt äußerlich glatt über die Bühne ging, ist die Unzufriedenheit vielen KPD-Mitglieder mit der Informationspolitik ihres ZK nicht zu übersehen: Sie fühlen sich, so wurde vielfach erklärt, über die Vereinigungsverhandlungen unzureichend informiert und kritisieren den Mangel an inhaltlicher Darstellung und Diskussion der damit verbundenen politischen Probleme. Das KPD-ZK wurde darauf verpflichtet, ,,*eine Dokumentation zu den Auffassungen der GIM und der IV.Internationale auf verschiedenen Politikfeldern*'' zu erarbeiten. Überhaupt soll das Studium der politischen Auffassungen der GIM und die Auseinandersetzung mit ihnen in der KPD in nächster Zeit grösseren Raum einnehmen. Das könnte unter Umständen eine stärkere Polarisierung in der KPD an den klassischen ,,Trotzkismus-Fragen'' zur Folge haben. Der Reiz auf manche KPD-Mitglieder, sich aus der Krise aller ideologischen Sicherheiten in die zwar auch nicht krisenfreie, aber dennoch vergleichweise glaubensfeste Weltgemeinde des Trotzkismus hinüberzuretten, dürfte beträchtlich sein.

,,Die Kritik am Roten Morgen ist verbreitet''

,,Die Kritik am Roten Morgen ist verbreitet. Seine Auflage ist im Keller. Seine ,politische Wirksamkeit schon deshalb sehr begrenzt. Der kräftemäßige und finanzielle Aufwand für die wöchentliche Herausgabe des Roten Morgen ist — gemessen an den Möglichkeiten unserer kleinen Partei — enorm. Stellt sich die Frage: gibt es zur Wochenzeitung Roter Morgen Alternativen? Der 6. Parteitag Anfang Februar wird sich mit dieser Frage befassen müssen.''

So beginnt der KPD-Vorsitzende Horst-Dieter Koch im ,,Roten Morgen'' vom 15.November einen großen Krisen-Ratschlag über die Zukunft des Zentralorgans. Ein Großteil der Probleme, die Koch nennt und viel von den Überlegungen, die er dazu anstellt, wird kaum einem linken Zeitungsproduzenten unbekannt sein.

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 1, 5. Januar 1979 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen

Wir freuen ... ein für alle deutschen Kommu- ... Arbeiter bedeutsames ... | nommen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Parteitag...

Geschichte der KPD/ML — langer Lehrgang

,,*Die Redaktion, die Woche für Woche unter großem Zeitdruck den Roten Morgen redaktionell konzipiert und im wesentlichen auch schreibt, hat seit geraumer Zeit zunehmend Zweifel daran, ob der Rote Morgen in seiner jetzigen Form unserer Partei, ihren Problemen und ihren politischen Aufgaben gerecht wird*''. So leide der RM beispielsweise an der ,,zwiespältigen'' Aufgabenstellung, einerseits Zeitung für Kommunisten, andererseits aber auch Zeitung ,,für nichtkommunistische Menschen'' zu sein. Indessen schrumpfe die Auflage ,,*immer mehr auf die Parteimitglieder und ein aus unterschiedlichen Gründen interessiertes Umfeld*'' zusammen. ,,*Der Freiverkauf des Roten Morgen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen...Als Abonnentenzeitung wird sich der Rote Morgen aber auf absehbare Zeit bei einer Auflage einpendeln, die 1000 nicht wesentlich übersteigt.*'' Eine ,,*Darstellung kommunistischer Politik ,nach außen'*'' finde über den RM ,,*schon deshalb nicht statt, weil der Rote Morgen im Wesentlichen nur unter Menschen verbreitet wird, die die KPD recht gut kennen.*'' Das liege jedoch nicht etwa am Inhalt des RM, sondern an der Unlust der meisten KPD-Mitglieder, die Zeitung zu verbreiten. Solange diese Unlust anhalte, sei ,,*eine Debatte über diesbezügliche inhaltliche und journalistische Schwächen des Roten Morgen eine recht brotlose Kunst.*''

Andererseits könne der RM zur Zeit aber auch die Ansprüche seiner Leserschaft auf ,,*politische Orientierungshilfe, sorgfältige Beiträge zur Analyse bestimmter Probleme, fundierte Auseinandersetzung mit anderen Positionen in der Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Bewegungen, die Entwicklung marxistischer Positionen zu neu in der gesellschaftlichen Diskussion auftauchenden Fragen*'' nur in geringem Maß befriedigen. Auf einigen Politikfeldern seien KPD und RM noch recht leistungsfähig, auf anderen hingegen sehr schwach besetzt. Eine Wochenzeitung, wie es der RM tatsächlich immer noch ist, sei aber gezwungen, die Themen aufzugreifen, die vom aktuellen politischen Geschehen gestellt werden. Daraus ergebe sich, ,,*daß im Roten Morgen jede Woche zu Fragen geschrieben wird, über die eine politische Diskussion in den zentralen Gremien der Partei, geschweige denn in größeren Teilen der Partei, nicht stattgefunden hat.*'' Früher habe sich dieses Problem so nicht gestellt, ,,*weil der Rote Morgen selbstverständlich die ,Linie' festlegte und differenziertere Beurteilungen ohnehin nicht gefragt waren.*'' Da das heute nicht mehr so sei, ergebe sich, daß die Redaktion des RM zu komplizierten Themen ,,*politisch unprofilierte Artikel*'' schreibe, ,,*die sich mit Bedacht im Rahmen dessen halten, ,was man auf jeden Fall sagen kann'. Strittige Fragen werden umgangen, wobei es aber in der Regel so ist, daß gerade diese Fragen den Ausgangspunkt für die Diskussion zur Entwicklung kommunistischer Positionen darstellen.*''

Überdies sei der Preis für die Herausgabe dieser Wochenzeitung doch sehr hoch: ,,*Praktisch ist gegenwärtig nahezu die gesamte Parteizentrale auf die wöchentliche Herausgabe des Roten Morgen zugeschnitten*''. Nicht nur der technische Apparat der Zentrale, sondern auch die freigestellten Funktionäre würden großenteils durch den RM aufgezehrt. ,,*Das hat ohne Zweifel dazu geführt, daß die Weiterentwicklung der Politik der Partei äußerst langsam vor sich geht, daß in der praktischen Arbeit viele Fragen auftauchen, zu deren geordneter Untersuchung und Diskussion von der Parteizentrale keine Initiativen ausgehen.*'' Mittlerweile habe sich auch noch die Finanzsituation der KPD derart verschlechtert, daß eine ,,erhebliche'' Verringerung der freigestellten Kräfte nötig sei. Die wöchentliche Herausgabe des RM werde dann nicht mehr zu leisten sein.

Nun könnte man das Problem mit der Umstellung auf 14tägiges Erscheinen des RM zu lösen versuchen. Dadurch würde jedoch, befürchtet H.-D. Koch, die Lage nicht besser, sondern eher noch unbefriedigender. Diese Umstellung würde im Grunde gerade eben nur die unvermeidliche Personalreduzierung auffangen, aber keine Luft für neue Initiativen, Gewinnung neuer Mitarbeiter etc. schaffen. So würde der RM ,,*auch als 14tägige Zeitung nicht auf der Höhe der politischen Diskussion in der Linken und der durch die Klassenkampfentwicklung aufgeworfenen Fragen sein können.*''

Er plädiert deshalb **,,für eine völlige Umstellung der Parteipublizistik. Die Partei sollte monatlich ein politisches Magazin herausgeben. Es sollte eine Mischung aus Reportagen, politischen Kommentaren, theoretischen Artikeln, Interviews, Nachrichten etc. enthalten. Es müßte also lesbar sein für jeden an sozialistischer Politik im weitesten Sinne interessierten Menschen. Es müßte aber auch ein wirkungsvolles Instrument sein, die politische Diskussion in der Partei zu entwickeln und sich in die Diskussion in der sozialistischen Bewegung, der Gewerkschaftslinken usw. überzeugend einzuklinken.''** Zusätzlich sollte es eine gleichfalls monatlich produzierte, billig gemachte, vier RM-Seiten starke, kostenlos verteilte ,,Massenzeitung'' geben. Diese müsse ,,*kompromißlos am Massenbewußtsein und an der Massendiskussion ansetzen*'', was immer damit gemeint sein mag. Diese Kombination, Polit-Magazin und Massenzeitung, so lockt Koch abschließend seine Partei, könnte mehr sein als nur eine Notlösung, könnte ,,*zu einem wirklichen Fortschritt gegenüber den jetzigen publizistischen Bemühungen der Partei*'' führen.

Man kann an dieser These zweifeln. Bedenklich ist, daß Koch in diesem publizistischen Szenario die GIM, mit der man sich doch eigentlich demnächst zusammenschließen will, mit keinem einzigen Wort erwähnt. Um nur einen ins Auge springenden Punkt zu nennen: Wenn sich GIM und KPD wirklich zusammentun, würden sie sicher auch ihre Zeitungen zusammenlegen, so daß man dann nur noch eine Zeitung machen müßte, für die plötzlich die vereinigte Finanzkraft zweier Organisationen zur Verfügung stünde. Das Finanz- und Personalproblem würde sich dann in der von Koch dramatisch beschriebenen Weise gar nicht mehr stellen. Nur ein Denkfehler der Koch'schen Argumentation? Oder ein Hinweis auf schwindendes Vertrauen in das Gelingen der Elefantenhochzeit?

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 45
8. Nov. 85
19. Jahrgang
Preis: 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Ohne Köpfe

Diese Ausgabe des Roten Morgen erscheint auf Beschluß des Sonderparteitags der KPD vom vergangenen Wochenende ohne die Portraits von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Titel, wie es all die Jahre über gewesen ist. Damit soll ...

Reagan — Gorbatschow

Vor dem Gi...

Aufwertungsv...

Die Post, so scheint es, macht ebenso Überstu...

Trotzkisten: Lust auf Entrismus bei den GRÜNEN

Das mit am meisten diskutierte Thema am Rande des KPD-Parteitags Anfang November (Bericht in diesem AK) betraf die trotzkistische GIM, mit der sich die KPD seit gut einem Jahr in Fusionsverhandlungen befindet. An der Gerüchtebörse war hektische Tätigkeit zu verzeichnen. Man sorgt sich bei der KPD, daß der Fusionspartner auf grüne Abwege geraten könnte. Eine Fraktion der GIM, die zwar nur auf ein Sechstel der Mitgliedschaft geschätzt wird, aber auf den Leitungsebenen wesentlich stärker, zum Teil sogar mehrheitlich vertreten ist, ist Anlaß der Sorgen. Diese Fraktion plädiert für einen Entrismus in die Grüne Partei. Das heißt, gemäß einer traditionellen trotzkistischen Taktik, Organisationen mit größerem Masseneinfluß zu „unterwandern" und umzufunktionieren versucht. **„Die GIM steckt in einer tiefen Krise, deren wirkliches Ausmaß derzeit nur durch die Möglichkeit einer Vereinigung mit der KPD notdürftig verdeckt wird. Es fehlt eine mehrheitsfähige kurz- und mittelfristige Perspektive"**, heißt es im Thesenpapier der Fraktion. Der Fusionsversuch mit der KPD *„erklärt sich daher nicht aus einer günstigen objektiven Situation, sondern vielmehr aus dem subjektiven Zustand von Schwäche und Erschöpfung, in dem sich beide Organisationen heute befinden. Angesichts ihrer Orientierungskrise greifen — das Bild sei erlaubt — beide ‚Ertrinkenden' nacheinander, um nicht zu versinken. Das beweist ihren Lebenswillen.* **Aber in blinder Panik können sie sich nicht helfen, sondern nur gemeinsam untergehen."** Zwar bekennt sich die Fraktion verbal immer noch zur Vereinigung mit der KPD, aber nur in dem Ausmaß, wie sich die KPD dem Trotzkismus strukturell unterwirft und sich mit in die Grüne Partei hineinschleppen läßt. Im Übrigen wird auf die historische Erfahrung verwiesen, daß solche Vereinigungen eigentlich noch nie geklappt haben.

Gegen die Fraktion der Grün-Entristen haben sich zwei andere GIM-Fraktionen formiert, die in der Organisation zusammen über eine eindeutige Mehrheit verfügen und die, wie am Rande des KPD-Parteitags zu hören war, fest entschlossen sind, die Mehrheit der Grün-Entristen in den Leitungen zu brechen. Allerdings gibt es auch zwischen diesen beiden Strömungen wieder eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten; außerdem besteht eine der beiden Strömungen ihrerseits aus einem Block von drei verschiedenen „Tendenzen". Demnach könnte es in der GIM auch noch zu ganz neuen Bündnissen und Frontbildungen kommen, bei denen am Ende die Grün-Entristen doch nicht so isoliert bleiben, wie sie momentan aussehen. **So oder so sollten die Grünen sich schon einmal auf ein paar Neuzugänge einrichten. Ein Entrist kommt selten allein.**

Dokumente aus der GIM

Wir dokumentieren im Folgenden, sozusagen als Weltpremiere, zentrale Auszüge aus dem Strategie-Papier einer GIM-Fraktion, die für eine „radikale Wende" und für das „Eingreifen in Umgruppierungsprozesse", konkret für trotzkistische Masseneintritte in die Grüne Partei plädiert. Das Papier stammt aus dem internen GIM-Rundbrief vom September; es wurde in der öffentlichen GIM-Presse bis heute nicht einmal erwähnt, geschweige denn publiziert. Überhaupt wurde der gesamte Konflikt, der hier bereits seit mehreren Monaten ausgetragen wird, in der GIM-Presse bis zum heutigen Tag tapfer verschwiegen. Erste Hinweise auf den Meinungskampf in der GIM sind bisher lediglich im „Roten Morgen" der KPD aufgetaucht. Die hier publizierten Auszüge machen ein knappes Sechstel des gesamten Fraktionspapiers aus.

Innerhalb der Grünen, aber auch bei SPD-Linken finden heute Debatten über eine Politik statt, die die Gesellschaft insgesamt verändern könnte und die — bei SPD-Linken weniger und bei Grünen mehr — die Grenzen des kapitalistischen Systems überschreiten. Die Debatte bleibt reformistischen bzw. linksreformistischen Vorstellungen verhaftet. Insbesondere findet die Suche nach politischen Antworten im Rahmen des Parlamentarismus statt. Die Suche nach einer politischen (parlamentarischen) Antwort auf die Bürgerblockregierung und die Gesellschaftskrise ist der gemeinsame Bezugspunkt dieser Diskussion. SPD und Grüne sind als parlamentarische Oppositionsparteien daher der natürliche Ansprechpartner der gesellschaftlichen Bewegungen, auch wenn sie im einzelnen den Grünen oder der SPD skeptisch gegenüberstehen mögen und nicht bereit sind, sich selbst in einer dieser Parteien zu organisieren bzw. zu engagieren. Die Diskussion zwischen den großen Gewerkschaftsblöcken, [illegible] „Anpassung" oder „Widerstand" (Hans Janßen), über eine große Koalition oder ein „rot-grünes" Bündnis ist nach den Wahlschlappen der Grünen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen nur vorübergehend zum Schweigen gekommen. Niemand sollte sich darüber täuschen, daß diese Diskussion wieder aufflammen wird — denn bundesweit wird rasch klar werden, daß die SPD die Saarbrücker bzw. Düsseldorfer Mehrheitsverhältnisse nur schwer wiederholen kann.

Die heute noch selbstständig bestehenden revolutionär-sozialistischen Organisationen haben an diesen Diskussionen und Prozessen bislang wenig Anteil. Wir bilden davon keine Ausnahme. Zum Teil ergibt sich das aus unserer praktischen Abstinenz von Massenbewegungen und den von ihnen aufgeworfenen Fragen, vor allem den ökologischen und feministischen. Zum anderen liegt die Ursache in einer falschen Einschätzung der gegenwärtigen Lage und des Kräfteverhältnisses auf der Linken. In unserer Optik herrschte bislang die Vorstellung vor, Diskussionen und Strategieansätze mit reformistischer Tendenz oder ohne klassische revolutionärsozialistische Terminologie und „klaren Klassenstandpunkt" mußten von uns frontal bekämpft werden. (...)

Die Entwicklung der Grünen (und der SPD-Linken) bringt zum Ausdruck, daß politische Differenzierungen ganz wesentlich durch außerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung entstandenen Massenbewegungen bewirkt wurden. Sie drückt aber auch aus, daß erstmals seit den 50er Jahren breitere Schichten von Gewerkschaftern/innen und politisch Aktiven über grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen nachdenken. Ohne Illusionen über den tatsächlichen Reifegrad dieser Entwicklung und ohne naive Anpassung müssen wir an all den Vorstellungen anknüpfen, die kapitalistische Verfügungsgewalt und Marktmechanismesn angreifen, um die fortgeschrittensten Positionen weiterzuentwickeln und an der Organisierung dieser politischen Kräfte teilzunehmen. „Ökosozialismus" ist heute die Sammelbezeichnung für diese Positionen. Allein die Tatsache, daß selbst regierende Sozialdemokraten wie Lafontaine sich auf diese Bezeichnung berufen, zeigt den politischen Druck, den die „neuen Fragen" und die Entwicklung der Grünen auf die SPD ausübt.

Ökosozialismus — oder: die „Wüste" (alias „Vakuum") lebt

Es gibt keine einheitliche ökosozialistische Strömung. Ohne das ganze Spektrum ökosozialistischer Positionen hier aufzufächern, können doch die Punkte benannt werden, die heute mit dieser Bezeichnung verbunden werden:
— einseitige Abrüstungsschritte und Demontage der Atomraketen;
— Maßnahmen zur Entgiftung der Umwelt und zum Austieg aus der Atomenergie sowie zur Entwicklung einer ökologisch verträglichen Produktion;
— erweiterte Mitbestimmungsrechte und Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals über Maschinen und Menschen (bis hin zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien bzw. Krisenbranchen);
— allgemeine (wöchentliche) Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme;
— soziale Mindestsicherung;
— Feminisierung der Politik und der eigenen Organisationen;
— rechtliche Gleichstellung von Ausländern/innen;
— Dezentralisierung der Staatsbürokratie.

Es handelt sich also um die gleichen Themen, die auch wir heute mit jedem aktuellen Forderungskatalog oder Aktionsprogramm aufgreifen müssen, wenn auch viele einzelne Forderungen unzulänglich sind oder in falsche strategische Perspektiven eingebettet sind (z.B. „Investitionslenkung").

Die Auseinandersetzung mit ökosozialistischen Diskussionsansätzen bedeutet weit mehr als bloß eine bestimmte Taktik gegenüber den Grünen. Die Erkenntnis, daß die allgemeine spätkapitalistische Gesellschaftskrise mehr verlangt als das Forderungsrepertoire der klassischen Arbeiterbewegung (auch ihres revolutionären Flügels), war einst Allgemeingut der Kader der IV. Internationale. In diesem Sinne müssen wir heute die konsequentesten Ökosozialisten/innen sein. Für uns ist die ökosozialistische Diskussion Ausgangspunkt für die Entwicklung eines aktuellen Programms in der Tradition des Übergangsprogramms. Zentral hierfür ist eine heute korrekte Haltung zur Regierungsfrage und die Entwicklung einer parlamentarischen Taktik, die eine Systemintegration des ökosozialistischen Potentials verhindert. Nur so kann dieses Potential für die Perspektive antikapitalistischer Lösungen und ihre Durchsetzung durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterbewegung gewonnen werden. Die „Regierungsformel" ist daher keine Pflichtübung abstrakter Propaganda. Sie ist mit allen ihren taktischen Finessen und praktischen Problemen die zentrale politische Streitfrage der vor uns liegenden Periode. (...)

Für eine radikale Wende — Entrismus bei den Grünen

Umso mehr die Konkretisierung unserer Floskel vom ‚Eingreifen in Umgruppierungsprozesse' verdrängt wurde (natürlich soweit sie sich auf Massendifferenzierungen bezieht), umso dringlicher eine solche Beschäftigung mit dieser Frage aufgrund der politischen Entwicklung wurde, umso mehr griff eine Revision des traditionellen Verständnisses der Unterschiede zwischen einer Partei und einem Parteikern um sich. Erst ging es um die Umbenennung der selbsständigen, unabhängigen Organisation, jetzt soll sich der Parteikern — vor allem nach der Vereinigung mit der KPD — auch noch als ‚dritte' Kraft, als direkte Alternative zu SPD und Grünen gebärden. Daran werden wir uns übernehmen. (...)

Die Beeinflussung der Massendifferenzierung geht nur über eine Einheitsfrontpolitik. Aber Einheitsfrontpolitik können wir nur entfalten, wenn wir Teil der Einheitsfront sind. Das ist keine Frage der richtigen Forderungen, Kritiken und Formulierungen allein, sondern ob wir organischer Bestandteil der Einheitsfront sind. Der in dieser Debatte oftmals herangezogene Vorwurf Trotzkis gegenüber der SAP, daß diese nur Einheitsfrontpropaganda betreibe, bezieht sich ja gerade auf den Umstand, daß die SAP sich im Gegensatz zur Linken Opposition weigerte, Mitglied einer Kraft der potentiellen Einheitsfront, der KPD, zu werden.

Einheitsfrontpolitik von Revolutionären/innen ist im traditionellen Verständnis nicht nur ein Mittel zur ‚Entlarvung', sondern auch eine objektive Notwendigkeit. Einheitsfront bedeutet deshalb, sobald sich ihr Zustandekommen abzeichnet, auch Politisierung, Differenzierung, die Auseinandersetzung verschiedener Konzepte usw...

Die Einheitsfront von SPD und Grünen zum Sturz der Wenderegierung ist das Schlüsselelement für die zukünftige Entwicklung in der BRD, weil es die einzige mögliche, realistische Form von Einheitsfront auf Massenebene darstellt. Jede Einheitsfront, die von Reformisten hegemonisiert wird, tendiert per se ins bürgerliche Fahrwasser. Aber über die Form der Einheitsfront geht schon heute bei den Grünen die Schlacht. Selbst wenn diese günstigen Voraussetzungen nicht vorhanden wären, würde es einen Fehler bedeuten, sich dieser Entwicklung nicht anzuschließen. (...)

Den Schritt, vor dem wir stehen, ist die Teilnahme an dieser Einheitsfront, die gleichzeitig den Regruppierungsprozess dominiert. SPD-Linke und Grüne stehen dabei in einem Konkurrenz- und Abhängigkeitsverhältnis zueinander: Während einerseits die SPD-Linken das Gesamtinteresse ihrer Partei teilen, die Grünen bzw. das grüne Potential zu reintegrieren, sehen sie gleichzeitig, daß die Grünen als Druck von außen für sie als Partei-Linke günstige Bedingungen schaffen. Umgekehrt wirkt der SPD-Druck auf die Grünen zugunsten der Realos und zwingt Ökosozialisten und Systemoppositionelle in der Partei zu einer stärkeren Konturierung ihrer Position. In diesem Verhältnis der beiden parlamentarischen Oppositionsparteien zueinander und der linken Kräfte in beiden Parteien und ihre politische Entwicklung — d.h. ihre Haltung zu den Bundestagswahlen 1987 — liegt heute der Schlüssel für eine breitere Regruppierung der Linken, wie die Entscheidung über das Schicksal des heute noch offenen Charakters der Grünen.

Wie gesagt, um an diesem Prozess teilzunehmen, müssen wir in eine der der Formationen eintreten. In der jetzigen Situation ist der Eintritt in die Grünen vorzuziehen. Noch geht die Dynamik eher von den Grünen aus, als von der SPD-Linken, die inhaltlich mehr nachzieht, als eigene Impulse zu geben. Vom numerischen Kräfteverhältnis, ebenso von der Offenheit der Grünen her, haben wir bessere Möglichkeiten, unsere Positionen zu vertreten, sowie organisiert einzugreifen. Hinzu kommt, daß die Diskussion bei den Ökosozialisten in den Grünen weiter auf Antkapitalismus und Systemveränderung gerichtet ist als bei SPD-Linken. Die Beeinflussung der SPD-Linken verläuft heute — aufgrund der Abwesenheit großer Massenbewegungen — am ehesten über die Entwicklung der Diskussion bei den Grünen. Damit wäre der Eintritt in die Grünen auch die beste Voraussetzung für eine künftige Operation gegenüber der SPD. (...)

Die revolutionäre Organisation bei den Grünen aufbauen

Die Entscheidung, die Organisation als Fraktion in einer anderen Organisation aufzubauen, ist kein Notnagel, sondern eng damit verbunden, die eigenen Reihen zu stärken, wie auch Fortschritte beim Aufbau einer sozialistischen Massenströmung/Partei zu erreichen. Die Position von C./M. und der Position 2, als außerhalb stehende Organisation die Zusammenarbeit mit den Grünen auf verschiedenen Feldern zu intensivieren, auf Bereichsfeldern und Mitgliederversammlungen für sozialistische Positionen einzutreten, ins ökosozialistische grüne Milieu durch Beteiligung an der programmatischen Debatte und im Kampf für eine korrekte Regierungslosung und Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD einzutreten, — all das führt nur zu einer Doppelbelastung, ohne daß aus der Diskussion Gewinne gezogen werden können.

Teilnahme am innergrünen Diskussionsprozeß wird von der Mitgliedschaft und den skeptisch Außenstehenden nur als nutzbringend angesehen, wenn wir in diesen Prozess auch organisierend eingreifen. Sie werden erstens nicht durch eine Organisierung bei ihnen effektivieren und sie werden sich nicht bei uns organisieren, da wir nicht gemeinsam kämpfen könnten, solange wir außerhalb sind.

Wer daher heute für ein unsektiererisches Herangehen an die Grünen plädiert, kann dies im Sinne des Organisationsaufbaus nur konsequent tun, wenn die Perspektive des Aufbaus der GIM/Vereinigte Organisation als Bestandteil des Aufbaus eines ökosozialistischen Flügels innerhalb der Grünen Partei sehen wird. (...)

Der Aufbau einer ökosozialistischen Strömung bei den Grünen muß zum Ziel haben, daß die politisch-programmatischen und organisatorischen Voraussetzungen zum Aufbau einer größeren ökosozialistischen Organisation von Anbeginn gelegt werden, d.h. eine politische Ausstrahlung auf das Umfeld, auf klassenkämpferische Kräfte, in Betrieb und Gewerkschaft, auf Linke innerhalb der SPD und unsektiererische Sozialisten/innen. Die Grundlagen für eine solche Strömung, die von uns verteidigt werden, müßten beinhalten:

* Grundsätzliche Opposition zum kapitalisischen System und ebenfalls zu den bürokratisierten Übergangsgesellschaften.
* Kritik des Kapitalismus von seinen Auswirkungen her und Aufzeigen einer Widerstandsperspektive ausgehend von dieser Methodik. Sie konzentriert sich um ein Aktionsprogramm, hält dabei an den fortgeschrittenen Forderungen der Grünen fest, aber ergänzt/erweitert sie, wo bisher Lücken und falsche Vorstellungen vorliegen. Diese Punkte sind die gleichen, wie GIM und KPD sie häufig für Plattformen vorschlagen: Einseitige Abrüstung — Austritt aus der Nato; Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren unter Kontrolle der Belegschaften und ihrer Organisationen; radikale Arbeitszeitverkürzungen; ein ökologisches Umbau- und Beschäftigungsprogramm; Ausbau sozialer Einrichtungen; besondere Maßnahmen gege Jugendarbeitslosigkeit; bevorzugte Einstellung von Frauen, bis die Parität erreicht ist; Stop dem Atomprogramm, Stop der Autogesellschaft — ein Entgiftungsprogramm für Chemische Industrie, Böden und Gewässer, Aufbau eines Energiesystems auf Basis regenerierbarer Energiequellen, Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs; Selbstbestimmungsrecht der Frauen (Ausbau sozialer Einrichtungen, § 218, Gewalt gegen Frauen); Verteidigung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, sowie des Asylrechtes und gegen jede Form des Rassismus; Internationale Solidarität mit Befreiungsbewegungen, poitischen Gefangenen in Ost und West; Eintreten für ein gesellschaftliches Projekt des Ökosozialismus, d.h. eine neue Gesellschaft im Sinne der selbstverwalteten sozialistischen Demokratie, mit nach ökologischen und sozialen Kriterien geplanter Wirtschaft, bewußten Maßnahmen zur Aufhebung der Frauenunterdrückung, Rassismus, Diskriminierung der Jugend oder sexuellen Minderheiten.
* Positives Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation als tagtäglicher Ausdruck der Einheitsfront der Lohnabhängigen; Arbeit in den Gewerkschaften mit dem Ziel, diese in Kampforganisationen zu verwandeln durch den Aufbau/Sammlung aller klassenkämpferischen/antikapitalistischen Kräfte in einem Flügel, — wobei vor allem die Organisierung kritischer Kolleginnen die Aufmerksamkeit gilt; bewußte Orientierung auf eine Einheitsfrontpolitik gegenüber der realen Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und Sozialdemokratie);
* Gegnerschaft zu einer Koalition mit der SPD und Übernahme von Verantwortung für dieses System; gegen die Illusion von Gesellschaftsänderung über parlamentarische Reformen; stattdessen Eintreten für Massenmobilisierungen, Kombination von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischen Aktionen analog zu unserer klassischen Position (Komintern-Leitsätze von 1920) mit dem Ziel der Zuspitzung auf die Frage der politischen Machteroberung durch die Allianz aller Lohnabhängigen und Unterdrückten.
* Aus dem letzteren folgt eine generelle Orientierung, die Kampagnen und Aktionsfähigkeit der Grünen Partei zu erreichen und sozial zu stabilisieren.

Ein Beitrag zur Diskussion um die These von der »Faschisierung«

Es gibt keine Teilfaschisierung

Im letzten AK hat Rudolf aus Frankfurt für eine modifizierte Faschisierungsthese plädiert und sich kritisch mit den Artikeln von F. auseinandergesetzt, die die alte Faschisierungsthese für widerlegt erklärt hatten. Die Hauptthese von Rudolf lautet, daß auch beim Ausbleiben einer Faschisierung des Gesamtstaates von einer Faschisierung in Teilbereichen gesprochen werden könne. Die Frage, um die es in dieser Diskussion geht, ist die nach dem grundsätzlichen Charakter des heutigen BRD-Staates und nach seinen Grenzen. Ich möchte mit dieser Antwort auf Rudolf begründen, warum der Begriff einer Faschisierung von Teilbereichen nicht nur falsch, sondern vor allem dann gefährlich ist, wenn man wie Rudolf die „Gefahr einer vollständigen Verharmlosung der realen kapitalistischen Entwicklung" sieht (AK Nr. 263, S.45).

Was ist Faschismus?

Rudolf argumentiert auf der Ebene der Begriffsbildung, wie er schreibt. Leider verschenkt er die Vorteile eines solchen Herangehens dadurch, daß er nicht erklärt, was er unter Faschismus und unter Faschisierung versteht. Ich möchte daher, bevor ich mich mit der Argumentation von Rudolf auseinandersetze, kurz umreißen, was ich unter Faschismus und Faschisierung verstehe, damit wir nicht in der weiteren Diskussion aneinander vorbeireden.

Unter Faschismus verstehe ich eine Staatsform, die in einer *spezifischen* Weise die bürgerliche Republik zerschlägt. Der ‚klassische' Faschismus, d.h. der italienische und der deutsche zwischen 1918 und 1945, entstand aus einer *besonderen* Krise, die sich einerseits aus der Kriegsniederlage und den Versailler Vertragsbedingungen ergab, andererseits aus den *besonderen* Widersprüchen zwischen sozioökonomischer und politisch-struktureller Entwicklung, die entstanden waren aus der Nationalstaatsbildung von oben (d.h. nicht als Produkt, sondern als *Ersatz* der bürgerlichen Revolution). Der ‚klassische' Faschismus kam in Deutschland an die Macht, als der Weimarer Staat sich unfähig zeigte, einerseits einen tragfähigen Konsens der herrschenden Klassen und andererseits eine Massenloyalität herzustellen. Der ‚klassische' Faschismus war *Ausdruck der Schwäche des bürgerlichen Staates*, Ausdruck einer existenziellen Krise. Der ‚klassische' Faschismus war also nicht die Spitze der ‚normalen' bürgerlichen Entwicklung oder derglei-

druck der Schwäche des bürgerlichen Staates, Ausdruck einer existenziellen Krise. Der ‚klassische' Faschismus war also nicht die Spitze der ‚normalen' bürgerlichen Entwicklung oder derglei-

chen, sondern er trat gerade in den Ländern auf, die die bürgerliche Revolution nicht beendet hatten. Bekanntlich knüpfte der Faschismus ideologisch an *vor*bürgerlichen Formen an (Blut-und-Boden-Ideologie etc.pp.). Der ‚klassische' Faschismus war *Ausdruck des Scheiterns* jener Gesellschaften, in denen der politische Überbau hinter der sozioökonomischen Entwicklung zurückgeblieben war und in denen aufgrund der besonderen Nachkriegssituation die dadurch erzeugten *besonderen* Widersprüche zur Explosion kamen.

In dieser Hinsicht ist der ‚klassische' Faschismus also ebenso eine Form der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft wie der Bonapartismus und *als solcher* nicht wiederholbar. Wenn man nun von den historischen Bedingungen abstrahieren will und einen reinen idealtypischen Faschismus begrifflich entwickeln will, der zu jeder Phase des Kapitalismus paßt, dann könnte man diesen nur ganz allgemein als die Ersetzung der republikanischen Demokratie durch eine reaktionäre terroristische Diktatur bezeichnen. Die Frage, ob ein neuer Faschismus droht, ist dann gleichbedeutend mit der Frage, ob es relevante Tendenzen gibt, das republikanische System aufzuheben, ob dieses bereits an konkret erkennbare Grenzen stößt.

Unter Faschisierung müßte dann ein Prozeß verstanden werden, der einerseits die materiellen Mittel der Diktatur und andererseits ein politisches Zentrum erzeugt, das in der Lage sein muß, *anstelle des Parlaments* Knotenpunkt der Politikbildung der Herrschenden einerseits und vereinheitlichende Instanz des Staatsapparates andererseits zu sein.

Es reicht also nicht aus, vermehrte Mittel der Repression nachzuweisen, um eine Faschisierung aufweisen zu können, sondern allein wenn nachgewiesen werden kann, daß auch eine politische Kraft entsteht, die diese Mittel in eine andere Staatsform überführen kann, erst dann macht es Sinn, von einer Faschisierung zu sprechen. Die entscheidende Frage, ob Teile der Bourgeoisie sich die Bedingungen einer faschistischen „Option" (ein fürchterliches Wort angesichts des damit bezeichneten Sachverhalts) schaffen, kann also nicht allein aus der Masse an Repressionsmitteln beantwortet werden, sondern erst anhand der politischen Strategien. Anders gesagt: Solange nicht relevante Teile des Kapitals daran arbeiten, eine zur Koordination der Diktatur fähige Partei zu schaffen, gibt es auch keine Faschisierung, sondern lediglich einen Ausbau des Repressionspotentials *innerhalb* der bürgerlich-republikanischen Verfaßtheit.

Nun kann man natürlich behaupten, daß die staatlichen Repressionsmittel ab einem bestimmten Ausmaß dem Geist, den Idealen oder dem Auftrag der bürgerlichen Demokratie widersprechen würden. Aber welcher Begriff von der bürgerlichen Demokratie steckt hinter den Anklagen, diese würde sich durch ihre eigene Repression quasi selbst verraten? Wer den Ausbau der Repression innerhalb der Republik bereits als Anzeichen ihrer Auflösung (Faschisierung) interpretiert, reproduziert unter der Hand eben jene Illusionen, aus denen die *gegenwärtige* bürgerliche Herrschaft ihre Legitimation bezieht.

Es gibt keine quasi natürliche Grenze der demokratischen Repression, solange diese nicht die konstitutiven Elemente der bürgerlichen Demokratie aufhebt (Parteien, Wahlrecht, Gewaltenteilung etc.).

Faschisierung oder Teilfaschisierung

Rudolf knüpft an einem Widerspruch an, der in den Artikeln von F. tatsächlich enthalten ist, nämlich an der Aussage, es würden sich in der BRD Strukturen herausbilden, die zwar nicht in den Faschismus auslaufen müßten, aber von einem solchen genutzt werden könnten. Rudolf akzeptiert diese Aussage und möchte sie als Beleg für eine modifizierte Faschisierungsthese verstanden wissen. Mir scheint dagegen die Aussage höchst zweifelhaft, weil sie nur dann Sinn macht, wenn man unterstellt, daß es auch bürgerliche Repressionsstrukturen geben könne, die nicht für einen Faschismus nutzbar wären. Insgesamt hat der Faschismus bislang niemals einen neuen Staatsapparat geschaffen, sondern den vorhandenen bürgerlichen modifiziert. Insoweit

nicht für einen Faschismus nutzbar wären. Insgesamt hat der Faschismus bislang niemals einen neuen Staatsapparat geschaffen, sondern den vorhandenen bürgerlichen modifiziert. Insoweit

ist der bürgerliche Staatsapparat *insgesamt* für den Faschismus „nutzbar" gewesen. Rudolf möchte differenzieren, daß es zwar keine Faschisierung *von*, aber wohl eine Faschisierung *in* Staat und Gesellschaft gebe. Er gibt zwar nicht an, worin diese politisch und strukturell bestehen soll, behauptet aber: „*Der Staat in der BRD ist kein faschistischer Staat, aber innerhalb des Staatsapparates existieren die Strukturen für eine faschistische Krisenlösung ...*". Die *einzigen* konkreten Angaben dazu bezieht er aus dem Repressionssektor, d.h. Ausbau von BGS, Polizei etc.pp. Die Teilfaschisierung, die von Rudolf behauptet wird, bezieht sich also nur auf den Ausbau der Repressionspotentiale. Dabei behauptet er nicht einmal, daß diese Entwicklung den gegenwärtigen Staat sprengen würde, es handelt sich also ganz ausdrücklich um eine Entwicklung *innerhalb* der republikanischen Verfaßtheit — und damit nicht um einen modifizierten Faschismus, sondern um eine modifizierte Republik. Darum ist es auch unsinnig, diesen Prozeß als Faschisierung oder teilweise Faschisierung zu bezeichnen. Poulantzas ist da kohärenter und kritischer, weil er herausstreicht, daß der Zuwachs an Repressionspotentialen zur Daseinsform der bürgerlichen Republik gehört. Was Poulantzas als „autoritären Etatismus" bezeichnet, stellt für ihn keine Ausnahmesituation, sondern den *Normalfall* dar: die heutige bürgerliche Republik ist aufgrund geänderter Beziehungen zwischen den staatlichen Strukturen und der Gesellschaft, aufgrund ihrer zunehmenden Rolle in der Gesellschaft, zu einem Ausbau der Repressionsapparate gezwungen.

Ich will das hier nicht näher ausführen, wichtig scheint mir nur, zu beachten, daß eine Kritik der Repression als faschistisch immer Gefahr läuft, die Illusion zu reproduzieren, die eigentliche, nicht faschisierte bürgerliche Demokratie sei ein Hort der Freiheit, Repressionslosigkeit etc.pp. Die vermeintlich radikale Kritik an bestimmten Erscheinungen des bürgerlichen Staates verkommt dann zu einer Warnung vor seiner Entartung statt aufzudecken, daß dieser bürgerliche Staat auch als Demokratie wesensmäßig repressiv ist. Darum lehne ich das Gerede von der Teilfaschisierung ab. Hinzukommt, daß ein inflationärer Gebrauch des Faschismus-Begriffs diesen stumpft macht und ihm dort die Schärfe nimmt, wo er wirklich angebracht ist.

Etatismus, Populismus, Sicherheitsstaat — was sagt uns der Begriffssalat?

Rudolf kritisiert zurecht den Begriff des Präventiven Sicherheitsstaates, wenngleich ich seine Begründung nicht für überzeugend halte, denn er setzt sich nicht mit dem tatsächlichen Inhalt des Begriffes auseinander, sondern allein mit den Assoziationen, die das Wort Sicherheit bei ihm erweckt. Für mich spricht gegen den Begriff vor allem, daß er allein die vornehmliche Zielsetzung staatlicher Eingriffe beschreibt, nicht aber deren gesellschaftliche Grenzen. Nach Rudolfs Auffassung „*ist die aktuelle Entwicklung durch eine ‚Arbeitsteilung' von autoritärem Etatismus und autoritärem Populismus gekennzeichnet ...*". Da ist nun doch einiges durcheinander gekommen, was der Begriffsbildung sicher nicht nützt. Der Begriff des Autoritären Etatismus stammt von Poulantzas und beschreibt den Prozeß einer zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher Funktionen in den Staatsapparat hinein. Diese Verstaatlichung gesellschaftlicher Funktionen, die sich aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zwangsläufig und unabweisbar ergebe, könne — so Poulantzas — überhaupt nur „autoritär" verlaufen, weil der bürgerliche Staat aufgrund seiner Struktur nur via Gesetz und dessen Exekutierung agieren könne, d.h. ohne die Repressions*fähigkeit* des Staates wären alle seine Gesetze bloße Makulatur. Deshalb entspricht der Zunahme gesellschaftlicher Funktionen *notwendigerweise* auch eine Zunahme repressiver Eingriffsmöglichkeiten des Staates.

Dagegen bezeichnet Populismus eine bestimmte Politik, die — im Gegensatz zur sozialdemokratischen Politik, die vorgeblich Interessen der Arbeiterklasse und anderer Benachteiligter vertritt — einen völkischen, die sozialen Interessenkonflikte verschleiernden Cha-

zur sozialdemokratischen Politik, die vorgeblich Interessen der Arbeiterklasse und anderer Benachteiligter vertritt — einen völkischen, die sozialen Interessenkonflikte verschleiernden Cha-

rakter hat (zur Kritik des Populismus-Begriffs vergl. Laclau, Ernesto: Kapitalismus-Faschismus-Populismus, Berlin/W. 1981, S.123ff). Der Begriff des Populismus ist also völlig untauglich, um eine bestimmte Entwicklung des Staates oder der Gesellschaft zu fassen. Er kennzeichnet politische *Ideologien*, nicht politische Strukturen.

Allen drei Begriffen gemeinsam ist, daß sie in der linken Diskussion annähernden, beschreibenden Charakter haben. Alle drei Begriffe gehören zu dem Versuch, die Veränderungen in den herrschenden kapitalistischen Ländern nach dem 2. Weltkrieg zu begreifen und zu erklären. Die entscheidende Frage dabei ist, ob es eine qualitative Veränderung in dem Verhältnis Staat und Gesellschaft gegeben hat oder lediglich einen Ausbau staatlicher Funktionen, ohne das sich damit wesensmäßig etwas geändert hätte. Diese *Grundfrage* aber wird von Rudolf verschwiegen und darum bleiben seine Versuche der Begriffsbildung recht unbestimmt. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Ist angesichts der ökonomischen und politischen Vernetzung der europäischen Kapitalismen im Rahmen der EG und der militärischen Kooperation überhaupt ein nationaler Übergang zum Faschismus möglich? Oder ist es mittlerweile so, daß — wenn überhaupt — nur die ganze EG „faschisiert" werden könnte? Welche ökonomischen Konsequenzen hätte ein nationaler Übergang? etc.pp.

Betrachtet man die Entwicklung in Westeuropa seit Anfang der 70er Jahre, seit dem Aufkommen der Faschisierungsthese, so kann von einer Faschisierung keine Rede sein. Im Gegenteil: Im Zuge der EG-Integration wurden die letzten bürgerlichen Diktaturen beseitigt (Griechenland, Spanien, Portugal). In den letzten fünfzehn Jahren hat in Europa keine Auflösung der republikanischen Staatsform stattgefunden, sondern ihre Durchsetzung in ganz EG-Europa. Putschistische Elemente haben sich nirgendwo durchsetzen können und dies *obwohl* die ökonomische Krise für die kleineren EG-Staaten wesentlich härtere Auswirkungen aufweist als für das EG-Zentrum. Diese Entwicklung kann man nicht dadurch ignorieren, daß man wie Rudolf einfach ohne jeden Beleg behauptet, daß „*diese damals prognostizierte Zuspitzung (der globalen Widersprüche) in Form der internationalen Schulden- und Währungskrise mit ‚Verspätung' einzutreffen scheint*" (AK 263, S.45).

Das Kapital strotz ja momentan nur so vor Zuversicht, Optimismus etc. Ohne sich im mindesten mit der ökonomischen Situation und ihrer Einschätzung durch das Kapital auseinanderzusetzen, einfach so, mal eben, nebenbei die These in den Raum zu werfen, jetzt komme die (langersehnte?) ganz große Krise, ist nicht sonderlich überzeugend.

Das Problem der Faschisierungsthese, wie ich es sehe, liegt nicht auf der Oberflächenebene einer falschen Anwendung an sich richtiger Begriffe

Das Problem der Faschisierungsthese, wie ich es sehe, liegt nicht auf der Oberflächenebene einer falschen Anwendung an sich richtiger Begriffe

(Fehleinschätzung), sondern darin, daß diese mit Begriffen und Vorstellungen arbeitet, die sich auf eine vergangene Etappe des Kapitalismus beziehen, nämlich auf die Phase zwischen den Weltkriegen. Aber selbst wenn man die alten Begriffe akzeptiert, macht es heute wenig Sinn von der Gefahr eines neuen Faschismus zu reden, weil damit ausgesagt wird, daß dieser Staat vor einer Krise stünde, die er nicht lösen kann. Das Problem heute liegt jedoch umgekehrt darin, daß dieser Staat eine so ungeheure Stabilität und Stärke hat, daß er bislang mit (historisch gesehen) minimalen Reibungsverlusten die Fortentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu garantieren vermag.

Die politische Stabilität ergibt sich dabei einerseits aus der ökonomischen Stabilität, die — allen Unkenrufen zum Trotz — *bislang* der Mehrheit ein Auskommen sichert, und andererseits in dem Prozeß der Verschleierung, den der Staat selbst hervorruft. Ebenso wie der Kapitalist als Feindbild hinter den Sachzwängen der Maschinerie verschwindet, verschwindet der Klassencharakter des Staates hinter seiner anscheinenden Notwendigkeit. Anders gesagt: Je mehr gesellschaftliche Funktionen vom Staat übernommen werden, umso mehr erzeugt er den Anschein, in jeder „komplexen" Gesellschaft eine notwendige Instanz zu sein, ja zum eigentlichen Mittelpunkt der Gesellschaft zu werden, ohne den diese nicht existieren könnte. Dieser Verschleierungsprozeß ist objektiv in dem Sinne, daß er unabhängig von bürgerlicher Manipulation verläuft (die ihn jedoch verstärkt und ausrichtet). Während die faschistischen Ideologien vorbürgerliche und irrationalistische Momente mobilisierten, beruht die heutige Legitimation des Staates auf einer technokratischen Rationalität (was dahin führt, daß sich die bürgerlichen Parteien nur noch darum streiten, wer diesen Apparat am besten bedienen kann, wobei die Zwecke als von der verstaatlichten Gesellschaft vorgegeben deklariert werden. Man streitet sich nicht darum, wohin der Wagen, sondern wie man ihn am besten fährt). In der BRD ist keine relevante bürgerliche Kraft auszumachen, die die jetzige Staatsform beseitigen wollte oder könnte.

Das Problem der Begriffsbildung ergibt sich daraus, daß weder von einer formalen Auflösung der Demokratie zugunsten terroristischer Herrschaftsformen noch von einem Einlösen der bürgerlich-demokratischen Ideale gesprochen werden kann. Vielmehr hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Demokratie keine fixe Form ist, sondern einem Wandlungsprozeß unterliegt, der — von der sozioökonomischen Entwicklung ausgelöst — die liberalistischen Freiheitsillusionen widerlegt. In gewissem Sinne hat damit die wirkliche Entwicklung die marxistische Kritik eingeholt; was einst theoretischer Einsicht bedurfte, scheint heute evident. Man kann nicht über Faschismus dis-

Entwicklung die marxistische Kritik eingeholt; was einst theoretischer Einsicht bedurfte, scheint heute evident. Man kann nicht über Faschismus dis-

kutieren, ohne über die bürgerliche Demokratie zu diskutieren. Und man wird auch als radikaler Linker nicht umhin können, die eigenen Illusionen in die bürgerliche Demokratie wahrzunehmen, die verkennen, daß diese allein *formale* Freiheit, *formale* Rechtsstaatlichkeit ist und keineswegs Garantierung emanzipatorischer Entwicklung. Das Anklagen der Repression als potentiell faschistisch bzw. ihrer Organe als faschisiert ist nur die äußerste Konsequenz einer gängig gewordenen Doppelmoral, die einerseits die bürgerliche Klassengesellschaft in den schrillsten Tönen anklagt und andererseits überrascht und empört reagiert, wenn diese genau das tut, was man stets voraussagte. Unterdrückung emanzipatorischer Forderungen, Ausbau der Repressionspotentiale, Bekämpfung der Linken — all das ist nicht Ausdruck der Faschisierung, sondern Alltag jedes bürgerlichen Staatswesens. Natürlich ist es richtig, lautstark auf den Widerspruch zwischen dem Anspruch der bürgerlichen Demokratie und ihrer Wirklichkeit hinzuweisen. Nur, für Marxisten sollte stets klar sein, daß die Wirklichkeit und nicht der Anspruch die Wahrheit ist. Anders gesagt: Die Kritik ist schärfer, wenn sie klarstellt, daß die Repressivität integraler Bestandteil der bürgerlichen Republik ist, daß der Kapitalismus zu keiner anderen Freiheit fähig ist, als wenn sie hinter der Repression schon den Faschismus wittert und stets die Illusion nährt, es könne eine andere, nicht repressive bürgerliche Demokratie geben. Es könnte nicht schaden, unsere eigenen, marxistischen Analysen endlich ernst zu nehmen.



»Bürger beobachten die Polizei« jb

Im Kulturbetrieb rar gemacht

Interview mit Peter-Paul Zahl

Das Gallustheater war rappelvoll. Auf der leergeräumten Bühne saß Peter Paul Zahl, las eigene Gedichte und neben ihm traktierte Peter Kowald, Wuppertaler Jazzmusiker, seinen Baß, entlockte ihm Hubschraubergeräusche und Free-Jazz-Rhythmen. Nachdem es lange still um Peter Paul Zahl war, trat er jetzt mit über zwanzig Lesungen, die meisten in Provinzstädten, wieder an die Öffentlichkeit. Der Südwestfunk ließ ihn sogar eine dreiviertel Stunde live durch den Äther rauschen. Wir haben uns mit dem ehemaligen Mitarbeiter bei ,,883'' (Vorgängerin von ,,Radikal''), der in seiner Knastzeit fast alle linken Zeitungen bezog, über seine Auswanderungspläne und seine Einschätzung des hiesigen Literaurbetriebes unterhalten. Interessant vielleicht noch: im ,,Kritischen Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur'' wird ausgewiesen, daß drei Texte PP Zahls erstmalig im Arbeiterkampf veröffentlicht wurden: ,,Einige nötig gewordene Antworten auf dringende Fragen'' am 28.1. 1980, ,,Der verniemandete Widerstand'' am 12.11.1979 und ,,Das Recht auf Glück muß Gesetz in allen zukünftigen Büchern werden'' am 3.9.1979. Derzeit arbeitet Zahl an einem dreiteiligen Grenada-Roman, dessen erster Band Anfang 1986 bei Rotbuch erscheinen wird.

AK: Seitdem du aus dem Knast gekommen bist, ist es still um dich geworden.

PPZ: Ich habe mich ja auch rar gemacht. 1983 bin ich nach Grenada gegangen, um dort ein Theater aufbauen zu helfen. 1984/1985 war ich in Nicaragua in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium in einem Volkskulturhaus an der Atlantikküste. Kein Wunder, daß die Medien hier mich dann am liebsten vergessen. Hier in der Bundesrepublik bin ich halt ein Gastarbeiter. Außerdem ist seit meinem letzten Band — ,,Aber nein sagte Bakunin und lachte laut'' — eine Zeit von immerhin zwei Jahren vergangen. Ich lasse mir für meine Projekte gerne Zeit und mache mich da unabhängig von den Medien. Viel Zeit habe ich für meine beiden Projekte im Theaterbereich gebraucht. Zuerst für die Inszenierung von meinem umgearbeiteten Stück über den Hitlerattentäter Johann Georg Elser. Das habe ich an dem Ort mit Laien inszeniert, wo Elser herkommt. Nachdem das dort großen Erfolg hatte, habe ich dann noch die Möglichkeit bekommen, eine neue Fassung von ,,Lysistrate'' von Aristophanes zu machen. Und das im prüdesten Landkreis Deutschlands mit über 6000 Zuschauern.

AK: Fühlst du dich eigentlich in der gegenwärtigen Literaturlandschaft isoliert? Zwischen lauter Naturbesingern und Innerlichen?

PPZ: Ich stehe mit den gleichen Leu-
genwärtigen Literaturlandschaft isoliert? Zwischen lauter Naturbesingern und Innerlichen?

PPZ: Ich stehe mit den gleichen Leuten in einem Diskussionszusammenhang wie noch vor zwanzig Jahren. Mit Christian Geissler, Günter Wallraff oder Max von der Grün von der Dortmunder Gruppe 61. Und dann natürlich mit den ,,jungen Rebellen'' der Berliner Literaturlandschaft, mit denen ich auch im Schriftstellerverband aktiv war. Aber am liebsten halte ich mich aus dem Literaturbetrieb ganz raus. Da steckt mir zuviel Eitelkeit dahinter.

AK: Bleibst du nach der Tournee erstmal hier oder bist du wieder auf dem Absprung?

PPZ: Ich werde demnächst nach Jamaica fliegen, nach Port Antonio, um dort an einem Theaterprojekt mitzuarbeiten. Dann sitze ich an einem dreiteiligen Grenada-Roman und an verschiedenen Stücken. Hier in Deutschland halte ich mich nur noch als Gastarbeiter auf.

AK: Warum bist du eigentlich nicht in Nicaragua geblieben?

PPZ: Das hat weniger zu tun mit dem Konflikt zwischen Atlantikküstenbewohnern und Sandinisten als mit Rassismus und Machismus, einem Phänomen, das es zwischen Mexiko und Feuerland gibt. Da ich als weißer Mann doppelt privilegiert bin, kann ich mich in so einen Konflikt noch nicht einmal einmischen. In so einer Atmosphäre kann und will ich aber nicht leben.

AK: Und in Grenada wäre das besser gewesen?

PPZ: Ja, denn dort gibt es weder einen schwarzen noch einen weißen Rassismus und die Stellung der Frau ist dort historisch gewachsen sehr stark. Denn die Gesellschaften, aus denen die Sklaven geraubt wurden, waren oft matrolinear, in der Sklaverei selber war die Kleinfamilie verboten und danach heiratete faktisch nur die Oberklasse. Die Stellung der Frau ist also recht gut. Die Rasta-Bewegung ist also fast ein Reflex der schwarzen Männer auf die dominierende Stellung der Frau. Ein Versuch also, die Frauen wieder an den Herd zu drücken, aber da fallen bezeichnenderweise kaum schwarze sondern zumeist weiße Frauen drauf herein.

AK: Mystifizierst du damit nicht die schwarzen Gesellschaften? In denen gibt es doch Unterdrückung und Widersprüche wie in anderen auch.

PPZ: Sicher, das sind Klassengesellschaften. Das andere aber ist, wie Leute aus den unteren Vokschichten mit den Konflikten untereinander umgehen. Und das ist faszinierend für mich: daß es dort eine über die Jahrhunderte gewachsene Widerstandskultur gibt, die bis auf den heutigen Tag im täglichen Leben eine riesige Rolle spielt. Das klafft in Deutschland seit den Bauernkriegen auseinander. Hier werden die Massen mit Kitsch und schlechten Sachen abgefüttert und die anspruchsvolle, qualitativ spannende Kultur bleibt den oberen Schichten vorbehalten.

AK: Wo sähest du deine Position als weißer Schriftsteller in so einer Gesellschaft?

PPZ: Ich habe festgestellt, daß die
AK: Wo sähest du deine Position als weißer Schriftsteller in so einer Gesellschaft?

PPZ: Ich habe festgestellt, daß die Leute in der Karibik sich für die progressiven Elemente und kulturellen Leistungen enorm interessieren. Für Bert Brecht beispielsweise und sein episches Theater, das dem afrikanischen in mancherlei Hinsicht recht verwandt ist. Wenn also schon ein Weltmarkt und eine Weltkultur entsteht, sollte man versuchen die nationalen Eigenheiten herauszuarbeiten und den Müll beiseite zu schaffen. Das ist ein ungeheuer schwieriger Prozeß. Erstaunlich dabei ist, daß man als Fremder in einem anderen Land die Entfremdungserscheinungen dort viel besser mitkriegt, als die einheimischen Intellektuellen. Ich hatte beispielsweise immer vor, der Traven von Grenada zu werden. Das ist leider nicht mehr möglich. Aber Traven ist für mich eine Musterbeispiel für einen europäischen Revolutionär und Intellektuellen, der in ein Land der ,,Dritten Welt'' geht und die dortigen Strukturen besser durchschaut und erzählt hat als die mexikanischen Schriftsteller selber Wenn ich also was über die mexikanische Revolution wissen will, sagt mir Traven viel mehr als beispielsweise Octavio Paz.

AK: Verstehst du dich als eine Art intellektueller Entwicklungshelfer?

PPZ: Nein, nein. Ich denke Entwicklungshilfe könnten die uns oft besser geben.

AK: Einerseits sagst du, man hat als Fremder einen besseren Blick auf ein Land und andererseits schreibst du selbst viel über die Bundesrepublik und die hiesigen Zustände.

PPZ: Das ist nur ein formaler Widerspruch. Im Alter von neun Jahren haben meine Eltern mich aus der DDR nach Westdeutschland gebracht. Das war ein totaler Bruch für mich. Die westdeutsche Kultur habe ich als unheimlich aggressiv und imperialistisch empfunden: begonnen mit den Zwergschulen, in denen noch geprügelt wurde bis hin zur Massenkultur à la ,,Förster im Silberwald''. Ich glaube aus dieser Kindheitserfahrung habe ich gelernt, mich an dieser Gesellschaft, die nicht die meine ist, die ich nie als mein begriffen habe, zu reiben.

AK: Du magst das hier nicht als deine Gesellschaft ansehen aber fest verwurzelt bist du hier doch. Du bist ein Bundesdeutscher, wie die meisten anderen Linken, die sich hier nicht wohlfühlen auch.

PPZ: Zuerstmal bin ich ein Berliner. Das ist ein ganz wichtiger Unterschied. Und für Berlin habe ich optiert, als ich aus dem Rheinland in den 60er Jahren weggegangen bin mit der Gewißheit, in Berlin andere Strukturen zu finden. Und die waren da auch schon vorhanden: nicht durch die Studentenbewegung, sondern durch eine sozialrevolutionäre Bewegung, die eine Veränderung der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die meisten Rebellen bis heute aus der Hausbesetzerbewegung sind ja sehr oft Zugezogene. Flüchtlinge kann man sagen, politische Flüchtlinge, die vor der Bundeswehr abgehauen sind oder dem Provinzmief. Die haben einen Teil ihrer Wurzeln, ihrer Verbundenheit mit dem, was man Heimat nennt aufgegeben zugunsten einer neuen Option, mit zwar der gleichen Geschichte und Sprache, aber das allein genügt für mich nicht zu sagen: Ich bin ein Berliner!

AK: So daß deine nächste politische Fluchtbewegung dich in die Karibik führt.

PPZ: Fluchtbewegung ist nicht das richtige Wort, denn ich steige nicht hier aus, ich steige woanders ein. Das hat mehr den Charakter eines Länderwechsels. So wie ich 1964 für Berlin optiert habe, optiere ich jetzt für die Karibik. Erich Fried mischt sich als Exilant aus London auch in deutsche Verhältnisse ein und beschreibt sie häufig besser als die, die sich hier mit ihnen rumschlagen. Das haben wir früher auch schon mit Heinrich Heine erlebt oder mit Bert Brecht, der aus dem amerikanischen Exil auch den deutschen Faschismus sehr scharf beschrieben hat.

AK: Was ist denn deiner Meinung nach das Hauptdilemma der Literatur
ben hat.

AK: Was ist denn deiner Meinung nach das Hauptdilemma der Literatur hier in der Bundesrepublik? Viele deiner Kollegen haben von der neuen Innerlichkeit weggefunden, aber nur um jetzt die neue Natürlichkeit für sich zu entdecken. Eine politische Literatur ist hier doch stark unterentwickelt.

PPZ: Das liegt auch daran, daß vieles, was sich als definitiv politische Literatur präsentiert hat, schlechte Literatur war. Gut gemeint ist eben noch nicht gut, und auch in den Formen der Agitation und Propaganda sollten wir uns der Mittel der Avantgarde der Weltliteratur bedienen. Damit wir nicht in die Strukturen verfallen, die wir selber bekämpfen. Man kann kein linker Konsalik sein. Aber auch mit artistisch hochstehenden Mitteln muß man ja versuchen, breitere Kreise zu erreichen. Das geht mit Mitteln der Musik, ich denke da nur an das Phänomen von BAP, deren sagenhaften Erfolg.

AK: Gerade BAP macht aber doch sehr konventionelle Rockmusik. Von Avantgarde der Weltmusik ist da wenig zu spüren. Ästhetisch ist das eher langweilig.

PPZ: Das sehen die BAP Fans sicher anders, aber mir ging es mehr darum, daß heute nicht mehr zur Klampfe gegriffen wird, daß es einen deutlichen Bruch zu den Liedermachern gibt, die nur einen ganz kleinen Kreis ansprechen. Deswegen möchte ich nächstes jahr auch mit einer Reggaeband durch die Gegend ziehen und Reggae singen. Obwohl dann die Puristen wieder über mich herfallen werden. Die Puristen, die fordern, daß man eingleisig fährt, die auch nicht wollen, daß Schriftsteller, die Romane schreiben, plötzlich Reportagen oder Lyrik schreiben. Da hat sich eine Sinnfeindlichkeit durchgesetzt, daß man immer nur eine Sache, die aber ordentlich machen darf und muß.

AK: Das sehe ich nicht, es ist doch eher das Gegenteil zu beobachten: Alle Welt lechzt nach Sinnlichkeit, jede und jeder spielt in freien Theatergruppen mit, macht Selbsterfahrung oder schmiert sich Clownsschminke ins Gesicht. Sinnfeindlichkeit kann ich da nur schwer entdecken. Eher einen Dilettantismus, der alles toll findet, solange es nicht politisch ist.

PPZ: Das ist einer der Gründe warum ich mich hier so unwohl fühle. Als ich aus dem Knast rauskam, habe ich das gesehen und da kann ich micht nicht wiederfinden. Wenn bestimmte Standards nicht mehr erreichbar sind, obwohl ich glaubte, sie mit Freunden mal erkämpft zu haben, dann gürte ich lieber meine Schuhe und gehe woanders hin, wo ich glaube, daß das möglich ist.

AK: Hier in Frankfurt hat sich anläßlich der Auseinandersetzungen nach Günther Sares Tod gezeigt, daß es heute eine gar nicht so kleine Gruppe aus dem autonomen und anarchistischen Lager gibt, meistens recht junge Leute, die mit der politischen Kultur der Alt-68er nichts mehr zu tun haben wollen. Hast du sowas auf deiner Lesereise auch mitbekommen und hast du festgestellt, ob du von bestimmten Altersgruppen besonders viel oder wenig gelesen wirst?

PPZ: Nein, die Leute waren so zwischen 20 und 40. Die spannendsten Auseinandersetzungen habe ich mit Punkies und Hausbesetzern in Berlin gehabt, die zwar manchen Sachen von mir sehr skeptisch gegenüberstanden ...

AK: Zum Beispiel?

PPZ: Zum Beispiel, daß ich an der Schaubühne das Regiehandwerk erlernt habe. In so einem ,,Bürgerschuppen'' einen Beruf zu erlernen, der nur ,,für die Elitären'' gut sei — das konnten die nicht kapieren. Ich habe ihnen dann erklärt, daß ich gegen alternatives Dilettieren bin und deswegen, wenn ich Theater machen will, es dann richtig lerne. Also: ich will auch nicht alles hochjubeln, was aus diesem autonomen Lager kommt und gerade der Antiintellektualismus, der dort manchmal grassiert, ist sehr bedenklich und gehört bekämpft. Ich kann verstehen, daß man die 68er, die in den feinen Vierteln wohnen, in Zeitungs- und Rundfunkredaktionen sitzen, als Assistenzprofessoren arbeiten, daß man die nicht als seine Genossen auffaßt — da gibt es einen richtigen Klassenbruch zwischen denen, deren Kühlschränke leer sind und denen, die sich eingerichtet haben. Ich bin sicher, daß die Kids von heute, wenn sie genug Niederlagen eingesteckt haben, den Spaß am Denken bekommen und kritisch das aufnehmen von den Älteren, wie wir uns in den 60er Jahren auch rausgepickt haben, was uns genutzt hat.

eingesteckt haben, den Spaß am Denken bekommen und kritisch das aufnehmen von den Älteren, wie wir uns in den 60er Jahren auch rausgepickt haben, was uns genutzt hat.

AK: Denkst du denn, daß die Kids überhaupt die Möglichkeiten haben, sich so einen theoretischen Apparat zu eigen zu machen?

PPZ: Ihnen wird überhaupt nichts anderes übrigbleiben. Wenn man von Niederlage zu Niederlage taumelt bleibt, zu resignieren oder Geschichte aufzuarbeiten. Und da haben wir uns auch Vorwürfe zu machen, denn wir haben unsere Geschichte ähnlich aufgearbeitet, wie unsere Vätergeneration: ungeheuer verlogen. Entweder werden die Erfahrungen in Form von Schlachtgeschichten verklärend aufgearbeitet, oder, auch nicht besser, mit einem doppelten Salto völlig theoriefeindlich und behauptend, das hätte schon immer Frust bedeutet.

AK: wie siehst du denn unseren künftigen hessischen Minister in diesem Kontext? Vom Streetfighter ins Würdenamt?

PPZ: Man hat, damit fängt das Dilemma an, den Grünen immer viel zu viel zugetraut. Daß die beispielsweise Spielbein der außerparlamentarischen Bewegungen sein könnten. Ich denke, es muß jetzt eine größere Konzentration auf die Straße stattfinden, um von dort aus auch die Politik der Grünen kritisch zu begleiten. Aber auch da muß man sich davor hüten, den Blick immer ins Parlament zu richten. Das Selbstbewußtsein muß wieder groß genug werden, daß man sich nicht drum zu kümmern braucht, was dort passiert.

AK: Ist dafür nicht das Integrationspotential von SPD und Grünen zu groß?

PPZ: Die können nur die integrieren, die sich integrieren lassen.

Für den AK fragte Fassanbass

ANZEIGE



,,Gott ich weiß, daß wir dein auserwähltes Volk sind, aber könntest du nicht einmal jemand anderen auswählen?''
(Scholem Alejchem)

**,,Schau ich mir die Juden an,
hab ich wenig Freude dran.
Fallen mir die andern ein,
bin ich froh ein Jud zu sein.''**
(Albert Einstein)

Stoßseufzer gepaart mit Selbstironie wie eher Kesses bietet vielfach der Jüdische Kalender in seinem dritten Jahrgang. Wichtiger jedoch ist, daß durch Darstellungen, Zitate und Daten die immense Bedeutung (deutscher) Juden für Wissenschaft und Kunst in Deutschland augenscheinlich wird. So nebenher ist dabei manche ,,ach-die-auch''-Erkenntnis zu verbuchen: Jüdischer Abstammung ist die ,,Mutter der (BRD-) Nation'' Inge Meysel, ist Walter Trier, ist Erich Kästner ... Zahlreich sind ebenfalls die Darstellungen jüdischen Selbstverständnisses, jüdischer Geschichte und Kultur sowie der Verfolgung unter dem Faschismus.

Der Beginn des Jahres 5746 nach jüdischer Zeitrechnung entspricht dem 16. September 1985 — mit diesem Tage beginnt der Kalender. Gojim können ihn dennoch nicht allein zu ihrer Unterrichtung, sondern auch als gewohnten Kalender nutzen, da die hierzulande gebräuchliche Datierung jeweils mitaufgeführt ist.

K., Hamburg

Fünftausendsiebenhundertsechsundvierzig. 1985-1986. Ein jüdischer Kalender. Hg. v. H. M. Broder u. H. Recher. Ölbaum-Verlag (Augsburg). Format 10,5 x 15 cm, 286 S., Pb., DM 12.80

Über die Erfahrungen von Natur

Bücher zum Thema vorgestellt

Auf den ersten Blick verblüfft die thematische Ähnlichkeit heutiger (Öko-)Diskussionen mit einem vergessenen Streit des Jahres 1968. Auf dem 16. Deutschen Soziologentag ging es um die Kontroverse: „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft" und T.W. Adorno formulierte damals im Einleitungsvortrag: „Daß Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse heute eines seien und man deshalb die Gesellschaft umstandslos von den Produktivkräften her konstruieren könne ist die aktuelle Gestalt gesellschaftlich notwendigen Scheins!" — Das zielte auf ein Festhalten am Begriff der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und auf die Schwierigkeit, sie als solche durchschauen zu können angesichts einer totalen Expansion der Technik. Ein „technologischer Schleier" aus scheinbar rationalen Sachzwängen schien die kapitalistischen Strukturen zu verhängen. Erneut wird heute die Gesellschaft von den Produktivkräften her konstruiert. Aber nicht fatalistisch und positivistisch, wie es den bürgerlichen Soziologen vorgeworfen wurde, sondern technikkritisch bis -feindlich. Hat sich damit Adornos Postulat „nur an seiner (des Getriebes; d.A.) eigener Unstimmigkeit ist der Hebel anzusetzen" materialisiert? Der „technologische Schleier" scheint heute weggerissen. Technik hält nicht mehr, was sie verspricht. Im Gegenteil, die ökologischen Katastrophen werden als Bumerang des rein technologischen Fortschritts empfunden. Aber zugleich ist vom Kapitalismus kaum noch die Rede. Ist also noch die radikalste Technikkritik nur „aktuelle Gestalt gesellschaftlich notwendigen Scheins"?

Und da ist man schon „mittendrin" in der alten und neuen Diskussion: Welcher „Anteil" an Schuldzuweisung kommt den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und welcher dem „Industriesystem" zu? Wie sind Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse miteinander vermittelt? Ist die Technik systemneutral? Was sind die geschichtlichenUrsachen der allenthalben kritisierten „instrumentellen Vernunft" (Horkheimer)? Ist eine alternative Weise des Umgangs mit „der Natur" vorstellbar, sind „sanfte Naturwissenschaften" denkbar und was wären die gesellschaftlichen „Rahmenbedingungen" hierfür? Welche Kritiken an der Technik sind „reaktionär" und „romantisierend", welche dagegen „materialistisch" und „progressiv"? Wie sind die Protestbewegungen politisch einzuschätzen? Mehr Fragen als überzeugende Antworten ... Die Literatur zu diesem Thema hat lawinenartige Züge angenommen.

Wir wollen im Folgenden eine kleine Auswahl neuer und alter „bewährter" Texte zum Thema vorstellen, die den Zugang zu diesem komplexen Thema erleichtern. Zugleich sind es Texte, die nicht von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen abstrahieren, wenngleich die „Gewichtung" (siehe oben) unterschiedlich ausfällt.

Hinzuweisen wäre hier als aktueller Einstieg auf ein neues Taschenbuch der Reihe Fischer alternativ:

Böhme/Schramm (Hg.)
Soziale Naturwissenschaft, Wege zu einer Erweiterung der Ökologie, Aufsätze.
Fischer TB 4172, DM 8,80

Böhmes lesenswerte Kant-Studie ist von der Kritik im letzten Jahr sehr beachtet worden (Das Andere der Vernunft, stw, 28,-). Böhme vertritt die These, daß die Natur- und Technikwissenschaften, wie sie sich seit der Renaissance im Abendland entwickelt haben, eine Mitschuld an unserem heutigen Dilemma haben. Spätestens seit der Renaisssance interpretierte man die Wirkungen der Natur nach dem Modell der neu entwickelten mechanischen Apparate (z.B. die Uhr). „Die Erfahrung, daß auch materiell angeeignete Natur Natur ist, wirkte sich so aus, daß die Natur von nun an so entworfen wurde, als ob sie angeeignete Natur sei". Damit wurde die Natur als zu überlistender „Partner" (Antike) verdrängt, sie intellektuell gemäß der vorher stattgefundenen materiellen Aneignung interpretiert (die Naturwissenschaft hinkte Jahrhunderte hinter dem Handwerk hinterher) und eine „menschenfreie" Natur zum Experimentgegenstand gemacht. Die Wechselwirklung zwischen Natur und Gesellschaft wird zur Wechselwirkung von herauspräparierten Natursegmenten und technischen Apparaten verdinglicht, genannt „naturwissenschaftliche Objektivität". Die Autoren grenzen sich ab von einem „fundamentalistischen" Naturbegriff („Natur an sich") und begreifen Natur immer als sozial konstituierte Natur, geprägt (im marxschen Sinn) durch den Stoffwechsel Mensch und Natur, wenngleich die explizite Kapitalismuskritik etwas in den Hintergrund tritt.

Im inneren Zusammenhang mit diesem Buch steht folgender Titel:

Heidelberger/Thiessen
„Natur und Erfahrung Von der mittelalterlichen zur neuzeitlichen Naturwissenschaft"
Rowohlt TB 7705, DM 10,80

Dieses Buch aus der Reihe „Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik" vermittelt sehr anschaulich in Wort und Bild (ausführliche Quellen) den „Umbruch" der Naturwissenschaften im Anschluß an die Spätscholastik. Vor dem Hintergrund der Entfaltung der Produktivkräfte werden die neuen Formen der naturwahrnehmung,die Bedeutung des Experiments als Bestätigung einer mathematisch vorgestellten Natur, die Auseinandersetzung mit dem aristotelischen Weltbild und die Emanzipation der Naturwissenschaften von der Religion gut verständlich geschildert: Ein Stück materialistische Philosophiegeschichte, die auch unser heutiges Wissenschaftsverständnis erhellt.

Wer tiefer in diesen Problembereich der Entwicklungsgeschichte unserer Naturvorstellungen und unserer historisch unterschiedlichen Formen der Naturwahrnehmung einsteigen will, sei auf ein französisches Standardwerk aus dem Jahre 1968 verwiesen, das jetzt relativ wohlfeil zu erwerben ist:

Serge Moscovici
„Versuch über die menschliche Geschichte der Natur"
Suhrkamp (weiße Reihe), DM 32

Moscovici arbeitet sehr gut heraus, wie der Wandel der Arbeitsformen einem Wandel der diesen korrelierten Naturbegriffe entspricht. Nach seiner Analyse entspricht der handwerklichen Arbeit das Schema Form-Materie, der Ingenieursarbeit die Vorstellung der Natur als eines Kräfte- oder Energiezusammenhangs und der kybernetischen bzw. regulativen Arbeit die Vorstellung von Natur als Information. Arbeit als Naturaneignung ist also historisch keineswegs invariant und hat durchaus Auswirkungen auf das Umgehen mit den konkreten Naturgegenständen, von der Herstellung bestimmter Bedingungen von Naturproduktion (Landwirtschaft) bis zur Einrichtung neuer Naturprozesse (Biotechnologie).

Einer der ersten Raubdrucke der APO (für DM 5) war von

Alfred Schmidt
„Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx"
EVA, Neuauflage in Vorbereitung

Dieses Buch ist zum „Standardwerk" avanciert, ähnlich wie die noch berühmtere „Dialektik der Aufklärung" (Adorno/Horkheimer, 1947), und deswegen sei es hier erwähnt. Bei dem 1962 verfaßten Werk erstaunt heute, daß Schmidt schon damals auf die unterschätzte Bedeutung des Verhältnisses von Marx zu Kant hinwies (während das Verhältnis Marx zu Hegel gewissermaßen ein Dauerbrenner war). Heute hat die Auseinandersetzung mit Kant im Rahmen der Diskussion um die „Naturfrage" neue Aktualität gewonnen: daß oder ob zu akzeptieren ist, daß die Erscheinungsform der Dinge, daß die Natur sich nach unserem Erkenntnisvermögen richtet und wie denn die reinen Begriffe des Denkens durch die Aneignung von Natur mittels Arbeit gesellschaftlich produziert sind. Was sich hier unter dem Stichwort der „Konstitutionsproblematik" verbirgt, hat eine eigene marxistische Diskussionstradition. Auf sie sei im folgenden hingewiesen, denn es scheint doch interessant zu wissen, wie das abstrakte Denken, das wesentlich unsere Form der Naturbeherrschung bestimmt, gesellschaftlich entstanden ist. Der bekannteste Vertreter der Denkformtheorie ist zweifellos

Alfred Sohn-Rethel
„Warenform und Denkform" sowie „körperliche und geistige Arbeit"
beide Titel Edition Suhrkamp

Ausgehend von der Marxschen Warenanalyse und darin besonders der Wertformanalyse (Verwandlung von Gebrauchs- in Tauschwert) stellt die Denkformtheorie einen Zusammenhang her von der Durchsetzung der Warenproduktion (Griechenland, 7. Jahrhundert v. Chr.) mit der Entwicklung abstrakter Denkbegriffe. Die Menschen lernen in diesem Entwicklungsprozeß, von den konkreten Dingen zu abstrahieren, die Erkenntnis verläßt den Bereich der reinen („Gebrauchswert"-)Anschauung und wird mit Entfaltung der Tauschwertproduktion abstrakt. Es geht also um eine materialistische Genesis des reinen Denkens: wie durch gesellschaftliche Arbeit die rein theoretische Erkenntnis bestimmt wird.

Bruchstücke der Denkformtheorie finden sich bei Lukacs, Bloch, Korsch, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Zeleny und Benjamin, zur Zeit der Studentenbewegung bei Krahl (neu aufgelegt: „Konstitution und Klassenkampf", Verlag neue Kritik) und Brinkmann, heute bei V. Greiff, Dudek und darauf sei ausführlicher hingewiesen, bei

Rudolf Wolfgang Müller
„Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike"
Campus Verlag, 418 S.

Wenn es der Verdienst der gesamten Denkformanalyse ist, den gesellschaftlich-historischen Charakter von Kants Verstandskategorien aufgezeigt zu haben, so ist es insbesondere Müllers Verdienst, daß er den Zusammenhang dieser Verstandeskategorien mit der Kapitalform (Entwicklung des Geldes) dargestellt hat. Ein für diese Diskussion außerordentlich wichtiges Buch!

Die politische Bedeutung der Denkformanalyse besteht darin, nicht bei dem Gegensatzpaar „mechanistisches Weltbild" kontra „ganzheitliches Leben" zu verharren. Denn die Ursprungsentwicklung des Denkens selbst wird thematisiert, sowohl logisch (Wertformanalyse) als auch historisch-materialistisch. In der heutigen Diskussion allerdings bleibt man obigem Gegensatzpaar nur allzu leicht verhaftet. So schick es ist, Aufklärung und Vernunft „postmodern" den Kampf anzusagen, so endet das nur allzu oft in Entwürfen, die noch zutiefst von den kritisierten Strukturen geprägt sind. Die Problematik von lebensphilosophischer Aufklärungskritik, Technikfeindlichkeit und Konservatismus wird am Beispiel von Oswald Spengler (bedeutender Konservativer der Weimarer Republik) ausgebreitet:

Thomas Kluge
„Gesellschaft, Natur, Technik. Zur lebensphilosophischen und ökologischen Kritik von Technik und Gesellschaft"
Westdeutscher Verlag, 330 S.

Die Arbeit gliedert sich in drei große Teile: Der erste Teil beinhaltet eine Auseinandersetzung mit Spenglers philosophisch ausgerichteter Technik-, Naturwissenschafts- und Gesellschaftskritik. Der zweite Teil enthält eine Diskussion der konkreten Technikkritik Spenglers und der damit verbundenen Gesellschaftsvorstellungen. Es werden auch Übergänge und Wechselbeziehungen zu jungkonservativer und nationalsozialistischer Technikauffassung dargelegt. Der dritte Teil ist eine Auseinandersetzung mit der Ktitik an Technik, Naturwissenschaft und Industriekultur innerhalb der gegenwärtigen ökologischen Bewegung. Kluge geht es nicht in erster Linie um die Suche nach gleichartigen ideologischen Mustern zwischen den Konservativen von gestern und Ökologen von heute, sondern darum, eine ihnen gemeinsame tieferliegende theoretische Problematik, das Auseinanderfallen von technischem und gesellschaftlichem Fortschritt, herauszuarbeiten. Es wäre äußerst schade, wenn diese wichtige und erhellende Arbeit im „Bücherwust" untergeht.

Ein anderer Autor beschäftigt sich mit einem ähnlichen Thema:

Rolf Peter Stieferle
„Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart"
C.H.Beck Verlag, 297 S, DM 38

Es handelt sich hier um eine materialreiche und gut lesbare Geschichte der geistigen Gegenströmungen zum Rationalismus der Aufklärung in Deutschland, die vor allem die Breite und Lebendigkeit dieser Opposition dokumentiert. Denn der relativ späte Zeitpunkt und die rasche Durchführung der Industrialisierung haben in Deutschland (leider) nicht die bürgerlich-demokratische Revolution gebracht, sondern als Resultat ihrer Niederlagen (1848, 1866, 1918) den reaktionären, kleinbürgerlich-antikapitalistischen Strömungen (Antisemitismus) zu geschichtsentscheidender Bedeutung verholfen (1933). Eine marxistische Darstellung dieses Problemkreises hätte sicher diese Dialektik von Revolution und Konterrevolution stärker herausgearbeitet. Gleichwohl wird Sieferle der Ambivalenz technikkritischer Strömungen gerecht, etwa wenn er den „Maschinenstürmern" historische Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Hier noch eine Art Geheimtip

Hans-Dieter Bahr
Über den Umgang mit Maschinen
Konkursbuchverlag 510 S., geb. DM 39,80

Bahr ist seit Anfang der siebziger Jahre Spezialist für den Bereich „Politische Technologie". Dieses Buch nun ist die Quintessenz einer jahrelangen Beschäftigung mit diesem Gegenstand und das Buch ist so ungewöhnlich und liegt so quer zum Kulturbetrieb, daß es prompt von 22 BRD-Verlagen abgelehnt wurde. Es handelt sich hierbei nicht um eine „Sozialgeschichte" der Maschine o.ä. Bahr versucht vielmehr mit einer enzyklopädischen Materialfülle die gesellschaftliche Gewalt sichtbar zu machen, die in spezifischen Umgangsstilen mit Maschinen deutlich wird: „Jede einzelne Maschine stellt sich zugleich als ein Komplex von Restriktionen und unbeendeten Anläufen dar, um andere Funktionen nicht auszuschließen. Insofern scheint sich jede Maschine einer archäologischen sozialen Entzifferung anzubieten, die, abgesehen vom geschichtlichen Stand der Technik, Auskunft über die verschiedenen vorherrschenden Entscheidungen und Zurückstellungen geben könnten, die eine Gesellschaftsform durch ihre maschinellen Momente hindurch charakterisiert. Ich erinnere an Marxens Versuch, die Struktur der Kapitalherrschaft und somit einer klassenbedingten Arbeitsteilung als ‚reelle Subsumption' an der Form der Maschinerie, im Unterschied zu ihr als Gebrauchsmittel der Arbeit, aufzuzeigen." Auch hier klingt das Leitmotiv an, am Umgang mit Maschinen der bloß rationalen, verrechnenden Naturbewältigung nachzuspüren. „Im Geiz rein funktioneller, nur auf ein externes Produkt eingedrillter Maschinenbewegungen spiegelt sich die Moral der Arbeit, als ewiger Ausdruck des Mangels und als soziales Erziehungsprogramm noch dort, wo jene diese überflüssig machten." ... „So wurde die Maschinenbewegung zu einem asketischen Ritus, aus dem die Welt seiner Bilder und Erzählungen verbannt wurde." Dieses Buch ist ein kleines interdisziplinäres Meisterwerk, das eine anachronistische Forderung an die Leser/innen stellt: sich beim Lesen viel Zeit zu lassen. Die ablehnenden Verlage hatten schon das richtige Gespür.

Erwähnung finden sollte noch das 1975 geschriebene Buch von

Brigitte Wormbs
„Über den Umgang mit Natur"
Roter Stern Verlag, DM 28

In diesem brillanten Essay versucht die Autorin „Landschaft als sedimentierte Geschichte und aktuelles Politikum zu durchschauen", als „heute unerläßliche Bedingung gezielter Transformation, die quasinatürlichen Wildwuchs ablösen müßte." Was Brigitte Wormbs kulturgeschichtlich und philosophisch anhand von Landschaftsgestaltung entfaltet, findet eine sehr anschauliche Darstellung in



Werner Bätzing
„Die Alpen, Naturbearbeitung und Umweltzerstörung"
Sendler Verlag, 178 S., geb., zahlreiche Abbildungen, DM 25

Gut verständlich und präzise wird die scheinbare „Natur schlechthin", die Bergwelt als hochdifferenziertes, durch menschliche Arbeit gestaltetes Ökosystem analysiert und seine Gefährdungen durch die neuen Nutzungsformen (Massentourismus) kritisch entwickelt. Ein ganzes Schlußkapitel ist dem Verhältnis zwischen Mensch und Natur gewidmet, das einen guten Einstieg in die aktuelle philosophische und ökologische Diskussion bietet. Für Bergfreaks ein MUSS, aber auch notorischen Seeurlaubern sehr zu empfehlen.

Ein Mitglied des Kollektivs vom Buchladen Gegenwind, Hamburg

Leserbrief

zu »Mit dem Tanker auf offener See ... Die Europa-Vision der SPD« von jb. in AK 263

Wenigstens zwei Passagen in dem Artikel von jb. zwingen zu kritischen Nachfragen bzw. Anmerkungen.

1. jb. wirft der Linken vor, sie habe Glotz durch eine abstinente oder falsche Haltung zum Thema EG („Man nimmt entweder hin, daß es die EG halt gibt, oder lehnt sie abstraktradikal als „imperialistisches Bündnis" ab, ohne sich über ihre Umgestaltung Gedanken zu machen.") den Weg für die publikumswirksame Vermarktung seiner Thesen erst geebnet. Der Vorwurf abstrakter Radikalität mag gut klingen, taugt aber nichts, denn gerade die Organisationen, die die EG als imperialistisches Bündnis strikt ablehnen, haben sich in der Vergangenheit meist sehr konkret bemüht, einzelne Facetten des Charakters der EG zu untersuchen und darzustellen. Zurecht spielte dabei die „Demokratisierung der EG von links" keine Rolle. Es ist ein Wesensmerkmal der EG, daß sie unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen der optimierten Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Zentren, der koordinierten Niederhaltung revilutionärer Bewegungen (siehe Interessenlage bei der Süderweiterung) und der Aufrechterhaltung von Einflußsphären in der „3. Welt" dient. Mehr Gespür für die Kräfteverhältnisse als jb. bewiesen diejenigen portugiesischen Arbeiter/innen, die radikal, aber nicht abstrakt, gegen den Beitritt Portugals zur EG demonstrierten.

2. jb. hält es für „denkbar, daß die EG-Strukturen zu einem Hauptobjekt der politischen Kämpfe werden, daß der Straßburger Scheinparlamentarismus auf die Dauer nicht hält." Will jb. hier andeuten, „ein sinnvolles Kampfziel" der westeuropäischen Linken sei der Kampf für mehr Rechte des Europaparlaments? Dann allerdings hat jb. das Gleis „sozialistischer Strategiebildung" bereits wieder verlassen.

jb. kommt zwar der Realität des internationalen Klassenkampfs nahe, wenn er einer „sozialistischen Stategiebildung ... in nationalstaatlichen Kategorien" für Westeuropa eine Absage erteilt. Aber die Felder der Auseinandersetzung werden nicht die Strukturen der EG sein, sondern absehbar vor allem der Widerstand gegen die Kriegspolitik und die weitere Verarmung der Lohnabhängigen. Für Demokratie wird ein vereintes Räte-Europa schon sorgen.

fo.



Kinderhaus e.V.



Konzert am 20. Dez.'85
im Hamburger Audi Max, ab 18 Uhr

Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder

Sechs Stunden wird ein Solidaritätskonzert gegen Rassismus dauern das **am 20. Dezember 1985 um 18.00 Uhr im Hamburger Auditorium Maximum** stattfinden wird. Das Spektrum der auftretenden Künstler, die sich bereit erklärt haben, zugunsten eines Flüchtlingsprojektes für südafrikanische Kinder aufzutreten, spiegelt eine breite kulturelle Palette wider:

- ★ **Die ,,Dissidenten''**
- ★ **F.J. Degenhardt**
- ★ **Duo Z**
- ★ **Elephant**
- ★ **Frankfurter Kurorchester**
- ★ **Hanns Dieter Hüsch**
- ★ **Jasper van t'Hoff und Özay**
- ★ **Manfred Maurenbrecher und Herwig Mitteregger (Spliff)**
- ★ **,,Reichlich weiblich''**
- ★ **Sagmeister Trio, Michael Naura und Wolfgang Schlüter**
- ★ **Mitglieder der ehemaligen Gruppe Sounds of Soweto**
- ★ **Stintfunk**
- ★ **Session mit: Abi Wallenstein Band, Inga Rumpf, Jutta Weinhold, Vince Weber.**

Einen aktuellen Beitrag zur Situation in Südafrika wird Wolff Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) halten und die Moderation macht Henning Venske.

in Südafrika wird Wolff Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) halten und die Moderation macht Henning Venske.

Das hat schon Tradition, denn dieses Konzert, das unter dem Motto ,,Für eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder'' steht, wird vom Kinderhaus in der Heinrichstraße organisiert und knüpft an die legendären Konzerte ,,Alle spielen fürs Kinderhaus'' an. Das Kinderhaus hat eine Spendenkampagne zugunsten des Projektes ,,Solomon Mahlangu College'' in Tansania organisiert. Der Erlös des Konzertes und der Spendensammlung wird an dieses Projekt gehen, in dem die Kinder und Jugendlichen, die seit der grausamen Niederschlagung des Schulstreiks in Soweto durch die südafrikanische Polizei flüchten mußten und immer noch fliehen müssen, eine Ausbildung erhalten. In diesem vom African National Congress (ANC) eingerichteten College gibt es bislang einen Kindergarten, eine Grundschule, eine Tagesstätte für junge Mütter und ihre Babies und eine Klinik, außerdem werden Programme zur Erwachsenenbildung angeboten.

Dieses Projekt ist, wie der ANC es ausdrückt, ein ,,Modell, wie ein zukünftiges Südafrika aussehen könnte''.

,, ... wir hoffen, daß eure Hilfe und Unterstützung weitergehen wird bis Südafrika befreit ist, bis die Apartheid zerschlagen ist und wir auf der Grundlage der Freiheits-Charta unser Land frei von Ausbeutung aufbauen können, mit gleichen Rechten und Chancen für alle''. Dieser Aufforderung der Menschen aus Südafrika schließen wir uns gerne an.

Es empfiehlt sich, jetzt schon Karten zu kaufen ...

Kinderhaus e.V.
Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Tel. 43 39 49

Inhalt

Handels- und Weltkrieg .... S. 24
Zur Geschichte und Entwicklung der «Strategischen Rüstungsbegrenzung» Teil II .... S. 28